

Geschichte.
94
UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00886655 0


VELUT
ARBOR
ÆVO

ALLGEMEINE STAATENGESCHICHTE.

Herausgegeben von **KARL LAMPRECHT.**

I. ABTEILUNG: **GESCHICHTE DER EUROPÄISCHEN STAATEN.** — II. ABTEILUNG: **GESCHICHTE DER AUSZEREUROPÄISCHEN STAATEN.** — III. ABTEILUNG: **DEUTSCHE LANDESGESCHICHTEN.**

Dritte Abteilung:

DEUTSCHE LANDESGESCHICHTEN

Herausgegeben

von

ARMIN TILLE.

Achtes Werk:

KAINDL, GESCHICHTE DER DEUTSCHEN IN DEN KARPATHENLÄNDERN.

Dritter Band.



GOTHA 1911.

FRIEDRICH ANDREAS PERTHES

AKTIENGESELLSCHAFT.

DEUTSCHE LANDESGESCHICHTEN.

Herausgegeben von

ARMIN TILLE.

Achtes Werk.

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN IN DEN KARPATHENLÄNDERN

VON

RAIMUND FRIEDRICH KAINDL,

Professor an der Universität Czernowitz.

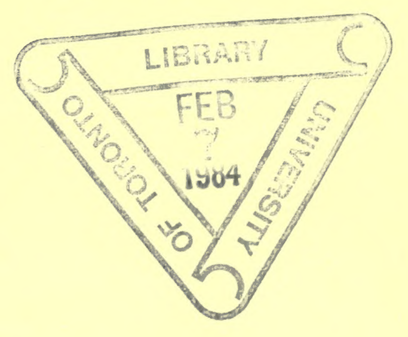
Dritter Band.

Geschichte der Deutschen in Galizien, Ungarn, der Bukowina und Rumänien seit etwa 1770 bis zur Gegenwart.

GOTHA 1911.

FRIEDRICH ANDREAS PERTHES

AKTIENGESELLSCHAFT.


LIBRARY
FEB
7
1984
UNIVERSITY
OF TORONTO

Der ersten völkischen Tagung

der

Karpathendeutschen

in Czernowitz am 2. Juli 1911

widmen dieses Werk

der Verfasser und die Verlagsbuchhandlung.

Czernowitz. Gotha.

Vorwort.

Indem ich mit diesem Bande ein Werk beschliefse, dem ich einen grofsen Teil meiner Lebensarbeit gewidmet habe, drängt es mich zunächst, allen Freunden und Förderern herzlich zu danken. Vor allem gebührt mein Dank der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien, welche mir eine Subvention von 1000 Kronen zum Sammeln von Akten über die Geschichte der deutschen Ansiedlung in Galizien und der Bukowina gewährt hat; ferner allen Archiven und Bibliotheken, die mir ihre Schätze mit grofser Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt haben; endlich danke ich allen jenen Persönlichkeiten, von denen mir durch Vermittlung von Material, durch Verbreitung und Beantwortung meiner Aufrufe und Anfragen, endlich durch Unterstützung meiner persönlichen Forschungen in den Ansiedlungsgebieten reiche Förderung zuteil geworden ist. Überall in der Bukowina, Galizien, Ungarn und Rumänien, aber auch im alten deutschen Vaterland bis an die Ufer des Rheins wurde meiner Arbeit liebevolles Verständnis und Interesse entgegengebracht. Gelehrte und Professoren, Pfarrer und Lehrer, Ärzte und Beamte, Zeitungsredaktionen und Verleger, zahlreiche Bürger und Landleute haben mir ihre Unterstützung gewährt, ohne die diese Arbeit kaum gediehen wäre. Auf meinen Reisen habe ich überall freundliches Entgegenkommen gefunden und manche Erinnerung daran werde ich bis an mein Lebensende bewahren. Nicht geringer Dank gebührt schliefslich dem Verleger und dem Herausgeber der „Landesgeschichten“, die keine Kosten und keine Mühe gescheut haben.

Die Kritik hat die ersten zwei Bände sehr wohlwollend aufgenommen. Da aber oft das Bedauern ausgesprochen wurde, dafs

der wissenschaftliche Apparat nicht beigegeben sei, so mufs ich die Bemerkung aus der Vorrede des ersten Bandes wiederholen, dafs dies auf besonderen Wunsch des Verlegers geschah. Für den ersten und zweiten Band findet man zahlreiche Quellennachweise in meinen „Beiträgen zur Geschichte des deutschen Rechtes in Galizien“ und in den „Studien zur Geschichte des deutschen Rechtes in Ungarn und seinen Nebenländern“ (Archiv f. österr. Geschichte, Bd. XCV ff.), die als Ergänzung der „Geschichte der Deutschen“ gedacht sind. Auf mehrere den dritten Band ergänzende Arbeiten wird in der Literaturübersicht am Schlusse des Buches verwiesen.

Zum vorliegenden Bande möchte ich folgendes bemerken. Um in ihm den überaus reichen Stoff zu bewältigen, habe ich viele Abschnitte kürzen müssen. Vor allem blieb die geplante historisch-statistische Darstellung über die einzelnen Ansiedlungsorte weg; daher ist auch jedes Buch blofs in zwei Kapitel geteilt, von denen eines die äufsere Ansiedlungsgeschichte, das andere die Kulturarbeit und die Kulturverhältnisse sowie die gegenwärtige Lage des Deutschtums behandelt. Auch werden diesem Bande keine Karten beigegeben, weil inzwischen für Galizien und die Bukowina leicht zugängliche kartographische Übersichten über die deutschen Ansiedlungen erschienen sind; auch für Ungarn fehlen solche nicht. Die Geschichte der Besiedlung Galiziens wurde ausführlicher behandelt, weil sie bisher noch niemals geboten wurde. Die durchaus auf Aktenmaterial beruhende Darstellung soll nicht nur in die Einzelheiten des deutschen Ansiedlungswesens einführen, sondern auch den Beweis liefern, dafs Kaiser Joseph II. durchaus nicht die Germanisierung beabsichtigt hat, vielmehr nur auf die Hebung der Kultur der altansässigen Landesbewohner und die Wahrung des Staatsinteresses bedacht war. Die Geschichte des Ansiedlungswesens in Ungarn und der Bukowina konnte kürzer behandelt werden, weil sie schon früher dargestellt wurde. Doch ist insbesondere die Geschichte der deutschen Kolonisation in Ungarn auf Grundlage der Akten und neuerer Arbeiten vielfach berichtigt worden; meiner früheren Darstellung der deutschen Ansiedlung in der Bukowina konnten dagegen nur wenige neue Züge hinzugefügt werden. Eine zusammenfassende Darstellung über die neuere

deutsche Ansiedlung in Rumänien wird hier zum erstenmal versucht. Berichtigungen und Ergänzungen meiner Darstellung werde ich stets dankbar entgegennehmen. Der Leser wird bemerken, dafs ich selbst Ereignisse vom Frühjahr 1911 noch bei der Korrektur des Buches berücksichtigt habe. Im Literaturverzeichnisse sind einzelne Nachträge zu Bd. I und II aufgenommen worden. Die Register mufsten, um Raum zu sparen, möglichst beschränkt werden; ergänzend stehen ihnen die ausführlichen Inhaltsverzeichnisse zu jedem Bande zur Seite.

Mein Werk soll das deutsche Volk mit einem Ruhmesblatte seiner Geschichte bekannt machen, indem es nicht nur die Verbreitung, sondern auch die Kulturarbeit der Deutschen in den Karpathenländern schildert. Man wird aus diesem Werke ersehen, dafs die Karpathendeutschen kein abgebrochener Zweig, kein verwehtes Blatt der deutschen Eiche sind. So wird von neuem ein starkes geistiges Band geschlungen werden, innigere Beziehungen werden entstehen, die für beide Teile heilsam sein werden. Ich hoffe, dafs das deutsche Volk aus diesem Buche ersehen wird, dafs es seine Ehre und sein Nutzen fordert, diese Vorposten nicht zurückzuziehen, sondern zu erhalten und zu stärken. Es genügt aber nicht, nur für die Deutschen in einem der Karpathenländer zu sorgen, jene in anderen aufzugeben. Die Deutschen in allen diesen Ländern bilden ein organisches Ganzes, ihre Geschichte und ihre Geschicke sind eng verknüpft. Zusammen blühten sie im Mittelalter, in die gleiche Zeit fiel ihr Niedergang. Die neueren Ansiedlungen entstanden wieder im engsten Zusammenhange miteinander; auch die gegenwärtige Not der Karpathendeutschen hat gleichzeitig eingesetzt und ist durch dieselben Umstände veranlafst. Das Aufgeben einer Gruppe dieser Ansiedlungen würde die Schwächung und den Niedergang der anderen herbeiführen. Fallen aber einmal die Vorposten, so ist auch das Hinterland bedroht.

Die Ereignisse von 1866 haben die Reichsdeutschen in überaus glücklicher Weise erstarken lassen, dagegen die Stellung der Deutschen in Österreich und vor allem in den Karpathenländern geschwächt und sie einer weit stärkeren Masse von Gegnern gegenübergestellt. Diese Deutschen schützen aber, wie vor einem Jahrtausend die Ostmark, die Grenzen des deutschen Volkes. Über

die Gröfse der Gefahr kann keine Täuschung obwalten; um so mehr ist es heilige Pflicht aller Deutschen, ihrer Grenzwacht Teilnahme und Hilfe nicht zu versagen. Für die Karpathendeutschen mufs aber ihre gemeinsame Herkunft, ihre gleiche historische Entwicklung und ihre gleiche Lage eine ernste Mahnung sein, sich eng aneinander zu schliefsen. Mögen diese Anregungen auf der für den 2. Juli d. J. in Czernowitz geplanten Tagung der Karpathendeutschen segensreiche Früchte tragen!

Czernowitz in der Bukowina, Mai 1911.

Raimund Friedrich Kaindl.

Inhaltsverzeichnis.

Viertes Buch.

Geschichte der Deutschen in Galizien

von 1772 bis zur Gegenwart.

Erstes Kapitel.

1. Die Erwerbung Galiziens durch Österreich. Die deutsche Kolonisation und Einwanderung zur Zeit der Kaiserin Maria Theresia. — 2. Die Entwicklung des deutschen Ansiedlungswesens in Galizien unter Kaiser Joseph II. — 3. Die deutsche Besiedlung Galiziens vom Tode Josephs II. bis zur Gegenwart. — 4. Übersicht der Ansiedlungsorte. Herkunft und Anzahl der Ansiedler.

Die Erwerbung Galiziens durch Österreich. Die deutsche Kolonisation und Einwanderung zur Zeit der Kaiserin Maria Theresia.

Durch die erste Teilung Polens gelangte der gröfste Teil Galiziens 1772 an Österreich; der Nordwesten um Krakau kam vorübergehend 1795 bis 1809, endgültig erst 1846 an den Kaiserstaat. Der Zustand des erworbenen Gebietes war überaus traurig. Nur etwa 2600000 Menschen bevölkerten es, so dafs auf 1 qkm ungefähr 33 Menschen wohnten [1]. Die Städte befanden sich in kläglichem Verfalle; Gewerbe und Handel waren unbedeutend, die Landwirtschaft stand auf einer überaus niedrigen Stufe. Ebenso traurig war der Zustand der Volksbildung und geistigen Kultur. Nur wo noch Reste der einstigen deutschen Ansiedlungen bestanden, vor allem um Biala an der schlesischen Grenze, herrschten günstigere Verhältnisse [2].

Diese Zustände konnten der österreichischen Regierung bei der Erwerbung des Landes nicht verborgen bleiben. Schon wenige Wochen nachher, am 26. August 1772, hat Joseph II. seiner kaiserlichen Mutter Vorschläge erstattet, welche neben anderen dringenden Mafsregeln die Herbeiziehung neuer Kulturelemente befürworteten. Zu diesem Zwecke sollte auch den Dissidenten (Prote-

1) Gegenwärtig beträgt die Einwohnerzahl etwa das Dreifache; 1900 zählte man 7315939 Einwohner auf 78500 qkm.

2) Vgl. Bd. I, S. 36 u. 158. Näheres darüber weiter unten S. 13f.

stanten) freie Religionsübung gewährt werden. Alle Einwanderer aus Polen und aus anderen Ländern (nur die Erblande ausgenommen), die sich in Galizien „auf einem Grund“ (also als Bauern) ansiedeln würden, hatten sechs Freijahre zu erhalten. Handwerkern und Fabrikanten jeder Nation und Konfession, die sich in den Städten oder auf dem Lande niederlassen wollten, waren zehn Freijahre und das Meisterrecht zu gewähren. Vermögende Ansiedler sollten besonders gefördert und belohnt werden. Posten, Wirtshäuser und ähnliche Unternehmungen waren den Juden abzunehmen und an Christen, und zwar auch an „Fremde“, zu verleihen.

In diesem Gutachten Josephs sind bereits alle Grundgedanken der folgenden Ansiedlung in Galizien enthalten; er war es also, der dazu schon zur Zeit Maria Theresias den ersten Anstofs gegeben hatte.

Josephs Vorschläge wurden zunächst in die „Instruktion“ aufgenommen, die der erste galizische Gouverneur Graf Pergen erhielt. An einigen kleinen Änderungen erkennt man, dafs die Kaiserin nicht gesonnen war, den Protestanten zu weitgehende Freiheiten zu gewähren. Das Zugeständnis der freien Religionsübung wurde etwas eingeschränkt und die Herbeiziehung von Fremden war „auf so eine Art zu veranstalten, damit andurch auswärts kein gehäfsiges Aufsehn verursachet und keine fremde Religionsverwandte in solche Städte gezogen werden, wo ihr Religionsexerzitium noch nicht ausgeführt ist“. Diese zurückhaltende Stellung hat die Kaiserin auch in der Folge gegenüber protestantischen Ansiedlern eingenommen.

Wie notwendig die von Kaiser Joseph angeregte Herbeiziehung von Fremden war, hat sich in Kürze klar erwiesen. Bei der Einführung der neuen Verwaltung fehlte es überall an den nötigen Kräften. Wiederholt baten die ersten österreichischen Gouverneure in ihren Berichten, dafs nach Galizien Waldbereiter, in der Wald- und Landwirtschaft erfahrene Beamte, Bierbrauer, Wollkämmer, Garnspinner, Bienenzüchter, Teichmeister, Mühlenbauer, Pflasterer, Bauleute, Baumeister und dergleichen geschickt würden. Schon im Mai 1773 ist von der Veröffentlichung eines Patentes zur Ansiedlung von Künstlern und Handwerkern die Rede; auch stellte

Gouverneur Graf Pergen damals das Ansuchen, dafs Untertanen aus anderen österreichischen Ländern „abschofsfrei“, das heifst ohne Zurücklassung eines gewissen Teiles ihres Vermögens zugunsten der Grundherrschaft oder des Staates, nach Galizien übersiedeln dürften. Auf seiner ersten Reise durch Galizien während des Sommers 1773 mufste Joseph wieder erkennen, wie dringend für das Land die Herbeiziehung von Kulturelementen sei. Einer Kommission, die im April 1774 in Wien tagte, wurden „kaiserliche Fragepunkte“ vorgelegt, welche die Ansiedlung von reichen Grofskaufleuten aus Thorn, Danzig und Elbing betrafen. Zu ihrer Herbeiziehung wurde die Verwendung von „Emmissären“ und die Bestimmung von Freiheiten angeregt; es zeigte sich sogar die Geneigtheit, die Errichtung von „Privatoratorien“ (Bethäusern), wie sie in Ungarn und im Gebiete von Teschen (Österreichisch-Schlesien) schon üblich waren, zu gestatten, um aus Preufsisch-Polen protestantische Handelsleute und Fabrikanten, die mit der preufsischen Regierung unzufrieden waren, zur Einwanderung nach Galizien zu bewegen. Dadurch sollte Industrie eingeführt und das Vermögen des Landes gehoben werden. Gleichsam um die den Protestanten gemachten Zugeständnisse zu entschuldigen, schliefst der kaiserliche Vorschlag mit den Worten: „Wäre dies nicht christlicher als die häufigen Juden, die aller Art Synagogen haben.“

Damit war die neuerliche Besiedlung Galiziens mit Deutschen angeregt worden. Wie im 13. Jahrhundert sollte dem Lande durch deutsche Kulturkraft aufgeholfen werden.

Ansiedlungen waren in Österreich nichts neues; die österreichische Regierung betrieb sie seit Jahrzehnten besonders in Ungarn [1]). Gerade damals war auch Friedrich II. mit der Kolonisation seiner Gebiete eifrig beschäftigt, und es lag nahe, mit ihm in einen Wettkampf zu treten.

Die Kommission in Wien ging mit vollem Verständnisse auf die kaiserlichen Anregungen ein. Sie betonte, dafs es in Galizien nur Kommissionäre der Grofskaufleute von Danzig, Breslau und Leipzig, aber keine selbständigen Grofskaufleute gäbe. Die gali-

1) Vgl. Bd. II, S. 98ff.

zischen Bürger wären zu Industrie und Arbeit nicht geneigt, daher Handel und Gewerbe fast nur von Juden betrieben würden. Es wäre daher nötig, fremde protestantische Künstler, Handwerker und Kaufleute in den Städten anzusiedeln; dadurch könnte der Handel der Juden einigermafsen eingeschränkt werden. Die gröfste Schwierigkeit bildete das protestantische Glaubensbekenntnis der Ansiedler. Entsprechend den zur Zeit Maria Theresias geltenden Anschauungen lauteten die Vorschläge der Kommission sehr vorsichtig. Sie erinnerte daran, dafs dem ersten galizischen Gouverneur Grafen Pergen ausdrücklich befohlen worden sei, keinen Schismatiker und Protestanten in öffentlichen Diensten zu dulden. Sie riet, den protestantischen Ansiedlern den Ankauf von Landgütern nicht zu gestatten; diese Bestimmung hatte den Zweck, die Protestanten von der grofsen Masse der Bevölkerung fernzuhalten. Sie sollten nur in Städten Häuser und Lustgärten, Fabriksgebäude, Handelsgewölbe und Magazine besitzen dürfen. Zur Ausübung ihrer Religion wären ihnen auf besonderes Ansuchen in zwei oder drei Städten, und zwar für jeden Ort nur ein Privatoratorium zu bewilligen. Es dürften aber keine „oratoria perpetua“, also für immerwährende Zeiten bewilligte Bethäuser sein; es sollte blofs angesehenen Protestanten „ad personam“ gestattet werden, für ihre Familie und ihre Glaubensgenossen Gottesdienst zu halten. Nach dem Tode eines so Begünstigten sollte das Recht anderen Protestanten gewährt werden. Die bestellten Pastoren mufsten dem Gubernium angezeigt und von ihm genehmigt werden. Auf diese Weise, hoffte die Kommission, werde die Ansiedlung von Protestanten ohne Schaden für die katholische Kirche erfolgen. Übrigens wurde die Entsendung von Emissären widerraten, weil man dadurch die fremden Mächte aufmerksam machen und eine Verschärfung der Auswanderungsverbote herbeiführen könnte. Auch das zu erlassende „Ansiedlungs-Patent“ sollte nichts Verdachterregendes enthalten.

Entsprechend diesen Vorschlägen erfolgte am 26. Mai 1774 die kaiserliche Resolution, wonach die Kommission zur Herbeiziehung „von fremden protestantischen Kauf- und Handelsleuten, Künstlern, Fabrikanten und Handwerkern“ ein „Ansiedlungs-Patent“ kundzutun hatte. Dieses sollte bestimmen, dafs alle, die sich

in den drei Städten Lemberg, Zamość [1]) und Kazimierz (bei Krakau) niederlassen werden, das Bürger- und Besitzrecht erhalten und in Privatoratorien ihren Gottesdienst ungekränkt ausüben sollten. Die Ausschliefsung von „Chargen und Bedienstungen“ und vom Ankaufe von Landgütern wurde genehmigt, doch sollte davon im Patente nichts stehen, sondern blofs der Gouverneur davon verständigt werden. Die Nachricht von dieser Ansiedlung war durch die schon in Galizien ansässigen Protestanten, ferner „durch ihre in auswärtigen Landen befindlichen Korrespondenten und Glaubensgenossen unter der Hand“ zu verbreiten.

Von dieser kaiserlichen Entschliefsung wurde sofort der neue galizische Gouverneur Graf Hadik verständigt und ihm der Auftrag erteilt, das Patent auszuarbeiten. Am 18. Juni 1774 legte das Lemberger Gubernium bereits diesen Entwurf vor und sprach den Wunsch aus, dafs den Protestanten aufser Kazimierz, Zamość und Lemberg auch noch Jaroslau, Brody und Zaleszczyki zum Aufenthalt angewiesen werden, da diese Orte für den Handelsverkehr sehr günstig gelegen seien, in Zaleszczyki überdies schon eine von Protestanten betriebene Tuchfabrik bestehe, auch gutes Tischzeug hier verfertigt werde [2]). Das Gubernium nahm bereits auch drei weitere Orte für die Ansiedlung von Protestanten in Aussicht, nämlich Sokal, Tartaków und Tarnopol. Von dem Patente und der Ansiedlung versprach sich das Gubernium gute Folgen.

Bisher war stets nur von der Ansiedlung von Protestanten die Rede. Erst bei der Begutachtung des Patententwurfes bemerkte die galizische Hofkanzlei, dafs man auch katholische Handwerker herbeiziehen und sie an mehreren Orten ansiedeln könnte. Dagegen wollte sie für Brody vorläufig noch keine Begünstigungen einräumen, weil dieser Ort damals Privatgut war. Darüber entschied Kaiser Joseph II., damals noch Mitregent seiner Mutter, dafs Brody eingelöst und in eine königliche Freistadt umgestaltet werden sollte; für die Katholiken sei ein besonderes Patent zu entwerfen, da ihre Niederlassung an allen Orten nach eigener Wahl gestattet sei.

Zufolge des kaiserlichen Auftrags wurde tatsächlich auch ein

---

1) Jetzt in Russisch-Polen (Lublin).

2) Bd. I, S. 157 f.

Patent für die katholischen Ansiedler entworfen; doch ging noch der August und September 1774 mit allerlei Auseinandersetzungen über die Patente vorüber. Danach sollte die Stadt Kazimierz unter den privilegierten Orten nicht erscheinen; dagegen wurde zur Einlösung von Brody von der Potockischen Familie der bestimmte Befehl erteilt. Das Privileg war in den Zeitungen zu veröffentlichen, und zwar in der „Leidner französischen, Regenspurger, Frankfurter (am Main), Hamburger und der hiesigen Wiener“. Schliefslich wurden nicht zwei besondere Privilegien, sondern durch Verbindung beider Entwürfe ein Patent für die katholischen und protestantischen Ansiedler hergestellt und vom 1. Oktober 1774 datiert. Darin wurde allen „auswärtigen, desgleichen denen in Unsern übrigen Erblanden zwar wohnhaften, aber noch nicht wirklich ansessigen katholischen Handelsleuten, Künstlern, Fabrikanten, Professionisten und Handwerkern“ die Bewilligung erteilt, sich in Galizien an beliebigen Orten niederzulassen, und ihnen „nebst der unentgeltlichen Verleihung des Bürger- und Meisterrechts eine sechsjährige Befreiung von allen Personalsteuern und Abgaben“ zugestanden. Die protestantischen Ansiedler durften sich nur in Lemberg, Jaroslau, Zamość und Zaleszczyki unter denselben Bedingungen niederlassen; zugleich wurde ihnen die Ausübung ihres Gottesdienstes in den Privatoratorien bewilligt. Nachträglich wurden die Freiheiten auf Kazimierz, dann auch auf Brody ausgedehnt, und am 16. November 1774 wurde dem Gubernium mitgeteilt, dafs für diese Orte alle Begünstigungen der auswärtigen Protestanten gelten. Auch ein Patent, das damals zur Förderung des Häuserbaues erlassen wurde, hebt hervor, dafs es sich darum handle, „Künstler, Professionisten, Handelsleute und Kommerziale von anderwärts ehender hierher zu ziehen und dadurch die Anzahl tauglicher und geschickter Bürger zu vermehren“. Die in diesem Patente gewährten Freiheiten galten für die im Freibrief vom 1. Oktober und seinen Nachträgen genannten sechs Städte.

Wie aus dem Mitgeteilten ersichtlich ist, wurde zunächst nur die Herbeiziehung von Handwerkern und Kaufleuten ins Auge gefafst. Bald darauf wurde auch die Ansiedlung von Bauern erwogen, aber zunächst ohne Erfolg. Die erste Anregung dazu ging von Borie, dem österreichischen Gesandten am Regensburger

Reichstage, aus. Diesem war das Patent vom 1. Oktober geschickt worden, damit er es in den Regensburger Zeitungen veröffentliche. Der Gesandte fragte hierauf in Wien an, ob er den Ansiedlern Reisegeld geben dürfe und ob er nicht auch Landleute, besonders junge Burschen und Mädchen, schicken solle. Schon am 24. Oktober wurde ihm erwidert, dafs nur die Ansiedlung von Fabrikanten und Handwerkern in Aussicht genommen sei; Reisegeld werde nicht verabreicht, weil ohnehin Unbemittelte zur Förderung der Industrie nichts beitragen würden. Wegen der Ansiedlung von Landleuten sei noch nichts bestimmt worden; doch würde man dabei wegen der „mehreren Gleichheit der Kultur und Verfassung mehr auf die benachbarten polnischen als auf die Provinzen des Römischen Reiches die Absicht zu richten haben“. Man müfste vorerst das galizische Gubernium fragen, ob zur Ansiedlung fremder Ackersleute Gelegenheit vorhanden sei und welche Bedingungen ihnen gewährt werden sollten. Da Kaiser Joseph sich damit einverstanden erklärte, wurde am 14. November 1774 ans Gubernium die Anfrage gerichtet, ob auf den galizischen Kameralherrschaften fremde Ackersleute mit Nutzen und unter welchen Begünstigungen angesiedelt werden könnten.

Zu einer Ausführung dieser Pläne ist es aber zur Zeit Maria Theresias nicht gekommen. Selbst als sich deutsche Bauern um die Ansiedlung bewarben, wurden sie wegen ihres protestantischen Glaubens zurückgewiesen. So meldeten sich im Winter 1774 auf 1775 beim Distriktsamt in Zamośé Deputierte von Protestanten aus Polen unter Führung des in Zamośé bereits ansässigen Andreas Lössig. Unter Berufung auf das Patent vom 1. Oktober 1774 erklärten sie, sich ansiedeln zu wollen, wenn ihnen die Anstellung von Geistlichen, ein eigener Friedhof und der kapellenartige Ausbau des Betzimmers bewilligt würde. Zamośé hatte schon damals evangelische und reformierte Bewohner, zu denen die Deputierten kamen und vereint jene religiösen Forderungen durchzusetzen suchten. Das Zamośćer Distriktsamt wufste von diesen Ansiedlungswerbern viel Gutes zu berichten. Sie waren vom Fürst Radziwill in seine an der litauischen Grenze am Bug gelegene Stadt Slabatisch gezogen worden. Nach seinem Beispiel hatte der Woiwode von Pommern, Graf von Flemming, Ansiedler in den

Städten Terespol, Reczica u. a. ansässig gemacht [1]). Diese Leute stammten aus dem Kurfürstentum Sachsen, aus dem Römischen Reiche und der Danziger Niederung. Unter ihnen befanden sich Handwerker, Künstler, Manufakturisten und Ackerleute. „Ganz Polen weifs es“, führt das Amt aus, „dafs die Güter, auf denen diese Ansiedler wohnten, in den besten Umständen waren und dafs beide Eigentümer nicht kleinen Nutzen aus ihrem Fleifs und ihrer Arbeit zogen.“ Nach dem Tode der Grundherrn begann aber eine Mifswirtschaft, die die Leute zur Auswanderung veranlafste. Das Distriktsamt riet am 23. Jänner 1775 auch die Ackerbauer aufzunehmen und ihnen die eingezogenen Starosteigüter [2]) zu überlassen. Aber sowohl das Belzer Kreisamt als das Lemberger Gubernium verwiesen darauf, dafs das Patent nichts über Bauernansiedlungen enthalte; das Gubernium wollte auch nicht arme Leute ins Land ziehen. Ebenso kamen religiöse Bedenken zur Geltung, die auch die wohlwollende Anschauung der galizischen Hofkanzlei nicht zerstreuen konnte. Kaiserin Maria Theresia setzte eigenhändig unter den Vortrag der Kanzlei die entscheidenden Worte: „und niemals eine Frage sein könne, aufser den sechs Orten noch weniger auf das Land einige Protestanten zu erlauben“. Dementsprechend wurde das Gubernium angewiesen, keine Landleute anzusiedeln.

So hat also die Abneigung gegen die Protestanten zunächst die Ansiedlung von Bauern vereitelt. Denselben Standpunkt vertrat man auch, als sich Schweizer zur Ansiedlung meldeten. Infolge des veröffentlichten Patentes wandte sich im Dezember 1774 ein gewisser Crose aus Lausanne an den österreichischen Residenten Nagel in Basel und erbot sich, Professionisten und Landleute nach Galizien zu führen. Nagel berichtete darüber sofort an die Haus-, Hof- und Staatskanzlei und betonte, dafs die Schweizer unbedingt in der Landwirtschaft und im Fabrikwesen der galizischen Bevölkerung gutes Beispiel bieten würden. Auch die galizische Staatsgüteradministration, der dieser Antrag zur Begut-

1) Die Städte Sławatycze, Terespol und Rzeczyca liegen in Russisch-Polen nordöstlich von Lublin.

2) Die Starosten waren die über ein gröfseres Gebiet (Starostei) gesetzten polnischen Beamten. Man vgl. Bd. I.

achtung vorgelegt wurde und der das Bedürfnis nach guten Landbauern am besten bekannt war, schlug vor, die Schweizer als Ansiedler unter Gewährung von Freiheiten ins Land zu ziehen und ebenso ihnen Meierhöfe auf den Kameralherrschaften Sambor und Przemyśl zu verpachten. Die Administration versprach sich davon besonders für die bisher vernachlässigte „Gebirgswirtschaft“ Vorteile. Auch das Gubernium stand der Ansiedlung von Schweizer Bauern nicht unfreundlich gegenüber. Es war der Ansicht, daſs man sie auf den kameralischen Meierhöfen entweder ständig ansiedeln oder als Dienstleute verwenden sollte; auch Pachtungen könnten ihnen übertragen werden. Da Ansiedlungspläne von Ackerbauern wiederholt auftauchten, hielt sich das Gubernium für genötigt, zu erklären, daſs Ödnisse, weite unbewohnte Strecken, für Kolonisationszwecke nicht vorhanden wären; die verlassenen, unbebauten Felder sollten zunächst für den Nachwuchs der einheimischen bäuerlichen Bevölkerung verbleiben. Würden jedoch öde Gründe für die Schweizer ausfindig gemacht werden, so sollten die Ansiedler sechs Freijahre erhalten. Das Gubernium hielt es für vorteilhaft, daſs die Unternehmer ins Land kämen, die Güter ansähen und Verträge abschlössen. Auch jetzt verwies dieses Amt auf die aus dem Glaubensbekenntnis der Ansiedlungswerber entspringende Schwierigkeit; aber es meinte — und da ist bereits ein Fortschritt bemerkbar —, daſs ihre Niederlassung in geschlossenen Dörfern doch gestattet werden könnte. Schlieſslich überwog aber doch die Anschauung, den Schweizern bloſs Pachtungen zu gewähren, da es den damaligen Grundsätzen widersprach, Protestanten am flachen Lande „für beständig“ anzusiedeln; nur katholische Schweizer war man geneigt als „wahre Ansiedler auf dem Lande“ zuzulassen. In diesem Sinne traf auch die Kaiserin die endgültige Entscheidung (Mai 1775). An das galizische Gubernium und an den Residenten Nagel erging nun die Belehrung, daſs die protestantischen Landwirte, die als Pächter kommen würden, ferner ihre Beamten und Diener nur „zeitliche Bewohner“ in Galizien werden könnten; die Handwerker sollten nach dem bereits erlassenen Patente behandelt werden. So kam es, daſs infolge der religiösen Unduldsamkeit auch die tüchtigen Schweizer zur Ansiedlung als Landwirte nicht zugelassen wurden;

da man ihnen nur vorübergehende Pachtungen geben wollte, dürften nur wenige gekommen sein. Wenigstens finden sich nur spärliche Spuren. Als sich 1783 die deutschen Ansiedler in Kupnowice [1]) beschwerten, dafs ihnen Vieh und Häuser noch nicht angewiesen worden seien, erklärte das schuldtragende Amt diese Verzögerung damit, „dafs die Pachtzeit des Schweizers noch nicht ausgegangen sei“.

So blieb die Einwanderung der Deutschen zur Zeit Maria Theresias auf Handwerker, Fabrikanten und Kaufleute beschränkt. Aufserdem kamen selbstverständlich die für die neue Verwaltungsorganisation nötigen Kräfte: Beamte, Lehrer, Geistliche ins Land. Die Kolonisation von Bauern, die für Galizien so überaus nötig war, scheiterte zumeist an den religiösen Bedenken gegen den evangelischen Glauben der Ansiedlungswerber. Auch hielt man die Zuwanderung der mit den Verhältnissen des Landes vertrauten ländlichen Bevölkerung aus dem benachbarten Polen für angezeigter als die Herbeiziehung fremder Kolonisten. Endlich stiefs auch die Unterbringung dieser Ansiedler auf einige Schwierigkeiten; dem Staate standen damals in Galizien nur verhältnismäfsig wenige Güter (eingezogene Starosteien, Kameralmeierhöfe) zur Verfügung. Erst unter Kaiser Joseph trat ein Umschwung ein; er wurde ermöglicht durch die Anerkennung der religiösen Duldung und durch die Übernahme reicher geistlicher Güter in die Verwaltung des Staates.

Die Entwicklung des deutschen Ansiedlungswesens in Galizien unter Kaiser Joseph II.

Im Sommer 1780 besuchte Kaiser Joseph, als er zur Zusammenkunft mit der Kaiserin Katharina II. nach Rufsland reiste, wieder Galizien. Über den Zustand des Landes machte der Kaiser in seinen Reiseaufzeichnungen Bemerkungen wie die folgenden: „Das Wachstum des Viehes ist sehr schlecht“; „das Land ist allhier viel weniger angebaut, schlecht bevölkert, viele Wälder und Moräste“. Diese Beobachtungen veranlafsten ihn, nicht nur die Vermehrung der Handwerker, besonders der Wollen-, Tuch-, Or-

1) Kupnowice lag in der für die Schweizer bestimmten Kameralherrschaft Sambor.

dinariizeug- und Leinwandfabrikanten, sowie der Bierbrauer zu fordern, sondern auch die Verbesserung der Viehzucht anzuregen. Damit war die Fortsetzung der Ansiedlung von Gewerbetreibenden, aber auch die bäuerliche Kolonisation wieder angeregt worden.

Nun brachen gerade im Herbst 1780 in Preufsisch-Schlesien, besonders in Pless und in anderen Herrschaften an der galizischen Grenze Bauernunruhen aus. Bei der Beobachtung dieser Vorgänge wurde die Bemerkung gemacht, dafs viele Protestanten aus der Gegend von Biala, die scharenweis nach Pless zum Gottesdienste zogen, da die Kirche in Teschen zu weit war, dort von preufsischen Werbern zur Auswanderung verlockt wurden [1]). Damals wohnten nicht nur in der Stadt Biala, sondern auch in den benachbarten Dörfern sehr viele Protestanten. Schon im Mittelalter hatten sich in dieser Gegend Deutsche angesiedelt. Unter dem Drucke der in Schlesien durchgeführten Gegenreformation kamen seit dem 17. Jahrhundert viele protestantische Gewerbetreibende, besonders Tuchmacher, über den Bialaflufs nach Polen herüber und liefsen sich in den bestehenden Ortschaften nieder. Alle überflügelte schliefslich Biala, die Schwesterstadt des am jenseitigen Ufer gelegenen schlesischen Bielitz. Biala hatte zu mindestens seit 1584 deutsches Recht, seit 1709 bestand hier eine protestantische Gemeinde und 1723 erhielt der Ort Magdeburger Stadtrecht. Im Jahre 1766 war hier eine „Kongregation“ der Kaufleute zur Hebung des Handels errichtet worden, als deren Älteste Simon Merkt und Balthasar Schindler erscheinen. Sechs Jahre später kam der Ort zusammen mit dem Gebiete von Auschwitz und Zator an Österreich. Nach den Berichten der österreichischen Behörden waren die deutschen Bewohner dieser Gegend arbeitsam; die Weiber beschäftigten sich zumeist mit Wollspinnen und Krempeln, die Männer mit Tuch- und Leinwandfabrikation. „Diese nützlichen Untertanen sind meistens des Lesens und Schreibens kundig, meist nüchtern, reinlich in der Kleidung und erziehen ihre Kinder anständig auf ihre Art.“ Sie hingen treu an ihrem pro-

1) Die Protestanten von Biala hatten trotz des Warschauer Traktates von 1768 und des Traktates von 1773 kein Gotteshaus. Sie durften keines errichten, weil sie beim Übergange des Landes unter die österreichische Herrschaft (1772) nicht im Besitze einer Kirche waren.

testantischen Glauben und „von diesem Religionstrieb eingenommen zogen sie Sonnabends nach Feierabend scharen- und prozessionsweise mit ihrem Nahrungsbünkel auf dem Buckel nach Plessen und füllten dasige evangelische Kirche mit ihren Weibern, Kindern und Kindeskindern vollkommen an“. Gingen dann die Leute nach dem Gottesdienste ins Wirtshaus, so verstanden sie die Wirte, welche geheime Werber waren, mit Hilfe des königlich-preufsischen Patentes vom 5. Jänner 1770, das den Einwanderern mancherlei Vorteile in Aussicht stellte, anzulocken. Das Wielicker Kreisamt konnte seinem Berichte über diese Vorgänge ein gedrucktes Exemplar des preufsischen Patentes beilegen. Alle diese Beobachtungen führten dazu, dafs man die Gestattung eines evangelischen Bethauses in Biala ins Auge fafste und zugleich sich entschlofs, die infolge der Unruhen auf österreichisches Gebiet geflüchteten Bauern in Galizien und Böhmen anzusiedeln; das Auslieferungsbegehren Preufsens wurde zurückgewiesen, weil dieser Staat in ähnlichen Fällen ebenfalls Flüchtlinge nicht herausgegeben hatte. Schon Ende 1780 erging an das galizische Gubernium der Auftrag, den Flüchtlingen Vorschub zu leisten und sie unterzubringen.

In den ersten Monaten 1781 wurde die Frage, ob man den Evangelischen im Gebiete von Biala Religionsfreiheit gewähren sollte und wie man fremde Untertanen ins Land ziehen könnte, eifrig behandelt. Dabei kam die Ansiedlung von Bauern, die zur Zeit Maria Theresias nur gestreift worden war, ernstlich in Erwägung. Der damalige galizische Statthalter, Graf Brigido, beantragte in seinem Bericht vom 12. März 1781 unter Hinweis auf Böhmen, wo preufsischen Einwanderern Begünstigungen gewährt wurden, man möge jetzt auch die „fast von allen nützlichen Professionisten entblöfsten revindizierten Königreiche und Fürstentümer (Galizien) damit versehen, wie auch besonders die auf den Kameralherrschaften vorhandenen Dominikalmeierhofsgründe mit fremden arbeitsamen Menschen besetzen“. Er entwarf auch sofort die Ansiedlungsbedingungen, welche den Handwerkern und Bauern, die aus der Fremde herbeiziehen würden, gewährt werden sollten. Ebenso war es nach seiner Ansicht nötig, die vorhandene Bevölkerung festzuhalten, daher schlug er wenigstens für Biala ein Privatbethaus vor, um die Kirchenfahrt in das Plessische als die nächste Aus-

wanderungsgelegenheit zu verhüten. Um evangelische Ansiedler anzuziehen, müfste man ihnen „freie private Religionsübung“ zugestehen, „durch welches Mittel die Königreiche unzweifelhaft in wenigen Jahren eines ansehnlichen Zuwachses sowohl Professionskundiger als fleifsiger Ackerbauer sich erfreuen würden, die annebst meistens noch der teutschen Sprache, dann des Lesens und Schreibens kundig wären, mit welchen das hiesige von derlei arbeitsamen, dem Staate nutzbringenden Insassen noch entvölkerte Land zu vermehren, das Hauptabsehen sein mufs“. Brigido schlug daher vor, dafs die Regierung den Ansiedlern jene Freiheiten und die private Religionsübung zugestehe, welche das preufsische Patent vom 5. Jänner 1770 gewährleistete.

Mit diesen Vorschlägen erklärte sich die böhmisch-österreichische Hofkanzlei einverstanden, nicht aber der Staatsrat. Dieser war wohl geneigt, für die Protestanten des Wielicker Kreises Religionsfreiheit zu gestatten; in Biala und auch in dem neuangelegten Orte Podgórze (bei Krakau) sollte die Herstellung eines Bethauses und die Anstellung eines Pastors erlaubt werden, diese Orte also die Freiheit der bereits früher zur Ansiedlung von Protestanten bestimmten sechs Städte erhalten. In der Frage der Herbeiziehung weiterer preufsischer und polnischer Untertanen machte der Staatsrat dagegen Schwierigkeiten, und zwar vor allem wegen der Religionsübung der zum Ackerbau bestimmten Ansiedler. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder riet, die Ansiedlung protestantischer Landleute nur in gewissen Gebieten zuzulassen, und zwar vor allem im Wielicker Kreise, dann in der Nähe der Städte. Diese sollten jetzt ohne alle Ausnahme die Freiheit geniefsen, die bisher nur die sechs Städte hatten, und den protestantischen Handwerkern insgesamt zugänglich sein. Die Niederlassung von Professionisten auf dem Lande wollte die Mehrheit der Kommission nur in beschränktem Mafse gestatten; in den Dörfern sollten höchstens Schmiede, Wagner, Fleischer und Bäcker wohnen dürfen, die anderen Gewerbetreibenden (die „Komerzialprofessionisten“) sich nur in den Städten niederlassen, um diese zu heben. Beide Parteien suchten ihre Ansicht durch zahlreiche Gründe und Gegengründe, die für die religiösen und politischen Anschauungen der Zeit sehr interessant sind, zu verfechten. Schliefs-

lich entschied der Kaiser, dafs er mit der Religionsfreiheit für den Wielicker Kreis einverstanden sei; ebenso gewährte er auch den Ansiedlern auf dem Lande diese Freiheit. Den Streit über die Verteilung der Handwerker entschied er aber mit der Bemerkung: „Die sorgfältige Verteilung der Professionisten auf Land, Stadt und Marktfleck ist ganz unnötig, da ohnedies sich kein Goldschmied auf das Land niederlassen werde, und so wenig Vorschriften als möglich zur Belebung der Industrie beitragen.“ Auch in der Frage der zu gewährenden Freiheiten, über welche mancherlei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Statthalter und dem Staatsrat bestanden, zeigte Joseph das gröfste Entgegenkommen. So entschied er, dafs die Ansiedler zehn Jahre von allen Abgaben frei sein sollten, da die 1774 gewährte sechsjährige Freiheit sich als ungenügend erwiesen hatte. Ebenso bestimmte der Kaiser, dafs den Bauern fertige Häuser mit den Gerätschaften übergeben werden, damit die Angesiedelten sofort mit der Beurbarung ihrer Gründe beginnen könnten. Auch befahl er, den Ansiedlern Haus und Gründe in vollkommen erbeigentümlichen Besitz zu übergeben und den Bauern die Ablösung der Robot in Geld oder Körnern zu gestatten. Diese Begünstigungen sind zum Teil dem „Königlich-preufsischen Patent für Preufsisch-Schlesien und Glatz“ (Berlin 5. Jänner 1770) nachgebildet. Dies war wegen des Wettbewerbes mit dem Nachbarstaate nötig; an blofse Nachahmung der preufsischen Mafsregeln darf man nicht denken, denn in Österreich war man seit Jahrzehnten an das Ansiedlungsgeschäft gewöhnt.

Im Juni 1781 erging an den Statthalter Brigido der Befehl, das Patent zu erlassen. Es ist vom 17. September 1781 datiert und verweist zunächst auf das bereits 1774 erlassene Patent sowie auf den Umstand, dafs von diesem „angelocket sich auch in mehreren Orten verschiedene fremde Leute allschon angesiedelt und sich der gegebenen Verheifsung wirklich zu erfreuen haben“. Um jedoch die Ansiedlung zu erleichtern, und „sohin mittels Herbeiziehung mehrerer fremden Menschen in gedacht unseren Königreichen Galizien und Lodomerien die Handlung und Industrie und die Erzeugnisse der Erde immer besser emporzubringen, die Verführung derselben in auswärtige Länder zu befördern, den Geld-

umlauf zu beleben und hiebei wie denen neuen Ansiedlern, also überhaupt sämtlichen Insassen die Erwerbungsgelegenheit zu erweitern", sollen die Freiheiten vermehrt werden. Die Einwanderer sollten sich überall ansiedeln dürfen. Den Protestanten wurden aufser in Lemberg, Jaroslau, Zamość und Zaleszczyki auch Bethäuser in Biala und Podgórze gestattet [1]). Kaufleute, Künstler und Handwerker erhielten in den Städten und auf dem Lande Bürger-, Besitz- und Gewerberecht; Befreiung von allen persönlichen Steuern auf zehn Jahre; Rekrutierungsfreiheit für sich, ihre ältesten Söhne und die aus der Fremde einwandernden Handwerksgesellen; Bauholz aus den Kameralwaldungen zur Herstellung der Wohngebäude unentgeltlich, die anderen Baumaterialien zum Ararialerzeugungspreis gegen Rückzahlung in sechs Jahren; Unterstützung beim Baue mit Hand- und Zugrobot; 1600 Quadratklafter Gartengrund mit sechsjähriger Grundzinsfreiheit; zur Anschaffung des Werkzeugs und des rohen Materials 50 fl. an nicht rückzuzahlenden Vorschufs. Den Bauern und Ackersleuten, die sich auf den Kameralherrschaften niederliefsen („massen die übrigen Privat-Grundobrigkeiten zu solchen kostspieligen Beiträgen nicht verhalten werden mögen"), wurde gewährt: ein eigenes Bauernhaus mit Stall und Ackergerätschaften unentgeltlich; ein „angemessener" Bauerngrund erbeigentümlich, und zwar ebenfalls unentgeltlich; durch zehn Jahre Freiheit von allen Steuern und Grundzinsen, und nach Ablauf der Freijahre nur eine mäfsige „Retribution oder Ehrung in Recognitionem Dominii"; sechsjährige Freiheit von Frondiensten, hernach die gewöhnliche Zug- oder Handrobot entsprechend der Gröfse ihres Besitzes oder Ablösung derselben in Geld oder Körnern gleich anderen Kameraluntertanen. Schliefslich wurde allen Ansiedlern der Schutz des Landesguberniums verheifsen.

Gegenüber dem Patente von 1774 weist das neue Patent vor allem folgende Fortschritte auf: Es ladet nicht nur Handwerker, sondern auch Bauern zur Ansiedlung ein. Allen wird im Sinne des bald darauf erlassenen bekannten Toleranzpatentes vom 13. Ok-

1) Vgl. oben S. 8. Kazimierz war 1777 an Polen zurückgefallen; Brody wird im Patent nicht erwähnt. Durch das bald darauf erlassene Toleranzpatent ist die beschränkte Errichtung der Bethäuser aufgehoben worden.

tober 1781 religiöse Freiheit zugestanden. Ferner werden die Ansiedler durch Gewährung gröfserer Freiheiten angelockt.

Das Patent vom 17. September 1781 bildete die Grundlage für die folgende deutsche Ansiedlung in Galizien. In der Folge wurde oft auf dasselbe verwiesen. Dazu kamen freilich mancherlei Nachtragsbestimmungen, die durch gesammelte Erfahrungen oder besondere Vorfälle veranlafst wurden. So führten z. B. Bitten der Ansiedler, ihnen zur Fortbringung ihrer Kinder und Gerätschaften Militärvorspann zu gewähren, dazu, dafs man schon im Juni 1782 zunächst einzelnen Ansiedlern Reisegeld bewilligte und sodann diese Begünstigung auf alle ausdehnte. Man gab ihnen für die Reise von Wien nach Galizien zunächst nur für Kinder unter vierzehn Jahren je 2 fl. für den Kopf; später wurden jeder Person aufser den in Wien ausgezahlten 2 fl. noch je 1 fl. in Olmütz (Mähren) und 1 fl. in Biala beim Übertritt nach Galizien gereicht; noch später wurden in Biala 2 fl. für jeden Kopf bestimmt. Erinnert sei daran, dafs man 1774 gar kein Reisegeld gewähren wollte. Auch die Rekrutierungsfreiheit ist erweitert worden. Im Juli 1782 befahl der Kaiser, dafs zur Förderung der Ansiedlung von Handwerkern aufser den anderen Freiheiten ihnen Rekrutierungsfreiheit für sie und ihre Kinder gegeben werde. Da bei verschiedenen Ämtern diese über das Patent hinausgehende Freiheit auffiel — in diesem war nur von den ältesten Söhnen und Handwerksgesellen die Rede —, so erging am 1. September 1782 eine Verordnung der Hofkanzlei an die Hofkammer, den Hofkriegsrat und das galizische Gubernium, welche die kaiserliche Verfügung wegen der Rekrutierungsfreiheit aller Kinder „zur Darnachachtung ohne alle Interpretierung und Kombinierung mit dem vorjährigen Patente“ betonte. Tatsächlich wird schon in einer am 27. September 1782 in Lemberg durch Druck kundgemachten „Nachricht“ den Handwerkern die Rekrutierungsfreiheit „für sie und ihre Kinder“ zugesichert. Als das Gubernium meldete, dafs die Einwanderung aus Polen trotz der üblen Lage der dortigen Bauern stocke, weil sie sich vor der Rekrutierung in Galizien fürchteten, wurde im Juli 1783 und später im März 1785 ihnen Rekrutierungsfreiheit für die erste Generation zugesichert. Noch im Jahre 1782 beantragte die Domänendirektion in Sando-

mir, den Ansiedlern auch Zug- und Zuchtvieh, ferner Brotkorn und Barvorschüsse zu gewähren; letzteres war notwendig geworden, weil den Ansiedlern nicht sofort ihre Wirtschaften zugewiesen werden konnten, viele von ihnen auch arm waren. Der Kaiser bewilligte im August 1782 diese Forderungen und ordnete eine genaue „Aufschreibung" der Vorschüsse jedes Ansiedlers an. Zu diesem Zwecke wurde jedem Hausvater ein „Einschreibbüchl" ausgefolgt. Später wurde auch unentgeltlich Holz, Stroh und Licht an die einquartierten Ansiedlungswerber verabfolgt; es wurden ihnen Ärzte und Arzeneien frei zur Verfügung gestellt und dergleichen mehr. Eine vollständigere Übersicht der Rechte und Freiheiten sowie der gesamten Ausstattung der Kolonisten wird weiter unten geboten werden.

Obwohl das Patent von 1781 viel gröfsere Freiheiten als jenes von 1774 gewährte, rechneten die Behörden auf keinen allzu grofsen Erfolg. Man dachte vor allem nur an die Herbeiziehung von Ansiedlern aus dem republikanischen Polen und aus Preufsisch-Schlesien, und zwar nur auf einige hundert Emigranten, wie sie sich schon früher gemeldet hatten. Während das Patent von 1774 sofort in reichsdeutschen Zeitungen veröffentlicht wurde, geschah dies zunächst nicht mit jenem von 1781. Trotzdem entstand gar bald in Deutschland, vor allem im südwestlichen Teile, eine starke Auswanderungsbewegung nach Galizien. Es ist bekannt, dafs aus den Ländern am Mittelrhein seit Jahrzehnten eine Massenauswanderung stattfand, die besonders in Zeiten der Not zu einer geradezu erschreckenden Höhe anwuchs. Die unerträglichen Bedrückungen der Kleinstaatfürsten, die Willkür ihrer Beamten und die Not der letzten Kriege verleideten den Bürgern und Bauern ihre Heimat; andere bewog ihr Glaube zur Auswanderung. Vergebens versuchten die Regierungen durch scharfe Verordnungen das „leichtsinnige Auswandern" einzuschränken. Kaiser Joseph mufste auf Betreiben der rheinischen Fürsten am 7. Juli 1768 ein allgemeines Auswanderungsverbot erlassen. Die Pfalz, Württemberg und Baden stellten die meisten Emigranten. Sie wandten sich nach Amerika, Rufsland, Spanien und Ungarn [1]. Nun wurde

---

1) Vgl. Bd. II, S. 100f. und unten das 5. Buch.

dieser Strom auch nach Galizien geleitet. Das Patent von 1774 hatte dies nicht vermocht, weil es protestantische Bauern nicht duldete und arme Ansiedler nicht förderte.

Kaum waren einige Wochen nach der Veröffentlichung des Patentes vom 17. September 1781 vergangen, da tauchten schon allerlei Ansiedlungspläne auf.

So wandte sich im Jänner 1782 die Gemahlin des ehemaligen Herzogs von Kurland, Prinzen Karl von Sachsen, durch den österreichischen Geschäftsträger zu Dresden nach Wien um die Erlaubnis, einige Herrnhuter auf ihren Gütern in Galizien anzusiedeln. Die österreichischen Behörden anerkannten, dafs die Herrnhuter sehr fleifsige, friedfertige und tüchtige Professionisten seien, doch machten sie auf einige Schwierigkeiten aufmerksam. So unterstanden die Herrnhuter einer Generaldirektion im Auslande, was nach österreichischem Rechte nicht der Fall sein durfte. Ferner betrieben sie zumeist Handel mit fremden Waren, während die Behörden zur Förderung des einheimischen Gewerbes forderten, dafs sie zu ihrer Industrie nur inländische Rohprodukte verwenden und keine auswärts von ihnen verfertigten Waren, für die im Inland Material vorhanden war, einführen sollten. Schliefslich wurde auch darauf verwiesen, dafs sie zum Militärdienst unbrauchbar waren. Daher forderte die böhmisch-österreichische Hofkanzlei, dafs die Herrnhuter sich allen politischen und kommerziellen Gesetzen unterwerfen müfsten. Kaiser Joseph genehmigte diese Anschauungen. Wie es scheint, kam die geplante Ansiedlung nicht zustande.

Am 24. Februar 1782 meldeten sich zwölf verheiratete Glasmacher aus der Glashütte Nienover in Hannover, veranlafst durch den aus Waldheim in Böhmen stammenden Glasmacher Johann Kamm, zur Ansiedlung in Galizien. Da jedoch Zweifel auftauchten, ob in Galizien Gelegenheit zu ihrer Unterbringung vorhanden wäre, so wurde der Gedanke angeregt, sie in der Bukowina anzusiedeln, „obzwar die Bukowiner Verbesserungen dermalen noch nicht auf den Grad vorgerückt seien, um schon mit Fabrikenanlegung daselbst vorgehen zu können“. Zufolge eines Auftrages des Hofkriegsrates und des Lemberger Generalkommandos, denen die damals militärisch verwaltete Bukowina unterstand, sollte der

Landesverweser General Enzenberg die geeigneten Verhandlungen pflegen, doch so, dafs nicht der geringste Schein einer Verleitung oder Anreizung zur Auswanderung erweckt werde. Während Enzenberg sich anschickte, diesem Befehle nachzukommen und das böhmische Gubernium schon in diesem Sinne verständigt wurde, trafen indessen die politischen Behörden die Entscheidung, dafs jene Glasmacher nach Dolina in Galizien geschickt werden sollten. Der galizische Statthalter Brigido erklärte sich nämlich mit Freuden bereit, die Glasmacher auf der Kameralherrschaft Dolina aufzunehmen, wo eine landesübliche schlechte Glashütte bestand, die an einen Juden verpachtet war und von ihm „ganz elend“ betrieben wurde. Es erfolgte daher der Vorschlag, diesen Glasmachern die Hütte um denselben Zins (600 fl. polnisch oder 150 fl. rheinisch für das Jahr) zu verpachten und ihnen aufserdem 25 bis 30 fl. Reisegeld, sowie ungefähr die im Patente festgestellten Freiheiten zu gewähren. Ob jedoch Kamm und die anderen Familien wirklich nach Dolina gekommen sind, ist unbekannt. Dagegen erscheinen wenig später Glasmacher in der Gegend von Lubaczow; 1785 hatte die Hütten Krystalowa und Różaniczka der deutschböhmische Glasmeister Hopfenbratl in Pacht. Auf seine Bitten überliefs ihm das Ärar für seine Arbeiter Häuser und Gründe gegen mäfsige Abzahlung.

Am 25. März 1782 richtete der Oranien-Nassauische Amtmann August Friedemann Rühle von Lilienstern in Dillenburg an Kaiser Joseph II. ein Gesuch. In der Einleitung desselben preist er den Kaiser als einen Wohltäter, der die Welt überzeuge, dafs es das erhabendste Glück des Weisen sei, viele Menschen glücklich zu machen. Diese Überzeugung rechtfertige die Kühnheit seiner Bitte: Menschen unter dem Schutze eines Landesvaters zu sammeln, der nicht nur sein Volk, sondern die Menschen liebt und glücklich macht. Da nun in Ungarn und Galizien, besonders aber in der Bukowina zahlreiche unangebaute, aber fruchtbare Landstrecken vorhanden seien, so bitte er um Anweisung einer geräumigen Gegend zur Anlegung einer Ansiedlung. Er würde sich bemühen, eine grofse Anzahl guter Untertanen dahinzuführen; schon habe er aus verschiedenen Gegenden die Zusage vieler Ansiedlungswerber, und seine einflufsreichen Brüder

würden seine Pläne in Deutschland fördern. Rühle beabsichtigte die Gründung mehrerer Dörfer; in einem besonders günstig gelegenen sollten Handwerker und Künstler untergebracht werden, damit es später zur Stadt erhoben werde. Für sich nahm Rühle die ganze Anordnung und Leitung der Ansiedlung, eine eigene bedeutende Grundfläche und so ziemlich die Rechte eines Grundherrn über die Ansiedler in Anspruch. Auf diesen weitgehenden Antrag wollten aber weder die Behörden in Galizien noch in der Bukowina eingehen; jede von ihnen leitete die Angelegenheit auf die andere ab, bis schliefslich sie ganz vereitelt wurde.

Im April 1782 meldeten sich beim Hofagenten Weltz in Wien eine Anzahl kurpfälzischer Familien, die mit Weib und Kind nach Galizien ziehen wollten; als ihre Wortführer erschienen Georg Ebener und Josef Böhm aus Nufsloch bei Heidelberg. Auch ein reformierter Pfarrer aus Wiesloch zeigte an, dafs in dieser Gegend Auswanderungslustige vorhanden seien; er bat, man möge seinen Sohn als Agenten zur Anwerbung dieser Übersiedler anstellen.

Ende Juni 1782 erbot sich der vorderösterreichische Regierungsrat Bökh, die starke Auswanderung, die damals aus Württemberg nach Preufsen ging, durch Gewährung gröfserer Freiheiten, als sie der preufsische König bot, nach Galizien zu lenken. Auch versprach er, wenn ihm in Galizien das Indigenat (Staatsangehörigkeit) und der Adelstand unentgeltlich erteilt würde, auf eigene Rechnung gute Untertanen dahin zu bringen und andere vermögliche Personen zum Ankaufe in diesem Königreiche und zur Herbeiziehung von Ansiedlern zu bewegen. Die böhmisch-österreichische Hofkanzlei verhielt sich indessen diesem Vorschlage gegenüber ablehnend, teils weil damals noch immer für gröfsere Ansiedlungen in Galizien kein Raum vorhanden zu sein schien, teils auch weil Bökh bisher keine Verdienste aufzuweisen hatte, welche die erbetene Auszeichnung begründen konnten. Kaiser Joseph entschied, dafs Bökh vorher ein Gut in Galizien auf einen anderen Namen kaufen oder pachten und darauf eine Anzahl fremder Familien ansiedeln sollte; dann würde der Kaiser ihm den Adel verleihen und ihn den galizischen Ständen zur Erteilung des Inkolates vorschlagen. Auch dieser Plan blieb unausgeführt.

Im Juli 1782 teilte der Werbungsagent Leutnant von Reisenfels

in Efslingen (Württemberg) mit, dafs eine Anzahl vermögender Familien aus Württemberg nach Westpreufsen zu ziehen beabsichtigte. Er wollte diese Leute für Galizien gewinnen und fragte zu diesem Zwecke an, was er ihnen bieten könnte.

Alle diese Anträge und Pläne waren ohne Zutun der österreichischen Zentralregierung gemacht worden. Man ersieht daraus, dafs diese anfangs an eine planmäfsige Heranziehung von Kolonisten aus Westdeutschland nicht dachte. Auch der erste Versuch, der von einem österreichischen Amte in dieser Hinsicht gemacht wurde, geschah aus eigenem Antriebe eines untergeordneten Beamten. Im Frühjahr 1782 schickte nämlich der Sandomirer Wirtschaftsdirektor Hladky den aus Preufsisch-Polen nach Sandomir gekommenen Handwerksmann Johann Lem als Werbeagenten nach Südwestdeutschland. Er tat dies, wie es in einem Berichte heifst, aus Diensteifer, um die Gelegenheit nicht zu verpassen, aus eigenem Antrieb. Lem sollte 300 Familien anwerben und dafür eine Belohnung erhalten. Vor der Abreise gab ihm der Wirtschaftsdirektor ein Pferd im Werte von 14 fl. und 40 fl. für die Reisekosten. Aufserdem empfing Lem ein von Hladky in Nisko am 6. Februar 1782 ausgefertigtes Schriftstück, in welchem verkündet wurde, dafs auf der Sandomirer Herrschaft in Galizien noch grofse unbebaute Landstrecken sich befinden, die zufolge des hohen Auftrages mit Handwerkern, vor allem aber mit Bauern besiedelt werden sollten. Hierauf wurde auf das Patent vom 17. September 1781 und seine Bestimmungen hingewiesen. Auch betont die Kundmachung, dafs die genannte Herrschaft zwischen zwei schiffbaren Flüssen, Weichsel und San, liege, auf welchen die Produkte mittelst Flöfsen und Schiffen nach Warschau und Danzig gebracht werden könnten. Schliefslich folgte auch noch ein Hinweis auf die grofse Billigkeit in Galizien. Danach kostete ein Pfund Rindfleisch 2—2½ Kreuzer, ein Ochse 12—15 fl. rhein., eine Kuh 6—7 fl., ein Schwein 2—3 fl., ein Huhn 6 Kreuzer, eine Gans 12 Kreuzer, eine Ente 8 Kreuzer. Mit dieser Kundmachung begab sich Lem nach Frankfurt und schlug hier „in der alten Gassen im alten Brauhause No. 130“ sein Quartier auf[1]). Seine Werbearbeit er-

1) Nach einer anderen Nachricht: „in denen 2 Schweitzern auf der Freyberger Gasse No. 202“.

regte rasch Aufsehen; schon im April wandte sich der österreichische Resident in Frankfurt, Franz von Röthlein, nach Wien um Auskunft über ihn. Erst dadurch erhielten die Oberbehörden Nachricht von dem Unternehmen Hladkys.

Durch alle diese Vorgänge wurde erst die Wiener Regierung angeregt, eine grofse Anzahl von Kolonisten aus Südwestdeutschland für Galizien zu gewinnen. Ein späterer Bericht (1786) sagt geradezu: „Die Sandomirer Ansiedlungen waren bekanntermafsen die ersten und gleichsam der Anfang und die ursprüngliche Gelegenheit der ganzen ausländischen Immigration.“ Jetzt erst wurde im Juni 1782 an Franz von Blank, Landvogt von Rottenburg am Neckar [1]), das Ansiedlungspatent mit der Weisung geschickt, Kolonisten aufzunehmen und nach Wien zu „instradieren“. Ebenso wurde der österreichische Resident in Frankfurt am Main, Franz von Röthlein, mit der Aufnahme von 300 Ansiedlern betraut. Auch die vorderösterreichische Regierung erhielt im Juli das Patent mit der Weisung, angeworbene Ansiedler nach Wien zu senden. Hier hatten sich diese an den 1781 bestellten Untertansagenten Weltz zu wenden, der sie mit Pässen und Marschrouten an ihren Bestimmungsort schickte.

Nach Wien kamen die Auswanderer zumeist auf Donauschiffen. Diese bestiegen sie anfangs in der Regel in Günzburg (unterhalb Ulm), wo sie sich zu sammeln pflegten, ferner in Ulm selbst. In Regensburg erhielten die Auswanderer vom kaiserlichen Gesandten Pässe. In diese Stadt kamen viele Auswanderer auch auf dem Landwege über Würzburg und Nürnberg. Unglücksfälle kamen öfter vor. So ertrank dem Jakob Gessner oberhalb Regensburg seine Schwester; alles Geld, das sie bei sich hatte, ging verloren. Ebenso erlitten vier Ansiedler bei Neuburg an der Donau durch einen Schiffsbruch Schaden. Der zwölfjährige Sohn eines Ansiedlers brach sich auf der Reise beide Füfse. Überdies verschlang die Reise bedeutende Summen. Einen Ansiedler, der sich sieben Stunden von Lemberg angesiedelt hatte, kostete die Reise für vier Personen 148 fl.

1) Er erscheint auch als Landvogt der Grafschaft Hohenberg (Ober- und Nieder-Hohenberg). Rottenburg lag in der vorderösterreichischen Grafschaft Nieder-Hohenberg.

Kein Wunder, dafs viele von den Ansiedlern schon in Wien mittellos und entmutigt eintrafen. Aber die Hoffnung auf eine bessere Zukunft beseelte trotzdem die Auswanderer. Der Schriftsteller J. Rohrer erzählt, dafs er einst auf der Schanze an der Donau in Wien, wo die Schiffe landeten, einen schwäbischen Hausvater fragte, wie er sich entschliefsen könne, eine so weite Reise in ein fremdes Land zu wagen. „Ei“, antwortete dieser, „überall wo's Herr Göttle huset, do kan no allwil a Schwäble sein Plätzle han.“

Auch unter der einheimischen Bevölkerung fanden sich Männer, die Auswanderungslustige sammelten und nach Österreich führten. So warben der Schulmeister Peter Decker und ein gewisser Konrad Bauer aus der kurpfälzischen Ortschaft Duchroth bei Kreuznach über hundert Familien. Sie reisten sodann auf Kosten der Angeworbenen nach Wien, erhielten vom Kaiser günstige Zusicherungen und schickten dann die Ansiedler nach Österreich (1783). Decker mufste auch selbst die Kurpfalz verlassen, weil er von der Regierung zur Verantwortung gezogen wurde. Die günstige Gelegenheit benutzte auch mancher Glücksritter; so der Schneider Eckel aus Wendelsheim bei Alzey (Pfalz), der von der Wiener Regierung einen gröfseren Vorschufs herauslockte, ohne ihr einen Ansiedler zuzuführen.

Die Bewegung, welche das Erscheinen des Patentes vom 17. September 1781 in den Rheingegenden hervorrief, schildert ein Augenzeuge, der auch selbst nach dem Osten zog, folgendermafsen: „Keine Stadt, Marktfleck oder Dorf war, wo nicht gedruckte Exemplare zirkulierten. Die Gnade Josephs war so hoch aufgenommen, dafs die ganze Gegend auswandern zu wollen schien. Es brachen so viele mitunter auch recht wohlhabende Familien zur Auswanderung auf, dafs die Strafsen völlig bedeckt wurden, und es das Aussehn bekam, als wollten alle Menschen die Gegend verlassen.“

Der Zudrang von Ansiedlungswerbern war gleich anfangs ein starker. Vom 3. Juni bis 12. Juli 1782 schickte Weltz zur Sandomirer Ansiedlung 338 Seelen, Ackersleute und Handwerker; darunter waren 66 Inländer, denen im Gegensatz zu den Auswärtigen kein Reisegeld ausgezahlt wurde. Auf so zahlreiche Ansiedler

waren die Behörden nicht vorbereitet. Schon Ende Juni 1782 berichtet das Lemberger Gubernium, dafs für die öden Strecken im Drohobyczer und Sandomirer Distrikt sich genug Ansiedler gemeldet hätten. Raum für weitere Ansiedler böten nur die Medenicer Moräste, wenn sie ausgetrocknet würden, ferner die Hutweide daselbst; aufserdem wären im Haliczer Gebiete etwa 150 von Auswanderern verlassene Bauernplätze, die mit fremden Ansiedlern besetzt werden könnten. Mehr als einige hundert Familien könnten nicht aufgenommen werden, denn unbebaute Ländereien für die Anlage von Dörfern seien nicht vorhanden.

Wie daraus zu ersehen ist, wollte das Gubernium für die Ansiedlung vor allem nur unkultivierte öde Strecken verwenden und nahm ihren Mangel zum Anlafs, die Kolonisation zu beschränken; es ist dies um so auffälliger, als schon 1774 und 1775 neben Ödgründen auch urbare Kameralherrschaften, Starosteien und Meierhöfe für die Siedlungen in Aussicht genommen worden waren. Diesen Gedanken griff nun wieder der Staatsrat auf, als der Bericht des galizischen Statthalters Brigido zur Beratung kam. Unter Hinweis darauf, dafs für Galizien die Ansiedlung „industrieller Ansiedler, wie die Pfälzer es sind“, sehr erwünscht sei, wurde von dieser Zentralbehörde die Frage angeregt, ob Privatgrundherrschaften zur besseren Kultivierung ihrer Güter Ansiedler nicht übernehmen würden; ferner sollten unter diese Staatsdomänen, Jesuiten- und andere geistliche Güter verteilt werden. Zur Einziehung und staatlichen Verwaltung der letzteren war durch das am 12. Jänner 1782 erlassene Klosteraufhebungspatent bereits der erste Schritt geschehen. Damit erst wurde der für eine ausgedehnte Ansiedlung nötige Grund und Boden gewonnen. Seine Vorschläge begleitete der Staatsrat mit folgenden Bemerkungen: „Die jetzigen Ausgaben werden einst dem Staate grofsen Nutzen bringen. Man baue zum voraus, ehe noch die Ansiedler wirklich da sind, gute Häuser mit Zubehör; diese können auf den Domänen nicht kostbar (d. i. teuer) sein, würden jedoch den (einheimischen) Untertanen zur Nachahmung anregen, ein gut gebautes sauberes Haus zu haben. Komme kein Immigrant, so gebe man ein so gut gebautes eingerichtetes Haus einem guten Wirt in loco: dies wäre ein viel wirksameres Mittel zur Aneiferung der Industrie

als alle Patente.“ Diese Stelle ist bemerkenswert, weil in ihr zum erstenmal der Gedanke auftaucht, dafs es unvorteilhaft war, ohne genügende Vorbereitungen und bevor die Häuser fertig gestellt waren, Ansiedler ins Land zu ziehen. Anderseits geht aber daraus hervor, dafs man noch immer an einem starken Zuströmen von Fremden zweifelte. Zugleich wurde die Forderung gestellt, dafs das Gubernium Erhebungen pflegen sollte, für wie viele Ansiedler Platz vorhanden sei, damit nicht Leute aufs geratewohl ins Land kämen und verdürben.

Diese dankenswerten Anregungen konnten natürlich erst für die Zukunft Bedeutung gewinnen. Zunächst war man von der starken Einwanderung überrascht und da keine Vorbereitungen getroffen worden waren, mufste die Herbeiziehung fremder Ansiedler, kaum dafs sie begonnen hatte, wieder eingestellt werden. Am 8. Juli 1782 verkündete ein Hofdekret die Entschliefsung des Kaisers, dafs die weitere Annahme der „Emigranten aus dem schwäbischen Kreis und anderen Gegenden“ einstweilen bis zur vollständigen Herstellung der Vorkehrungen einzustellen sei. Die vorderösterreichische Regierung hatte dies an allen Orten, wo die Auswanderer sich zu melden pflegten, besonders in Günzburg (vgl. oben S. 24), zu verkünden.

Von dieser kaiserlichen Verfügung wurden die Gubernien und Landesregierungen der österreichischen Länder verständigt. Nur die schon eingetroffenen Ansiedler sollten weiter befördert werden. Gleichzeitig wurde auch die Übersiedlung ganzer inländischer Familien nach Galizien verboten; nur einzelnen ihr Glück suchenden fremden sowie erbländischen Handwerksleuten und anderen Personen war die Übersiedlung nicht verwehrt. Das Verbot der Auswanderung ganzer inländischer Familien nach Galizien war offenbar schon dadurch veranlafst worden, dafs man an fremden Einwanderern Überflufs hatte. Es waren aber auch allein vom Agenten Weltz in wenig mehr als einem Monat 66 Inländer nach Galizien geschickt worden; aus der Fürst Dietrichsteinschen Herrschaft (Böhmen) waren 108 Untertanen nach Galizien entflohen; ebenso zogen Familien aus Mähren dahin. Der Kaiser befahl, solche Ausreifser an ihren früheren Wohnort zurückzuschicken; doch müsse man sie auf der Rückreise unterstützen, damit sie nicht aus Not nach

Preufsen ziehen. Gegen den Zuzug einzelner Handwerker nach Galizien hatte man auch jetzt nichts einzuwenden, weil deren Unterbringung leichter war und weil gerade damals die Gründung einer neuen Stadt bei Krakau vor sich ging.

Wie zur Zeit der polnischen Könige mehrmals auf dem Boden Krakaus städtische Gründungen erfolgten [1]), so wurde schon in den ersten Jahren der österreichischen Herrschaft in dessen nächster Umgebung eine Neugründung angeregt. Bekanntlich war bei der ersten Teilung Polens Krakau selbst zwar bei Polen verblieben, aber die Vorstadt Kazimierz war an Österreich gefallen und als einer jener Orte bezeichnet worden, an welchem sich nach den Verordnungen von 1774 Protestanten ansiedeln durften. Aber 1777 wurde Kazimierz wieder an Polen zurückgegeben, und nun machte der Oberst von Seeger den Vorschlag, an Stelle dieser verlorenen Stadt eine andere am gegenüberliegenden (südlichen) Weichselufer anzulegen; es sollte eine „Komerzialstadt mit Festung“ werden. Als Stätte für die Neugründung wurde die Gegend von Rybaki und Podgórze, wo sich bereits einige Ansiedler niedergelassen hatten, in Aussicht genommen. Nach einer anderen Nachricht sollte die „Josephstadt“ auf den Gründen des benachbarten Ludwinów errichtet werden (1779). Als Kaiser Joseph 1780 Galizien bereiste, fand er hier noch immer nur „einige wenige Häuser, welche noch sehr unbedeutend“ waren. Erst 1782 wurden die Verhandlungen beendet und nun erging im August an das galizische Gubernium der Befehl, dafs hier eine Stadt, doch ohne Festung zu errichten sei. Die Gründung bekam schliefslich den Namen Podgórze und wurde mit Einschlufs der bereits hier vorhandenen Kolonie zu einer freien königlichen Stadt erklärt. Die Ansiedler erhielten nicht nur alle Freiheiten nach dem Patente von 1781, sondern auch noch weitere, z. B. dreifsigjährige Kontributionsbefreiung für neuerbaute Häuser. Später wurden in dem gedruckten Patente vom 26. Februar 1784, das in deutscher und polnischer Sprache erschien, und in einem kaiserlichen Handschreiben vom 13. Oktober 1785 noch weitere Freiheiten verliehen. Handelsleute, Künstler, Fabrikanten und Handwerker aller Glaubensbekenntnisse

---

1) Vgl. Bd. I, S. 35f.: Krakau, Kazimierz und Kleparz.

sollten sich hier niederlassen; auch Inländern wurden die Freiheiten gewährt, nur dafs sie keine baren Geldvorschüsse bekamen. Die Stadt selbst erhielt allerlei Rechte und Einkünfte, Märkte, ferner eine Kirche, eine Normalschule und eine Wasserleitung auf Staatskosten. Im Stadtrat sollten nicht nur verdiente Militärpersonen, sondern auch Ansiedler aufgenommen werden. Unter den Bewohnern befanden sich viele Deutsche.

In Podgórze und den anderen galizischen Städten fanden die herbeiziehenden Kaufleute und Gewerbetreibenden genügend Unterkunft. Aber auch für die Unterbringung der Landleute mufste gesorgt werden. Durch die erfolgte Einstellungsverordnung war die einmal erregte Bewegung nicht so leicht aufzuhalten; man sah sich immer wieder genötigt, aus verschiedenen Rücksichten neue Ansiedler aufzunehmen. Bald war dafür der Umstand mafsgebend, dafs sie sonst nach Preufsen ziehen würden, bald wieder, dafs sie wohlhabend waren, auf eigene Kosten kamen oder weil die hohe Bedeutung der deutschen Ansiedler unverkennbar war und dergleichen mehr. So wurde im September 1782 gestattet, dafs die in Frankfurt noch eingeschriebenen 150 Familien zur Ansiedlung nach Galizien befördert werden. Im Oktober wurde das Gesuch eines Friedrich Burkhardt, das er im Namen von zehn Durlacher und zwei pfälzischen Familien überreicht hatte, vom Kaiser dahin erledigt, dafs man ihnen eine Marschroute nach Galizien und gegen Kostenersatz Vorspann mit zwei vierspännigen Wagen geben sollte. Am 14. Dezember teilte der Landvogt Franz von Blank aus Rottenburg mit, dafs sich an ihn wieder 30 württembergische Familien gewendet hätten. Jede besafs ein Vermögen von 200 bis 1500 Gulden; eine konnte nur die Reisekosten auftreiben. Unter ihnen befanden sich Handwerker, einige gute Schäfer, vor allem aber Ackersleute. Sie konnten über ihren bisherigen guten und emsigen Lebenswandel Zeugnisse aufweisen und baten, im Rzeszower Kreise in Galizien angesiedelt zu werden, da sich dort schon im vorigen Sommer zehn Familien aus ihrer Nachbarschaft angesiedelt hatten. Würden sie nicht in Galizien angenommen werden, so wäre die Gefahr vorhanden, dafs sie und andere nach Preufsen zögen. Daher frug Blank, ob diese Leute im nächsten Frühjahr nicht in Galizien untergebracht werden könnten. Sechs Wochen

später berichtete Blank wieder nach Wien, dafs die Leute schon ihre Habseligkeiten verkauften; wenn keine rasche Erledigung käme, würden sie nach Preufsen wandern.

Schon der erste Bericht Blanks gab Veranlassung, dafs die Hofkanzlei sich an das galizische Gubernium wandte, und dieses wieder die galizische Domänenadministration über ihre Anschauung befragte. Dieses Amt sprach sich dahin aus, dafs man die vermöglichen Ansiedler um so eher aufnehmen soll, als früher arme Leute angesiedelt wurden. Im Sandomirer Gebiet wären noch genug Plätze vorhanden, man müfste nur einen oder zwei Meierhöfe aufteilen. Die Administration betonte nachdrücklich den grofsen Vorteil der Kolonisation, durch die der Propinationsnutzen [1]), die Zahl der Steuerträger und Soldaten gesteigert werde. Die Ansiedler würden aber „durch ihren angewohnten Fleifs und ihre Geschicklichkeit den hiesigen unfleifsigen und zur Nachlässigkeit äufserst ausgearteten Untertan zu besserer Bewirtschaftung seiner Gründe und (zur Verbesserung) seiner innerlichen Hauseinrichtung aufmuntern und in allen nebenseitigen Gewinnungsarten (Nebenerwerbszweigen) Mittel und Wege zeigen. Die Vermischung der Nationen werde seinerzeit ein zivilisiertes und zu allen Arbeiten taugliches Volk bewirken und so den Ackerbau in Flor und Vollkommenheit bringen.“ Die Domänenadministration hob ferner hervor, dafs das Hindernis für die Kolonisation nunmehr nicht im Mangel an Gründen [2]), sondern an Häusern bestehe; man müsse Häuser und Gerätschaften vorbereiten, bevor die Ansiedler kämen. Bis die ordentlichen Vorbereitungen getroffen seien und bis entschieden werde, welche Kameralgüter zu verkaufen und welche für die Ansiedlungen zu verwenden wären, müfste die Heranziehung von Kolonisten aus dem Reich eingestellt werden. Nur so würde die „bis nun zu immer bestehende Notwendigkeit, eine Menge Menschen, die ohne Arbeit und Verdienst sind, lediglich auf Unkosten des Ärars nur mit beträchtlichen Bar- und Naturalvorschüssen zu überwintern und halb- oder ganzjährig zu erhalten“ aufhören. „In Sandomir allein sind noch 290 Häuser

1) Ertrag aus dem Verkaufe geistiger Getränke.

2) Es war bereits die Verfügung wegen der Verteilung der Staatsdomänen, Jesuiten- und anderen geistlichen Gütern erfolgt (vgl. oben S. 26).

herzustellen, um die dort angesiedelten Familien gänzlich unterzubringen. Die Häuser sind zwar klein, erfordern aber Zeit und Arbeit, und konnten nicht in einem halben Jahr, seit welcher Zeit die Ansiedlung angefangen hatte, hergestellt werden.“ Diesen Ausführungen schlofs sich das Lemberger Gubernium vollständig an. Es trat für die Notwendigkeit der Ansiedlung ein, weil die Leute nach Preufsen auswandern würden. Die Ansiedlung auf den Staatsdomänen empfahl es wegen des damit verbundenen Nutzens; auf die Ansiedlung auf Privatherrschaften, welche die Zentralregierung angeregt hatte, wäre nicht zu rechnen, „weil die Privatgrundbesitzer für die teure deutsche Ansiedlung in Hoffnung auf den künftigen Nutzen oder das allgemeine Beste kein Opfer bringen würden; ihnen könnte nur die minder kostspielige nationale [1]) Ansiedlung zugute kommen.“

Schon diese Berichte aus dem Anfang 1783 lassen erkennen, welche Schwierigkeiten die Unterbringung der im vorigen Jahre ohne vorherige Vorbereitung ins Land gezogenen Ansiedler verursachte: dem Staate war die unentgeltliche Erhaltung der nicht untergebrachten arbeitslosen Ansiedler aufgebürdet worden. Noch deutlicher sprach sich darüber die Hofkanzlei aus, als sie die angeführten Berichte der Domänenadministration und des Guberniums dem Kaiser vorlegte (10. Februar 1783). Als das Patent vom 17. September 1781 herausgegeben wurde, zählte man nur auf einige hundert Ansiedler aus der Republik (Polen) und aus Preufsisch-Schlesien; man dachte daher gar nicht daran, für die Bauern Häuser und Geräte vorzubereiten. Nun kam ein grofser Strom von Auswanderern aus dem Reich; sie mufsten „zu zwanzig in einem Bauernhause“ einquartiert werden, und führen beständig Klage, so dafs die Befürchtung besteht, dafs sie nach Preufsen wegziehen. Das Gubernium führt das Ansiedlungsgeschäft nachlässig; es hätte sich nicht auf das Gebiet von Sandomir beschränken sollen, denn es wäre leichter, hundert Familien in zehn Herrschaften als zwanzig in einer unterzubringen. Das Gubernium sollte daher sofort auf allen Kameralgütern, ohne Rücksicht darauf, ob sie in der Folge verkauft würden, Häuser bauen und Geräte

1) Nach der Amtssprache jener Zeit die nicht deutsche Bevölkerung.

vorbereiten. Den grofsen Grundherren wäre kundzutun, dafs sie Kolonisten unter den im Patent festgestellten Bedingungen ansiedeln könnten. Die Ansiedler dürften nicht einzeln, sondern zu acht bis zehn Familien in einem Dorfe angesiedelt werden, „weil sie sonst, wie man häufig Beispiele hat, statt die Landbewohner zu ihren Sitten zu stimmen, selbst verwildern würden“. Auch sollten sie zusammen wohnen, um einander zu unterstützen. Das Gubernium hat von den Kreisämtern von Zeit zu Zeit (jedes Vierteljahr) Berichte über den Stand der Ansiedlungen zu fordern und darüber nach Wien zu berichten. Die 30 württembergischen Familien (vgl. oben S. 29) sind ohne weiteres aufzunehmen und neben den zehn früher angesiedelten unterzubringen, weil sie tüchtig und vermögend sind. Mit der Aufnahme anderer Kolonisten ist zu warten, bis neue Häuser erbaut würden. Diese beachtenswerten Vorschläge der Hofkanzlei wurden vom Kaiser mit dem ausdrücklichen Zusatze genehmigt, dafs bis zum nächsten Frühjahr (1784) hundert Häuser für nachfolgende Württemberger erbaut werden sollten, denen der Landvogt Blank die Aufnahme versprechen könnte. Von dieser Entschliefsung wurden alle zuständigen Behörden verständigt und dem galizischen Gubernium überdies befohlen, den Klagen der Ansiedler abzuhelfen, damit sie nicht auswandern. Der Statthalter Brigido forderte gleich darauf, dafs zur Unterbringung der Kolonisten auf jedem Kameralgute zwei bis drei Meierhöfe zerteilt würden.

Wären diese Beschlüsse ungestört durchgeführt worden, so würde unstreitig in das galizische Ansiedlungswesen gröfsere Ordnung gekommen sein. Es hätte aber einer rücksichtslosen eisernen Kraft bedurft, um den Strom der Einwanderer etwa ein Jahr lang aufzuhalten, um ihn sodann in ein sicheres Bett zu lenken. Die stete Furcht, dafs die nicht aufgenommenen Ansiedler nach Preufsen ziehen würden, warf aber alle gefafsten Beschlüsse über den Haufen. Wie Blank, so berichtete auch der Resident Röthlein aus Frankfurt (Februar 1783), dafs sich bei ihm täglich Bauern zur Einwanderung nach Galizien meldeten. Da er mehr als die vorgeschriebenen 300 Familien (vgl. oben S. 24) nicht aufnehmen durfte, erklärten sie, auf eigene Kosten und Gefahr nach Galizien oder Ungarn ziehen zu wollen und begehrten nur Pässe. Es war

zu befürchten, dafs sie sich nach Preufsen wendeten. Da nun von den 300 aufgenommenen Familien etwa die Hälfte ihre Pässe noch nicht abgeholt hatte, weil sie von ihren Herrschaften bisher nicht entlassen worden waren, schlug Röthlein vor, an ihrer Stelle neue Familien anzunehmen. Insbesondere stellte er die Anfrage, ob er jene Professionisten und Bauern, die auf eigene Kosten nach Galizien und Ungarn gehen wollten, annehmen könnte. Dieser Bericht veranlafste die böhmisch-österreichische Hofkanzlei zum Antrage, dafs Leute, die auf eigene Gefahr und Kosten nach Galizien ziehen und sich ankaufen wollten, insbesondere Professionisten, aufgenommen und sofort mit Pässen versehen werden sollten. Der Kaiser genehmigte diesen Vorschlag. Damit wurde also in ähnlicher Weise wie zufolge der Meldung Blanks wohlhabenden Leuten die Einwanderung nach Galizien doch wieder bewilligt, und zwar zunächst auf eigene Kosten. Aber man sah sich bald darauf veranlafst, weiter zu gehen, da in rascher Folge allerlei Anträge und Meldungen kamen. So erbot sich am 10. März 1783 David Ludwig Riel, Bürger aus Frankenthal bei Mannheim [1]), mit 20 Familien aus diesem Orte nach Galizien zu ziehen und begehrte Belehrung über die Ansiedlungsbedingungen. Um dieselbe Zeit langte ein Brief des vorderösterreichischen Regierungsrates Bökh (vgl. oben S. 22) mit der Nachricht ein, dafs sich viele Familien aus der Schweiz, Württemberg, Franken, Pfalz und verschiedenen Reichsorten meldeten, die nach Galizien auswandern wollten, wenn sie Gründe und Bauplätze erhielten. Alle waren tüchtige Acker- und Handwerksleute, die meisten besafsen 400 bis 500 fl., manche sogar 1000 fl. Die Leute wurden durch einen Emissär nach Preufsen gelockt, doch war es Bökh gelungen, sie für Galizien zu gewinnen. Würden sie im Laufe des Jahres 1783 zum Teil in Galizien untergebracht werden können, so könnte man sie teils auf eigene Kosten, teils mit sehr geringen Auslagen dahin bringen, woraus für den Staat grofser Nutzen erwüchse. Um seinem Bericht mehr Nachdruck zu verleihen, schlofs Bökh mit einem Hinweis auf die vorteilhaften Ansiedlungsbedingungen in Preufsen.

---

1) Aus diesem Frankenthal in der Pfalz war schon im 17. Jahrhundert ein gewisser Philipp nach Lemberg gekommen. Vgl. Bd. I, S. 339.

Auch von Röthlein kam im März eine weitere Zuschrift, in welcher er vor allem um Belehrung bat, was den auf eigene Rechnung und Gefahr nach Galizien ziehenden Familien von den im Patente gewährten Freiheiten geboten werden könnte. Damals meldeten sich bei ihm allein aus der Kurpfalz 69 Familien durch einen gewissen Decker (vgl. oben S. 25) zur Ansiedlung in Galizien.

Unter dem Einflusse dieser Verhältnisse stellte die Hofkanzlei am 27. März 1783 den Antrag auf Wiederaufnahme der Ansiedlung, bevor noch die in Galizien vorhandenen Einwanderer ordnungsmäfsig untergebracht und für neue Ankömmlinge die nötigen Vorbereitungen getroffen, vor allem die Häuser erbaut worden wären. Aufser der Befürchtung, dafs nicht aufgenommene Kolonisten anderwärts ihr Glück versuchen würden, war für diesen Entschlufs der Wunsch mafsgebend, die sich jetzt meldenden wohlhabenden Ansiedlungswerber zu gewinnen, nachdem man früher fast durchaus arme Leute angenommen hatte. Man unterschied nun zwei Arten von Ansiedlern; solche „mit Vermögen auf eigene Gefahr“ und jene, die mittellos waren und daher auf alle Patentfreiheiten Anspruch erhoben. Die ersteren sollten nach den vom Kaiser gebilligten Vorschlägen der Hofkanzlei je nach ihrem Vermögen die für eine ganze, eine halbe oder eine viertel Wirtschaft ausgemessenen Gründe erhalten, und zwar wurden je nach ihrem Erträgnis von 6, 5, 4 oder 3 Körnern (von jedem Samenkorn) für eine ganze Wirtschaft ungefähr 50, 60, 76 bis 100 Metzen [1]) gerechnet. Dagegen hatten diese Ansiedler keinen Anspruch auf fertige Häuser; man versprach ihnen nur das nötige Holz umsonst, ferner Ziegel und Kalk zum Ärarialkostenpreis, in sechs Jahren rückzahlbar. Die Ansiedler und ihre ältesten Söhne sollten von der Rekrutierung befreit sein. Bezüglich der Robot erhielten sie die patentmäfsigen Begünstigungen. Auf besonderen Befehl des Kaisers waren von diesen auf eigene Gefahr reisenden Kolonisten auf den Gütern, besonders in den Herrschaften Sandomir und Niepołomice, so viele aufzunehmen, als nur Gründe vorhanden wären. Die mittellosen Kolonisten sollten dagegen die patent-

1) Unter Metzen ist hier jene Ackerfläche zu verstehen, die mit einem Metzen (61,48 Liter) Samen besät werden konnte. Vgl. S. 40, Anm. 1.

mäfsigen Begünstigungen, also neben hinreichenden Grundstücken (in der Regel blofs eine kleine Wirtschaft) vor allem das fertige Haus erhalten. Über das Patent hinaus wurde ihnen das Zug- und Zuchtvieh zugesprochen [1]). Auch eine Erhöhung des Reisegeldes wurde gewährt. Die im Patente von 1781 festgesetzte zehnjährige Abgabefreiheit deutete man jetzt für alle Kolonisten dahin aus, dafs sie nur für unkultivierten Boden galt, nicht aber bei der Ausstattung mit Meierhofgründen. Von den mittellosen Kolonisten waren nur so viele aufzunehmen, als wirklich untergebracht werden konnten; die anderen sollten fürs künftige Jahr vertröstet werden. Schliefslich wurde bestimmt, dafs zur Leitung des Ansiedlungsgeschäftes in Galizien ein eigener Beamter bestellt werden sollte [2]). Um das Ansiedlungsgeschäft in Galizien zu erleichtern, befahl der Kaiser, Ansiedler nach Möglichkeit auch nach der Bukowina und nach Ungarn zu leiten.

Diese Verordnungen wurden am 14. April 1783 den Behörden und den Ansiedlungskommissären Blank, Röthlein und Bökh mitgeteilt. Auch wurde der Hofagent Weltz in Wien mit einer Geldsumme versehen, um den galizischen Ansiedlern das Reisegeld auszuzahlen. Er erhielt ferner gedruckte Formulare für die Pässe, die er ihnen auszufolgen hatte. Von 14 zu 14 Tagen sollte er über den Fortgang seiner Tätigkeit Bericht erstatten.

Wenn man aber geglaubt hatte, durch diese Mafsregeln die Ansiedlung in geordnete Bahnen gelenkt zu haben, so war dies eine Täuschung. Schon in Kürze zeigten sich neue Schwierigkeiten.

---

1) Der Kaiser verfügte, dafs die zur Errichtung eines „Ochsenfuhrwesens“ für das Militär getroffenen Anstalten zur Förderung des wichtigen galizischen Ansiedlungswesens verwendet würden; die für diesen Zweck vorbereiteten Holz- und Eisenvorräte sowie die 1800 Ochsen sollten den neuen Ansiedlern zugewendet werden.

2) Die Aufstellung dieser besonderen Ansiedlungskommissäre ist zunächst unterblieben. Bei der grofsen Ausdehnung des Ansiedlungsgebietes hätten einige Männer, wenn sie auch nur das eine Geschäft zu besorgen gehabt hätten, es nicht bewältigen können. Zweckmäfsiger war die Besorgung der Kolonisation durch die übers ganze Land verteilten Wirtschaftsämter auf den Kameralherrschaften; die Beaufsichtigung erfolgte durch die politischen Behörden. Erst 1787 begegnen Ansiedlungskommissäre, die den Zustand der bereits errichteten Ansiedlungen zu prüfen hatten.

Vor allem schwoll die Zahl der Ansiedlungswerber im Frühjahr 1783 wieder überaus an. Der Minister Graf Metternich, der damals als österreichischer Bevollmächtigter im westfälischen Kreise erscheint, berichtete im April, dafs die Auswanderung aus dem Reiche seit kurzem sehr zunähme. Er selbst hatte „in etlichen Tagen“ für mehr als 50 Familien, die gerichtliche Entlassungszeugnisse vorwiesen und ihre Besitzungen bereits veräufsert hatten, Pässe für insgesamt 309 Personen ausgestellt. Auf seine Anfrage, was er in Zukunft tun sollte, wurden ihm dieselben Belehrungen, die die oben genannten „Hauptcommisaires“ erhalten hatten, übermittelt. Was aber das wichtigste gewesen wäre, geschah nicht: die Zentralbehörde konnte den Kommissären im Reich die Zahl der aufzunehmenden Ansiedler, insbesondere jener, die auf alle Patentbegünstigungen Anspruch erhoben, nicht mitteilen, weil die nötigen Erhebungen noch nicht gemacht waren. Damit war eine den Verhältnissen entsprechende Annahme dieser Kolonisten unmöglich. Aber man geriet auch gar bald mit den Ansiedlern „auf eigene Gefahr“ in Besorgnisse: ihre Zahl wuchs offenbar zu sehr an; daher wurde den Kommissären im Reiche eingeschärft, diese Ansiedlungswerber genau zu unterrichten, dafs sie vom Staate nur in beschränktem Mafse unterstützt würden. Dazu kamen aber noch andere schlechte Erfahrungen mit diesen Ansiedlern. Am 31. Mai berichtete Weltz an den Kaiser, dafs in Wien eine Menge Leute mit Pässen vom Grafen Metternich, dem Residenten Röthlein und dem Hofrat Blank eingetroffen wären. Ihre Pässe trugen die Bemerkung „auf eigene Kosten und Gefahr“; sie aber erklärten, sie hätten sich nur bis Wien verpflichtet, auf eigene Kosten zu reisen, nicht aber bis an den Ansiedlungsort. Jene Bemerkung wäre ihnen ohne ihren Willen auf die Pässe gesetzt worden; da sie nicht schreibkundig wären, hätten sie die Reise unternommen, ohne zu wissen, dafs sie auf eigene Kosten reisen sollten. Die Leute waren übrigens gröfstenteils arm, so dafs man sie mit Reisegeld versehen mufste. Die Kommissäre wurden zur pünktlichen Beachtung der Vorschriften ermahnt; sie wieder schoben die Schuld auf die Ansiedler, unter denen es auch unehrliche Leute gäbe. Schon aus dem Angeführten ist zu ersehen, dafs als Ansiedler auf eigene Gefahr

Leute kamen, die arm waren und sonst vielleicht nicht aufgenommen worden wären. Mancher zog wohl auch mit einigem Vermögen aus der Heimat, verbrauchte es aber auf der langen Reise. So kam es, dafs diese Klasse von Ansiedlern in der Folge als eine durchaus minderwertige galt. Man unterschied: Kameralansiedler, die zur Ansiedlung auf Kameralgütern bestimmt waren; Privatansiedler, die zur Dotierung auf einem Privatgute nach Galizien geleitet wurden; Ansiedler auf eigene Gefahr, die ohne Anspruch auf eine Ärarialunterstützung aufs Geratewohl kamen und nur als Taglöhner betrachtet wurden, die von den Ansiedlungsorten entfernt werden konnten, wenn sie keinen Verdienst fanden; eine besondere Gruppe bildeten schliefslich die „republikanischen Einwanderer", die aus Polen nach Galizien zogen.

Auch bei den Anwerbungen im Reiche ergaben sich Unzukömmlichkeiten. Trotzdem kein Mangel an Ansiedlern herrschte, gingen einzelne Kommissäre übereifrig zu Werke, so dafs diplomatische Verwicklungen zu entstehen drohten. Es ist schon bemerkt worden (vgl. oben S. 19), dafs die Landesherrn nicht gern ihre Untertanen ziehen liefsen; 1768 hatte Kaiser Joseph auf ihr Begehren ein allgemeines Auswanderungsverbot erlassen. „Als es darauf Kaiserlicher Majestät gefällig war" — so führt eine im Kreisarchiv in Speyer verwahrte Denkschrift von 1785 mit Bitterkeit aus — „für die bessere Bevölkerung in den mit dem Teutschen Reiche in keiner Verbindung stehenden und aufserhalb des Reiches Grenzen liegenden Königreichen Galizien und Lodomerien Sorge zu tragen, wurden eigene kaiserlich-königliche Kommissärs im Jahre 1783 ins Reich geschickt, welche unter Vorzeigung eines gedruckten Patents reichsständige Untertanen zu bewegen suchten, sich daselbst niederzulassen." Diese Ausführungen spiegeln die Erregung über die erfolgreichen Werbungen Österreichs wieder. Die österreichische Regierung war sich auch stets bewufst, dafs sie vorsichtig vorgehen müfste und gelegentlich wurden ihre Organe zur Vorsicht gemahnt (vgl. oben S. 6 u. 21). Vielleicht mit Rücksicht auf Josephs Kaiserwürde war das Patent von 1781 im Reiche nicht durch Zeitungen kundgetan worden. Nun aber veröffentlichte der vorderösterreichische Regierungsrat Bökh, der neben Blank in Rottenburg wirkte, die im April ihm

zugeschickten neuen „Maſsregeln über die Aufnahmsbedingungen“ in der „Erlanger Realzeitung“ vom 20. Mai 1783 und in der „Samstägigen Frankfurter Kayserlichen Reichs-Ober-Post-Amts-Zeitung“ vom 31. Mai; auch lieſs er diese gedruckte Kundmachung in vielen hunderten Exemplaren verbreiten. Schon die Publikation in der Erlanger Zeitung erregte nach einem Berichte Blanks an den obersten Kanzler, Grafen Kollowrat, bei einigen Kreisgesandtschaften Bedenken, ebenso beim Herzog von Württemberg, „dessen Untertanen ohnehin so sehr zur Auswanderung geneigt sind“. Blank riet, man solle öffentlich kundmachen, daſs die Veröffentlichung des Patents nicht auf Befehl des Kaisers geschehen, sondern ein eigenmächtiger Schritt Bökhs gewesen sei. Tatsächlich erging zufolge eines Staatsratbeschlusses an Blank die Weisung, daſs man in Wien die Publizierung jenes Schriftstückes nicht billige; er möge bei Gelegenheit kundtun, man werde nur von ihrer Grundherrschaft entlassene Leute annehmen. Auch in einer anderen Beziehung handelte Bökh überstürzt; er nahm trotz des Verbotes auch inländische (vorderösterreichische) Ackerbauer auf. Beide Verstöſse scheint er in Abwesenheit Blanks verübt zu haben. In den Berichten tritt eine starke persönliche Miſsgunst zwischen beiden Männern zutage, die offenbar auch die Miſsgriffe in den Geschäften veranlaſste. In einem Berichte (28. Mai) bezeichnet Blank den Bökh neben sich als überflüssig. Noch schärferen Ausdruck verleiht er seiner Anschauung in einem anderen Schreiben (15. Juli): „Überhaupt muſs es mir sehr empfindlich fallen, diesen Menschen, der kurz zuvor der jüngste Rat des von mir dirigierten Oberamts war, in einem Geschäfte, welches ich bisher so eifrig und untadelhaft betrieben habe, mir nicht bloſs an die Seite, sondern, sit venia verbo, sozusagen auf die Nase gesetzt zu sehen. Sowohl aus seiner Ankündigung in den Zeitungsblättern als aus seinem ganzen Betragen gegen mich und das Oberamt ist eine dem Vernünftigen zwar lächerliche, dem Volke aber, welches nicht unterscheiden kann, eine mein und des k. k. Oberamtes Ansehen mindernde Aufgeblasenheit wahrzunehmen. Ist der Regierungsrat Bökh von wahrem und Anderen unpräjudizierlichen Diensteifer beseelt, so soll er als ein Kapitalist, der keine Kinder hat und überall leben kann, seinen galizischen Werbeplatz in einem an-

deren Teile der vorderösterreichischen Lande gegen die Schweiz, die Pfalz, das Badische, das Elsafs oder Bayern aufschlagen, wo ihm sein Regierungsrattitel eine dem Oberamte unnachteilige Aktivität gibt, die er unter den Augen eines Landvogts, der zugleich die Ehre hat, k. k. Hofrat zu sein, nicht haben kann." Solches Beamtengezänk störte notwendigerweise das zielbewufste Vorgehen. Zunächst mufsten die von Bökh angeworbenen zehn vorderösterreichischen Familien aus der Grafschaft Hohenberg [1]) angenommen werden; sie besafsen ein Vermögen von 50 bis 900 fl. Ebenso war damals der vorderösterreichischen Regierung und den vier „Ansiedlungsbeförderern" [2]) untersagt worden, Untertanen aus der damals österreichischen Grafschaft Falkenstein aufzunehmen [3]); trotzdem kamen Falkensteiner mit Pässen, die ihnen Metternich ausgestellt hatte, nach Wien. Damals ist das Verbot der Übersiedlung von Inländern auch aus den anderen österreichischen Gebietsteilen nach Galizien wiederholt worden; nur gemeinnützige Handwerker, z. B. Ziegelbrenner, Maurer, Zimmerleute, Schmiede, Schlosser, Töpfer, Schuster, Schneider, Hutmacher usw. durften, jedoch ohne Zusicherung einer Unterstützung nach Galizien geschickt werden. Einem galizischen Grundherrn, der Ansiedler aus Böhmen annehmen wollte, wurde die Herbeiziehung von Fremden nahegelegt. Diese Zurückhaltung gegen inländische Ansiedlungswerber ist bei dem Andrange der fremden Deutschen leicht erklärlich; meldeten sich doch im Juni 1783 selbst deutsche Lothringer (französische Untertanen) zur Ansiedlung.

Inzwischen war mit der Unterbringung der nach Galizien ankommenden Deutschen fortgefahren worden. Die Ansiedlung hatte im Sommer 1782 bekanntlich in der Sandomirer Herrschaft begonnen [4]). Gleich darauf war die Herrschaft Drohobycz als Ansiedlungsgebiet in Aussicht genommen (vgl. S. 26). Im Winter 1782 auf 1783 sah sich der Sandomirer Wirtschaftsdirektor Hladky

---

1) Vgl. oben S. 24.

2) Metternich, Blank, Röthlein und Bökh.

3) Damals ahnte man noch nicht, dafs die vorderösterreichischen Lande so bald verloren gehen würden.

4) Die Stadt Sandomir zählte schon im Mittelalter zu den Orten mit deutschen Einwohnern und deutschem Rechte. Bd. I, S. 72.

veranlafst, 21 Familien, für die er kein Unterkommen hatte, in die Herrschaft Dobromil zu schicken, um sie unterdessen in Zinswohnungen unterzubringen. Im ersten Halbjahr 1783 dehnte sich dann die Ansiedlung auf die Herrschaften Jaworow, Sambor, Lemberg und Lubaczow aus. Bis Mai 1783 waren schon 42 Meierhöfe an Ansiedler verteilt worden, und die Verteilung von weiteren 17 stand in Aussicht; alle zählten zusammen 11842 Korez[1]) Gründe. Angesiedelt waren 863 Familien; für 248 Familien waren noch Plätze vorhanden, aber es fehlten noch zahlreiche Häuser. Wie langsam es mit der Versorgung der Kolonisten ging, ersieht man z. B. aus einem Berichte Hladkys vom 3. Juli 1783. Danach waren auf der Sandomirer Herrschaft in 13 Ortschaften, darunter Josefsdorf und Reichsheim, 490 Familien untergebracht. Aber nur in sechs Orten waren den Ansiedlern ihre Gründe bereits in Einzelbesitz zugeteilt; auch Vieh, Holz- und Eisengeräte waren ihnen erst zum Teil geliefert, ja selbst die Pflüge erhielten auch bis zum Ende des Jahres nicht sämtliche Kolonisten ausgefolgt. Ebenso war der Häuserbau in starkem Rückstand. Gewifs trug die schlechte Unterbringung der Ansiedlungswerber zur Ausbreitung von Krankheiten bei. Hladky forderte die Anstellung eines Chirurgen, weil der Kreischirurg nicht genüge; die Güteradministration unterstützte dieses Gesuch mit der Begründung, dafs die deutschen Familien „von der weiten und beschwerlichen Reise abgemattet und der hierländigen Luft ungewohnt in öftere Krankheiten verfielen“. Die Staatsgüteradministration behauptete, dafs im Lande genug Einwanderer vorhanden seien, und bat mit der Anwerbung weiterer Ansiedler einzuhalten.

Diesen Zustand des galizischen Ansiedlungswesens lernte Kaiser Joseph kennen, als er im Juni 1783 Galizien wieder besuchte. Mit dem Feuereifer, der ihn stets beseelte, erliefs er sofort von Lemberg (30. Juni) zwei Handschreiben zur Regelung dieses Ge-

1) Korez (= 32 Garnez) ist zunächst ein Hohlmafs = 1,22 Hektoliter. Sodann bezeichnet Korez die Ackerfläche, die mit einem Korez Samen besäet wird; in diesem Sinne = 1056 Quadratklafter, während ein österreichisches Joch 1600 Quadratklafter (57,5 Ar) mifst. Auf ein Joch wurden ferner 3 Metzen gerechnet, so dafs ein Korez ungefähr = 2 Metzen gilt. Vgl. die Anm. 1 oben S. 34.

schäftes. Das eine ist an den Statthalter gerichtet und verordnet die sofort für Galizien nötigen Mafsregeln; das andere an den obersten Hofkanzler trifft Anordnungen über das Ansiedlungswesen in der ganzen Monarchie.

Dem Statthalter befahl der Kaiser, die aus Mähren, Schlesien und aus dem Reiche eingewanderten oder noch anlangenden Ansiedler schleunigst unterzubringen. Die Herstellung der Häuser, Scheuern und Stallungen, ferner die Herbeischaffung des nötigen Zug- und Zuchtviehes sollte möglichst beschleunigt werden, so „dafs im künftigen Jahr (1784) alle heuer ankommenden und nicht zur Ansiedlung gebrachten Kolonisten vorschriftsmäfsig und solid auf den Kameral-, Starosteien- und geistlichen Gütern angesiedelt werden mögen“. Den nicht Untergebrachten war das nötige Unterkommen in herrschaftlichen oder anderen Gebäuden tunlichermafsen zu verschaffen; bis sie angesiedelt würden und sich selbst ernähren könnten, sollte ihnen die nötige Nahrung verabreicht oder Verdienst ermöglicht werden. Die Beamten hatten sie bei guter Witterung zur Herbeischaffung und Vorrichtung der Baumaterialien zu ihrem Häuserbau, bei schlechtem Wetter zu anderen Handarbeiten und häuslichen Beschäftigungen anzuhalten; „Müfsiggehen“ und „Herumlaufen“ durften nicht geduldet werden. Das zum Lebensunterhalte nötige Getreide sollte ihnen stets am Einquartierungsorte verabreicht werden, aufserdem, wenn sie keinen Verdienst fänden, für jeden Kopf täglich noch 2 Kreuzer. Neuangesiedelten Handwerkern, die mehr als die im Patente bewilligten 50 fl. benötigten, konnten weitere Vorschüsse gewährt werden, doch nur den fleifsigen. Schliefslich verfügte der Kaiser, dafs das Ansiedlungswesen als ein „publico-politicum“ durchaus der Leitung und Aufsicht der Kreisämter unterstehen sollte [1]).

Im Schreiben über die allgemeine Ordnung des österreichischen

1) Es sei gleich hier bemerkt, dafs dieser Auftrag nicht ausgeführt wurde. Die Hofkanzlei verwies nämlich schon am 10. Juli 1783 darauf, dafs die Kreisämter in Böhmen das Ansiedlungsgeschäft nicht gedeihlich besorgen konnten. Sie schlug daher vor, dafs auch weiterhin die Güterbeamten und das Gubernium das Ansiedlungsgeschäft zu betreiben hatten und „nur erforderlichen Falls, wo Assistenz nötig ist, mit den Kreisämtern korrespondieren sollten“. Der Kaiser genehmigte dies.

Ansiedlungswesens trug der Kaiser dem Hofkanzler Kollowrat auf, an alle Länderstellen den Befehl zu erlassen, dafs sie jedes Jahr am 1. November zu berichten hätten, wie viele neue Ansiedler auf sämtlichen Kameral-, Jesuiten-, geistlichen und „particulär"- (d. h. privat) Gütern untergebracht und mit Häusern, Vieh und Gerätschaften versehen werden könnten. Entsprechend diesen Berichten sollten dann im Winter an die Sammelplätze in Frankfurt, Ulm und Günzburg die Weisungen ergehen, damit man nicht, wie es in Galizien geschah, „mit derlei Leuten überschwemmt werde, die dem Ärar sehr teuer zu stehen kommen, da sie müfsig den empfangenen Unterhalt verzehren, weil sie weder Wohnungen, noch Felder, noch Vieh erhalten, und am Ende entweder zugrunde gehen oder wieder in das Reich hinauslaufen, wo sie zum Nachteil der Impopulation die diesseitigen Ansiedlungsanstalten in sehr üblen Ruf bringen". Um aber die Verteilung der Ansiedler ordentlich vornehmen zu können, sollten alle nach Wien geschickt werden, und von da nach Böhmen, Mähren, Galizien und die übrigen deutschen Länder, ferner auch nach Ungarn und ins Banat, wenn die ungarisch-siebenbürgische Kanzlei ihren Bedarf anzeigen würde, geleitet werden. Auf diese Weise könnte die Verteilung der Ansiedler nach dem Erfordernisse jedes Landes geschehen und die Verfügung getroffen werden, dafs die Ansiedlungswerber, welche zu ihren bereits angesiedelten Religionsgenossen oder Landsleuten zu kommen wünschten, jenem Lande zugeteilt würden, wo diese sich befänden. Zur Leitung dieses Geschäftes in Wien habe der Kanzler einen tauglichen Mann vorzuschlagen. Somit war in Wien eine Zentralstelle für das gesamte Ansiedlungswesen geschaffen.

Zufolge dieser Schreiben des Kaisers erliefs die Hofkanzlei am 13. Juli an alle Länderstellen, in deren Bereich Ansiedlungen stattfinden sollten, nämlich an die böhmische, mährische, ober- und unterösterreichische, an die galizische, endlich an die ungarisch-siebenbürgische Hofkanzlei [1]) die entsprechenden Aufträge. Aus-

1) Von Innerösterreich (d. i. Steiermark, Kärnten und Krain), Vorderösterreich, Tirol und Triest wurde abgesehen, weil hier für Ansiedlungen kein Platz war; die Bukowina wurde zunächst übergangen, weil sie im kaiserlichen Hand-

genommen von der Instradierung nach Wien wurden die aus Polen und Preufsisch-Schlesien kommenden Ansiedlungswerber, denn diese hätten den Weg dann wieder zurückmachen müssen. Ferner wurde an die Kommissäre im Reich geschrieben, nicht übereilt zu handeln und nur Leute aufzunehmen, die wenigstens einen Teil ihrer Ansiedlungskosten selbst bestreiten könnten oder geschickte Handwerker wären. Zur Leitung der Ansiedlungsgeschäfte in Wien wurde neben Weltz jetzt noch Joh. Michael Glantschnigg als Kommissär angestellt. Jeder von ihnen erhielt eine aus den bisher über das Ansiedlungswesen erlassenen Verordnungen zusammengestellte Instruktion. Die von der Hofkanzlei vorgeschlagene Aufstellung von Werbern in Deutschland genehmigte der Kaiser nicht.

Die erwähnten Instruktionen fassen die damals geltenden Grundsätze so übersichtlich zusammen, dafs es angezeigt erscheint, ihren Inhalt kurz zu kennzeichnen. In der „Instruktion, nach welcher sich der Ansiedlungskommissär Glantschnigg in Ansiedlungssachen zu benehmen hat“, heifst es: Der Kaiser hat beschlossen, die Ansiedlung nach Tunlichkeit auf alle Provinzen auszudehnen. Die noch übrigen Gründe auf Kameral- und Jesuitenherrschaften, ferner die Meierhöfe auf den Gütern der aufgehobenen Klöster, sofern dies ohne Schaden des „fundi“ (d. i. Religionsfonds) geschehen kann, sollen zur Ansiedlung teils einheimischer, teils fremder Familien verwendet werden. Im Weinmonat (Oktober) ist aus allen Ländern zu berichten, wie viele Familien von Professionisten und Ackersleuten auf Privatherrschaften, ferner auf Kameral-, Jesuiten- und Klostergütern untergebracht werden können. In Böhmen sind vor allem die preufsischen und sächsischen Einwanderer anzusiedeln; melden sich jedoch diese für Galizien oder Ungarn, so sind sie auch dort aufzunehmen. Die „Hauptansiedlungsanstalten“ beziehen sich auf Galizien, wofür die Patente vom 1. Oktober 1774, 17. September 1781 und die Verordnung vom 14. April 1783 gelten. Wegen des starken Zuströmens von Ansiedlern ist die Annahme für Galizien auf jene beschränkt, die auf ihre Gefahr dahin gehen und wenigstens so viel Vermögen

schreiben nicht genannt war und der Hofkriegsrat die Möglichkeit von Ansiedlungen in diesem Lande verneint hatte.

mitbringen, dafs sie sich bis zur Herstellung ihrer Wohnungen selbst ernähren und das nötige Vieh, Gerätschaften und Werkzeug verschaffen können. Aufserdem dürfen noch Professionisten, die auch ohne Vermögen dem Staate nützlich werden können, angenommen werden. In Gegenden, wo die Wiederauswanderung zu besorgen ist, schicke man nur Leute, die wegen ihres mitgebrachten Vermögens oder ihrer guten Zeugnisse sicher sind; die anderen sollten in die entfernteren Gebiete von Ungarn, Galizien und der Bukowina gehen. Damit die Ansiedler mit dem in Wien erhaltenen Reisegelde nicht anderwärts wegziehen, werden die Landespolizeien beauftragt, alle, die von der vorgeschriebenen Route abweichen, mit Schub auf den richtigen Weg zurückzubringen oder nötigenfalls zu verhaften. Ganze inländische Familien sind nach Galizien nicht abzuschicken, nur einzelne Professionisten dürfen dahin ziehen; Reisegeld ist ihnen jedoch nur in besonderen Fällen nach erfolgter Gutheifsung zu verabfolgen. Als Ansiedler sind vor allem Leute aus dem Römischen Reiche, auch aus Lothringen aufzunehmen; Emigranten anderer Nationen erhalten gar keine Begünstigungen. Ausländer, die keinen Pafs von Metternich, Röthlein oder Blank vorweisen, sind nicht aufzunehmen, um so weniger „Vagabunden“. Glantschnigg hat die Pässe zu untersuchen und die Ansiedlungswerber rasch nach ihrem Bestimmungsort zu weisen. Da zufolge der getroffenen Anordnung die Emigranten ihre Barschaft beim Kriegskommissariate in Frankfurt erlegen können, hat Glantschnigg, wenn sie ihm die Beweise darüber erbringen, die Summen sofort bei der Kriegskasse zu erheben und im Universal-Kameral-Zahlamte gegen Anweisung auf die Provinzialzahlämter zu erlegen; bei letzteren werden dann die Ansiedler ihr Geld wieder erheben. Glantschnigg hat ferner den Ansiedlern mit Ratschlägen an die Hand zu gehen, hat die mitgebrachten Pässe ihnen abzunehmen, neue mit der festgesetzten Route auszustellen und zugleich eine Anweisung zur Zahlung des Reisegeldes an den Untertansagenten Weltz einzuhändigen. Über die abgeschickten Leute und das angewiesene Reisegeld ist monatlich das Protokoll vorzulegen. Wenn sich Inländer zur Ansiedlung meldeten, so hatte Glantschnigg ihr Gesuch mit seinem Gutachten der Hofkanzlei vorzulegen. Dies galt auch von Aus-

ländern, die ohne vorgeschriebenen Pafs von einem der Kommissäre, aber mit sonstigen authentischen Zeugnissen kamen. Vagabunden waren dagegen gleich der Polizei zu übergeben.

Dieselbe Instruktion erhielt auch der Hof- und Untertansagent Weltz. Zugleich wurde ihm mitgeteilt, dafs Glantschnigg ihm zur Seite gestellt würde, um ihm, entsprechend der Instruktion, behilflich zu sein. Weltz habe daher fortan nur die Auszahlung der Reisegelder zu besorgen.

Durch diese auf Anregung des Kaisers durchgeführten Mafsregeln ist unstreitig ein neuer wichtiger Schritt zur besseren Einrichtung des Ansiedlungswesens geschehen. Der bereits in Galizien eingerissenen Unordnung konnten aber die Befehle des Kaisers nicht rasch genug abhelfen. Eine Menge Kolonisten war im Spätherbst 1783 unversorgt, ja es fehlten für sie entsprechende Winterquartiere. Unter diesem Drucke erliefs der Kaiser am 6. November wieder ein Handschreiben, das höchst bezeichnend ist. Der Kaiser betont darin die dringende Notwendigkeit, den Ansiedlern Unterkommen zu verschaffen und zugleich die Bauern von der ihnen beschwerlichen Einquartierung (s. oben S. 31) zu befreien. Die Ansiedler müsse man zufriedenstellen, damit auch andere in das Land, dem es an Industrie, an allerart Manufakturen und überhaupt an einem Bürgerstande fehle, gelockt werden. „Das Mittel dazu“, so fährt der Kaiser fort, „scheint zwar im ersten Anblick etwas hart, ist aber wirksam und dem Zweck angemessen. Was geht dem Ansiedler am meisten ab: Unterhalt und Wohnung. Was den Städten: Bürger und Handwerksleute. Was hat diesen Mangel bis jetzt verursacht: Die überhäufte Zahl der Juden. Wenn das richtig ist, so mufs folgende Anordnung dort gut wirken. Es ist gleich an das (galizische) Gubernium der Befehl zu erlassen, damit die unter den Ansiedlern befindlichen Handwerker konskribiert und diese unter die Städte nach ihrer Profession so verteilt werden, dafs die verschiedenen Gattungen der Professionisten in jede derselben kommen. Nach Mafs ihrer Anzahl sind aber in jeder Stadt so viele Judenhäuser, als an die Professionisten eingeteilt werden, zu räumen, die Juden hingegen zur Zusammenziehung unter sich zu nötigen. Jene Juden aber, so keine Verdienste aufzuweisen haben, sind den bestehenden Vorschriften gemäfs aus

dem Lande zu weisen." Aufserdem befahl der Kaiser, von den Gemeindegründen und Hutweiden bei den Städten den Handwerkern entsprechende Teile zuzumessen, „zum Anbau einiger Kuchelspeise", wie es in einem gleichzeitigen Schriftstücke heifst. Dieser Befehl war schleunigst durchzuführen, damit auch die sonstige Unterbringung der Kolonisten während des Winters dem Staate nicht vielen Aufwand verursache, ferner (durch die Überfüllung in den Bauernhäusern) keine Krankheiten entständen.

Mit gröfster Beschleunigung wurde dieses Handschreiben von der Hofkanzlei an das Gubernium geleitet. Zufolge einer nachträglichen Weisung sollten von den Juden stets ganze Häuser geräumt werden, damit Juden und Handwerker getrennt wohnen, da sie sich sonst nicht vertragen würden. Aufserdem wurde auf Vorstellung der Behörden die Mafsregel dahin gemildert, dafs nur jenen Juden, welche kein nützliches Gewerbe trieben, heimlich geheiratet hatten, Steuerrückstände nicht zahlten u. dgl., Häuser gegen den Schätzungswert abgenommen werden sollten. Wo keine solche Juden waren, sollten die Kolonisten bei den Juden gegen gleiche Bezahlung wie bei den Bauern untergebracht werden. Die in die Städte übersiedelten Handwerker erhielten als Ararialaushilfe 50 fl. zur Einrichtung ihres Gewerbes, wenn sie diesen Betrag nicht schon auf den Kameralherrschaften, wo sie bisher wohnten, bekommen hatten. Waren sie sehr fleifsig, so konnten auch weitere Unterstützungen gewährt werden. Die Transportierung vom Dorf in die Stadt geschah mittelst Vorspann. Anfangs bestand wohl nur die Absicht, jene Ansiedler in die Stadt zu ziehen, die noch keinen Grund am Dorfe erhalten hatten; später verliefsen auch bereits angesiedelte Handwerker die Dörfer, wo sie keinen Verdienst fanden, und zogen in die Städte.

Als Vergütung für die Bauern, bei denen deutsche Ansiedler einquartiert waren, beantragten die Behörden 20 Kreuzer für jede Familie und jeden Monat; der Kaiser erhöhte den Betrag auf 30 Kreuzer. Die Unterkunft der deutschen Kolonisten in den Bauernhäusern war sehr schlecht. Im Dezember 1783 erhielt das galizische Gubernium den Auftrag, es solle mit mehr Eifer als bisher die Ansiedlung auch auf die Starosteien, die noch in Privathänden waren, und auf die geistlichen Güter ausdehnen. Zu diesem

Zwecke hatte es die auf diesen Gütern vorhandenen obrigkeitlichen Gebäude, die ohnehin fast durchaus schlecht und von Holz gebaut waren, möglichst bald zu Wohnungen für die Ansiedler, „welche in den polnischen Rauchstuben nicht bestehen können“, herzurichten. Damals wurden auch schon die leeren Klöster zur Unterkunft für die Kolonisten benutzt. Im November 1783 war der Befehl erfolgt, den im „Exkarmeliter-Kloster Wiśnicz Einquartierten Lagerstroh und die unentbehrliche Beleuchtung bis zu ihrer Unterbringung zu geben“. Auch in diesen Gebäuden, die zumeist überfüllt waren, war die Lage der Kolonisten vielfach beklagenswert.

Diese Wohnungsverhältnisse haben unstreitig neben den Entbehrungen auf der Reise und dem rauhen, ungewohnten Klima zum Ausbruche zahlreicher Krankheiten beigetragen. Schon im Sommer 1783 begann auf der Sandomirer Herrschaft die Anstellung von Chirurgen für die Ansiedler (oben S. 40). Gleichzeitig wurde genehmigt, daſs ihnen bis zur vollständigen Dotierung die Medikamente frei verabfolgt würden. Im Herbste nahmen mit dem schlechten Wetter die Krankheiten an Stärke zu. Ende des Jahres herrschten ansteckende Krankheiten unter den Ansiedlern in mehreren Orten des Samborer Kreises, ferner unter den im Kloster Wiśnicz Einquartierten. Später werden zahlreiche Erkrankungen aus den Herrschaften Lubaczow, Drohobycz, Dobromil und Kalusz, sowie dem Trinitarierkloster in Lemberg gemeldet. Ununterbrochen begegnen uns in den Akten Berichte über den Krankenstand. So befanden sich im Wiśniczer Kloster am 11. Jänner 1784 „24 teils gefährliche teils der Besserung noch ungewisse Kranke, 19 zur Besserung Hoffnung habende und 13 wirklich rekonvaleszente“, also zusammen 56 Kranke! Die Krankheiten machten sich auch in den folgenden zwei Jahren stark bemerkbar, und zwar auch in den Gebieten von Krosno, Dolina, Zamość und Jaworów an zahlreichen Orten. Als Krankheiten werden genannt: Durchfall, dreitägiges Fieber, faules oder Faulungsfieber, hitziges oder Hitzungsfieber, bösartiges Fieber, Husten, Kopfweh, Krätze (scabies), Ruhr, Blattern, Friesel, Brandschäden u. dgl. Neben den Chirurgen wurden auch Hebammen angestellt; ein Wundarzt erhielt 200 fl., eine Hebamme 100 fl. Gehalt.

Für die Fortführung der Ansiedlungen hatte der Kaiser im Schreiben vom 30. Juni 1783 entsprechende Anordnungen getroffen. Da die Hofkanzlei, wie insbesondere ihr Vortrag an den Kaiser vom 15. Jänner 1784 verriet, diese Aufträge nicht eifrig genug zu betreiben schien, erfolgte im Februar 1784 eine scharfe Mahnung, den Befehl vom 30. Juni zu beobachten [1]. Hierauf berichtete am 24. Februar die Hofkanzlei über ihre schon oben geschilderten Anordnungen; inzwischen hatte sie auch wegen der Beförderung von Ansiedlern aus Galizien nach der Bukowina Schritte beim Hofkriegsrat unternommen. Der Kaiser befahl hierauf nochmals in nachdrücklicher Weise, seine Befehle unter der „schwersten Verantwortung" zu befolgen, und forderte bald darauf (17. März) Auskunft über den Stand des Ansiedlungswesens in allen Ländern. Die Hofkanzlei beeilte sich, auf Grundlage des vorhandenen Materials, einen Bericht zu bieten (24. März), aus dem hervorgeht, dafs eigentlich nur in Galizien das Ansiedlungsgeschäft Bedeutung hatte. Steiermark, Kärnten, Krain und Triest waren wegen Mangels an Gründen überhaupt zur Annahme von fremden Ansiedlern nicht geeignet. Für Böhmen und Mähren wurden nur Professionisten verlangt, weil hier die Kameral- und Jesuitenherrschaften ohnehin schon an preufsische Emigranten verteilt worden waren. In Niederösterreich war auch nur für sehr wenige Ansiedler Platz, in Oberösterreich wollte man gar keine aufnehmen. Für Galizien konnte die Hofkanzlei, da ein neuerer Bericht aus Galizien noch nicht angelangt war, ausführlicher nur über den uns schon bekannten (s. oben S. 40) Zustand vom Sommer 1783 berichten. Ferner wufste man aus den Angaben des Hofagenten Weltz, dafs bis zum 30. September 1783 5330 Ansiedlungswerber, seither bis zum 23. März 1784 weitere 98 nach Galizien geschickt worden waren [2]. Von diesen waren bis Februar 1784 in Judenhäusern 83 Professionistenfamilien untergebracht worden; weitere 56 Einwanderer waren im Kloster Wiśnicz, viele bei Bauern einquartiert. Wie viele von ihnen schon wirklich angesiedelt waren, vermochte damals die Hof-

1) Näheres darüber bei Kaindl, Das Ansiedlungswesen in der Bukowina, S. 411 f.

2) In den Wintermonaten war die Einwanderungsbewegung stets gering.

kanzlei nicht anzugeben. Aus dem später bekannt gewordenen Hauptbericht erfahren wir, dafs Ende 1783 in Galizien 24 Familien Professionisten und 1193 Familien Ackerbauer vorhanden waren, die zusammen 4859 Seelen zählten. Vergleicht man diese Angabe mit jener des Weltz über die nach Galizien geschickten Ansiedler, so findet man, dafs einige hundert auf dem Wege oder im Lande sich verlaufen hatten. Der Bericht deckt aber noch viele andere Mifsstände auf. Von den vorhandenen Kolonisten waren die 24 Professionisten und 1134 Bauernfamilien „zur Ansiedlung angetragen“, und zwar sollten von den letzteren 118 ganze, 1015 halbe und 1 eine Viertelgrundansässigkeit erhalten; 59 Bauernfamilien waren im Kloster Wiśnicz einquartiert. Am betrübendsten ist aber der Umstand, dafs von den zur Ansiedlung Angetragenen die ganze Dotation bis Ende 1783 nur 2 Professionisten, 2 ganze und 4 halbe Bauern erhalten hatten! Ferner waren 10 Professionisten, 116 ganze, 562 halbe und 1 Viertelbauer mit Grundstücken zum Teil dotiert, während 12 Professionisten und 449 halbe Bauern noch gar keine Gründe erhalten hatten. Ebenso bezeichnend für den langsamen Gang der Ansiedlung ist, dafs 1783 nur 523 Häuser, 62 Scheuern und 419 Stallungen hergestellt, dagegen noch 635 Häuser, 1072 Scheuern und 715 Stallungen zu erbauen waren [1]). Ebenso grofs waren die Rückstände bei der Viehzuteilung; zugewiesen waren schon 243 Pferde, 869 Ochsen, 1155 Kühe und 1 Mutterschwein, während 185 Pferde, 1207 Ochsen, 1113 Kühe und 1133 Schweine noch zuzuteilen waren. Von den für die ganze Dotierung der erwähnten Familien ermittelten Kosten von 368 235 fl. waren 1783 nur 116 782 fl. ausgegeben, während 251 453 fl. für die 1784 zu bestreitenden Ausgaben vorhanden waren. Aus alle dem ersieht man, mit welchen Schwierigkeiten das Ansiedlungswesen in Galizien 1783 gekämpft hat.

Angesichts dieser mifslichen Lage hatte die Staatsgüteradministration schon im Sommer 1783 gebeten, die weitere Anwerbung wieder einzustellen; der Kaiser war aber der Ansicht, dafs das

1) Zusammen benötigte man 1158 Häuser, nämlich für 24 Professionisten und 1134 Bauern; dagegen nur 1134 Scheuern und Stallungen, da diese nur Bauern erhielten.

Ansiedlungsgeschäft durch bessere Organisation geordnet werden könnte. Um die Zahl der Ansiedlungswerber herabzudrücken, war schon 1783 an die Kommissäre im Reich der Befehl ergangen, nur Leute mit einigem Vermögen oder nützliche Handwerker anzunehmen. Ferner war schon damals die Anregung, einen Teil der Ansiedler nach Ungarn und in die Bukowina abzuleiten, gemacht worden. Mit diesen Mitteln versuchte man auch 1784 die Zahl der nach Galizien Einwandernden zu vermindern. Ende Februar ging an Röthlein die Belehrung, dafs er „alle Ackersleute von mittleren Jahren, wohlbestellter Leibeskonstitution und mit 100 fl. Vermögen“, ferner auch ohne Vermögen alle Müller, Tischler, Zimmerleute und Kommerzialprofessionisten [1]), „wenn sie tüchtig, gesund und von guten Jahren sind“ zur Ansiedlung aufnehmen sollte. Da jedoch nicht alle Ansiedler in Galizien untergebracht werden könnten, so müfste er die überzähligen nach Ungarn zu leiten suchen, wo sie wie in Galizien angesiedelt und begünstigt würden. Es zeigte sich aber, dafs die Auswanderer nicht gern nach Ungarn gingen. Sie scheuten, wie Röthlein am 13. März 1784 meldete, „das hungarische Klima und die Luft, nach dem allgemeinen Sprichwort im Reich: Hungarn ist deren Deutschen Friedhof“. Nun erging an Röthlein der Auftrag, diese Vorurteile zu bekämpfen. Man versuchte ferner Kolonisten nach Ungarn abzulenken, indem man dorthin mittellose annahm; auch pafslose wurden dahin geschickt. Dagegen wurde für Galizien eine strengere Beobachtung der Pafsvorschriften gefordert, und an die Kommissäre ging immer wieder die Mahnung, für Galizien nur Ackersleute mit wenigstens 100 fl. anzunehmen. Als im Juni 1784 einige Kolonisten nicht nach Ungarn gehen wollten und auf die Ansiedlung in Galizien mit der Versicherung drängten, dafs sie ihr Vermögen nachbringen würden, wurde ihnen ihr Begehren unter der Bedingung erfüllt, dafs jeder innerhalb 18 Monaten den Besitz von mehr als 100 fl. nachweisen müfste, sonst würde er die Ansied-

---

1) Unter Kommerzialgewerben verstand man alle jene Gewerbe, welche über den örtlichen Bedarf hinaus arbeiteten. Diese waren von den polizeilichen Mafsregeln befreit, denen jene Gewerbe unterstellt blieben, die nur dem Ortsbedarf dienten, wie Schneider, Schuster, Fleischhauer, Bäcker, Greisler u. dgl.; diese hiefsen Polizeigewerbe.

lungsvorteile verlieren. Anderen Ansiedlern stellte man es anheim, nach Ungarn zur „wirklichen Ansiedlung“ oder nach Galizien „auf eigene Gefahr“ zu gehen. Auch wurde die Zahl der für Galizien anzunehmenden Ansiedlungswerber eingeschränkt; Röthlein sollte nur 200—300 Familien annehmen und die anderen für spätere Zeit vertrösten. Denselben Auftrag erhielt Metternich [1]). Einzelne Emigranten suchte man ferner zur Ansiedlung in Mähren zu bewegen, um sie rascher unterzubringen. Aber alle diese Maſsregeln fruchteten wenig, weil man sich immer wieder zur Nachgiebigkeit veranlaſst sah. So gestattete der Kaiser trotz des Überflusses an Ansiedlern im April die Aufnahme von Mennoniten (Wiedertäufern). Ebenso befahl er am 16. Mai, paſslose arme Kolonisten in Ungarn anzusiedeln, und tags darauf gab er auch der böhmisch-österreichischen Kanzlei, also mit Bezug auf Galizien, die Weisung, daſs von den Emigranten ohne Pässe und ohne Vermögen nur die Bettler und Vagabunden auſser Landes abzuschieben seien; jene aber, „welche noch zu brauchen waren“, sollten nach der für Ungarn erlassenen Resolution behandelt werden.

Danach konnten doch wieder auch Leute ohne Vermögen, ja selbst ohne Pässe Aufnahme finden. Infolge dieser Entscheidung gab nunmehr die Hofkanzlei dem galizischen Gubernium einen Auftrag (27. Mai), der zur Unterscheidung zwischen begünstigten und unbegünstigten Ansiedlern führte. Fortan sollten nämlich die mit Kommissariatspässen und beträchtlichen Vermögen ankommenden Emigranten mit gröſseren „Possessionen“ als die anderen begünstigt werden; aber auch mittellose Ansiedler, die nicht auf eigene Gefahr nach Galizien abgeschickt wurden, sollten auf Kameral- und geistigen Gütern auf Kosten des Kameralärars angesiedelt werden. Danach gab es nun zwei Arten von Kameralansiedlern: 1. begünstigte Ansiedler, die wegen ihres gröſseren Vermögens auch gröſsere Wirtschaften und Gebäude sowie auch mehr Vieh und Gerätschaften erhielten und auf „geschwindere Logierung“ Anspruch hatten; man nannte sie auch „ganze“ Bauern; 2. unbegünstigte oder halbe Bauern, die mit kleineren Wirtschaften dotiert wurden. Neben diesen Kameralansiedlern hatten

---

1) Von den anderen Kommissären ist nicht die Rede.

jene „auf eigene Gefahr", ferner die „Privatansiedler" und die „republikanischen" (s. oben S. 37) geringere Bedeutung. Allen Ansiedlern, die in Wien Pässe erhielten, wurde die Art ihrer Ansiedlung auf diesen angemerkt. Ohne solchen „Hofpafs" hatte niemand Anspruch auf Ansiedlung. Nur die aus Preufsen und Polen Einwandernden, die Wien nicht berührten, benötigten dieser Pässe nicht.

Die Einwanderungsbewegung war in den ersten drei Monaten 1784 nur gering; im Winter wagte nicht leicht ein Auswanderer die Reise. Aber vom April an schwoll die Zahl überaus an. Am 8. April zeigte Metternich an, dafs sich bereits 580 Personen mit einem Vermögen von 34151 fl. gemeldet hätten. In Wien hatte man damals innerhalb acht Tagen 196 Reichsemigranten für Galizien annehmen müssen. Noch jetzt sind zahlreiche Gesuche, die an den Kaiser mit der Bitte um Ansiedlung in Galizien gerichtet wurden, erhalten. Sie rühren zum Teil von Deutschen her, die schon nach Wien gekommen waren und hier sich um ihre Annahme bewarben. In einem dieser Gesuche (21. April) versprachen drei Handwerker, dafs sie „von solcher Gnad gerührt dero Genesung bei Gott zu erbitten nicht unterlassen werden". Solche Bittschriften mögen es gewesen sein, die den Kaiser selbst zur Annahme von pafslosen armen Leuten bewogen! Auch aus der Ferne kamen Ansiedlungsangebote. So wandte sich der Pfarrer Joh. Philipp May aus Rohrbach bei Darmstadt im Mai „an den allerdurchlauchtigsten, grofsmächtigsten und unüberwindlichsten Kayser des hl. Röm. Reichs Joseph den II. in der Residenzstadt Wien" mit der Mitteilung, dafs etliche 20 Familien aus Fränkisch-Grumbach (Krumbach) sich in Polen ansiedeln wollten. Auf solche Ansuchen wurde geantwortet, dafs die Emigranten sich an die Kommissäre Metternich oder Röthlein zu wenden hätten. Der Andrang von Ansiedlern wurde so grofs, dafs die Zahl der Ansiedlungsbeamten in Wien vermehrt werden mufste. Bezeichnend für die grofse Menge der Ansiedler ist auch der Umstand, dafs Weltz häufig sehr bedeutende Summen für das anzuweisende Reisegeld erhielt. So wurden ihm im April 600 fl., im Mai Beträge von 1000—1500 fl., im Juni 4000 fl., 3676 fl. und 3000 fl. angewiesen. Dazu ist zu bemerken, dafs bekanntlich für jeden Kopf

nur 2 fl. gezahlt wurden. Wir besitzen übrigens auch einen sehr interessanten „Summarischen Ausweis“ über die in den ersten sieben Monaten 1784 zur Ansiedlung nach Galizien geschickten Deutschen. Nach diesem gingen dahin: im Januar 8, Februar 3, März 17, April 399, Mai 2210, 1. bis 7. Juni 1783, 8. bis 14. Juni 853, 15. bis 21. Juni 1002, 22. bis 28. Juni 433, 28. Juni bis 5. Juli 161, 6. bis 12. Juli 150, 13. bis 19. Juli 73, 20. bis 26. Juli 75, 27. Juli bis 3. August 17, zusammen also 7184 Seelen [1]).

Diesem gewaltigen Strome von Einwanderern waren die in Galizien getroffenen Vorbereitungen nicht gewachsen; alle Mahnungen und Berichte fruchteten nichts. Von den im Jahre 1783 eingewanderten Familien waren die meisten noch nicht untergebracht. Auf elf galizischen Herrschaften sollten 1362 Ansässigkeiten zustande gebracht werden. Bis Ende März 1784 waren aber nur 496 Häuser, 41 Scheuern und 382 Stallungen erbaut, während 846 Häuser, 1317 Scheuern und 971 Stallungen noch zu errichten waren. Danach hatten also 846 Bauernfamilien noch kein Unterkommen; samt Professionisten befanden sich aber damals auf den elf Herrschaften sogar 879 ununtergebrachte Familien! Die Domänenadministration bemerkte, dafs für den Einbau dieser noch der ganze Sommer 1784 und vielleicht auch 1785 hingehen würde. An neuen Ansiedlungsplätzen für weitere Einwanderer hatte man damals nur etwa 115 ausfindig gemacht. Der Zustand von Ende März 1784 war danach viel ungünstiger als jener von Ende 1783 (s. oben S. 49). Mit dem unerwartet starken Zuströmen der neuen Ansiedlungswerber nahmen die Mifsverhältnisse bedrohlichen Umfang an. Im Juli berechnete der Robotabolitionskommissar Ainser, dafs für ungefähr 1072 Familien bisher keine Ansiedlungsplätze ermittelt seien!

In den Berichten des Guberniums und der Domänenadmini-

1) Davon waren vom 1. Januar bis 26. Juli 1784 mit Metternichschen Pässen 832, mit Röthleinschen 1357 Personen, zusammen also 2189 Personen, beiläufig 437 Familien, mit Kommissariatspässen gekommen. Im ganzen kamen in der bezeichneten Zeit etwa 1440 Familien, also die meisten, ohne ordentliche Pässe.

stration wurden zur Überwindung dieser Schwierigkeiten verschiedene Vorschläge gemacht. Vor allem wurde die Anstellung von Beamten, die Vermehrung der Ingenieure, die Bereisung der Güter zur Ermittlung weiterer Ansiedlungsstätten gefordert. Ferner wurde der Vorschlag zu einer Arbeitsteilung gemacht; die Domänenadministration und die Wirtschaftsämter sollten fortan nur die Ansiedlung auf den Staatsherrschaften, die in eigener Verwaltung standen, leiten; auf verpachteten Domänen und auf den Privatherrschaften hatten die Kreisämter die Kolonisation zu besorgen. Den Kreisämtern wurde jetzt also ein gröfserer Einflufs auf das Ansiedlungswesen eingeräumt, wie dies Kaiser Joseph schon im Sommer 1783 gefordert hatte (s. oben S. 41). Auch für die Überwinterung der Ansiedlungswerber machte man Vorschläge. Der genannte Ainser riet, man möge die nicht untergebrachten an ihre Ansiedlungsorte schicken und sie dort in herrschaftlichen Gebäuden und Bauernhäusern einquartieren. Dies sei vorteilhafter, als sie in die Klöster einzusperren, denn sie würden mit der Gegend und den Menschen bekannt und könnten einigen Verdienst finden.

Da die Ansiedlungsanstalten auf den Kameralherrschaften nicht genügten, griff man jetzt mit gröfserem Nachdruck auf den schon längst angeregten Gedanken zurück, einen Teil der Ansiedler auf Privatgrundherrschaften unterzubringen. Da das oft geäufserte Bedenken, die Grundherren würden kaum für die Ansiedlung Deutscher Opfer bringen, nicht unberechtigt war, entschlofs sich der Staat, Unterstützungen zu gewähren. Infolge eines Hofdekretes vom 1. Juni 1784 erging vom Gubernium an die galizischen Grundherren eine Verordnung (10. Juni), um sie zur Aufnahme von Ansiedlern zu bewegen. Sie wurden darin auf die Vorteile dieser Ansiedlung aufmerksam gemacht, die zur Verbesserung des Landbaues, zur Erhöhung der Betriebsamkeit und zur Verbesserung der Sitten beitrage. Für jede aufgenommene Familie, mögen es Handwerker oder Ackerbauer sein, wurden 50 fl. als Unterstützung angeboten. Den Privatgrundherrschaften wollte man übrigens die aufs Geratewohl ohne Pässe Eingewanderten anweisen; sie sollten blofs mit halben und viertel Ansässigkeiten versehen werden und sich mit jenen Unterstützungen begnügen, die

den Nationalansiedlern [1]) gewährt wurden. Diese Ansiedler sollten wie andere Bauern den Grundherrschaften unterworfen sein. Die Kreisämter erhielten gleichzeitig den Auftrag, die Grundherren zur Ansiedlung anzueifern, „da man sich dadurch Hoffnung machet, nach und nach etlich 1000 Familien auch bei den Privatdominien anzubringen“.

Aber auch diese Hoffnungen sollten sich gar bald als trüglich erweisen. Zunächst machte man die böse Erfahrung, dafs Grundherren ihre ansässigen Bauern von Haus und Feld jagten, um durch kostenlose Ansiedlung von Deutschen an ihre Stelle des Vorteils der Ansiedlung und der Unterstützung dafür teilhaft zu werden. Im Juli mufste gegen diesen Mifsbrauch ein Dekret erlassen werden; die Kreisämter sollten dagegen auftreten. Rustikalgründe (Bauerngründe) durften den Deutschen nur übertragen werden, wenn sie wirklich unbesetzt wären oder mit Wissen des Kreisamtes ein schlechter Untertan abgestiftet würde. Sonst müfsten Dominikalgründe, also zum Herrnhof gehöriger Boden, an die Ansiedler verteilt werden, was um so mehr am Platze wäre, als die Grundbesitzer klagten, dafs sie bei der (durch die österreichische Regierung) eingeschränkten Robot ihre Felder nicht bestellen könnten. Diese Forderung gefiel den Grundherren nicht, zumal man ihnen nur die pafslosen, also die ärmsten der Ansiedlungswerber überlassen wollte. Bis September hatten sich erst etwa 30 Privatherrschaften gemeldet, die 140 Familien Professionisten und 425 Familien Ackerbauer aufnehmen wollten, über die Aufnahmebedingungen aber nichts verlauten liefsen. Letzter Umstand mifsfiel der Hofkanzlei; sie hatte für die Kolonisten günstige oder zu mindestens genau bestimmte Ansiedlungsbedingungen feststellen wollen. Das Gubernium betonte dagegen, dafs die Grundherren sich zurückhaltend benähmen, weil die Unterstützung von 50 fl. für jede Familie zu gering sei. Auch die Grundherren, welche sich zur Annahme von Ansiedlern bereit erklärt hatten, zeigten sich recht saumselig. Die zur Privatansiedlung nach Galizien geschickten Kolonisten mufste daher wie die anderen der Staat verpflegen. Auch gestattete man, dafs an diese Ansiedlungswerber

---

1) Darunter sind die nicht deutschen Ansiedler verstanden.

Wirtschaften verkauft werden durften, die man nachlässigen Wirten wegen ihrer Zahlungsunfähigkeit abnahm.

Wohl stieg auch während des Jahres 1784 fortwährend die Zahl der in Galizien begründeten Ansiedlungen, aber im ganzen war das Ansiedlungswesen in arge Schwierigkeiten geraten. Am Ausgang des Sommers (2. August) faſst ein Hofkanzleibericht die Lage klar zusammen. Vom 1. Januar bis 26. Juli 1784 waren 7167 Personen eingewandert. Von diesen waren nur 2189 oder beiläufig 437 Familien, also weniger als ein Drittel, mit den ordentlichen Pässen der im Reich bestellten Kommissäre Metternich und Röthlein gekommen [1]). Man hatte diesen, da man im Frühjahr die Zahl der verfügbaren Ansiedlungsplätze noch nicht kannte, bedeutet, daſs jeder von ihnen etwa 200 Familien, zusammen 400 bis 500 Familien aufnehmen möchte. Diese Zahl ist von ihnen ungefähr eingehalten worden. Für diese Leute waren auch unbedingt Plätze vorhanden; aber es kamen sehr viele, ohne sich bei den Kommissären gemeldet zu haben, oder auch obwohl sie von ihnen abgewiesen worden waren. Von diesen wurden „etliche 1000 Köpfe“ entsprechend der Anregung des Kaisers nach Ungarn geschickt. Nach Galizien muſsten nebst den mit Kommissariatspässen versehenen Emigranten noch viele andere, teils wegen ihrer dort bereits befindlichen Verwandten, teils wegen des mitgebrachten Vermögens, teils endlich, um gegen die ungarische Ansiedlung keine Parteilichkeit zu zeigen [2]), auch solche mit geringem Vermögen geschickt werden. Die Hofkanzlei sah voraus, daſs unter diesen Umständen das Gubernium in Verlegenheit kommen müſste, zumal einmal in einer Woche fast 1800 Menschen (s. oben S. 53) nach Galizien abgingen. Die Hofkanzlei beeilte sich daher, jeden Posttag dem Gubernium die Listen der Abgeschickten anzuzeigen; sie betrieb die Bauführung in den Kolonien, sandte zur Grundeinteilung Ingenieure, befahl die Ausdehnung der Ansiedlung auf geistliche Güter sowie eingezogene Starosteien und veranlaſste die Aufmunterung der Privatgrundherren zur Annahme „dieser in der Kultur besser erfahrenen fremden Ansiedler“; auch

1) Vgl. oben S. 53, Anm.

2) In Ungarn wurde nämlich darüber Klage geführt, daſs dahin viele Leute ohne Pässe und Vermögen geschickt würden. Vgl. oben S. 50.

wegen der Einquartierung und Versorgung der Emigranten mit Lebensmitteln ergingen Aufträge. Das Gubernium bemühte sich, entsprechend diesen Weisungen, eifrig um die Bauten, die Grundzuteilung, die Versorgung der Professionisten in Judenhäusern und die Einquartierung der Einwanderer in herrschaftlichen Gebäuden und Klöstern; aber es äufserte auch seine Verlegenheit über die grofse Zahl der Ankömmlinge. Um nun diesen Überflufs von Ansiedlern auf die Privatgüter abzuleiten, schlug die Hofkanzlei nach den Anträgen des Guberniums und des Robotabolitionskommissärs Ainser, der damals vielfach von der Regierung über das Ansiedlungsgeschäft zu Rate gezogen wurde, eine Erhöhung der den Grundherren bewilligten Unterstützung vor. Diese Mafsregel wurde durch die Erwägung unterstützt, dafs die Emigranten in ökonomischer Hinsicht nicht so bald Nutzen gewähren, und also für den Staat, nicht aber für den Grundherrn als Gewinn anzusehen seien. Auch die Ansiedlungen auf den Kameralherrschaften brächten dem Ärar als Grundherrschaft keinen Nutzen, da die Ansiedlungskosten einer Familie auf 300 — 400 fl. zu stehen kämen. Da ferner in Rücksicht auf die durch die Fremdlinge zu verbreitende Kultur, Industrie und Aufklärung es gleichgültig sei, ob die Ansiedlungen auf Kameral- oder Privatdominien hergestellt würden, so wäre die auf Kameralherrschaften übliche Ärarialunterstützung ebenso gut angewendet, wenn sie auch für die Privatansiedlungen bewilligt würde. Daher sollten den zeitlichen Besitzern (Pächtern) königlicher Güter und den Privatgrundherren wenigstens 250 — 300 fl. für die Ansiedlung einer Familie Ackerleute bewilligt werden. Geschähe dies nicht, so müsse die Anwerbung dieser Emigranten, wenn sie auch nach Preufsen und Amerika wegzögen, ganz eingestellt werden, weil nunmehr auf Kameral-, Exjesuiten- und geistlichen Gütern kein Platz mehr übrig wäre. Weitere Einwanderer könnten da nicht untergebracht werden, „ohne den Landeseinwohnern nahe zu treten und sie den Deutschen noch abgeneigter zu machen, als sie es bereits schon durch die Zuteilung der Meierhofgründe (an diese) geworden sind“.

Diesen klaren Ausführungen der Hofkanzlei schlofs sich auch der Staatsrat an, insbesondere billigte er die erhöhte Beitragsleistung für die Privatansiedler. Ferner riet aber diese Behörde,

dafs die Kommissäre im Reich fortan nur Landleute mit mindestens 200 fl. Vermögen (also dem doppelten Betrag von früher) aufnähmen; auch wurde wieder gefordert, nur Professionisten mit den nötigen Kenntnissen anzuwerben. Dies sollte in den Zeitungen verlautbart werden. Kein geringerer als Kaunitz war es, der den Mut fand, die Einstellung von Ansiedlern auf ein Jahr zu befürworten, nachdem früher ähnliche Wünsche der Behörden an dem Willen des Kaisers gescheitert waren. Der zeitweiligen Einstellung stimmte der Kaiser jetzt zu. Seine Resolution lautete: „Der Stand der galizischen Ansiedlung dient zu meiner guten Nachricht. Zur besseren Unterbringung der bereits Vorhandenen mufs man auf ein Jahr die Einwanderung einstellen und nur besonders tüchtige oder vermögliche mit 200 fl. aufnehmen.“

Um diese Zeit (August 1784) wurde man in Wien durch den lang ersehnten Hauptbericht des galizischen Guberniums über den Stand der Ansiedlungen am Ende des Jahres 1783, ferner über die 1784 durchzuführenden Arbeiten und die weiteren Erfordernisse genauer unterrichtet. Aus diesem Berichte (s. oben S. 49) waren viele Rückstände ersichtlich. Das Gubernium vermochte sie in wirksamer Weise zu entschuldigen: die Zahl der Ansiedler war nicht festgesetzt worden und hatte sich fortwährend vergröfsert; Materialien und Arbeitskräfte hatten von allem Anfang an gemangelt; die nötigen Vorschriften mufsten erst ausgearbeitet und den Wirtschaftsbeamten übermittelt werden; die Grundzuteilung konnte wegen Mangels an Ingenieuren nicht erfolgen; da also die Ansiedler weder ihre Häuser noch Gründe erhielten, daher auch kein Winterfutter hatten, konnte ihnen kein Vieh gegeben werden; auch die etwas mangelhaften Häuser, die z. B. nur aus Ruten geflochtene, mit Lehm ausgeschmierte Rauchfänge hatten und mit Stroh gedeckt waren, entschuldigte das Gubernium mit dem Mangel einer Instruktion. Es versprach, nach Kräften diese Mängel abzustellen; die sonst gute Einrichtung der Häuser und die Anlage der Dörfer veranschaulichte es durch einige beigelegte Pläne. Die Kosten für einen Ansiedler berechnete das Gubernium auf ungefähr 400 fl.; doch müfsten zu dieser Summe noch weitere Unterstützungen kommen, so dafs die Gesamtkosten 450 fl. betragen würden. Im Patente von 1781 sei nur das Haus mit Stall und

Ackergerätschaften den Ansiedlern unentgeltlich bewilligt worden; es wäre aber nötig, ihnen auch die Scheuern, den ersten Anbau der Felder, den Samenvorschufs, die Kosten der Einquartierung und die Arzneien frei zu gewähren. Ebenso forderte das Gubernium, dafs verpachtete und in Privathänden befindliche Staatsgüter eingezogen würden, um Platz für die Ansiedlung zu schaffen. Diese sollte weiter nach Osten ausgedehnt werden; doch werde sie im Zaleszczyker Kreise wegen Holzmangels schwerer vor sich gehen. Für die Überwinterung der noch nicht untergebrachten Ansiedler wurden Vorbereitungen getroffen. Entsprechend dem Auftrage, dafs die Ansiedler nicht nur in Bauernhäusern, sondern auch in Wirtshäusern, Klöstern, herrschaftlichen Gebäuden und Judenhäusern zu beherbergen seien, hatten die Kreisämter die vorhandenen Wohnungen zu ermitteln und das Bialer Mautamt sodann die Ansiedler an die bezeichneten Orte zu instradieren. Im Lemberger Kloster allein wurden 200 Ansiedler einquartiert, welchen man beim Häuser- und Strafsenbau Arbeit verschaffte. Endlich sorgte das Gubernium für das Wohl der Ansiedler auch durch Aufstellung von Kuratoren. Diese hatten unter der Oberaufsicht der Kreisämter und des Guberniums und unter Mitwirkung der Kameralökonomiebeamten die Einquartierten mit allem Nötigen zu versorgen. Für dieses Geschäft war eine eigene Instruktion ausgearbeitet worden. Aus dieser ist zunächst ersichtlich, dafs alle von dieser Versorgung ausgeschlossen waren, die auf eigene Kosten kamen. Für je 50 bis 100 Ansiedler, die an einem Orte einquartiert waren, wurde ein Kurator bestellt, der auch aus der Zahl der Ökonomiebeamten genommen werden konnte. Dieser hatte den Ansiedlern die Naturalverpflegung an Korn, Holz, Stroh u. dgl. zu reichen und darüber genaue Aufzeichnungen zu führen. Was jeder Hausvater erhielt, wurde genau in sein Einschreibbüchel eingetragen. Auch über den Zu- und Abgang an Einquartierten sollte der Kurator von Zeit zu Zeit berichten. In jedem Kloster und sonstigen Einquartierungsorte wurden ein bis zwei Einwanderer von besonders guter Aufführung als Gemeindevorsteher für die Zeit der Einquartierung bestellt, „die auf das Betragen der übrigen zu sehen, die Gebäude und Zimmer täglich zweimal zu visitieren, alle kleinen Zänkereien unter ihnen auszu-

machen und auf die Befolgung der Befehle zu achten hatten“. Auch die Eintragungen der Kuratoren in die Rechnungen hatten diese „Vorsteher“ zu bestätigen. Für ihre Mühe erhielten sie 12 Kreuzer täglich. In jedem Kloster war das Refektorium oder ein anderer grofser geeigneter Raum als Spital einzurichten; für die in Privathäusern Untergebrachten sollte eines dieser Gebäude als Spital eingerichtet werden. Doktoren, Chirurgen und Hebammen mufsten die Spitäler täglich visitieren. Auf Feuer und Licht war in den Quartieren fleifsig achtzugeben, die Rauchfänge sollten sorgfältig gekehrt werden. Die Kreishauptmänner und Kreiskommissäre hatten die Ansiedlungen öfters im Monat zu besuchen. Die Oberaufsicht führte das Gubernium.

Diesen Bericht und die Vorschläge des Guberniums billigte die Hofkanzlei in den meisten Punkten. Insbesondere befürwortete sie, den Ansiedlern völlig frei zu gewähren: die im Patent vergessenen Scheuern, den ersten Ackeranbau und den Samen, ferner Holz, Streu und Licht für die Einquartierung, das Vieh, die Wirtschaftsgeräte und die Heilungskosten. Gegen Rückzahlung sollten dagegen die nötigen Hausgeräte und der für den Unterhalt bestimmte Geld- und Naturalvorschufs bewilligt werden; die Beträge dafür waren in die Handbüchel der Ansiedler und in die Amtsrechnungen einzutragen und in zehn Jahresraten, welche aber erst nach den drei ersten Ansiedlungsjahren anzufangen hätten, rückzuerstatten. Zum Ankauf des Viehes möge man einige der besten Ansiedler herbeiziehen, damit sie nicht über schlechtes Vieh klagten; für die Verbesserung des Viehstandes sorge man durch Anschaffung von Hengsten und Stieren stärkeren Schlages. Die Kosten der Bestiftung eines Ansiedlers berechnete die Hofkanzlei mit 425—450 fl. und bemerkte, dafs dieser Aufwand um mehr als ein Drittel wohlfeiler sei als jener für die Ansiedler auf den böhmischen Kameralgütern; „er ist aber“, so fährt die Kanzlei fort, „doch so teuer, dafs man die Aufnahme einschränken mufs, so bald nur einmal in den meisten Kreisen einige solcher Ansiedlungsdörfer zum Muster in der Aufklärung und ländlichen Industrie für das träge Nationalvolk aufgestellt sein werden“.

Diesem Rat, die teure deutsche Ansiedlung einzuschränken, pflichtete auch der Staatsrat bei. Und nun wurde auch der

Kaiser, der noch kurz zuvor wenigstens auf die Ansiedlung wohlhabender Leute nicht verzichten wollte, dafür gewonnen. Er nahm die Anzeige über den guten Fortgang der Ansiedlungsanstalten zur „vergnüglichen Nachricht“ und genehmigte die Vorschläge, also auch die erweiterte Dotierung der Ansiedler. Daran knüpfte er die Mahnung, dafs den Ansiedlern die gute Erhaltung des Viehes und der Geräte, die ihnen gewährt wurden, aufgetragen werde. Die wichtigste Verfügung der kaiserlichen Resolution lautete aber: „Da jedoch die Ansiedlung eines Ackermanns aus dem Reich sehr kostbar zu stehen kommt, so wird auch vornehmlich der Bedacht darauf zu nehmen sein, dafs mehr Familien Ackerbauer aus dem Republikanischen (Polen) herbeigezogen werden, da diese dem Klima mehr angemessen und die Ansiedlung minder kostbar“ [1]). Man kehrte damit zu einer Anschauung zurück, die schon 1774 sich bemerkbar gemacht hatte (s. oben S. 9). Auch damals hielt man die Ansiedler aus Polen für geeignet. Trotzdem ist zwischen der Anschauung von 1774 und 1784 ein grofser Unterschied: damals dachte man nicht daran, dafs allein durch deutsche Bauern die Landwirtschaft verbessert werden könnte; jetzt stand die Anschauung fest, dafs man nur durch Errichtung von deutschen Musterdörfern diese Absichten erreichen würde und wollte die Ansiedlung von Nationalisten nur als Notbehelf weiter führen. Übrigens sind solche Ansiedler auch schon früher sowohl auf Kameral- als auch auf Privatdominien untergebracht worden [2]). Die Privatgrundherren zogen sie vor, weil sie billiger waren; auf den kulturellen Wert nahmen die Privatherrschaften keine Rücksicht. Auch der Staat beschlofs jetzt wegen der Kosten sich auf diesen beschränkteren Standpunkt zu stellen.

Als Ergebnis der geschilderten Verhandlungen und Beschlüsse

---

1) Im November 1784 betonte der Kaiser wieder, dafs die Ansiedlung von Ackerbauern aus dem Reiche für Galizien zu teuer sei; es sei daher nur die Ansiedlung aus dem benachbarten republikanischen Polen zu fördern. Nur Handwerker, die in Galizien nicht vorhanden wären und aus Polen nicht herbeigezogen werden könnten, sollten noch ferner aus dem Reiche gerufen werden.

2) Nach einem Berichte vom Juni 1784 waren damals auf den Kameralherrschaften der Sandomirer Gegend schon 700 polnische Familien angesiedelt worden.

ergingen nun eine Reihe von Weisungen an die Kommissäre Metternich, Röthlein und Blank, ferner an die galizischen Behörden. Die Kommissäre wurden angewiesen, zu verkünden, dafs wegen der Unterbringung der bereits in Galizien anwesenden Ansiedler und der Vorbereitungen für die künftig ankommenden die Annahme für ein Jahr eingestellt werde. Wer nach dieser Frist einzuwandern beabsichtige, solle sich bei den Kommissären melden. Die Kommissäre hatten ferner darauf zu sehen, dafs kein Bauer ohne 200 fl. Bargeld aufgenommen werde; auch mufste jeder durch ein glaubwürdiges Zeugnis dartun, dafs er wirklich Bauernwirtschaft betrieben habe. Die Professionisten sollten nicht „ohne gute Kundschaft“ aufgenommen werden; den Vorzug hatten Müller, Maurer, Zimmerleute, Tischler, Glaser, Töpfer, Wagner, Schmiede, Leinen- und Wollenweber. In die Berechnung des Vermögens der Ansiedlungswerber war blofs das Bargeld, nicht erst einzubringende Forderungen aufzunehmen. In einer anderen Weisung wurde bemerkt, dafs die Ansiedler in Wien angeben, sie hätten ihr Geld auf der Reise verzehrt; es sei ihnen daher zu sagen, dafs sie auch in Wien das Vermögen zeigen müfsten. Diese näheren Bedingungen über die Annahme sollten nur den Kommissären „zur geheimen Direktion“ dienen; die Einstellung der Annahme für ein Jahr aber in den Zeitungen bekannt gemacht werden. Man entschlofs sich zu dieser öffentlichen Kundmachung, damit nicht wieder „Ungelegenheiten“ entstehen, obwohl man „bisher Anstand genommen hatte, über diese galizischen Ansiedlungen etwas drucken zu lassen, da die Reichsfürsten so aufsichtig auf alle ihre Territorien angehenden Ankündigungen sind“. Den Privatgrundherren sollte die erhöhte Unterstützung für die Ansiedler gegeben werden, „wenn man sicher ist, dafs sie nicht zwei oder drei polnische Familien verjagen, um eine deutsche aufzunehmen“.

Schon im September 1784 begannen die Kommissäre in verschiedenen Zeitungen die Einstellung der Annahme von Ansiedlern kundzutun. In der „Samstägigen Frankfurter Zeitung“, der „Augspurgischen Ordinari Postzeitung“, im „Augsburger Extra Blatt“ erschienen Ankündigungen, dafs durch ein ganzes Jahr kein Ansiedler angenommen würde; wer nach dieser Frist in den „kais. könig. polnischen und hungarischen Erblanden“ sich niederlassen

wolle, der könne sich bei den bestellten Kommissären melden und werde von ihnen alles Nähere erfahren. Später wurde in diesen „Avertissements“ statt „kais. könig̣ polnische und hungarische Erblande“ nur „k. k. Erblande“ gesetzt, da jener Ausdruck „bei den Reichsständen Aufsehn erregte“. Diese Vorsicht schien um so nötiger, als gerade damals der Kommissär Röthlein meldete, dafs viele von den in die Listen eingetragenen Ansiedlern nicht abreisen würden, weil die Regierungen „wohlbemittelte“ Leute nicht mehr entlassen wollten; insbesondere machten Kurmainz, Kurpfalz, Zweibrücken, Hanau, Kassel, Rothenburg, Darmstadt und Fulda Schwierigkeiten. In der Pfalz war 1784, jedenfalls auf Veranlassung des Fürsten, eine Flugschrift „Freundschaftliche Erinnerung und Warnung eines Pfälzers an seine nach Polen ausziehenden Mitbürger“ erschienen, die in pharisäischer Weise die Auswanderer ermahnte, doch lieber in der Heimat ihr „Kreuz“ zu tragen, als in den österreichischen Erblanden die dreifachen Steuern zu leisten [1]). Auch andere ähnliche Schriften wurden zu diesem Zwecke von den deutschen Regierungen veranlafst [2]); sie veröffentlichten ferner Auswanderungsverbote und ordneten gegen entweichende Untertanen Zwangsmafsregeln an. Daher schickte sich die Wiener Regierung an, mit den gesamten Reichsständen eine Konvention über die wechselseitige Aufhebung der Abfahrtsgelder [3]) zu schliefsen.

Die neuen Kundmachungen enthielten nichts über die Aufnahmebedingungen; die Ansiedlungswerber hatten sich an die Kommissäre zu wenden, um darüber belehrt zu werden. Diesen selbst mag aber eine genaue und übereinstimmende Auskunft sehr schwer gefallen sein, da die Zahl der bisher erschienenen Verordnungen schon bedeutend war. Das galizische Gubernium führte auch Klage, dafs die Ansiedler ohne genaue Kenntnis der Aufnahmebedingungen kämen und insbesondere darüber sich beschwerten, dafs

---

1) In Schlözers Staatsanzeigen VI (1784), S. 211f. ist ein Auszug dieses Flugblattes mit beifsenden Bemerkungen abgedruckt. Der Inhalt der Schrift ist ein trauriger Beweis für den Druck, den die Pfälzer zu erdulden hatten.

2) Vgl. oben S. 37.

3) Vgl. oben S. 5.

sie nicht sofort Häuser und Gründe erhielten. Es schlug daher vor, mit den Ansiedlungswerbern, die für dieselbe Kolonie stets unter gleichen Bedingungen anzunehmen wären und derselben Religion angehören sollten, Kontrakte abzuschliefsen. Diese hatten für jede Ansiedlung die Bedingungen der Annahme und die Angabe des Zeitpunktes, wann die Vorbereitungen beendet sein würden und die Ansiedler einzutreffen hätten, zu enthalten. Kämen die Kolonisten vor dem bestimmten Zeitpunkt, dann müfsten sie auf eigene Kosten warten. Röthlein bezeichnete den Abschlufs dieser Verträge für zwecklos; es werde genügen, jedem Ansiedler ein gedrucktes Exemplar der Ansiedlungsbedingungen mit der Unterschrift des Kommissärs zu übermitteln; es sei aber vor allem nötig, die Begünstigungen genau festzustellen. An der Herstellung dieser Ansiedlungsnormen wurde unter Mitwirkung Röthleins, des Guberniums und der Hofkanzlei bis Juni 1785 gearbeitet; immer wieder gab es an den Entwürfen etwas zu bessern. Die alten Ansiedlungspatente wurden aufser Kraft gesetzt; die neuen Bedingungen sollten nicht veröffentlicht werden, damit sie das unvorsichtige Volk nicht mifsdeute; sie hatten also nicht als „Patent“ oder „Ankündigung“ zu erscheinen, sondern blofs zum „Privatgebrauch“ und zur „Privatbelehrung“ zu dienen, wenn sich die Ansiedler an die Kommissäre wandten. Tatsächlich erscheint das Schriftstück [1]) in seiner endgültigen Fassung als „Belehrung über die Vorteile und Bedingnisse, die für die Ansiedlung der aus dem römischen Reiche in die kais. könig. Erblande einwandernden Emigranten für das Jahr 1785 bestimmt sind“. Galizien wurde darin nicht genannt, sondern blofs von den kais. könig. Erblanden gesprochen, da gegen die Herüberwanderung in diese die Reichsstände keinen Widerspruch erheben konnten. Die Bestimmungen der Belehrung gipfelten in einer Erschwerung der Aufnahmebedingungen und in dem Streben, vor allem wohlhabende und tüchtige Leute ins Land zu ziehen. Als der ordentliche Termin für ihr Eintreffen in Galizien wurde der 1. Oktober 1785 angesetzt.

1) Man findet es bei Coernig, Ethnographie der österr. Monarchie III, S. 49ff. abgedruckt; doch wird es hier fälschlich als eine Vorschrift für Ungarn ausgegeben. Eine solche bestand zwar, hatte aber zum Teil abweichende Bestimmungen, worüber man weiter unten im 5. Buch näheres findet.

Die Lage in Galizien war inzwischen recht schwierig. Der Statthalter hatte vom Juli bis Oktober 1784 die Ansiedlungen besichtigt und darüber am 20. Oktober einen Bericht erstattet. Darin macht er Mitteilungen über die Anlage der Orte und den Stand des Häuserbaues; er zählt die vorhandenen Familien nach ihrem Glaubensbekenntnis auf, charakterisiert die von ihm zur Abhilfe von Mifsständen getroffenen Mafsregeln u. dgl. m. Aus diesem Berichte geht hervor, dafs die Ansiedlung erfreuliche Fortschritte machte, aber auch dafs manches verfehlt war. Errichtet waren damals in den elf Herrschaften, wo Ansiedlungen stattfanden, schon 780 Häuser, 700 Stallungen und 483 Scheuern, während 394 Häuser, 385 Stallungen und 267 Scheuern „wirklich im Bau begriffen" waren; es bedeutete dies gegenüber dem Zustand von Ende März 1784 (s. oben S. 53) einen bedeutenden Fortschritt. Anderseits kamen aber verschiedene Mängel zutage. Die Anlage des Dorfes (Hartfeld) auf dem Meierhof Recziczany (Herrschaft Jaworow) fand Brigido „in einer Reihe ungeschickt angelegt" und ordnete eine Änderung der Anlage „mit zwei Hauptkreuzgassen" an. Häuser, die 1783 „zur Probe" von gestampftem Lehm aufgeführt worden waren, fand der Statthalter „beinahe schon gänzlich eingefallen". Auf der Herrschaft Jaworow war der Häuserbau 1783 „zu nicht geringer Verantwortung der Ökonomiedirektion ganz und gar vernachlässigt". Die aus Flechtwerk hergestellten Rauchfänge bezeichnete Brigido als leicht entzündlich und ordnete aus Ziegeln gebaute an. Den Ansiedlern waren ganz unbeschlagene Wagen ausgefolgt worden, „die gar nichts nutz sind"; auch die Zahl der „halbbeschlagenen" sollte beschränkt werden. Vor allem kamen aber damals Sünden der Beamten zutage, welche die Hofkanzlei veranlafsten, in ihrer Erledigung des Reiseberichtes, für den Brigido die allerhöchste Zufriedenheit ausgesprochen wurde, folgendes zu verfügen: „Wird dem Herrn Gouverneur hiemit empfohlen zu achten, damit die angeordnete Kontrole, durch welche den Unterschleifen und Geldzersplitterungen wie auch den Bedrückungen und parteiischen Begünstigungen der Kolonisten vorgebeugt werden soll, um so mehr befolgt werde, als sich aus den auf der Herrschaft Drohobycz ausgebrochenen Unruhen und der darauf erfolgten Arretierung des Wirtschafts-

beamten Streutz sowie aus mehreren noch nicht erledigten Klagen einzelner Kolonisten gegen die Beamten vermuten läſst, daſs an manchen Orten die Beamten sehr willkürlich mit den Ansiedlungsanstalten und mit den Kolonisten insbesondere umgehen, und daſs sie hie und da sowohl in Bauanstalten als in Anschaffung auch in Rücksicht auf Eigennutz eine scharfe Aufsicht nötig haben."

Zu diesen Miſsständen kam schlieſslich auch die Feststellung, daſs anfangs 1785 noch etwa ein Fünftel der Eingewanderten unversorgt war. Auf eine Anfrage des Kaisers (Februar 1785), wie viele Emigranten im Frühjahr und wie viele im August 1785 in Galizien angesiedelt werden könnten, antwortete das Gubernium, daſs bisher mehr als 2000 Familien versorgt, über 500 Familien deutscher Ansiedler nur einquartiert seien. Diese sollten 1785 ordentlich auf den Kameral- und geistigen Gütern, ferner bei Privatgrundherren, die sich dazu gemeldet hatten, untergebracht werden. Weitere Ansiedler könnten nur aufgenommen werden, wenn eine Anzahl königlicher Güter (Advokatien und Starosteien) den derzeitigen Privatbesitzern entzogen würden [1]. Auf diesen könnten dann im August oder September noch 300 bis 400 Familien Unterkommen finden. Die Hofkanzlei und der Kaiser genehmigten diese Maſsregel. Auf weiteres Drängen gab der Statthalter nur noch zu, daſs etwa 20 bis 50 wohlhabende Familien gleich geschickt werden könnten, wenn sie bis zu ihrer Bestiftung sich selbst erhalten wollten.

Die Ansiedlungsanstalten in Galizien standen in argem Miſsverhältnisse zu dem noch immer sehr starken Andrängen der Kolonisten. So waren gerade zurzeit, als schon die Einstellung der Ansiedlungen kundgetan wurde, im September 1784 vierzehn Familien aus Württemberg, Baden-Durlach, Hessen-Kassel, Kurpfalz und Darmstadt über Warschau nach Galizien gekommen; sie gaben an, daſs sie diesen Weg für den nächsten nach Sandomir gehalten hätten. Im Oktober legte ein damals in Wien wohnhafter Württemberger Dr. Jakob Ludwig Thomas dem Kaiser einen „auf philosophischer und historischer Grundlage" aufgebauten Plan

---

1) Über die Einziehung der Advokatien s. Bd. I, S. 215. Über die Starosteien s. oben S. 10.

vor, „wie fremde Kolonisten auf beste Weise angeworben werden könnten“. Darin nennt er Joseph den „grofsen Menschenschätzer“. Wie aus dem Schlufs des Schriftstückes zu ersehen ist, hoffte der Verfasser auf eine Belohnung. Aber seine Darstellung enthielt „nichts als schon bekannte oder ganz untunliche Vorschläge“ und fand keine Beachtung. Im Februar 1785 meldete Röthlein, der in dieser Zeit als der tätigste Kommissär erscheint, dafs er schon wieder 250 Familien angenommen hätte, darunter Handwerker, die in Galizien und Ungarn beim Bau der Ansiedlungshäuser behilflich sein könnten. Viele hatten schon ihre Gründe verkauft und verzehrten ihr Geld. In den nächsten Wochen stieg diese Zahl auf 390 Familien. Inzwischen war die Anzahl der in Galizien für 1785 anzusiedelnden im ganzen auf 300 bis 400 bestimmt worden, und daher erhielt Röthlein den Auftrag, höchstens 250 aufzunehmen, da auch für die von Metternich und Blank Angenommenen Siedlungsplätze freigehalten werden müfsten. Auch wurde Röthlein wiederholt gemahnt, mehr auf das Vermögen, den Kunstfleifs und die Verläfslichkeit der Ansiedler als auf ihre Zahl zu sehen. Dagegen machte er geltend, dafs er viele schon angeworben hatte, bevor er im Herbst den Einstellungsbefehl erhielt; diesen könnte er, wenn sie sich meldeten, der Billigkeit halber die Pässe nicht versagen. Bald darauf liefs er sich wieder vernehmen, dafs die Einstellung der Ansiedlung Schaden stifte; viele Leute würden nach Preufsen ziehen, weil sie nach Galizien und Ungarn erst im September 1785 geschickt werden sollten. Er erhielt darauf Ende April die Antwort, dafs die Verfügungen für Galizien aufrecht bleiben müfsten; für Ungarn sei aber die Zahl nicht beschränkt. Ungefähr um dieselbe Zeit wurde Blank angewiesen, den Ansiedlern aus der Grafschaft Falkenstein zu drohen, man würde sich wegen der im vorigen Jahre entdeckten vielen Unterschleife genau überzeugen, ob sie das angesagte Geld mitbrächten. Und im Mai sah sich die Hofkanzlei veranlafst, Röthlein den Auftrag zu geben, auch den Ackersleuten „auf eigene Gefahr“ nur Pässe auszustellen, wenn sie Verwandte in Galizien hätten, die sie aufnehmen wollten; es kämen sonst zu viele. Wiederholt wurde kundgetan, dafs nur die Pässe von Metternich, Röthlein und Blank gültig seien; aber man liefs doch auch andere Pässe gelten, wenn

die Ansiedler zu weit von den Kommissären ihren Wohnsitz hatten. Im Mai schwoll die Menge von Ansiedlungsgesuchen immer mehr an. Nach einer Berechnung, die Ende Juli 1785 zur Beleuchtung der Schäden der grofsen Auswanderung nach Österreich angestellt wurde, sollen vom 30. April bis Ende Juli 1785 in Regensburg „im Angesicht des gesammten Reichstages“ etwa 5500 Personen von der kaiserlichen Kommissionskanzlei Pässe erhalten haben; davon entfielen auf den Mai allein fast 2800. In dieser Zahl sind blofs die zu Wasser über Ulm gekommenen Auswanderer berücksichtigt! Aufserdem zogen aber viele den Landweg [1]).

Um nach Galizien geschickt zu werden, beriefen sich die Einwanderer oft auf ihre bereits dort angesiedelten Verwandten. So wendet sich Lorenz Leichhardt, „Weifsdreher in der herzoglichen Borclanfabrik“ in Ludwigsburg zufolge der Zeitungsnachrichten an den „Hoch Edelgebohren und hochgelehrtesten Herrn und Gnaden“ Blank mit einem „klönen Schreiben“, er möchte ihm „mit einem Bassbort an die Hand gehen, weillen meine Eltern, Vater, Mutter samd 3 Brüder und Schwester in kais. könig. Diensten stehen, als Zollbereider in Bollen nehmlich in Sockgal (Sokal)“. Er gibt auch an, dafs sein Vater ihn zum Kommen öfters aufgefordert habe. Andere ähnliche Gesuche sind direkt an den Kaiser gerichtet, um die Ansiedlung in Galizien zu erlangen und nicht nach Ungarn geschickt zu werden. Ein solches Gesuch lautet z. B.: „Eure Majestät. Unterzeichnete fünf Familien kamen aus Lottring und haben aus keiner andern Bewegursache ihr Vaterland, Haus und Grundstücke mit gröfster Forcht und Schaden verlassen, als laut k. k. allerhöchsten Patent und wegen denen in Gallizien zu Ullitzno bei Troawitz (Gassendorf bei Drohobycz) habenden Freundschaft.“ Sie baten dahin „nicht aber nach Hungarn“ geschickt zu werden.

Solche Gesuche wurden von Leuten überreicht, die ohne Vermögen und daher auch ohne die für Galizien vorgeschriebenen Kommissariatspässe nach Wien kamen. Von den Bitten und der Not dieser armen Menschen gedrängt, liefs sich der Kaiser wieder

1) Die Masse dieser Auswanderer wurde nach Ungarn geschickt. Man vgl. darüber das 5. Buch.

zu einer Verfügung bewegen, die bedeutende Schwierigkeiten schaffen sollte. Er befahl nämlich am 20. Mai 1785: „Da man die Immigration dennoch nicht verhindern mufs, so ist nichts weiteres durch die Staatskanzlei ins Reich zu erlassen und sind nur die Leute, wenn sie hierher kommen, dergestalten nach Billigkeit auszusondern, dafs wenn sie beweisen können, dafs sie Eltern, Kinder oder Brüder in Galizien haben, ebenfalls dahin gelassen werden, oder nach Mafs, als sie Handwerker oder Fabrikanten sind, welche allda nutzbar wären. Alle andern aber müssen nach Ungarn instradiert werden." Danach mufsten nun aufser den von den Kommissären für Galizien bereits angenommenen wohlhabenden Ansiedlern doch wieder alle Leute nach Galizien geschickt werden, die dort Verwandte hatten, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie ordentliche Pässe und Vermögen nachwiesen. Doch wurde die Verfügung getroffen, dafs diese Einwanderer nur viertel, höchstens halbe Siedlungen erhalten sollten, also nur als unbegünstigte Ansiedler zu behandeln waren, im Gegensatz zu den wohlhabenden, die den vorgeschriebenen Bedingungen entsprachen. Schon am 28. Mai 1785 gingen von Wien zwei Verzeichnisse von Emigranten nach Galizien ab: eines umfafste jene, „die nicht mit gehörigen Pässen und Vermögensausweis ankamen und dennoch vermög Allerhöchsten Befehls wegen angeblichen Verwandten geschickt werden", und ein zweites über die „ordentlich begünstigten Ansiedler".

Die Folge dieses Vorgehens zeigte sich schon in wenigen Wochen. Die galizische Domänenadministration und das Gubernium führten dringende Klagen über die überaus zahlreiche Einwanderung und die Unmöglichkeit, die Ankömmlinge unterzubringen. Sie forderten Vermehrung der Beamten und weitere Einziehungen von Starosteien, die sich in Privatbesitz befanden. Das Gubernium wies darauf hin, dafs noch von 1784 mehr als 360 Familien, die teils zur Kameral-, teils zur Privatansiedlung bestimmt waren, in Einquartierung standen. Dazu würden im Herbst die 300 angeworbenen vermögenden Familien kommen. Aufserdem dringen aber „zahlreiche gröfstenteils bettelarm ohne Reichspässe, blofs unter dem Vorwand, zu ihren Freunden abgehen zu wollen, ein, die ohne Ärarialunterstützung sich nicht erhalten können". Und

immer wieder kamen massenhaft Ansiedlungsgesuche, darunter mitunter recht phantastische. So verlangte ein Anonymus zwei französische Quadratmeilen Land in Ungarn oder Galizien, womöglich mit einem kleinen Schlofs. Er forderte dazu so reichliche Unterstützung, dafs er Aufwand treiben und seine Landsleute blenden könnte, damit sie ihm als Ansiedler nachfolgten. Auch für Nagelschmiede, Büchsenmacher und Ackerbauer, die er mitbringen wollte, waren seine Forderungen nicht gering. Der Kaiser wies das Angebot natürlich ab. Gegen die Einwanderung aus österreichischen Gebieten verhielt man sich jetzt wie früher ablehnend, mögen es nun „k. k. Untertanen aus Luxemburg“ oder böhmische Weber, Spinner und Bleicher gewesen sein. Dagegen wurden Emigranten aus Preufsen zufolge eines Hofdekrets vom 21. Juli 1785 unbedingt angenommen und gefördert, auch wenn sie kein Vermögen mitbrachten. Entsprechend dem Willen des Kaisers (s. oben S. 61) zog man auch die „republikanischen“ Einwanderer (aus Polen) durch Gewährung ähnlicher Freiheiten ins Land; doch scheinen diese Ansiedler nur zum geringen Teil Deutsche gewesen zu sein. Wegen der Verbreitung gedruckter Zirkulare über die diesen Ansiedlern gebotenen Freiheiten erhob die republikanisch-polnische Regierung Anstände.

Auf Drängen des Kaisers wurden im Spätsommer 1785 wieder Hauptberichte über den Stand der Ansiedlungen vorgelegt. Aus diesen ist zu entnehmen, dafs sich schon am 20. Mai 1785 die Kolonisation über 15 Herrschaften ausdehnte; in 102 Orten waren 2152 Familien angesiedelt, darunter 1903 Bauern ohne eine andere Profession, 200 Bauern mit einer Profession, und 49 blofse Professionisten, zusammen 9271 Seelen. Der Kostenaufwand betrug für diese Ansiedlungen bereits 1 107 834 fl. Es war dies gewifs eine anerkennenswerte Leistung innerhalb nicht ganz drei Jahren. Aber im Spätsommer befanden sich doch wieder 222 Familien Ackerbauer und 19 Familien Professionisten, die zur Kameralansiedlung bestimmt waren, und 322 Ackerbauer und 36 Professionisten für Privatansiedlungen unversorgt im Lande. Dazu kamen immer wieder neue hinzu. Lebhafter als sonst wurde in Galizien die Vermehrung der Ansiedlungsbeamten gefordert. Bei der Staatsgüteradministration sollte für das Ansiedlungsgeschäft, das

mehrere Millionen Gulden kosten würde, ein eigener Referent bestimmt werden, dem zwei bis drei Hilfskräfte beizustellen wären. Ferner sollten zwei bis drei besondere Ansiedlungskommissäre bestellt werden, da die Ökonomiebeamten infolge der Überbürdung mit Ansiedlungsarbeiten ihre sonstigen Geschäfte zum Schaden des Ärars vernachlässigten. Auch die Ansiedlungskuratoren waren überbürdet. So erstreckte sich die Tätigkeit des für die Herrschaft Drohobycz bestellten Danss auf sieben Dörfer; er mufste den Bau der Häuser, die Zahlungslisten und die Verteilung der Verpflegung für die Einquartierten besorgen. Da für die zahlreichen und verwickelten Geschäfte keine deutlichen Instruktionen vorhanden waren, rifs Unordnung ein. Ausweise und Ansiedlungsrechnungen standen aus. Ferner stellte es sich heraus, dafs viele Ansiedler, die in Wien Pässe und Reisegeld erhielten, ins Reich zurückgingen oder sonst sich verliefen; aus Wien wurden weit mehr abgeschickt, als in Galizien eintrafen. Weltz und Glantschnigg hatten vom Anfang der Ansiedlung (3. Juli 1782) bis zum letzten April 1785 zusammen 2815 Familien nach Galizien geschickt, während dort blofs 2152 als angesiedelt ausgewiesen wurden, wozu noch etwa 300 einquartierte Familien kamen. Im Januar 1786 soll sich sogar ein Abgang von 930 Familien ergeben haben! Als der Kaiser von der Hofkanzlei diese Mifsstände erfuhr (Ende 1785), verfügte er, dafs dem galizischen Gubernium sein „gröfstes Mifsvergnügen“ über den „sehr verworrenen Zustand des galizischen Ansiedlungswesens“ mitgeteilt werde. Um „alles in das ordentliche Geleise zurückzubringen“ sollte die Aufnahme neuer Ansiedler „auch für das künftige Jahr und solange eingestellt bleiben, bis die bereits im Land befindlichen ihr Unterkommen erhalten hatten“. Die Kameralhauptbuchhalterei hatte in vierzehn Tagen „eine kurze Instruktion zu entwerfen, wie die Unordnung in Zukunft zu beheben ist“. Auch die Reise, welche der Kaiser im Juli und August 1786 durch Galizien unternahm, veranlafste ihn zu mancherlei Ausstellungen. Er fand die Häuser der Kolonisten zu verschwenderisch gebaut; in jedem Hause könnten zwei Familien wohnen. Auch die Stallungen schienen zu grofs zu sein. Er sprach sein Befremden aus, dafs in den östlichen Kreisen Tarnopol, Zaleszczyki und Brzeżany keine Ansiedlungen angelegt wur-

den [1]), obwohl hier wenige Dörfer lagen. Die vielen nicht untergebrachten Einwanderer, die der Kaiser besonders im Zamośćier Kreise traf, sollten in den anderen Kolonien ihr Unterkommen finden; sie mufsten als „Inleute“ [2]) ihr Brot suchen. Die Professionisten sollten in den Städten untergebracht werden. Manchen würden auch Schankhäuser anzuweisen sein, „da sie sich auf Schankwirtschaft besser verstehen als polnische Bauern“. Schliefslich befahl der Kaiser, des Ackerbaus unkundige Ansiedler, die Haus und Gründe erhalten hatten, abzustiften und durch tauglichere, die bisher noch kein Unterkommen fanden, zu ersetzen. Die Abgestifteten sollten in Versorgung genommen werden; die Übernehmer ihrer Wirtschaften durften nicht verhalten werden, die auf diesen haftenden Ärarialschulden zu tilgen, „denn der Staat gewinnt schon genug, dafs er einen guten Wirt statt eines schlechten bekömmt“.

Die unter dem Drucke der Verhältnisse vom Kaiser für 1786 angeordnete Einstellung der Annahme von Ansiedlern wurde nicht mehr widerrufen, vielmehr auch auf Ungarn ausgedehnt. Diese „Sistierung“ gaben 1787 die Kommissäre im Reich — an Stelle des nach Freiburg versetzten Blank erscheint jetzt als Landvogt in Rottenburg ein Graf von Bissingen — in den Zeitungen bekannt. An eine Fortsetzung der Ansiedlung war unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken. Am 31. Januar 1786 befanden sich in Galizien zusammen 3108 Familien oder 12 365 Seelen deutscher Einwanderer. Von diesen waren in 101 Orten auf 15 Herrschaften blofs 2100 Familien oder 9261 Seelen bestiftet, und zwar 1872 Bauernfamilien ohne eine weitere Profession, 191 Bauernfamilien mit einer Profession und 37 blofse Professionisten [3]). In der Einqartierung befanden sich also 1008 Familien oder fast ein Drittel der Eingewanderten! Drei Monate später (31. April 1786)

1) Angeblich erschwerte der Holzmangel die Anlegung von Kolonien in diesen Gegenden. Vgl. oben S. 59.

2) Also als Einwohner in fremden Häusern; sie mufsten sich mit blofser Händearbeit ernähren.

3) Der kleine Rückgang gegen den Stand vom 20. Mai 1785 (s. S. 70) ist nicht aufgeklärt; jedenfalls ist er ein Beweis vorhandener Mifsstände oder unrichtiger Zählung.

hatte sich dieses Verhältnis wesentlich gebessert. Von den überhaupt anwesenden 3087 Familien waren 2425 angesiedelt und nur noch 662 einquartiert. Die Ansiedlung erstreckte sich schon auf 114 Orte in 22 Herrschaften. Von den Angesiedelten waren 2178 Bauernfamilien ohne weitere Profession, 208 Bauernfamilien mit Profession und 39 blofse Professionistenfamilien, zusammen 10747 Seelen. Anfangs Mai war also etwa ein Fünftel der eingewanderten Familien nicht untergebracht.

Trotz dieses mifslichen Verhältnisses und trotz der Einstellung der Ansiedlung wurde doch von Zeit zu Zeit, auch 1787—1789, die Erlaubnis gegeben, dafs wohlhabende Leute, die auf eigene Gefahr ins Land kommen wollten, nützliche Fabriken zu gründen hofften u. dgl., angenommen, auch gelegentlich angesiedelt würden. Geldunterstützungen wurden durchaus verweigert. Einwanderer aus österreichischen Ländern, z. B. aus Luxemburg, wurden auch jetzt nicht zugelassen; man ahnte nicht, dafs diese Gebiete so bald für Österreich verloren gehen würden. Die preufsischen Ansiedler, die als sehr fleifsig galten und ihre Heimat nur wegen der schlechten Beschaffenheit des Bodens sowie sonstiger Lasten verliefsen, wurden auch jetzt gefördert; ja man begünstigte sogar jene Reichseinwanderer, die über Preufsen nach Galizien kamen. Da diese Ansiedler in Galizien keinen Platz fanden, so wies man sie nach Mähren oder nach Ungarn; auch in den Städten wurden sie untergebracht. Die billigere Ansiedlung von polnischen Bauern (Nationalisten) wurde fortgesetzt, besonders in der Sandomirer Gegend. Es kam vor, dafs anstatt der in Aussicht genommenen deutschen Kolonisten Nationaluntertanen angesiedelt wurden oder dafs an Stelle abgestifteter deutscher Kolonisten Nationalisten traten.

Inzwischen hatte auch die Privatansiedlung einige Fortschritte gemacht. Es ist schon erzählt worden (S. 54 f.), dafs die Privatgrundherren nur zögernd deutsche Ansiedler annahmen, zumal da ihnen der Staat zu ihrer Ausstattung nur je 50 fl. für jede Familie bot. Die Behörden sahen sich daher genötigt, für eine höhere Dotierung einzutreten (S. 57 f.). Mit Hofdekret vom 23. August 1784 wurde diese auf 250 bis 300 fl. für jede Familie erhöht und im September erging an die Grundherren durch

die Kreisämter eine neue Aufforderung zur Aufnahme von Ansiedlern. Die Kreisämter hatten vom Gubernium den Auftrag erhalten, die Grundherren auf die Vorteile dieser Kolonisation und auf die Wertlosigkeit des Bodens ohne genügende Arbeitskraft aufmerksam zu machen; letzterer Hinweis mufste um so wirksamer sein, als die Grundherren stets darüber Klage führten, dafs sie mit den Arbeiten nicht fertig würden, seitdem die Roboten und Hilfstage eingeschränkt worden seien. Die Einwanderer verdienten um so gröfsere Unterstützung, als sie sich durch Industrie, Fleifs und Arbeitsamkeit auszeichneten und den inländischen, darin unerfahrenen Leuten zum Beispiel dienen könnten. Gefordert wurde von den Grundherren, dafs sie mit den Kolonisten Verträge abschlössen und nicht weniger als sechs Familien auf einem Gute ansiedelten. Da den Grundherren für jede Familie eine gröfsere Geldsumme ausgezahlt wurde, so wurden zum Teil noch günstigere Ansiedlungsbedingungen als auf den Kameralherrschaften gefordert, insbesondere durchaus 30 bis 40 Korez Grund für jede Wirtschaft und mehr Freijahre. Man erklärte diesen Umstand damit, dafs nur sehr weitgehende Freiheiten die Ansiedler zur Niederlassung auf Privatgrundherrschaften veranlassen würden.

Vor der Kundmachung der erhöhten Unterstützung scheint nur eine Privatherrschaft Ansiedler angenommen zu haben. Es war dies die Edle von Rogalinska, Besitzerin von Podajce im Kreise Brzeżany. Sie nahm 56 Einwandererfamilien an und gewährte jeder ein eigenes Haus, Feld für 26 Korez Aussaat, den ersten Samen und die Ackergeräte umsonst, das Vieh vorschufsweise, Verpflegung bis zur ordentlichen Dotierung wie beim Ärar und drei Freijahre. Die Ansiedler sollten nach Ablauf der Freijahre jährlich 15 fl. Zins zahlen und jede Woche einen Robottag leisten. Zwischen der Grundherrin und den Ansiedlern brach jedoch in Kürze ein Streit aus. Schon im September 1784 schritten die Behörden gegen die Ansiedler ein, weil diese allerlei neue Forderungen stellten. Im Verlaufe der Untersuchung kam es aber zutage, dafs die „Grundfrau aus Religionseifer keine Akatholischen übernehmen wollte“. Daher kam auch kein Vergleich zustande; die Ansiedler mufsten wieder abberufen und einquartiert werden.

Im Oktober 1784 verpflichtete sich Graf Andreas Zamoiski 80 Ansiedlerfamilien gegen den Betrag von 250 fl. für die Familie anzusiedeln. Auch er bot den Ansiedlern recht günstige Bedingungen: eine gemeinsame Gemeindehutweide, ferner jedem Ansiedler unentgeltlich 30 Korez Grund, ein ordentliches Haus, das Material zu einem grofsen Stall (den jeder selbst bauen sollte), endlich die erste Aussaat; ferner gegen Rückzahlung in bequemen Raten das Vieh, Haus- und Feldgerätschaften; die Zahlung des Grundzinses sollte nach drei Freijahren beginnen. Dieser Vertrag wurde von der Hofkanzlei im Bericht an den Kaiser „als ein unerwarteter Fortgang der privaten Ansiedlung“ bezeichnet; für den Zamośćier Kreiskommissär Trautmannsdorf, welcher den Grafen Zamoiski für das Unternehmen gewonnen hatte, wurde eine besondere Belobung vorgeschlagen, dem Grafen aber „die allerhöchste Zufriedenheit bekannt gegeben und sein patriotisches Anerbieten in allen Kreisen zur Nachahmung und Aneiferung durch Zirkulare bekannt gemacht“. Auch die Auszahlung der gesamten Unterstützung an den Grafen wurde bewilligt, wenn er sich verpflichten würde, die übernommene Ansiedlung innerhalb zwei Jahren zu vollenden. Im März 1785 erklärte Zamoiski, auch zehn Handwerker ansiedeln zu wollen. So entstanden die Ansiedlungen in Rozaniec und Korchow [1]). Ohne Streitigkeiten ging es auch hier nicht ab. Beide Ansiedlungen klagten darüber, dafs bei ihrer Ankunft auf den gräflichen Gütern keine Vorbereitungen getroffen waren. „Man bequartierte sie bei unflätigen Juden und Polen in Rauchstuben, wo sie dem Ungeziefer zur Nahrung dienten, und der Herr Graf verlieh ihnen zur Nahrung nur elendes, fast ungeniefsbares Gemüse und Brotgetreide.“ Diese Klagen waren nicht unbegründet, denn tatsächlich erwirkte der Kreiskommissär Trautmannsdorf doch wieder die kaiserliche Verpflegung und Bequartierung bis zur Ansiedlung. Auch bei der Durchführung dieser gab es Streitigkeiten.

Andere Grundherren folgten diesem Beispiele. So nahm Graf Josef Mier im Herbst 1785 60 Kolonisten an, die aber noch 1786 drei Monate in ärarischer Verpflegung standen. Er siedelte sie in

---

1) Beide Orte im Gebiete von Zamość, das 1809 an das Herzogtum Warschau verloren ging.

den nach ihm benannten Orten Josefów und Mierow an (1786). Auch hier erhielten die Kolonisten nicht alles, was ihnen gebührte. So wurden ihre Häuser ohne die vorgeschriebenen gemauerten Rauchfänge aufgeführt, wofür der Grundherr ihnen 1794 Ersatz leisten mufste [1]). Ebenso siedelte der Grundherr Bielski 16 deutsche Ansiedler zu Miączyn (Kreis Zamość) an, Lubowiecki 25 deutsche Familien zu Sniatyce in demselben Kreise, die Gräfin Theresa Potocka 7 Familien deutscher Ackerbauer in Bedrykowce bei Zaleszczyki usw. Der polnische Kronfeldherr Graf Rzewuski wollte 100 Familien auf seinem Erbgute Jezierzany (Bezirk Buczacz) annehmen; da er aber für jede 500 fl. forderte, wurde er abgewiesen (1787). In den meisten dieser Ansiedlungen kam es zu Streitigkeiten zwischen dem Grundherrn und den Ansiedlern, die die kaiserlichen Behörden zum Einschreiten zwangen. Säumige Grundherren wurden zur Erfüllung der Vertragsbedingungen angehalten, ungehorsame Ansiedler gestraft, zuweilen auch abgestiftet. Im März 1785 wurde das Gubernium ermahnt, Vorschüsse an Adelige (Grundherren) nur unter Beobachtung von Vorsichtsmafsregeln zu gewähren, und bei der Abschliefsung der entsprechenden Kontrakte auf die Verläfslichkeit der Dominien zu achten.

Neben dieser Ansiedlung auf den privaten Grundherrschaften ging auch die als Privatansiedlung angesehene Niederlassung von Handwerkern in den Städten vor sich, so in Biala, Neu Sandec, Tarnów, Rzeszow, Przeworsk, Sanok, Przemyśl, Jaroslau, Żółkiew, Lemberg, Zaleszczyki u. a. In Lemberg hatten sich bis Ende 1786 z. B. 29 Handwerker sefshaft gemacht, und zwar 1 Schuster, 4 Strumpfwirker, 1 Drechsler, 1 Knopfmacher, 1 Goldschläger, 1 Kunstweber, 2 Hutmacher, 1 Feilenhauer, 1 Kupferschmied, 1 Nagelschmied, 1 Rotgärber, 1 Nadler, 1 Schönfärber, 1 Tischler, 1 Dosenmacher, 2 Siegellackmacher, 1 Oblatenbäcker, 1 Leinwanddrucker, 1 Schlosser, 1 Vergolder, 1 Leineweber, 1 Seidenweber,

1) Der Starost Mier gründete später noch andere Ansiedlungen; er starb kurz vor 1809. Ein Artikel in den „Vaterländischen Blättern" (1810) rühmt von ihm: „Dem Beispiele Kaiser Josephs nachfolgend suchte er das im kleinen mit Erfolg nachzuahmen, was jener durch das Kolonisationssystem im ganzen bezweckte." Dafür werfen ihm neuere polnische Geschichtschreiber „schwarzgelben Servilismus" vor.

1 Posamentierer und 1 Gärtner. Diese Handwerker erhielten das Meister- und Bürgerrecht unentgeltlich, ferner z. B. in Neu Sandec auch Häuser und Grundstücke zu „Kuchelgärten“, ebenso Verpflegung und Materialvorschüsse.

Der Gesamtstand der deutschen Privatansiedler, und zwar Bauern und Handwerker, betrug Ende 1786 362 Familien oder 1510 Seelen. Sie waren über elf Kreise in 42 Orten verteilt; die meisten dieser Orte, nämlich 16, lagen im Zamośćier Kreise, der heute nicht mehr zu Galizien gehört. Das Gubernium suchte den geringen Fortgang der Privatansiedlung bei der Vorlage der eben angeführten statistischen Zusammenstellung damit zu erklären (Februar 1788), dafs seit Jahren Getreideteurung herrschte, was offenbar den Grundherren die Ansiedlung erschwerte. Ferner verwies es darauf, dafs unter den Ansiedlern auch liederliche und ungeschickte Leute wären, so dafs den Privatherrschaften die Lust zu ihrer Ansiedlung benommen würde. Andere Gründe vergafs das Gubernium; es hätte sonst betonen müssen, dafs die Unternehmungslust der Grundherren ebenso gering war wie ihre Mittel; es hätte ferner darauf hinweisen sollen, dafs der Staat zur Privatansiedlung nur die ärmsten Einwanderer überliefs, deren Annahme die Grundherren nicht lockte; und schliefslich wäre zu erwähnen gewesen, dafs die deutschen Ansiedler wiederholt durch die Privatherrschaften getäuscht wurden und sich daher nicht gern zur Privatansiedlung herbeiliefsen. Unter diesen Umständen halfen alle Befehle, die Dominien zur Privatansiedlung „anzufrischen“, wenig; schon 1786 mufste man daher die Unterbringung der zur Privatansiedlung bestimmten Einwanderer, die nicht von Grundherrschaften übernommen wurden und in der Verpflegung des Staates standen, auf Kameralherrschaften in Aussicht nehmen. Sie sollten, sobald die Kameralansiedler versorgt sein würden, auf den Staatsgütern halbe Ansässigkeiten erhalten.

Seitdem die Annahme von Ansiedlern eingestellt worden war, richteten die Behörden ihr Hauptaugenmerk auf die Unterbringung der noch einquartierten Einwanderer. Das umfangreiche „Hauptnormale über das Ansiedlungswesen, welches aus allen bishero über diesen Gegenstand ergangenen Verordnungen zusammengesetzt worden ist“ und am 3. April 1787 verkündet wurde, hatte daher nur

noch für die Vollendung und letzte Einrichtung der bereits begonnenen Ansiedlungen Bedeutung. Es handelt über die Arten der Kolonisten, ihre Instradierung und Einwanderung nach Galizien, die Einquartierung und Verpflegung der Ansiedler, die Behandlung der kranken Kolonisten, die Einbauung, Dotierung und Anlage der Kolonistenortschaften, die Seelsorge und das Schulwesen in denselben, ferner über das Vorgehen bei Sterbefällen und die Versorgung der Witwen und Waisen, über die Polizeianstalten bei neuen Ansiedlungsorten, die Dotierung der Ansiedlersöhne und der als Knechte eingewanderten Ansiedler, endlich die Ansiedlung der Professionisten. Die Ausführungen sind eingehend und sehr übersichtlich in 112 Paragraphen geordnet; nur über die Herbeiziehung der Ansiedler nach Galizien wird kürzer gehandelt, „weil die weitere Einleitung fremder Kolonisten nach Galizien bereits aufgehört hat“. Unzweifelhaft hätte das Ansiedlungsgeschäft einen günstigeren Verlauf genommen, wenn dieses „Normale“ schon früher erschienen wäre; es bedurfte aber zu seiner Abfassung der zahlreichen Erfahrungen, die im Laufe der Jahre oft teuer erkauft worden waren.

Für die endgültige Vollendung („Finalisierung“) der Kolonisation waren ferner von Wichtigkeit die zahlreichen Bereisungen der Ansiedlungen, welche besonders seit 1786 stattfanden. Der Statthalter hatte schon 1784 die Ansiedlungen besichtigt; ebenso hatte sich der Kaiser über ihren Zustand schon 1783 und 1786 durch Augenschein unterrichtet und 1786 bereiste der Hofrat Dornfeld die Kolonien. Auch einzelne „Kreisbereisungsrelationen“ der Kreishauptmänner aus dieser Zeit enthalten Nachrichten über die Ansiedlungen. Um „die bereits in ihrem Dotierungs- und Baustande beendigten Kolonien weiterhin in dauerhaften Stand zu setzen und alle sich ergebenden Gebrechen zu beseitigen“, wurden seit 1787 die inzwischen angestellten Ansiedlungskommissäre in die ihnen zugewiesenen Kreise und Ansiedlungen geschickt. Sie hatten mit Hilfe des „Hauptnormales“ und einer besonderen Instruktion die Zustände zu untersuchen und darüber zu berichten. Diese „Bereisungsrelationen“ und „Bereisungsoperate“ sind für die Kenntnis des damaligen Zustandes der Ansiedlungen wichtig, weil sie die mannigfaltigsten Fragen und Gegenstände berühren, z. B. Bitten

und Beschwerden der Ansiedler, Abrechnungen mit ihnen, Abstiftungen und Ersatz durch andere Kolonisten, Bauzustand, Streitfragen über die Grundbestiftung, Anträge auf Vermehrung derselben, Schulfragen usw. Ebenso wichtig sind die Berichte mehrerer Gubernialräte und Kreiskommissäre. Nach Beendigung der Ansiedlung wurde mit jeder Kameralkolonie ein Ansiedlungsvertrag abgeschlossen, der die Rechte und Pflichten der Kolonisten feststellte.

Die Unterbringung der noch nicht bestifteten Einwanderer machte seit 1786 grofse Schwierigkeiten, da auf den Kameralherrschaften kein Platz vorhanden war, die Privatansiedlung aber versagte. Man suchte sich dadurch zu helfen, dafs man jene Einwanderer, die neben der Bauernwirtschaft ein Gewerbe betreiben konnten, als „Halbprofessionisten“ nur mit geringen Gründen von 5 bis 6 Korez bestiftete und sie anwies, ihren weiteren Unterhalt durch ihr Handwerk zu erwerben. Man beabsichtigte dadurch auch, sie in den Dörfern festzuhalten, wo an Handwerkern vollständig Mangel herrschte, zugleich aber auch nur geringes Bedürfnis danach vorhanden war; denn die Landbevölkerung Galiziens deckte ihre primitiven Bedürfnisse durch ihre Hausindustrie. Durch die Ausstattung der Handwerker mit kleinen Ansässigkeiten hoffte man ihnen über die ersten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, und so „Manufaktur und Industrie“, die sonst nur auf wenige Städte beschränkt blieben, allgemeiner zu verbreiten. Dabei kam es vor, dafs mitunter ein gewisser Zwang ausgeübt wurde, wie das Beispiel des in Neu-Kupnowice angesiedelten Daniel Armbruster beweist. Dieser klagte 1788, er hätte „niemals eingewilligt, sich als Handwerker ansiedeln zu lassen, indem er von Jugend auf beim Bauernstand erzogen worden und auch laut seines Passes als Ackersmann und Schuster eingewandert“ sei. Er könne nicht „etwa 2 bis 3 Stunden zusammengebogen dasitzen“, ohne krank zu werden. Auch wäre „mit der Schusterei allhier nichts zu verdienen“; daher bat er, als Bauer bestiftet zu werden. Mit der geringen Grunddotierung konnten übrigens auch die anderen „Halbprofessionisten“ nicht auskommen und brauchten daher noch weitere Unterstützung. Nach einem Ausweis vom 4. November 1788 waren auf zehn Herrschaften zusammen 51 Halbprofessionisten angesiedelt. Sie besafsen zusammen 724 Korez 10½ Garnez

Grund; ihre unentgeltliche Unterstützung (Verpflegung, Reise und Medikamente, „Professionistenvorschufs“ [1]), Dotierung an Saat, Vieh und Wirtschaftsgerätschaften) betrug 11 176 fl. 39⅝ Kreuzer, ihr „Vorschufs gegen Ersatz“ (Haus- und Scheuerbau, Bargeld, Naturalien und Hausgeräte) 12 951 fl. 3⅛ Kreuzer. Vom letzteren waren bis Ende 1787 1057 fl. 45⅝ Kreuzer schon abgestattet.

Im Mai 1787 befanden sich noch 578 Familien Einwanderer in der Einquartierung. Von diesen lebten nur neun vom eigenen Verdienste, die anderen mufsten vom Ärar erhalten werden. Daher wurde immer wieder auf deren Unterbringung gedrängt. Im Herbst 1788 war die Zahl der nicht untergebrachten Ansiedlerfamilien auf 175 gesunken; sie waren in Medenice, Lemberg, Niepolomice, Zamość, Sandec, Sambor, Sandomir und Leszaysk einquartiert. Darunter befand sich kein Ansiedler, der zur begünstigten Ansiedlung eingewandert war, und nur fünf, die man zur unbegünstigten angenommen hatte; die meisten gehörten zur Gruppe der zur Privatansiedlung bestimmten, nämlich 77 Familien; 28 waren auf eigene Gefahr gekommen, und 65 hatten keinen Hofpafs. Daraus ist zu ersehen, dafs der Staat seinen gegen die Ansiedler übernommenen Verpflichtungen nach Möglichkeit nachgekommen war. Dagegen wurde 1788 befohlen, die auf eigene Gefahr Eingewanderten von allen Begünstigungen und Unterstützungen auszuschliefsen, „sie nicht anders als Taglöhner und Handwerker, die auf Spekulation ins Land kommen, zu behandeln, und ihrem Schicksale zu überlassen“. Im April 1789 standen allein in Lemberg noch 215 Personen in Einquartierung und Verpflegung. Anfangs 1791 wurde für die noch nicht Untergebrachten zum letztenmal eine zweimonatliche Verpflegung bewilligt und ihre möglichst baldige Unterbringung anbefohlen. Schliefslich erfolgte im Herbst 1791 die kaiserliche Entscheidung, dafs den in Lemberg in Ärarialverpflegung stehenden undotierten 25 Ansiedlerfamilien je 50 fl. bar zur Abfertigung ausgezahlt würden; aufserdem sollte ihnen das Kreisamt nach Möglichkeit zu einem Verdienst verhelfen. Dies geschah auch mit den sonst noch vorhandenen undotierten Familien, von denen sich in Zamość 36 aufhielten. So wurden diese Ein-

1) 50 fl. für die Familie (s. oben S. 17).

wanderer, wie ein späterer Bericht sagt, „mit einem Zehrpfennig und ohne jemals den auf sie verwendeten beträchtlichen Aufwand hereinzubringen, abgefertigt“. Es geschah dies erst nach dem Tode Josephs. Erwähnt wurde schon, dafs unnütze Ansiedler abgestiftet und an ihre Stelle tüchtigere Wirte gesetzt wurden. Andere Ansiedler kauften sich selbst an; mitunter gewährte der Staat auch solchen Unterstützungen.

Manche Kolonisten hatten inzwischen sich wieder in ihre Heimat zurückbegeben. So erhielt im Sommer 1786 die Ansiedlerswitwe Maria Anna Kleinmann die Erlaubnis zur Rückkehr in die Heimat; sie war mit ihrem Mann, der das Zimmermannsgewerbe betrieb, aus Panzweiler in Zweibrücken gekommen. Da der Mann gestorben war und sie „als eine sehr elende Witwe mit zwei Kindern nicht leicht einen Mann bekommen werde“, wurde ihr der Vorschufs von 72 fl. 8 Kreuzern abgeschrieben und die Bewilligung zur Rückkehr erteilt, damit sie nicht dem Staate „lästig bleibe“. Ebenso erhielt damals der als Förster und Bauer eingewanderte Ludwig Machwirt aus Nassau-Weilburg die Erlaubnis zur Rückkehr, weil er zur Wirtschaftsführung zu alt war; sein Weib, das ihn unterstützen konnte, war gestorben, und sein Sohn wollte aus der Heimat nicht nachkommen. „Um des alten kraftlosen Mannes los zu werden“, sah man ihm auch den Vorschufs von 107 fl. 41 Kreuzern nach. Im Jahre 1787 wurde ein wahnsinnig gewordener Ansiedler in die Heimat zurückgeschickt und 259 fl. 35 Kreuzer für ihn gemachte Auslagen mufsten abgeschrieben werden. Im allgemeinen galt die Bestimmung, dafs jeder Ansiedler, der noch nicht zehn Jahre im Lande wohnte, unbehindert auswandern durfte, wenn er die Vorschüsse bezahlte oder aber einen anderen Mann stellte, der alle Schulden auf sich nahm. Fremde, die schon zehn Jahre lang im Lande wohnten, wurden wie Inländer behandelt. Auch „Entweichungen“ von Ansiedlern kamen vor, wobei das Ärar mitunter gröfsere Verluste erlitt.

Inzwischen gingen die Ansiedlungen ihrer Vollendung entgegen. Von vielen liegen schon aus den letzten Jahren Kaiser Josephs die sogenannten „Finalisierungsoperate“ vor, die uns über ihren damaligen Zustand belehren. Von den vollkommen bestifteten Ansiedlern wurde in feierlicher Weise der Untertaneneid gefordert.

Dies hatte zuerst der Verwalter der Herrschaft Szczerzec „eigenmächtig“ in den ihm unterstehenden Kolonien getan; es fand dies aber die Billigung der vorgesetzten Behörden, „weil dergleichen Feierlichkeiten auf den gemeinen Mann besonderen Eindruck machen, der dadurch mehr sich an das Land und die ihm auferlegten Pflichten durch das Gewissen gebunden hält, und die Leichtigkeit, so durch so viele Beispiele bestätigt wird, doch einigermaſsen verliert, selbst auszuwandern und andere zur Auswanderung zu veranlassen“. Man gab hie und da bei der Eidesablegung den Ansiedlern „zu einiger Ergötzlichkeit ein Faſs herrschaftliches Bier, weil derlei Auslagen bei allen solennen Akten fast bei jeder Privatherrschaft in diesen und anderen Ländern gemacht zu werden pflegen“.

Einzelne Ansiedlungen haben den Dank für die erfolgte Unterbringung dem Kaiser abgestattet. So richteten die Kolonisten von Falkenstein an ihn 1786 ein Dankschreiben, in welchem sie für die Ansiedlung und den für sie „aus bloſser Vaterliebe“ gemachten Aufwand danken, ferner für sich und ihre Nachkommen versprechen, sich stets als „getreue, arbeitsame und im Staate nützliche Untertanen“ zu verhalten.

Schlieſslich muſs der Annahme entgegengetreten werden, daſs Kaiser Joseph durch die deutsche Ansiedlung die Germanisation Galiziens bezweckt habe. Diese Anschauung ist ganz irrig: es geht vielmehr aus den Quellen und dem ganzen Verlaufe der Ansiedlung klar hervor, daſs nur die Kultivierung des Landes, die Vermehrung der Bevölkerung und die Förderung des allgemeinen Staatsinteresses für die Kolonisation maſsgebend waren. Diese Motive werden immer wieder betont, nirgends wird die Absicht der Germanisation geäuſsert. Schon in seinen ersten Vorschlägen von 1772 denkt Joseph II. an Ansiedler cuiuscunque nationis, also jeder beliebigen Nation! Ausdrücklich erwähnt er darin, daſs Posten, Wirtshäuser usw. Fremden und Polen verliehen werden sollen. Es ist ferner bekannt, daſs nicht nur Deutsche, sondern auch zahlreiche Nichtdeutsche („Nationalisten“) gleichzeitig mit den deutschen Einwanderern in Galizien angesiedelt wurden. Hätte man germanisieren wollen, so wären nur Deutsche berücksichtigt worden; Auswanderungslustige waren in Deutschland in unbe-

schränkter Zahl vorhanden und hätten sich auf Kosten des Staates und des Landes in weit gröfseren Scharen herbeirufen lassen. Man hätte nur, wenn Germanisationsabsichten bestanden hätten, die starke Auswanderungslust der einheimischen, von ihren Grundherren gedrückten Bauern nicht zu zügeln brauchen, und für Tausende von Deutschen wäre Raum geschaffen worden. Aber sowohl der Kaiser als auch seine Hofstellen hegten ganz andere Anschauungen. Die Auswanderung der einheimischen Bevölkerung wurde nach Möglichkeit verhindert, und als Endziel der Ansiedlung erschien die Herstellung einer genügenden Anzahl von deutschen Musterdörfern. Im übrigen sollten „republikanische“ Ansiedler (Polen) herbeigezogen werden (s. oben S. 61 u. 70); auch diese erfreuten sich nach dem Hauptnormale weitgehender Begünstigungen. Schliefslich tut die ganze Art der Ansiedlung dar, dafs Germanisation nicht beabsichtigt war. Wäre diese der Zweck gewesen, so hätte man die Deutschen nur in geschlossenen grofsen Dörfern ansiedeln müssen. Indessen wurden viele kleine Beisiedlungen gegründet; man begnügte sich damit, dafs etwa 8 bis 10 Familien zusammengesiedelt wurden, damit sie sich gegenseitig unterstützen könnten und nicht in den Zustand der einheimischen Bevölkerung verfielen. In Ansiedlungen auf Privatgütern begnügte sich die Regierung mit der Forderung, dafs nicht weniger als sechs Ansiedler zusammen untergebracht würden. Diese zerstreute Ansiedlung hatte die Entnationalisierung der kleineren Kolonien zur Folge. An die Germanisierung der Polen und Ruthenen hat also Kaiser Joseph II. sicher nicht gedacht; wohl aber hat er auch in Galizien auf die Einführung der deutschen Geschäftssprache in den Ämtern und den Unterricht der deutschen Sprache in den Schulen grofses Gewicht gelegt, weil dies das Interesse des Staates erforderte. Schon die Instruktion für den ersten Statthalter in Galizien enthielt die Weisung, „dafs alles in deutscher oder lateinischer Sprache traktiert werden soll“.

Die deutsche Besiedlung Galiziens vom Tode Josephs II. bis zur Gegenwart.

Nach dem Tode Kaiser Josephs war die innere und äufsere Lage Österreichs überaus schwierig. An neue Ansiedlungen in

Galizien dachte man um so weniger, als die bereits bestehenden erst jetzt vielfach beendet und die Verträge mit ihnen vollzogen wurden. Noch einige Jahre später waren die Abrechnungen über die galizischen Ansiedlungen nicht abgeschlossen. Anfangs der neunziger Jahre wurden daher Ansuchen um Ansiedlung abgewiesen.

Auch als 1795 Westgalizien mit Krakau gewonnen worden war (s. oben S. 3), wurden anfangs einzelne Gesuche um Ansiedlung in diesem Lande abgeschlagen. Erst am 20. Dezember 1796 erschien eine Verordnung, die den Ansiedlern in Westgalizien zehnjährige Freiheit von Steuern und von der Rekrutierung, doch nur für ihre Person [1]), zusicherte. Besonderen Erfolg scheint indessen diese Kundmachung nicht gehabt zu haben. Von irgendwelchen Ansiedlungsanstalten ist in dieser Zeit keine Rede.

Erst nach dem Frieden von Luneville (9. Februar 1801) wurden die Kolonisationspläne wieder aufgenommen. Ihr bedeutendster Förderer war aber kein anderer als der damalige Hofkriegsratspräsident Erzherzog Karl, der nachmalige Sieger von Aspern.

Als es sich nach dem Abschlusse des Friedens um die Entlassung der auf die Dauer des Krieges geworbenen Mannschaften handelte, gab der Hofkriegsrat an alle Militärkommandanten den Auftrag, die Soldaten „zur Dienstfortsetzung zu bewegen, oder, wenn sie sich nicht dazu herbeilassen, zur Ansiedlung in den Erblanden zu veranlassen“. Am 14. Juli 1801 verordnete sodann ein Hofdekret, ausgediente fremde Kapitulanten, falls sie Künstler, Handwerker oder Feldbaukundige wären, zur Ansiedlung in den Erblanden zu verwenden und ihnen Ansiedlungsbegünstigungen zu gewähren. In gleicher Weise war schon unter Kaiserin Maria Theresia nach dem Siebenjährigen Kriege verfahren worden [2]).

Die Ansiedlungsbestrebungen blieben nicht auf die Soldaten beschränkt. Durch den Krieg und die neuen politischen Verhältnisse war in Südwestdeutschland wieder die Auswanderungslust rege geworden. Bekanntlich war durch den Frieden von Luneville das linke Rheinufer an Frankreich gefallen, und die durch diesen Verlust betroffenen deutschen Fürsten wurden durch säku-

1) Also nicht auch für ihre Söhne, Gesellen u. dgl.

2) Vgl. unten im 5. Buch.

larisierte und mediatisierte Gebiete schadlos gehalten. Durch diese politischen Veränderungen kamen viele „von einer gelinden einheimischen Regierung unter eine strenge auswärtige, deren Finanzgrundsätze und religiöser Neuerungsgeist ihnen gleich drückend erschienen“. Die früheren Kommerzialverhältnisse wurden durch neue Mautsysteme ganz umgestürzt, neue Rekrutierungsgesetze eingeführt, viele katholische Untertanen kamen unter protestantische Herrschaft. So kam es, dafs aus den säkularisierten Stiften, aus den Gebieten der in Landstädte verwandelten Reichsstädte, insbesondere aus den an Württemberg, Hessen, Kurpfalz und Preufsen gefallenen Ländern, ferner aus den neu organisierten überrheinischen Departements viele Einwohner auswanderten. Aus der vorderösterreichischen Grafschaft Falkenstein, die schon zur Zeit Kaiser Josephs zahlreiche Ansiedler nach Galizien entsandt hatte und jetzt an Frankreich gefallen war, wollten geradezu alle Untertanen nach Österreich auswandern, denn sie wünschten, infolge „einer seltenen Anhänglichkeit an ihren vorigen Landesfürsten, ihr Leben unter dem milden Szepter Seiner Majestät (des österreichischen Herrschers) zu beschliefsen“. Hatte früher die österreichische Regierung Ansiedler aus den vorderösterreichischen Ländern nur ausnahmsweise nach dem Osten ziehen lassen, so lag es jetzt in ihrem Interesse, möglichst viele Untertanen aus diesen verlorenen Gebieten an sich zu ziehen [1]. Auch aus der Schweiz, besonders aus den nordöstlichen Kantonen (Glarus, St. Gallen, Appenzell) waren viele Fabrikanten und Gewerbetreibende zur Auswanderung bereit, weil sie durch den Druck der französischen Gewaltherrschaft in ihrer Industrie und im Absatze ihrer Erzeugnisse (besonders Baumwoll-, Leinwand- und Seidenwaren) gestört wurden. Die Auswandernden waren nicht unruhige, mittellose Leute, sondern zumeist tüchtige, wohlhabende Familien, die eine neue ruhige Heimstätte für ihre Arbeit suchten. So bot sich der österreichischen Regierung wie in früheren Jahrzehnten günstige Gelegenheit, deutsche Kolonisten für ihre dünn bevölkerten Karpathenländer zu werben. Dabei spielte wie unter Maria Theresia und Kaiser Joseph II. auch jetzt der Wetteifer mit Preufsen eine Rolle.

1) Aus ähnlichen Gründen waren schon früher die Einwanderer aus Preufsisch-Schlesien besonders gefördert worden.

Die günstige Gelegenheit wurde sofort zur Heranziehung von Kolonisten ins Banat (Ungarn) benutzt. Bald darauf regte der Hofkriegsratspräsident Erzherzog Karl auch die Wiederaufnahme der Ansiedlungen in Galizien an.

Im August 1801 wurde aus Bamberg von der Reichswerbungsdirektion an den Hofkriegsrat berichtet, dafs die preufsische Regierung in letzter Zeit durch Kundmachungen und durch eine „Kolonisten-Kommission“ mit allen Mitteln dahin wirke, dafs Ansiedler aus Südwestdeutschland in das durch die Stürme der Revolution sehr entvölkerte „Neu-Ostpreufsen“ ziehen. Die Werbungsdirektion hielt es daher für ihre Pflicht, den Hofkriegsrat auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die daraus der wieder begonnenen Ansiedlung im Banate erwachsen könnte. Da der Hofkriegsrat wohl schon damals voraussah, dafs nicht alle Ansiedler in der Banater Militärgrenze untergebracht werden könnten, so teilte Karl am 2. September 1802 der galizischen Hofkanzlei mit, dafs im südlichen Deutschland viele Ausgewanderte vom linken Rheinufer und aus der Schweiz „gleichsam ohne Vaterland“ sich befänden; durch den Krieg wären sie in ihrem Gewerbe gestört worden. „Diese würden sich aber bei der besonderen Anhänglichkeit des südlichen Deutschlands an den Allerhöchsten Hof eher überreden lassen, in die Erblande als in die preufsischen Lande zu ziehen, wenn ihnen ähnliche Bedingnisse gestellt würden. Vielleicht sollte man daher für Ost- und Westgalizien Ansiedler durch die k. k. Werbkommandos aufnehmen.“

So wurde durch Erzherzog Karl die Wiederaufnahme der deutschen Ansiedlung in Galizien angeregt. Aber es zeigte sich gar bald, dafs die Behörden nicht geneigt waren, die schwere und verantwortungsvolle Arbeit willig auf sich zu nehmen. Am 10. September antwortete die galizische Hofkanzlei wenig entgegenkommend. In einem Rückblicke auf das Ansiedlungswesen zur Zeit Maria Theresias und Josephs II. verschweigt sie die Erfolge der Kolonisation, malt dagegen die Schattenseiten um so schwärzer aus. Sie verweist darauf, dafs „von diesen auf ärarische Kosten ins Land geschickten und daselbst jahrelang unterhaltenen Ansiedlern sehr viele flüchtig geworden sind, viele als schlechte Wirte von ihren Wirtschaften abgestiftet, andere, welche nur dem Bettel nach-

gingen, aufser Land geschoben werden mufsten". Die Hofkanzlei behauptet ferner, dafs „sowohl die im Banate als in Oberungarn, dann in Ostgalizien gemachten Erfahrungen bereits gelehrt hätten, dafs die deutschen Pflänzlinge der Erwartung nicht entsprachen und also den Nutzen nicht verschafft haben, den man von den zu ihrer Habhaftwerdung gemachten Auslagen zu erhoffen berechtigt war". Daher habe man nach der Erwerbung von Westgalizien dahin kommenden Ansiedlern nur zehnjährige Freiheit von Steuern und Rekrutierung zugesichert. Auch jetzt sollten die Ansiedler, welche sich aus dem Reich und aus der Schweiz auf ihre Kosten nach Galizien begeben würden, in Ostgalizien zehn Jahre Steuerfreiheit und ebensolange Freiheit von der Rekrutierung für sich und ihre Kinder, in Westgalizien zehnjährige Steuerfreiheit und die Freiheit von der Rekrutierung für ihre Person erhalten. Juden und Mennoniten (Wiedertäufer) sollten von der Ansiedlung ausgeschlossen sein. Mehr könne die Hofkanzlei nicht vorschlagen, weil sowohl die Zahl der Ackerbauer als jene der Professionisten sich ohnehin durch freiwillige Einwanderung vermehre. Wenige Tage später (15. September) richtete auch die vereinigte Hofkanzlei eine Note an den Erzherzog Karl, in welcher sie die Ansiedlung von Ackersleuten in den Erblanden wegen des Mangels an Gründen als durchaus untunlich bezeichnete und nur die Herbeiziehung von „grofsen Künstlern und Manufakturisten" als wünschenswert hinstellte. Nur nach den beiden Galizien sollten Künstler, Handwerker und Ackersleute nach dem Mafse des Bedarfs, und wenn sie eigenes Vermögen besäfsen, von der Reichswerbungsdirektion „instradiert" werden. Auch die galizische Staatsgüteradministration erhob gegen die Aufnahme von Ansiedlern Anstände.

Die kühle Haltung der Behörden schreckte Karl nicht ab. Seinem Einflusse ist es offenbar zuzuschreiben, dafs nicht nur an die Gubernien in beiden Galizien, sondern auch an die anderen Länderstellen die Anfrage erging, ob und wie viele Handwerker und Ackerbauer sie aufnehmen könnten. Ebenso dürfte wohl der Erzherzog seinen kaiserlichen Bruder veranlafst haben, am 3. März 1802 eine Resolution über das Ansiedlungswesen zu treffen, die weit über die Vorschläge der Hofkanzlei hinausging. Kaiser Franz befahl vor allem, öde Bauernwirtschaften mit Nationalisten

(Einheimischen) oder Fremden zu besetzen. Dann erst sollten neue Kolonien errichtet werden, über welche der Kaiser Vorschläge erwartete. Bei den Fremden wäre nicht so sehr auf ihre „Zahl als vielmehr auf die Eigenschaften, Sittlichkeit und Vermögen zu sehen“. Die Begünstigungen sollten für die Nationalisten und die fremden Ansiedler, ob sie nun auf Rustikalgründen (Bauernwirtschaften) oder in den neuen Kolonien untergebracht würden, gleich sein. Gewährleistet wurde die fünfjährige Freiheit von der landesfürstlichen Steuer, zehn Jahre Freiheit vom Militärdienst auch für die mitgebrachten Söhne, unentgeltliche Lieferung des Materials für die erste Herstellung der Gebäude; in den neuen Kolonien sollte jeder Ackersmann 60 bis 80 Metzen Grund, jeder Handwerker nicht weniger als 12 Metzen erbeigentümlich erhalten; von den sofort ackerbaren Gründen wurde fünfjährige Freiheit von den obrigkeitlichen (grundherrlichen) Abgaben gewährt, während von öden Gründen zehn Freijahre bewilligt wurden; beim Besitzwechsel sollte das sogenannte Laudemium (Übertragungsgebühr) nicht gezahlt werden. Nach diesen Vorschriften waren alle bereits angekommenen und die in nächster Zeit anlangenden Ansiedler zu behandeln. Dagegen sollte die Anwerbung neuer Kolonisten so lange unterbleiben, bis die Ansiedlungsorte bestimmt und die nötigen Mittel vorbereitet wären. Diese Grundsätze sollten nicht nur für Galizien, sondern auch für die ungarischen Kameralgüter gelten.

Bevor noch diese kaiserliche Entscheidung bekannt geworden war, hatte sich die galizische Hofkanzlei nochmals ziemlich zurückhaltend geäufsert (1. April). Sie verwies auf die bisherigen Ansiedlungsanträge und betonte, dafs alle Behörden Schwierigkeiten erhoben hätten. Daher seien die Ansiedlungsanträge nur auf die beiden Galizien beschränkt worden. Das Gubernium von Westgalizien, wo die Staats- und Klosterdomänen für Ansiedlungen noch nicht verwendet waren, habe sich schon vor einiger Zeit geäufsert, dafs es einen Plan fertigstellen würde, wo ganze Kolonien anzulegen seien und wo einzelne Landwirte oder Handwerker, letztere besonders zum besseren Betriebe der Eisenwerke, angesiedelt werden könnten. Einstweilen hatte dieses Gubernium mehrere Familien aus Deutschland, die keine Unterstützung begehrten, untergebracht. Vom ostgalizischen Gubernium war bisher noch

keine Auskunft erteilt worden; es hatte nur angefragt, ob für die ausländischen Kapitulanten Auslagen gemacht werden dürften. Die Domänen waren bekanntlich in Ostgalizien bereits an Ansiedler verteilt worden. Ihre eigenen Anschauungen faſste die galizische Hofkanzlei dahin zusammen, daſs die Ansiedlungen auf Kameralgütern sich wegen der groſsen Kosten nicht bezahlt machten. Den Ansiedlern Häuser zu errichten, sei nicht ratsam, weil die für die früheren Ansiedlungen auf ärarische Kosten erbauten äuſserst schlecht waren und dabei Betrügereien der Beamten vorgekommen seien. Auf Privatgütern werde die Ansiedlung keinen Fortgang nehmen; die Privatgrundbesitzer böten den Ansiedlern wenig und stellten an sie gröſsere Forderungen. Die Bevölkerung Ostgaliziens nähme von selbst zu. Aus diesen Gründen war die Hofkanzlei nur zu geringen Zugeständnissen an die Kapitulanten und die anderen Ansiedler bereit.

Der Kaiser erledigte diese Vorlage mit dem Verweise auf seine Resolution vom 3. März.

Damals stockten bereits auch die für die Banater Militärgrenze eingeleiteten Ansiedlungsanstalten. Auf die Kunde davon machte am 3. Juni 1802 der österreichische Gesandte in Regensburg, Graf Colloredo-Mansfeld, die Hof- und Staatskanzlei nachdrücklich auf die Nachteile der Einstellung der Ansiedlung aufmerksam. In den von Frankreich zufolge des Luneviller Friedens besetzten überrheinischen Provinzen waren zahlreiche wohlhabende Bauersleute mit der französischen Regierung unzufrieden. Der gröſste Teil wollte mit seinem Vermögen auswandern und sich nach Ungarn und Galizien wenden, da ihnen die gelinde österreichische Regierung bekannt war. Diese Leute würden durch ihre Kenntnis des Landbaues und der Industrie den kaiserlichen Erblanden zweifellos nützlich sein. Da bisher nur Ansiedler im Banat aufgenommen wurden, so zogen sie dahin; würde aber diese Aufnahme auch nur für kurze Zeit aufhören, so wäre zu befürchten, daſs ein groſser Teil der überrheinischen Emigranten nach Preuſsen zöge. Aus einem anderen Berichte geht hervor, daſs auch Frankreich und die Kurpfalz Ansiedler anlockten. Als die Staatskanzlei infolge dieser Umstände die galizische Hofkanzlei aufforderte, Ansiedler aufzunehmen, verwies diese wieder darauf, daſs Ansiedlungen auf

Privatgütern in beiden Galizien unmöglich seien; die Staatsgüter in Ostgalizien wären schon verteilt; über die Besiedlung der Domänen in Westgalizien müfste aber erst der Plan ausgearbeitet werden.

Wenn bei dieser ablehnenden Haltung für die Ansiedlung doch etwas geschah, so ist dies vor allem dem Einflusse Karls zuzuschreiben. Wiederholt forderte er unter Hinweis auf die aus dem Reich einlaufenden Nachrichten von den Länderstellen Verzeichnisse der erwünschten Ansiedler. So trafen im Juni 1802 endlich einzelne Verzeichnisse aus Steiermark, Böhmen und vor allem aus Ostgalizien ein. Letzteres umfafste auch die Bukowina und führte jene Grundobrigkeiten und Städte an, welche deutsche Ackersleute und Handwerker unter entsprechenden Bedingungen aufnehmen wollten; im ganzen waren darin 199 Plätze für Kommerzialhandwerker und Professionisten, 332 für Polizeigewerbetreibende und 165 für Ackersleute ausgewiesen. Dieser Ausweis wurde dem Erzherzog mit der Bitte vorgelegt, die Einwanderungslustigen mit Ausnahme der Mennoniten, die in Ostgalizien zufolge kaiserlicher Vorschrift nicht mehr aufgenommen werden durften [1], durch die Reichswerbungsdirektion direkt an die galizischen Kreisämter anweisen zu lassen. Von Westgalizien lag auch jetzt noch kein Bericht vor. Der Erzherzog gab sofort der Reichswerbungsdirektion die entsprechenden Aufträge und ersuchte zugleich die Staatskanzlei, dafs der Gleichförmigkeit halber die k. k. Minister im Reiche die bei ihnen sich meldenden Ansiedler an diese Direktion verweisen möchten.

Auf den Einflufs des Erzherzogs ist aber offenbar auch eine damals erfolgte Erweiterung der Ansiedlungsfreiheiten zurückzuführen. Am 7. Oktober 1802 erliefs Kaiser Franz ein Handschreiben, in welchem die am 3. März gewährten Freiheiten für beide Galizien „in Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse dieser Länder“ vermehrt wurden. Die Ansiedler erhielten jetzt für sich und ihre im Ausland erzeugten Söhne die lebenslängliche Rekrutierungsfreiheit; ferner wurde die Befreiung von der landesfürstlichen Steuer für öde Gründe auf zehn Jahre ausgedehnt. Die

---

1) Kaiser Joseph II. hatte ihre Aufnahme gestattet (oben S. 51); es gibt auch heute in Galizien noch Mennoniten.

Privatdominien sollten zur Aufnahme von Ansiedlern aufgemuntert und zur Vorlage der Bedingungen, unter denen sie Kolonisten ansiedeln wollten, aufgefordert werden. Die Kreisämter hatten dagegen Verzeichnisse der in den Städten benötigten Professionisten und Handwerker vorzulegen und die ihnen zugestandenen Vorteile anzugeben. Dieser kaiserliche Auftrag wurde den Gubernien beider Galizien mitgeteilt; vom ostgalizischen Gubernium wurden die vorgeschriebenen Verzeichnisse nicht abgefordert, da es sie schon vorgelegt hatte.

Inzwischen wurde von der Reichswerbungsdirektion die Annahme der Ansiedler im Reiche betrieben. Aus einem Bericht, den diese Direktion (Feldzeugmeister Fürst Reufs XIII.) am 25. Oktober 1802 aus Frankfurt an den Erzherzog Karl sandte, ist zu entnehmen, dafs bei der Anwerbung „die eingeschärfte Vorsicht“ genau beobachtet wurde und dafs man nur ganz vertrauenswürdige Offiziere mit der Werbung betraute. In den französischen Departements, in den Niederlanden und in der Schweiz wurden die Nachrichten von der Ansiedlung durch „Privatschreiben“ verbreitet, wodurch niemand kompromittiert werden konnte. Bisher waren nach Galizien etwa 15 Familien abgegangen, die allen Bedingungen entsprachen; etwa ein Dutzend war bereits wieder angenommen. Die Auswanderer stammten aus dem Spessart, ferner aus der Gegend von Mainz, Alzey, Kreuznach und Aschaffenburg, also sämtlich aus der weiteren Umgebung von Frankfurt am Main. Elf von den nach Ostgalizien mit Pässen abgeschickten Familien zählten 47 Personen und hatten Vermögen von 66 Gulden bis 1000 Taler. Weitere Familien sollten entsprechend dem überschickten Verzeichnisse in Frühjahr gewonnen werden, doch wäre es schwer, vermögende Leute zu finden. Die weite Reise auf eigene Kosten schreckte ab, zumal früher den Ansiedlern Reisegeld gegeben worden sei und die Auswanderer nach Preufsisch-Polen auch jetzt es erhielten. Die Leute konnten in der Regel nur das Mobiliar, selten die liegende Habe veräufsern; die Gründe wären im Preis gefallen. Auch liefen die Auswanderer infolge der Anstalten, welche die Obrigkeiten gegen die Auswanderung ergriffen, Gefahr, einen bedeutenden Teil ihrer Habe zu verlieren. Hinderlich für die Anwerbung war es auch, dafs Ansiedler aus Galizien

in sehr schlechtem Zustand zurückkamen und über die Mifshandlung durch die Beamten sowie die geringen Vorteile Klage führten. Die Reichswerbungsdirektion sprach sich dagegen aus, den Gesandten und Ministern einen Teil der Anwerbung zu überlassen; sie sollten nur „Stimmung machen“ und alle Ansiedler nach Frankfurt an die Direktion schicken. Würde man nicht auf das Vermögen, sondern blofs auf die Tüchtigkeit der Ansiedler sehen, so könnte man sehr viele erhalten. Vor allem wäre es möglich, Schweizer Baumwolle- und Musselinfabrikanten in die Erblande zu ziehen.

Infolge dieses Berichtes richtete der Erzherzog am 22. November 1802 an die vereinigte politische Hofstelle ein Schreiben, in dem er sich als ein überaus warmer Anwalt der deutschen Ansiedlung erwies. Er betonte, „dafs die jetzigen Verhältnisse zur Beförderung des Ansiedlungsgeschäftes die günstigsten sind und den Wunsch in ihm erregt haben, die Hindernisse, welche den bestmöglichsten Fortgang dieser Angelegenheit hemmen, so viel möglich, behoben zu sehen“. Die Forderung eines bestimmten Vermögens sei berechtigt, „allein der Fleifs und die Industrie der deutschen Handwerker und Gewerbsleute dürfte dennoch über die Schwierigkeiten siegen“. In Galizien herrsche Mangel an Handwerkern und die Industrie liege in der Wiege. Man dürfe nicht die schlechte Erfahrung, die man seinerzeit mit minderwertigen Auswanderern gemacht hatte, „auf den jetzigen Zeitpunkt anwenden, wo gewaltsame Störungen und die drückendsten Verhältnisse den arbeitsamsten Teil der Bevölkerung verdrängen“. Daher riet der Erzherzog unter Hinweis auf die kaiserliche Entschliefsung vom 7. Oktober zu „gelinden Bedingungen und angemessenen Begünstigungen“. Armen sollte Reisegeld gewährt werden, wie auch den Ansiedlern für die Militärgrenze diese Unterstützung zukam; auch Preufsen biete sie. Schliefslich machte Karl nachdrücklich auf die Klagen der zurückgekehrten Ansiedler aufmerksam.

Auch auf diese Zuschrift antwortete die Hofstelle ablehnend. Für die Ansiedler auf Kammergütern habe die Hofkammer zu sorgen. Auf Privatgütern fänden keine Ansiedlungen statt. „In den Städten, wo derlei deutsche Handwerker und Professionisten angesiedelt werden, haben sie weder eine unangenehme Aufnahme noch eine unanständige Behandlung zu besorgen, indessen sie ge-

meiniglich so beredt sind, dafs sie fast überall die Oberhand über die Eingeborenen zu erhalten gewufst haben." Wenn einige von ihnen sich wieder in die vorige Heimat begaben, so würde man nirgends derartigen Landstreichern Glauben schenken. „Die galizischen Städte haben fast durchgehends deutsche Professionisten und Handwerker, und ihr an Überflufs und Übermut grenzender Wohlstand liefern den besten Beweis von ihrer guten Aufnahme und anständigen Behandlung." Schliefslich äufserte sich die Hofstelle, dafs den Ankömmlingen aus fremden Staaten zwar die unbehinderte Aufnahme zu gestatten wäre, sonst sollten aber keine Ausgaben auf ihre Herbeiziehung gemacht werden, „weil einem Staate, wo die emsigen Menschen ihr Auskommen finden und gelinde regiert werden, an Menschen nie gebrechen kann".

Mitte Januar 1803 antwortete der Erzherzog auf diese Zuschrift und trat wieder für die Ansiedlung ein. Er verwies auf einen Bericht des Grafen Metternich aus Dresden, wonach durch diese Stadt Familien vom linken Rheinufer nach Südpreufsen zogen. Die Reise wurde ihnen mit 9 Kreuzern für die Meile vergütet; sie hatten Pässe von preufsischen Kommissären. Nun endlich sah sich der Hofkanzler doch veranlafst, an alle österreichischen Länderstellen Erlässe behufs Förderung der Ansiedlung zu richten. Daraus ist zu ersehen, dafs aus Westgalizien bisher noch immer kein Ausweis über die verfügbaren Ansiedlungsplätze eingelangt war. Der Kanzler forderte vom westgalizischen Gubernium ein Verzeichnis jener Besitzer von Privatgütern, die deutsche Ackersleute und Professionisten, und jener Städte und Märkte, die deutsche Professionisten, Handwerker und Künstler aufzunehmen wünschten. Zugleich sollten sie sich äufsern, ob sie den Ansiedlern 8 bis 9 Kreuzer für jede Meile an Reisegeld geben wollten. Die Obsorge für die Ansiedlungen auf Kameralgütern blieb der Hofkammer überlassen, die darüber abgesonderte Vorschläge zu erstatten hatte. Vom ostgalizischen Gubernium, das schon früher Ausweise vorgelegt hatte, wurde nur die nachträgliche Erklärung wegen des Reisegeldes abgefordert. Schliefslich wurde den Ämtern die gute Behandlung der Ansiedler anbefohlen.

Wieder vergingen Monate, ohne dafs die Hofkanzleien etwas Entscheidendes für die Ansiedlung getan hätten. Da erschien am

23. Mai 1803 ein neues Handschreiben des Kaisers. Er verwies darin auf seine früheren Dekrete vom 3. März und 7. Oktober 1802 und betonte, daſs ihm bisher kein Bericht über das Ansiedlungsgeschäft vorgelegt worden sei. Da aber inzwischen die Gubernien und die Hofkammer ihre Ausweise und Vorschläge vorgelegt haben müſsten, so sollte sofort eine gemeinsame Beratung der Hofkanzlei, der Staatskanzlei und der Hofkammer über die Ausgestaltung des Ansiedlungswesens stattfinden. Das „Konzertationsprotokoll“ darüber war dem Kaiser innerhalb drei Wochen vorzulegen.

Es ist unzweifelhaft, daſs auf diese kaiserliche Entschlieſsung wieder der Erzherzog Karl Einfluſs genommen hatte. Im April und Mai waren aus dem Reich verschiedene Nachrichten eingetroffen, die zur Annahme von Ansiedlern drängten. Es wurde berichtet, „daſs die Unzufriedenheit in den sekularisierten und vertauschten weltlichen Reichslanden täglich allgemeiner werde und sichtbar zunehme“. Aus dem „Neu-Württembergischen“ wollten 2000 Familien auswandern, wozu besonders das neue Rekrutierungssystem Veranlassung gab. Als der Herzog von Württemberg einem Kaufmann die Bitte um Befreiung seines Sohnes von der Rekrutierung abschlug, überreichte dieser ihm sofort ein zweites Gesuch, worin er sich als preuſsischer Bürger meldete und um freien Abzug bat. Graf Colloredo-Mansfeld berichtete, daſs vorderösterreichische Familien ins Innere der Monarchie ziehen wollten, wenn ihnen die an ihrem bisherigen Wohnort zu entrichtende Abzugssteuer erlassen würde. Er empfahl die Gewährung dieses Ansuchens, da sie sonst nach Preuſsen ziehen wollten, wohin das groſse Reisegeld lockte. Später berichtete derselbe Gesandte, daſs die bisher überschickten Listen über die nötigen Ansiedler, insbesondere jene für Ostgalizien, fast gefüllt waren. Es hatten sich aber noch mehrere Hunderte Familien an ihn gewendet, die durchaus wohlhabend waren, nämlich ein Vermögen von 300 bis 400 Gulden besaſsen. Die Leute wollten nicht warten und machten Anstalten, nach Preuſsen zu gehen. Da in Westgalizien dieselben Anstalten getroffen würden wie in Ostgalizien, so könnte er die Ansiedler vielleicht nach Wien schicken, woher sie dann nach Westgalizien geleitet werden sollten. Auch hatten deutsche Ansiedler aus dem Banate an ihre Anverwandten geschrieben, daſs dort für

Franzfelden bei Pancsova Ansiedler gesucht würden; der Gesandte stellte daher die Anfrage, ob er nicht Ansiedler dahin schicken könnte. Aus den von Colloredo vorgelegten Tabellen ging hervor, dafs 133 Familien oder 421 Köpfe zur Einwanderung entschlossen waren; sie besafsen ein bares Vermögen von 15250 fl., das sie mitbringen wollten, während sie noch 2900 fl. an Vermögen zurücklassen mufsten. Die Familien stammten zumeist aus der Gegend von Mainz, Fulda, Hessen-Hanau und Hessen-Darmstadt. Inzwischen hatten aber auch die verschiedenen Gubernien, insbesondere jenes für Westgalizien, ihre Berichte übermittelt, und damit war die Möglichkeit zur Ausgestaltung des Ansiedlungswesens geboten. Aus einem Schreiben Karls an die vereinigte Hofkanzlei vom 26. Mai 1803 erfahren wir, dafs er die Tabelle über die für Westgalizien erforderlichen Ansiedler (zusammen 125 Kommerzial- und Polizeihandwerker) bereits der Reichswerbungsdirektion mitgeteilt[1]) und sowohl diese als auch den Gesandten Colloredo angewiesen hatte, nur Familien mit wenigstens 100 fl. Vermögen aufzunehmen; nur bei ledigen Professionisten sollte einige Nachsicht geübt werden. In diesem Schreiben schlug Karl zur Förderung der Ansiedlung eine gemeinsame Beratung der Hofstellen und die Einsetzung einer Kommission zur Leitung des Ansiedlungsgeschäftes vor. Daraus ersieht man, dafs er ganz offenbar auf die gleiche, damals erfolgte Entscheidung des kaiserlichen Bruders Einflufs genommen hatte. In seinem zitierten Schreiben verwies Karl ferner nochmals dringend auf die Bestrebungen Preufsens und legte ein preufsisches Ansiedlungspatent mit sehr lockenden Bedingungen vor. Er gab den Rat, die emigrierenden Reichsbürger nach Österreich zu ziehen, weil diese „selbst in den

1) Aufser den für Ostgalizien (s. oben S. 90) und für Westgalizien nötigen Ansiedlern wurden gefordert: für Steiermark 17 Handwerker und 15 Ackerbauerfamilien, für Böhmen 115 Kommerzial- und Polizeihandwerker und 18 Familien Ackerbauer, für Niederösterreich 10 Familien Kommerzial- und Polizeihandwerker. Mit den schon oben ausgewiesenen Familien für Ostgalizien ergibt sich die Summe von 798 Familien von der „verzehrenden“ (Handwerker) und 198 von der „erzeugenden“ Klasse (Bauern), zusammen 996 Familien. Tirol, Triest, Krain und Mähren wollten gar keine deutschen Ansiedler. Die Alpenländer hatten auch schon zur Zeit Kaiser Josephs kein Bedürfnis nach fremden Ansiedlern. Vgl. oben S. 42.

kultiviertesten österreichischen Staaten, die der Kultur der Reichslande noch sehr zurückstehen, noch so manches Gute veranlassen und die Industrie fördern könnten". Ferner hob der Erzherzog hervor, dafs auch aus dem Neu-Badischen und aus Franken Ansiedler herbeigezogen werden könnten; man müsse „die ungemein günstigen Verhältnisse benutzen, die vielleicht in Jahrhunderten nicht wiederkehren würden". Er schlug vor, ein Patent zu erlassen, um den preufsischen Bestrebungen entgegenzuarbeiten, und versprach die möglichste Förderung des Ansiedlungsgeschäftes.

Alle diese dringenden Berichte erledigte die vereinigte Hofkanzlei in bequemer Weise mit dem Hinweise auf die vom Kaiser anbefohlene Kommissionsberatung, deren Beschlüsse abzuwarten wären. Inzwischen erhielt Karl von Colloredo einen neuen Bericht. In diesem wurde mitgeteilt, dafs die k. k. kurböhmische Gesandtschaft vom 17. Mai 1802 bis zum 22. Mai 1803 zusammen 498 Familien oder 2105 Köpfe nach Ungarn und nach Ostgalizien geschickt hatte. Diese Auswanderer besafsen ein bares Vermögen von 80 758 fl., ein anzuhoffendes von 67 401 fl., also zusammen 148 159 fl. Die meisten Familien sollten aber aufserdem noch Vermögen besitzen, das nicht ausgewiesen werden konnte. Nur die aus der Grafschaft Falkenstein stammenden Ansiedler waren zumeist mittellos; „da sie aber bei so vielen Gelegenheiten durch Treue und Anhänglichkeit an den allerhöchsten Hof sich vorzüglich ausgezeichnet hatten", erbat der Gesandte für sie besondere Unterstützung. Auch Colloredo legte des preufsische Ansiedlungspatent vor. Der Erzherzog leitete schon am 2. Juni diesen Bericht an die vereinigte Hofkanzlei und befürwortete die Berücksichtigung der Falkensteiner. Bei dieser Gelegenheit betonte Karl nochmals die Wichtigkeit der von ihm angeregten Ansiedlungskommission, „damit die Leute wissen, an wen sie sich wenden sollen, und keine Zeit und Geld hier in Wien verlieren".

Die letzten Zeilen dieses Schreibens Karls decken einen argen Mifsstand auf. Wie zur Zeit der grofsen Ansiedlungsbewegung unter Kaiser Joseph II. waren also in Wien zahlreiche Einwanderer zusammengeströmt, die von hier an die Ansiedlungsplätze nicht befördert wurden, weil die Anstalten nicht getroffen waren. Wenn Kaiser Franz schon am 11. Juni ein Handschreiben erliefs, um

diesem von Karl gerügten Übelstande abzuhelfen, so ist dies wohl wieder auf dessen Einfluſs zurückzuführen. Der Kaiser befahl: Da aus der ehemaligen Grafschaft Falkenstein und aus anderen Gegenden zahlreiche Einwanderer eintrafen, die sich nirgends hinzuwenden wissen, hier unnütz verweilen und ihre Barschaft verzehren, so finde ich nötig, daſs bis zur Entscheidung über die angeordneten Beratungen, Hofrat Stahl die Ansiedler nach Maſsgabe der einlaufenden Berichte und Ausweise mit Marschrouten an die Ansiedlungsorte versieht. Die Leute sollen beim Straſsenbau verwendet und ihnen sonstige Arbeit verschafft werden, damit sie nicht dem Staate zur Last fallen. Wenige Tage früher hatte das Polizeiministerium entschieden, daſs die Einwanderer auch ohne vorschriftsmäſsige Pässe und Kundschaften aufzunehmen wären.

Im Juni 1803 fanden die vom Kaiser angeordneten Verhandlungen der Vertreter der vereinigten Hofkanzlei, der Staatskanzlei und der Hofkammer statt. Aus den Akten geht hervor, daſs (abgesehen von Ungarn) bisher Ansiedler nur nach Ostgalizien abgegangen waren. Für die Ansiedlung auf Privatgütern, in Städten und Märkten konnte angeblich nichts mehr geschehen. Wenn die Hofkammer auf Staats- und öffentlichen Landesgütern Grund zur Dotierung deutscher Ansiedler zur Verfügung hätte, so müsse vor allem für die Unterbringung der Untertanen aus der Grafschaft Falkenstein, für welche sich Erzherzog Karl verwendet habe, gesorgt werden, „zumal diese Untertanen ihr Vaterland aus besonderer Anhänglichkeit gegen ihren vormaligen Landesfürsten verlassen und diesem getreue Untertanen auch in der Zukunft unter einem anderen Himmelsstrich verbleiben wollen“. Die Kommission muſste zugeben, daſs die Gelegenheit zur Anwerbung von rechtschaffenen und vermöglichen Ackersleuten, Fabrikanten und Handwerkern vorhanden sei, weil viele katholische Untertanen im Reiche ihrem neuen protestantischen Landesherrn nicht unterworfen sein wollten und die Fabrikanten in der Schweiz in ihrer Industrie und ihrem Absatz gestört worden seien. Ein Bericht verwies auch darauf, daſs diese Fabrikanten durch die inneren und äuſseren Vorzüge ihrer Waren und einen sehr gut dirigierten Schleichhandel die Industrie Vorarlbergs, Tirols und der Vorlande hemmten; daher wäre es wichtig, diese helvetischen Handelshäuser

und Fabrikanten für Österreich zu gewinnen. Aber diese Leute würden infolge ihres Zutrauens zur österreichischen Regierung auch selbst kommen, zumal schon viele von ihnen in den Erbländern sich ansässig gemacht hätten. Die Kommission riet, dafs über die durch das Handschreiben vom 7. Oktober 1802 gewährten Freiheiten nicht hinausgegangen werde, „weil allzu begünstigte Kolonisten glaubten, dafs sie von solcher Wichtigkeit wie die Spanier vormals in Mexiko seien und die Eingeborenen verachten“. Die eingeborenen Untertanen fühlten sich durch die bevorzugten Fremden gekränkt. Die deutschen Ansiedler verlören an Wert, wenn sie in Provinzen kämen, wo die deutsche Sprache nicht im Gebrauche sei. Durch die Reise verzehrten sie ihr Vermögen und wären dann mittellos. Dem Kaiser wurde anheimgestellt, ob er den Falkensteinern ausnahmsweise Reisegeld, Verpflegung und Vorschüsse gewähren wollte. Zu ihrer Übernahme und Ansiedlung müfsten einige Beamte bestellt werden, „weil sie sich wegen der Unkunde der Sprache nicht zu helfen wissen, folglich eigene Führer und Leiter haben müssen“.

Einzelne Kommissionsmitglieder machten noch eine Reihe anderer Gründe gegen die Ansiedlung der Deutschen geltend. In Galizien wäre die Kultur durch sie nicht merklich gebessert worden. Die Ansiedlung von Nationalisten (Einheimischen) sei viel wohlfeiler und leichter. Die Güter würden durch Zerteilung von Gründen an die Ansiedler entwertet. Auf öden Gründen angesiedelte Einwanderer müfsten während der Urbarmachung vom Ärar erhalten werden. Man kenne nicht die Denkungsart und die Grundsätze der Ansiedler. Durch ihre Aufnahme verletze man die befreundeten Staaten, aus denen sie auswanderten; feindlich gesinnte Staaten sollte man aber nicht von ihren mifsvergnügten und unruhigen Untertanen mit Mühe und Kosten befreien. Die deutschen Erbländer hätten für auswärtige Ansiedler keine Gründe; für die Bukowina und Westgalizien würden sich genug Einheimische melden. „Die beste Bevölkerung ist, die sich selbst bildet.“ Die Förderung der Landeskultur werde nicht durch solche gewöhnliche Ansiedler bewirkt, sondern nur durch Einwanderer mit Vermögen und vorzüglichen Talenten, deren Herbeiziehung gefördert werden sollte. Nur vereinzelte Stimmen erklärten die Ansiedlung in West-

galizien und in Ostgalizien, ferner im Bukowiner Kreise für möglich. Doch müfste man für die Kolonisten auch entsprechende Vorbereitungen treffen, ihnen Häuser bauen, Unterstützungen gewähren und einen Ansiedlungskommissar anstellen. Für jede Familie würden wenigstens 800 fl. nötig sein, was die schwierige Lage des Staates kaum gestatte. Von der Ansiedlung Fremder wurde daher um so mehr abgeraten, als ohnehin schon 900 Familien angeworben waren.

Kaum ist jemals von den österreichischen Zentralstellen ein ungünstigeres, aber auch ungerechteres Urteil über die deutsche Kolonisation gefällt worden, als es dieses „Konzertationsprotokoll“ enthält, das am 4. Juli 1803 dem Kaiser Franz vorgelegt wurde. Die Hofstellen erhielten aber auch durch das Handbillett des Kaisers vom 23. Juli eine wohlverdiente Abfertigung. In diesem Handschreiben befahl der Kaiser die sofortige Einstellung der Ansiedlung. „Der Grund dieser Verfügung“, so heifst es wörtlich, „und der Einstellung der Ansiedlungen, die sonst zu befördern wären, beruht aber einzig darauf, weil man Leute hineinlockte, ohne auf der anderen Seite und im voraus für sie Ansiedlungen ausgemittelt zu haben“. Der Kaiser befahl daher wieder, ordentliche Ausweise über die Ansiedlungsplätze und Ansiedlungsbedingungen nach dem Muster der für die Militärgrenze üblichen herzustellen. Innerhalb vier Monaten sollten diese ausführlichen Auskünfte vorgelegt werden. Dominien, welche Ansiedler aufnehmen wollten, sollten ebensolche Ausweise liefern. Der Aufschub der Ansiedlungen war in den Augsburger, Frankfurter und Hamburger Zeitungen zu verkünden.

Es ist kaum zu zweifeln, dafs auch diese Entscheidung des Kaisers vom Erzherzog Karl beeinflufst war. Darauf deutet schon der Verweis auf die mustergültigen Ausweise für die Militärgrenze, deren Kolonisation vom Hofkriegsrate geleitet worden war. Die Wiener Hofstellen nahmen die kaiserliche Entscheidung, wiewohl sie ihnen eine bittere Wahrheit sagte, wohl mit einer gewissen Befriedigung auf, weil ihnen eine grofse Arbeitslast erspart blieb. Die vereinigte Hofkanzlei verbot sofort auch die Auswanderung aus Mähren, Böhmen und Österreich nach Galizien und dehnte die Einstellung der Ansiedlung auch auf die von den Domänen

und den Privatbesitzern gewünschten Kolonisten aus. Erzherzog Karl versuchte vergebens gegen diese Auffassung anzukämpfen.

Die Einstellung der Ansiedlung durch den Kaiser hatte nur den Zweck, so lange keine neuen Ansiedler aufzunehmen, bis die bereits aufgenommenen untergebracht [1]) und für weitere Kolonisten Ansiedlungsplätze ermittelt worden wären. Die galizischen Kameralbehörden erhoben aber auch bei der Aufnahme der schon ins Land geschickten Ansiedler Schwierigkeiten.

Die überwiegende Mehrzahl der Eingewanderten war in Städten und auf Privatgütern untergebracht worden; auf diese Weise ist in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts eine Reihe von Ansiedlungen entstanden. Zur Ansiedlung auf den Staatsdomänen wurde, entsprechend der Weisung des Kaisers vom 11. Juni, nur eine geringe Anzahl, nämlich die Falkensteiner und andere Ansiedler, zumeist aus der Rheingegend, bestimmt. Zufolge eines Hofdekrets vom 18. Juli 1803 begaben sich 19 dieser Familien nach Ostgalizien, 71 nach Westgalizien. Ihr Schicksal gestaltete sich überaus traurig.

Die ostgalizische Domänen- und Salinenadministration machte bei der Unterbringung der geschickten Ansiedler überhaupt Schwierigkeiten; ja man dachte geradezu an ein Zurückschicken dieser Leute. Dagegen erhob der Hofrat Stahl, dem der Kaiser die Unterbringung dieser Einwanderer anvertraut hatte, Einspruch, indem er betonte, dafs sie ihr Hab und Gut auf der langen Herreise und zum Teil durch schlechte „Ansiedlungseinleitungen“ verzehrt hätten. Das ostgalizische Gubernium verfügte, dafs die Administration sie auf den Staats- und Salinengütern unterbringe. Dabei kamen allerlei Unzuträglichkeiten zutage. Für die Ansiedler waren keine Gründe ausgemittelt und keine Wohnungen vorbereitet; viele von ihnen hatten auf der Reise ihre Habe verzehrt; sie forderten Begünstigungen, die nicht zugestanden waren; Leute, die bei der Anwerbung sich als Ackerbauer erklärt hatten, behaupteten jetzt, vom Landbau nichts zu verstehen. Auch wurde erklärt, dafs in Galizien kein Mangel an Ackersleuten vorhanden wäre, sondern

1) Dies bemerkt übrigens der Kaiser selbst in seinem Handschreiben vom 7. Mai 1804 (unten S. 103).

blofs an Handwerkern, welche die Landwirtschaft erforderte. Gleichzeitig legte die Administration Vorschläge für die künftige Ansiedlung vor, die ohne Gewährung ausreichender Unterstützungen, ohne Herstellung der Gebäude, Beistellung des Zugviehes usw. nicht durchführbar wäre. Für die Ansiedlung auf Staatsgütern seien überhaupt wenig Plätze vorhanden; die Einwanderer müfsten auf isolierten Grundstücken, Meierhöfen u. dgl. angesiedelt werden.

Ebenso traurig erging es den nach Westgalizien geschickten Ansiedlern. Unter diesen befand sich eine Anzahl Familien, die Johann Herbert, Zenthauptmann aus Frammesbach am Spessart, zuerst in die Gegend von Fünfkirchen im südlichen Ungarn hatte führen wollen. Herbert hatte nach und nach 133 Familien angeworben, doch reiste von diesen nur etwa die Hälfte im Juni und Juli 1803 nach Österreich. Herbert selbst kam mit 47 Haushaltungen, die 245 Köpfe zählten; sie besafsen 7103 fl. bares Geld und liefsen in der Heimat 14178 fl. zurück. Sie reisten über Regensburg, wo sie vom Grafen Colloredo mit einem Passe versehen wurden, über Linz zu Wasser bis Wien. Von hier wurden sie wahrscheinlich zugleich mit den Falkensteinern nach Westgalizien geschickt. Die Staatsgüteradministration daselbst wies aber den Johann Herbert und die anderen Ansiedler zurück, da sie nicht über genügendes Vermögen verfügten, um die nötigen Haus-, Acker- und Wirtschaftsgeräte anzuschaffen und sich bis zum Ende des künftigen Jahres zu ernähren. Auch waren nicht für alle Ansiedlungsplätze vorhanden, und die Nationalisten sollten vor den Fremden den Vorzug haben. Wie der in Ostgalizien zurückgewiesenen Ansiedler nahm sich Hofrat Stahl auch dieser Kolonisten an. Das westgalizische Gubernium erhielt den Auftrag, die Leute unterzubringen. Tatsächlich wurden nun für die Einwanderer öde Grundstücke auf den Staatsherrschaften Kamieńczyk und Kielce [1]) ausfindig gemacht; 53 Familien konnten hier als Bauern, 9 als Gärtler untergebracht werden. Im ganzen waren von den

---

1) Diese Orte lagen in jenem Teile von Westgalizien, der nördlich von Krakau bis in die Nähe von Warschau sich erstreckte. Kielce liegt bei Sandomir, Kamieńczyk am Bug nordwestlich von Warschau. Letzterer Ort ist der fernste Punkt österreichischer Ansiedlungsbestrebungen. Bekanntlich sind diese Gebiete 1809 wieder verloren gegangen.

71 instradierten Familien noch 65 vorhanden. Sie hatten, da sie schon vor Monaten aus ihrer Heimat weggezogen waren und den teueren Unterhalt bisher selbst bestritten hatten, ihr ganzes „nicht geringfügiges“ Vermögen aufgezehrt und waren ohne eigenes Verschulden in solche Not versetzt, „dafs sie nunmehr in den hiesigen Gassen truppenweise betteln gehen“. Weder das Gubernium noch die Güteradministration vermochte diesen „bedauernswürdigen Ankömmlingen, wovon die gröfsere Hälfte in den Kinderjahren war, anderweitigen Erwerb auch nur für den notdürftigen Unterhalt an die Hand zu geben“. Ohne Mittel konnten die Leute nicht angesiedelt werden. Das Gubernium forderte daher, dafs wenigstens für diese Einwanderer günstigere Ansiedlungsbedingungen gewährt würden: Herstellung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Anschaffung der Ackergeräte, des Zug- und Zuchtviehes, den Winteranbau für das erste Jahr, endlich bis zur nächsten Ernte einen Nahrungsbeitrag aus Staatsmitteln, also ungefähr jene Begünstigungen, wie sie unter Kaiser Joseph geboten worden waren. Für die Gewährung dieser Aushilfe trat das Gubernium sehr warm ein. Es führte unter anderem aus: Der Ackerbau ist in diesem Lande die einzige Quelle des Wohlstandes; zu seiner Förderung könne niemals zu viel geschehen. „Zu diesem so heilsamen Zweck kann hierlands keine Anstalt wirksamer sein, als die möglichste Verbreitung des deutschen landwirtschaftlichen Fleifses unter den hierländigen Nationalen, die bei dem abgängigen Verkehr mit kultivierten Nachbarn, bei ihrer Unkunde einer besseren Landeskultur und bei der Untätigkeit, die eine Folge ihres Verhältnisses gegen die Herrschaft ist, nur durch handgreifliche Beispiele geweckt und zur Betriebsamkeit angespornt werden können.“ Wie sehr widerspricht dieses Urteil dem oben erwähnten Konzertationsprotokoll!

Mitte September 1803 beriet die Hofkammer über die Vorschläge der ost- und westgalizischen Behörden. Da die weitere Annahme von Ansiedlern inzwischen eingestellt worden war, konnte es sich nach ihrer Anschauung nur um die Unterbringung der bereits Eingewanderten handeln. Sie erkannte an, dafs diese Leute sich in kläglicher Lage befanden: „auf fremden Boden, ohne Freunde, ohne Verwandte, unter Menschen von einer anderen Sprache, Sitten

und Gewohnheiten, ohne Vermögen und aus Mangel an Fabriken, Gewerben und anderer Beschäftigung auch ohne Arbeit und Verdienst". An ihrer Notlage wären sie zwar zum Teil selbst schuld, weil sie ohne genügende Mittel gekommen wären: „aber der Würde des Staates und der Milde seiner Majestät ziemt es, diese armen Leute nicht hilflos ihrem Schicksale zu überlassen." Daher wurden die Vorschläge der galizischen Behörden über die Ansiedlungsunterstützung gebilligt. Die Hofkammer forderte auch noch drei Freijahre und geringe Bemessung der hierauf zu leistenden Gaben; die Abstiftung sollte nur erfolgen, wenn die Ansiedler die Gaben und Vorschufsraten nicht entrichteten, ohne dafs sie durch einen Unglücksfall verhindert wären. Auch erfahren wir, dafs die Einwanderer inzwischen bei deutschen Insassen einquartiert und ihnen Tagegelder, für Erwachsene 4 Kreuzer, für Kinder 2 Kreuzer täglich, ausgezahlt werden sollten. Die Gesamtkosten für die in Westgalizien unterzubringenden 65 Familien wurden mit 52000 bis 53000 fl. berechnet, nämlich mit 800 fl. für jede Familie.

Die schwierige politische Lage und die anderen wichtigen Staatsgeschäfte mögen es erklären, dafs der Kaiser erst am 7. Mai 1804 zur Ansiedlungsfrage in einem Handschreiben Stellung nahm. Er verwies darin auf seine früheren Entschliefsungen, mit denen er die Einstellung der weiteren Aufnahme von Fremden für die deutschen und ungarischen Erblande verfügt und nur die Unterbringung der bereits aufgenommenen anbefohlen hatte. Die Falkensteiner sollten „vor allen anderen" versorgt werden. Der Kaiser betrieb ferner aufs neue die von ihm geforderten Berichte über die künftige Ansiedlung. Sollten vermögende Handelsleute, Fabrikanten oder andere bemittelte Private die Aufnahme verlangen, so wäre darüber ein Gutachten vorzulegen.

Näheres über die schliefslich erfolgte Ansiedlung der Falkensteiner und der anderen mit ihnen nach Galizien gekommenen Kolonisten ist nicht bekannt; sie sind wohl in bereits bestehenden Kolonien, ferner in jenen, die im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts entstanden, untergebracht worden. In den folgenden Jahren ist von Ansiedlungen, also vom Staate planmäfsig betriebener Herbeiziehung und Sefshaftmachung von Fremden, keine Rede mehr. Dagegen sind Einwanderungen von vermögenden Leuten, wie sie

schon das „Konzertationsprotokoll“ befürwortet und auch das letztzitierte Handschreiben des Kaisers berührt hatte, vorgekommen und gern gesehen worden. So berichtet z. B. Hofrat Schraut aus Stuttgart im April 1805, dafs er zufolge der ergangenen Weisungen viele Ansiedlungswerber abgewiesen habe; nur im folgenden Falle hätte er eine Ausnahme gemacht. Michael Scherer, ein geborener Württemberger, war schon früher in Galizien und wies zwei rechtsgültige Kaufbriefe über den Besitz von zwei Gütern bei Stryj, die zusammen über 1000 Morgen Land umfafsten, vor. Ihm hatten sich 19 Familien, von denen mehrere 3 bis 11 Kinder zählten, angeschlossen; alle besafsen einiges Vermögen und die Entlassungsscheine ihrer Obrigkeit. Die Hausväter betrieben neben dem Ackerbau auch Handwerk; sie besafsen viele Pferde und beträchtlichen Hausrat, eine grofse Zahl Knechte und Mägde. Scherer gab diesen Familien Anteile an den schon erkauften Gütern. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände stellte Schraut sämtlichen Familien Pässe aus und fragte gleichzeitig an, was er in Zukunft zu beobachten habe. Ebenso meldete im Mai 1805 Freiherr von Wessenberg, k. k. Minister des oberrheinischen Kreises, dafs zahlreiche Familien, meistens aus Westfalen, dem Fuldischen und den französischen Rheindepartements, darunter Ackersleute mit 1000 bis 2000 fl. Vermögen, Ansiedlungspässe nach Polen und Ungarn forderten; auch er fragte, was er zu tun habe. Im Juni 1805 entschied die vereinigte Hofkanzlei entsprechend den früheren Verfügungen, dafs die Aufnahme von gutgesitteten, vermögenden Einwanderern gestattet sei; nur Ansiedler, die besondere Begünstigungen vom Staate forderten, seien nicht aufzunehmen. Auch in den folgenden Jahren ergingen ähnliche Erlässe; 1811 wurde befohlen, dafs mit Ende jedes Jahres die Zahl der in Galizien Eingewanderten mit möglichster Verläfslichkeit anzugeben sei; 1812 wurde die weitere Aufnahme von Mennoniten verboten [1]). Daraus geht hervor, dafs Einwanderungen auch in dieser Zeit stattfanden. In den folgenden Jahren suchte die Regierung die Einwan-

1) Zu dieser Mafsregel veranlafste nach einer Angabe von 1812 die Regierung blofs der Umstand, dafs die Mennoniten keine Militärdienste leisteten. Sie wurden sonst als „stille, fleifsige, ihre Geschäfte mit Eifer treibende Menschen geschildert“.

derung von Handwerkern zu fördern. Das galizische Landesgubernium verwies 1813 darauf, dafs alle bisherigen Verordnungen und Privilegien nicht genügt hätten; auch das Ansiedlungsnormale von 1787 konnte nur gemeine arme Handwerker anlocken. In Lemberg gab es z. B. blofs vier Maurermeister; besonders grofs war der Mangel an Kommerzialprofessionisten. Daher befürwortete das Gubernium auch 1815 die „Anlockung“ von Professionisten aus dem Ausland und aus den anderen erbländischen Staaten, worauf sich die Hofkanzlei für die Gewährung zehnjähriger Befreiung von der Erwerbsteuer für solche Ansiedler aussprach. Aber auch an bäuerliche Ansiedlungen wurde wieder gedacht. Zufolge einer kaiserlichen Entschliefsung vom 11. August 1818 erging am 20. August an alle Landesstellen das Zirkular, dafs die Ansiedler auf den zur Zerstückelung bestimmten Dominikalansässigkeiten wenigstens mit 80 Metzen Gründen [1]) dotiert werden sollten. Gleichzeitig wurde der Antrag erörtert, 15 deutschböhmische Familien Fafsdaubenarbeiter auf der Kameralherrschaft Borynia (Bezirkshauptmannschaft Turka) anzusiedeln; da diese zum Teil von ihrem Lohne leben würden, sollten sie nur eine Bestiftung von je 15 Joch (45 Metzen) erhalten. Im Jahre 1826 wurde zur Hintanhaltung von Verbrechen die Ansiedlung einer betriebsamen Bevölkerung in den menschenleeren Gegenden der Kreise Stanislau und Kolomea (Ostgalizien) und Czernowitz (Bukowina) angeregt; nach jahrelanger Verhandlung wurde schliefslich entschieden (1835), dafs auf den Staatsherrschaften in Galizien keine Ansiedlungen mehr stattfinden könnten. Nur in Neu-Misun (bei Dolina) soll die Regierung 1844 zwölf Familien aus Deutschböhmen und Bayern [2]) angesiedelt haben; jede Familie erhielt jedoch nur 8 Joch Feld, 2 Joch Wald und 2 Joch Hutweide. Hervorgehoben mufs noch werden, dafs die staatliche Beeinflussung der Einwanderung ins Krakauer Gebiet und die weiter nördlich liegenden Teile von „Westgalizien“ schon 1809 aufgehört hatte, da diese

1) Vgl. oben S. 88. 3 Metzen wurden auf 1 Joch gerechnet (S. 40 Anm.); es sollte daher jede Familie wenigstens 26⅔ Joch erhalten.

2) Auch aus anderen Berichten ist bekannt, dafs damals Ansiedler aus Bayern kamen (Kaindl, Das Ansiedlungswesen in der Bukowina S. 89).

Landesteile wieder verloren gingen; erst 1846 ist Krakau wieder an Österreich zurückgefallen.

Während also die staatliche Ansiedlung vollständig versagte, hat die private im 19. Jahrhundert einen erfreulichen Aufschwung genommen: dies ist wohl der beste Beweis dafür, dafs die nähere Bekanntschaft mit den deutschen Kolonisten ein günstiges Zeugnis für sie ablegte; während anfangs die Grundherren sich nur schwer zu deutschen Ansiedlungen entschlossen, nahmen sie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts gern Deutsche auf ihren Gütern auf. So parzellierte z. B. schon etwa 1800 der Grundherr Sygnów ein Gut bei Lemberg und siedelte daselbst 24 deutsche Familien aus Böhmen und Mähren an; es entstand die Kolonie Sygnówka. Ebenso wurden gegründet die Kolonien: Teresówka bei Dolina (1818); Baginsberg auf einem Gute der Familie Baginski bei Kolomea (1818); Połowce bei Czortków (1819); Knihinin bei Stanislau (1823); Machliniec, Kornelówka, Nowesioło und Jzydorówka, sämtlich um 1830 im Bezirk Żurawno; ferner um dieselbe Zeit Josefsthal und Ludwigsdorf im Bezirk Dolina; ebenso Annaberg, Felizienthal und Karlsdorf im Bezirk Skole (1835) u. a. Zuweilen siedelten Pfarrer auf ihren ausgedehnten Pfarrgründen zu deren besserer Ausnutzung Deutsche an; so gründete Pfarrer Sobolówski etwa 1838 die aus protestantischen und katholischen Deutschen bestehende Ansiedlung Sobolówka (Złoczów). Auch einzelne Städte haben ihre überflüssigen Gründe deutschen Ansiedlern überlassen. Der Magistrat von Kolomea übertrug z. B. schon 1811 waldbedeckte, sumpfige Gründe an etwa 40 deutsch-böhmische Familien, die aus Karlsberg in der Bukowina ausgewandert waren; auf diese Weise entstand die Kolonie Mariahilf, die eine Vorstadt von Kolomea bildet. Später wurden auf Kolomeer Stadtgebiet auch die Ansiedlungen Flehberg (um 1842) und Rosenheck (um 1866) gegründet. Auch die Stadt Śniatyn besafs zahlreiche ganz verwahrloste Gründe; das Kolomeer Kreisamt berichtete schon 1830, dafs hier arbeitsame Menschen angesiedelt werden sollten. Der städtische Ausschufs von Śniatyn suchte die Verhandlungen mit den deutschen Ansiedlungswerbern möglichst zu verzögern, um sie durch langes Warten zu ermüden und zum Rücktritt zu veranlassen; auf diese Weise sollte den städtischen Insassen der Genufs der Stadtgründe gegen Entrich-

tung unbedeutender Zinse zum Nachteil der Stadtkasse gesichert werden. Erst 1835 wurde die Entscheidung zugunsten der 20 deutschen Ansiedlerfamilien getroffen, die zusammen 366 Joch 500 Quadratklafter in Erbpacht gegen entsprechenden Zins bekamen. Die Ansiedlung erhielt nach dem damaligen Bürgermeister von Śniatyn den Namen Augustdorf und gehört als Vorstadt zu Śniatyn.

Viele Ansiedler liefsen sich auf frei angekauften Gründen nieder. So kauften einige deutsche Familien schon vor 1809 das adelige Gut Grodske bei Neu-Sandec und siedelten sich daselbst an. Insbesondere haben sich bereits bestehende Kolonien auf diese Weise bedeutend vergröfsert. Im Jahre 1883 kauften z. B. Gemeindemitglieder von Machliniec das angrenzende Gut, teilten es in 21 Parzellen und vergröfserten auf diese Weise die alte Ansiedlung um 21 Wirtschaften. Ähnliches geschah in Baginsberg, Mariahilf, Teresówka und an anderen Orten. Durch Ankauf entstanden auch ganz neue Kolonien. So ist Korost bei Drohobycz auf angekauften Gründen errichtet worden (etwa um 1833/4). Wola Obłaźnica bei Nowesioło wurde auf einem Gute begründet, das Deutsche aus Machliniec vom deutschen Grundherrn Albrecht Seelieb gekauft haben (um 1868). Ebenso ist das benachbarte Kontrawers bei Jzydorowka entstanden (etwa 1899). Auf angekauften Gründen siedelten sich auch an zahlreichen anderen Orten besonders in den letzten Jahrzehnten Deutsche an, so in Korolówka bei Leszniów im Bezirk Brody (1865), in Rudolfsdorf bei Stecowa im Bezirk Śniatyn (1884), in Sewerynówka bei Kamionka Mała im Bezirk Kolomea (1889) u. a.

Aufserdem liefsen sich Deutsche in Städten und Industrieorten nieder. Insbesondere boten die Petroleumgruben in Borysław, ferner die Sägewerke in Demnia Wyźna bei Skole, in Leopoldsdorf bei Ludwigsdorf (Dolina) u. a. Veranlassung zur Ansiedlung von Deutschen.

Die Ansiedlungen im 19. Jahrhundert sind zum Teil von Deutschen aus den bereits bestehenden übervölkerten deutschen Kolonien gegründet; Einwanderungen aus Deutschland und den deutsch-österreichischen Ländern kamen seit etwa 1805 nur vereinzelt vor, denn seit diesem Zeitpunkte hörte die planmäfsige

Herbeiziehung von Ansiedlern auf. Dagegen sind zahlreiche Deutschböhmen aus eigenem Antrieb gekommen. Sie haben sich schon seit Josephs II. Zeiten um Ansiedlungen in Galizien eifrig beworben; damals (1784) klagten schon die Behörden über die „in Böhmen eingeschlichene Sucht zur Auswanderung“. Die Herbeiziehung deutsch-böhmischer Glasarbeiter und Holzhauer in die Bukowina, ferner die seit 1826 für Galizien und die Bukowina angeregten staatlichen Ansiedlungen haben zahlreiche Familien zur Einwanderung verlockt, die dann bei privaten Grundherren Unterkommen suchen mufsten. Bereits im Lande ansässige Einwanderer haben hierauf Nachzüge aus Böhmen veranlafst [1]). Zur Auswanderung bereite Elemente fanden sich unter den Deutschböhmen stets in grofser Zahl, denn die Not des besitzlosen Teiles und der „Ileute“ (Inleute) war grofs; dazu kam, dafs die Burschen durch die gewaltsamen Rekrutierungen in die Fremde getrieben wurden [2]). Unter den Auswanderern befanden sich Leute, die daheim nur ein „Triefhäusl“ hatten, d. h. es gehörte ihnen um ihre Hütte nur jener Grund, auf dem es vom Hausdach heruntertropfte. Von den Deutschböhmen erzählt man auch, dafs sie mit Hundewäglein kamen. Auf diese Weise sind zahlreiche deutsch-böhmische Kolonien in Galizien entstanden.

Übersicht der Ansiedlungsorte. Herkunft und Zahl der Ansiedler.

Die Geschichte der einzelnen deutschen Siedlungen ist noch wenig erforscht; aktenmäfsige Studien wurden bisher selten betrieben. Selbst die Angaben über die Gründungsjahre widersprechen sich sehr. Auch die im folgenden gebotene Übersicht der deutschen Ansiedlungen wird nicht vollständig befriedigen, ob-

---

1) Bezeichnend ist die Gründungsgeschichte von Machliniec. Ein Deutschböhme, namens Christoph Angermann, der gegen Napoleon mitgekämpft hatte, kam zum Gestüte Wierzany bei Stryj. Als er in seine Heimat zurückkehrte, warb er im Auftrage des Grundherrn Dobrzański von Daszawa Ansiedler. Zuerst kam nur einer. Auf sein Drängen und Bitten kamen 1823 weitere Ansiedler, denen Nachschübe folgten.

2) Näheres darüber bei P. Grassl, Geschichte der deutsch-böhmischen Ansiedlungen im Banat (Prag 1904), S. 12 f.

wohl alle zugänglichen Akten und Druckwerke benutzt wurden. Die den Namen beigesetzten Zahlen bezeichnen in der Regel das Jahr der ersten Erwähnung; viele von den Ansiedlungen werden also etwas früher entstanden sein. Wo die Jahreszahl zweifelhaft war, wurde sie *kursiv* gesetzt. Vielen Siedlungen konnte überhaupt keine Jahreszahl beigefügt werden. Ein Sternchen bezeichnet die Kolonie als ganz oder vorwiegend deutsch-böhmisch. Zwischen „ “ sind einige Namen gesetzt, deren Identifizierung mit bestehenden Orten nicht gelungen ist. Gesperrt wurden die Namen der gegenwärtig beachtenswerten Ansiedlungen (etwa 170); diese Beurteilung hängt von vielen Faktoren ab und dürfte nicht immer gelungen sein. Schon die Abschätzung der Zahl der Deutschen ist nicht leicht[1]; viel schwieriger gestaltet sich aber die Einschätzung der Widerstandskraft und der völkischen Gesinnung. In den durch den Druck nicht ausgezeichneten Orten sind die Siedlungen entweder schwach oder schon völlig eingegangen. Auch diese Unterscheidung ist sehr schwer, denn bei der Zählung von 1910 dürften infolge der seit einigen Jahren eingesetzten völkischen Bewegung an vielen Orten Deutsche hervortreten, die bei den Zählungen von 1890 und 1900 sich noch zu einer nichtdeutschen Umgangssprache bekannt haben. Nach den gegenwärtig vorliegenden amtlichen Nachrichten ist es oft gar nicht möglich, sich von der wirklichen nationalen Zusammensetzung der Ortsbevölkerung ein richtiges Bild zu machen. Immerhin dürften von den durch gesperrten Druck nicht ausgezeichneten Orten noch etwa 50 deutsche Minderheiten aufweisen, so dafs in Galizien in etwa 220 Orten Deutsche in beachtenswerter Zahl wohnen. Ungefähr die Hälfte dieser Orte sind selbständige deutsche Gemeinden; die anderen gehören zu nichtdeutschen Gemeinden, sind aber oft zu eigenen Schul- und Kirchengemeinden organisiert. An vielen der genannten Orte ist endlich das Deutschtum tatsächlich erstorben; dieses Schicksal traf aber in der Regel nur Ansiedlungen, die aus wenigen Familien bestanden. Oft handelte es sich nur um vorübergehende Unterbringung: so sind z. B. die 1783 in Jata angesiedelten neun Familien schon vor 1787 anderwärts

---

1) Vgl. weiter unten S. 127.

untergebracht worden [1]). Viele Orte, in welchen gegenwärtig nur wenige Deutsche wohnen, werden gar nicht genannt.

Im folgenden Verzeichnisse werden die Orte nach den Bezirkshauptmannschaften angeführt; und zwar innerhalb derselben, soweit möglich, in chronologischer Reihenfolge. Die Bezirkshauptmannschaften sind in der Richtung von Westen nach Osten angeordnet. Alle Namensformen sind den amtlichen Akten oder der älteren Literatur entnommen; nur für einige *kursiv* gedruckte Namen fehlen diese Belege, doch sind sie heute üblich. Leider sind gegenwärtig schon zahlreiche von den deutschen Namenformen aufgegeben worden.

In der Bezirkshauptmannschaft Biala erhielten einzelne der alten deutschen Orte kleine Nachschübe, so Biala und Kęty (1786), wohl auch Kunzendorf-Lipnik und Wilhelmsau-Welmesau-Wilamowice. Zur Zeit Kaiser Josephs II. soll die Ansiedlung in Alzen-Hałcnów *(1783)* entstanden sein, doch ist sie wie die anderen deutschen Orte dieser Gegend wohl älteren Ursprungs. Gegenwärtig wohnen auch noch Deutsche in Brzezinka und Komorowice. Wegen ihrer einstigen Zugehörigkeit zu Schlesien und wegen der deutschen Bevölkerung wurde dieser Teil Westgaliziens (die einstigen Fürstentümer Auschwitz und Zator) zum deutschen Bundesgebiete gerechnet.

Die Bezirkshauptmannschaft Saybusch weist nur im gleichnamigen Orte eine Anzahl Deutscher auf.

In der Bezirkshauptmannschaft Wadowice werden Andrichau, Wieprz, Patzdorf-Pazowice und Wadowice als Orte genannt (1786), die deutsche Ansiedler aufnahmen.

Bezirkshauptmannschaft Krakau. In Kazimierz (zu Krakau) siedelten sich 1774—1777 viele Deutsche an (vgl. oben S. 7 ff.), ebenso in Krakau überhaupt, 1795—1809. Podgórze entstand seit

---

1) Vorübergehend wohnten Deutsche gewifs noch an verschiedenen anderen Orten, die unten nicht genannt werden. Aus dem oben Bemerkten ergeben sich leicht die verschieden hoch angegebenen Zahlen der deutschen Siedlungen. So spricht Rohrer (1804) von 120 Pflanzdörfern, Bredetzky (1812) von über 180, trotzdem in der Zwischenzeit nur wenige neue Ansiedlungen entstanden sind. Ebenso schwankt die Zählung in neuerer Zeit (Fritsche, Buzek, Harlos, Schmidt).

1782 als freie königliche Stadt, in der sich viele Deutsche niederliefsen (oben S. 28 f.).

In der Bezirkshauptmannschaft Wielicka entstand 1785 Lednitz-Lednica Niemiecka.

Bezirkshauptmannschaft Bochnia. 1783: Bartuschitz-Bratucice, Boguschitz-Bogucice, Steindorf-Kamionna, Klay-Kłaj, Kretschof-Krzeczów, Fürstenau-Książnice und Niepołomice. 1784: Gablau-Gawłow und Majkowitz-Majkowice. 1785: Trinitatis und Vogtsberg (Vogtsdorf)-Woytowstwo bei Bochnia [1]); auch in dieser Stadt selbst liefsen sich Deutsche nieder.

In der Bezirkshauptmannschaft Limanowa entstand nur eine Siedlung in Wachendorf (Wochendorf)-Strzeszyce (1783).

Die Bezirkshauptmannschaft Neu-Sandec bildete wie im Mittelalter auch jetzt ein wichtiges Kolonisationsgebiet. 1783: Gaben-Gaboń, Golgowitz-Gołkowice Niemieckie, Hundsdorf-Kulm-Chełmiec Niemieckie, Laufendorf-Biegonice, Naszaczowice, Neudörfl (Mayersdörfel)-Podmajerz, Podritz-Podrzycze *(Unterbach)*, Tannendorf-Świerkla, Wiesendorf-Łączko und Bikowitz-Żbikowice. 1784: Ernsdorf (Ernstdorf)-Szczereż, „Morau"-„Morawina", Ollschau-Olszanka und Podegrodzie. 1785: Hutweide-Gaj und Katschau-Kadcza. 1786 erscheinen Deutsche in Podkamienica oder Zakamenica, einer Vorstadt von Neu-Sandec; in diesem Orte siedelten sich auch später Deutsche an. 1786—1812 wird auch Zaundorf genannt; es ist ein Teil von Podegrodzie. 1787: Dąbrówka Niemiecka [2]). 1788: Bartschitz-Barczyce, Bitschitz-Biczyce Niemieckie, Juraszowa, Marcinkowice, Mokra Wieś, Piątkowa (Kolonia Piątkowska), Rytro, Stadło, Świniarsko und Zagorzyn. Vor 1809: Grodske (Grodzkie, Vorstadt von Neu-Sandec), Jamnica (zu Kunów), Drzykowa (zu Rdziostów), Załubińce und Zawada. Vor 1812: Gołąbkowice, Januszowa und Popardowa. Auch nach Biczyce Polskie und Gołkowice Polskie zogen sich Deutsche.

In der Bezirkshauptmannschaft Grybów erscheint seit 1788

1) Die Ansiedlung entstand also auf den Gütern der Vogtei in Bochnia (Bd. I, S. 192); heute ist sie in diesem Orte aufgegangen.

2) Diese Ansiedlung war zunächst für Juden angelegt und hiefs Neu-Jerusalem. Da sie nicht den Erwartungen entsprachen, wurden sie abgestiftet.

Mystków als Ansiedlungsort, ferner vor 1809: Cienawa und Stara Wieś.

Bezirkshauptmannschaft Tarnów: Szczepanowice und Tarnów (1786), Ostrau-Ostrów (vor 1794).

In der Bezirkshauptmannschaft Ropczyce erscheinen Deutsche nur in Dębica (1786).

Bezirkshauptmannschaft Kolbuszowa. 1783: Ostrau-Ostrowy Tuszowskie Kolonia, Wildenthal und Ranischau. Später liefsen sich Deutsche auch in Wilcza Wola und Wola Raniżowska nieder.

Bezirkshauptmannschaft Mielec. 1783: Hohenbach, Josefsdorf, Paden-Padew Kolonia, Reichsheim, Schönanger und Tuszów Kolonia. 1786: Mielec. *1852:* Preppendorf* (zu Wampierzów). 1853: Goleszów.

Bezirkshauptmannschaft Tarnobrzeg: Sulichów (zu Krawce).

Bezirkshauptmannschaft Nisko. 1783: Jattau-Jata, Jeschau-Jeżowe, Klischof-Kłyżów, Nisko, Grofs- und Klein-Rauchersdorf, Steinau und Tanefsau-Wulka Tanewska. Von Steinau zogen sich Deutsche auch nach Kamień.

In der Bezirkshauptmannschaft Rzeszów erhielt der gleichnamige Ort schon 1786 deutsche Ansiedler.

Bezirkshauptmannschaft Łańcut. 1786: Dornbach (anfangs des 19. Jahrhunderts entstand auch Neu-Dornbach) und Königsberg. Angeblich schon 1783, jedenfalls vor 1788 wurde Gillershof-Gillarowa begründet. Łańcut und Leżajsk erhielten deutsche Zuzüge (1786). Vor 1812 (angeblich *1801*) entstand die Siedlung in Baranówka-Hirschbach. Auch nach Łukowa kamen Deutsche.

In der Bezirkshauptmannschaft Przeworsk erhielt Przeworsk schon 1786 deutsche Ansiedler; später bestand hier die kleine Ansiedlung Manasterz (1869).

Nach Jaroslau in der gleichnamigen Bezirkshauptmannschaft kamen gewifs schon unter Maria Theresia (s. oben S. 7 ff.), ferner unter Kaiser Joseph II. Deutsche (1786). Auch Przemyśl und Sanok in den gleichnamigen Bezirkshauptmannschaften weisen 1786 deutsche Ansiedler auf.

In der Bezirkshauptmannschaft Lisko wird 1783/4 die Kolonie Bandrow und 1788 Deutschberehy-Siegenthal genannt. Auch in Lisko wohnten 1786 Deutsche.

Bezirkshauptmannschaft Dobromil. 1783: Engelsbrunn (Vorstadt von Dobromil; auch in Dobromil selbst liefsen sich Ansiedler nieder 1786), Falkenberg, Makow-Makowa Kolonia, Obersdorf und Rosenburg. 1783/4: Steinfels. 1784: Prinzenthal. Deutsche wohnen auch in Krościenko, Liskowate Makowa Rustykalna und Stebnik.

Bezirkshauptmannschaft Sambor. 1783: Kaisersdorf-Kalinów, Neudorf (Niesterdorf, Neu-Czukiew), Sambor [1]). 1784: Kranzberg. 1785: Burtschitz-Neu-Burczyce. Auch in Alt-Burczyce (Burczyce Stary) wohnen Deutsche.

In der Bezirkshauptmannschaft Stary Sambor entstand kurz vor 1812 eine Ansiedlung in Wolcza dołna.

In der Bezirkshauptmannschaft Turka entstand eine Ansiedlung in Borynia* (1818).

Bezirkshauptmannschaft Drohobycz. 1783: Bolechowce, Königsau, Luschkau-Lużek Dolny, Medenice, Neudorf und Stronau-Stronna. 1784: Gassendorf. 1785: Billiz-Bilcze, Bistritz-Bystrzyca, Drohobycz, Josephsberg, Sommerau-Letnia und Ugartsberg. Vor 1812: Dobrohostów und Rolów. *1833/4:* Korost*. Vor 1869: Horucko. *1874:* Mallmannstal* (zu Majdan). Ferner wohnen Deutsche in Borysław*, Krynica, Schodnica, Stebnik und Ułyczno.

Bezirkshauptmannschaft Stryj. 1783: Brigidau. 1786: Gelsendorf mit Neu-Oleksice (Oleksice Nowy). Vor 1800: Stryj. *1830*: Grabowiec Stryjski. *1835:* Annaberg*, Felizienthal* und Karlsdorf*. Ferner wohnen Deutsche in Bratkowce, Demnia Wyżna* (zu Skole Miastecko und Skole Wieś), Daszawa, Duliby, Hołobutów, Kawsko, Klimiec*, Komarów mit Oleksice Stary, Ławoczne, Lisiatyce, Podhorce, Smorze Dolne* und Tucholka*.

Bezirkshauptmannschaft Rudki. 1783: Neu-Kupnowitz [2]). *1850:* Horożanna Mala und Wielka. *1900:* Kropielniki.

---

1) Hier siedelten sich besonders Handwerker (Kunstweber) an.

2) Für diesen Ort kommt 1784 auch die Bezeichnung Josephsdorf vor; sie ist offenbar fallen gelassen worden, weil 1783 schon ein Ort dieses Namens in der Bezirkshauptmannschaft Mielec entstanden war (s. oben S. 112).

Bezirkshauptmannschaft Jaworów. 1783: Berdikau (zu Moosberg), Fehlbach, Jaworów, Jazów Stary (Alt-Jazów) mit Nowiny, Mużyłowice Kolonia *(Münchenthal)* und Olszanica. 1785: Schumlau und Podłuby Wielkie. 1786: Moosberg. 1788: Rehberg. 1792: Kuttenberg (Guttenberg, zu Zbadyń). Vor 1794: Kleindorf (zu Mołoszkowice). Ferner wohnen Deutsche in Berdychów und Ożomla.

Bezirkshauptmannschaft Cieszanów. 1783: Burgau, Felsendorf, Freifeld (zuweilen irrig Treufeld), Lindenau, Lubaczów, Ostrowiec und Reichau. 1785: Deutschbach. Deutsche liefsen sich auch in Basznia Dolna und Górna, Brusno Nowy und Stare, in Oleszyce und in Oleszyce Stary nieder.

Bezirkshauptmannschaft Rawa Ruska. 1783: Einsingen (früher Ainsingen) und Smolin. 1786: Bruckenthal. *1817:* Josefinendorf. *1819:* Michalówka.

Bezirkshauptmannschaft Żółkiew. 1786: Mierzwica, Mokrotyn Kolonia und Żółkiew. 1788: Wiesenberg. *1824:* Theodorshof. *1883:* Sarnówka (*Rehdorf*, zu Turynka). Deutsche wohnen auch in Glińsko, Krasiczyn*, Różanka und Ignacówka, Rudolfshof (zu Kupiczwola), Stanislówka * und Żełdec.

Bezirkshauptmannschuft Gródek. 1783: Hartfeld. 1785: Rottenhan und Schönthal. 1786: Wielkopole. 1788: Brunndorf, Burgthal, Ottenhausen, Vorderberg [1]) und Weissenberg. 1791: Ebenau. Anfang des 19. Jahrhunderts *(1805):* Walddorf. *1830:* Neuhof. *1860:* Kiernica (Peterswalde, Magdalenenhof). Aufserdem wohnen Deutsche in Gródek, Janów, Karaczynów, Müllersdorf (zum Gutsgebiet Artyszczów) und Rzeczyczany.

Bezirkshauptmannschaft Lemberg. In Lemberg siedelten sich seit der Erwerbung des Landes durch Österreich (1772) Deutsche an. 1783: Glinna und Kaltwasser. 1785: Falkenstein [2]),

---

1) Vorderberg hiefs früher auch Wojtowstwo, ist also wie Vogtsberg bei Bochnia (s. oben S. 111, Anm. 1) auf Gründen einer Vogtei entstanden.

2) Falkenstein, Einsiedel und Rosenberg sind die ältesten Niederlassungen der Mennoniten (Wiedertäufer, Taufgesinnte) in Galizien. Gegenwärtig leben Mennoniten auch in vielen anderen Orten Galiziens; doch sind sie infolge von Auswanderungen nach Amerika im Rückgang begriffen.

Unterbergen und Weinbergen. 1786: Dornfeld, Einsiedel und Rosenberg. 1788: Lindenfeld. 1789: Chrusno (Neu-Chrusno und Alt-Chrusno) und Reichenbach. *1800:* Sygnówka*. Vor 1812 waren in „Bogdanuwka“ bei Lemberg deutsche Gärtner ansässig. Deutsche Siedlungen bestehen ferner in Biłohorszcze, Dobrzany, Kleparów, Krasów, Lubiana, Mostki, Ostrów, Szczerzec, Tołszczów, Winniki und Zimnawoda.

Bezirkshauptmannschaft Bóbrka. 1786: Mühlbach und Rehfeld. Zwischen 1794 und 1812: Ernsdorf (früher Ernstdorf). *1882:* Heinrichsdorf (zu Strzeliska Stare). Auch in Chodorow wohnen Deutsche.

Bezirkshauptmannschaft Żydaczów. 1823: Machliniec*. Zwischen 1828—1835: Nowesioło*, Izydorówka*, Kornelówka* (zu Nowesioło) und Lubsza*. *1868:* Oblażnica*. *1899:* Kontrawers* (zu Izydorówka). Schliefslich besteht eine Siedlung in Mazurówka*.

Bezirkshauptmannschaft Dolina. 1784: Hoffnungsau. *1811:* Engelsberg. Vor 1812: Neu-Babilon[1]) (Neu-Bolechow). Damals wohnten schon in Dolina zehn deutsche Familien, die einen eigenen Richter hatten; stärkere Ansiedlungen von Deutschen erfolgten hier um 1850; gegenwärtig wohnen in den verschiedenen Vorstädten von Dolina Deutsche (Broczków, Nowiczka, Obołonie, Dąbrowa und Obliska). *1817:* Debelówka. *1818:* Teresówka*. *1830:* Josefsthal* (zu Ludwikówka). *1832:* Ludwigsdorf* (zu Ludwikówka). *1836:* Pöchersdorf*. *1840:* Ninów górny*. *1844:* Mizuń Nowy*. *1848:* Jammerstal* (zu Polanica). *1870:* Leopoldsdorf*. 1901: Diamantheim (zu Turza Wielka). Ferner siedelten sich Deutsche an in Bolechów und Bolechów Ruski, Huziejów Stary, Jaworów, Kniażoluka, Lisowice, Lolin, Maksymówka, Mizuń Stary, Nadziejów, Neuhusiejów, Niniów Dolny, Pacyków, Rachin, Wełdirz mit Żakla, endlich Wołoska Wieś.

Bezirkshauptmannschaft Kałusz. 1783: Landestreu und Neu-Kałusz. 1785: Ugartsthal. Aufserdem in Bereżnica Szlachecka, Kałusz, Nowica, Mościska, Siwka Kałuska und Zbora.

---

1) War ursprünglich ebenso wie Neu-Jerusalem-Dąbrówka (s. oben S. 111) für Juden bestimmt.

Bezirkshauptmannschaft Bohorodczany. 1803: Horocholina. *1820:* Manasterczany und Sołotwina.

In der Bezirkshauptmannschaft Nadwórna wohnen Deutsche in Nadwórna, ferner in dem *1881* begründeten Bredtheim (zu Majdan Średni).

In der Bezirkshauptmannschaft Stanislau siedelten sich Deutsche zunächst in Stanislau seit etwa *1800* an. Sodann im benachbarten Knihinin seit 1823; Knihinin-Kolonie ist seit den sechziger Jahren von Knihinin Wieś abgetrennt; auch im letzteren Orte wohnen Deutsche.

Die Bezirkshauptmannschaft Rohatyn weist 1789 deutsche Ansiedler auf dem Privatgut Świstelniki auf.

In Brzeżany, dem Hauptort der gleichnamigen Bezirkshauptmannschaft, erscheinen Deutsche schon 1786. Später haben sich hier viele niedergelassen.

Bezirkshauptmannschaft Przemyślany. 1784: Kimirz, Unterwalden und Uschkowitz-Uszkowice. 1786: Dobrzanitz-Dobrzanica. Ferner seien genannt: Alfredówka, Jaktorów und Podhajczyki.

Bezirkshauptmannschaft Kamionka Strumiłowa. Die ältesten Gründungen des um das deutsche Ansiedlungswesen hochverdienten Grafen Mier waren 1785: Jósefów und Mierhoff-Mierów. Hierauf gründete er (jedenfalls vor 1809): Sapieżanka, Antonin (zu Peratyn, später siedelten sich Deutsche auch in diesem Orte an), Hanunin (Hanuska, Annonin), Stanin und Zabawa (zu Suszno). Mit letzterem Orte dürfte das 1812 genannte St. Baven identisch sein. Deutsche siedelten sich auch an in Suszno *(1804)* und dem zu dieser Gemeinde gehörigen Heinrichsdorf *(1810)*, Romanówka *(1815)*, Deutsch-Łany, Jagonia (Deutsch-Jagonia) und Sabinówka, ferner in Kamionka Strumiłowa, Krzywulanka, Niestanice, Radziechów, Stojanów und Wulka Suszańska.

Bezirkshauptmannschaft Sokal. *1836:* Zboiska. Ferner wohnen Deutsche in Rożdżalów und Torki mit Swadkowce.

In der Bezirkshauptmannschaft Brody dürften im gleichnamigen Handelsort frühzeitig sich Deutsche niedergelassen haben (vgl. oben S. 7 ff.). In Korolówka (zu Leszniów) entstand 1865 eine Ansiedlung.

Bezirkshauptmannschaft Złoczów. *1826:* Angelówka* (*Engelsdorf*, zu Ożydów). *1838:* Bronisławówka mit Kazimierówka, ferner Sobolówka.

In der Bezirkshauptmannschaft Tarnopol entstand jedenfalls vor 1839 die Ansiedlung Konopkówka.

In der Bezirkshauptmannschaft Trembowla begründeten Deutsche aus Mähren die Kolonie Neutitschein (zu Zasdrość).

Bezirkshauptmannschaft Czortków. 1819: Połowce.

Bezirkshauptmannschaft Podhajce. Hier wurde wahrscheinlich schon 1784 die Besiedlung von Falkenstein begonnen, das 1787 in Beckersdorf umgenannt wurde [1]). Wenig später entstand die Siedlung in Nowosiółka.

Bezirkshauptmannschaft Tłumacz. *1820:* Konstantynówka und Mogila (zu Słobódka). *1838:* Sitanerówka (zu Ladzkie Szlacheckie). *1842:* Neudorf. *1848:* Mikulsdorf (zu Ottynia), später auch in Ottynia.

In der Bezirkshauptmannschaft Kolomea begründeten zunächst 1811 Deutschböhmen die Kolonie Mariahilf* auf Gründen von Kolomea. Dann entstand 1818 Baginsberg (auch zu Kolomea). Aus diesen beiden Kolonien breiteten sich die Ansiedler weiter über Flehberg* *(1842)*, Rosenheck* *(1866)* und Slavitz *(1873)* aus, die sämtlich zu Kolomea gehören. Ferner entstand 1889 Sewerynówka (zu Kamionka Mała). Auch in Piadyki wohnen Deutsche.

Bezirkshauptmannschaft Śniatyn. 1836: Augustdorf (zu Śniatyn). 1883/4: Rudolfsdorf (zu Stecowa).

In der Bezirkshauptmannschaft Zaleszczyki vermehrte sich die alte Ansiedlung im gleichnamigen Orte (oben S. 7) durch neue Zuzüge. Aufserdem wurde 1785 eine Ansiedlung in Bedrykowce begründet.

* * *

Die Herkunft der deutschen Einwanderer in Galizien ist sehr mannigfaltig.

---

1) Ein Falkenstein bestand bereits in der Lemberger Bezirkshauptmannschaft (oben S. 114).

Seit der Erwerbung des Landes durch Österreich kamen viele deutsche Beamte, Soldaten, Kaufleute und Handwerker zunächst aus den österreichischen Ländern. Andere Kaufleute und Gewerbetreibende kamen aus dem heutigen Deutschen Reich, eine Anzahl auch aus den Städten Polens. So bot die deutsche Stadtbevölkerung in ihrer Zusammensetzung ein sehr buntes Bild. Ihre Zahl läfst sich nicht einmal annähernd feststellen. Sie war aber unstreitig sehr bedeutend, denn deutsche Bewohner begegnen in den galizischen Städten auf Schritt und Tritt. Eine planmäfsige Durchforschung der Kirchenbücher, Grundbücher, Steuerverzeichnisse u. dgl. würde sicher überraschende Ergebnisse zutage fördern. Auch das Studium der Grabdenkmäler auf den Friedhöfen ist überaus belehrend. In der kleinen Stadt Brzeżany fanden sich 1910 noch etwa 80 deutsche Familiennamen auf den erhaltenen Grabsteinen, darunter hervorragende Männer, mehrere Bürgermeister und Ehrenbürger der Stadt. Ähnliche Ergebnisse bietet eine Umschau auf dem Friedhofe in Stanislau. Weit gröfser ist die Zahl dieser deutschen Bewohner in den gröfseren Städten gewesen, z. B. in Lemberg; auch hier geben die Grabsteine auf den Friedhöfen Kunde von vielen ausgestorbenen oder polonisierten deutschen Familien.

Von den deutschen Bauern kam die überwiegende Zahl aus dem heutigen Deutschen Reich. Die Zusammensetzung der „Reichsemigranten“ zur Zeit Kaiser Josephs II. war überaus bunt; kaum ein deutsches Gebiet fehlt in der Aufzählung ihrer Heimatländer. Um diese bunte Mannigfaltigkeit zu kennzeichnen, sei eine „summarische Konsignation“ über die Heimat und Seelenzahl der vom 1. Juni 1782 bis letzten Januar 1783 in Galizien angelangten Fremdlinge angeführt [1]): Kurmainz 126 Seelen, Kurköln 15, Kurtrier 33, Kursachsen 34, Kurpfalz 111, Kurhannover 4, Preufsische Lande 155, Fürstentum Nassau 55, Herzogtum Zweibrücken 11, Herzogtum Mecklenburg 7, Markgrafschaft Baden-Durlach 82, Herzogtum

1) Man vgl. dazu Büsching, Neue Erdbeschreibung (Hamburg 1771), III. Teil, 1., 2. u. 3. Bd.; die im folgenden zwischen „ “ gesetzten Namen sind hier nicht verzeichnet. Dazu Spruner-Menke, Handatlas f. d. Gesch. des Mittelalters u. d. neueren Zeit (Gotha 1880), besonders Karte Nr. 47: Südwestdeutschland 1789.

Württemberg 214, Markgrafschaft Baden-Baden 64, Fürstentum Hessen-Hanau 78, Fürstentum Hessen-Darmstadt 6, Fürstentum Hessen-Kassel 3, Reichsgrafschaft Falkenstein 138, Markgrafschaft Bayreuth 8, Fürstentum Hohenlohe 7, Salzburg 13, aus dem Westfälischen 10, aus dem Fränkischen 17, Fürstentum Usingen 20, Isenburg 22, Stift Fulda 9, Fürstentum Salm-Salm 15, Grafschaft „Lassenheim“ 46, gräflich „Vieserisches“ Gebiet 3, Fürstentum Leiningen 49, Frankreich 1, Elsafs 29, Lothringen 19 [1]), Rheingrafschaft Grumbach 7, freiherrlich „Krepenisches“ Gebiet 27, Luxemburg 74, Kurland 1, gräflich Fuggerisches Gebiet 4, endlich aus den übrigen Teilen des römischen Reiches 155, zusammen 1672 Seelen.

Aus dieser Übersicht ist leicht zu ersehen, dafs die Masse der Kolonisten aus dem südwestlichen Deutschland stammte. Andere ähnliche Übersichten ergeben dasselbe Verhältnis, nur dafs in ihnen auch noch andere deutsche Gebiete vorkommen. Hauptbestandteile der Ansiedler bilden die evangelischen Württemberger und die reformierten Pfälzer. Infolge des starken Anteiles der Schwaben an der Einwanderung gewöhnte man sich, alle deutschen Ansiedler als „Schwaben“ zu bezeichnen, insbesondere gilt dies von allen dörflichen Kolonien, in denen sich die überwiegende Mehrheit dieser Einwanderer aus Deutschland niederliefs. Da bei der Ansiedlung das Bestreben vorhanden war, Landsleute, Verwandte und Religionsgenossen zusammenzusiedeln, so gibt es Orte, in denen wenigstens der Mehrzahl nach die Einwanderer aus derselben Heimat stammen; in vielen ist aber schon bei der Ansiedlung eine starke Mischung eingetreten. Die mundartlichen Besonderheiten wurden bisher wissenschaftlich nicht untersucht; da jedoch einzelne Mundartproben aus Galizien als „unverfälschter Pfälzer Dialekt“ bezeichnet werden, so dürften auch andere Mundarten ihren Charakter gewahrt haben. Bemerkt sei noch, dafs ein Teil der Einwanderer, besonders die aus Nassau-Weilburg und Nassau-Usingen stammenden, „klein und nicht selten häfslich gestaltet

1) Einzelne von den Einwanderern konnten Französisch. So wird in Wiesenberg erzählt, dafs manche der eingewanderten Frauen französisch sprachen, weil sie daheim in der alten Heimat französische Märkte besucht hätten.

waren“; aber schon ihre Kinder übertrafen die Eltern „an Schönheit und Stärke“. Man nahm an, dafs die durch den Druck der Armut verkümmerten Menschen durch die besseren Verhältnisse, aber auch durch das Klima veredelt worden seien.

In den „Schwabendörfern“ erinnert noch jetzt vieles an die alte Heimat. Oft hört man die Ansiedler das „Reich“ nennen, aus dem sie gekommen sind. Ältere Leute seufzten nicht selten nach dem Reich, wenn ihnen die Verhältnisse der neuen Heimat nicht gefielen. In Brigidau wird erzählt, dafs in den letzten Jahren mancher nur deshalb nach Posen ausgewandert sei, um wieder ins Reich zu kommen. Ebenda wird berichtet, dafs ein alter Mann, der im Sterben lag, sagte: „Ich will ins Reich“; darauf „kehrte er sich um und starb“. Ein alter Mann in Dornfeld erinnert sich, dafs seine Grofsmutter oft erzählte, sie habe im Amtshaus zu Trier gedient. Dort sei ein heifser Brunnen gewesen; in diesen habe man Kartoffeln in einem Sack herabgelassen und gekocht herausgezogen. Ein interessanter Fall ist auch folgender. Der fast achtzigjährige Manz in Dornfeld erzählt, dafs man seinen Vater „Du Hunsrücker“ geschimpft habe; tatsächlich geht aus dem Passe hervor, dafs die Familie Manz vom Nordabhange des Hunsrück stammt. In Dornfeld ist auch noch jetzt, wenn jemand etwas vergebens sucht, die bezeichnende Redensart üblich: „Es wird doch nicht in den Rhein gefallen sein.“ In diesem Dorfe erzählt man auch, dafs ein junger Ehemann sich auf dem Wochenmarkte in Mannheim im Gasthaus zur Auswanderung bereden liefs; seine Frau konnte sich von den Eltern nicht trennen und blieb daheim. Als sie später nach Dornfeld kam, hatte ihr Mann auf Veranlassung Kaiser Josephs eine Witwe geheiratet; aus Gram starb sie in Kürze. In Ugartsberg erinnert man sich noch daran, dafs der Ansiedler Frei seine Braut, eine Rickemann, in der Heimat den Eltern, die das schöne Mädchen ihm nicht geben wollten, gestohlen habe. In Ulm machten sie dann Hochzeit und wanderten nach Osten.

Die Erinnerung an die alte Heimat wurde durch mancherlei Umstände wach erhalten. So heifst z. B. ein Teil des Dorfes Brigidau noch heute Matzenberg, weil sich da die aus der gleichnamigen Ortschaft in der Pfalz Eingewanderten niedergelassen

hatten [1]). Im Besitze mancher Familien, so der Kolb in Brigidau, befinden sich noch die aus der Heimat mitgebrachten alten Besitzbriefe, Geburts- und Trauzeugnisse, ferner die „Los-Scheine“, mit denen die in der Heimat leibeigenen Bauern entlassen wurden, um in die Fremde zu ziehen [2]). Vor allem aber finden sich hie und da auch noch Briefe aus der Heimat, welche beweisen, dafs noch lange nach der Auswanderung Beziehungen zu den daheim gebliebenen Familienangehörigen gepflogen wurden. So sind mir in Dornfeld Briefe vorgelegt worden, die aus den Jahren 1787 bis 1805 herrühren. Sie sind aus Weisenheim am Berg (Pfalz) über Frankfurt am Main, Prag und Lemberg nach Dornfeld an die Familie Bechtloff [3]) gerichtet gewesen und belehren uns über viele Beziehungen, die zwischen alter und neuer Heimat lange Jahre hindurch erhalten blieben. Selbstverständlich bilden Mitteilungen und Anfragen über allerlei Familienverhältnisse und Familienmitglieder den Hauptinhalt der Briefe. Grüfse an Anverwandte und Freunde werden aufgetragen. Die Schwiegermutter teilt ihrem Tochtermann mit, dafs ihr Mann gestorben sei; sie vergifst nicht beizufügen, dafs man ihm „vor der Tür“ als Leichengesang das Lied „Alle Menschen müssen sterben“ und in der Kirche „O du dreieiniger Gott“ anstimmte. Sehr oft finden sich Auseinandersetzungen über Vermögensverhältnisse und Erbschaftsangelegenheiten. Wir ersehen daraus, wie übrigens aus vielen anderen Akten, dafs ganz bedeutende Geldsummen allmählich aus der Heimat den Auswanderern nachgeschickt wurden. Das Geld wurde oft in der Frankfurter Kriegskasse eingezahlt und den Kolonisten in Galizien durch die Lemberger Kriegskasse übermittelt [4]). So erhielten zufolge eines Schreibens vom 26. Mai 1787 Joh. Friedr. Bechtloff 50 Reichsthaler, Heinrich Stüber 203 fl., Karl Breitwieser

---

1) Matzenberg heifst amtlich Karlsberg (bei Grünstadt). Die Bewohner des Ortes waren zumeist „fahrendes Volk“.

2) Solche Manumissionsscheine, Attestate, Pässe u. dgl. liegen auch in den Wiener Archiven.

3) In Weisenheim am Berg und anderen Orten der Pfalz gibt es noch heute Bechtloffs. Ebenso sind in der Pfalz die weiter unten genannten Breitwieser und Sauer noch jetzt nachweisbar.

4) Vgl. oben S. 44.

2 fl. 24 Kreuzer, endlich Lorenz Sauer 65 fl.; die ersten drei waren in Dornfeld, der letztere im benachbarten Szczerzec angesiedelt. In einem anderen Briefe wird eine wiederholte Geldforderung eines galizischen Ansiedlers mit folgenden bezeichnenden Ausführungen beantwortet: „Das Geld, was wir Euch geschickt, davor haben wir den Ochs verkauft, und bauen unser Feld mit Küh. Wir können als dermalen nichts schicken. Kein Feld greifen wir nicht an. Ihr wifst selbsten sobald man Feld angreift, wie es geht. Und wenn wir das Feld erhalten, ist der Nutzen vor Euch wie vor uns. So uns Gott das Leben fristet bis über Jahr, so wollen wir Euch wieder schicken." Und dann erfahren wir wieder, dafs eine Anna Magdalena dem Georg Thomas für eine Haube Taffet schickt, und eine Maria Eva hat ihren „Göthgen" (also den Pathenkindern) Geschenke übermittelt, für deren Anschaffung sie das Geld nicht ohne Schwierigkeiten aufgebracht hat. Ebenso ist von der Übersendung einer „Bindhaube" und einer „seidnen Nestel" (Schnürband) nach Galizien die Rede. Aufserdem finden sich in den Briefen Berichte über die kriegerischen Ereignisse, den Stand der Feldfrüchte und des Weines. Auch in der alten Heimat haben sich einzelne Briefe, die aus den Ansiedlungen dahin gerichtet wurden, erhalten. Die Ausgewanderten erzählen den daheim gebliebenen Angehörigen über ihr Schicksal und die Zustände im neuen Lande. Aus den Briefen erfahren wir auch, dafs sie sich gegenseitig Samen zuschickten.

Liebesgaben, wie die eben in den Briefen erwähnten, mögen zur Erhaltung der alten Tracht beigetragen haben. Am Anfang des 19. Jahrhunderts trugen noch die Kolonisten allgemein ihre „lichtblauen Müllerröcke, gelblederne Beinkleider, weifse Strümpfe, Schnallenschuhe und dreifach gespitzte Hüte". Die Frauentracht kennzeichneten vor allem die gestickten Hauben und die faltigen kurzen Röcke. Jetzt ist die alte Tracht verschwunden; nur die weiten, steifen Röcke der Frauen, die ihnen breite Hüften geben, sind hier wie in den anderen Karpathenländern bei den schwäbischen Frauen noch üblich.

Aufserdem hat mancher aus der Heimat mitgebrachte Hausrat, aber auch alte Feuersegen und Himmelsbriefe, ferner Gebetbücher die alten Erinnerungen wacherhalten. So sah ich in Ugarts-

berg bei der Familie Höhn ein mit der Ansicht von Heidelberg geschmücktes und mit dem Heidelberger Katechismus verbundenes Gesangbuch der reformierten Pfälzer, das mit dem Privileg Karl Theodors, Pfalzgrafen bei Rhein, 1749 gedruckt worden ist. Am rückwärtigen Vorsetzblatt steht aber in schöner Schrift geschrieben: „Im Jahr anno 1780 den 30. Dezember ist Anamaria Krebsin zur Welt gebohrn in Leimen." Ein anderer Vermerk besagt, dafs das Buch von Wilhelm Reiss erkauft worden ist; auch die Reiss stammen aus Leimen (bei Heidelberg).

Treu haben die deutschen Ansiedler ihre heimatlichen Sitten bewahrt. Die alten Festgebräuche sind zum grofsen Teile erhalten. Zu Weihnachten kommt wie in der Heimat der Pelznikel, der weifs gekleidete Engel und das Christkind, das die Kinder beten läfst und sie mit Äpfeln und Nüssen beschenkt. In der Neujahrsnacht ist auch hier noch das „Anschiefsen" der Burschen gröfste Lust. Zu Ostern bringt der Osterhas den Kindern Eier. Für den 1. Mai setzen die Jünglinge ihren auserwählten Mädchen den Maibaum und schmücken ihn auch wohl mit schönen Bändern; als Zeichen des Unmutes und der Verachtung wird aber vor die Türe Hecksel gestreut, ja in Dornfeld war es wie in der alten Heimat üblich, dieses Streuen bis zum Stall des Gemeindestieres fortzusetzen. Wer zu Pfingsten am spätesten erwacht, ist der Pfingstlämmel; wie in Schwaben wird er mit einem Kranze oder mit Brennesseln geschmückt. Ebenso wird jener Knabe, der am spätesten auf die Weide kommt als „Pfingstlämmel" bezeichnet; er erhält einen Laubkranz und wird durch das Dorf geführt. Die Krone aller Feste ist wie in der Heimat das Kirchweihfest, die „Kerb", die auch hier allgemein im Herbst stattfindet. Da wird der mit Kränzen und Bändern geschmückte Kerwêbôm aufgestellt, der auch „Kranichbaum" oder „Maibaum" heifst; ein geschmückter Kerwehammel (Schafbock) oder ein grofses Kopftuch wird verlost; die „Buben" werden „geborscht", d. h. sie erhalten unter Beobachtung gewisser Förmlichkeiten Burschenrechte. Und dazu wird viel gegessen, getrunken und getanzt, denn „s is nore emol im Johr Kerb!" Überaus grofs ist die Zahl der beim Hochzeitsfest erhaltenen alten Bräuche [1]). Zunächst die „Hochzeitsläder", die zum

1) Bemerkenswert ist, dafs in den ersten Jahren nach der Ansiedlung

Zeichen ihrer Würde einen Stock mit rotem Bande tragen. Der Dienstag ist der herkömmliche Einsegnungstag und eine ordentliche Hochzeit währt wie in Schwaben vom Dienstag bis zum Donnerstag. Ferner sind die „drei Tänze“ (Brauttanz, Ehrentanz) gleich nach der Trauung, womöglich im Freien, alte schwäbische Sitte. Ebenso der Raub des Brautschuhes. Das „Abbinden“ der Braut, bei dem Kranz und Schleier mit einem Häubchen oder Tuch vertauscht werden, findet unter Gesang statt, insbesondere wird ein altes Lied über die Bedeutung des Ehestandes gesungen. Dabei wird die Braut beschenkt. Das Herumtragen einer Puppe, die den zu erwartenden Kindersegen andeutet, unter allerlei Gesängen, das Verstecken und Suchen der Brautleute, der arge Mutwille mit dem Brautbette wird bei den Schwaben Galiziens wie in der alten Heimat geübt. Auch die Sitte, dafs die Brautleute durch ein gespanntes Band auf der Gasse aufgehalten werden und sich lösen müssen, kommt hier und dort vor. Ebenso herrschen bei der Taufe ähnliche Bräuche wie in der Heimat, und jungverstorbenen Knaben und Mädchen setzt man nach alter deutscher Sitte in Dornfeld Kronen (aus Papier gefertigt) auf das Grab. Viele von diesen schönen Bräuchen schwinden schon freilich dahin. So ist auch die Spinnstube nur noch in wenigen Dörfern erhalten, weil das Spinnen „sich nicht mehr auszahlt“. Anders war es früher, als die Ansicht galt: „Selbst gesponnen, selbst gemacht, ist die beste Bauerntracht.“ Gegenwärtig ist die Spinnstube noch völlig z. B. in Bandrow, das schon tiefer im Gebirge liegt, erhalten. Die Zusammenkunft findet abwechselnd in verschiedenen Häusern statt. Die Zusammenkommenden besorgen gemeinsam das Petroleum für die Lampe, die in der Mitte der Stube herabhängt. Ringsherum sitzen die Frauen und Mädchen und spinnen auf „Radeln“ (Spinnräder) oder nähen, stricken usw. Die Frauen und Mädchen sind es auch,

---

Burschen und Mädchen in sehr jugendlichem Alter heirateten. Nach dem Josephsberger Trauungsbuch zählten viele Bräutigame unter 20 Jahren, einer blofs „16 Jahre nicht ganz 3 Monate“, ein anderer 16 Jahre 8 Monate; unter den Bräuten finden sich auch einzelne unter 16 Jahren. Auch in Dornfeld heiratete ein 17jähriger Bursche. Die Kindersterblichkeit scheint anfangs grofs gewesen zu sein; dies dürfte durch die Not und die Unbequemlichkeit der ersten Ansiedlungsjahre zu erklären sein.

die vor allem den alten Liederschatz bewahren und die „Spinnstubenlieder“ singen. Die Burschen kommen auch und erzählen Geschichten. Durch die Spinnstuben erhalten sich vielfach die alten aus der Heimat mitgebrachten Lieder. So geschah es denn auch in Bandrow, dafs die versammelte Gemeinde, Männer, Frauen, Jünglinge, Mädchen und Kinder auf meine Bitte, ein Lied zu singen, „den Pfalzgraf am Rhein“ anstimmten. In anderen Gemeinden ist dieses Lied schon vergessen, man weifs nur, dafs es früher gesungen wurde.

Im Liederschatz der Schwaben in Galizien hat sich überhaupt eine reiche Anzahl von Liedern erhalten, die sie aus der Heimat mitgebracht haben. In jedem Dorfe findet man diese alten Volkslieder, ja man darf sagen, dafs keines der geschriebenen Liederbücher, die Mädchen und Burschen besitzen, dieser Lieder entbehrt. Manche von ihnen sind ebenso wie „Der Pfalzgraf“ noch im ganzen Umfange erhalten, andere sind stärker verändert, gekürzt oder erweitert, von noch anderen sind einzelne Strophen oder blofs Zeilen in andere, vielleicht neu gedichtete Lieder geraten. Der Kürze halber sei nur erwähnt, dafs z. B. folgende Lieder aus dem „Wunderhorn“ unter den schwäbischen in Galizien ihre Seitenstücke finden: „Liebesprobe“, „Auch ein Schicksal“, „Edelkönigskinder“, „Das Mädchen und die Hasel“, „Der ernsthafte Jäger“, „Der vorlaute Ritter“, „Schwimm hin, schwimm her du Ringelein“, „Abschied von Bremen (Steinau)“, „Der Schildwache Nachtlied“, „Unbeschreibliche Freude“, „Reiterlied auf des Vaters Knien“ u. a. Eine besonders wichtige Gruppe bilden jene Lieder, die direkt an die Heimat erinnern; so nennen mehrere Lieder, die zum Teil sich ebenfalls im „Wunderhorn“ finden, den Rhein. Zu diesen gehört der „Rheinische Bundesring“ (Bald gras' ich am Neckar, bald gras' ich am Rhein), das in Galizien zu jenen gehört, die während der Hochzeitsfeier beim „Abbinden“ der Braut gesungen werden und wie ähnliche Lieder („Hört, ihr Herren, was ich euch erklär“ und „Es ist keine Kreatur auf Erden“) zu dem alten Liederschatz gehören. In anderen Liedern wird Schwaben und Strafsburg genannt. Deutsche Krippenlieder haben auch bei der einheimischen Landbevölkerung Eingang gefunden.

Über die Zahl der unter Kaiser Joseph eingewanderten Deutschen sind verschiedene Ausweise erhalten. Einer der wertvollsten ist jener, welcher den gesamten Kolonistenstand vom 31. Januar 1786 angibt. Damals befanden sich in Galizien 2100 angesiedelte und 1008 einquartierte Familien, zusammen also 3108 Familien. Diese zählten 6764 männliche und 5601 weibliche Mitglieder, zusammen 12 365 Seelen. Der Religion nach gehörten zur katholischen 1240, zur evangelischen 1444, zur reformierten 398 und zur mennonitischen 26 Familien. Nach ihrer Heimat stammten: 3006 Familien aus dem römischen Reich, 78 aus den preufsischen Landen, 3 aus dem republikanischen Polen und 21 aus den k. k. Erblanden (Österreich). Ackersleute waren 2988 Familien und Professionisten 120 Familien. Dazu mufs bemerkt werden, dafs eine gröfsere Anzahl eingewanderter Familien sich zerstreut hatte und im obigen Ausweise nicht mitgerechnet wurde; auch wanderten nach dem 31. Januar 1786 noch Deutsche ein; man wird daher die Zahl der unter Kaiser Joseph eingewanderten meist südwestdeutschen Familien samt den Nachzüglern zur Zeit des Kaisers Franz auf etwa 3300 Familien oder etwa 15 000—16 000 Seelen schätzen dürfen [1]).

Neben den Schwaben treten in ganzen Dorfgemeinden noch die Deutschböhmen hervor. Die meisten dieser Einwanderer stammten aus dem westlichen Böhmen; der Pilsener und Elbogener Kreis, der Böhmer Wald und das Egerland werden als ihre engere Heimat zumeist genannt. Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts kamen aus Nordböhmen Einwanderer, so nach Preppendorf und Mallmannstal. Auch die Deutschböhmen haben in Sprache und Sitten viele Eigentümlichkeiten gewahrt. Hervorgehoben sei der Gebrauch von Holzschuhen, die man auch bei ihren in die Bukowina eingewanderten Stammesgenossen wiederfindet. Die Zahl der eingewanderten deutsch-böhmischen Familien läfst sich nur annähernd bestimmen; sie dürfte etwa 250—300 betragen haben.

Abgesehen von den Beamten- und Bürgerfamilien, die sich in den Städten niederliefsen und nicht gezählt werden können, dürfte

1) Im Jahre 1804 wurde die Anzahl der Kolonisten auf 19 369 Köpfe und 1812 mit rund 20 000 Köpfen berechnet, doch sind hierin die Ansiedler in der Bukowina schon mitgezählt.

die Gesamtzahl der eingewanderten meist bäuerlichen Familien etwa 3600 betragen haben, also ungefähr 18000 Seelen. Die gegenwärtige Zahl der christlichen Deutschen in Galizien genau anzugeben, ist sehr schwer. Abgesehen davon, dafs die letzte amtliche Zählung vor zehn Jahren (1900) stattfand [1]), kommt dabei zunächst der Umstand in Betracht, dafs diese Zählungen nicht nach dem Grundsatz der Volkszugehörigkeit, sondern nach dem Gebrauch der Umgangssprache erfolgen. Dies erschwert schon die Ermittlung der Deutschen auf Grund der amtlichen Statistik. Dazu kommt, dafs es in Galizien sehr leicht zu erreichen war, dafs ganze irregeführte Gemeinden, die durchaus Deutsche sind und untereinander nur deutsch sprechen, sich zur polnischen Umgangssprache bekannten. So wohnen in Burgthal bei Gródek, unter den 204 Einwohnern etwa 170 katholische Deutsche, echte biedere Schwaben; nach dem Gemeindelexikon von Galizien, herausgegeben von der k. k. Statistischen Zentralkommission, gibt es aber in diesem Dorf überhaupt keinen Deutschen, sondern nur Polen und Ruthenen. Ebenso weist dieses Lexikon in der Kolonie Stadło bei Sandec, die etwa 150 evangelische Deutsche zählt, nur 2 Deutsche nach, und in der benachbarten Ansiedlung Podrzyce-Unterbach, wo etwa 180 evangelische Deutsche wohnen, spricht nach dem Gemeindelexikon niemand deutsch. Im grofsen nordgalizischen Dorfe Hohenbach wohnen in Wirklichkeit etwa 375 evangelische Deutsche; nach dem Lexikon sprechen hier nur 4 deutsch! Daraus ist zu ersehen, dafs die amtlichen Zählungen und darauf aufgebaute Berechnungen vielfach irreführen [2]). Nach privaten Zählungen leben in Galizien etwa 100000 arische Deutsche. Aufserdem sprechen aber über 800000 Juden noch deutsch oder zumindestens den deutschjüdischen Jargon. Ferner trägt zur Verbreitung der deutschen Sprache das Militär bei.

1) Die Zählung von 1910 konnte nicht mehr berücksichtigt werden.

2) Es sei nur noch erwähnt, dafs z. B. in Ranischau nach der Zählung von 1890 kein Deutscher, 1900 aber 200 Deutsche lebten; bei der ersten Zählung wurden also alle Deutschen verschwiegen.

Zweites Kapitel.

1. Das deutsche Ansiedlungsdorf und seine Bestiftung. — 2. Förderung der materiellen Kultur durch die Deutschen; wirtschaftliche Lage. Geistige Arbeit. — 3. Die Bedrängung des Deutschtums in Galizien, Auswanderung und völkische Schutzarbeit.

Das deutsche Ansiedlungsdorf und seine Bestiftung.

Die Anlage und Bestiftung der Josephinischen Ansiedlungen auf den Kameralgütern war für alle anderen mafsgebend und mustergültig. Sie erregt daher vor allem unser Interesse und wird im folgenden besonders berücksichtigt.

Die deutschen Ansiedlungsdörfer entstanden in Galizien zumeist auf schon beurbarten Gründen; doch waren diese sehr schlecht bestellt, mitunter seit vielen Jahren nicht mehr beackert, zum teil mit Gestrüpp verwachsen oder unfruchtbar. Sehr viele von den Ansiedlungen wurden neben bereits vorhandenen Ortschaften angelegt. Daher führen auch jetzt noch Kolonistenorte slawische Namen. Doch war schon 1784 der Auftrag ergangen, die Ansiedlungen, welche mindestens 10 Häuser zählten und eigene Gemeinden bilden konnten, auch wenn sie an Nationalortschaften stiefsen, ganz abgesondert zu behandeln. Sie hatten einen eigenen Namen zu erhalten, oder, wenn der Name der Nationalgemeinde beibehalten wurde, sollte ihm der Zusatz „Deutsch" hinzugefügt werden, also Deutsch-Kupnowice, Deutsch-Czukiew, Deutsch-Kalinów u. dgl. Auch mufsten diese Orte eigene Häusernumerierung und einen eigenen Richter erhalten[1]); in kleinen Ansiedlungen genügte die Bestellung eines „Geschworenen". In-

1) Das Hauptnormale von 1787 hat dagegen die Anordnung getroffen, dafs kleine Ansiedlungen den benachbarten Nationaldörfern einverleibt werden; dies ist 1788 wieder abgestellt worden.

sofern die Ansiedlungsorte deutsche Namen erhielten, erinnerten diese zuweilen an die Heimat (z. B. Falkenstein) oder an die Förderer der Kolonisation: so heifst Josephsberg und Josephsdorf nach Kaiser Joseph [1]); Brigidau nach dem Statthalter Brigido; Ugartstal und Ugartsberg nach Ugarta, dem Vizepräsidenten des galizischen Landesguberniums; Dornfeld nach dem gleichnamigen Hofrat; Mierów nach dem Grafen Mier usw.

Auf die ordentliche regelmäfsige Anlage der Dörfer wurde zur Zeit der Josephinischen Ansiedlung von den Behörden Gewicht gelegt. Das grofse „Hauptnormale" fafst im § 43 die beobachteten Grundsätze ausführlich zusammen. Die Dörfer hatten in der Regel in der Mitte der zu verteilenden Grundstücke zu liegen, und zwar, wenn möglich, auf einer Anhöhe, wegen der besseren Luft und Trockenheit. Kleinere Dörfer konnten blofs aus einer Gasse bestehen; gröfsere sollten ein bis zwei Hauptstrafsen und mehrere Quer- oder Zwerchgassen erhalten. Die Gassen waren breit anzulegen und „zur Verschönerung sowie zur Abwendung der Flammen" mit Bäumen zu bepflanzen [2]); zu beiden Seiten der Gassen waren Gräben zu ziehen. Für die Kirche und das Pfarrhaus, Schule und Wirtshaus sollten passende Plätze bestimmt werden. Auch für die Herstellung der nötigen Brunnen war zu sorgen. Die Hausgründe wurden regelmäfsig zu beiden Seiten der Gassen ausgemessen, so dafs die Häuser einander gegenüber zu stehen kamen. Nach diesen Grundsätzen wurden die Josephinischen Ansiedlungen angelegt; aber auch die späteren auf Privatgütern beobachteten sie. Aus einer Gasse bestehen z. B. die Ansiedlungen Rosenberg, Einsiedel, Neu-Chrusno, Reichenbach, Lindenfeld, Ugartsberg und Machliniec. Zwei sich kreuzende Hauptgassen haben Falkenstein, Wiesenberg und Kaisersdorf. In gröfseren Dörfern schneiden sich mehrere Gassen unter rechten Winkeln. So weist Josephsberg eine Hauptgasse und drei sie schneidende Quergassen auf; rings ums Dorf ziehen die äufseren Gassen und an diese stofsen die

---

1) Josephsberg erinnert auch durch sein altes Gemeindesiegel an den Volkskaiser. Es stellt ihn dar, wie er den Pflug über einen Hügel führt.

2) Auch als Schutz gegen die heftigen Sturmwinde wurden diese Bepflanzungen empfohlen, nachdem in Pietnica-Rosenburg (Bezirk Dobromil) im Frühjahr 1785 der Wind vier Scheuern der Kolonisten umgestürzt hatte.

Halmorigärten (Halbmorgengärten) jener Wirte, für die zwischen den Häusern keine Gartengründe vorhanden waren. In Brigidau wird die Hauptstrafse von der Vordergasse, Mittelgasse und Hintergasse geschnitten; aufserdem ziehen noch rechts und links von der Hauptstrafse mit dieser parallel einige „Schleichwege", die auch schon auf dem alten bei der Anlage der Ansiedlung entworfenen Plane diese Bezeichnung führen. Nach diesem alten Plane kann man sich auch heute noch in dem Dorfe vollständig zurechtfinden; denn alle diese Dörfer bewahren ihre ursprüngliche Anlage, nur dafs am Dorfrande neue Wirtschaften entstehen oder Häusler sich niederlassen. Die durch die Strafsenzüge entstehenden Vierecke sind regelmäfsig in die Haus- und Gartengrundstücke eingeteilt. In der Mitte des Dorfes liegt der Markt- oder Ringplatz. Eine ganz merkwürdige Anlage hat Königsau. Es ist kreisförmig oder vielmehr in der Form eines Fünfecks gebaut; um den in der Mitte liegenden Ringplatz ziehen in entsprechender Entfernung zwei konzentrische Gassen (die Mittelgasse und an der äufseren Peripherie die Hintergasse); diese werden von einigen radial verlaufenden Gassen und Steigen geschnitten.

Zumeist im Mittelpunkt des Dorfes, um den Marktplatz herum, erheben sich die öffentlichen Gebäude, vor allen die Kirche und Schule. Auf diesem Platz und an den Gassenkreuzungen liegen die öffentlichen Brunnen, die zum Teil schon zurzeit der Ansiedlung von der Regierung hergestellt wurden. In Brigidau sollte nach dem ursprünglichen Entwurfe am Dorfplatze ein monumentaler Brunnen „a la rustique" mit Pumpwerk, von Hopfen und Wicken umrankt und mit zwei Sonnenuhren geschmückt, errichtet werden; doch untersagte die Oberbehörde diesen kostspieligen Bau. Immerhin ersieht man aus späteren Abbildungen, dafs einzelne dieser Brunnen sehr schön waren und, wahrscheinlich die sehr tiefen, Zahnradbetriebe aufwiesen. In Königsau sind die Brunnen bis 28 Meter tief; daher graben die Wirte „Wasserlöcher", die sich mit Regenwasser füllen und zur Viehtränke dienen. Die breiten Strafsen sind fast in allen Orten mit Bäumen bepflanzt, die sich tatsächlich als Schutz bei Feuersbrünsten bewähren.

Die Gröfse der den Ansiedlern zugeteilten Gründe waren nach Ort und Zeit verschieden. In der Josephinischen Zeit kam schliefs-

lich die Norm zur Geltung, dafs „kein Bauernansiedler mit weniger als 20 bis 25 Korez Grund, je nach Beschaffenheit der Gleba dotiert werde, weil eine mindere Grundzuteilung kein hinlängliches Auskommen reichet“. Familien, die ein Vermögen von über 200 fl. besafsen, erhielten 30 Korez, jene mit einem Vermögen von wenigstens 500 fl. 40 Korez an Grundstücken. Ansiedler mit 20 bis 25 Korez wurden unbegünstigte, halbe oder ordinäre Bauern, jene mit 30 bis 40 Korez begünstigte oder ganze Bauern genannt; die Zahl der letzteren war verhältnismäfsig gering. So gab es 1790 in Weifsenberg 4 begünstigte und 36 ordinäre, in Burgthal 2 begünstigte und 22 unbegünstigte, in Ebenau blofs 22 ordinäre, in Vorderberg 2 begünstigte und 4 unbegünstigte Bauernfamilien. Mitunter unterschied man noch Dreiviertelbauern [1]), ferner Halbprofessionisten, die nur mit geringen Feldern bestiftet waren. In Neudorf (bei Sambor) zählte man 1783: 5 Halbprofessionisten, 6 Halbbauern und 11 Dreiviertelbauern; in Kaisersdorf im Jahre 1786: 2 Halbprofessionisten und 77 Dreiviertelbauern; in Deutsch-Kupnowice gab es damals 1 Halbprofessionisten, 25 halbe und 4 ganze Bauern. Nur in ganz vereinzelten Fällen ist die Rede von Viertelbauern [2]). Aufserdem wurden den Gemeinden noch gemeinsame Hutweiden, ferner Gründe für Pfarrer, Schulmeister, Richter [3]) und zur Erhaltung der Gemeindestiere und Hengste überlassen. Alle Grundstücke wurden ganz unentgeltlich zugeteilt. Über die Grundbestiftung wurden Grundbücher angelegt. Als Beispiel eines solchen mag jenes von Dornfeld besprochen werden. Dieses bietet zunächst eine Übersicht über die Ansässigkeiten mit Angabe der dazu gehörigen Korezanzahl. Danach erhielt jeder Wirt aufser dem Hausgrund 25 bis 40 Korez; ferner wurden bestimmt für das Wirtshaus 40 K., den Pfarrhof 50 K., das Schulhaus 16 K., das Gemeindehaus 30 K., die Kirche 2 K. 18 Garnez [4]), für den Schulzen 32 K., für die Hengst- und Zuchtstiergründe

1) Offenbar Wirte mit 30 Korez Grundbesitz; während jene mit 40 Korez als ganze, jene mit 20 als halbe Bauern galten.

2) Man vgl. dazu die Übersicht oben S. 49.

3) Später wurden diese Richtergründe eingezogen und den Richtern für ihre Mühe Besoldungen zugeteilt.

4) 1 Korez = 32 Garnez; s. oben S. 40.

50 K., endlich für die gemeinschaftliche Hutweide 600 Korez. Zusammen umfaſste die Ansiedlung 93 Grundbuchskörper mit 3465 Korez 18 Garnez, worin die Haus- und Gartengründe nicht mitgerechnet sind. Sodann wird der zu jeder Ansässigkeit gehörige Grundbesitzstand ausführlich nach seiner Lage verzeichnet. Zu jeder Wirtschaft gehören kleine Abschnitte in den verschiedenen „Gewanden“ (Flurteilen). So erhielt z. B. der Wirt Heinrich Stieber (oben S. 121) von Haus No. 1 auſser dem Haus- und Gartengrund von 1 K. 16 G. seine 30 K. Äcker und Wiesen in 15 Abschnitten, von denen der kleinste 16 G., der gröſste 3 K. 15 G. umfaſste. Sie lagen im Straſsengewand, Monastierer Gewand, Hochgewand, Sträuchergewand, Grabengewand, Horbaczer Grenzgewand, Obergewand, Mittelgewand, Triftgewand, Waldwiese, Krautgartensteil, Unter der Triftgewand, Krasower Gewand erste Abteilung und zweite Abteilung, endlich in der Zbudower Sumpfwiese. In diesen Gewannen erhielt Stieber (auſser dem reinen Haus- und Gartengrund von 1 K. 16 G.): reines Ackerfeld 14 K. 20¼ G., zum Teil sumpfige Ackerrodung 7 K. 16¾ G., Wieswachs 4 K. 8 G., endlich Wiesenrodung und Sumpf 3 K. 6 G.; Summa 31 K. 13 G. oder 33165 Quadratklafter = 20⅔ Joch. Mit Einschluſs der Haus- und Gartengründe umfaſste die Ansiedlung 3771 Korez 30 Garnez. Im Anhange des Grundbuches sind allerlei Änderungen verzeichnet, vor allem die Zuteilung der Gemeindehaus- und Schulzengründe an Ansiedler [1]). In ähnlicher Weise ist die Verteilung der Gründe auch in anderen Josephinischen Ansiedlungen erfolgt; nur ist der Umfang der Bauernwirtschaften mitunter etwas kleiner und die Zahl der Gewanne in der Regel geringer. Die Beteiligung jedes Ansiedlers in den verschiedenen Flurteilen hing mit der Dreifelderwirtschaft [2]) zusammen und hatte den Vorteil, daſs jeder nähere

1) Vgl. Anm. 3, S. 131.

2) Die Dreifelderwirtschaft war das seit dem Mittelalter bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts in den meisten europäischen Ländern verbreitetste landwirtschaftliche Wirtschaftssystem. Dabei stand ein Drittel des Ackerlandes in Brache, ein Drittel war mit Winter- und ein Drittel mit Sommerfrüchten (Gerste, Hafer usw.) besäet. Da der unbebaute Teil als Viehweide benutzt wurde, so muſsten zur Vermeidung von Feldschäden die Brachfelder in einem Gewanne (Tafel) liegen, daher den Wirten ihr Ackerland in mehreren Tafeln angewiesen werden.

und entferntere Stücke erhielt und an Bodenarten verschiedener Güte Anteil hatte. Auch war bei Hagelschlag die Gefahr geringer, dafs die Ernte eines Wirtes gänzlich vernichtet wurde. Dieser Vorteile sind sich die Ansiedler auch gegenwärtig wohl bewufst. Aber ebenso richtig ist es, dafs die Zerstückelung des Feldes dessen Bearbeitung bedeutend erschwert. Insbesondere mufs, wenn Maschinen zur Anwendung kommen sollen, die „Kommassierung“ (Zusammenlegung) unbedingt durchgeführt werden.

Wie die Gründe so wurden auch die Häuser und sonstigen Wirtschaftsgebäude in den Josephinischen Ansiedlungen den Kolonisten unentgeltlich zugeteilt. Sie waren je nach der Gröfse der zugeteilten Gründe verschieden grofs. Das Haus sollte auf einer halben Ansässigkeit 8½ bis 9 Klafter [1]), auf einer ganzen 9 bis 10 Klafter lang sein; die Breite war mit 4½ Klafter bestimmt. Es umfafste eine grofse Stube, eine Nebenkammer, ein Vorhaus, Küche und Backofen, eine kleine Gerätekammer, ferner die Stallung für Melk- und Zugvieh. Die Scheuern waren stets abseits vom Hause im Hintergrunde des Hofes besonders aufgestellt und wiesen je nach der Gröfse der Wirtschaft aufser der Dreschtenne eine oder zwei Pansen (Vorratsräume für Garben und Stroh) auf. Das Baumaterial war je nach der Gegend verschieden; grofses Gewicht wurde darauf gelegt, dafs die Häuser stets ordentliche Rauchfänge erhielten, die Hausstube mit Brettern gedielt wurde u. dgl. m. Ebenso wurde der Forderung der Ansiedler Folge gegeben, dafs die Häuser mit ganzem Giebel und mit Giebelfenstern gebaut wurden, damit der Dachboden als Vorratsraum benutzt werden könnte; dies war bei den einheimischen Rauchhütten unmöglich, denn diese hatten keine Rauchfänge, so dafs der ganze Dachboden verraucht und verrufst war. Von solchen „nach polnischer Weise“ erbauten Hütten unterschied man die „nach deutscher Art“ errichteten Kolonistenhäuser. Nach Zeit und Ort unterschieden sich freilich auch diese Häuser sehr in ihrer Ausführung; neben sehr ordentlichen Bauten, die zum Teil noch jetzt in Benutzung stehen, wurden viele schleuderhaft aufgeführt, so dafs sie in wenigen Jahren zusammenstürzten. Die Kosten waren verschieden.

1) 1 Klafter = 190 cm.

So kostete auf der Drohobyczer Herrschaft ein auf deutsche Art gebautes Kolonistenhaus samt Stall und Scheuer 238 fl. 47 4/8 Kreuzer, auf der Lubaczower Herrschaft 346 fl. 49 Kr., endlich im Grodeker Kameraldominium für einen unbegünstigten Wirt 820 bis 998 fl. und für einen begünstigten 941 bis 1029 fl. Die Häuser auf der letzgenannten Herrschaft waren „teuer, weil sie sehr bequem und dauerhaft waren und die Materialien von weit zugeführt wurden“.

Die Ansiedler erhielten ferner alle Wirtschafts- und Ackergerätschaften unentgeltlich, ebenso das nötige Zug- und Zuchtvieh. Auch diese Ausstattung war zunächst sehr verschieden. Im Jahre 1783 wurden als Kosten dafür angegeben: in der Herrschaft Drohobycz 55 fl. 41 Kr., Dobromil 85 fl. 34 Kr., Jaworów 99 fl. 14 Kr., Lubaczów 100 fl. 22½ Kr., endlich Sambor 107 fl. 56 Kr. Auf der letztgenannten Herrschaft wurden für den ausgewiesenen Betrag angeschafft: 2 Stück Zugpferde von besserer Art zu 30 fl. = 60 fl., 2 Stück Milchkühe zu 10 fl. = 20 fl., 1 Pferdewagen mit ordinärem Beschlag 9 fl. 30 Kr., 1 Pflug 3 fl. 32 Kr., 1 Paar Eggen mit 60 Zinken 3 fl. 20 Kr., 1 grofse Holzhacke 51 Kr., 1 kleine Holzhacke 30 Kr., 2 Stück eiserne Grabscheite zu 51 Kr. = 1 fl. 42 Kr., 1 Stück Breithaue 45 Kr., 1 Stück Räuthaue oder Krampf 51 Kr., 1 Sense 37½ Kr., 1 Sichel 15 Kr., 1 Strohmesser 37½ Kr., 1 Schleifstein 2½ Kr., 1 Klopfhammer (für die Sense) samt Untersatz 30 Kr., 1 Holz- oder Zugsäge 1 fl. 45 Kr., 1 kleine Handsäge 45 Kr., 1 Stemmeisen 15 Kr., 2 Bohrer (grofs und klein) 45 Kr., 5 Stück Getreidesäcke 1 fl. 15 Kr., endlich 1 Getreidesieb 7½ Kr. Spätere Vorschriften forderten noch sorgfältigere Ausstattung; man findet in ihnen Zuggeschirr, Hafersensen und Grassensen, grofse und kleine Sicheln, Dunggabeln, Dunghaken und Heugabeln genannt; auch Spinnräder oder Spindeln wurden zu den unentgeltlich verabreichten Wirtschaftsgeräten gerechnet, dagegen Äxte, Bohrer, Sägen u. dgl. den Hausgerätschaften zugezählt, welche die Ansiedler nur gegen späteren Rückersatz erhielten. Das Hauptnormale von 1787 schreibt für die ganzen Bauern eine reichere Ausstattung mit Acker- und Wirtschaftsgeräten vor; auch erhielten diese je 2 Pferde und je 2 Ochsen, 2 Kühe und 1 Zuchtschwein unentgeltlich, während der halbe

Bauer nur 2 Pferde oder 2 Ochsen nebst dem anderen Vieh bekam. Mit der Ausstattung war die Regierung also jedenfalls sehr entgegenkommend, so dafs es nicht wunder nimmt, wenn gegenwärtig mitunter erzählt wird, man habe selbst die Peitschenstiele den Ansiedlern gegeben.

Auch sonst erhielten die Kolonisten vielfache Unterstützungen. Brunnen wurden für sie überall hergestellt. Auf der Drohobyczer Herrschaft erbaute man bei der Anlage der Ansiedlungen auch gemeinschaftliche Backöfen. In Bruckenthal, Falkenstein und anderen Ansiedlungen unterstützte die Regierung die Errichtung von Flachsdörren. Die Feuerrequisiten wurden unentgeltlich beigestellt; so erhielt z. B. Gelsendorf 3 mit Eisen beschlagene Wasserbodinge, 7 Feuerhaken und 20 mit Pech ausgepichte Strohkörbe (Wasserkübel), das kleinere Oleksice nur 1 Boding, 2 Haken und 6 Körbe.

Unentgeltlich erhielten ferner die Ansiedler bis zu ihrer ordentlichen Bestiftung die Verpflegung, Einquartierung, Arzeneien und die ärztliche Hilfe, ferner die erste Aussaat. Mit der ersten Ernte hörte in der Regel jede Unterstützung auf; nur in besonders berücksichtigungswerten Fällen konnte Aushilfe gegen Rückersatz geleistet werden. Solche Unterstützungen wurden besonders bei Feuersbrünsten und anderen Unglücksfällen gewährt. Zinsen wurden nicht gefordert; auch die Abnahme eines Übermafses vom vorgeschossenen Getreide wurde verboten (1783). Wenn trotzdem später bei Rückgabe von Getreidevorschüssen von jedem Korez (= 32 Garnez) 2 Garnez mehr gefordert wurden, so geschah dies, um diese Überschüsse für die Gemeinde selbst für Zeiten der Not aufzuspeichern (Gemeindespeicher). Von den gewährten Geld- und Getreidevorschüssen wurden unter Umständen Nachlässe bewilligt, so z. B. dem Ansiedler Konrad Weicheimer, der viele Kinder hatte, „da er fleifsig und wohlverhalten ist“; er wollte sein neuntes Kind „unter dem Beistande seiner Majestät taufen“, doch ist es gestorben (1800). Den neun Ansiedlungsgemeinden in der Herrschaft Dobromil wurde von ihren auf 28258 fl. angewachsenen baren Geldvorschüssen die Hälfte nachgesehen und für den Rest eine fünfzehnjährige Zahlungsfrist zugestanden, weil die Ansiedler nur je 15 Joch Grund erhalten hatten, der „zur letzten Klasse gehörte und wegen des steinigen Bodens und

Unfruchtbarkeit ungeachtet aller Mühe nicht in besseren Stand versetzt werden konnte"; überdies erforderte die Beurbarung der zugeteilten Rodgründe eine lange Reihe von Jahren (1794). Auch den „Halbprofessionisten" auf den Dörfern mufsten wegen ihrer unverschuldeten Notlage Nachlässe gewährt werden (1788). Viele Vorschüsse gingen bei verstorbenen oder entwichenen Ansiedlern verloren; doch kam es auch vor, dafs jene Kolonisten, welche ihnen in den Wirtschaften folgten, ihre Schulden übernahmen. Noch um 1810 benötigten einzelne Ansiedlungen, die sehr schlechten Boden hatten oder von Unfällen heimgesucht wurden, Unterstützungen.

Nach Möglichkeit sorgte die Regierung auch für die Hinterbliebenen verstorbener Ansiedler; erwachsene Söhne und mitgekommene Knechte sollten nach Tunlichkeit kleine Ansässigkeiten erhalten. Untauglich gewordene Ansiedler wurden mitunter unterstützt, doch suchte man nach Möglichkeit elende und krüppelhafte Leute loszuwerden (oben S. 81). Liederliche und unruhige Hauswirte wurden entlassen (abgestiftet), wenn Ermahnungen und Strafen nicht fruchteten.

„Gemeindevorsteher" wurden schon zurzeit der Einquartierung bestellt. Sobald eine Ansiedlung stattfand, wurde für jede gröfsere ein Richter und ein bis zwei Geschworene, für kleine blofs ein Geschworener bestellt. So erhielten z. B. in der Grodeker Herrschaft die Ansiedlungen Weifsenberg, Burgthal, Ebenau und Brunnendorf Richter, dagegen Vorderberg nur einen Geschworenen. Die Ansiedler nannten die Richter früher „Schultheifs", was übrigens auch die alten Kirchenbücher und sonstige Aufzeichnungen bezeugen. Auch die Benennung „Schulze" kam vor. Schon das Hauptnormale von 1787 stellte die Pflichten und Rechte der Richter fest; 1788 wurde ein eigener „Unterricht für Richter und Geschworene der deutschen Ansiedlungsdörfer" erlassen. Danach hatten sie vor allem friedensrichterliche Aufgaben zu erfüllen; sie führten ein „Klagprotokoll" und hatten eine allerdings sehr beschränkte Strafgewalt; auch hatten sie alle Polizeianstalten zu versehen und auf gute Wirtschaft in der Gemeinde zu achten. Ursprünglich wurden den Schulzen für ihre Mühewaltung besondere Gründe überlassen; schon seit 1787 verloren sie aber diese

zinsfreien Gründe und erhielten dafür einen jährlichen Lohn von 12 fl.

Für die Kolonisten wurden ferner Chirurgen und Hebammen bestellt (oben S. 47); zunächst wohl nur bis zur Fertigstellung der Ansiedlungen, doch wurde ihre Dienstzeit auch öfters verlängert.

Kaum waren die ersten deutschen Ansiedlungen entstanden, so meldeten sich auch schon deutsche Pfarrer und Lehrer (1783); auch die Ansiedler begannen sofort um deren Anstellung zu bitten. Vor allem handelte es sich um die Seelsorger für die protestantischen Einwanderer, denn für die katholischen konnten den Gottesdienst die vorhandenen Priester verrichten. Schon anfangs 1784 wurden zunächst für die Sandomirer Ansiedlungen zwei vom Teschener Superintendenten zu ernennende Pastoren bewilligt, welchen die Regierung für die ersten drei Jahre ein Gehalt von jährlich 300 fl. und 6 Korez Aussaat, jedoch ohne Steuerfreiheit, einräumte. Nach Ablauf der drei Jahre hatten die Gemeinden selbst ihre Pastoren zu erhalten. Für die Bet- und Pfarrhäuser versprach das Ärar das Material unentgeltlich zu liefern, die Herstellung aber hatte die Gemeinde zu besorgen. In ganz ähnlicher Weise wurden die anderen Kolonien unterstützt, nur dafs das Gehalt für den Pastor mitunter geringer bemessen wurde. Auch Reisekostsn wurden den Pastoren vergütet, kamen sie doch in der Regel aus weiter Ferne. In berücksichtigungswerten Fällen leistete die Regierung auch nach Ablauf der ersten drei Jahre ihre Zuschüsse und zwar auch noch um 1810. Oft litten übrigens die Landpastoren grofse Not. Mancher von ihnen war ein unwürdiger Mann; in das fremde unkultivierte Land kamen leider oft nur solche, die daheim keine Stellung fanden. Gemeinden, die einen Pastor nicht erhalten konnten, mufsten sich begnügen, dafs der Seelsorger einer anderen Gemeinde sie bei Bereisungen aufsuchte. Mitunter leitete auch der Lehrer den Gottesdienst. Grofse Schwierigkeiten bereitete den Ansiedlungen die Erbauung der Bet- und Pfarrhäuser. Da die Beistellung von Material durch die Regierung nicht genügte, gewährte diese in der Regel auch Geldvorschüsse, die in Raten zurückgezahlt wurden. Ebenso bewilligte der Staat für die Anschaffung von Kirchengerätschaften Vorschüsse. In Weifsenberg wurde aus der Scheuer des Lehrers eine Kapelle auf Kosten der

Ansiedler errichtet, „die auf 30 Jahre haltbar ist". Es ist leicht begreiflich, dafs diese ersten Gotteshäuser sehr klein und ärmlich waren [1]); erst später wurden sie zum Teil durch sehr nette Kirchen ersetzt. Auch von den Vorschüssen für Kirchen- und Schulbauten wurden den Gemeinden Nachlässe gewährt. So erhielten die Gemeinden Ugartsthal und Landestreu 1798 den Nachlafs der Hälfte ihres Vorschusses, weil „diese Untertanen sich sehr fleifsig und ruhig betragen und trotz erlittener Beschädigungen die landesfürstlichen und obrigkeitlichen Gaben richtig abgeführt haben".

Wie für Pfarrer so wurde frühzeitig auch für die Anstellung von Lehrern gesorgt. Schon 1784 ist davon die Rede, dafs Schulen errichtet werden sollten; im folgenden Jahre wird für jede Kolonie eine Trivialschule [2]) in Aussicht genommen. Da dafür die nötigen Mittel und Lehrer fehlten, so wurden zunächst nur in den Kreisstädten Schulen errichtet. Aber die Herstellung von Schulen in jeder Ansiedlung wurde immer wieder betrieben, „weil die Ansiedler und ihre Abkömmlinge sonst in Unwissenheit verfallen und am Ende die Zahl unnützer Einwohner vermehren würden". Daher erfolgte im Mai 1786 die kaiserliche Entschliefsung, dafs sowohl für die katholischen als auch akatholischen deutschen Kolonien Trivialschulen errichtet werden sollten. Das Lehrergehalt wurde mit jährlich 100 Gulden rheinisch bestimmt; dieser Betrag wurde jenen Gemeinden, die für den Unterricht ihrer Kinder nichts leisten konnten, zunächst für 3 Jahre aus den Renten gereicht. In der Regel mufste für jedes Kind ein jährliches Schulgeld von 15 Kreuzer gezahlt werden, und der Staat leistete nur den bis zu 100 fl. bleibenden Fehlbetrag. Aufserdem erhielt der Lehrer einen mäfsigen Gartengrund und 6 Korez Acker. Wie die Pfarrgehalte so wurden auch die Besoldungsbeiträge für die Lehrer oft über die ersten drei Jahre hinaus vom Staate getragen, da die Gemeinden erklärten, dafs sie die Erhaltung des Lehrers nicht übernehmen könnten. Nach dem Aufhören der Beiträge aus den Renten mufsten die Lehrergehalte

1) Man vgl. das Bild der Kirche von Fehlbach im „Kalender d. Bundes der christlichen Deutschen f. 1909", S. 195; das alte Kirchlein von Brigidau ist auf dem Kirchensiegel der Gemeinde abgebildet.

2) Schulen, in denen vor allem das Trivium (Lesen, Schreiben und Rechnen) gelehrt wurde.

aus dem Schulgeld, dem Meſsnerverdienst, Beiträgen der Herrschaft oder Gemeinde und endlich im Notfalle aus dem Normalschulfonds oder dem Religionsfonds bestritten werden. Auch zur Errichtung der Schulgebäude erhielten die Gemeinden Beiträge; solche Staatsunterstützungen wurden auch im 19. Jahrhundert oft bewilligt. Nicht vergebens wurden übrigens diese Unterstützungen aufgewendet. „In Gelsendorf", lautet ein amtlicher Bericht von 1794, „ist eine Schule, welche von allen Kindern aller Religionen fleiſsig besucht wird, und erhalten selbe von dem dort befindlichen sehr geschickten Lehrer eine anständige Erziehung". Ein Bericht von 1812 hebt hervor, daſs viele Ansiedlungen mit groſser Aufopferung Kirche und Schule zu unterhalten trachteten. „Oft sorgt schon eine Kolonie von 8 bis 10 Familien für ihren eigenen Lehrer, dessen Unterhalt, wenn er auch nur kärglich ausfallen sollte, immer Aufwand von Geld und Getreide notwendig macht." Die einheimische Bevölkerung muſste dagegen mit Gewalt zum Besuche der Schule angehalten werden, die ihr die Regierung errichtete. Daher hoben sich schon um 1810 die deutschen Rekruten, die lesen und schreiben konnten, von den „nationalen" vorteilhaft ab. Die Lehrer waren freilich oft von sehr zweifelhaftem Wert. „Die meisten Lehrer in Galizien sind Bauern", bemerkt jener Bericht von 1812. Auch noch 1869 finden wir einen „verabschiedeten Feldwebel und Grundwirt" in Manasterz als Lehrer. Mit gleichen Schwierigkeiten kämpften die später entstehenden deutschböhmischen Kolonien. Der erste Lehrer in Machliniec muſste mit seinen Kindern von Haus zu Haus wandern; erst 1852 wurde ein Schulraum hergestellt; die jährliche Besoldung des Lehrers bestand damals in 105 fl., 4 Klafter Brennholz, freier Wohnung und Nutznieſsung von 4 Joch Feld. Auch die spärlichen Besoldungen wurden den Lehrern mitunter nicht ausgezahlt, so daſs sie über groſse Not klagten. Die Erhaltung ihrer privaten deutschen Schulen verursacht einzelnen Gemeinden auch jetzt schwere Sorgen; trotzdem bringen sie verhältnismäſsig bedeutende Opfer und besitzen zum groſsen Teil gute Schulhäuser. Die Besoldung der Lehrer dieser Schulen setzt sich aus einem meist kleinen Gehalte verbunden mit dem Genusse freier Wohnung, eines Feldes oder einer Getreideschüttung und einer gewissen Brennholzmenge zusammen; dazu kommen Stol-

gebühren (besonders wo kein Pfarrer im Orte ist), Entschädigungen für den Konfirmandenunterricht u. dgl. Manche Kolonien können auch gegenwärtig nur einen „Winterlehrer“ erhalten. Andere Schulen erhält der Deutsche Schulverein und das Land.

Die Kosten für die Ausstattung eines deutschen Kolonisten wurden 1784 auf ungefähr 450 fl. berechnet; diese Kosten wurden gegenüber jenen, welche die Ansiedlung auf den böhmischen Kameralherrschaften verursachte, um mehr als ein Drittel wohlfeiler bezeichnet. Tatsächlich stellten sich aber nach Vollendung der Ansiedlung auch in Galizien die Kosten viel höher. Nach einer späteren Berechnung kosteten die Ansiedlungen von Anbeginn bis zum letzten April 1786: Baulichkeiten und fundus instructus 987 121 fl. 52 Kreuzer, Verpflegung und Medikamente 339 384 fl. 44 Kr., Vorschüsse an Geld und Naturalien 131 115 fl. 21 Kr., Reisegeld vom Bialer Mautamt ausbezahlt 12 384 fl.; zur Vollendung der Ansiedlung der in dieser Berechnung berücksichtigten 2425 Familien benötigte man noch 519 850 fl. 28 Kr. Somit betrugen die Gesamtkosten für diese Familien 1 989 856 fl. 25 Kr. oder für eine Familie 820 fl., wobei freilich die rückzahlbaren Vorschüsse mitgerechnet sind. Als ein besonderes Beispiel für diese Ausstattungskosten möge die Berechnung von Gelsendorf angeführt werden (1794). Hier wurden 35 Familien angesiedelt. Sie erhielten an unentgeltlicher Ausstattung, d. i. Haus samt Scheuer und Stall, Grundstücke, Aussaat, Vieh, Ackergeräte, Verpflegung, Medikamente und Reisegeld 34 772 fl. $18\frac{2}{8}$ Kr. Gegen Rückersatz bekamen sie für das Schulgebäude und Dörrhaus, ferner an baren Vorschüssen und angeschafften Hausgeräten 1025 fl. $23\frac{4}{8}$ Kr., die in sechs Jahren zurückzuzahlen waren. Zusammen betrug also der Aufwand 35 797 fl. $41\frac{6}{8}$ Kr. oder für eine Familie etwa 1000 fl. Zwischen 800 und 1000 fl. schwanken auch die Ausgaben für eine Familie in anderen Ansiedlungen; ausnahmsweise stiegen die Kosten der Siedelungen bei Szczerzec sogar auf 1400 fl. für die Familie.

Für ihre Bestiftung übernahmen die Kameralansiedler entsprechende Gegenleistungen. Die weitgehenden Patentbegünstigungen (s. S. 17) von 1781 blieben nicht in Geltung. Die zehn Freijahre wurden blofs von öden Gründen und Rodungen bewilligt, während bezüglich der urbaren Meierhofgründe sich allmählich der Grundsatz ent-

wickelte, dafs ein ganzes Freijahr und drei halbe gewährt wurden, d. h. der Ansiedler hatte das erste Jahr völlig frei, während in den drei folgenden Jahren ihm nur die Hälfte des Zinsbetrages nachgesehen wurde. Diese Giebigkeiten sind aber nicht blofse Anerkennungszinse gewesen, wie sie das Patent in Aussicht gestellt hatte, sondern dem Grundbesitz entsprechende ordentliche Leistungen. Diese wurden von der sogenannten Robotabolitionskommission festgesetzt, und die darüber mit den Ansiedlungen abgeschlossenen Verträge („Kontrakte") bestätigte der Kaiser. Durch diese wurden die Gründe den Ansiedlern ins Erbeigentum überlassen und ihre Grundzinse, Hauszinse und Diensttage festgesetzt. Der Grundzins trat an die Stelle des unbequemen Zehnten. Er wurde zunächst in eine „Getreideschüttung", d. h. eine nach dem durchschnittlichen Ertrage der Felder festgestellte Getreideabgabe berechnet, dann aber diese nach den Marktpreisen in eine Geldabgabe umgewandelt. Entsprechend den geänderten Getreidepreisen sollte dieser Zins von Zeit zu Zeit neu berechnet werden. Zur Zeit Josephs II. zahlten die Kolonien auf der Samborer Herrschaft vom Joch (1600 Quadratklafter) je nach der Güte des Bodens 39½ Kreuzer bis 2 fl. 15 Kr. rhein.; von der Entrichtung der landesfürstlichen Grundsteuer und der Zehntenabgabe an die Geistlichkeit waren diese Ansiedler befreit, weil die Kameralherrschaft sie aus ihren Renten entrichtete. Dagegen zahlten die Falkensteiner auf der Nikonkowicer Herrschaft vom Korez (= 1056 Quadratklafter) nur 24 Kr. bis 48 Kr.; aufserdem aber noch von jedem Korez 6 Kr. als „Dominikalkontributionsbeitrag" zur landesfürstlichen Steuer. An Hauszins wurde von jedem Wirte in der Regel 1 fl. jährlich entrichtet; dafür erhielt er aus dem herrschaftlichen Walde auch das erforderliche Brenn- und Bauholz. Inleute oder Bewohner ohne Grundbesitz, die in fremden Häusern wohnten, entrichteten jährlich nur einen ganz geringen Zins. An Diensttagen leisteten z. B. die Ansiedler auf der Samborer Herrschaft für je vier Joch Grund einen zweispännigen Zugtag oder statt dessen zwei Handtage.

In anderen Verträgen verpflichteten sich die Ansiedler, an Stelle der eben erörterten Steuer-, Zehnten- und Hauszinszahlung 30 Prozent des Bruttoertrages und überdies auch die vorgeschrie-

benen Roboten zu entrichten; diese Leistung war sogar höher als die „Rustikalisten“ (Bauern) regelmäfsig leisten sollten. In den Verträgen mufsten die Ansiedler auch versprechen, die Gründe ordentlich zu bearbeiten, sie nicht zu zerstückeln, noch weniger zu verkaufen; sie durften sie, ohne der Herrschaft einen anderen tauglichen Wirt zu stellen, auch nicht verlassen; die Viehzucht und besonders die Pferdezucht hatten sie zu verbessern. Dagegen konnten sie von ihren Gründen nur nach genauer Untersuchung abgestiftet werden. Für jeden Ort wurde zur Übersicht des Besitzstandes und der Verpflichtungen ein „Grundbuch“, für jeden Ansiedler ein „Gabenbüchlein“ hergestellt. Erwähnt sei noch, dafs die Ansiedler später auch Strafsenfrone leisten mufsten. Bei Wetterschäden, Mifsernten und sonstigen Unglücksfällen wurden Nachlässe von den Grundzinsen gewährt.

Für die Privatansiedlungen zur Zeit Kaiser Josephs waren die Kameralkolonien vorbildlich. So gleicht der Vertrag, den die Gräfin Potocka mit ihren 7 deutschen Kolonisten zu Bedrykowce abschlofs (1785), in vielen Punkten den Kameralkontrakten. Die Ansiedler erhielten je 30 Korez Gründe, ein ordentliches Haus mit einem Stall für 8 Stück Vieh, für die Scheuer jedoch nur das Holz. Dies alles bekamen sie ebenso wie die erste Aussaat unentgeltlich. Das Vieh, die Haus- und Feldgerätschaften erhielten sie gegen Rückzahlung in sechs Jahren; die erste Rate war am 1. Januar 1792 zahlbar. Vom Korez Grund entrichteten sie je nach der Güte 35 bis 55 Kr.; die Zahlung des Grundzinses begann am 1. Januar 1789; sie hatten also drei Freijahre. Ferner verpflichteten sich die Ansiedler jährlich je 12 Arbeitstage gegen Bezahlung von 10 bis 12 Kr. für den Tag zu leisten. Eine Hutweide erhielten sie nicht, Klaubholz zum Brennen nur im ersten Jahr unentgeltlich. Die Bestimmung über die Abstiftung, das Grundbuch und die Vermerkbücher gleichen jenen in Kameralverträgen. Das Dominium erhielt vom Staate als „gnädigste Unterstützung“ für die Ansiedlung 8400 fl. polnisch, also für einen Ansiedler 1200 fl. polnisch oder 300 fl. rheinisch.

Die Bedingungen, unter denen Privatgrundherren und Städte ihre Gründe im 19. Jahrhundert an die deutschen Ansiedler überliefsen, waren weit ungünstiger. So wurden in Baginsberg jedem

Ansiedler 10 Joch Grund zu erbeigentümlicher Nutzniefsung überlassen; dafür hatte jeder Ansiedler jährlich 13 „rheinische Gulden in Konventionsmünze“ an Grundzins zu bezahlen, ferner sieben Zug- und sieben Fufstage jährlich zu arbeiten, endlich an Kleingaben zwei Hühner und fünfzehn Eier zu leisten. Die Ansiedler hatten ihre Gebäude ohne jede herrschaftliche Beihilfe zu erbauen und alle Ärarialsteuern selbst zu tragen. Den Ortsrichter durften die Ansiedler ohne herrschaftliche Zustimmung weder wählen noch absetzen. Für den Lehrer überliefs die Herrschaft 4 Joch Gründe vollständig zinsfrei. In Knihinin erhielt ein Ansiedler 20 Joch Dominikalgründe, das Baumaterial für Wohn- und Wirtschaftsgebäude und jährlich 24 Fuhren Brennholz aus dem herrschaftlichen Walde. Dafür zahlte er jährlich 32 fl. 30 Kr. Konventionsmünze und den Hornviehzins, auch leistete er 12 Frontage jährlich und entrichtete die Ärarialsteuer. In Machliniec erhielt jeder Ansiedler 19 Joch Waldboden, kein Stückchen urbares Feld. Rieseneichen umgaben die Wohnungen; die Entwurzelung eines einzigen Baumes nahm Mann und Weib oft tagelang in Anspruch. Daher war hier, bevor urbarer Boden hergestellt wurde, die Not so grofs, dafs mancher Kolonist das Brot erbetteln mufste; beim Grundherrn fanden sie keine Hilfe. Aus dem gerodeten Holz wurden die Gebäude errichtet; ein Teil in die benachbarten Orte geführt und verkauft. Neben anderen Leistungen sollen hier die Ansiedler 3, ja sogar 4 Tage wöchentlich Robot geleistet haben; die geringste Verspätung zum Robotdienste wurde mit körperlichen Züchtigungen bestraft. In Kornelówka erhielten die 23 Ansiedlungswerber „zur Anlegung der deutsch-böhmischen Kolonie“ zumeist je 19 Joch „mit Sträuchern bewachsene Hutweide“, die sie auf eigene Kosten zu roden und urbar zu machen hatten. Auch die erforderlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude hatten die Ansiedler „zwar landartig aber solid und in der Ordnung, welche in der zur Anlage der Kolonie verfertigten Mappe angedeutet ist, auf eigene Kosten herzustellen“. Holz zum eigenen Bedarf bekamen sie umsonst. In Nowesioło erhielt jeder Ansiedler ebenfalls 19 Joch, darunter 15 Joch Acker, 2 Joch Hutweide und 2 Joch Waldgrund; als die Behörden darauf drängten, dafs die Bestiftung laut kaiserlicher Entschliefsung von 1818 (oben S. 105) auf 26⅔ Joch vergröfsert

werde, wurde geantwortet, dafs die Grundherrschaft zur Erhöhung bereit sei, die Kolonisten aber nicht mehr übernehmen wollten. In anderen Ansiedlungen war übrigens die Bestiftung noch geringer, so in Teresówka nur 10 Joch Feld und 5 Joch Hutweide, aufserdem für die ganze Gemeinde ¼ Joch Friedhof- und 4 Joch Schulgrund. Andere Gemeinden erhielten auch einen gemeinsamen Wald und eine gemeinsame Hutweide. An Streitigkeiten und Prozessen fehlte es nicht, so dafs die Behörden oft genug Grund zum Einschreiten hatten. Die Not der Ansiedler war besonders in den ersten Jahren ihrer Niederlassung in einzelnen Ansiedlungen sehr drückend, vor allem in Orten, wo kein urbarer Boden zur Verfügung stand.

Förderung der materiellen Kultur durch die Deutschen; wirtschaftliche Lage. Geistige Arbeit.

Über das deutsche Ansiedlungswesen und die deutschen Ansiedler sind in Akten und Büchern die widersprechendsten Urteile niedergelegt; bald wird volles Lob, bald wieder bitterer Tadel gespendet.

Die Regierung hat sich von dem Kolonisationswesen grofsen Nutzen versprochen, sonst hätte sie dieses schwierige und kostspielige Werk nicht in Angriff genommen. In kurzer bündiger Weise hat Staatsrat Kressl 1782 die Bedeutung der deutschen Ansiedlung für Galizien gekennzeichnet: „Für Galizien ist die Ansiedlung industriöser Ansiedler, wie der Pfälzer, sehr erwünscht. Die jetzigen Auslagen werden dem Staate in Zukunft Nutzen bringen. Der Ansiedler wird auch dem Nachbar Fleifs, bessere Bearbeitung des Grundes und andere Arbeiten lehren; so wird das Land nach und nach zivilisiert werden.“ Diesen Ausführungen stimmte Kaunitz vollständig bei und verwies darauf, dafs „darin der König von Preufsen leider zu lange und mit vielen Beispielen vorgeht“. Ähnliche Aussprüche über das „für den Staat sehr wichtige und nützliche Ansiedlungsgeschäft“ kommen in den Akten der Zentralregierung jener Jahre in grofser Anzahl vor.

Bald aber begannen, und zwar zunächst in den Berichten der galizischen Ämter, arge Klagen; widerwärtige Umstände verbanden sich, die schliefslich bei vielen eine ganz unbillige Beurteilung des Ansiedlungswesens hervorriefen.

Es ist zunächst richtig, dafs sich besonders unter den ersten Ansiedlerzügen viel unnützes Volk befand. Selbstverständlich drängten sich nach der Kundmachung der lockenden Ansiedlungsbedingnngen zunächst arme und verkommene Leute, die nichts zu verlieren hatten und an ordentliche Arbeit nicht gewöhnt waren, an die Werber heran. Ein Mifsgriff dieser war es aber, diese Elemente als Kulturträger aufzunehmen; in der ersten Hast und Eile ist dieser Vorgang erklärlich. Als später strengere Auslese getroffen wurde, konnte festgestellt werden, dafs auch ein ganz anderer Schlag von Ansiedlern ins Land kam. Freilich haben die für die unnützen Elemente getroffenen Auslagen das Schuldenkonto der tüchtigen Ansiedler schwer belastet, und die vorgefafste Meinung war nicht leicht zu beseitigen.

Grofsen Schaden brachte auch der Umstand, dafs sich unter den Einwanderern viele Handwerker und des Ackerbaues unkundige Leute befanden, die trotzdem als Bauern angesiedelt wurden. Ihre Unkenntnis der Landwirtschaft erschwerte wenigstens anfangs den guten Fortschritt. Dazu kam, dafs die als Handwerker auf dem flachen Lande angesiedelten Deutschen kein Verdienst fanden, weil die Bedürfnisse der einheimischen Landbevölkerung fast ganz durch den Hausfleifs gedeckt wurden. Nur allmählich liefsen sich diese Schwierigkeiten überwinden.

Ein grofser Übelstand war die massenhafte Herbeiziehung der Ansiedler, bevor die für sie erforderlichen Ansiedlungsanstalten getroffen waren. Die dadurch notwendige oft jahrelange Einquartierung der Einwanderer verursachte zunächst grofse Kosten, die als gewichtiges Moment gegen die Erspriefslichkeit der Ansiedlungen geltend gemacht wurden. Von den 39000 fl., welche die Ansiedlung Bruckenthal kostete, entfielen nicht weniger als 10639 fl. auf Reise-, Übersiedlungs-, Verpflegungs- und Medikamentenkosten; die Höhe dieser und ähnlicher Beträge wurde nur dadurch veranlafst, dafs die Einwandernden nicht sofort bestiftet werden konnten. Mit der Verzögerung der Ansiedlung waren aber noch mehrere andere höchst bedeutende Nachteile verbunden. Die Einquartierung war zum Teil für die Landeseinwohner eine Last und brachte die Fremden um deren Sympathien. Sie bereitete den Beamten ungemein viele Schwierigkeiten und nährte so deren Ab-

neigung gegen das ohnehin überaus schwierige Ansiedlungswesen. Sie machte die armen, notleidenden Ansiedler unzufrieden und störrisch. Infolge der schlechten Unterbringung und Ernährung starben viele; bei zahlreichen wurde die Grundlage zu körperlichem Herabkommen gelegt, dessen einzelne Berichte gedenken. Vor allem aber wurden viele dieser jahrelang einquartierten Leute, wie schon ein Bericht von 1784 hervorhebt, „von ihrem sonst gewöhnlichen Fleifs grofsen Teiles abgebracht“; sie gewöhnten sich an Müfsiggang und „eine mutlose schläfrige Untätigkeit“. Diese Klage wird übereinstimmend von verschiedenen Berichterstattern erhoben.

Die Zeit der Not und erzwungenen Untätigkeit, das Zusammenleben mit den leider fast durchaus in gleichgültiger Sorglosigkeit dahinträumenden Landeseinwohnern waren geeignet, bei den sittlich schwächeren Elementen der Einwanderer jene Vorzüge zu unterdrücken, um derentwillen sie ins Land gerufen wurden. Dazu kam, dafs viele der Ansiedler in kleinen zerstreuten Ansiedlungen untergebracht wurden, wo sie ohne Kirchen- und Schulwesen entsittlichenden Einflüssen unterworfen waren. Kleine, schlecht dotierte Ansiedlungen mögen daher oft genug einen recht traurigen Anblick geboten haben. Auch auf die bürgerlichen Elemente hat der Einflufs der polnischen und jüdischen Stadtbewohner ungünstig eingewirkt.

Zu dem allen kam, dafs in die ersten Jahre der Ansiedlung allgemeine Mifs- und Notjahre in Galizien fielen. Wie schwer dieses Unglück die mit den Verhältnissen des Landes nicht vertrauten Ansiedler traf, ist leicht begreiflich. Nach einem Briefe des Brigidauer Pastors Kurz vom 3. April 1788 war die „Armut und Hungersnot in seiner Gemeinde so grofs, dafs viele Familien seit 6—8 Wochen keinen Bissen Brot zu kosten bekommen und wirklich gefallenes Vieh, um sich zu sättigen, dem Schinder gewaltsam weggenommen“ haben. Selbst einen bereits verscharrten Ochsen hatten die Notleidenden nachts wieder ausgegraben.

Alle diese Umstände waren geeignet, rasche Fortschritte des Ansiedlungswesens zu hindern. Die wohltätigen Folgen der Ansiedlung auf die Landeskultur konnten sich ohnehin nicht so rasch zeigen. Dies mag manchen optimistisch gesinnten, der unerfüllbare Hoffnungen gehegt hatte, gegen die Ansiedlung eingenommen haben.

Auch dem Feuergeist Josephs war der Fortgang zu langsam. So erklären sich viele ungünstige Urteile über die Ansiedlungen. Manches dieser Verdammungsurteile ist in überaus voreiliger Weise gefällt worden. So erzählt der Lemberger Gelehrte Hacquet, dafs er (1788) in Kalusz den Lehrer der Kolonie Landestreu kennen gelernt habe. Diesen fragte er, woher er sei: „Die Antwort war: ich bin ein Pfälzer, so wie viele der übrigen dieses Dorfs auch aus dem Ringau [1]) und anderen Weingegenden zu Hause sind“. Daran knüpft Hacquet folgende Bemerkung: „Diese Nachricht war mir genug, ihm Glauben beizumessen, dafs das ganze Gesindel nicht viel nutz sei, indem Weinbauer selten für Kornländer etwas nutz und meistens durstige Brüder“. Einen grofsen Teil der abfälligen Urteile, besonders in den Amtsakten, erklärt der Bericht des trefflichen Gubernialrates Kortum, der 1786 eine Besichtigungsreise durch die Kolonien vorgenommen hatte. Die Ansiedler sind, so führt er aus, nicht so allgemein liederliche und widerspenstige Leute, als man vorgibt. „Selbst an den Orten, wo sie am schlechtesten beschaffen sind, sei der Grund davon vorzüglich in der Art ihrer Behandlung, ihrer Dotierung und schlechten Auswahl der im Dorf zusammengesetzten Familien“ zu suchen. Er verweist auf die vielen Fehler bei der Ansiedlung, die arg zerstückelten Gründe, deren geringes Ausmafs und die oft dem „Rifs und Plan auch nicht halb ähnlich gemachten“ Häuser, die „vom Anfang ihrer Erbauung baufällig“ sind. „Auf ihre Erhaltung und Ausflickung müsse der Ansiedler fast ununterbrochen Arbeit, Zeit und Kosten verwenden, den gröfsten Teil des Winters aber mit Holzführen zubringen, um sich in einem Gebäude, wo Wind und Wetter von allen Seiten hineinschlägt, vor Kälte zu schützen.“ Mit diesen Ausführungen erklärte Kortum gar manche Klage über den geringen Fortschritt und das üble Aussehen einzelner Ansiedlungen. Dazu kommt noch, dafs die Gründe z. B. in der Sandomirer Herrschaft sehr schlecht waren und gleich in den Anfang der Ansiedlung Mifsjahre fielen. Aber Kortum gibt noch eine weitere Aufklärung: „Die Widerspänstig-

---

1) Der Rheingau war (nach Büsching) der durch Weinbau berühmte Landstrich von Mainz abwärts am Rheinufer bis zur Stadt Bacharach.

keit finde er bei diesen Leuten gar nicht, es wäre denn, dafs solche darin bestünde, dafs sie gegen ein und anderen Wirtschaftsbeamten nicht so viel sklavische Unterwürfigkeit, Kriechen des Benehmens und Ausdruck der tiefsten Untertänigkeit bezeugen wie die polnischen Bauern. Der treuherzige Ausdruck und der freie Tritt des Deutschen gereicht schon manchem Wirtschaftsdirektor zum Ärgernis.“ In ähnlicher, nur etwas schärferer Weise äufsert sich 1812 der überaus verläfsliche Bredetzky: Die Deutschen haben den Mut, die unerlaubten Zumutungen der Unterbeamten, die vom Mark der Armut zehren, zurückzuweisen; das hat ihnen den Hafs der kleinen Tyrannen, die die armen polnischen Bauern auf das himmelschreiendste zu bedrücken gewohnt sind, zugezogen. Als weiteren Grund der üblen Beurteilung führt Bredetzky den nationalen Hafs der polnischen und ungarischen Beamten an. Aktenmäfsig kann nachgewiesen werden, dafs ein grofser Teil der Klagen und Beschwerden der Beamten über die Ansiedler ungerecht und gehässig war; in vielen Fällen trugen die Beamten die Schuld.

Das Mitgeteilte wird genügen, um die oft übertriebenen ungünstigen Berichte über die deutschen Ansiedler zu erklären. Diesen Urteilen stehen übrigens zahlreiche überaus anerkennenswerte Äufserungen über die Einwanderer und ihre Tätigkeit gegenüber.

So führt der bereits genannte Kortum in seinem amtlichen Berichte aus: Es seien zwar nicht alle Ansiedler „fleifsig, tätig und wohlgesittet“, aber er könne „mit Zuversicht behaupten, dafs sie sich hin und wieder sichtbar vor den Nationalisten auszeichnen und an vielen Orten auffallende Beweise ihres Fleifses geben“. Er verweist darauf, dafs sie schon dadurch für den Nationalisten mustergültig wurden, weil sie von diesem den Dünger erkauften und auf die Felder führten, die Städte mit frischem Gemüse versahen, Gartenfrüchte, Erdäpfel und Klee bauten, ferner Pferdezucht betrieben. „Die dreitägige Arbeit eines einheimischen Bauern ist kaum mit einer eintägigen eines deutschen Bauern zu vergleichen“. Ebenso spricht er den deutschen Handwerkern das Wort und zieht sie besonders den jüdischen vor, die schlechter und liederlicher arbeiten.

Ähnliche Urteile liefsen sich zahlreich anführen. So heifst

es im Szczerzezer Finalisierungsoperat (1789): „Übrigens mufs man bemerken, dafs wie die Familienväter auch ihre angesiedelten Kinder den höchsten Stiftungsabsichten vollkommen entsprechen und sich allenthalben als tätige und sorgsame Wirte bisher ausgezeichnet haben.“ Ähnlich wird im Finalisierungsoperat der Herrschaft Grodek (1790) bemerkt: „Die Grodeker Ansiedler haben bisher einstimmig vom Amte die Belobung ihrer Betriebsamkeit und der Ackerbaukenntnisse erhalten, besonders empfiehlt sie ihre Viehzucht. Wenn auch einige wenige darunter als minder emsige und fleifsige Wirte angesehen werden können, so geben sie doch Hoffnung, dafs auch solche in ihrer Wirtschaft durch das Beispiel der anderen und gute Aufsicht können gebessert werden. Es ist also dermalen keiner zur Abstiftung angetragen und geeignet.“ Ebenso rühmt der Bericht über Gelsendorf und Oleksice (1791): „Ohngeachtet der Verschiedenheit der Religion leben alle Inwohner in guter und nachbarlicher Verträglichkeit und ihr arbeitsames Betragen läfst auch keinen Zweifel übrig, dafs alle Fremden ihr gutes Fortkommen finden werden, doch ist die Oleksicer Gemeinde wegen viel erhaltener Rodgründe etwas härter daran als jene in Gelsendorf.“ Ähnlich lauten andere Urteile (vgl. S. 138 u. 151). Im allgemeinen kann gesagt werden, dafs sich mit den Jahren die Beurteilung günstiger gestaltete. Dies kommt auch in der Literatur zur Geltung; man braucht nur die Berichte Hacquets (1788) mit jenen Rohrers (1804) und Bredetzkys (1812) zu vergleichen.

Erwähnt wurde schon, dafs die privaten Grundbesitzer, nachdem sie in den deutschen Wirtschaftsbetrieb Einblick erhalten hatten, gern Deutsche aufnahmen. Mit Recht wird in den „Vaterländischen Blättern“ (1810) bemerkt: „Wenn die polnischen Edelleute trotz Apathie gegen alles, was deutsch ist, Deutsche auf ihren Gütern aufnehmen, so mufs der Vorteil einer solchen Mafsregel schon vielen einleuchten.“ Nicht mit Unrecht hat man auch auf den kläglichen Ausgang anderer Ansiedlungsversuche in Galizien, so der Ackerjuden in Neu-Babylon (bei Bolechow) und Neu-Jerusalem (Dąbrówka bei Neu-Sandec) hingewiesen; sobald Deutsche an ihre Stelle gesetzt wurden, entwickelten sich die Kolonien sofort. Ebenso interessant ist es, zu erfahren, dafs deutschen Wirten übergebene Wirtschaften von diesen so rasch verbessert wurden, dafs

sie nach kurzer Zeit schon im Werte gestiegen waren: als die lahme Ansiedlerswitwe Magdalena Schwerdfegerin in Kaisersdorf genötigt war (1787), die Wirtschaft aufzugeben, übernahm ein Ansiedlungswerber nicht nur die darauf haftenden Ansiedlerschulden, sondern bezahlte der Witwe noch 42 fl.

Die beredteste Sprache für den Nutzen der deutschen Ansiedlung spricht jedoch die von den Kolonisten geleistete Kulturarbeit.

Die Deutschen sind unleugbar in ein Land gekommen, von dem ein altes Sprichwort sagte: „In Polen ist nichts zu holen.“ Ihnen sind oft Gründe übergeben worden, „die vom vorigen Nutznieſser im schlechtesten Zustand übernommen wurden“; es gab darunter Äcker, die „ehemals nur alle 7 oder 9 Jahre von den Nationaluntertanen bebaut wurden“. Selbst in den besser kultivierten Gegenden, wie bei Lemberg, erhielten die Dornfelder nur 1847 Korez reines und 1925 Korez unkultiviertes Land. In der Sandomirer Herrschaft waren die Ansiedler auf „sandigten Gründen“, „fast bloſsem Flugsand“, oder in Morästen und Rodungen untergebracht worden. Viel ärger war natürlich das Verhältnis in gebirgigen Dörfern, wie etwa in Bandrow. Wie es damals in Galizien aussah, das geht klar aus dem geradezu erschrecklichen Raubtierstand hervor, von dem die Ansiedler noch jetzt erzählen. Dieser ungeheure Reichtum an Raubtieren ist auch urkundlich belegt. So sind in der Zeit von 1798 bis 1803 in den Kreisen Przemyśl, Żółkiew, Zamość, Złoczów und Zaleszczyki 742, beziehungsweise 925, 1261, 735, 360 Raubtiere erlegt und dafür 3339 fl., beziehungsweise 4162, 5701, 3307 und 1620 fl. an Prämien bezahlt worden. Zusammen wurden in der genannten Zeit in 15 Kreisen 6156 Raubtiere erlegt und 27702 fl. Prämien gezahlt. Im Samborer Kreise, in dem sich viele deutsche Ansiedlungen befanden, wurden 1796 bis 1803 86 Bären und 420 Wölfe getötet und 2277 fl. an Belohnung ausgezahlt. Geradezu erschrecklich lauten aber auch alle Nachrichten über den Stand der Landwirtschaft und der bäuerlichen Kultur. Die Pflüge waren klein und plump; gepflügt wurde nur eine viertel Elle tief, oft auch nur mit der Hacke das Feld etwas aufgelockert und darauf gesäet. Die Brache dauerte 3 bis 4, aber auch 7 bis 9 Jahre. In einzelnen Gegenden brannte man die Bäume und Sträucher nieder und säete auf der

Brandstätte im ersten Jahr Weizen oder Korn, im zweiten Gerste, im dritten Hafer. Die Eggen bestanden oft nur aus einem schmalen mit etlichen eisernen Nägeln beschlagenen Brette. Ebenso schlecht und klein waren die Wagen; „an einem ganzen Wagen befindet sich öfters kein Lot Eisen“. Das Düngen war unbekannt; nach übereinstimmenden Berichten lachten ursprünglich die einheimischen Bauern die Deutschen aus, als diese auch von ihren Höfen den Dünger wegführten. Futterkräuter, Gemüse, Obst und Handelskräuter wurden fast nicht gebaut. Noch kläglicher stand es um die Viehzucht. Das Vieh war krüppelhaft, elend, unansehnlich. Es gab fast keine Stallungen, so dafs das Vieh, besonders im Winter, furchtbar litt. Von ordentlicher Fütterung und Pflege war keine Rede.

Diese traurigen Verhältnisse fanden die Deutschen vor. Redlich haben sie seither an der Urbarmachung des Landes gearbeitet; in öden, verwilderten Gegenden entstanden fruchtbare Felder, blühende Dörfer. Schon 1784 erkennt ein Bericht an, dafs die Ansiedler die Felder besser bebauen als die Eingeborenen. Ein Bericht von 1785 meldet, dafs die Ansiedler von Hujsko-Falkenberg „über tausend Fuhren Dünger“ aus dem Nationaldorf auf ihre Felder geführt haben; auf ihren Richter waren sie „eifersüchtig“, weil diesem die Inländer Dünger auf seine Felder beförderten. Die Rehberger Deutschen, welche als sehr fleifsig und arbeitsam bezeichnet wurden, holten eine halbe Meile weit aus Krakowiec den Dünger auf ihre Felder (1788). Damals bauten schon deutsche Ansiedler „eine Menge Erdäpfel“ [1]). Die Kolonisten auf der Tuszower Kameralherrschaft hatten bereits 1785 „eine Menge der besten und gröfsten Erdäpfel, dann Kraut und Hülsenfrüchte zur allgemeinen Verwunderung der dortländigen Wirtschaftskenner hervorgebracht; die aus der Gegend des Rheinstromes dahin gelangten deutschen Ansiedler haben auch mit sich gebrachte Rebenableger zu versetzen angefangen“. Den Gemüsebau haben

1) Weil die Erdäpfel von den Schwaben verbreitet worden waren, erhielten sie hie und da den Namen „Schwabky“. Das ordentliche Pflanzen der Kartoffel lernten die Ruthenen erst von den Deutschen; vorher machten sie mit einem Pflock ein Loch in den Boden, legten die Kartoffel hinein und verscharrten sie mit dem Fufse (Bericht aus dem Orte Nahujowice).

überhaupt erst die Deutschen verbreitet. Dasselbe gilt von den Futterkräutern, besonders vom Klee. Die Kolonisten aus der Neu-Sandecer Gegend betrieben den Kleebau anfangs des 19. Jahrhunderts so erfolgreich, dafs sie Kleesamen über Danzig nach Norden, ferner nach Ungarn in grofsen Mengen ausführten. Nach Kaschau allein wurden von ihnen 1807 1000 Zentner im Werte von 50000 fl. verkauft: „diesem Handel verdankten diese Ansiedler ihren Reichtum.“ Auch nach Schlesien wurde Kleesamen verhandelt. Ebenso wurde mit der Kultur des Tabaks, der Röte, der Rapsrübe und des medizinalen Rhabarbers begonnen. Die Rhabarberwurzeln hatten einige Ansiedler mitgebracht; der an mehreren Orten versuchte Anbau lieferte tatsächlich verwendbare Wurzeln. Den Rapssamen schickte man aus Deutschland in Briefen [1]). Überaus wurde der Obstbau durch die Kolonisten gefördert. Schon 1797 erhielten drei Kameralansiedler, weil jeder über 200 Obstbäume gepflanzt hatte, jährlich 2 Dukaten als Prämie; ein Ansiedler in Dobrzanica erhielt die auszeichnende Belohnung sogar doppelt. Nachdem die Ansiedler zwei Jahrzehnte im Lande waren, „glichen ihre Dörfer in den meisten Gegenden Gärten, in denen ihre Wohnungen Lusthäuser zu sein schienen“. „Reichenbach sollte wegen seines Obstreichtums Reichenobst heifsen. Vor jeder Wohnung ist ein Obstgarten. Man sieht vor Obst und Laub kaum die Wohnungen der Kolonisten“ (1809). Obstbaumhändler aus Württemberg und Franken führten jährlich Wagenlasten von Baumstämmchen und Pfropfreisern ein. Auch die Waldwirtschaft, die völlig vernachlässigt war, ist erst durch die deutschen Beamten, Waldbereiter, Jäger und Förster gehoben worden. Ebenso zeichnet sich die Viehzucht der Ansiedler vorteilhaft aus: Stallungen, Stallfütterung, Verabreichung von warmen „Trankl“, Waschen des Viehes wurden erst durch die deutschen Kolonisten allgemein bekannt; auch der Hufbeschlag war vorher dem galizischen Bauer überflüssig erschienen.

Unter deutschem Einflusse hat auch die einheimische Bevölkerung seither viel gelernt; doch unterscheidet man auch jetzt noch in vielen Gegenden das wohlbestellte deutsche Feld leicht von jenem

---

1) Vgl. auch oben S. 122.

des Ruthenen und Polen [1]), ein deutsches Gespann und deutsches Vieh vom einheimischen. Kaum ist es nötig, zu bemerken, dafs die deutschen Kolonisten auch bessere Handwerkszeuge und Ackergeräte gebrauchten und deren Verbreitung veranlafsten. Sie brachten solche zum Teil aus ihrer Heimat mit, z. B. gute Hecheln, wie sie in Galizien nicht zu erhalten waren, oder sie bestellten sie von dort, so etwa eine Ölmühle. Auch kam es schon um 1800 vor, dafs ein Wirt sich mit einem Aufwande von 100 fl. eine Rofsmühle herstellen liefs, „um nicht ganz von dem Eigensinn und Eigennutze jüdischer Pächter der Wassermühlen abhängig zu sein“. Windputzmühlen werden in den Inventaren der Bauern in Josephsberg um 1840 regelmäfsig genannt. Auch jetzt findet man landwirtschaftliche Maschinen bei den deutschen Ansiedlern in Galizien weit häufiger als bei den anderen Bauern. Von ebenso bedeutendem Einflufs auf die einheimische Bevölkerung war der deutsche Hausbau und der deutsche Hausrat.

Zur Kennzeichnung dieser Einflüsse möge eine Anzahl von heute üblichen polnischen und ruthenischen Ausdrücken angeführt werden: ganek, ganok = Gang (beim Hause), przydachy = Vordach, szopa = Schupfen, śpiklerz = Speicher, futryna = Fensterstock (Fensterfutter), szeba = Scheibe, Fenster, śruba = Schraube (auch eine Art Fensterverschlufs), klamka = Klinke am Türschlofs, ferladuna = Fensterladen, koch = eine Art Herd, drajfus = Dreifufs, listwa = Leiste, szoflada = Schublade, spyrnal = Sperrnagel beim Wagen, stelwaha = Stellwage, ortszek = Ortscheit, buksza = Radbüchse, hufnal = Hufnagel, zugli = Zügel, fartuch = Vortuch (der Frauen), gugla = Kapuzenmantel, manta = Mantel, taszka = Ledertasche, krysa = Krause, leybek = wollenes Unterkleid, magliunycia = Mangelholz (zum Rollen, Glätten der Wäsche) usw.

Wie für die ländliche Kultur, so waren die deutschen Ein-

1) Auf welcher niedrigen Stufe der Ackerbau im Durchschnitte auch heute noch in Galizien steht, geht daraus hervor, dafs die einheimische Bauernbevölkerung Getreide für eigenen Bedarf zukaufen mufs. Ein Samenkorn ergibt durchschnittlich nur 5 Körner, während in Deutschland der Ertrag 7—10 Körner ist. Für die deutschen Gemeinden in Galizien liegen leider keine besonderen Berechnungen vor

wanderer auch für die Entwicklung der Städte von gröſster Bedeutung. Zur Zeit der Erwerbung durch Österreich war das städtische Leben in Galizien im tiefsten Verfall. Die Unordnung auf den Straſsen und die Verwahrlosung der Häuser in den damaligen Städten spottet jeder Beschreibung. Dies gilt nicht nur von den kleineren Landstädten; auch in Wieliczka gab es nur zwei gemauerte Häuser, in Bochnia keines. Selbst die Rathäuser waren gewöhnlich von Holz. Die Bauart war so unordentlich und feuergefährlich, daſs schreckliche Feuersbrünste oft bedeutende Stadtteile vernichteten. In Bochnia und Wielicka starrten im Sommer die Straſsen von Staub und Schmutz, im Frühjahr und Herbst aber vermochten sechs Pferde einen leichten Wagen nicht aus dem Morast herauszuziehen. Ja es fehlte an den nötigsten Brunnen, so daſs selbst Trinkwasser aus den Flüssen geholt wurde. Auch in Lemberg waren die Häuser elend, die Straſsen schmutzstarrend, das Pflaster vernachlässigt [1]); an Handwerkern aller Art herrschte der gröſste Mangel. Um Gewerbetreibende und Kaufleute herbeizuziehen, hat schon Maria Theresia 1774 selbst die Aufnahme von Protestanten in den Städten gestattet, Kaiser Joseph vergröſserte 1781 die Freiheiten für diese Einwanderer und lieſs sie öfters kundtun. Trotz mancher Opfer des Staates blieb die Zahl der einwandernden Handwerker ungenügend; so wurden Ende 1783 unter den Ansiedlern neben 1193 Ackerbauerfamilien nur 24 Familien Handwerker, und 1786 an Ackersleuten 2988 Familien, und an Professionisten bloſs 120 Familien gezählt. Doch sind darunter jene Handwerker nicht inbegriffen, die ohne Unterstützung und Zutun des Staates einwanderten und sich niederlieſsen. Infolge des Mangels an Handwerkern nahm das Ansiedlungsgeschäft geringen Fortgang. Daher wurden alle Einschränkungen, die das allzu starke Zuströmen von Ackerbauern hintanhalten sollten, bezüglich der Handwerker auſser Kraft gesetzt; man nahm auch Auswanderer aus den österreichischen Ländern auf und drang nicht auf einen entsprechenden Vermögensnachweis. Nachdem die

1) Als man nach der österreichischen Besitzergreifung in Lemberg Anstalten zur ordentlichen Pflasterung machte, soll man unter dem weggeräumten Unrat drei Pflaster übereinander gefunden haben; es war also „immer auf das verwahrloste ein anderes gelegt und wieder verwahrlost worden“.

Aufnahme von Landleuten eingestellt worden war, wurden Begünstigungen für einwandernde Handwerker wieder verlautbart (1787), und seit 1813 wurden neue Versuche zu ihrer Herbeiziehung gemacht. All dies beweist nicht nur den grofsen Mangel an Gewerbetreibenden, sondern auch die Unentbehrlichkeit und Brauchbarkeit der deutschen Handwerker; freilich waren nicht alle Eingewanderten tüchtig und ordentlich.

Zur Ansiedlung wurden die mannigfaltigsten Handwerker und Fabrikanten aufgefordert: Ziegelbrenner, Maurer, Zimmerleute, Schmiede, Schlosser, Tischler, Töpfer, Schuster, Schneider, Hutmacher, Juveliere, Goldarbeiter, Seidenfabrikanten, Uhrmacher, Woll- und Leinenweber, Tuchmacher, Tuchscherer und Färber, Rot- und Weifsgärber, Steinhauer, Glaser, Drechsler, Wagner u. a. „Da die Mühlen im Lande schlecht sind, so sollen auch des Mühlbaues kundige Müller und Beuteltuchmacher aufgenommen werden“ (1784). Besonders dringend erforderlichen Handwerkern wurden noch aufserordentliche Unterstützungen in Aussicht gestellt; so bot man guten Seilermeistern aufser den gewöhnlichen Patentbegünstigungen noch 200 fl. Reisegeld und versprach dem tüchtigsten unter ihnen 500 Dukaten Remuneration. Im Jahre 1784 baten die Lemberger Schlosser und Büchsenmacher, die durchaus Deutsche waren, dafs ein Feilenhauer aus Oberösterreich herbeigezogen werde, da sie ihre abgenutzten Feilen 40 bis 50 Meilen nach Kaschau schicken müfsten. Dieser Bitte schlossen sich die Militärbehörden an, und so wurde der Feilenhauer Plank aus Oberösterreich unter Gewährung von besonders günstigen Bedingungen in Lemberg angesiedelt. Durch ein Kreisschreiben wurde sodann auf diesen Meister aufmerksam gemacht, der nicht nur neue Feilen machte, sondern die alten auch sehr gut wiederherstellte [1]). Oft ist die Rede von der Herbeiziehung von Webern und Tuchmachern aus Böhmen, Schlesien und Sachsen. Um Biala im Westen und in Zaleszczyki im Osten des Landes hatte es schon früher deutsche Weber gegeben; nun machten sie sich an anderen Orten ansässig. In Jaroslau hatte der Tuchfabrikant Gottlieb Lischke schon 1786 eine Fabrik mit 20 Stühlen vollkommen in Betrieb gesetzt; er erhielt einen Vor-

---

1) Ähnliche Anempfehlungen kommen auch in anderen Kreisschreiben vor.

schufs von 10000 fl. Der Seiden- und Zeugfabrikant Franz Müller errichtete 1784 in Lemberg eine Fabrik; nach kurzer Zeit hatte er bereits mehrere hundert Ellen „Dünntücher“ und „Marle“ [1]), ferner aus Dünntuch zugerichtete Frauenzimmerröcke und Schürzen am Lager. In Sambor wurden Leineweber angesiedelt, unter ihnen eine Anzahl Kunstweber. Und so begegnen uns im ganzen Lande deutsche Handwerker, Fabrikanten und Kaufleute. Es sei nur erwähnt, dafs sich in Lemberg der deutsche Buchdrucker Piller ansiedelte, der auch eine Papiermühle besafs. Ebenda arbeitete 1787 der erste Grofsuhrmacher Simon Engel mit Erfolg; er war vordem als Bauer auf einer Privatherrschaft angesiedelt gewesen. Friedrich Dargunt liefs sich daselbst als Siegellackmacher nieder. Schon um 1776 wird oft der Schiffsbaumeister Hepp genannt. Der deutsche Zimmermann Johann Andler erscheint auch als „Mühlenarzt“ oder „Mühlbauer“; Jakob Lang bat um die Erlaubnis, eine Sägemühle errichten zu dürfen. Ebenso finden wir bald deutsche Brauermeister, Glasmacher, Glockengiefser und Bildhauer in Galizien. Nicht allen angesiedelten Handwerkern glückten ihre Unternehmungen; vor allem fanden jene am Lande wenig Arbeit. Was sollten auch z. B. Strumpfwirker in den Dörfern machen, da doch die einheimische Bevölkerung auch jetzt noch zum grofsen Teile keine Strümpfe trägt. Aber einzelne Gewerbe entwickelten sich trotzdem auf den Dörfern. In Dobrzanica fertigten die Ansiedler schon um 1812 viele Feuereimer, Bienenkörbe u. dgl. aus Stroh und versorgten damit die Umgebung. Auch jetzt werden z. B. in Brigidau jährlich viele tausend Schubkarren, ferner Pflüge, Wagen und Getreideputzmühlen hergestellt. Zahlreiche von den eingewanderten Handwerkern und Kaufleuten wurden überaus wohlhabend. Es gab aber auch unter ihnen geradezu hervorragende Männer; ein solcher war der treffliche Preschel (gest. 1808), der eine Reihe von Unternehmungen ins Leben gerufen hat. Er handelte mit allerlei Landesprodukten und führte fremde Waren ein, gründete eine Lederfabrik, betrieb ein Brauhaus, baute Hopfen, trocknete Moräste und errichtete darauf Gärten und Häuser; aufserdem war er unermüdlich für die Gründung der Lemberger evangelischen

1) Marly, ein gazeartiger Stoff.

Gemeinde tätig und brachte dafür grofse Opfer. Freilich gab es unter den Eingewanderten auch allerlei Glücksritter, aber die nützlichen, ehrlichen Arbeiter haben weit überwogen. Sie bildeten einen Hauptbestandteil der städtischen Bevölkerung. Um 1800 war z. B. in Lemberg nicht nur der einzige Buchdrucker ein Deutscher (Piller), sondern auch das Kasino des Höchst galt als das einzige ordentliche Hotel. Zu den ersten Kaufleuten gehörten Klotz, Koberwein und die Gebrüder Bürger. Hier wohnte der beste „Traiteur" des Landes, ein Georg Hoffmann. Tanzmeister war der Elsässer Kurtz, Ärzte waren Hildenbrand, Knee und Krausnecker. Und so gab es hier, ebenso in Krakau und anderen Städten, unzählige deutsche Vertreter der bürgerlichen und gelehrten Stände. Es sei nur erwähnt, dafs ein Verzeichnis der Krakauer Kaufleute von 1809 mehr als ein Drittel deutsche Namen aufweist; ein Karl Forkmann stellte in Krakau das erste Mikroskop zur öffentlichen Besichtigung auf und ein Peter Steinkeller unterhielt eine Schnellpostverbindung zwischen Krakau und Warschau. „Jage man", so heifst es in der 1790 erschienenen Schrift „Magna Charta von Galizien", „alle Teutschen aus Polen, so hat morgen die ganze Nation keinen echten Künstler und keinen guten Bürger noch Handwerker mehr." Im Laufe der Jahrzehnte haben sich diese Verhältnisse geändert; die einheimischen Nationen gewöhnten sich allmählich an bürgerliche Tätigkeit und verleideten durch ihre Unduldsamkeit deutschen Handwerkern und Kaufleuten den Aufenthalt in ihren Städten. Ganz sind sie noch nicht verdrängt, doch bringt es die Abhängigkeit der bürgerlichen Berufe von ihrem Kundenkreise mit sich, dafs sie der Entnationalisierung anheimfallen.

Die deutschen Einwanderer haben aber nicht nur ihre Arbeitskraft und ihre Kenntnisse mitgebracht, sondern zum Teil auch beträchtliches Vermögen. Anfangs kamen freilich zumeist arme Leute; später forderte man aber den Nachweis von 100 bis 200 fl. und bevorzugte besonders die reichen Ansiedler. Im Januar 1784 wurden z. B. 7 Familien aus Württemberg mit Vermögen von 150 bis 1950 fl. angenommen und seither begegnen in den Akten wiederholt Berichte über den Vermögensstand der Einwanderer. Ein amtlicher Bericht vom August 1784 meldet, dafs seit Mitte Juni fast alle Kolo-

nisten über 100 fl. mitgebracht haben; viele hatten noch einen grofsen Teil ihres Vermögens im Reiche zu fordern. Allein die Ansiedler, die mit Metternichschen Pässen kamen, brachten damals über 50 000 fl. nach Galizien. Der Vermögensstand aller Emigranten vom Sommer 1784 wurde mit 126 394 fl. in Barem und 75 339 fl. in ausstehenden Forderungen beziffert; viele hatten ein Vermögen von 300—800 fl. „Auch war der gröfste Teil dieser Leute sehr wohl gekleidet, von gutem Aussehen, und sie schienen, nach ihrer Rede zu urteilen, meist arbeitsame und geschickte Leute, und also von jenen sehr verschieden zu sein, die bei der Eröffnung der Ansiedelungsanstalten nach Sandomir und Niepołomice gekommen sind und über deren Unfleifs viele Klagen eingeloffen sind.“ Zu dem bar mitgebrachten Vermögen kamen die überaus zahlreichen Vermögensansprüche der Auswanderer in der alten Heimat. Diese „Reichsforderungen“ wurden bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts mit Hilfe der Regierung geltend gemacht, und es erfolgten durch diese zahlreiche Auszahlungen einlangender Geldsummen. Gewöhnlich betrugen diese 100—200 fl., aber auch Beträge von 400, 500, 600 und 700 Gulden trafen ein; dazu schickten die Anverwandten aus der Heimat noch manchen schwer erübrigten Gulden [1]). Auf diese Weise kamen nach Galizien bedeutende Geldsummen, die bei der damaligen Geldarmut grofse Bedeutung hatten. Man darf nicht übersehen, dafs damals eine Milchkuh in Galizien 10 fl. kostete, somit der Geldwert ungefähr zehnmal so grofs war als heute [2]). Dazu kommt, dafs der galizische Bauer jener Zeit überhaupt kein Bargeld besafs. Die deutschen Einwanderer brachten aber auch Geräte und Kleider mit. Mancher von ihnen besafs ein Vermögen, und vor allem einen Hausrat, wie er auf adeligen „Schlössern“ Galiziens nicht immer zu treffen war. Im Inventare des Simon Preisentanz in Reichau von 1787 fanden sich neben einigem anderen Geld 93 Dukaten, 1 silberne Sackuhr, 1 Garnitur silberner Schnallen, 1 Paar silberne Hemdknöpfel, „10 Schnüre um den Hals von guten Cranaten“, Bettzeug, Tisch-

1) Vgl. oben S. 121f.

2) Allerdings gilt dies nur im Verhältnisse zu Landesprodukten; Handelswaren, Werkzeuge u. dgl. waren dagegen teuer. Vgl. oben S. 23 u. 134.

tücher, Servietten, Wäsche, 2 Paar neue hirschlederne Beinkleider, Schuhe mit Schnallen, Tischlerwerkzeug, kupferne, messingene und eiserne Kochgeschirre, Efsgeschirr (darunter zinnerne und „porzelanene“ Teller), Hausgeräte (darunter eine Bettstatt mit grünen zeugenen Vorhängen) [1]), eine „Gugelbüchse“ usw. Aus späterer Zeit sind uns Inventare erhalten, in denen Wanduhren, Bücher, Windputzmühlen u. dgl. häufig vorkommen, lauter Dinge, die bei der einheimischen Bevölkerung damals kaum zu finden waren. Nur kurz sei darauf verwiesen, dafs in Galizien zahlreiche Deutsche auch grofse Güter erwarben und noch heute besitzen und dafs deutsches Geld jederzeit viele grofse Unternehmungen ermöglichte.

Es ist schon bemerkt worden, dafs viele von den deutschen Handwerkern und Kaufleuten bedeutendes Vermögen erwarben; aber auch die dörflichen Ansiedler haben sich zum grofsen Teile wirtschaftlich gut entwickelt. Anfangs fanden sie freilich für ihre Früchte keinen Absatz; ein Reisender erzählt (1786), dafs er selbst einst sah, wie einem Ansiedler für seine mit vier Pferden herbeigeführte Wagenlast Rüben blofs das Schandgeld von 14 Kreuzer geboten wurde. Aber seit dem Ende des 18. Jahrhunderts standen jahrelang die Getreidepreise sehr hoch, auch hatten die Ansiedler Absatzgebiete für ihre Erzeugnisse gefunden. So wurden am Anfang des 19. Jahrhunderts besonders die Deutschen aus der Neu-Sandecer Gegend durch den Ackerbau geradezu reich. Von den Dörfern um Szczerzec (Reichenbach, Dornfeld, Neu-Chrusno) berichtet Bredetzky in seinen „Reisebemerkungen“ (1809): „Ihre Stallungen sind voll gesunden gut gepflegten Viehes, ihre Gerätschaften nett und reinlich. Ihr ganzes Hauswesen nähert sich schon dem bürgerlichen in kleinen Städten. In vielen Wohnungen fand ich aufser den nöthigen Stühlen wohl hie und da einen bequemen Schlafsessel, sogar ein bequem eingerichtetes, zur Aufnahme eines Fremden bereitstehendes Kanapee [2])“. An einer anderen Stelle bemerkt derselbe Gewährsmann, dafs in einer grofsen Anzahl Ansiedlungen

1) Hie und da sind noch jetzt Bettstellen mit Gardinen in Verwendung. Hierzu die Abb. bei Kaindl, Das deutsche Ansiedlerhaus in Galizien.

2) Dagegen berichtet nicht nur Kratter 1786, sondern auch noch Kohl 1840, dafs galizische Edelleute ihren Gästen kein Bett, sondern blofs ein Strohlager bieten konnten.

„eine an Reichtum grenzende Wohlhabenheit den Reisenden anspricht“. Ähnliche Eindrücke erhält man auch heute in vielen deutschen Ansiedlungen; sie stehen oft in wohltuendem Gegensatze zu den ruthenischen und polnischen Nachbardörfern. Freilich gab es und gibt es auch arme Dörfer; aber manches, das vor hundert Jahren als verfallen bezeichnet wird (z. B. Königsau), macht jetzt einen guten Eindruck. Und erfreulicherweise ist gerade in den letzten Jahren manches zur Hebung der deutschen Siedelungen geschehen. Der deutsche Bauer hat zur Selbsthilfe gegriffen und schafft Raiffeisenkassen, Warenhäuser und dergleichen. Kaisersdorf bei Sambor besitzt ein genossenschaftliches Warenhaus mit Tabaktrafik, Propination (Schankrecht) und Fleischbank. Dazu gehört ein Eiskeller, ferner eine Werksätte für Zementdachziegel und ebensolche Brunnenrohre. Ferner besteht eine Raiffeisenkasse, alles in und um das Vereinshaus, in dem sich auch ein kleines Unterhaltungszimmer befindet. An Raiffeisenkassen zählte man im November 1910 in den deutschen Dörfern Galiziens 20; sie sind zum „Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Galizien“ vereinigt. Erfreulich ist es, zu erfahren, dafs die Deutschen von Augustdorf, einer der wohlhabendsten Kolonien, ihr Getreide oft zusammen an einen Grofshändler verkaufen und auf diese Weise bessere Preise erzielen als beim Verkauf der Erzeugnisse eines einzelnen Bauernhofs. Ebenso verkaufen die Ansiedler von Machliniec ihre schönen Mastochsen nicht einzeln, sondern liefern ganze Waggonladungen. Die Erkenntnis, dafs rationelle Viehzucht und modernes Molkereiwesen dem Landwirte bessere Einnahmequellen als der Körnerbau gewährleisten, dürfte sich in Kürze durchringen. So ist berechtigte Hoffnung vorhanden, dafs manche Rückständigkeit, in die diese Kolonisten infolge ihrer Vereinsamung und Vernachlässigung durch alle berufenen Faktoren zum Teil geraten sind, bald beseitigt werden wird. Erwähnt sei noch, dafs viele Dörfer kein Wirtshaus und keinen jüdischen Geschäftsmann aufweisen. [1])

Bedeutenden Anteil an der Kultivierung Galiziens nahmen auch die deutschen Beamten, Geistlichen und Lehrer. Gleich

1) Den Zutritt in die Einquartierungsortschaften verbot den Juden schon das Normale von 1787. In Mariahilf darf nach dem Ansiedlungsvertrag kein Jude wohnen; tatsächlich ist bis heute keiner hier sefshaft.

nach der Erwerbung kamen deutsche Beamte der verschiedensten Berufszweige ins Land. Schon 1774 besteht das Personal der Kreisämter zum überwiegenden Teil aus Deutschen und dasselbe ist noch einige Jahrzehnte später der Fall. So waren z. B. 1804 beim Kreisamt Neu-Sandec angestellt: Kreishauptmann Franz v. Riedelswaldt und folgende Bamte: Störr, Cramer, Haisel, Saenger, Hallauer, Raczynski, Blassy, May, Bobek, Schwarz, Schierl, Reisch und Lüzel; also unter 14 Namen 11 deutsche. Ebenso wiesen die verschiedenen anderen Amter, insbesondere die Güteradministration zahlreiche deutsche Beamte auf [1]). Nach dem Schematismus von 1831 gab es unter den 8000 galizischen Beamten ungefähr 2600 deutsche. Gewifs befanden sich unter ihnen, wie dies auch in anderen Ländern Österreichs der Fall war, viele minderwertige: die grofse Mehrzahl hat sich aber bei der Hebung des Landes erfolgreich betätigt. Zu diesen Beamten gehört vor allem der geniale Ernst B. Kortum (gest. 1811), der für die Verwaltung der galizischen Kameralgüter, Salzwerke und Forste überaus viel geleistet hat, zugleich aber ein gewiegter Rechtsgelehrter, Schriftsteller und Kunstfreund war. Die Ausnutzung der galizischen Wälder und Salzlager ist überhaupt vor allem ein deutsches Werk. Aber auch die heute weltbekannte Petroleumindustrie geht auf einen deutschen Beamten zurück. Der Salinenkontrolor Josef Hecker war es, der 1815 in Truskawiec südlich von Drohobycz die erste Destillationsfabrik für „Naphtha" hergestellt und diese als Beleuchtungsmaterial in Anwendung gebracht hat. Da im Kaukasus und in Amerika die Destillation des Erdöls erst später begann, so verdankt Galizien einem Deutschen den Ruhm, den ersten Schritt zu dieser wichtigen Industrie getan zu haben. Hier ist ferner der treffliche J. Liesganig zu nennen, der im Auftrage der Kaiserin Maria Theresia und des Kaisers Joseph eine wertvolle Karte von Galizien hergestellt und ihr einen sehr brauchbaren „Jndex" beigegeben hat, der nach Art der modernen

1) In einem Pränumerantenverzeichnisse der 1785 in Wien erschienenen Gedichte von J. F. Ratschky erscheinen zahlreiche Deutsche, besonders Beamte, aus Galizien. Es ist dies ein Beweis, dafs diese Beamten auch ein geistiges Interesse hatten; die zahlreichen Bestellungen dürften durch die Freimaurerlieder Ratschkys veranlafst worden sein.

Atlanten die Auffindung der Orte erleichtert (1794). Als „Navigations- und Geniedirektor“ hatte er auch für die Schiffbarmachung der Flüsse zu sorgen und Baupläne zur Verschönerung von Lemberg herzustellen. Ebenso hat sich der Strafsenbaukommissar Zinn mit den Denkwürdigkeiten von Lemberg beschäftigt und darüber ein wertvolles Manuskript hinterlassen. „Die deutschen Wohltaten“, welche Österreich nach dem Berichte des Reisenden Kohl (1840) in Galizien auf dem Gebiete des Gerichtswesens und der Verwaltung durchgeführt hat, sind vor allem durch die deutschen Beamten bewirkt worden. Selbst Männer in untergeordneten Stellungen entfalteten mitunter eine segensreiche Arbeit. Der Verwalter Häusler (um 1800) in Uniów in der Przemyślaner Gegend sorgte für den Anbau von steiermärkischem und holländischem Klee; er förderte mit Erfolg den Obstbau in vielen Dörfern, ebenso den Bau des Farbkrautes Safflor [1]), das bis dahin wenige deutsche Kolonisten im Lemberger Kreise pflanzten; auch Runkelrüben und Rhabarber wurden von ihm kultiviert. Ebenso zeichneten sich deutsche Geistliche, Lehrer und Arzte aus. Der aus Schlesien stammende Pfarrer Zeisel (1804) in Inwald förderte die Landwirtschaft, besonders den Ackerbau; sein Landsmann und Zeitgenosse, der Normalschuldirektor Krömer in Wielicka gab von seinem Gehalte von 400 fl. jährlich acht Knaben Kleidung und Kost und unterrichtete sie in trefflicher Weise im Gartenbau und Wirtschaftsbetrieb. In dieser Zeit wurden die Kreis- und Wundärzte Schulz, Kramer, Schreiner und Kischler ausgezeichnet; sie hatten sich alle bei der Abwehr der Pest hervorgetan. Der Raummangel verbietet, zahlreiche ähnliche Nachrichten zu bringen. Erwähnt sei noch, dafs auch in der Republik Krakau (1815—1846) Deutsche zu den tüchtigsten Beamten zählten. Es möge nur der aus Iglau stammende Viktor Kopff genannt werden, der seine aufserordentliche Kraft voll in die Dienste des Freistaates gestellt hatte. Sein Werk war das Projekt der Neugestaltung des Gerichtswesens, das Arbeitshaus für die Sträflinge, das Sparkassenstatut, die Organisation der Musikschule, die Theatervorschriften, endlich aufser zahlreichen anderen auch der 1844

1) Bastardsafran, Färbedistel.

dem Landtage vorgelegte „Bericht über den Zustand und die Organisation des Freistaates Krakau". Das Törichte des Aufstandes von 1846 hat er vorausgesehen, und nach der Besetzung Krakaus durch Österreich widmete er sich eifrig und erfolgreich der Arbeit an der Neugestaltung der Verhältnisse.

Von grofser Bedeutung für die Verbreitung von Bildung und Kultur wurde das deutsche Schulwesen. Schon in der Zeit Maria Theresias wurde auf die Errichtung deutscher Normalschulen und Gymnasien sowie auf die Verbreitung der deutschen Sprache grofses Gewicht gelegt; dazu kam 1784 die Lemberger Universität, an der bis 1871 Deutsch die Vortragssprache war. Zu nennen sind ferner die deutschen Trivialschulen in den Ansiedlungen. Diese Schulen, ferner die zahlreichen deutschen Beamten, Bürger und Bauern haben zur Verbreitung der deutschen Sprache gewifs mehr beigetragen, als die gesetzlichen Verfügungen über ihren Gebrauch. Schon 1772 war dem ersten Statthalter in Galizien der Auftrag erteilt worden: „Alles soll in deutscher oder lateinischer Sprache traktieret werden". Mit der Hofentschliefsung vom 1. Dezember 1785 wurde die deutsche Sprache, die sogleich nach der Erwerbung Galiziens beim Landesgubernium und bei den Kreisämtern eingeführt worden war, auch bei den galizischen Gerichtsstellen allgemein vorgeschrieben; jeder angestellte Beamte mufste innerhalb drei Jahren die deutsche Sprache erlernen, wenn er im Amte verbleiben wollte. Der Gubernialrat Kortum machte 1787 unter anderem auch den Vorschlag, zur Verbreitung der deutschen Sprache die im Lande ausgehobenen Rekruten nach 6 bis 7 Jahren zu entlassen und als Bauern anzusiedeln. Schon 1791 wird berichtet, dafs die deutsche Sprache in Galizien sich „seit einigen Jahren ungemein ausgebreitet hat. Die Gesetze werden gewöhnlich in teutscher und polnischer Sprache kundgemacht; die Geschäftsaufsätze der Ämter werden teutsch verfaſst und der Unterricht der Jugend teutsch geleitet." Die Gesetzsammlungen, Amtsakten, Zunftschriften u. dgl. legen von der Richtigkeit dieser Behauptung durch Jahrzehnte Zeugnis ab. Erst seit 1869 begann infolge besonderer Verordnungen der Rückgang der deutschen Amtssprache. Um 1840 war in Lemberg Deutsch und Polnisch gleich stark verbreitet: „Alle Inschriften auf den Strafsen und öffentlichen Plätzen, wie alle Auf-

schriften und Bekanntmachungen bei den Kaufläden sind deutsch und polnisch. Die deutsche Sprache ist so allgemein in Galizien verbreitet, dafs fast jeder einigermafsen gebildete Pole sie spricht." Auch später bis vor einem Menschenalter war die Kenntnis des Deutschen allen Gebildeten eigen; erst die jüngere Generation erlernt infolge der Beschränkung des Deutschunterrichts in den Schulen nichts mehr. Selbstverständlich lernen führende Polen auch heute die deutsche Sprache, nur der Menge wird ihre Kenntnis vorenthalten, um der engherzigen Landespolitik Boden zu verschaffen. Unstreitig war die allgemeinere Kenntnis der deutschen Sprache überaus kulturfördernd. Aber auch heute gebraucht der Pole mitten in seiner Rede abgesehen von längst im Polnischen eingebürgerten deutschen Worten auch andere deutsche Ausdrücke, weil er Begriffe und Redensarten wie „Wetterprophet", „Lebemann", „zum bösen Spiel gute Miene machen" u. dgl. nicht leicht anders ausdrücken kann. Der Vorschlag eines polnischen Schriftstellers, die zahlreichen deutschen Worte, die ein glänzendes, heute aber unliebsames Zeugnis deutschen Kultureinflusses sind, aus dem Polnischen auszumerzen, wird sich kaum durchführen lassen [1]).

Nicht zu unterschätzen ist der Einflufs deutscher Schriftsteller, Gelehrter und Professoren zu einer Zeit, da in Galizien die einheimischen Elemente noch geringes Interesse am geistigen Leben äufserten. An der Universität in Lemberg wirkten fast neunzig Jahre lang viele Deutsche, darunter in älterer und neuerer Zeit viele tüchtige und um die Wissenschaft verdiente Männer. Mehrere von ihnen haben sich um die Erforschung und Darstellung polnischer Geschichte und galizischer Verhältnisse besondere Verdienste erworben, so J. Rohrer, M. F. Stöger, E. Tomaschek, J. Winiwarter, Ferd. Bischoff, H. Zeifsberg, A. Handl u. a. Mancher von diesen Universitätslehrern erfreute sich grofser Beliebtheit, so der treffliche Josef Maufs, den die Bewunderung seiner Schüler mit fast legendarischem Nimbus umgeben hat. Aber auch Beamte, wie der Bibliothekar H. G. Bretschneider, der Domänenadministrator

1) Mit Bezug auf meine Ausführungen im Bd. I glaubt G. Smólski, dafs Ausdrücke wie ratusz (Rathaus), burmistrz (Bürgermeister), rynek (Ringplatz), browar (Brauhaus), handl (Handel) und ähnliche „verunzierende" Worte aus dem Polnischen „ganz gut" entfernt werden könnten.

E. B. Kortum, ferner der evangelische Pfarrer und Superintendent S. Bredetzky und andere haben sich literarisch betätigt. Erwähnenswert ist auch das deutsche Zeitungswesen in Galizien in älterer Zeit. Neben den ersten seit 1783 herausgegebenen polnischen Blättern entstanden rasch nacheinander das Lemberger Intelligenzblatt, die Lemberger wöchentlichen Anzeigen, die Militärische Zeitung, das Priv. Lemberger Intelligenzblatt und die Lemberger Zeitung. Letztere hat sich von 1787 bis 1867 erhalten; eine Übersetzung derselben war die seit 1811 erscheinende Gazeta Lwowska, die übrigens auch von Deutschen (den Brüdern Kratter) begründet wurde. In Krakau erschien von 1799 bis 1808 die Krakauer Zeitung. Gegenwärtig ist das „Deutsche Volksblatt für Galizien“ und das „Evangelische Gemeindeblatt“ zu nennen.

Wie das geistliche Schauspiel im Mittelalter [1]) hat sich das moderne Theaterwesen in Galizien auch erst unter deutschem Einfluſs entwickelt. Schon 1791/3 spielten in Krakau deutsche Truppen, denn es gab da viele reiche deutsche Bürger; aber die polnische Regierung verbot dieses Spiel. Eine lebhaftere Förderung des Schauspielwesens erfolgte nach dem Anfalle Krakaus an Österreich (1795). Gleich anfangs 1796 kam aus Brünn der Direktor K. L. Wothe, der aber schon nach kurzer Zeit bankrottierte. Hierauf leitete Franz Horschelt das Theater. Den guten Besuch des deutschen Theaters beweist der Umstand, daſs 1798 der Unternehmer Kluszewski ein groſses Gebäude errichtete und ein Theaterprivileg erhielt. In dem deutschen Theater wurden jedoch auch vereinzelt polnische Stücke gespielt. Unter den Schauspielern gab es viele Deutsche: Seeligmann, Kratzer, Weis, Cygel, Senter, Weitland, Bauer, Eibel usw.; einzelne waren überaus tüchtig. Zum Repertoir gehörte auch „Karl Moor“ (die Räuber). Mit der Lostrennung Krakaus von Österreich (1809—1846) hörte hier auch das deutsche Theater auf. Doch begegnen uns deutsche Schauspieler auch später. Noch 1833 ist es möglich, daſs der Schauspieler Jerrmann seine Rollen deutsch und französisch deklamiert und sein Wiederauftreten gern gesehen wird. Deutsche Opernsänger hielten sich 1841 in Krakau auf. In Lemberg wollten schon 1774 die Wiener Schauspieler Preinfalk, Koberwein und Hellman Schaubühnen errichten; später (1784) hatte

1) Vgl. Bd. I, S. 356f.

der Wiener Buchdrucker Trattner die Absicht, hier ein Theater, Redutensaal und Gasthaus zu erbauen. Sicher ist, dafs 1783/4 Göttersdorf Unternehmer der „deutschen Schaubühne“ war; er bat im März 1784 auch während der Fastenzeit moralische Schauspiele aufführen zu dürfen. Im November 1784 führte seine Truppe anläfslich der Eröffnung der Universität ein von Prof. Zehnmark gedichtetes Trauerspiel „die beiden Freunde“ auf. Die Schauspieler waren sämtlich Deutsche, doch scheinen nur die Damen Kröger und Meifsner von Bedeutung gewesen zu sein. Auch um 1840 wurde im Lemberger Theater gewöhnlich deutsch gespielt; nur zweimal in der Woche polnisch. Das Publikum bildeten vorwiegend die deutschen Kaufleute, Handwerker, Beamten und Offiziere. Jetzt finden in Galizien nur vereinzelt durch reisende Schauspieler deutsche Vorstellungen statt. Auch die Musik wurde in Galizien durch Deutsche vielfach gefördert. Unter den Ehrenmitgliedern des Vereins der Musikfreunde in Krakau (1818) erscheinen Namen wie Reibnitz, Morbitzer, Bartsch, Wasserrab, Girtler, Wentzel, Bayer, Fröhlich, Knotz, Arnold, Erber, Stummer, Kopf, Auer, Wohlleber, Getlich, Khittel u. a.

Angesichts der geschilderten Tatsachen konnte der Reisende J. G. Kohl mit Recht sagen (1840): „Die deutschen Wohltaten, welche Galizien durch Österreichs Vermittlung zuströmten, sind so augenscheinlich und mannigfaltig, dafs es einem unparteiischen Reisenden, er mag von Rufsland oder Ungarn aus das Land betreten, unmöglich ist, nicht gleich davon frappiert zu werden.“

Die deutsche Kolonisation war für Galizien unstreitig eine Wohltat. Ihre Wirkung wäre noch viel segensreicher geworden, wenn eine gröfsere Zahl von Deutschen sich angesiedelt hätte. Vor allem fand die bäuerliche Ansiedlung zu spärlich statt; derselbe Übelstand haftete ihr schon im Mittelalter an.

Die Bedrängung des Deutschtums in Galizien, Auswanderung und völkische Schutzarbeit.

Als die deutschen Bauern, Handwerker, Beamte und Soldaten unter Österreichs Schutz nach Galizien einzogen, war der alte Hafs der Polen gegen die Deutschen nicht erstorben. Der damals ins Land gekommene französische Gelehrte Hacquet stellt

1794 fest, dafs das polnische Sprichwort: „So lange die Welt bestehen wird, werden Deutsche und Polen nicht Freunde sein“ noch seine volle Geltung hatte. „Aber der Polak“, fügt er hinzu, „hat sehr unrecht den Teutschen von allen Seiten zu hassen. Wem hat er seine ganze Belehrung zu danken als den Teutschen.“ Und ein anderer Schriftsteller (S. Bredetzky) bemerkt schon vor hundert Jahren (1812): „Die deutschen Kolonisten kamen mit der deutschen Regierung ins Land, was Wunder, dafs sie unwillkommen kamen“; er hätte hinzufügen sollen, dafs diese deutsche Regierung endlich der Willkürherrschaft, der polnischen Wirtschaft, der geradezu unmenschlichen Unterdrückung der Bauern ein Ziel setzte, und daher vor allem den Hafs der polnischen Machthaber auf sich, ihre Beamten und Ansiedler zog. Wenn dagegen J. Rohrer 1804 bemerkt, dafs der „Nationalhafs in Lemberg schon merklich vertilgt sei“, und als Beweis dafür den Umstand anführt, dafs Deutsche polnisch und Polen deutsch sprechen, so war dies ein falscher Schlufs. Die Erinnerung des Dichters Kazimierz Brodziński an seine Krakauer Schulzeit anfangs des 19. Jahrhunderts gipfelt in der Bemerkung: „Ich weifs blofs, dafs wir die deutschen Mitschüler prügelten und sie Deutsche schimpften“. Die Schimpfwörter „szwabska dusza“ „bestia szwab“, „niemiecka psiakrew“ [1]) u. dgl. gehören seit jeher zum polnischen Rüstzeug gegen die Deutschen. Natürlich schweigen auch die Deutschen nicht; nur haben sie vor allem die polnische Wirtschaft und den törichten Adelsstolz der Polen zur Zielscheibe ihres Spottes gemacht.

Aber auch manche historisch bezeugte Tatsachen lassen den nie vergessenen Deutschenhafs erkennen. Als 1809 das Glück der Waffen auch in Polen gegen Österreich entschied, versuchten die Polen in der Umgebung von Stanislau (Ostgalizien) eine Aktion zugunsten der polnischen Sache. Die deutschen Beamten sollten abgeschafft werden; ein weintrunkener Advokat begehrte sogar, dafs man sie köpfe, und einer seiner Kollegen lief in die Apotheke und kratzte dort alle an Flaschen und Tiegeln angebrachten kaiserlichen Adler herab. In einer Flugschrift, welche die Revo-

1) Schwabenseele, die schwäbische Bestie, die deutsche Hundeseele.

lution von 1846 hervorrief, war zu lesen: „Es gibt keinen Gott, keine Religion, keine Seligkeit. Nur die Ermordung aller Deutschen und Fremden zur Wiederherstellung des polnischen Staates sei Recht, Religion und ewige Seligkeit." In den ruthenischen Wahlaufrufen wurde 1848 vor den fremden (deutschen) Beamten gewarnt, die nur grofse Steuern veranlassen, um selbst grofse Gehalte zu beziehen. Die polnischen Agitatoren, welche damals das Volk zum Aufstand zu reizen suchten, dichteten auch ruthenische Lieder, in denen in schändlichster Weise gegen den „Schwaben" und „Deutschen" gehetzt wurde. Er wird als der Feind hingestellt, gegen den Polen und Ruthenen gemeinsam losgehen sollten, als der Dieb, der sich mit „unserem" Brote nährt, die Steuern stets vermehrt, Tabak zu bauen verbietet, das Recht beugt u. dgl.; gegen ihn müsse man mit der frisch gedengelten Sense losgehen. Andere Aufzeichnungen sprechen mit sichtlichem Hafs von den Beamten „von draufsen", den „Schwarzgelben", die „mit unglaublich blinder Achtung den hohen Behörden und ihren Befehlen" gehorchten und auf die Spottlieder verbreitet waren. Zu diesen Deutschhassern gehörten übrigens auch polonisierte Deutsche, die auch an den Aufständen teilnahmen.

Seither hat dieser Hafs nicht abgenommen, er ist vielmehr wenn möglich gewachsen. Zwei Faktoren haben ihn in den letzten Jahren besonders entfacht: die preufsische Polenpolitik und die erstarkende deutschvölkische Organisation.

Zeugnisse für den Deutschenhafs begegnen auf Schritt und Tritt. In den polnischen Zeitungen werden die Deutschen als eine Pest bezeichnet, die aus dem Lande auch mit Gewalt entfernt werden müsse. Die Deutschen gereichen Galizien zur gröfsten Schande; sie sollten wie tolle Hunde niedergeschossen werden; sie sind eine Personifikation des Teufels und bilden eine stete Gefahr für die polnische Kultur. Sie sollen dem Galgen überantwortet, wie Tauben erwürgt werden u. dgl. m. Kaum braucht bemerkt zu werden, dafs diesen Zeitungen jede Objektivität bei der Besprechung der deutschen Verhältnisse und Bestrebungen abgeht. Im Jahre 1909 konnte man auch in den Räumen des Staatsbahnhofes in Lemberg die farbige Ankündigung einer Toilettseife lesen; auf dieser sah man als Schutzmarke eine zur Faust

geballte Hand und darunter die Worte: Mydło Na Ha Ka Te (Seife für die Hakatisten). Diese Ankündigung und ihre Schutzmarke enthält also eine stetige Aufreizung gegen die Deutschen, wird aber von den galizischen Behörden trotzdem geduldet. Derselbe Ton dringt immer mehr auch in wissenschaftlichen Arbeiten durch. Bei der Besprechung der ersten deutschen Zeitungen in Galizien begleitet ein Forscher die Mitteilungen über den kurzen Bestand einiger Blätter mit der Bemerkung: „glücklicherweise sind sie bald eingegangen". Ein anderer vergifst bei der Besprechung des deutschen Kultureinflusses nicht anzumerken, dafs die Polen ihm „nur widerwillig" unterliegen. Ein Dritter nennt das deutsche Recht Raub und Diebstahl; er rät, alle deutschen Ausdrücke aus dem Polnischen zu entfernen, um die Spuren des deutschen Kultureinflusses zu beseitigen. Noch ein anderer veröffentlicht in einer deutschen Zeitschrift über die galizischen Deutschen entstellte Berichte. Wie stiefmütterlich werden die galizischen Deutschen im Prachtwerke „Österreich-Ungarn in Wort und Bild" behandelt! In den letzten Jahren hat der Deutschenhafs noch einen besonderen Ausdruck gefunden. Von Zeit zu Zeit tauchen Nachrichten über Projekte auf, welche die Verdrängung oder Polonisierung der galizischen Deutschen mit ganz besonderen Mitteln herbeiführen sollen. Anfangs 1910 hat ein Krakauer Blatt sogar einen Wettbewerb für populäre Artikel „Die deutsche Gefahr in Galizien und die Mittel zu ihrer Vorbeugung" ausgeschrieben.

Bei den Beschimpfungen und Bedrohungen ist es jedoch nicht geblieben. Seitdem die österreichische Zentralregierung nach der Durchführung des ungarischen Ausgleiches (1867) ihre Machtfülle auch zugunsten der autonomen Behörden in Galizien aufgegeben hat, werden die Deutschen auf Schritt und Tritt vergewaltigt. Obwohl nach dem Staatsgrundgesetze die deutsche Sprache neben der polnischen und ruthenischen als gleichberechtigt zu gelten hat und die Deutschen insbesondere auf volle Berücksichtigung ihrer Muttersprache in Kirche und Schule Anspruch haben, werden sie vielfach ihres guten Rechtes beraubt.

Es ist allgemein bekannt, dafs fast in allen katholischen deutschen Gemeinden polnische Geistliche angestellt sind, welche die Muttersprache ihrer Pfarrkinder nicht beherrschen und ihren

nationalen Bedürfnissen fern stehen. In vielen Gemeinden führen aber diese fremden Priester auch noch polnische Predigt, polnische Gebete und polnische Lieder ein; sie geben den deutschen Täuflingen polnische Namen und verfälschen ihr Volkstum. Als Vorwand für dieses Vorgehen gilt gewöhnlich die Zugehörigkeit einer meist kleinen Anzahl polnischer oder polonisierter Gläubigen zur Gemeinde. Selbstverständlich kommt es vor, dafs deutschbegeisterte Kirchenbesucher das polnisch angestimmte Lied zu übersingen suchen, dafs sie Klage über ihren Pfarrer beim Bischof führen und dafs arger Zwiespalt zwischen der Gemeinde und ihrem Seelenhirten herrscht. Wahr ist, dafs Mangel an deutschen Priesterkandidaten vorhanden ist und dafs viele Pfarren so schlecht dotiert sind, dafs sie nicht anstrebenswert erscheinen. Wie in anderen Beziehungen so mufs sich auch auf kirchlichem Gebiete die nationale Selbsthilfe betätigen; vielleicht wäre auch die Niederlassung deutscher Mönche zu erstreben [1]. Jedenfalls haben die deutschen Katholiken aber Auspruch, von ihrer zuständigen Kirchenbehörde mit gleichem Wohlwollen behandelt zu werden wie die Polen. Sie haben um so mehr darauf Anspruch, als ihr tiefreligiöser Sinn sonst tief verletzt wird. Als die Ansiedler von Machliniec anfangs keinem deutschen Gottesdienste beiwohnen konnten, versammelten sie sich an Sonn- und Feiertagen bei einer mächtigen hohlen Eiche, schmückten den Baum mit Bildern, zündeten geweihte Kerzen an und hielten ihre Andacht. Mit Tränen in den Augen klagt auch gegenwärtig mancher deutsche Katholik in Galizien: „Wie froh wäre ich, wenn ich einmal eine deutsche Predigt hören könnte“. Kein Wunder, dafs unter diesen Umständen sich die deutschen Katholiken in Galizien stark zurückgesetzt fühlen; diesem Gefühle

---

1) Bei der Aufhebung der galizischen Klöster unter Kaiser Joseph II. fand man in allen viele Böhmen, Mährer und Deutsche, die dahin berufen worden waren, um sie „im Stande zu erhalten“. Zeitungsnachrichten zufolge sollen in den letzten Jahrzehnten deutsche Mönche strenger Observanz in polnische Klöster geschickt worden sein, um Ordnung zu schaffen. In Krakau hatte ein bayrischer Augustinermönch dabei buchstäblich sein Leben aufs Spiel gesetzt. Leider stehen darüber keine ausführlichen Nachrichten zur Verfügung. Über die deutschen Mönche und Geistlichen in Galizien in früheren Jahrhunderten vgl. man Bd. I, S. 114 ff.

gaben sie beredten Ausdruck, als auf dem Breslauer Katholikentage von 1909 die reichsdeutschen Katholiken für die Rechte ihrer polnischen Mitbürger eintraten. Mit Recht forderten die katholischen Deutschen Galiziens von ihren deutschen Glaubensbrüdern im Reich zunächst Berücksichtigung ihres traurigen Schicksals. Glücklicher sind in dieser Beziehung die evangelischen Deutschen Galiziens daran; unter ihnen wirken zumeist für ihr Volkstum begeisterte Pfarrer.

Gleich harter Druck lastet dagegen auf dem Schulwesen der katholischen und evangelischen deutschen Gemeinden. Im Jahre 1908 besafsen von den 220 deutschen Siedlungen nur 115 deutsche Schulen, und zwar zählte man 105 deutsche Privatschulen und 20 deutsche öffentliche Schulen [1]). In 36 Siedlungen sind seit der Auslieferung Galiziens an die Polen ebensoviele deutsche Schulen polonisiert worden. Die anderen Ansiedlungen hatten gar keine oder von allem Anfang an nur polnische Schulen. Die deutschen konfessionellen Privatschulen erhalten die Ansiedler, seitdem die anfangs gewährten staatlichen Unterstützungen aufgehört haben, aus eigenen Mitteln. Obgleich sie hierin vom Gustav-Adolf-Verein und dem Deutschen Schulverein unterstützt werden, bilden die Schulkosten doch eine bedeutende Last, besonders da die Deutschen auch für die öffentlichen interkonfessionellen (polnischen und ruthenischen) Schulen beisteuern müssen. Für kleinere Gemeinden sind die Schulkosten oft unerschwinglich. Die Lage der Lehrer dieser Privatschulen ist daher wie übrigens auch jene vieler Pfarrer oft sehr mifslich; es fällt auch schwer, für die kärgliche Besoldung tüchtige Männer zu gewinnen. Sobald die Gemeinden die Hilfe der Schulobrigkeiten in Anspruch nehmen, wird als Gegenleistung die Einführung der polnischen Unterrichtssprache gefordert.

---

1) Die deutschen konfessionellen Gemeindeschulen (s. oben S. 139) waren durch das Volksschulgesetz von 1869 zu Privatanstalten herabgedrückt worden. Sobald sie „öffentlich" werden wollen, müssen sie ihren konfessionellen Charakter aufgeben und laufen Gefahr, auch ihren deutschen Charakter zu verlieren. Von den deutschen Privatschulen wurde 1884 zunächst jene in Josefów öffentlich. Im Jahre 1910 bestanden 130 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache. Der 1909 errichtete Deutsche Landeslehrerverein sucht für diese Anstalten einen eigenen deutschen Landesschulinspektor zu erlangen.

Auch gegen den Willen der Ansiedler werden beim Übergang in die öffentliche Verwaltung deutsche Schulen polonisiert oder doch mit polnischen Lehrkräften besetzt, die die deutsche Sprache nicht beherrschen. In solchen Schulen lernen die deutschen Kinder, denen insbesondere in Ostgalizien die polnische Sprache völlig fremd ist, weder deutsch noch polnisch; sie werden überdies von den feindlich gesinnten Lehrern verhöhnt und mifshandelt. Eines der erschreckendsten Beispiele dieser Entwicklung bietet die Schulgeschichte von Mariahilf [1]); nicht viel besser erging es den deutschen Siedlern in Zboiska, Rosenburg, Konstantynówka, Angelówka, Hanunin u. a. Deutsche Kinder, die Schulen mit ruthenischer Unterrichtssprache zu besuchen gezwungen sind, hören beim Unterrichte nie ein Wort deutsch, weil an allen diesen Schulen die zweite Sprache Polnisch, nie Deutsch ist. In zahlreichen Orten mit lebensfähigem Deutschtum, vor allem in deutsch-katholischen Kolonien, fehlen noch deutsche Volksschulen. Überaus arg steht es auch um das höhere deutsche Schulwesen. Nachdem die früheren Mittelschulen und die Lemberger Universität polonisiert worden waren, bestanden noch zwei deutsche Gymnasien in Lemberg und Brody. Letzteres wird seit 1907 allmählich aufgelassen, ersteres verdient kaum noch den Namen einer deutschen Anstalt. Das Versprechen, an Stelle des aufgehobenen deutschen Gymnasiums in einer anderen galizischen Stadt ein neues zu errichten, wird kaum bald erfüllt werden, daher streben die galizischen Deutschen die Errichtung eines privaten deutschen Gymnasiums an. Die polnischen Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten und Universitäten sind Polonisierungsstätten für die studierende deutsche Jugend. Der Direktor des Stryjer Gymnasiums verbot den deutschen Schülern, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen, und wollte sogar den Religionsunterricht der deutschen evangelischen Schüler in deutscher Sprache verwehren. Bemerkt sei noch, dafs im Lemberger Gemeinderat die Ansicht vertreten wurde, dafs an den Volksschulen Galiziens die Unterrichtssprache nur die polnische oder ruthenische sein dürfe; ebenso sprach sich der polnische

---

1) Im Herbst 1910 wurde hier mit Hilfe des Deutschen Schulvereins die erste Roseggerschule Österreichs eröffnet, die den schmählichen Verhältnissen ein Ende machte.

Pädagogentag für eine bedingungslose Entfernung des deutschen Sprachunterrichts aus allen galizischen Schulen aus (1909).

Wie in Kirche und Schule versuchen die galizischen Behörden die Deutschen auch in anderen Beziehungen zu entrechten. Im Oktober 1909 ist es geschehen, daſs das k. k. Bezirksgericht in Jaworów die Frau des deutschen Landwirtes Schönhofer zu 48 Stunden Arrest verurteilt hat, weil sie unter Hinweis auf ihre sehr mangelhafte Kenntnis der polnischen und ruthenischen Sprache eine Zeugenaussage in deutscher Sprache machen wollte. Die angesehene Frau muſste schlieſslich sofort 24 Stunden im Arreste zubringen, obwohl sie darauf verwies, daſs sie ein drei Monate altes Kind zu stillen habe. An dem Widerstande des Polenklubs scheiterte die Hoffnung der galizischen Deutschen, daſs anläſslich der Reichsratswahlreform für die Stadt Biala und die Kolonistengemeinden ein besonderer deutscher Wahlkreis geschaffen werde. Ob bei der bevorstehenden galizischen Landtagswahlreform eine gerechte Berücksichtigung der Deutschen, die sie in sehr maſsvollen Denkschriften fordern, stattfinden wird, ist abzuwarten. Erwähnt muſs werden, daſs die galizischen Behörden die Selbsthilfe und Organisation der Deutschen stören, indem sie in einzelnen Fällen Versammlungen und Feste unter allerlei Vorwänden zu vereiteln suchen. Ebenso wird geklagt, daſs polnische Vorgesetzte ihre deutschen Untergebenen veranlassen, nationalpolnische Zwecke zu fördern. Als die galizischen Deutschen sich 1908 an den deutschen Landsmannminister Schreiner mit ihren Wünschen wandten, protestierte der Polenklub gegen jede Intervention Schreiners zugunsten der Deutschen Galiziens mit der sonderbaren Begründung, daſs alle galizischen Angelegenheiten in den Bereich des polnischen Landsmannministers gehören. Bei der Vornahme von Volkszählungen werden die Deutschen vergewaltigt (s. oben S. 127). Auch bei der anfangs 1911 vorgenommenen Zählung fälschten die polnischen Kommissäre die Zählbogen zu ungunsten der Deutschen.

Ebenso wird auf wirtschaftlichem Gebiete der Kampf versucht. Der deutschen Erzeugnissen wiederholt angedrohte Boykott trifft indessen kaum die galizischen Deutschen. Schwerwiegender ist die Anregung, den Ankauf galizischen Bodens durch Deutsche zu verhindern, und anderseits die Unterstützung polnischer sowie

ruthenischer Bauern beim Ankaufe deutschen Bodens. Indessen dürften bisher noch immer die Erwerbungen der Deutschen, die bekanntlich zu zahlreichen Neugründungen deutscher Siedlungen geführt haben, weit gröfser sein als ihre Verluste. Bedeutend waren letztere nur, als vor einem Jahrzehnt künstlich eine abnormale Auswanderungsbewegung hervorgerufen wurde.

Die Lage der Deutschen in Galizien war niemals so günstig, dafs nicht Auswanderungen wie aus anderen Ländern stattgefunden hätten; Wanderlust und Hoffnung auf Verbesserung des Schicksales haben seit Jahrzehnten auch aus den galizischen Kolonien Auswanderungen veranlafst. Die Gründe dafür werden die gleichen wie anderwärts gewesen sein. Seit dem Ende der 1860er Jahre machte sich eine stärkere Auswanderungsbewegung bemerkbar; offenbar hat also das Überhandnehmen des polnischen Einflusses in Galizien die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen vergröfsert. Die Auswanderungen fanden nach Rufsland, ferner nach Amerika und auch nach Bosnien statt. Die Auswanderung nach Amerika darf unbedingt als die stärkste bezeichnet werden. Man findet kaum eine Ansiedlung, aus der nicht Deutsche nach Amerika gewandert wären. Viele bleiben dort dauernd; mancher von ihnen hat Farmen und Vermögen erworben. Sehr viele von diesen Auswanderern, zumeist Söhne kinderreicher ärmerer Familien, kehren mit den erworbenen Geldsummen zurück, helfen ihre verschuldeten väterlichen Wirtschaften zu entlasten oder kaufen weitere Gründe. Wenn nun auch durch diese Auswanderung die Zahl der Ansiedler vermindert wird, so wird anderseits dadurch die allzu grofse Zersplitterung der Wirtschaften verhindert und die Kräftigung der materiellen Lage gefördert. Diese normal ohne äufsere Agitation verlaufende Bewegung kann daher nicht als unbedingt verwerflich bezeichnet werden; sie hat das allmähliche, stetige Wachsen der Gemeinden nicht beeinträchtigt, noch weniger den Bestand der einzelnen Gemeinden gefährdet; es ist vielmehr bekannt, dafs von den alten Kolonien neue begründet wurden. Erst als die preufsische Ostmarkenpolitik sich die Verpflanzung der galizischen Kolonisten nach Posen und Westpreufsen zum Ziele setzte, trat eine gefahrdrohende Steigerung der Auswanderung ein.

Die an ähnliche Verhältnisse gewöhnten Deutschen aus Galizien

erschienen „als das willkommenste Material für die deutschen Ansiedlungen im Osten des Reiches". Da die deutschen „Vorposten" in Galizien seit der Überhandnahme der polnischen Herrschaft unhaltbar schienen, wollte man ganze Gemeinden ins neue Ansiedlungsgebiet versetzen. Daher wurde mit einer rücksichtslosen Agitation eingesetzt (1899), die nicht nur etwa die überschüssigen Elemente statt nach Amerika nach Posen ziehen sollte, sondern selbst in die besten Ansiedlungen eindrang, wo keine Not und kein Auswanderungsbedürfnis vorhanden war, so in Dornfeld, Augustdorf, Brigidau und Landestreu. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, mag ein Beispiel lehren. In Landestreu hat der Agitator zunächst keinen Erfolg erzielt, weil nach Posen abgeschickte Kundschafter sich ungünstig ausgesprochen hatten. Darauf setzte er sich mit polnischen und ruthenischen Korporationen und Parzellierungsbanken in Verbindung, damit sie Nichtdeutschen für den Ankauf deutscher Höfe Geld vorschössen; auch veranlafste er zahlreiche Ankündigungen in polnischen und ruthenischen Blättern, in denen die Höfe in Landestreu zum Verkaufe ausgeboten wurden. Tatsächlich erschienen nun zahlreiche Käufer, die überraschend hohe Preise boten; es fand ein förmlicher Sturm auf die deutschen Bauerngüter statt. Fast die Hälfte gelangte in nichtdeutschen Besitz. Nun zogen die Deutschen nach Posen; aber nur zwei oder drei Familien blieben dort, 28 gingen nach Kanada. Landestreu ist über ein Drittel mit Mazuren besetzt, die Widerstandskraft einer der besten Kolonien geschwächt. Zu den Mitteln der Agitatoren gehörte ferner auch die Drohung, der Hauptvorstand des Gustav-Adolf-Vereins habe beschlossen, den galizischen Gemeinden fürderhin keine Unterstützung zukommen zu lassen; dies erregte bei vielen grofse Besorgnis und machte sie für die Auswanderung willfährig. So kam es, dafs besonders 1900 bis 1903 eine grofse Zahl von Deutschen aus Galizien wegzog; ihre Zahl läfst sich nicht angeben, denn nur für die evangelischen Gemeinden liegen einige Angaben vor; die Zahl ihrer Bewohner hat sich trotz eines 50 prozentigen Überschusses der Geburts- über die Todesfälle allein im Jahre 1902 um 768 und im Jahre 1903 um 1459 Seelen vermindert. Dieser starke Rückgang bewog die Superintendentur für den 6. Oktober 1903 eine Versammlung der

Vertrauensmänner der evangelischen Gemeinden Galiziens zur Besprechung der Auswanderungsfrage zu veranlassen. An dieser in Lemberg stattgefundenen Besprechung nahmen 130 Geistliche, Lehrer, Presbyter und Gemeindevertreter teil. Diese faſsten als Antwort auf die Aufforderung, die Auswanderung der gesamten deutsch-evangelischen Bevölkerung nach Posen zu betreiben, trotz aller Anerbietungen den einmütigen Beschluſs, gegenüber der Auswanderung grundsätzlich eine ablehnende Stellung einzunehmen und an alle Gemeinden den Aufruf zu richten, sich vor übereilter Auswanderung zu hüten. Zugleich wurde ein Aktionskomitee gewählt, welches die Aufgabe erhielt, nicht nur diese Angelegenheit zu betreiben, sondern auch die zur Hebung der wirtschaftlichen, nationalen und kirchlichen Notstände erforderliche Hilfsarbeit einzuleiten. Groſse Verdienste um die Sache erwarben sich Superintendent Fritsche in Biala und Pfarrer Zöckler aus Stanislau, die an der Spitze des Ausschusses standen. Durch Flugblätter und das neu begründete „Evangel. Gemeindeblatt für Galizien und die Bukowina“ wurde aufklärend gewirkt, wurden falsche Behauptungen abgewehrt, die Deutschen zum Zusammenhalten und Ausharren ermutigt. Zugleich wurde der evangelische Oberkirchenrat, die Zentralleitung des Gustav-Adolf-Vereins und dessen österreichischer Hauptverein, ebenso der Allg. deutsche Schulverein (Verein für das Deutschtum im Ausland) über die Verhältnisse unterrichtet und um reichlichere Unterstützung gebeten. Obwohl von gegnerischer Seite sofort der Kampf gegen diese Arbeit begann, ja selbst im Gustav-Adolf-Verein dagegen Stimmung gemacht wurde, zeigten sich gar bald die guten Wirkungen der Abwehrbewegung. Im Laufe des Jahres 1904 nahm die Auswanderung bedeutend ab und hat seither stetig an Bedeutung verloren. Beigetragen haben zu diesem Erfolge verschiedene Faktoren. In Deutschland selbst erhoben sich Stimmen gegen die maſslose Agitation, die dort die Auswanderung hervorrief, wo kein Bedürfnis danach vorhanden war. Nachdem man besseren Einblick in die Verhältnisse gewonnen hatte, muſste sich die Erkenntnis einstellen, daſs das Unternehmen verfehlt war. Daher wurde schlieſslich auch die Werbearbeit für die Ansiedlungskommission eingestellt [1]). Dazu kam vor allem, daſs die Deut-

1) Nach den Angaben der Ansiedlungskommission geschah dies, sobald

schen in Posen vieles fanden, was ihnen mifsfiel. Die meisten hielt von der Auswanderung die „Rente ohne Ende“ ab. In Galizien ihr Eigentum aufzugeben, um in Posen 35 bis 50 Jahre für den ihnen übergebenen Grund und Boden die Rente zu zahlen, erschien überaus beschwerlich. Seit 1904 fanden bereits Rückwanderungen aus Posen statt, die selbstverständlich andere Deutsche vor der Auswanderung abschreckten. Zu dem allen kam, dafs sich seither die nationale und wirtschaftliche Organisation der Deutschen im Osten hoffnungsvoller zu entwickeln begann; anderseits wurde man gewahr, dafs der Kampf zwischen Deutschen und Polen auch in Posen überaus heftig sei, auch dort die Polen deutsche Güter gewinnen, und das Schicksal der Deutschen daselbst sich durch einen Umschwung der Politik ebenso ändern könnte wie in Galizien.

So ist die Übersiedlung der galizischen Deutschen nach Posen gescheitert. Den Gewinn, den die Ostmarken aus den dahin abgewanderten Ansiedlern zogen, ist verhältnismäfsig gering gegen den Verlust, den das Deutschtum in Galizien und damit der deutsche Einflufs in Galizien überhaupt erlitten hat. Nach der Berechnung der Superintendentur ist der Verlust der evangelischen Deutschen allein von 1900 bis 1905 etwa auf 6000 Seelen zu veranschlagen. Nach den Angaben der Ansiedlungskommission wurden von 1899 bis Ende 1909 1350 Familien (also etwa 7000 bis 8000 Seelen) aus Galizien in Posen und Westpreufsen angesiedelt. Infolge der starken Auswanderung lösten sich in vielen Orten die evangelischen Kirchen- und Schulgemeinden auf, weil die zurückgebliebenen Mitglieder nicht mehr zur Erhaltung genügten: so 1900 Rudolfshof und Rehberg, 1904 Sulichów, Walddorf, Alt-Jazów und Baranówka, 1907 Zbora. Auch in Felsendorf und Suszno gingen die deutschen Schulen ein [1].

Trotzdem ist das galizische Deutschtum noch durchaus lebensfähig. Auf die Deutschen in den Städten ist mit einigen Aus-

man von der Gründung des Bundes der Deutschen in Galizien (1907) Nachricht erhalten hatte.

1) Das Kirchen- und Schulvermögen der aufgelösten Gemeinden, der Erlös für die verkauften Schulhäuser u. dgl. wurde zur Stärkung anderer Gemeinden verwendet.

nahmen wohl wenig Verlafs; sie stehen zumeist, wie dies auch anderwärts unter ähnlichen Verhältnissen zutrifft, unter dem Einflufs des herrschenden Volkes und schwimmen mit dem Strom. Doch ist auch in einzelnen Städten, z. B. in Stryj, ein merklicher Schritt zur Besserung der Verhältnisse geschehen, und Männer der bürgerlichen Berufe zählen zu den trefflichsten Führern der galizischen Deutschen. Vor allem lebt in zahlreichen geschlossenen deutschen Ansiedlerdörfern deutscher Geist und guter Mut. Viele von den Männern beherrschen wohl die polnische und ruthenische Sprache, weil sie mit den Ämtern verkehren und sich im Geschäftsleben der Landessprachen bedienen müssen. Die Frauen benötigen diese Kenntnisse nicht, sie erhalten daher deutsche Sprache und Sitte in Haus und Dorf. Gut deutscher Geist herrscht an vielen Orten. Ein deutscher Landmann aus Brigidau sang, als der christlich-deutsche Bund in Galizien entstand, sein „Mer wolle nore deutsch sein“ und „Steh auf, steh auf, du deutscher Mann“. Und von welchem regen deutschen Gefühl zeugt jener Brief eines schlichten deutschen Arbeiters aus Borysław an den Deutschen Schulverein, in dem die Sehnsucht nach einem deutschen Lehrer zum Ausdruck kommt. Überall macht sich ein verheifsungsvoller Aufschwung deutschen Lebens bemerkbar. Unter katholischen und evangelichen Deutschen findet man gleich tüchtige und völkische Gesinnung; eine Spannung zwischen beiden Bekenntnissen ist nicht vorhanden. Wenn bisher die katholischen Deutschen gröfsere Verluste erlitten haben als die protestantischen, so ist dies vor allem der Polonisierung der Stadtbevölkerung zuzuschreiben.[1]) Ein Irrtum wäre zu glauben, dafs die katholischen Bauern nicht widerstandsfähig wären; gerade der Druck der polnischen Geistlichkeit ist geeignet, sie zum Bewufstsein des erlittenen Unrechts und zur völkischen Gegenwehr zu bringen. Vor kurzem liefs sich der Ansiedler Josef Massinger[2])

1) Wenn es richtig ist, dafs 1857 von den 114 000 christlichen Deutschen 82 000 Katholiken waren, während gegenwärtig von den auf etwa 100 000 geschätzten Deutschen blofs gegen 40 000 katholisch sein dürften, so ist dieser grofse Verlust zum gröfsten Teile auf die früher zahlreiche deutsch-katholische Stadtbevölkerung zu setzen.

2) Massinger ist übrigens auch in einem Aufsatz im Kalender d. Bundes der Deutschen in Galizien f. 1910, S. 106f. für das deutsche Kirchenlied eingetreten. Man vgl. auch seine Gedichte im Kalender f. 1910 und 1911.

aus Münchental vier Wochen einkerkern, weil er jene Deutschen nicht verraten wollte, die gegen den Befehl des katholischen Pfarrers deutsch sangen! Berücksichtigt man die ungünstige Lage der katholischen Deutschen infolge des Mangels an deutschen Priestern und Lehrern, so wird man ihre völkische Ausdauer umsomehr anerkennen, als sie von aufsen bisher fast gar keine Hilfe erhielten. Unter ungünstigen Verhältnissen gehen auch evangelische Deutsche dem Volkstum verloren.[1]) Katholische und evangelische Deutsche verdienen und bedürfen daher gleichen Schutz.

Der 1907 begründete „Bund der christlichen Deutschen in Galizien“ ist eine starke Stütze des Deutschtums geworden; das von ihm herausgegebene „Deutsche Volksblatt“ fördert die kräftige Entfaltung des völkischen Bewufstseins und der völkischen Bewegung überaus. Es ist bezeichnend, dafs dieses Blatt selbst auf die lauen Zipser Sachsen schon einzuwirken sucht und besondere Zipser-Nummern herausgibt. Zu erwähnen ist hier auch die Gründung des evangelischen Kinderheims in Stanislau (1896), des evangelischen Waisenhauses in Biala (1905), des evangelischen Studentenheims in Lemberg (ebenfalls 1905), ferner der Jungmänner-, Jungfrauen- und Frauenvereine, der Lesehallen und endlich des deutschen Landes-Lehrervereins (1909). Seit 1904 wirkt auch das „Komitee zur Vermittlung von Gaben für Lehrerunterstützungen“, das allein im Jahre 1907/8 fast 17000 K. an 88 evangelische Lehrer verteilt hat. Wer in Stanislau die Früchte der regen nationalen Arbeit des Pfarrers Zöckler, die evangelische Kirche und Schule, das Warenhaus, das Knaben- und Mädchenheim mit den grofsen dazugehörigen Wirtschaften gesehen hat, der wird erkennen lernen, dafs die galizischen Deutschen hier eine starke Hochburg besitzen. Für die katholischen Deutschen wird leider nicht in gleicher

---

1) Die heute als völlig polonisiert geltende Kolonie Deutsch-Lednica bei Wielicka ist evangelisch. Die evangelischen Deutschen in Gaboń, Olszanka, Hutweide, Juraszowa, Świniarsko, Bogucice, Krzeczów, Gawłow, Majkowice u. a. bekennen sich zur polnischen Umgangssprache, wobei man freilich nie weifs, ob nationale Lässigkeit oder Betrug im Spiele ist. Man vgl. oben S. 127. Auf Schmidts Karte „Deutsche Siedlungen in Galizien“ findet man unter den eingegangenen Ansiedlungen sowohl katholische als protestantische. Vgl. auch die Ausführungen von Buzek im Przegl. prawa i administ. XXVIII, S. 523 ff.

Weise gesorgt. Auch wirtschaftlich sind die galizischen Schwaben nicht zu verachten. Neben minder gut gestellten Ansiedlungen gibt es wohlhabende, und die Mehrzahl hat mindestens nicht mit Not zu kämpfen; wo dies aber der Fall ist, dürften die sich günstig entwickelnden Wirtschaftsorganisationen [1]) Abhilfe schaffen. Sie müssen dahin ausgebildet werden, dafs auch weiterer Erwerb von Gründen ermöglicht wird; insbesondere werden sie darüber zu wachen haben, dafs deutscher Besitz nicht in fremde Hände übergeht. An Kenntnissen, Fleifs, Nüchternheit und Sittlichkeit [2]) überragen die Deutschen zumeist auch jetzt noch die andere Bevölkerung. Auch ihre Zahl ist zu bedeutend, als dafs man über sie ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen könnte. Jene Gemeinden, in denen infolge des Mangels an deutschen Schulen die Polonisierung um sich gegriffen hat, könnten zum gröfsten Teil zurückgewonnen werden.

Die galizischen Deutschen besitzen somit noch alle Eigenschaften, um treue Vorposten des deutschen Volkes gegen Osten zu sein. Sie haben sich bisher ganz wacker gehalten, ohne dafs ihre Volksgenossen sich allzuviel um sie bekümmert hätten. Der Gustav-Adolf-Verein hat wohl schon seit Ende der 1860er Jahre den evangelischen Deutschen seine Hilfe gewährt; aber um die katholischen hat sich niemand damals bekümmert. Für das geringe Interesse des deutschen Volkes für die galizischen Deutschen ist bezeichnend, dafs der Wiener Deutsche Schulverein gleich in seinem ersten Aufrufe (1880) wohl Böhmen, Mähren, Tirol und Krain als sein Arbeitsgebiet genannt hat, nicht aber Galizien. [3]) Ebenso hob

1) Vgl. oben S. 160.

2) Die Zahl der unehelich geborenen Kinder ist fast durchaus verschwindend klein; in dieser Beziehung stehen die galizischen Schwaben auch den anderen österreichischen Deutschen voran. In einigen Senioraten gibt es gar keine unehelichen Kinder; die höchsten Prozente weist Biala (Fabriksort) auf, nämlich 12 Proz. In den Alpenländern weisen einzelne Gegenden über 50 Proz. uneheliche Geburten auf (Sammlung d. allg. kirch. Verordnungen des k. k. evang. Kirchenrats 1907, Nr. 1). Schon am Anfang des 19. Jahrhunderts berichtet ein Priester, der über 20 Jahre in einer grofsen Gemeinde gewirkt hat: „Jungfernkinder habe ich noch nie getauft; wohl aber etliche, die nicht lange nach der Hochzeit der Eltern das Licht der Welt erblickt haben“.

3) 1883 hat der Schulverein in Galizien die Schulvereinsschule in Kunzen-

der Allgemeine deutsche Schulverein (Berlin) bei seiner Abtrennung vom erstgenannten Verein (1881) wohl die Unterstützung der Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen besonders hervor, gedachte aber nicht der galizischen Schwaben. Man wufste eben von diesen Deutschen nichts; man glaubte, dafs die Deutschen in Galizien zumeist Juden seien; deshalb wollten die Deutschnationalen im sogenannten Linzer Programm von 1882 und später die Schönererpartei tatsächlich Galizien den Polen ausliefern [1]). Es ist aber auch erklärlich, dafs das deutsche Volk nichts von diesen Vorposten hörte und sich um sie nicht kümmerte, denn die zerstreuten deutschen Siedelungen wufsten kaum etwas von einander, sie waren nicht organisiert und pflegten keine Beziehungen zu den Deutschen des Westens und jenen der anderen Karpathenländer: kein Wunder, dafs ihre Feinde mit diesen vergessenen Vorposten bald fertig zu werden hofften, erinnerten sie sich doch daran, dafs schon einmal ein kräftiges deutsches Leben in Galizien bestanden hatte und vernichtet worden war.

Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Das Nationalgefühl des deutschen Volkes ist erwacht, seine mächtigen Organisationen lenken ihre Aufmerksamkeit immer stärker auf die Deutschen in der Zerstreuung. Die galizischen Deutschen haben sich organisiert und die Aufmerksamkeit des Westens auf sich gelenkt. Deutsche Abgeordnete beginnen ihre Ansiedlungen aufzusuchen. Die mifsglückte Auswanderungsbewegung mufs die Ueberzeugung hervorgerufen haben, dafs diese Kolonisten noch stark genug sind, um da, wo sie einmal stehen, deutsche Arbeit zu verrichten, dafs sie nicht daran denken, diese Vorposten aufzugeben. Das deutsche

---

dorf-Lipnik errichtet. Aber noch 1905 wird in der Gedenkschrift zum 25jähr. Bestehen des Vereins folgendes gesagt: „Nicht Rücksichten nationaler Politik waren es, wenn für Galizien Geldmittel, wenn auch nur in geringem Umfange, gewährt wurden, denn diese verstreuten deutschen Siedlungen haben keine aussichtsvolle Zukunft. Gleichwohl sind diese Unterstützungen aus dem Gefühl nationalen Gemeinsinnes zu rechtfertigen“. Erst die jüngste Zeit hat eine richtige Auffassung herbeigeführt.

1) Das Programm fordert im 1. Punkte: „Personalunion mit Ungarn und Lostrennung, beziehungsweise Sonderstellung von Dalmatien, Galizien und der Bukowina“. Die Verwirklichung dieses Planes bedeutet eine völlige Auslieferung Galiziens an die Polen.

Volk mufs zur Erkenntnis kommen, dafs es keinen Schritt breit aus diesem Grenzgebiete zurückweichen darf; nicht die vorgeschobenen Vorposten zurückziehen, sondern sie stärken, mufs die Aufgabe der praktischen Politiker sein. Ins Grenzgebiet gehören überschüssige Kräfte aus den übervölkerten westlichen Gebieten! Die Rückziehung der Deutschen aus Galizien gibt die Deutschen in Schlesien und den Sudetenländern dem slawischen Ansturm preis; sie würde eine vollständige Isolierung des Bukowiner Deutschtums bedeuten, eine Wiederbelebung des oberungarischen Deutschtums unmöglich machen. Würde einmal der Abbröckelungsprozefs beginnen, so wäre nicht abzusehen, wie weit er fortschreiten könnte. Die Opfer, welche das deutsche Volk für die vorgeschobenen Ansiedlungen bringt, denen insbesondere die Kirchen- und Schulerhaltung bedeutende Lasten auflegt, sind ebenso nützlich angebracht, wie die Summen für die Erbauung einer Festung im bedrohten Grenzgebiet.

Den Feinden des galizischen Deutschtums mufs alle Hoffnung genommen werden, dafs sie es niederringen können. Wohl hat der mächtige polnische Adel einst vermocht, das deutsche Bürgertum zu vernichten; aber Polen war damals ein fast rechtloser Staat; das Bürgertum auf den Reichstagen machtlos; die Bürger der einzelnen Städte hatten mit einander kaum engere Beziehungen, ja mitunter standen sie sich feindlich gegenüber; der Zusammenhang mit der alten Heimat hatte aufgehört; Nachschübe, Anregungen, Hilfeleistung von dort blieben aus; von einem völkischen Bewufstsein, das sie mit dem grofsen deutschen Volke und den Deutschen in den Nachbarländern geeint hätte, war keine Rede. Jenen deutschen Bürgern des 13. bis 15. Jahrhunderts hafteten dieselben Schwächen an, denen zum grofsen Teil bisher auch die neueren deutschen Stadtbewohner in Galizien zum Opfer gefallen sind. Nun aber lebt im deutschen Bauern deutsche Kraft fort und alle erwähnten Mifsstände sind günstigeren Verhältnissen gewichen. Viel ist in den letzten Jahrzehnten, ja noch in den letzten Jahren versäumt und verfehlt worden, noch ist es aber Zeit, die Stellung zu behaupten. Nicht wie im 16. und 17. Jahrhundert ist das deutsche Volk zerfahren und zersplittert, unfähig seine Ableger zu schützen. Die Ereignisse von 1866 haben die Reichs-

deutschen erstarken lassen, die Lage der Deutschen in Österreich und insbesondere auch in Galizien erschüttert. Von dem wieder hergestellten innigen Bundesverhältnisse darf man mit Recht eine allmähliche Erstarkung des österreichischen Deutschtums erhoffen. Das geeinigte deutsche Volk wird seine Grenzer nicht erdrosseln lassen. Die Deutschnationalen Österreichs haben jetzt die Bedeutung des karpathenländischen Deutschtums erfafst, sie geben es nicht mehr auf und werden passende Gelegenheiten finden, um seine Rechte festzulegen und es zu schützen. Da überdies die Lage der Polen durch die aufstrebenden Ruthenen gefährdet ist, müssen die Polen sich Reserve auferlegen. Die Ruthenen stehen der deutschen Bewegung in Galizien nicht unfreundlich gegenüber. [1]) Wie diese müssen die Polen zur Erkenntnis kommen, dafs die Deutschen wohl stark genug sind, ihre erworbenen Rechte zu verteidigen, dafs sie aber die Polen nicht schädigen wollen.

Schliefslich mufs aber auch die Regierung Österreichs zur Erkenntnis gelangen, dafs die Erhaltung des Deutschtums in Galizien eine staatserhaltende Tat ist. Bredetzky hat vor hundert Jahren darüber noch heute sehr beherzigende Worte geschrieben:

„Als vor dem Ausbruche des letzten französischen Krieges (1809) das junge Volk zum Militärdienst ausgehoben wurde, ergriff auch die galizischen Deutschen das Feuer der Begeisterung für die Sache der Monarchie und des edlen Fürstenhauses. Mehrere Väter von den deutschen Ansiedlern (ich habe dies aus dem Munde angesehener Offiziere) stellten ihre Söhne selbst zum Militärdienst und ermahnten dieselben in kräftigen Worten zur Bravour und Treue, während sie den Schmerz über die Trennung von denselben männlich zu unterdrücken wufsten. Ein Betragen, das gegen das Heulen und Wehklagen der Eingeborenen, womit sie bei ähnlichen Veranlassungen die Luft erfüllten, sehr zur Ehre der Deutschen abstach.

---

1) So haben z. B. die ruthenischen Abgeordneten im galizischen Landtag 1903 einen energischeren Unterricht in der deutschen Sprache in den Mittelschulen begehrt. Die Gründung des Bundes der galizischen Deutschen wurde von ruthenischen Zeitungen sympathisch begrüfst. Im Sommer 1910 forderten die Ruthenen einen deutschen Beamten für den Statthalterposten in Galizien, damit er endlich Ordnung schaffe.

Als während des Krieges die deutschen Ansiedler in der Lubaczower Kameralverwaltung (welche von polnisch-sächsischen Truppen besetzt war) angehalten wurden, der neuen Regierung den Eid der Treue zu leisten, weigerten sich dieselben, es vor geschlossenem Frieden zu tun; als man ernstlicher in sie drang, erklärte einer im Namen aller, er wolle lieber seine Wirtschaft im Stiche lassen und arm, wie er ins Land kam, wieder auswandern, ehe er einer Regierung untreu würde, der er alles zu verdanken habe. Die männliche Erklärung hatte die gute Wirkung, dafs der gerührte Kommissär von der Eidesforderung abstand, und wirklich waren die Deutschen die einzigen, welche diesen voreiligen Eid nicht geleistet haben. Da nach hergestelltem Frieden diese zur Zeit der Gefahr erprobte Denkart für die Frucht des guten Unterrichts ihres Seelsorgers angesehen wurde, so bewilligte seine Majestät dem Pastor Schuchard zum Beweise der allerhöchsten Zufriedenheit eine Gehaltszulage von 200 fl. nebst einer goldenen Medaille.

Möge nie eine Zeit kommen, in welcher man das Ansiedelungswesen in Galizien, diesen wichtigen Zweig der Staatswirtschaft, vernachlässigen, den von der Hand eines weisen Monarchen gepflanzten, in voller Blüte stehenden, eine reiche Ernte versprechenden Baum zu Grunde richten lasse.“

Fünftes Buch.

Geschichte der Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen

von 1763 bis zur Gegenwart.

Erstes Kapitel.

1. Das deutsche Ansiedlungswesen in Ungarn von 1763—1767. — 2. Die deutschen Ansiedlungen in Ungarn von 1768—1780. — 3. Die deutsche Kolonisation in Ungarn von 1784—1800. — 4. Die deutschen Ansiedlungen in Ungarn im 19. Jahrhundert. — 5. Deutsche Siedlungen in Siebenbürgen von 1763—1847. — 6. Deutsche Kolonien in Kroatien und Slavonien. — 7. Die Herkunft der deutschen Neuansiedler; ihre Zahl. Auswanderung.

Das deutsche Ansiedlungswesen in Ungarn von 1763—1767.

Schon nach den ersten zwei Schlesischen Kriegen hatte Maria Theresia erkannt, wie wichtig die innere Erstarkung ihrer Länder sei, wenn sie „von denen so mächtigen beiden Feinden Preufsen und Türken bei ermangelnden Festungen und baarem Gelde und geschwächten Armeen noch erhalten und beschützt“ werden sollten. Deshalb geschah auch schon in den ersten zwei Jahrzehnten ihrer Herrschaft manches für die Besiedlung Ungarns [1]). Einen bedeutenden Aufschwung nahmen aber diese Bestrebungen seit der Beendigung des dritten Schlesischen Krieges.

Schon im letzten Kriegsjahre hat Maria Theresia mit den Vorbereitungen für die Ansiedlungen in Ungarn systematisch begonnen. Sie gab bereits im Mai 1762 den Auftrag, die ungarischen Grundherren zur Wiederbevölkerung jener Güter zu veranlassen, auf denen einst Dörfer gestanden hatten und die nun zum Schaden des Königs unbewohnt stünden. Die Kaiserin fafste auch schon die genaue Feststellung aller solcher Prädien und öden Gründe ins Auge. Zugleich wurde die mustergebende staatliche Ansiedlung fortgesetzt. Der ungarische Hofkammerpräsident Graf von Grassalkovics erhielt die Weisung, sechs Kameralprädien im Bácser und eines im Arader Bezirke zu bevölkern. In seinen Berichten ver-

1) Vgl. Bd. II, S. 100ff.

wies der Hofkammerpräsident auf seine bisherige erfolgreiche Ansiedlungstätigkeit [1]) und auf die schöne Entwicklung der von ihm bisher angelegten Kolonien im Bácser Komitat. Unter den siebzehn Ansiedlungen hatte es Neu-Kollut auf 100, Bukin auf 130, Hodság auf 220 und der Markt Apatin sogar schon auf 600 Häuser gebracht. Alle waren von katholischen Deutschen bewohnt. Wir erfahren ferner aus diesem Berichte, dafs im Frühjahr 1762 eine neue Ansiedlung von katholischen Deutschen in Filipova begonnen worden war, die zunächst aus 20 Häusern bestand und auf 300 vermehrt werden sollte. Graf Grassalkovics erstattete zugleich Vorschläge über weitere Anlagen von Kolonien. Daraufhin entschied die Kaiserin, dafs der Hofkammerrat Anton von Cothmann, der sich auch schon früher mit dem Ansiedlungsgeschäft beschäftigt hatte, mit der genauen Untersuchung der Prädien im Bácser und Arader Komitate betraut würde. Er sollte, sobald es im Frühjahr 1763 die Witterung zuliefse, das Ansiedlungsgebiet bereisen, von den Kameraldominien Karten herstellen und ihre Eignung zur Kolonisation feststellen.

Anfangs 1763, da der Krieg seinem Ende zuneigte, machte sich eine rege Obsorge um das Ansiedlungswesen bemerkbar. Schon am 1. Februar erging an die ungarische Hofkammer eine kaiserliche Resolution, die Besiedlung der Kameralprädien fortzusetzen. Es sollten nicht nur grofse Orte, sondern auch kleine von 30, 40 oder 50 Häusern errichtet werden; sie waren in geringer Entfernung voneinander besonders an den öffentlichen Strafsen anzulegen, um für den Verkehr den nötigen Schutz zu bieten. Die Herstellung von Karten über die Kameralgüter wurde wieder befohlen. Bald darauf wurden der Kaiserin Vorschläge unterbreitet, die in Privatbesitz befindlichen Sümpfe anzukaufen, auszutrocknen und zu besiedeln; sie entschied, dafs vorläufig erst die Kameralprädien hinlänglich zu besiedeln seien, über die Privatsümpfe aber nur Erhebungen anzustellen wären. Nach Abschlufs des Hubertusburger Friedens bestimmte die Kaiserin am 30. April, dafs die mittellosen ausgedienten Soldaten, die sich auf den Kameralgütern niederlassen wollten, auf Staatskosten dahin gebracht

1) Vgl. Bd. II, S. 100 u. 180.

und mit Häusern, Vieh und Ackerbaugeräten versehen würden. Am 10. Mai erging der Auftrag, Handwerker nicht nur in den freien und königlichen Städten, sondern auch in geeigneten Kameralorten, so in Miskolcz, Tokaj, Arad, Szolnok u. a. anzusiedeln und ihnen Hilfe zu leisten. Jene Gewerbsleute, die in die Städte ziehen wollten, um sich den Zünften anzuschliefsen, waren in Städte zu schicken, wo an solchen Mangel herrschte. An Tagegeld wurden bisher jedem Verheirateten zusammen mit der Frau 8 Kreuzer, Unverheirateten und Witwern 5 Kr. verabreicht; da das zu wenig war wurde der Betrag jetzt für Mann und Frau auf 12 Kr., für einzelstehende Personen auf 6 Kr. erhöht, und für jedes Kind wurden 2 Kr. täglich festgesetzt. Die Ansiedler sollten diese Unterstützung solange erhalten, bis sie sich selbst ernähren konnten; doch hatten die Arbeitsfähigen gegen entsprechenden Tagelohn bei der Errichtung der Gebäude verwendet zu werden. Bis zur Vollendung ihrer Häuser waren sie in Gesellschaften einzuquartieren. Aufser den ausgedienten Soldaten sollten ferner Bauern aus den anderen Erblanden, besonders aus Böhmen, Mähren und Schlesien, endlich Leute aus den verschiedenen Reichslanden aufgenommen werden, wenn sie mit Hofkammerpässen versehen wären. Auch diese Ansiedler waren zu unterstützen, wenn auch nicht in gleichem Mafse wie die Soldaten. Wenig später bestimmte die Kaiserin, dafs den Ansiedlern die Hälfte aller Vorschüsse nachzusehen sei.

Überaus belehrend für die Ansiedlungspläne der Kaiserin ist besonders ihr Schreiben vom 18. August 1763 an den österreichischen Hofkammerpräsidenten Grafen von Herberstein, in welchem sie ihm jene Kolonisationsgrundsätze für Ungarn mitteilte, die er im ungarischen Landtage zum Vortrag bringen sollte. Die Kaiserin eröffnete darin ihren Entschlufs, im Bácser, Arader und Maroser (Csanáder) Distrikt eine Anzahl Prädien zu bevölkern; ebenso sollten Prädien in anderen Teilen des Landes, bei Szegedin, Debreczin und ganz im Norden die Herrschaft Ungvár kolonisiert werden. Die zur Besiedlung bestimmten Kameralgüter sollten nicht mehr verpachten werden, alle Kameralherrschaften waren zu „mappieren“ und ihr Bevölkerungsstand zu beschreiben. Die „Einlösung“ von Morästen und Sümpfen für die Kammer zur Austrocknung und Besiedlung war ins Auge gefafst. Die Bevölkerung sollte, um

Steuerträger und Rekruten zu vermehren, ganz besonders gefördert werden, „und zwar sind hiezu teutsche Kolonien zu präferieren, weil bei dem raitzischen (serbischen) Volk mannigfältige Bedenklichkeiten obwalten, diese Nation auch mehres Terrain zum Feldbau, als die teutsche, braucht. Wie nun wegen Anziehung dergleichen Kolonien aus Schwaben viele Anordnungen bereits bestehen, so sind solche zu erheben, einzusehen und hiernach das Diensame weiter zu veranlassen“. Für die Ansiedlungen in Ungarn sollte ein jährlicher Fonds von 100000 fl. bestimmt werden; auch waren eigene Ansiedlungskommissionen in Wien und in Ungarn mit besonderen Instruktionen zu errichten und Beamte anzustellen. Auch für Chirurgen sollte gesorgt werden, da viele Ansiedler erkrankten und aus Mangel an ärztlicher Hilfe starben; ebenso waren der deutschen Sprache kundige Seelsorger zu bestellen. Die Ansiedler sollten sechs, in besonderen Fällen auch mehr Freijahre erhalten; ihre Verpflichtungen waren klar festzusetzen. Kolonisten konnten auch an Privatgrundbesitzer zur Ansiedlung überlassen werden. Aus späteren Akten erfahren wir, dafs die Handwerker auf Kameralgütern zehnjährige Kontributionsfreiheit erhielten. Besondere Aufträge ergingen wegen der Vorbereitung von Bauholz, Vieh und anderen Bedürfnissen für die Ansiedler. Erwähnt sei übrigens auch, dafs gleichzeitig die Verbote der Auswanderung aus den ungarischen Ländern erneuert wurden und der kaiserliche Befehl erging, die Untertanen (Bauern) gelinde zu behandeln; dadurch sollte vor allem die einheimische leicht bewegliche Bevölkerung im Lande festgehalten werden.

Wie für Ungarn traf die Regierung auch für das Banat, das damals noch abgesondert von Ungarn verwaltet wurde, Ansiedlungsanstalten. Für dieses Land wurden als jährlicher Ansiedlungsfonds 200000 fl. bestimmt.

Die nächste Sorge mufste auf die Herbeiziehung von Ansiedlern gerichtet sein.

Als solche boten sich in der Kriegszeit gleichsam von selbst zunächst die preufsischen Kriegsgefangenen und Deserteure an. Schon in früheren Jahren waren sie vor allem nach Siebenbürgen, doch auch nach Ungarn geschickt worden. So kamen 1761 in den Bácser Kameraldistrikt 44 preufsische Deserteure zur Ansied-

lung als Ackerbauer und Handwerker. Die zumeist protestantischen Soldaten wurden vor allem deshalb nach Siebenbürgen geschickt, weil man in Ungarn keine Protestanten ansiedelte. So befahl auch die Kaiserin am 1. Februar 1763, zur Ansiedlung auf den ungarischen Kameralherrschaften zwar nicht alle preufsischen Gefangenen zu bestimmen, wohl aber sollten jene Handwerker und Künstler unter ihnen, welche katholischen Glaubens waren und sich in Ungarn niederlassen wollten, in deutschen Ansiedlungsorten, wo man dieser Handwerker und Künstler bedürfe, angesiedelt werden. Schon wenige Wochen später wurden tatsächlich preufsische Kriegsgefangene nach Südungarn geschickt. Es sind uns zwei Listen solcher Ansiedler erhalten, die am 4. Mai 1763 vom Kriegskommissar Koller in Graz ausgestellt wurden und jene „in dem Herzogtum Steier verlegten preufsischen kriegsgefangenen Unteroffiziers et Gemeinen“ verzeichnen, „so auf denen königlichen Kameralgütern sich ansiedeln wollen und durch Untersteier nacher Ofen in Hungarn abgeschicket werden“. Wir finden in diesen Listen zusammen 18 Mann aus verschiedenen preufsischen Regimentern und Waffengattungen verzeichnet. Als ihre Heimat werden Brandenburg, Pommern, Polen, Preufsen, Österreich, besonders aber Schlesien angegeben; es sind zumeist gut deutsche Namen. Alle gehörten dem katholischen Glaubensbekenntnisse an. Sieben von ihnen verstanden eine Profession und erscheinen daher in einem besonderen Verzeichnisse aufgeführt. Jeder erhielt als Handgeld 8 fl. 15 Kr. und an drei- bis sechsmonatlichem Sold 13 fl. 30 Kr. bis 48 fl. In Ungarn bekamen sie täglich an Brot- und Monturgeld 9 bis 16 Kr. Diese Leute wurden nach Apatin im Bácser Komitat gebracht. Doch befanden sich unter ihnen Trinker und Händelsucher, die den Ansiedlungsbeamten viele Beschwerden verursachten. Da sie nach dem Wege gegen Polen Erkundigungen einzogen, wurden ihnen ihre Originalpapiere (Pässe u. dgl.) abgenommen und der Versuch gemacht, sie durch Verehelichung festzuhalten.

Nach der Beendigung des Krieges wurden auch Angehörige der österreichischen Armee für die Ansiedlung gewonnen. Schon wenige Tage nach dem Friedensschlusse von Hubertusburg, erging am 20. Februar 1763 die kaiserliche Verordnung, alle jene Leute,

die bei der Armee im Dienste standen, ferner andere bei der Armee sich aufhaltende Personen beiderlei Geschlechts als Tagarbeiter zu verwenden oder anzusiedeln; dadurch sollten Störungen der allgemeinen Ruhe und Sicherheit durch diese Leute vermieden und nicht nur die inländischen sondern auch die auswärtigen den Erbländern erhalten bleiben. Am 25. Februar erschien ein Patent, das in den kaiserlichen Heerlagern und in Dresden verlautbart wurde: „Jenen, welche sich in Ungarn, Siebenbürgen und im Temesvarer Banat ansiedeln wollen, werden Grundstücke und das Holz zum Bau ohnentgeltlich angewiesen; annebst ihnen zum ersten Anbau aller hilfreiche Beistand geleistet und sechsjährige Freiheit von allen Kontributionen und Steuern, den Professionisten aber eine zehnjährige Freiheit zugestanden. Katholiken konnten sich auch als Grenzer im Banat ansiedeln lassen und dadurch der diesen zustehenden Rechte teilhaftig werden.“ Auch griff man den schon im Jahre 1761 aufgetauchten Plan, zur Erleichterung der Invalidenanstalten die Invaliden in Ungarn, im Temesvarer Banat und in Siebenbürgen anzusiedeln, wieder auf. Die Hofkammer zog in den Invalidenhäusern zu Wien, Pest, Prag und Pettau, ferner bei den Regimentern Erkundigungen nach Invaliden und Kapitulanten ein, die sich in Ungarn oder im Banate ansiedeln wollten. Diese Ansiedler sollten nebst den übrigen Vorteilen zehn bis zwölf Gulden „Handgeld“ erhalten. Tatsächlich begegnen seit April 1763 Verzeichnisse von Angehörigen verschiedener Regimenter und Waffengattungen, die zur Ansiedlung nach Ungarn geschickt wurden. Im April 1763 gingen Dragoner vom Hessen-Darmstädtischen Regiment nach Ungarn; im Mai 1763 wurden zur Ansiedlung auf den ungarischen Kameralgütern 86 Familien oder 369 Personen geschickt, „die infolge des Friedens bei der Armee und sonsten brotlos geworden waren“; im Sommer 1764 zogen 41 Invaliden von den in den Niederlanden stehenden Regimentern über Nürnberg nach Ungarn; im folgenden Jahre erhalten wir Nachricht von Mannschaften der k. k. Feld-Artillerie-Regimenter, die auf den „kais. könig. Kameralgütern“ in Ungarn angesiedelt wurden u. a. m. Auch in späteren Jahren (1769, 1771) finden wir in den Ansiedlerlisten „verabschiedete Soldaten“. Zuweilen wurden auch aus fremden Kriegsdiensten entlassene

Deutsche in Ungarn untergebracht; so liefs sich 1763 der aus dem russischen Kriegsdienste getretene Josef Karl Heckel in Leutschau (Zips) nieder. Am wichtigsten wurde die Ansiedlung der Invaliden, später auch anderer deutscher Einwanderer im Südwestwinkel des Banats. Es entstand auf diese Weise hier das „deutschbanater Regiment“, das einen Teil der sogenannten Militärgrenze bildete. [1])

Die Masse der Kolonisten wurde aus Südwestdeutschland berufen. Am 11. April 1763 zeigte die Hofkammer der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei an, dafs sie vier „Emissäre“ aussende, um 400 Ansiedler in Vorderösterreich aufzubringen. Sie bat, die in früheren Jahren verlautbarten Patente zur Beförderung dieses Geschäftes zn erneuern [2]), den Emissären Pässe auszustellen und die vorderösterreichischen Behörden wegen ihrer Sicherheit zu verständigen. Die Hofkanzlei kam diesem Wunsche nach, bezeichnete es jedoch als wünschenswert, dafs die Emissäre vor allem in den fremden Reichslanden Familien anwürben, „massen durch Beförderung der ungarischen Population mittelst Entvölkerung der deutschen (vorderösterreichischen) Erblande dem Universo der Monarchie nicht geholfen, sondern vielmehr geschadet würde.“ Diese Anregung entsprach vollständig den Anschauungen der österreichischen Regierung. Die Kaiserin selbst verfügte in einer damals ergangenen Resolution, „dafs alljährlich eine Quantität Kolonisten in Schwaben für die hungarischen Kameralherrschaften gesammelt werden sollen, um wenigstens mit Preufsen die Konkurrenz zu halten.“ In einem späteren Erlasse spricht Maria Theresia von Ansiedlern aus dem Römischen Reich (Deutschland) und aus auswärtigen Gebieten.

Als Emissäre wurden nach Süddeutschland vier ungarische

1) Die Militärgrenze umfafste das südliche Kroatien und Slavonien, ferner den Südwesten und Osten des Banats, schliefslich die Süd- und Ostgrenze Siebenbürgens. Die waffenfähige Mannschaft hatte gegen Gewährung bestimmter Freiheiten die Verpflichtung, Kriegsdienst zu leisten. Veranlassung zur Errichtung der Militärgrenze hatten vor allem die Türkeneinfälle gegeben.

2) Schon 1759 ist in Vorderösterreich ein k. k. Patent von den Kanzeln publiziert worden, welches den deutschen Familien, die sich in Ungarn ansiedeln wollten, die Unterbringung in eigenen Ortschaften, die Ausstattung mit entsprechendem Grundbesitz und mehrjährige Abgabenfreiheit in Aussicht stellte.

Ansiedler geschickt, Deutsche, die die Verhältnisse in der Heimat wohl noch aus eigener Anschauung kannten und bei ihren Landsleuten die beste Aussicht auf Erfolg hatten. Diese Männer waren Bonifacius Stodor und Jakob Specht aus Apatin, ferner Joseph Hag und Anton Faist aus Hodság. Jeder von ihnen erhielt ein von Wien, den 16 April 1763 datiertes Patent, in welchem die Kaiserin den vorderösterreichischen Behörden und Herrschaften mitteilt, dafs der Emissär von der ungarischen Hofkanzlei „eigens abgeschickt sei, zur Bevölkerung des an der Theifs befindlichen Báscer Bezirks und der an dem Marosflusse gelegenen Herrschaft Arad“ in den vorderösterreichischen Landen 400 katholische Familien aufzubringen. Die Ansiedler sollten genügend gutes Land, 6 Freijahre von den k. k. landesfürstlichen Steuern und 3 Freijahre von den herrschaftlichen Verpflichtungen erhalten [1]). Auch wurde ihnen die Erbauung von Kirchen und Pfarrhöfen, ferner die Anstellung von Seelsorgern „von ihrer Nation“ versprochen, sobald sich die Bevölkerung genügend vermehrt haben würde. Die Kolonisten sollten stets „als unmittelbare k. k. Untertanen gehalten, an niemanden durch Kauf, Tausch oder Geschenk überlassen und nicht als Leibeigene, sondern als freie k. k. Untertanen gehalten und angesehen werden“; die Kameralherrschaften, auf denen sie Aufnahme fanden, durften also niemals in Privatbesitz übergehen. Auch genossen die Angesiedelten volle Freizügigkeit, nur mufsten vor dem Abzuge alle Schuldigkeiten und die gewöhnlichen Abfahrtsgelder entrichtet werden. Gewährt wurde ihnen ferner die Anlage von Weingärten, gemeinsame Hutweide und das freie Bauholz für die Häuser; die „Weinschankfreiheit“ vom 1. Oktober bis Ende März; endlich Getreide für den Anbau und zur Nahrung vorschufsweise gegen nachträglichen Ersatz. Nach den Freijahren sollte ein „ganzes Haus“ (das ist ein mit einer ganzen Bauernwirtschaft bestifteter Ansiedler) die Robot mit 6 rheinischen Gulden, ein „halbes Haus“ mit 3 Gulden ablösen; der Zehnte und die Steuern waren nach Landesbrauch zu entrichten. Am Schlusse des Patentes wurden alle Behörden aufge-

1) Diese Freiheiten wurden schon im Patente von 1759 (siehe die vorige Anmerkung) zugesichert.

fordert, die Werber und die mitgeführten Familien zu fördern, von ihnen keine Maut- und Abfahrtsgebühren zu erheben, dagegen ihnen jeden Vorschub zu leisten.

Die genannten Abgeordneten arbeiteten mit Erfolg; sie führten Scharen von Ansiedlern nach Ungarn und erhielten dafür öfters Geldbeträge; so brachte z. B. Faist im August 1763 dreifsig Personen aus verschiedenen Orten zur Ansiedlung nach Ungarn. Neben ihnen wurden auch andere ähnliche Emissäre benützt, z. B. Jakob Marckin, der aus Nollingen bei Rheinfelden im Schwarzwald nach Apatin gekommen war und sodann verschiedenen Herren in Ungarn durch sechs Jahre als Gärtner gedient hatte. Dieser Mann, der also schon zu den älteren Ansiedlern in Ungarn zählte, führt in einer Eingabe von 1767 aus, dafs er schon früher einmal mit einem allerhöchsten Patent in sein Vaterland gereist sei und viele Familien nach Ungarn zu ziehen bewogen habe. Da er 1767 wieder in die Heimat reisen mufste, um eine Erbschaft zu beheben, bat er um ein Patent und um Reisegeld: „er getraue sich wenigstens zwei Schiffe voll Emigranten von seinen Landsleuten naher Ungarn zu ziehen“. Diese Emissäre erhielten für jede mitgebrachte Familie 1 fl. 30 Kr. Die Ansiedler kamen in der Regel mit Donauschiffen nach Wien und wurden mit k. k. Hofkammerpässen nach Ungarn weitergeschickt. Mit einem Pafs zog oft eine grofse Anzahl von Kolonisten. Im Mai 1763 wird z. B. ein Hofkammerpafs für 27 Familien (127 Köpfe) Schwarzwälder ausgestellt, ein anderer für 16 Familien (47 Köpfe) aus dem Kurmainzischen. Wie stark die Auswanderungsbewegung sich gestaltete, geht aus der Nachricht hervor, dafs im Juni 1764 ein Zug von 300 Deutschlothringern zu Rheinhausen (Baden) ankam, um nach Ungarn zu ziehen; sie gaben an, dafs sie in Lothringen wegen der grofsen Teuerung nicht leben könnten.

Eine kleinere Gruppe von Ansiedlern kam aus den österreichischen Sudetenländern. Schon im März 1763 wurde verfügt, dafs böhmische und mährische Untertanen (Hörige), Soldaten und Trofsleute, sobald sie von ihren Grundherren Losbriefe erhalten würden, zur Ansiedlung in Ungarn angenommen werden dürften. In den folgenden Jahren kommen nicht nur Ansiedlungsgesuche aus den Sudetenländern vor, sondern wir erfahren auch, dafs sich

z. B. 1763 Böhmen in Bezdán (Bácser Komitat), und 1767 mährische Untertanen in Filipova (s. oben S. 188) niederliefsen. Da mährische Untertanen „allzu häufig“ nach Ungarn auswanderten, wurde am 3. Februar 1768 verordnet, dafs die ungarische Hofkammer künftighin keinen nach Ungarn kommenden mährischen, böhmischen oder schlefsischen Untertan ohne Vorzeigung eines obrigkeitlichen Konsens- oder Losbriefes zur Ansiedlung im Bácser Bezirke oder den ungarischen Kameralgütern annehmen sollte. Im nächsten Jahre (1769) bewarben sich Deutschböhmen „mit obrigkeitlichen Attesten“ um die Ansiedlung in Ungarn. Es kam auch vor, dafs akatholische Familien aus Böhmen und Mähren zwangsweise nach Ungarn versetzt wurden, wie dies in den früheren Jahrzehnten mit Protestanten aus verschiedenen österreichischen Ländern geschehen war.

Schliefslich wanderten Ansiedler auch aus den preufsischen Ländern ein. So kamen z. B. 1768 vier Bauern- und eine Gärtlerfamilie aus Preufsisch-Schlesien nach Olmütz. Sie hatten einen Wagen und zwei Pferde mit und wurden über Brünn mit 20 fl. Reisegeld nach Prefsburg geschickt. Auch 1771 und 1772 wollten preufsische Emigranten nach Ungarn kommen.

Inzwischen hatten bereits zahlreiche Ansiedlungen im Bácser Distrikt (Bačka) und im Banat stattgefunden; in beiden Gebieten erhielten teils die bereits bestehenden älteren Ansiedlerorte neue Zuzüge, teils wurden neue Kolonien gegründet.

Über die Entwicklung des Ansiedlungswesens im Bácser Bezirk bieten die Reiseberichte Cothmanns von 1763 und 1765 wertvolle Aufschlüsse.

Als Cothmann am 10. Mai 1763 in Apatin, dem Hauptort des Bácser Komitats ankam, fand er einen glücklich aufblühenden Ort. Die 1750 in der Nähe eines Räubernestes gegründete Ansiedlung war bereits 1756 zum Markte erhoben worden; 1763 zählte der Markt schon 500 Häuser [1]) und eine schöne Kirche; die Äcker waren gut bestellt und viele deutsche Handwerker betrieben ihr Gewerbe, darunter auch ein Buchbinder, der zugleich Bücher verkaufte. Ebenso erfreulich hatten sich andere ältere Kolonien in

1) Nicht 600, wie es im Berichte von 1762 heifst (oben S. 188).

diesem Gebiete entwickelt. Neu-Kollut zählte schon 200 Häuser und Csataalya war trotz des ursprünglich unfruchtbaren Bodens gut bebaut und bevölkert. Ganz entzückt war Cothmann über Hodság. Dieses hatte 1756 nur etwa 20 elende, schmutzige Serbenhütten gezählt; bald darauf wurde die deutsche Ansiedlung hier errichtet und nun war es ein blühender Ort, der den kaiserlichen Kommissär zum Ausrufe bewog: „Nichts schöneres konnte ich sehen als dieses neue auf das schönste erbaute Dorf mit über 300 Familien, sehr bequemen Häusern, überaus breiten und wohlregulierten Strafsen; die Bewohner besitzen überaus fruchtbare Acker und sehr schöne Herden.“ In dem erst 1762 angelegten Neu-Filipova wurden innerhalb wenig mehr als drei Wochen (28. Mai bis 21. Juni 1763) zehn neue Häuser errichtet. Über die sehr rege Arbeit erzählt Cothmann, dafs die kaum vor einigen Tagen dahingekommenen Leute schon die ihnen für die Gärten angewiesenen Plätze umackerten, Gräben zogen und fleifsig ihre Gebäude herzustellen begannen. Aus seinem Bericht ist ferner zu ersehen, wie niedrig die Kultur der Landeseinwohner war und welche Bedeutung die deutsche Ansiedlung gerade deshalb hier hatte. So fand Cothmann den Ort Priglevicza-Szentiván, den er am 12. Mai besuchte, so verödet, dafs er hier eine deutsche Kolonie zu errichten vorschlug. [1]) Am 20. Juni standen hier schon 16 Häuser, die auf Kameralkosten erbaut wurden, zum grofsen Teile fertiggestellt. Ebenso war der Ort Gákova mit dem benachbarten Prädien so menschenleer, dafs Cothmann ihn mit Deutschen sofort zu bevölkern beschlofs. In Bukin (Bácsbukin), wo schon seit 1749 Deutsche wohnten, liefsen die hier noch sefshaften Serben ihre Herden ohne Hirten umherschweifen und verhinderten dadurch die Kultivierung; daher sollte Bukin völlig den Deutschen überlassen werden. Ebenso wurde das Gebiet von Alt- und Neu-Karavukovár (Karavukova) für eine deutsche Ansiedlung in Aussicht genommen [2]); ersteres war ein alter serbischer

1) In diesem Orte sollen schon 1743 Deutsche angesiedelt worden sein (nach Czoernig, Ethnographie d. österr. Monarchie III, S. 264 in dieser Gesch. d. Deutschen II, S. 180). Über diese älteren Ansiedler findet sich bei Cothmann keine Bemerkung; vielleicht waren sie wieder weggezogen.

2) Gesch. d. Deutschen II, S. 180 ist dieser Ort irrig unter den älteren deutschen Kolonien genannt.

Räubersitz, im letzteren waren Ungarn angesiedelt worden (1755), die aber Ackerbau und Hausbau völlig vernachlässigten und nur vom Fischfang lebten. Ähnliche Verhältnisse herrschten im Arader Kameralbezirk. Dort fand Cothmann z. B. in Glogovácz katholische deutsche Ansiedler, die über die walachischen Mitbewohner klagten, dafs sie keine Hirten hielten, weshalb ihre Herden die Äcker und Gärten der Deutschen verwüsteten; der Kommissär stellte daher den Antrag, die Walachen aus dem Orte zu versetzen und die deutsche Ansiedlung auf 250 bis 300 Häuser zu vermehren. Auch andere Ortschaften schlug Cothmann für deutsche Ansiedlungen vor, so insbesondere Palánka [1]) und Gajdobra [2]) im Bácser Bezirk; doch begann die Besiedlung des letzteren Ortes erst 1764. Nach Szivácz kamen schon 1763 Deutsche, doch zogen sie wahrscheinlich bald wieder fort [3]).

Wertvolle Ergänzungen bietet Cothmanns Bericht von 1765. Wir erfahren, dafs nicht nur Filipova, Priv. Szentiván, Gákova, Neu-Palánka und Gajdobra besiedelt wurden, sondern auch in Veprovácz [4]) und Bezdán in Bács sich Ansiedler niederliessen.

Die älteren Orte erhielten fortwährend Zuzüge. Diese Ansiedler kamen teils ohne irgendwelche staatliche Unterstützung, teils wurden sie von der ungarischen Hofkammer mit königlichen Pässen ins Ansiedlungsgebiet geschickt. Die Anzahl der Ansiedler betrug in der ersten Hälfte 1763 über 1400 Köpfe, darunter freilich viele Nichtdeutsche. In den ersten acht Monaten von 1765 kamen 243 Familien, davon z. B. nach Szentiván allein 50, nach Gajdobra 68, nach Gákova 39 und nach Filipova 32. Die meisten dieser Einwanderer waren Bauern, doch gab es auch viele Handwerker unter ihnen. Aufserdem kamen viele deutsche Invaliden, die in den bereits genannten Orten Palánka, Veprovácz, Filipova,

1) Wie aus Cothmanns Bericht von 1765 hervorgeht (s. unten im Text) ist hier Neu-Palánka (Újpálanka) gemeint. Dieser Ort soll nach Czoernig III, S. 264 schon 1743 mit Deutschen besiedelt worden sein, wovon aber Cothmann nichts erwähnt. Németpalánka (Deutsch-Palánka) entstand wahrscheinlich erst 1785. Vgl. weiter unten im Text.

2) Von diesem Orte gilt das oben S. 197, Anm. 2 über Karavukovár Gesagte.

3) Die Kolonie Neu-Szivácz ist erst 1786 entstanden.

4) Dieser Ort soll nach Czoernig schon 1760 mit Deutschen besiedelt worden sein, worüber sich bei Cothmann nichts findet.

Bukin, Szentiván, Gákova, Kollut, Bezdán, Apatin und Gajdobra, ferner in Bácsdoroszló, Kernyája, Kupuszina, Báczkeresztur [1]) und anderen angesiedelt wurden.

Als Leiter des Ansiedlungswesens im Bácser Bezirk (Bačka) erscheint 1763 der kais. könig..Impopulationsprovisor" Simon Mathäus Fux. Ihm untergeordnet war ein „Impopulationsispan" oder „Spann" [2]); diese Stelle bekleidete damals der Ansiedler Georg Christophorus Regenspurger. Im Jahre 1765 erscheint neben dem k. k. Impopulationsprovisor Heinrich Stredula noch ein Plantagenprovisor Franz Joseph Modersfeld. Aus den Instruktionen, welche Cothmann für diese Beamten erliefs und aus seinem Berichte selbst ergibt sich die grofse Umsicht dieses Mannes, der wohl einer der tüchtigsten Förderer der deutschen Kolonisation in Ungarn war. Seine Ausführungen und Verfügungen fanden auch bei den vorgesetzten Behörden und bei der Kaiserin ungeteilte Anerkennung.

Als eine Hauptsorge wurde den Kolonisationsbeamten aufgetragen, „dafs die neu ankommenden Leute gleich denen neu angesetzten jungen Bäumen anfangs wohl besorget, gut gepfleget und vor allem Unheil bewahret werden mögen". Alle Ansiedler wurden zunächst nach Apatin geschickt; die bemittelten und handwerkskundigen versuchte man zum Ankauf eines Grundstückes daselbst zu bewegen, die übrigen wurden in die anderen Ansiedlungsorte befördert. Cothmann empfahl den Beamten für die Ansiedler zu sorgen und alles Nötige für ihren Einbau bereit zu halten, auch verglaste Fenster, beschlagene Türstöcke samt den Türen, Öfen, Werkzeuge usw. Für die Grunddotation war gehörig zu sorgen; für den Häuserbau, den die Ansiedler hier selbst zu besorgen hatten, waren ihnen, ebenso wie für den Viehankauf

---

1) Die Ansiedler an diesem Orte werden aber später im Verzeichnisse von 1768 nicht mehr genannt (s. unten im Text S. 200f.).

2) Diese Spanns werden auch später öfter genannt. Über ihre Aufgabe belehrt uns am besten ein Akt von 1792. Danach sollen die Kolonisten in Franzdorf (Banat), Josephsdorf (Bács), Neu-Lublau und Pudlein (Zips), so wie es in Ungvár schon geschehen war, durch Aufstellung von Spanns zur besseren Wirtschaftspflege verhalten werden. Zum Spann wurde ein „wegen seiner Emsigkeit und Wirtschaftspflege bekannter Kolonist" bestellt. Er erhielt einen Gehalt und hatte die Ansiedler zum Fleifs anzuhalten, die Widerspänstigen der Administration anzuzeigen.

Vorschüsse zu gewähren; auch die sich ansiedelnden Handwerker sollten Vorschüsse erhalten. In neu zu erbauenden Ortschaften waren stets zunächst ein geräumiges Wirtshaus und drei oder vier grofse Häuser auf Unkosten des Ärars zu erbauen, damit die Leute bis zur Herstellung ihrer Häuser Unterkommen fänden. Dieses war freilich oft ein sehr unbequemes, da häufig mehrere Familien ein Haus, ja dieselbe Schlafstube bewohnten und für ihr Vieh keine Stallungen besafsen. Aufserdem traf Cothmann viele treffliche Verfügungen über die Anlage der Dörfer, den Bau der Häuser, die Förderung des Ackerbaues, der Gewerbe, der geistigen Kultur usw. Cothmann trat auch dafür ein, dafs jenen Soldaten, welche sich innerhalb drei Monaten nach ihrer Ankunft im Bácser Distrikt verehelichten, 6 fl. und 6 Prefsburger Metzen [1]) Getreide gereicht würden; dadurch sollten sie rasch an geordnete Wirtschaft gewöhnt werden. Wie vorhandene Verzeichnisse beweisen, bewogen die Begünstigungen tatsächlich viele zur Heirat. Die Soldatenansiedler genossen reichlichere Unterstützungen als jene Kolonisten, die durch Werber aus dem Deutschen Reich herbeigeführt wurden, aus eigenem Antrieb kamen oder von ihren schon in Ungarn anwesenden „Befreundeten“ gerufen einwanderten und auch selbst einiges Vermögen mitbrachten. Handwerker hatten vor anderen den Vorzug.

Die Kaiserin liefs Cothmann ihre allerhöchste Zufriedenheit aussprechen und befahl, die noch vorhandenen Prädien zu besiedeln; die Verpachtung jener Güter, die zur Kolonisierung nötig waren, sollten allmählich gelöst werden.

Über die gesamte Ansiedlung von 1763 bis zum 16. März 1768 ist ein ausführlicher Ausweis erhalten. Danach haben sich im bezeichneten Zeitraum an folgenden Orten Ansiedler niedergelassen; die beigesetzten Zahlen bezeichnen die Familienanzahl. An den mit * bezeichneten Orten wohnten Deutsche schon vor 1762 [2]). Kernyája 142, Krusevlya 43, Gákova 210, Szentiván 233, Doroszló 14, Filipova 220, Veprovácz 14, Kollut* 120, Bezdán 45, Kupuszina 7, Hodság* 30, Gajdobra 162, Bukin* 19,

1) 1 Prefsburger Metzen = ungefähr 1 österr. Metzen (oben S. 34, Anm. 1).

2) Man vgl. Bd. II, S. 180 und berücksichtige oben die Anm. zu S. 197f.

Palánka 87, Karavukova 47, Apatin* 285. Zusammen waren also seit 1763 1678 Familien eingewandert; von diesen besafsen 125 noch keine eigenen Häuser. Die Gesamtzahl der Bewohner der einzelnen Orte war selbstverständlich gröfser. So zählte Apatin damals schon 617, Kollut 218 Familien [1]). Im benachbarten Arader Komitat wurde entsprechend den Anträgen Cothmanns die deutsche Bevölkerung von Glogovacz vermehrt (1766).

Gleichzeitig mit dieser Besiedlung des Bácser Komitats ging die Kolonisation in dem jenseits der Theifs gelegenen Temesvárer Banat vor sich, das die heutigen Komitate Torontál, Temes und Krassó-Szörény umfafste. Wie im Bácser Komitat so waren bekanntlich auch hier schon in früheren Jahrzehnten viele deutsche Ansiedlungsorte entstanden. Aber der gröfste Teil dieser „neuen Pflanzer“ hatte das Land schon während des letzten Türkenkrieges (1737—1739) verlassen. Deshalb hatte die Banater k. k. Landesadministration, die damals noch von Ungarn unabhängig war und unmittelbar der k. k. Hofkammer in Wien unterstand, neue Ansiedler ins Land gezogen. Der Landesadministrator Graf Perlas konnte im April 1763 berichten, dafs er seit seinem Amtsantritt (1752) 299 deutsche Familien angesiedelt hatte; er stimmte aber einer Vermehrung der deutschen Kolonisten um so mehr zu, als damals in den Distrikten Karánsebes, Orsova und Becskerek gar keine Deutschen wohnten. Viele Ansiedlerwohnungen standen leer.

Wie in den Bácser Komitat kamen auch ins Banat schon 1762 deutsche Kolonisten. Mit Rücksicht auf die traurigen Bevölkerungsverhältnisse befahl die Kaiserin sofort nach dem Abschlufs des Siebenjährigen Krieges auch im Banat Deutsche anzusiedeln. Zufolge des kaiserlichen Patentes vom 17. Februar 1763 erhielten die Ansiedler Haus und Feld, das nötige Zugvieh, die Acker- und Wirtschaftsgeräte, ferner im ersten Jahre auch Futter und Getreide; bare Geldvorschüsse hatten sie nach drei Jahren in kleineren Posten abzuzahlen. Am 25. Februar 1763

1) Vergleicht man aber diese Zahlen mit jenen von 1763 (oben S. 196 f.), so ergibt sich, dafs die Zunahme der Bevölkerung geringer war, als die Zahl der zugewanderten Familien beträgt. Es zogen also offenbar viele wieder an andere Orte.

erging auch an die Temesvárer Administration der Auftrag, Soldaten und preufsische Kriegsgefangene im Benat aufzunehmen. In diesem Gebiete war die Kaiserin „alleinige Grundfrau“; die Ansiedlungen erfolgten durchaus auf Kameralgründen.

Die Ansiedlungsbedingungen im Banat waren günstiger als jene im Bácser Komitat; daher zogen von den in Wien eintreffenden deutschen Auswanderern sehr viele mit Vorliebe ins Banat. Die Reise ging dahin über Ofen; für diese Reise wurden jedem Ansiedler sechs Gulden gereicht. Vom April bis Ende 1763 kamen etwa 1000 Kolonisten ins Banat; noch zahlreicher war der Zuzug im folgenden Jahre; 1766 kamen ins Banat beinahe 2300 Familien. Der markgräfliche baden-badische Oberamtmann von Hauer schickte aus seinem Amtsbezirk allmählich allein über 200 Familien zur Banater Ansiedlung; da er sich dabei viele Mühe gegeben hatte, bewilligte die Kaiserin eine Auszeichnung für ihn. Viele Leute meldeten sich, weil sie erfuhren, dafs es den Ansiedlern in Ungarn gut gehe. So kam es, dafs der Pfarrer Plenkner des katholischen Dorfes Syen [1]) in der Markgrafschaft Baden-Baden von dort 200 wohlhabende Ansiedlerfamilien nach Ungarn führte (1766). Um bemittelte Familien aus Kurköln ins Banat zu ziehen, wurde verordnet, dafs jede Familie aus diesem Gebiet, welche ein Vermögen von 100 fl. nachwies, 1 fl., und jede, die 200 fl. besafs, 2 fl. als „Gratiale“ aufser den übrigen Vorteilen erhalten sollte.

Die Kaiserin befahl die deutsche Ansiedlung möglichst zu fördern und auf sie größeres Gewicht zu legen, als auf die Beibehaltung von Staatsgütern. Von den Beamten der Landesadministration waren vor allem Knoll, Laff, Neumann und Hildebrand tätig. Die Einwanderer wurden in der Regel wegen ihres Wohlverhaltens belobt. Da jedoch auch nachlässige Wirte vorhanden waren, so wurden seit 1764 eigene Kolonisten-Inspektoren bestellt, welche das Betragen und die Arbeit der Ansiedler zu überwachen hatten. Unverbesserliche Kolonisten wurden abgestiftet und entlassen. Die Ansiedler hatten ihre Beschwerden unmittelbar bei der Landesadministration vorzubringen. Für Pfarrer, Schullehrer,

1) Ich kann diesen Ort nicht bestimmen.

Chirurgen, ferner für die Hebung der materiellen Kultur wurde entsprechend den allgemeinen Ansiedlungsgrundsätzen gesorgt.

Die Einwanderer wurden teils in den schon bestehenden Ortschaften, insbesondere in den älteren Kolonien, teils in neubegründeten Orten untergebracht. In den folgenden Verzeichnissen geben die den Namen nachgesetzten Zahlen die Summe der neuerrichteten Häuser (samt Schul-, Pfarr- und Wirtshäusern) an. In den mit einem * bezeichneten Orten waren auch schon vor 1762 Deutsche angesiedelt worden [1].

Zugebaute Ortschaften. Im Jahre 1762: Neu-Arad* 42, Gutenbrunn* 148. Im Jahre 1763: Neu-Bessenova* 104, Mercydorf* 143, Deutsch St. Peter (Németszentpéter)* 34, Temesgyarmata* 235, Brukenau* 92, Rékas 42, Ujpécs* 9, Versecz* 30, Kudricz* 5, Weifskirchen* 4, Németlugos* 9, Temesvárer* Kalköfen 20. Im Jahre 1764: Deutsch St. Andreas (Szentandrás) 34, Zádorlak* 5, Freidorf* 19, Lippa 71, Detta* 21, Mehádia* 4, Grofs-Becskerek* 4, Perjámos 74. Im Jahre 1765: Neudorf [2] 148, Deutsch St. Miklosch (Németnagyszentmiklos) 152, Deutsch-Csanád (Németcsanád) 139. Im Jahre 1766: Csákova* 5. Endlich im Jahre 1767 Facset* 35. Zusammen 1628 Häuser (Familien). Auch nach Csiklova sollen schon 1767 Deutsche gekommen sein.

Neuerbaute Ortschaften. Im Jahre 1765: Billéd 254. Im Jahre 1766: Hatzfeld 405, Szakalháza 302, Engelsbrunn 106, Schöndorf 211. Endlich im Jahre 1767: Csatád 204 und Grofs-Jécsa (Nagyjécsa) 204. Summa: 1686 Häuser (Familien).

Neben dieser Ansiedlung auf den Kameralherrschaften des Banats fand abgesondert im Südwesten des Landes eine Kolonistation zu Militärzwecken statt. Das Gebiet einer Reihe von Ortschaften im Winkel zwischen der Theifs und Donau wurden zur Militärgrenze (siehe oben S. 193) einbezogen, ein Teil ihrer serbischen Bevölkerung auf die Kameralherrschaften übersiedelt, an

---

1) Dazu vgl. man Bd. II, S. 179f.

2) Diesen Ort zählt Griselini, Geschichte des Temesvarer Banats I, S. 181 zu den neuerbauten Orten. Er ist identisch mit Újfalu im Norden des Temeser Komitats und ist zu unterscheiden vom gleichnamigen Orte im Süden des Torontáler Komitats (Militärgrenze; vgl. unten im Text S. 204).

ihre Stelle aber zunächst Veteranen, später auch andere Einwanderer angesetzt. In diesem „deutschbanater Regiment“ [1]) wurden die auch sonst in der Militärgrenze üblichen Grundsätze durchgeführt. Die Ansiedler erhielten Gründe und Materialien für den Hausbau unentgeltlich; bei der Errichtung der Häuser mufsten sie gegen geringen Lohn mithelfen. Ferner bekamen sie den Samen für die erste Aussaat, ausgemusterte Kavalleriepferde für den Wirtschaftsbetrieb, Vorschüsse für Ackergeräte und Hornvieh. Der Verkauf der erhaltenen Häuser und Gründe war untersagt; starb ein kinderloser Ansiedler, so wurden sie weiter verliehen. Selbst den Witwen, Töchtern und minderjährigen Kindern wurde die Beibehaltung der Wirtschaft des verstorbenen Familienvaters nur zugesichert, wenn sie andere Dienstmänner stellten. Die Ansiedler waren zum Militärdienst verpflichtet und erhielten unter Umständen dafür noch besonderen Sold; für die Masse der Mannschaft galt der Genufs der Grundstücke als „Soldäquivalent“. Die Neuansiedler erhielten dreijährige Steuerfreiheit; bis zur endgültigen Ansiedlung Verpflegungsgelder. Bemerkenswert ist noch, dafs die bei den Südslaven übliche Hauskommunion bis zu einem gewissen Grade beibehalten blieb. Anfangs wurden mehrere Ansiedler in einem Hause untergebracht; diese Hauskommunion hatte gemeinsamen Besitz und erhielt Haustiere und Hausgeräte zur gemeinsamen Benutzung. Zur Förderung der Landeskultur wurden eigene Wirtschaftsbeamte bestellt. Die Ansiedlung der Invaliden, die zunächst aus den vier Invalidenhäusern von Wien, Pest, Prag und Pettau kamen, begann im März 1765; sie wurden in Starčova, Brestovac, Homolica, Jabuka, Neudorf (Újfalu) und Kubin untergebracht. Noch in demselben Jahre kamen ferner nach Oppova 68 Familien aus Deutschland, welche zur Bildung der „neunten Kompanie“ verwendet wurden. Ebenso fanden in der Folge nicht nur ausgediente Soldaten, sondern auch Einwanderer aus Deutschland Aufnahme. Als sich Familien aus Deutschland zur Einwanderung meldeten (1769), wurde ihnen freie Vorspann zur Reise ins Banat und freier Transport auf der

1) Ganz deutsch waren jedoch die Ansiedlungen nicht; unter den Invaliden befanden sich auch Nichtdeutsche und von der einheimischen Bevölkerung blieben viele Serben zurück.

Donau, ferner während der Reise den Männern 8 Kr., den Weibern 6 Kr. täglich zur Verpflegung bis zum Eintreffen am Bestimmungsorte zugesagt. Die deutsche Ansiedlung wurde später nicht nur in der Banater Grenze fortgesetzt, sondern auch auf die slawonischen Grenzgebiete ausgedehnt.

Die deutschen Ansiedlungen in Ungarn von 1768 bis 1780.

Während so die Besiedlung im Bácser Distrikt und im Banat die besten Fortschritte machte, verordnete Maria Theresia mit einem Handschreiben vom 22. Juli 1766 den Zusammentritt einer Hofkommission zur weiteren Fortführung des „Impopulationsgeschäftes“ auf den ungarischen Kameralgütern und im Temesvárer Banat. Zu ihrem Vorsitzenden wurde Graf Lamberg, zu Räten Kempfen und Festetics ernannt; die erste Sitzung fand am 12. September 1766 statt. Die Einsetzung dieser Kommission und ihre Verhandlungen weisen daraufhin, dafs man zu besonderen Mitteln greifen wollte, um die ohnehin lebhafte Ansiedlungsbewegung noch zu fördern. Doch ist man im entscheidenden Augenblicke vor diesen aufserordentlichen Mitteln zurückgeschreckt.

Eine Hauptaufgabe der Kommission bildete die Beratung über das „Avertissement“ (Ansiedlungspatent), das die ungarische Hofkammer verfafst hatte und die Kommission vor der Drucklegung prüfen sollte. Während bisher, wie es scheint, die Werber blofs zu ihrer Beglaubigung „Patente“ mitführten, in denen auch die Ansiedlungsbedingungen enthalten waren, wollte die Kaiserin, dafs dies neue „Avertissement“ in den Zeitungen von Köln, Regensburg, Frankfurt, Augsburg, Hanau u. a. verkündet werde. In dem Avertissement wurden im allgemeinen jene Begünstigungen den Ansiedlern zugestanden, wie sie schon in den letzten Jahren üblich waren. Sie sollten hinlängliches Erdreich, ferner Material und sonstige Unterstützungen für den Häuserbau erhalten; auch wurde ihnen die Herstellung der Brunnen in Aussicht gestellt. Aufnahme fanden in der Regel nur römisch-katholische Familien, die sprachkundige Seelsorger und Lehrer erhalten sollten. Getreidevorschüsse wurden zur Nahrung und zur Aussaat gewährt und mufsten von den Ansiedlern in drei Jahren aus ihrer Ernte ersetzt werden. Unvermögende erhielten auch Vorschüsse für Zug-

und Zuchtvieh, sowie für Geräte gegen allmählichen Rückersatz; arme Handwerker bekamen Vorschüsse für Werkzeuge und Material. Zur Deckung der Gemeindeauslagen wurde jährlich der Weinschank vom 1. Oktober bis letzten März der Gemeinde überlassen; dagegen fiel der Nutzen in den übrigen Monaten der Herrschaft zu. Die Ansiedler hatten 6 Freijahre von der (landesfürstlichen) Kontribution, den allgemeinen Landesabgaben, Quartier [1]) und Vorspann, ferner 3 Freijahre von herrschaftlichen Abgaben und Roboten; Weingärten blieben auch von letzteren Leistungen 6 Jahre frei. Ledigen Ankömmlingen, die sich im ersten Jahre verheirateten und ansiedelten, gab die Herrschaft aufser allen anderen Begünstigungen noch 6 fl. bar und 6 Prefsburger Metzen Getreide zur Hochzeitsbeisteuer. Die Ansiedler konnten jederzeit frei wieder abziehen, wenn sie ihre Schuldigkeiten abgestattet oder einen anderen Kolonisten gestellt hatten, der ihre Verpflichtungen übernahm. Nach den Freijahren waren die Ansiedler zur gewöhnlichen Kontribution und zu mäfsigen grundherrlichen Abgaben und Roboten verpflichtet. Die Ansiedler sollten zu Wasser nach Wien kommen und sich dort bei der k. k. Hofkammer melden. Von dieser erhielten sie Pässe und für die Verpflegung für jeden Erwachsenen 6 Kr., für jedes Kind 2 Kr. täglich. Die Beförderung zu den Ansiedlungsorten erfolgte auf Kosten des Ärars. Ansiedler, die wegen ihrer Landsmannschaft, Verwandtschaft oder Bekanntschaft zusammenbleiben wollten, wurden an einem Ort angesiedelt.

Im Texte der Ansiedlungskundmachung sollte alles vermieden werden, was Anstofs erregen konnte. So mufste die ausdrückliche Bemerkung, dafs die Ansiedler aus dem Römischen Reiche gerufen wurden, ausfallen, „weilen ein solches bei den Ständen des Römischen Reichs ein billiges Aufsehen erwecken, dem hohen Eurer Majestät Ansehn und Ruhm nachteilig, auch unschicksam zu sein scheinet, öffentlich Leute aus solchen Staaten, wovon Ihro Majestät der Kaiser dero Allerdurchlauchtigster Herr Sohn und Korregent das Oberhaupt ist, an sich zu ziehen“. Auch wurde die ausdrückliche Bemerkung, dafs „teutsche“ Ansiedler aufgenommen werden,

1) Militäreinquartierung.

ausgelassen, damit auch andere Ansiedler kommen könnten. Da Ungarn und das Banat getrennte Verwaltungsgebiete waren, wurde für jedes dieser Länder ein besonderes „Avertissement“ entworfen; beide weisen aber ungefähr denselben Inhalt auf.

Um die Einwanderung noch mehr in Flufs zu bringen, wurde auch an die Aufstellung kaiserlicher Kommissäre in Ulm, „wo derlei Leute auf der Donau zu Schiffe gehn“, ferner zu Köln, Frankfurt, Schweinfurt und Regensburg gedacht. Insbesondere sollten die im Reiche stehenden kaiserlichen Residenten und Gesandten mittelst der gedruckten Kundmachungen die Leute anwerben. Die angeworbenen Ansiedler wollte man in grofsen Transporten (zu je 100) unter der Leitung von „Führungskommissären“ nach Österreich geleiten lassen, damit sie nicht für die brandenburgischen und sächsischen Lande abgeredet würden. Die Ansiedlungsanstalten sollten für 1000 Familien gemacht werden. Gegen diesen allzu offenkundigen Betrieb des Ansiedlungsgeschäftes wurden aber bald Stimmen laut. Man verwies darauf, dafs ohne das Mitwirken von Kommissären und Residenten bisher sehr viele Ansiedler kamen; allein 1766 wanderten ins Banat beinahe 2300 Familien ein. Die grofsen Transporte würden Aufsehen erregen. Die Regierungen könnten die Auswanderung durch verschärfte Emigrationspatente verhindern, „wie es bereits hie und da geschehen ist“. Bisher kam die Masse der Einwanderer aus eigenem Antrieb. Die Ankömmlinge verständigten die in der Heimat zurückgebliebenen von ihrem guten Unterkommen und diese kamen dann nach. Zuweilen reisten auch einige Ansiedler ins Reich zurück, um das zurückgelassene Vermögen zu holen. Diese zogen neue Kolonisten an sich und brachten sie mit nach Ungarn; die ungarische Hofkammer zahlte für jede mitgebrachte Familie 1 fl. 30 Kr. [1]). Da auf diese Weise genügend Familien kämen, so sollte die öffentliche Werbung vermieden werben. Tatsächlich verbot Maria Theresia die Mitwirkung der Residenten und Werbeoffiziere. Nur die geheime Werbung durch den burgauischen, zu

1) Solche stille Werber waren die oben S. 193 ff. genannten. Daneben wirkten im Sinne der österreichischen Regierung doch auch andere Vertrauensmänner, wie der oben S. 202 genannte Hauer in Baden-Baden, ferner Sartori in Günzburg.

Günzburg wohnenden Oberamtsrat v. Sartori wurde in Aussicht genommen.

Auch über die Frage, welche Kolonisten aufzunehmen seien, wurde beraten. Es trafen nämlich verschiedene Meldungen über Einwanderungslustige ein. So berichtete der kaiserliche Resident zu Köln, v. Possart, dafs viele von den Bewohnern des Herzogtums Berg infolge der aus Ungarn eingetroffenen guten Nachrichten dahin auswandern wollten. Ebenso meldete der Hofrat v. Giganth, er habe während seines Aufenthaltes in Günzburg (1766) erfahren, dafs nicht nur aus einigen österreichischen Vorlanden, sondern auch aus den benachbarten Ländern viele zum Teil bemittelte Leute zur ungarischen Ansiedlung abgehen würden, wenn man sie in Günzburg übernehmen und auf der Donau befördern wollte [1]). Dabei wurde vor allem aber die Frage aufgeworfen, ob auch Protestanten, „welche etwan in besondere Dörfer und Bezirke zu versetzen wären“, Aufnahme fänden. Auch baten viele sogenannte „Freileute“, die sich mit dem Abdecken des toten Viehes beschäftigten und „von der übrigen Landesgesellschaft ausgeschlossen waren“, aus Südwestdeutschland nach Ungarn als Ackerbauer geschickt zu werden. Zur Abweisung der letzteren entschlofs man sich rasch [2]); aber die Frage der Ansiedlung von Protestanten wurde eingehend erörtert. Früher hielt man daran fest, dafs auf den Kameralgütern in Ungarn und im Banat nur Katholiken angesiedelt, Protestanten dagegen nach Siebenbürgen geschickt wurden. Schon 1765 wurde die etwas allgemeinere Entscheidung getroffen, dafs zur Ansiedlung sich meldende Akatholiken in jene Orte zu schicken wären, wo überhaupt Akatholiken wohnen dürften. Nunmehr entschied sich sowohl die Kommission als auch die Kaiserin dahin, dafs taugliche Protestanten aufzunehmen und in besonderen Distrikten auf Kameralherrschaften anzusiedeln seien. Im Bácser und Maroser Distrikt sowie im Banat sollten sie auch fortan nicht aufgenommen werden. Die Ortschaften für ihre Niederlassung waren auszumitteln; die Aufnahme und Transportierung konnte aber sofort beginnen.

---

1) In der Regel mufsten die Ansiedler bis Wien auf eigene Kosten reisen.

2) Es sollte höchstens der eine oder andere „mit passieret“ werden.

Da inzwischen mehrere Regierungen Südwestdeutschlands teils selbst gegen die Emigration Verfügungen herausgaben, teils den Kaiser um Erlassung eines Auswanderungsverbotes angingen [1]), entschied Maria Theresia schliefslich im Juli 1767, dafs die fertiggestellten Avertissements nicht veröffentlicht werden sollten. Es war „jeder öffentliche Schritt zur Herbeiziehung der Reichsemigranten sorgfältigst zu vermeiden, und lediglich dasjenige vorzukehren, was in der Stille und ohne alles besorgliche Aufsehen zur Beförderung dieses für meine Erbländer so heilsamen Endzweckes geschehen kann“. Der Oberamtsrat v. Sartori in Günzburg sollte blofs „unter der Hand“ Leute anwerben und nach Wien schicken; dafür würde er eine entsprechende Belohnung erhalten.

Obwohl also auch die Ansiedlung seit 1767 unter Vermeidung aufserordentlicher Mittel fortgeführt wurde, entbehrte sie nicht reicher Erfolge. Die Kaiserin selbst nahm stets regen Anteil an diesem Geschäfte. Im Dezember 1767 forderte sie einen Bericht über den Fortgang der 1762 begonnenen Kolonisation, insbesondere ob jeder Ansiedlungsort mit Pfarrern und Schullehrern, ferner einer Kirche, Pfarr- und Schulhaus versehen sei. Das „Impopulations-Geschäft“ hatte auch in Zukunft die zu diesem Zwecke bestellte Kommission zu führen. Die Werbung besorgte in Günzburg Sartori „in all möglichster Geheim und ohne Aufsehn“. Damit die Anwerbung in den vorderösterreichischen Ländern erleichtert werde, erging der Auftrag, dafs von den nach Ungarn Auswandernden nicht mehr als 5 Prozent an Abfahrtsgeld von ihrem Vermögen gefordert werde; ähnliche Aufträge waren übrigens auch schon früher ergangen. Von Sartori sind auch aus den folgenden Jahren Verzeichnisse über angeworbene Familien erhalten; doch kam die Regierung gar bald zur Überzeugung, dafs die meisten Ansiedler teils aus eigenem Antriebe, teils auf Zuschriften ihrer in Ungarn schon angesiedelten „Befreundeten“ kamen. Die Auswanderer benutzten in der Regel die von Ulm abgehenden „ordinari Schiffe“; so gingen anfangs Mai 1769 mit einem einzigen Schiff 400 Auswanderer nach Ungarn ab. Andere

1) Diese Schritte führten schliefslich zur Verkündigung des kaiserlichen Auswanderungsverbotes von 1768 (vgl. oben S. 19 u. 37).

Ansiedler besorgten ihre Reise „mittels Erkaufung eigener Schiffe", das heifst wohl auf Schiffen, die eigens für diese Fahrt gemietet wurden. Den Schiffslohn bis Wien zahlten die Auswanderer immer aus eigenen Mitteln. Im Herbst 1769 wollte man zur Beförderung der Ansiedler von Günzburg nach Wien eine „Wasserdilegenc", also einen Eilschiffsdienst, errichten und dieser allein den Transport der Kolonisten überlassen; doch wurde dies unter Hinweis auf die seit Jahren von den Ansiedlern nach eigenem Ermessen gewählten Schiffe widerraten: „man soll auf sie keinen Zwang ausüben; sie sollen tun, was ihnen bequem und billiger ist". Zur Übernahme der Ansiedler in Wien waren eigene Beamte bestimmt, und zwar einer für die Kolonisten, die nach Ungarn geschickt wurden, ein anderer für jene, die ins Banat gingen. Diese Beamten hatten die Ansiedler zu verzeichnen, sie mit den Pässen und dem Reisegelde zu versehen, hierauf sie nach Ofen abzusenden, wo sie vom Dreifsigstamte (Zollbehörde) in Empfang genommen wurden. Die ins Banat bestimmten Kolonisten schickte man von Ofen mit Wagen dahin; seit 1769 wurden sie aber von Wien bis ins Banat mit Schiffen befördert.

Der Andrang der Ansiedler war auch in diesen Jahren bedeutend. Im Spätherbst 1768 wurde der Kaiserin mitgeteilt, dafs in diesem Jahre 612 Familien nach Ungarn und ins Banat geschickt worden seien. Sie forderte, über die Einwanderer fortan genauere Tabellen zu führen. Schwierigkeiten bereitete auch jetzt die Unterbringung von Protestanten. In den königlichen Städten konnten nur jene angesiedelt werden, die ein Handwerk verstanden. Die beiden Hauptansiedlungsgebiete in Ungarn, der Bácser Distrikt und das Banat, wurden auch jetzt nur mit Katholiken besetzt. Die Ausmittlung anderer für die Ansiedlung geeigneter Prädien in Ungarn und Siebenbürgen bereitete der Ansiedlungskommission grofse Schwierigkeiten. Brauchbare Staatsgüter wurden in sehr geringer Zahl ausgewiesen; dazu kam, dafs die ungarische Hofkammer sich beeilte, die in zwei Ortschaften des Dominiums Arad neu erbauten 200 Häuser mit wohlhabenden einheimischen Familien zu besetzen. Nach dem Gutachten dieser Behörde (1768) gab es überhaupt nur noch im Bácser Distrikte Ansiedlungsplätze, und zwar in Krusevlya, Kernyája und Neu-Karavukova. Andere

Prädien waren angeblich ungeeignet und daher die weitere Ansiedlung unmöglich. Von welchem Geiste diese Ausführungen eingegeben waren, verraten die weiteren Ausführungen der ungarischen Hofkammer. Sie verwies darauf, dafs die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn von 1764 bis zum April 1768, nämlich die Besiedlung von acht Bácser Kameraldörfern, 120 636 fl. gekostet habe. Diese Ausgaben wären erspart worden, wenn die Bevölkerung dieser Orte mit ungarischen Familien bewirkt worden wäre, wie dies in den zwei Ortschaften des Dominiums Arad geschehen sei; ihre Anlage habe nur 2000 fl. gekostet. Daher bat die ungarische Hofkammer, die Absendung weiterer Kolonisten einzustellen. Dieser Bericht erregte den Widerspruch der Ansiedlungskommission (Oktober 1768). Sie verwies darauf, dafs die ungarische Hofkammer in früheren Jahren in Übereinstimmung mit dem Kammerrat Cothmann noch eine Reihe von Ansiedlungsstätten und Prädien namhaft gemacht habe. Daher sollten sofort auf einigen dieser Staatsgüter für 1000 Familien Ansiedlungsanstalten getroffen werden.

Der Mangel an Ansiedlungsplätzen machte sich immer mehr fühlbar, weil der Zuzug der Kolonisten stetig anhielt. Im Frühjahr 1770 meldete die Reichswerbungskommission, der Ruf des Wohlergehens der ins Banat gezogenen Kolonisten habe solche Lust zur Ansiedlung in diesem Lande erweckt, „dafs in Kurzem leichtlich über 1000 Haushaltungen zu überkommen wären“. Inzwischen war man im Banat mit den Ansiedlern so sehr ins Gedränge gekommen, dafs Sartori in Günzburg, ferner der neben ihm mit der Werbung betraute k. k. Notar Franz Leutner in Kehl [1]) und die Reichswerbungskommission (General Freiherr Ried in Offenburg) den Auftrag erhielten, die Annahme von Kolonisten für das Banat einzustellen; nur jenen, die auf eigene Kosten nach Ungarn ziehen wollten, sollten Pässe erteilt werden. Daraufhin berichtete die Reichswerbungskommission, dafs diese Beschränkung der Aufnahme von Ansiedlern von Nachteil sei; die Leute wollten oder konnten den neuen Anforderungen nicht genügen, daher hatten die preufsischen, spanischen und russischen Werber leichtes

1) Später wohnte dieser Notar in Offenburg; er besorgte also die Werbung im mittleren Baden.

Spiel. Zur Unterstützung dieser Ausführungen übermittelte die Reichswerbungskommission ein Exemplar des „Avertissement für die königlich preufsischen Provinzen Minden, Ravensberg, Tecklenburg und Lingen“ (datiert von Minden 21. April 1770), „worin die Wohltaten und Vorteile enthalten sind, welcher sich die Ausländer, so sich in ermeldeten Provinzen niederlassen wollen, zu erfreuen haben“. Trotz dieses Berichtes hielt sowohl die Kaiserin als auch Kaiser Joseph als Mitregent seiner Mutter an der ausgesprochenen Beschränkung der Aufnahme von Ansiedlern fest; 1771 ergingen dieselben Aufträge an die Kommissäre im Reich wie schon 1770. Gegen die Aufnahme von Protestanten machten sich jetzt Stimmen geltend, da sich genügend Katholiken meldeten; auch in Siebenbürgen wollte nun Maria Theresia auf öden Staatsgründen Katholiken ansiedeln. Nach dem Willen der Kaiserin sollten die nach Wien kommenden Ansiedler überredet werden, statt ins Banat zu gehen, auf Kameralgütern und Privatgütern in Ungarn sich niederzulassen. Auf den Kameralgütern waren die nötigen Vorbereitungen zu treffen; die Privatdominien hatten zu erklären, wie viele Ansiedler sie übernehmen wollten. Handwerker konnten auch in den Städten aufgenommen werden.

Jahr für Jahr meldeten sich Ansiedler aus verschiedenen Ländern; so aus Deutschböhmen, Bayern, Durlach, Kurtrier, Falkenstein, Fürstenstein, Lothringen, Burgund u. a.; auch preufsische Deserteure baten um Ansiedlung. Bis in den Anfang der achtziger Jahre blieb Ungarn ein ersehntes Ziel der schwäbischen Auswanderer. So baten auch noch 1781 elf Familien, die wahrscheinlich aus der vorderösterreichischen Grafschaft Falkenstein nach der Leopoldstadt (Wien) gekommen waren, um Ansiedlung „im gelobten Lande Ungarn“. Noch immer kam es auch vor, dafs in Ungarn bereits Angesiedelte in die Heimat reisten und von dort zahlreiche Familien mit sich nach dem Osten führten. Im Jahre 1781 meldeten sich z. B. 30 kurtriersche Familien durch einen Schankwirt aus dem Trierschen, der schon „Bei den drei Mohren“ in Mihála (Vorstadt von Temesvár) ansässig war. Auch an abenteuerlichen Ansiedlungsplänen fehlte es nicht. Zu diesen gehörte jedenfalls das Projekt eines gewissen Serione „zur Beförderung der Bevölkerung und des Ackerbaues in Ungarn“ (1770). Zwei Jahre später mel-

dete sich ein Franzose Duhamel comte de Precourt; er hatte 100 Mann verschiedener Nationen zusammengebracht, gekleidet und bewaffnet, um sie den Konföderierten in Polen zuzuführen. Da aber deren Umstände sich inzwischen geändert hatten und sie ihm die ausgelegten 600 Dukaten nicht vergüten konnten, erbot er sich, diese 100 Mann mit ihren Weibern in den königlichen Erblanden auf einer Kameralherrschaft anzusiedeln. Selbstverständlich wurde er abgewiesen. Später (1782) meldete sich der Oranien-Nassauische Amtmann Rühle mit einem etwas abenteuerlichen Plane; doch auch daraus wurde nichts [1]).

Die vollständige Verweigerung jeder Unterstützung vermochte die Regierung nicht lange durchzuführen. Anfangs bestand sie wohl darauf, dafs nur Kolonisten „auf eigene Gefahr" Pässe erhalten sollten. So meldete z. B. der Resident Nagel in Basel am 6. Mai 1771, dafs alltäglich zahlreiche Familien aus Lothringen und der Freigrafschaft Burgund durch Basel und benachbarte Orte hindurchzögen, um ihren Weg nach der Donau und weiter nach Ungarn zu nehmen. Unter ihnen befanden sich viele nützliche Handwerker, Wollfabrikanten und des burgundischen Weinbaues kundige „Rebleute". Sie gaben an, dafs ihnen noch viele folgten. Obwohl sich unter diesen Auswanderern gewifs viele brauchbare Leute befanden, beharrte die Regierung doch auf ihrem Standpunkt, dafs sie nur auf eigene Gefahr einwandern könnten, um auf Kameral- und Privatgütern, ferner in Freistädten angesiedelt zu werden. Ende 1771 und anfangs 1772 gestattete man auch Deserteuren aus Polen und Preufsen, die über Schlesien und Mähren nach Ungarn kommen wollten, nur auf eigene Unkosten sich in den königlichen Freistädten und auf Privatherrschaften niederzulassen. Anderseits gewährte man aber 1771 einer gröfseren Anzahl von Tirolern Reisegeld. Als dann im März 1772 51 bayrische Familien mit 114 Kindern nach Wien kamen und ihre Not so grofs war, dafs auch einige Kinder angeblich erfroren, befahl Kaiser Joseph, sie in den königlichen Freistädten und auf den Kameralherrschaften baldigst unterzubringen; als Almosen wurden unter die Notleidenden 100 fl. verteilt. In ähnlichen berück-

1) Vgl. oben S. 21 f.

sichtigenswerten Fällen sahen sich die Behörden immer wieder zur Nachgiebigkeit veranlafst. So überreichte Nikolaus Volckmar im Frühjahr 1780 ein Bittgesuch an Kaiserin Maria Theresia, in dem er ausführte, dafs er durch verschiedene Unglücksfälle und eine Feuersbrunst zur Auswanderung aus seinem Geburtsort Fulda gezwungen worden sei. Mit seinem Weib und fünf Kindern habe er die Reise von 100 Meilen nach Wien in der Art gemacht, „dafs er aus gröfster Armut seine Kinder einen Weg von 80 Stunden auf einem Schubkarren führen mufste“. Er war Gärtner, wies seine Atteste vor und bat um Ansiedlung in Ungarn.

Für die Regierung hatte sich übrigens gar bald die Nötigung ergeben, gröfsere Scharen von Ansiedlern herbeizuziehen, weil besonders im Banate viele Ansiedlungshäuser leer standen und die Regierung sich veranlafst sah, sie neu zu besetzen. Daher mufste sie sich auch wieder zur Gewährung von Unterstützungen und Vorschüssen entschliefsen. Die ungarische Hofkammer sah dies auch jetzt nicht gern. Als z. B. 1780 35 kurtrierische Familien, die durch die Reise nach Wien „ganz verarmt“ waren, um eine Beisteuer zu ihrem weiteren Fortkommen und um Ansiedlungsbegünstigungen im Banat baten, wurde zunächst darauf verwiesen, dafs der Ansiedlungsfonds [1]) schon aufgehoben sei; es müfste daher die beanspruchte Unterstützung besonders beschlossen werden. Darüber erstattete der ungarische Hofkammervizepräsident Graf v. Festetics am 20. April 1780 ein Gutachten. Er sprach sich dagegen aus, dafs das Ärar weiter beschwert werde; er verwies darauf, dafs diese mittellosen Ansiedler die ihnen gewährten Vorschüsse in den „von allem Verschleifs entfremdeten Gegenden“ niemals zurückzahlen könnten. „Der Bácser Kameraldistrikt ist ein klarer Beweis des wegen Mangel an Produktenverschleifs obwaltenden aufserordentlichen Geldmangels.“ Selbst der einheimische Untertan, „dem alle Mittel und Wege eines wenigen Verschleifses bekannt sind“, müfste sich auf das äufserste anstrengen, um seine landesfürstlichen und grundherrlichen Abgaben zu leisten und seine Familie zu ernähren; dem Fremden fiele dies noch viel schwerer. Die noch vorhandenen Gründe reichten kaum für die Abkömm-

---

1) Vgl. oben S. 190.

linge der bereits angesiedelten Untertanen aus, die ihre Mittel besäſsen und dem Ärar keine Kosten verursachten. Es wäre unzweckmäſsig, sich aller Prädien zu entäuſsern, da auch der Staat sie benötigte. In Würdigung dieser Gründe wäre auch schon die kostspielige Ansiedlung im Banat eingestellt worden, zumal es in den ungarischen Kameralorten nicht an Leuten mangelte, die Grundstücke ohne allen Vorschuſs zu übernehmen bereit wären und eigene Gerätschaften und Vieh besäſsen. Daher stellte die ungarische Hofkammer den Antrag, die Ansiedler abzuweisen; sie sollten auf Privatherrschaften unterzukommen trachten.

Die Ansiedler, welche seit dem Ende der sechziger Jahre ankamen, wurden in ganz unbedeutender Anzahl im Bácser Komitat angesiedelt; die Masse ging auch jetzt ins Banat; die Kolonisation auf Kameraldomänen, in den Städten und auf den Privatgütern in den anderen Teilen Ungarns war gering.

Über die Ansiedlung im Bácser Komitat von 1768 bis zum Anfang der achtziger Jahre erfahren wir wenig. Doch berichtet ein Schriftstück von 1772, daſs seit der Einstellung der Kolonisation (1770) die Einwanderer teils als Bauern, teils als Handarbeiter bei der Fabrik in Apatin ihren Unterhalt fanden. Da diese Tuchfabrik jedoch im Juli 1772 aufgelassen wurde, plante man grobe Leinwand und Kotzen (ordinäre Teppiche) zu erzeugen, damit die Leute Verdienst fänden. Auch sonst sind vereinzelte Nachrichten von Ansiedlern erhalten, die in den Bácser Bezirk geschickt wurden; bedeutend war aber ihre Anzahl in diesen Jahren nicht.

Das Hauptkolonisationsgebiet von 1768 bis 1780 war das Banat. Hier gab es noch immer viele unbebaute Gründe; auch wurden gerade damals durch weitere Kanalisierungen Moräste ausgetrocknet. Anderseits brachte es die ungesunde Luft mit sich, daſs viele Hauswirte starben; andere liefen davon oder wurden wegen ihrer Liederlichkeit abgestiftet. So standen z. B. 1775 zusammen 179 Häuser leer; von ihren Besitzern waren 69 gestorben, 98 desertiert und 8 abgestiftet. Deshalb lenkte die Regierung die Masse der Einwanderer hierher und gewährte ihnen hier auch nach der formellen Einstellung der Ansiedlungen (1770) Unterstützungen. So sind insbesondere noch 1773 überaus viele An-

siedler auf Staatskosten ins Banat geschickt worden. Aber auch später wurden Ansiedler angenommen. Diese Einwanderer wurden zumeist in den leeren Häusern untergebracht oder sie erbauten sich neue Wirtschaften. Das Ärar leistete ihnen Beihilfe und Vorschüsse für die Reparatur und die Herstellung der Häuser, für die Anschaffung von Vieh und Ackergeräten; ferner wurde ihnen Getreide und Mehl zum Lebensunterhalt, ebenso Samen (Sommer- und Winter-Korn, Hafer, Gerste, Kukuruz und Weizen) vorgestreckt. So erhielt z. B. Johann Noll, der 1780 zu Grofs-Jécsa Haus Nr. 183 neu angesiedelt wurde, für einen neuen Wagen 21 fl., für einen Pflug 4 fl., das Haus stampfen (d. h. die Wände aus gestampften Lehm herstellen) 10 fl., Zimmermannsarbeit 7 fl., 800 Bund Rohr (zur Dachdeckung) 8 fl., Bindweiden (zum Befestigen der Rohrbündel bei der Dachdeckung) 1 fl., das Haus eindecken (Arbeitslohn) 7 fl., 3 Stück Türen samt drei Paar Bändern 3 fl. 42 Kr., zwei Zentner Mehl zu 1 fl. 30 Kr. = 3 fl., 2 Pferde zu 18 fl. = 36 fl., 1 Kuh 10 fl., 1 Paar Pferdegeschirre 1 fl. 30 Kr., 1 Anhalt-Streng 4 Kr., 1 Pflugeisen 1 fl. 25 Kr., 1 Pflug-Saag [1]) 48 Kr., 1 Pflug-Striegl [2]) 9 Kr., 1 Holzhacke 30 Kr., zusammen 121 fl. 8 Kr. Die Ansiedlungskosten für drei andere gleichzeitig angesiedelte deutsche Kolonisten betrugen 298 fl. 4 Kr.; der ganze „Vorschufs“ von 419 fl. 48 Kr. war „seinerzeit anwiederum rückeinzuheben“. Anderen Ansiedlern wurde das Reisegeld bewilligt, so 49 Tirolern aus Primör, die mit Schiff über Wien und Ofen ins Banat geschickt wurden (1771). Den Ansiedlern in Lovrin wurde das Holz zum Häuserbau unentgeltlich geliefert (1780). Bald darauf erhielten einige neue Ansiedler in Buchberg „für ihre Wirtschaftseinrichtung“ 213 fl. Vorschufs u. dgl. m.

Gröfsere Zuzüge fanden Ende der sechziger und Anfangs der siebziger Jahre statt; damals wurden noch viele Neugründungen von Kolonien vorgenommen. So kamen 1768 zusammen 462 Familien oder 1888 Personen, 1769: 815 Fam. mit 3124 Pers., 1770: 3214 Fam. mit 10292 Pers., 1771: 387 Fam. mit 1585 Pers. und 1773: 1385 Fam. mit 5568 Pers. Die meisten dieser Ko-

---

1) = Sech (Sage, Säge) = vorderes Pflugmesser.

2) Striegl, vielleicht das Schabeisen zum Reinigen der Pflugschar.

lonisten trafen alljährlich in den Frühjahrsmonaten ein; so war der stärkste Zuzug 1768 im Mai mit 202 Fam., 1769 ebenfalls im Mai mit 348 Fam., 1770 im April mit 930 Fam. und 1771 im März mit 129 Fam. In späteren Jahren nahm der Zuzug sehr ab, denn auf eigene Kosten kamen nur sehr wenige Kolonisten, so 1772: 20 Familien, 1773: 17, 1774: 14, 1775: 12 und 1776: 4, also in fünf Jahren nur 67 Familien oder 264 Personen. Daher fanden seit etwa 1774 zumeist nur Beisiedlungen in den bereits bestehenden Ortschaften statt, wo gerade ein Haus leer war oder eine Siedlungsstelle zur Verfügung stand. Das Verfahren bei der Ansiedlung beschrieb sehr ausführlich die „Impopulations-Hauptinstruktion" vom 11. Januar 1772 [1]).

Neuansiedlungen sind seit 1768 folgende zu nennen; die beigesetzten Zahlen geben die Anzahl der Häuser (Familien) an: Im Jahre 1768: Grabácz 203; im Jahre 1769: Bogáros 201; im Jahre 1770: Klein-Jećsa 101, Heufeld 80, Maszdorf 80, Marienfeld 125, Albrechtsflur 80, Blumenthal 95, Segenthau 77; im Jahre 1771: St. Hubert 78, Soltur 64, Charleville 64 [2]), Wiesenhaid 100, Kreuzstetten 65, Lichtenwald 42, Buchberg 30, Neuhof 30, Altringen 32, Charlottenburg 32, Königshofen 30, Greifenthal 30; im Jahre 1772: Triebswetter 203, Gottlob 203 und Ostern 52, zusammen 2097 Häuser (Familien). Dazu kamen noch 1773 Steierdorf (34 Holzhauerfamilien aus Oberösterreich und Steiermark), ferner 1776: Vojtek und Moravicza, 1778: Neu-Moldova, endlich vor 1780: Lovrin.

Zuzüge erhielten seit 1775 teils diese neubegründeten Orte (z. B. Königshofen, Greifenthal, Charlottenburg, Altringen, Buchberg, Neuhof, Blumenthal und Bogáros), teils die älteren Ansiedlungen (Grofs-Jécsa, Facsét).

Auch in der Banater Militärgrenze wurden weitere Ansiedler

---

1) Diese ist bei Czoernig III, Anhang abgedruckt.

2) Die Ansiedlungen St. Hubert, Soltur (Seultour, Secultura) und Charleville waren, wie schon die Namen andeuten, vor allem mit französischen Einwanderern (aus Lothringen, zwischen Metz und Nancy) besetzt worden; sie wurden allmählich germanisiert Auch in anderen Orten des Banats und im Bácser Komitat liefsen sich damals Franzosen nieder, die seither ebenfalls germanisiert wurden.

aufgenommen. Deutsche wurden angesiedelt in Kubin (1770), Glogon (1774), Homolica und Jabuka oder Almás (1776).

In den anderen Teilen Ungarns war die Ansiedlung von geringer Bedeutung. Dies gilt sowohl von den Kameralgütern und Städten, als auch von den Privatherrschaften.

Auf den Kameralherrschaften Ungarns aufserhalb der Báčka und des Banats war nach den Erhebungen von 1772 für 817 Familien Platz; zu diesen Prädien gehörte auch Bellye im Komitat Baranya und Glogovácz in der Arader Herrschaft, die schon früher deutsche Ansiedler erhalten hatten [1]). Aufserdem konnten in mehreren Orten 180 Handwerker und Bauern untergebracht werden [2]). Auch in Buda (Ofen) schien für zahlreiche Familien (etwa 600) Raum vorhanden; bei Szegedin sollte der zur Stadt gehörige Flecken Kistelek mit Deutschen besiedelt werden. Man wollte an alle diese Orte vor allem Einwanderer, die eigene Mittel besafsen, schicken; den Handwerkern sollten zur Erleichterung der Ansiedlung die Zunft- und Bürgerrechtstaxen erlassen werden. Aber von allen diesen Vorschlägen scheint wenig ausgeführt worden zu sein. So wurden 1769 nach Újpalota (Komitat Bihar, Grofswardeiner Dominium) deutsche Kolonisten geschickt; 1775 siedelte man bei den Salzwerken in der Mármaros oberösterreichische Salzarbeiter an und gründete so Németmokra; 1777 kamen Deutsche nach Kis-Jenö im Arader Komitat. Erwähnt sei noch, dafs aus Mähren viele Irrgläubige (sogenannte Deisten) nach Ungarn geschickt wurden; man wollte sie bei den Bergwerken (auch in Siebenbürgen) und in Holzhauerkolonien unterbringen; schliefslich wurden sie in die Arader Kameralorte Kerek und Ternova geschickt (1780). Diese Ansiedler waren aber nach ihren Namen wohl zumeist Czechen; doch befand sich auch ein deutscher Irrgläubiger, Michael Hoflener aus Oberösterreich, unter den Verschickten. Alle diese Leute erhielten je 100 fl. zur Einrichtung ihrer Wirtschaft; ihre Kinder waren ihnen ge-

---

1) Vgl. Bd. II, S. 127 und oben S. 201.

2) Davon entfiel aber die gröfsere Hälfte doch wieder auf den Bácser Komitat; es sollten nämlich in Zombor 100 Handwerker angesiedelt werden. Die anderen Orte waren St. Georgen, Kreuz und Tyrnau, alle im nordwestlichen Ungarn.

nommen und katholischen Familien zugewiesen worden, die für jedes der Kinder 4 Kreuzer täglich erhielten. Im Banat hatte man diese irrgläubigen Familien nicht aufnehmen wollen. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf verwiesen, dafs vor einigen Jahren mehrere lutherische Köhler bei den Banater Bergwerken gefunden worden waren; diese wurden nach Siebenbürgen abgeschoben, ihre jüngeren Kinder ihnen aber abgenommen und „anfangs aus allerhöchster Freigibigkeit ernähret, nachher aber an katholischdeutsche Familien an Kindesstatt verteilet". Die Unduldsamkeit gegen die Protestanten erschwerte auch die Niederlassung in den Städten. Für die protestantischen Einwanderer war es nicht verlockend, sich an Orten niederzulassen, wo man sie bei den „Ratserneuerungen" ausschlofs oder zugunsten protestantischer Schulen bestimmte Kapitalien einzog. Auch sonst wurden deutsche Bürger, besonders wo sie in der Minderzahl waren, bedrückt; so beschwerten sich z. B. 1775 die „teutschen Bindermeister" in Erlau über den Magistrat.

Auf Privatgütern scheinen Ansiedlungen in dieser Zeit höchst vereinzelt stattgefunden zu haben. Die Ansiedler zogen es vor, auf Kameralherrschaften zu ziehen; 1779 kam es z. B. vor, dafs kurtrierische Familien ausdrücklich baten, dafs sie „lediglich unter Kameral-Jurisdiktion gezogen werden möchten". Andere Ansiedler aus dem Reich baten damals um Ansiedlung in Ungarn, doch so, „dafs wir unter keine Botmäfsigkeit einer (privaten) Herrschaft kommen". Anderseits fanden sich auch nur wenige Privatgrundherren bereit, fremde Ansiedler aufzunehmen; sie scheuten offenbar die Kosten. Doch soll z. B. Graf Erwin von Schönborn für seine Dörfer bei Munkács, wo schon seit 1711 Schwaben angesiedelt worden waren [1]), durch einen „offenen Brief an alle deutschen Kolonisten" um Neuansiedler für seine Güter geworben haben.

---

1) Bd. II, S. 172. Jetzt wohnen hier Deutsche in 8 Dörfern: Ober- und Unterschönborn, Pausing, Palanka (Várpálanka), Mädchendorf (Leányfalva), Birkendorf (Berezinka), Kutschowa (Németkucsova) und Sophiendorf (Zsófiafalva). Letzterer Ort kam erst am Anfang des 19. Jahrhunderts hinzu.

Die deutsche Kolonisation in Ungarn 1784—1800.

Die Einleitung der Ansiedlung in Galizien durch das Patent vom 17. September 1781 (oben S. 16ff.) hat die damals ohnehin schon geringe Einwanderung nach Ungarn zunächst völlig zum Stillstand gebracht. Im Jahre 1782 ist von neu eintreffenden deutschen Ansiedlern in Ungarn nichts zu bemerken; Leute, die nach Ungarn ziehen wollten, wurden zurückgewiesen.

Da aber die Aufnahme von Ansiedlern für Galizien schon in der zweiten Hälfte 1782 vorläufig eingestellt wurde, berichtete im Februar 1783 der österreichische Ansiedlungskommissär Röthlein aus Frankfurt am Main, dafs bei ihm sich viele Leute meldeten, die auf eigene Kosten nach Ungarn gehen wollten [1]. Unter Hinweis auf die Gefahr, dafs diese Auswanderer sonst nach Preufsen ziehen würden, fragte er, ob er jenen Bauern und Professionisten, die auf eigene Kosten nach Ungarn ziehen wollten, Pässe erteilen dürfe. Diese Anregung hatte zunächst nur den üblichen Schriftenwechsel zwischen den verschiedenen Behörden zur Folge; zu einer bestimmten Erklärung kam es in den nächsten Monaten nicht. Für Galizien angeworbene Ansiedler, die im Sommer 1783 nach Ungarn „ausreifsen“ wollten, wurden von der Polizei „auf den vorgeschriebenen Weg“ zurückgebracht.

Erst Kaiser Josephs Schreiben aus Lemberg vom 30. Juni 1783, das für das österreichische Ansiedlungswesen neue Anregungen bot, befahl die Absendung von Ansiedlern auch nach Ungarn und ins Banat, wenn die ungarisch-siebenbürgische Kanzlei ihren Bedarf anzeigen würde. An diese Hofstelle ergingen sofort im Juli die entsprechenden Weisungen und Anfragen; doch noch anfangs 1784 entnahm der Kaiser amtlichen Berichten, dafs die Ansiedlung in Ungarn nicht aufgenommen worden war. Unter dem Ein-

1) Dies ist aber nicht infolge eines angeblichen Patentes vom 21. September 1782 für Ungarn und Galizien geschehen. Im Herbst 1782 sind vielmehr die Ansiedlungen eingestellt gewesen (oben S. 27). Das Patent fand ich in keinem Archiv. Es mufs daher, obwohl es zunächst bei Eimann erscheint, und dann von Czoernig, Famler, Jauss, Kármán, ferner im Pfälzischen Museum 1887 (nach Famler) nachgedruckt wurde, als Fälschung zurückgewiesen werden.

drucke des kaiserlichen Unwillens traf die österreichische Hofkanzlei im Februar die Verfügung, dafs jene deutschen Einwanderer, die nach Ungarn gehen wollten, dahin geschickt würden; dabei ging die Hofkanzlei von der Voraussetzung aus, dafs die ungarische Hofkammer seit Juli vorigen Jahres die erforderlichen Vorbereitungen getroffen haben müfste. Die nötigen Weisungen ergingen sofort einerseits an die ungarisch-siebenbürgische Hofkanzlei, anderseits an den Ansiedlungskommissär Röthlein in Frankfurt. Als der Kaiser über diese Verfügungen von der österreichischen Hofkanzlei Bericht erhielt, befahl er nochmals wegen genauer Befolgung seines Auftrags vom 30. Juni vorigen Jahres mit der ungarisch-siebenbürgischen Kanzlei das Einverständnis zu pflegen und „sich gegen die schwerste Verantwortung genau danach zu halten“. Daher erging am 23. März an die ungarische Hofkanzlei die Aufforderung, die Ansiedlung in Ungarn derart zu betreiben, „dafs von den im Frühjahr eintreffenden Ansiedlern jene, welche sich zur Ansiedlung in Ungarn bereden lassen würden, dahin gewiesen werden könnten, um für die galizische Kolonisation Zeit zu gewinnen“. Die ungarische Hofkanzlei sollte einen Beamten bestimmen, an den die Einwanderer gewiesen werden sollten; ferner hatte sie anzuzeigen, wie viele Familien in neuerbauten Kolonistenhäusern, in kaiserlichen Gebäuden und aufgehobenen Klöstern untergebracht werden könnten.

Jetzt erst kam das Ansiedlungsgeschäft in Ungarn wieder in Flufs. Da das Banat 1778 mit Ungarn vereinigt worden war, so wurden jetzt alle Anordnungen für das ganze Gebiet getroffen.

Die ungarische Hofkammer fafste (23. April 1784) die näheren Bestimmungen über die Ansiedlung zusammen. Danach wollte diese Kammer auf den ihrer Verwaltung anvertrauten Kron- und Kammergütern, ferner auf den jüngst in die staatliche Verwaltung übernommenen geistlichen Gütern Ackerleute, Handwerker und Professionisten ansiedeln. Ebenso sollten in den königlichen Freistädten Handwerker, Professionisten und Fabrikanten aufgenommen werden. Endlich hatten auch Privatgrundherren ihre Bereitwilligkeit, Ackerbauer anzusiedeln, kundgetan. Angenommen sollten Ansiedler werden, die aus dem Deutschen Reiche mit ordentlichen Pässen der dort bestellten k. k. Beamten in Wien eintreffen würden.

Hier sollten sie für jeden Kopf ein Reisegeld von 2 fl. erhalten und sodann auf der Donau nach Preſsburg reisen. Von da fand die Absendung nach den einzelnen Bestimmungsorten statt. Ging die Reise durch Pest, so erhielt jeder Ansiedler hier einen weiteren Gulden; derselbe Betrag wurde jedem bei seiner Ankunft am Ansiedlungsorte ausgezahlt. Ansiedler, welche ohne Pässe kamen, wurden angenommen, erhielten aber kein Reisegeld. Die Ackerbauer auf den Kron- und Kameralgütern erhielten ein Haus mit einem Zimmer, einer Kammer, einer „Kuchel“ und Stallung; ferner eine ganze, eine halbe, eine viertel oder eine achtel Ansässigkeit, und zwar Acker, Wiesen und Hutweiden. Eine ganze Ansässigkeit umfaſste im Bácser Komitat je nach der Lage der Ortschaft und der Güte des Bodens 32 bis 38 Joch Äcker zu 1200 Quadratklaftern und 22 Tagewerk oder „Heumahden“ Wiesen. Im Temeser, Torontáler und Krassóer Komitate (also im Banat) gehörten zu einer ganzen Ansässigkeit 24 Joch Äcker (zu 1600 Quadratklaftern), 6 Joch Wiesen, 3 Joch Hutweiden und 1 Joch für den Hausgrund und Garten [1]). Ferner erhielt jeder Ansiedler ein Paar Ochsen, zwei Pferde, eine Kuh, sowie Wagen, Pflug und Egge, und zwar alles unentgeltlich. Auch wurde zehnjährige Freiheit von allen allgemeinen Steuern und herrschaftlichen Verpflichtungen gewährt. Den Handwerkern auf dem Lande wurden Häuser ohne Äcker und Wiesen mit zehnjähriger Freiheit von den Abgaben geboten. In den Freistädten wurden Handwerker, Professionisten und Fabrikanten ohne Unterschied der Religion angenommen. Sie erhielten das Bürger- und Meisterrecht unentgeltlich, ferner 50 fl. für Werkzeuge ohne eine Verpflichtung auf Ersatz. Beim Ankaufe von Häusern wurde ihnen Beistand in Aussicht gestellt; für Neubauten bekamen sie leere Hausstellen, ferner Ziegel, Stein und Kalk zum Erzeugungspreis, endlich das Bauholz unentgeltlich, wo dieses vorhanden war. Auſserdem hatten diese Ansiedler auf eine fünfzehnjährige Steuerfreiheit Anspruch. Von den Privatgrundherren wollte Graf Pejachevich in seinem Markte Ruma (Sirmien, östliches Slawonien), wo für 700 Hausstellen Platz war, Ansiedler aufnehmen.

---

1) Man beachte, daſs 32 Joch Acker zu 1200 Quadratklaft. = 24 Joch zu 1600 Quadratklaft. sind. Dazu s. oben S. 40, Anm. 1.

Er versprach ihnen je 5¾ Joch Ackerfeld zu 2000 Quadratklafter unentgeltlich; ebenso freies Bauholz. Die Ansiedler sollten aufserdem durch 6 Monate den freien Ausschank und die Einkünfte von zwei Jahrmärkten geniefsen. Dem Grundherr hatte jede Familie nur 4 fl. jährlichen Zins ohne sonstige Dienste und Roboten zu entrichten. Ebenso erboten sich mehrere Grundherren in der Torontáler Gespannschaft Ansiedler aufzunehmen, nämlich Jakob Lazár 100 Familien, Isak Kiss 50 Fam. und Bogdan Karátson 15 Fam. Diese Grundherren versprachen den Kolonisten Hausgründe samt Äckern und Wiesen unentgeltlich; aufserdem für jedes Bauernhaus zwei Ochsen, nach Tunlichkeit auch Beiträge zum Hausbau. Auch die Stadt Temesvár wollte in ihrem neben der Stadt gelegenen Dorfe Mihála 30 Familien ansiedeln. Aufserdem wollten die Städte Neusohl, Zombor, Požega und Warasdin (letztere zwei in Slawonien-Kroatien) Ansiedler, besonders allerlei Handwerker aufnehmen, ohne ihnen irgendwelche Aushilfe in Aussicht stellen zu können.

Bei der Bestimmung der oben angeführten Begünstigungen für die Kameralansiedler sind die Patente für Galizien berücksichtigt worden. Der Kaiser genehmigte die Vorschläge der ungarischen Hofkammer, worauf diese den Ansiedlungskommissären im Reich mitgeteilt wurden. Gleichzeitig wurde zur Übernahme der für Ungarn bestimmten Ansiedler der Hofagent Schulz in Wien bestimmt; an ihn hatte der Ansiedlungskommissär Glantschnigg die Ansiedler zu weisen. Der Hofkanzleiregistrator Fabianics versorgte die ungarischen Kolonisten mit Reisegeld; zu diesem Zwecke wurden ihm 1784 und 1785 bedeutende Geldsummen angewiesen, mitunter in einem Monat mehrere Tausend Gulden.

Die Weisung, Ansiedler für Ungarn aufzunehmen, erging an die drei Kommissäre im Reich, die dieses Geschäft auch schon für Galizien besorgten, also an Röthlein, Metternich und Blank [1]). Röthlein hatte schon Ende Februar 1784 den Auftrag erhalten (oben S. 50), die für Galizien überzähligen Ansiedler nach Ungarn zu leiten, wo sie wie in Galizien angesiedelt und begünstigt werden

1) Vgl. oben S. 35 ff.

sollten. Im April erhielten sodann alle genannten Kommissäre die Mitteilung, dafs sie für Ungarn Maurer, Zimmerleute, Wagner und alle jene Professionisten, die ihr Gewerbe auf dem Lande betreiben können, ferner Ackerleute annehmen sollten. Die Anzahl der Ansiedler wurde nicht beschränkt, doch sollte die ungarische Hofkammer von Zeit zu Zeit über den Fortgang der Werbung unterrichtet werden. Indessen hatte Röthlein berichtet, dafs die Ansiedler nicht nach Ungarn gehen wollten. Ihm war daher der Auftrag zugegangen, „das gegen die ungarische Ansiedlung gefafste Vorurteil, als ob Hungarn der Deutschen Kirchhof seie, zu benehmen, massen das Sprichwort lediglich Bezug auf die Armeen habe, die unter freiem Himmel kampieren und bei der so schnell abwechselnden Hitze und Kälte vielen Krankheiten ausgesetzt sind“. Es war aber nicht so leicht den Ansiedlern auszureden, „dafs ihnen die hungarische Luft nicht gedeihe“. Seit die Ansiedlung in Galizien bekannt geworden war, wollten selbst in Ungarn und im Banat schon Ansässige nach Galizien auswandern. So bat 1783 der zu Gyarmata im Banat angesiedelte Tiroler Johann Meng mit hundert anderen Ansiedlern aus diesem Orte nach der Bukowina oder Galizien versetzt zu werden. Auch später kamen solche Gesuche aus verschiedenen Teilen Ungarns vor. Um so gröfser war zunächst das Widerstreben der Neuangeworbenen nach Ungarn zu gehen. Gesuche nach Polen, nicht aber nach Ungarn geschickt zu werden, liefen häufig ein. Daher wurden Ansiedlern, die nach Ungarn gehen wollten, Erleichterungen gewährt; man schickte dahin auch solche, die das für Galizien vorgeschriebene Mindestvermögen von 100 fl. nicht besafsen, ferner Leute ohne Pafs. Als aber die ungarische Hofkanzlei bemerkte, dafs der österreichische Kommissär Glantschnigg an den ungarischen Kommissär Schulz stets Leute „ohne alle Mittel“ wies, erhob sie dagegen Einspruch; sie sprach die Besorgnis aus, „dafs das Land mit armen, unvermögenden Leuten angefüllt und das Ärar des anzuhoffenden Nutzens verlustig würde“. Bezüglich der Einwanderer ohne Pafs verwies die ungarische Hofkanzlei auf die vom Kaiser bestätigte Bestimmung, dafs sie wohl angenommen würden, aber kein Reisegeld erhielten. Die österreichische Hofkanzlei antwortete (10. Mai), dafs viele Ansiedler trotz der getroffenen Be-

stimmungen ohne Paſs kämen, die man nicht zurückweisen könne. Man habe durchaus nicht die Absicht, nach Ungarn nur mittellose Ansiedler zu senden; doch könne man jene Einwanderer, die ausdrücklich die Ansiedlung in Galizien forderten, nicht wider ihren Willen nach Ungarn schicken. Um die Emigranten von ihrem Vorurteile gegen Ungarn abzubringen, wäre es nötig, wenigstens anfangs ihnen wegen der Pässe und des Vermögens keine Schwierigkeiten zu bereiten. Am 16. Mai 1784 entschied der Kaiser: „Die Leute, die ohne Pässe kommen, sind gewiſs ärmer als jene, die damit versehen sind; sie brauchen also die nämlichen Benefizien. Es sind ihnen auf allen Kameral-, geistlichen und Exjesuiten-Gütern die Freiheiten von zehn Jahren zu bewilligen und ihnen so viel Häuser und Gründe einzuräumen, als sie bedürfen und die aufzuhebenden Meierhöfe Wohnungen und Gründe umfassen. Auch sind ihnen 4 fl. (für die Reise) zu verabfolgen. Die Handwerker sind in Städte und Marktflecken zu weisen, so viel möglich gegen Schlafkreuzer einzuquartieren und ihnen Freiheit zur Treibung ihres Gewerbes zu gestatten. Die Abfertigung dieser Leute, die sich hier (in Wien) aufzehren, ist aufs schleunigste zu befördern. Zu diesem Ende ist die Sache brevi manu von der Kanzlei abzutun, ohne sie durch den gewöhnlichen Umtrieb der Geschäfte in die Länge zu verschieben.“ Fast gleichzeitig erhielten aber auch die Kommissäre im Reich den Auftrag, mit Rücksicht auf die stets wachsende Zahl der Emigranten auch bei ihrer Annahme für Ungarn auf einem Mindestvermögen von 100 fl. zu beharren. Von der später für Galizien aufgestellten Forderung eines Vermögens von 200 fl. für die nach Galizien gehenden Ansiedler, wurde für Ungarn abgesehen; doch wurde gefordert, daſs die Handwerker geschickt, die Bauern nicht zu alt und schwächlich seien. Am 20. Mai 1785 entschied der Kaiser über die Einteilung der Ansiedler nach Galizien und Ungarn, daſs Ansiedler nur unter Berücksichtigung besonderer Umstände nach Galizien zu schicken wären [1]), alle anderen müſsten nach Ungarn gehen.

Infolge der geschilderten Maſsregeln stieg die Zahl der Einwanderer nach Ungarn beständig, besonders als anfangs 1785 wieder

1) Vgl. oben S. 69.

eine starke Einschränkung der Annahme von Kolonisten für Galizien nötig wurde. „Die Fremdlinge kamen mit jedem Tag haufenweise.“ Daher erging auf Befehl des Kaisers an die ungarischen Behörden die Weisung, die Ansiedlung nicht nur im Temesvárer und Bácser Bezirke zu betreiben, sondern sie auf andere Kameralgebiete, ferner auf Exjesuiten-, Studienfonds- und geistliche Güter auszudehnen. Für die Ansiedler waren auch die Dominikalgründe und Meierhöfe, deren Pacht zu Ende ging, zu verwenden; sie sollten in Schlössern und Meierhöfen beherbergt werden; die Erbauung ihrer Häuser war zu beschleunigen. Im Juli 1785 wurde die Erbauung von 2700 Kolonistenhäusern betrieben. Im Bergwesen erfahrene Einwanderer sollten bei den Bergwerken unterkommen; auch die Ansiedlung auf Privatgütern wurde wieder betont. Verwandte und eng befreundete Ansiedler sollten nach Möglichkeit an einem Orte zusammen untergebracht werdeu.

Um gröfsere Ordnung bei der Anwerbung der Kolonisten herbeizuführen, wurden wie für Galizien [1]) auch für Ungarn allgemein gültige Normen geschaffen. Diese im September 1785 fertiggestellte Belehrung über die Vorteile und Bedingnisse für die in die königlich ungarischen Kolonien einwandernden Emigranten sind gegenüber den im April 1784 festgestellten Bedingungen vielfach erweitert und genauer gefafst; einzelne Bestimmungen haben wie in Galizien den Zweck, die Einwanderung zu erschweren. Vor allem wird jetzt von jedem Einwanderer gefordert, dafs er sich bei Röthlein in Frankfurt oder bei Blank in Rottenburg melden und einen Pafs beheben sollte. Die Ansiedler durften nicht zu alt und nicht ganz mittellos sein. Jedes Familienoberhaupt hatte den Tauf-, Kopulations- oder Totenschein mitzubringen [2]). Wer wider diese Vorschriften handelte oder bei Fälschungen ertappt wurde, erhielt keine Begünstigung und wurde seinem Schicksale überlassen. Die Begünstigungen für die Ackerbauer waren jenen von

1) Vgl. oben S. 64.

2) Die Kommissäre forderten von den Ansiedlungsbewerbern auch die Beibringung des „Auswanderungskonsenses“ der Herrschaft, ferner obrigkeitliche Zeugnisse über ihr Wohlverhalten und ihre Kenntnisse. Nur unter dieser Bedingung wurden ihnen Aufnahmescheine mit einer kurzen Aufzählung der Begünstigungen eingehändigt.

1784 gleich [1]); doch war jetzt eine „gewölbte Kuchel mit Schornstein“ und eine Scheuer den Ansiedlern in Aussicht gestellt; auch wurde ausdrücklich betont, dafs die Ansiedler alles unentgeltlich und erbeigentümlich erhielten. Ferner nahm man die Ansiedlung von Weinbauern in geeigneten Gegenden in Aussicht. Wer 300, 400, 500 oder auch 1000 fl. an Vermögen aufweisen würde, hatte auf besondere Berücksichtigung Anspruch. Landsleute, Verwandte und Freunde sollten möglichst zusammen angesiedelt werden, auch der Wunsch nach Ansiedlung an einem bestimmten Orte wäre nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Leute derselben Religion und Sprache wurden in dieselbe Gegend gesandt und erhielten Seelsorger und Lehrer ihrer Religion. Bei Krankheiten hatten die Bezirksfeldscherer ihnen beizustehen. Zum ersten Anbau erhielt eine ganze Session (Ansässigkeit) 22, eine halbe 15 Prefsburger Metzen [2]) an Samenvorschufs; dieser war nach drei Jahren zu ersetzen. Wenn die Häuser für die Ansiedler noch nicht fertig sein würden, so sollten diese in königlichen Gebäuden, Meierhöfen oder Klöstern einstweilen untergebracht werden. Sie erhielten Quartier und Brennholz unentgeltlich; ferner für jede erwachsene Person täglich 2 Kr. und monatlich ½ Prefsburger Metzen Frucht, für jedes Kind 1 Kr. und ¼ Metzen Frucht. Maurer, Zimmerleute, Tischler, Schlosser und Schmiede würden überdies beim Baue der zahlreichen Häuser Verdienst finden. Überhaupt war es (bäuerlichen) Kolonisten gestattet, im Winter auch ein Handwerk auszuüben. Für die „eigentlichen Handwerker auf dem Lande“ [3]), ferner für jene in den Städten blieben die älteren Bestimmungen unverändert. Das gleiche gilt von dem Abschnitte über die Privatansiedler. Auch ein Verzeichnis der königlichen Freistädte, die

1) Erwähnenswert ist, dafs die Gröfse eines Joches im Banat mit 1600 Quadratklafter angegeben wird; im Bácser Komitat umfafste ein Joch 1200 Quadratklafter (s. oben S. 222), in Slawonien dagegen 2000 Quadratklafter (s. oben S. 223).

2) S. oben S. 200, Anm. 1.

3) Aus dem Wortlaute ist genau zu ersehen, dafs auch Handwerker als Bauern angesiedelt wurden; man vergleiche die „Halbprofessionisten“ in Galizien. Von diesen werden die nur von ihrem Handwerk lebenden Ansiedler unterschieden.

um die Ansiedlung von Handwerkern angesucht hatten, wurde beigefügt. So bat Neusohl um einen Weifsgerber, „da der einzige vor drei Monaten verstorben war“, und um einen Nagelschmied, „weil in der ganzen Gegend bis auf eine Tagreise keiner vorhanden“ war. Ebenso waren hier erwünscht: ein Feilenhauer, ein Eisendrahtzieher und mehrere andere „nützliche Handwerker“. In der Stadt gab es „mehrere Brandstätten“, die durch die Ansiedler billig von ihren Eigentümern erstanden werden konnten. Die Stadt Temesvár wollte 20—30 Familien annehmen. Zombor begehrte: 1 Drechsler, 1 Handschuhmacher, 6 Müller „zu trockenen Mühlen“ [1]), 2 Wagner, 1 Zinngiefser, 1 Uhrmacher, 1 Stärkemacher, 1 Kartenmaler, 2 Gelbgiefser, 2 Siebmacher, 1 Flanellmacher, 3 deutsche Frauenschneider, 2 Tabakmacher u. a. In Požega waren nötig: 1 Kotzenmacher, 1 Nadler, 1 Weifsgerber, 1 Buchführer (Buchhändler), 1 Lederer, 1 Bleistiftmacher, 1 Handschuhmacher, 1 Nagelschmied, 1 Buchbinder, 1 Uhrmacher, 1 Bildhauer u. a. Die Stadt Warasdin hatte für etwa 100 Familien Platz; hier waren ebenfalls zahlreiche Handwerker willkommen, wie Weifsgerber, Färber, Kupferschmiede, Brunnenmeister, Nagelschmiede, Messerschmiede, Posamentierer, Zeugmacher, Seidenfärber, Tuchscherer, Papiermacher, Büchsenmacher usw. In diesen Städten wurden den Ansiedlern Gründe zum Teil umsonst angewiesen; andere Unterstützungen konnten jedoch nicht in Aussicht gestellt werden.

Diese Bestimmungen wurden sofort an die drei Kommissäre im Reich mit der Weisung geschickt, sich bei der Anwerbung für die königlich ungarischen Kolonien daran zu halten, „und zwar mit der Erinnerung, dafs davon nur auf jene Art wie respectu der Belehrung für Galizien Gebrauch zu machen ist“ [2]). Auf Veranlassung Röthleins erhielten die Kommissäre Ende November 1785 auch noch eine besondere Belehrung über die Begünstigung von Weinbauern. Diese bekamen teils in den von der Kaschauer Kameraladministration vorgeschlagenen Gegenden, teils in Tarczal [3])

---

1) Offenbar sind Rofsmühlen gemeint, wie sie auch damals im Banat errichtet wurden.

2) Darüber oben S. 64.

3) Kaschau (Komitat Abauj-Torna) liegt in einem rings von Weinbergen umschlossenen Tale; Tarczal (Komitat Zemplin) gehört zum Tokajergebiet.

oder endlich in den Allodialweingärten der Kameralfonds- und geistlichen Güter so viel Boden, wie sie sich zu bearbeiten getrauten. Mit Rücksicht auf den unsicheren Absatz des Weines und die Hindernisse des Weinbaues wurden ihnen überdies alle den anderen Ansiedlern gewährten Begünstigungen und wenigstens Achtelansässigkeiten zugestanden, damit sie auch Ackerbau betreiben könnten. Dazu erhielten sie eine Kuh, zwei Zugtiere, zehn Jahre Steuerfreiheit von den Ansässigkeiten, zwölf Jahre von den neu anzulegenden Weinbergen und zwei Jahre von den bereits im wirklichen Bau stehenden und ihnen zur Pflege überlassenen Dominikal- und Kameralweingärten; nach dem Verlauf dieser Freijahre hatten sie ein Zehntel der Einkünfte der Herrschaft zu überlassen.

Schliefslich stellte Röthlein den Antrag, beide Belehrungen in eine zu vereinigen und einige kleine Änderungen vorzunehmen. Insbesondere sollte jetzt allen Ansiedlern je ein Joch erbeigentümlicher Haus- und Gartengrund zugesichert werden [1]), und die Bemessung der Acker- und Wiesengründe überall gleich erfolgen. Man wollte (wie bei Galizien) nun auch die ungarischen Distrikte nicht nennen, „um nicht den Endzweck der hierbei abgesehenen ungarischen Ansiedlung zu entdecken“. Als endlich alles dies in Ordnung gebracht war, erfolgte zugleich auch der Befehl, die Bedingungen nicht zu publizieren, weil die Ansiedlung eingestellt sei (Januar 1786).

Die Einwanderung nach Ungarn hatte, nachdem der anfängliche Widerwille der Ansiedler geschwunden war, rasch zugenommen. In der Zeit vom 18. April bis 30. April 1784 waren nur 68 Familien oder 226 Personen eingewandert, meist arme Leute; ihr ganzes Vermögen betrug 940 fl. Aber schon im Mai kamen 456 Familien oder 1964 Personen, die zusammen 9464 fl. Vermögen hatten. Diese 524 Familien gingen ins Banat und in den Bácser Bezirk. Bis Ende Oktober 1784 waren schon 2011 Familien [2]) gekommen, 1785 bis Mai weitere 909 Familien, zu-

---

1) Früher galt diese Bestimmung nur für das Banat; s. oben S. 222.

2) Die Angaben sind etwas schwankend; siehe die weiteren Ausführungen im Text.

sammen also 2920 Familien. Dagegen waren 1784 im Banate 315 und in Bács 246, zusammen also blofs 561 Häuser erbaut worden. Im Jahre 1785 wollte man aber im Banat 1272 und im übrigen Ungarn 1428, zusammen 2700 Häuser erbauen, was mit Rücksicht auf die 1450 unbehausten Familien von 1784 und die fortdauernde starke Einwanderung von 1785 wieder zu wenig war. Dazu kam, dafs die Kosten der Einwanderung sich sehr hoch stellten. Jedes Haus kostete 200 fl.; die Kosten für jede Familie (Haus, Gerätschaften und sonstige Ausgaben) wurden mit 408 fl. berechnet, wobei noch der erste Anbau, das Ackern u. dgl. nicht eingerechnet war. Somit betrugen die Kosten für die 1785 geplante Ansiedlung von 1272 Familien im Banat und 1428 Familien im übrigen Ungarn 1 082 624 fl, und zwar ohne die anderen noch nicht eingerechneten Ausgaben.

Bei dem beständigen Andrang von Kolonisten gestalteten sich die Schwierigkeiten immer gröfser. Schon im Herbst 1785 gab daher der Kaiser den Befehl, dafs man vorzüglich die Ansiedlung mit den im Lande bereits befindlichen Inwohnern befördern soll, weil ihre Unterbringung weniger kostspielig sei und sie an das Klima schon gewohnt wären. Die ungarische Hofkanzlei entwarf sofort ein Normale, in welchem aufser den bekannten Bestimmungen für die Ansiedler aus dem Deutschen Reiche auch solche über die Ansiedlung der Bauernsöhne und besitzlosen Inländer enthalten waren. Zugleich berichtete sie an den Kaiser, dafs bisher von den Reichsemigranten im Jahre 1784 1780 Familien oder 8321 Köpfe und 1785 4630 Familien oder 21 836 Köpfe angekommen seien. Am 1. Januar 1786 berichtete sodann die ungarische Hofkanzlei, dafs in Ungarn seit 1. Mai 1784 bis letzten November 1785 3291 Familien mit 14 128 Köpfen, davon im Bácser Distrikt allein 2057 Familien oder 9201 Köpfe eingewandert wären; aufserdem seien ins Banat noch 2372 Familien mit 11 768 Köpfen eingewandert [1]). Für jede dieser Familien, die durchschnittlich zu vier Köpfe gerechnet wurde, betrugen die Ansiedlungskosten 507 fl. 54 Kr.

1) Die Zahlenangaben vom Herbst 1785 und Januar 1786 weisen einen grofsen Unterschied auf. Nach ersteren waren zusammen 6410 Familien oder 30157 Seelen, nach letzteren nur 5663 Familien mit 25 896 Seelen gekommen.

Dies würde allein für die nach Ungarn (ohne das Banat) eingewanderten 3291 Familien 1 645 500 fl. ausmachen. Bisher seien dafür 490486 fl. 46¼ Kr. verausgabt, daher wären noch 1 155 013 fl. 13¾ Kr. auszulegen. Es würden jedoch 1 000 000 fl. genügen, „da öfters Familien aussterben und die für sie gemachten Kosten anderen zugute kommen“. Für neu Einwandernde (nämlich 1786 ankommende) werde gar nichts angetragen, weil aus der kaiserlichen Anregung (vom Herbst 1785) sich ergäbe, „dafs künftig die Bevölkerung mehr durch Inländer, die das Klima besser gewohnt sind, als durch Reichseinwanderer zu geschehen habe“. Sollte der Kaiser trotzdem noch weitere Ausländer aufnehmen wollen, so seien für diese für 1786 noch 805 Stellen frei. Einen genaueren Ausweis über die Ansiedlung stellte die Hofkanzlei für die Zukunft in Aussicht.

Aus diesem Berichte ist leicht zu ersehen, dafs die eingewanderten Familien nur zum geringen Teil untergebracht sein konnten, denn von der für ihre Ansiedlung nötigen Geldsumme war nicht einmal ein Dritteil bisher verwendet. Der Bericht schweigt sich daher auch über den Stand der eigentlichen Ansiedlung völlig aus. Der Kaiser nahm ihn deshalb „mit Mifsvergnügen“ zur Kenntnis; er erhob den Vorwurf, „dafs dieses ganze dem Staat so wichtige Geschäft ohne Ordnung und ohne System geleitet und sozusagen nur dem blinden Ohngefähr überlassen werde“. Der grofse Rückstand in der Unterbringung der Ansiedler veranlafste den Kaiser zum Befehle, dafs die Aufnahme „neuer Kolonisten auf Gründe“ (d. h. ländlicher Ansiedler) so lange zu unterbleiben habe, bis die im Lande schon befindlichen ihr Unterkommen gefunden haben würden. Nur Handwerker könnten weiter einwandern. Davon seien die Kommissäre im Reiche zu verständigen (Januar 1786). Eine ganz ähnliche Entscheidung des Kaisers war damals für Galizien ergangen (oben S. 71).

Die ungarische Hofkanzlei suchte die vom Kaiser gerügten Mifsstände vor allem damit zu rechtfertigen, dafs durch die Entscheidung des Kaisers über die Annahme der pafslosen Kolonisten die Unterbringung der aufserordentlichen Menge sehr erschwert worden sei. Die Nachricht von der Einstellung der Annahme von Bauernfamilien wurde sofort den Kommissären kundgetan. Die

Anzahl der noch vorhandenen Plätze für solche Ansiedler wurde jetzt auf 408 beschränkt. Nur so viele Familien durften angenommen werden; wer darüber ohne Paſs käme, muſste auf Privatherrschaften sein Unterkommen suchen oder werde sich selbst überlassen werden. Die 408 Familien sollte der Kommissär Blank allein befördern, damit durch die verschiedenen Kommissäre nicht mehr Familien geschickt würden. Die Einwanderung von Leuten, die nur von der Handarbeit leben wollten und keine Gründe von den Kameralherrschaften beanspruchten, ferner von Professionisten wurde nicht beschränkt. Ferner beantragte die Hofkanzlei, daſs auch den überzähligen Ansiedlern in Wien wenigstens das Reisegeld gereicht würde, „da viele unter ihnen teils durch eine langwierige Reise verzehret, teils durch unterwegs zugestoſsene Krankheiten oder Niederkunft ihrer Weiber von allen Mitteln entblöſset, und jene, die zu Wasser ankommen, den Schiffmann erst bei dem Empfange ihres Reisegeldes zu bezahlen imstande gewesen sind“.

Durch die teilweise Einstellung der Annahme von Kolonisten hat deren Zuwanderung nur wenig abgenommen. Sobald das Frühjahr anbrach, kamen sie „von Tag zu Tag zahlreicher“. Es waren zumeist Leute ohne Pässe oder Handwerker, die also auf Privatherrschaften und in den Freistädten unterzubringen waren. Die Ansiedler gingen aber nicht gern auf Privatbesitzungen, wo ihnen wenig Begünstigungen geboten wurden. Auch stellte es sich bei der Aufnahme der verfügbaren Plätze auf Privatherrschaften heraus, daſs die meisten Stellen schon besetzt waren. Man hatte nämlich dem Grafen Pejachevich 693, ferner an den Grundherrn Lazar 100, an Isak Kiss 40 und der Stadt Temesvár für ihr Dorf Mihála 19 Familien bereits geschickt. Sonst standen nur noch 32 Plätze bei Privatgrundherren zur Verfügung. Auf den Kameralherrschaften Raab, Neutra, Kaschau, Groſswardein und Pest waren zwar Plätze für 828 Einwandererfamilien ausgemittelt worden[1]; aber es zeigte sich nachher, daſs einzelne der Güter für die Ansiedlung nicht in Betracht kommen konnten, andere Plätze schon besetzt waren, so daſs die Zahl der freien Stellen im Juni schon

1) Die Angabe der verfügbaren Plätze ist sehr schwankend. Vgl. oben im Text.

auf 616 zusammenschmolz. Nun stellte es sich aber heraus, dafs im Bácser Bezirk 1544 Familien auf Unterbringung warteten, während hier nur 1303 Plätze vorhanden waren; es mufsten also 241 Familien auf die anderen ungarischen Kameralgüter geschickt werden, daher blieben nur 375 Ansässigkeiten für Neueinwanderer frei. Da auch im Banat ähnliche Verhältnisse herrschten, so stellte die ungarisch-siebenbürgische Hofkanzlei den Antrag, die Absendung von Kolonisten überhaupt einzustellen. Die österreichische Hofkanzlei billigte diesen Antrag. Sie betonte, dafs seit 1. Mai bis 9. Juni 1786 wieder 1031 Familien nach Ungarn geschickt worden wären; die Einwanderung der Leute scheine von Tag zu Tag häufiger zu werden. Da diese Leute, ohne dafs man ihnen irgendwelche Zusicherung gegeben hätte, kämen, so habe man auch gegen sie keine Verpflichtung. Man sollte sie bei anderen schon behausten Ansiedlern oder auf anderen Kameral- und geistlichen Gütern, besonders wenn sie eines Handwerks kundig wären, als „Beiwohner“ oder „Inleute“ unterbringen; überdies wäre ihnen zehnjährige Abgabenfreiheit und eine Milchkuh zuzuwenden. Würde man diese aus ihrer Heimat meist heimlich (ohne Pässe) entwichenen Leute zurücksenden oder sich selbst überlassen, so würden sie dadurch sehr hart getroffen. Der Kaiser genehmigte diese Vorschläge; doch forderte er Auskunft, ob für die Ansiedler auch dann kein Platz vorhanden sein würde, wenn die Verpachtungen einiger Kameralgüter zu Ende gegangen wären. Ferner regte er wieder die Unterbringung in Bergwerksgebieten, besonders im Maroser Salinenbezirk, an.

Die Unterbringung der zur Privatansiedlung bestimmten Einwanderer hat in der Folge viele Mühe bereitet. Denn es stellte sich heraus, dafs die Kolonisten mit Recht auf Privatgüter zu gehen sich scheuten, weil sie argen Enttäuschungen ausgesetzt waren. Eine kleine Anzahl dieser Leute wurde zur Kameralansiedlung angenommen; anderen gab man auf Kameralgütern kleine Häuser und Gartengründe oder man brachte sie in den Häusern anderer unter, entsprechend der oben erwähnten Verordnung. Als der Kaiser im Juli 1786 Ungarn besuchte und die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen lernte, traf er in seinem Handschreiben aus Zombor (Bács), 8. Juli, besondere Be-

stimmungen zugunsten der Ansiedler, die sich auf Privatherrschaften nicht niederlassen wollten. Gerade damals war es nämlich durch das Schicksal der vom Grafen Pejachevich in Ruma angesiedelten Deutschen klar geworden, wie arg sie auf den Privatgütern behandelt wurden. Joseph verfügte daher, dafs diese Leute aus Barmherzigkeit auf Kameralgründen in Häusern, deren Bewohner ausgestorben seien, ferner in jenen, die zwei Familien fassen könnten, untergebracht würden. Auf dieselbe Art wäre mit jenen, die von Ruma, „wo sie angeführt worden sind“, zurückkommen, vorzugehen, „weil es nur arbeitsame Leute zu sein scheinen“. „Übrigens ist der Administration, besonders aber ihren Untergebenen und Ispanen [1]) alle Glimpflichkeit, Geduld und gute Behandlung, besonders der deutschen Kolonisten, nachdrucksamst einzubinden.“

Im Herbst 1786 wurde nochmals eingehend über das ungarische Ansiedlungswesen verhandelt. Der ungarische Statthaltereirat Wolfgang v. Kempelen erstattete einen ausführlichen Bericht, der von der ungarischen Statthalterei und der ungarischen Hofkanzlei begutachtet wurde (Oktober 1786). Mancher gute Ratschlag kam jetzt zu spät, so z. B., dafs die Häuser für die Ansiedler vor deren Eintreffen hätten hergestellt werden sollen; ferner dafs man die für Ungarn erforderliche Anzahl der Kolonisten im vorhinein hätte feststellen müssen u. dgl. m. Die mifsliche Lage der zur Privatansiedlung bestimmten Ansiedler wurde wieder bestätigt. Über die Ansiedlung dieser Leute als blofse Beiwohner oder Inwohner (Inquilinen) wurde bemerkt, dafs man darauf sehen müsse, dafs sie nur jenen Orten zugewiesen würden, wo sie durch Lohnarbeit ihr Fortkommen finden könnten. Es sollte verkündet werden, dafs die im deutschen Reich verlautbarten Ansiedlungsbegünstigungen aufgehoben seien; wer fortan kommen würde, könnte nur auf Privatherrschaften sein Unterkommen suchen; auf Reisegeld oder andere landesfürstliche Unterstützung habe er aber keine Ansprüche. Da es mit den Privatansiedlungen so schlecht ging, sollte man sich zur Herbeischaffung von Ansiedlern für diese nicht herbeilassen. Am 30. Oktober entschied

1) Vgl. oben S. 199, Anm. 2.

darüber der Kaiser: „die auf Kosten des Staates bewirkte Ansiedlung von Fremden mufs allerdings meiner bereits bestehenden Anordnung gemäfs eingestellt bleiben; künftighin wird die Ansiedlung von Kameralprädien, sowie schon mehrmals angeordnet habe, blofs mit Nationalisten (Einheimischen) bewirkt werden."

Im Dezember ergingen die Befehle wegen Sistierung der Ansiedlung an die Kommissäre im Reich; sie galten auch für Galizien. Nur Blank erhielt noch die Bewilligung, 30 württembergische Familien, die er bereits 1786 für die vorhandenen freien Stellen aufgenommen hatte [1]), zu schicken, damit sie in Liebling (Temeser Komitat) angesiedelt würden. Die Einstellung der Ansiedlungen wurde in den ersten Wochen 1787 in der Frankfurter Zeitung bekannt gegeben. Aber auch das nützte nichts. Im April 1787 verständigte die ungarisch-siebenbürgische Hofkanzlei die Kommissäre Metternich, Röthlein und Bissingen [2]), dafs sich wieder „täglich mehr und mehr Einwanderer" in Wien einfänden. Da nun noch von den im vergangenen Jahre eingewanderten Familien mehrere Hundert bisher nicht untergebracht worden waren und vom Ärar mit Brotfrüchten und barem Geld verpflegt werden mufsten, forderte die Hofkanzlei, dafs die Einstellung der Ansiedlung wie früher deren Inangriffnahme durch „gedruckte Avertissements" verlautbart würde; dies wäre nötig, weil die Landleute selten Zeitungen läsen. Infolgedessen liefs Röthlein 400 Sonderabdrücke herstellen und schickte sie an die 44 im Reiche angestellten k. k. Werbeoffiziere zur weiteren Verbreitung.

Nunmehr soll der Vorgang bei der Josephinischen Ansiedlung in den verschiedenen Teilen Ungarns geschildert werden.

Die ersten Ansiedlerzüge, die sich seit 1784 einfanden, wurden in den Komitat Bács und ins Banat geleitet; erst später begann die Ansiedlung in den anderen Teilen Ungarns, in den Freistädten und auf Privatgütern.

Über die Ansiedlung im Komitate Bács sind wir besonders gut unterrichtet; für ihre Darstellung stehen uns nicht nur die

1) Die ihm ursprünglich angegebene Anzahl (408) der verfügbaren Ansässigkeiten (s. oben S. 232) war später immer mehr herabgesetzt worden.

2) Letzterer war an die Stelle Blanks getreten; vgl. oben S. 72.

Akten, sondern vor allem auch die lebenswarme Schilderung eines Ansiedlers zur Verfügung. Johann Eimann stammte aus Duchroth in der Kurpfalz, war mit den Ansiedlern nach dem Komitat Bács gekommen und 1786 in Neu-Szivácz Haus Nr. 66 angesiedelt worden. Er wurde 1793 Notar (Schreiber) der Gemeinde und versah diesen Dienst auch noch 1820, als er sich entschlofs, vor allem für die Deutschen selbst eine Geschichte ihrer Ansiedlung zu schreiben. Er „schmeichelte sich“, dafs das Büchlein für sie „mehr wert sei, als hundert fade Romanen“. Das Buch führt den Titel „Der deutsche Kolonist oder die deutsche Ansiedlung unter Kaiser Joseph II. in den Jahren 1783 bis 1787“; es war 1822 zu Pest von Joh. Thomas v. Trattner gedruckt und bei Paul Gottlieb, Buchbinder in Apatin, vorrätig.

Nach dieser Schilderung zogen die Auswanderer von der Rheingegend durch Franken über Würzburg und Nürnberg, oder durch Schwaben über Ulm, Günzburg und Donauwörth nach Regensburg. Hier erhielten sie vom kaiserl. Gesandten den Pafs, um durch Engelhartszell und Schärding mit allen Habseligkeiten frei in die kaiserl. Staaten einzutreten. In Wien meldeten sich die Ansiedler bei der ungarischen Hofkanzlei. Hier wurden ihnen die in Deutschland ausgestellten Pässe abgenommen und neue zusammen mit 2 fl. Reisegeld für jede Person zugestellt. Nun begaben sich die Ansiedler nach Ofen, woher sie von der ungarischen Hofkammer nach ihrem Bestimmungsorte weitergeschickt wurden. Für diese Reise erhielt wieder jede Person 1 fl. [1]).

Die für Bács bestimmten Ansiedler hatten sich in Zombor zu melden. Aufser der Kameraladministration errichtete die ungarische Hofkammer hier zur Leitung des Ansiedlungswesens ein Rentamt und ein Bauamt. Ersteres hatte die Aufgabe, den Ansiedlern ihre Gründe und sonstigen Begünstigungen zuzuweisen, letzteres für die planmäfsige Anlage der Ortschaften, die ordentliche Ausmessung der Gründe und die vorschriftsmäfsige Errichtung der Gebäude und Brunnen zu sorgen. Zu den Beamten der genannten Ämter zählten auch die Deutschen Weifsenbach, Gromann

---

1) Eimann rechnet vom Rhein bis in den Bácser Komitat 160 Meilen oder 320 Stunden.

und Perger. Zusammen sollten im Komitat Bács 3500 Familien angesiedelt werden.

Sobald sich die Einwanderer in Zombor meldeten, erhielt wieder jeder 1 fl. Hierauf wurden sie in ein Protokoll eingetragen und ihnen statt ihrer Pässe Bücher übergeben, worin die ganze Familie und die ihr erteilten Begünstigungen eingetragen wurden [1]. Fortan erhielt jede Person, die über zehn Jahre alt war, täglich 2 Kreuzer und eine Halbe Mehl, Kinder unter 10 Jahren 1 Kreuzer und ein Seidel Mehl [2], dann etwas Holz, Stroh und Essig. Diese Erhaltungsbeiträge wurden monatlich gereicht, bis die Familie Haus und Hof besafs und sich selbst ernähren konnte [3]. Aufserdem wurden die Einwanderer in eine der alten Ortschaften z. B. Hodság, Filipova, Kernyája, Kollut u. a. einquartiert, bis ihr eigenes Heim in dem bestimmten Ansiedlungsorte hergestellt war. In Neu-Szivácz, wo Eimann selbst angesiedelt wurde, war der Vorgang folgender: Auf Befehl des Rentamtes hatten sich am 1. Mai 1786 alle Familienväter, die für diese Ansiedlung bestimmt waren, an der Siedlungsstätte einzufinden. Sodann erschien der Kontrolor Perger „mitten auf dem Platz in Neu-Szivácz, stellte und ordnete alle Familienväter nach den Nummern ihrer Büchel in eine Reihe und so übergab er einem jeden seinen Hausplatz für erb und eigen“. Hierauf wurden die Ansiedler bei den Raizen (einheimischen Serben) einquartiert, bis ihre Häuser erbaut wären. Allein viele bauten sich auf ihren Hausplätzen Rohrhütten, andere zogen in die neuen Häuser, sobald das Dach fertig war [4]. Die Ansiedler halfen den Bauarbeitern, damit die Gebäude rasch fertig würden. Innerhalb etlicher Monate konnte in Neu-Szivácz jeder sein Haus beziehen. In jedem Orte wurde sofort bei der Ansiedlung ein Ortsvorsteher

---

1) Es bestanden also hier wie in Galizien Einschreib-Büchel.

2) 1 Prefsburger Metzen (s. oben S. 200) = 75 Halbe = 150 Seitel (Seidel). Vgl. M. Schwartner, Statistik d. Königreichs Ungarn I (Ofen 1809), S. 392 f.

3) Also gewöhnlich bis zur ersten Ernte. So waren die Ansiedler in Neu-Szivácz im Sommer 1786 angesiedelt worden. Die Verpflegung dauerte bis zur Ernte von 1787.

4) Jedenfalls veranlafste die Deutschen die Unbequemlichkeit und der Schmutz in einheimischen Häusern zu diesem Schritte. Man vergleiche die ähnlichen Zustände in Galizien oben S. 75.

gewählt. Hierauf erhielt jeder Ansiedler die ihm gebührenden Geräte, Kühe und Pferde; ferner bekam jeder Bauer eine halbe oder eine viertel Session mit Winter- oder Sommerfrüchten angebaute Äcker und die dazu gehörigen Wiesen. Die Saatfrüchte mufsten zurückerstattet werden (vgl. S. 227). Jeder Professionist erhielt zur Anschaffung seines Werkzeugs 50 fl. Ebenso wurde für die Kirche und Schule, ferner für die Anstellung eines Pfarrers, Lehrers und Dorf-Notars, für Feuerrequisiten und Brunnen gesorgt. Den Ansiedlern kamen zehn Freijahre von allen Abgaben zu gute [1]), nur dafs sie während des Türkenkrieges (1788 bis 1791) gegen Bezahlung Hilfe leisten mufsten. Auch wurden für die Kolonisten Spitäler errichtet, „wodurch — wie Eimann bemerkt — viele Hunderte, die die Veränderung des Klimas und andere Umstände hinweggerafft hätten, vom Tode gerettet worden sind“. Diese Spitäler bestanden jedoch nur bis zur Beendigung der Ansiedlungen; 1789 wurde das letzte aufgehoben.

Der günstige Fortschritt der Ansiedlung im Bácser Komitat geht auch aus anderen Nachrichten hervor. Im Jahre 1784 konnten freilich statt der 250 geplanten Häuser nur 246 hergestellt und also ebenso viele Familien vollständig angesiedelt werden. Für 1785 waren nur 760 Häuser im Antrag, es wurden aber 899 Familien angesiedelt; freilich waren bis letzten November 1785 in den Bácser Komitat zusammen schon 2057 Familien oder 9201 Köpfe eingewandert, so dafs etwa 900 der Einwanderer noch in Einquartierung blieben. Im Jahre 1786 wurden 1450 Familien untergebracht. Nach einem Statthaltereiberichte vom Herbst dieses Jahres hatte in Bács die Ansiedlung allen nur erwünschten Fortgang. Die Ansiedler hatten nirgends über ihre Behandlung, Versorgung und Dotierung eine Klage vorgebracht, sondern wie der mit der Untersuchung betraute Statthaltereirat v. Revay berichtete, „einhellig mit einem zufriedenen und ganz sichtlichem Gefühle der Dankbarkeit die aus der Freigebigkeit Eurer Majestät erhaltenen reichlichen Gaben anerkannt und geschätzt“; für die

1) In Neu-Szivácz, das im Sommer 1786 gegründet worden war, begann im Juni 1796 die ordentliche Landeskontribution und Ende Oktober 1796 die Leistung der herrschaftlichen Schuldigkeiten.

noch unterzubringenden würden die Häuser trotz aller Schwierigkeiten, besonders der „ganz ungewöhnlichen unterirdischen Wasserergieſsungen“, vor Eintritt des Winters fertiggestellt werden. Auch für die Ableitung der unterirdischen Wässer wurde Vorsorge getroffen. Bis Ende 1787 waren wieder 456 Familien untergebracht, zusammen also von 1784 bis 1787 3051 Familien. Ein Zeichen des tüchtigen Fortganges der Ansiedlung ist der Umstand, daſs im Januar 1788 nur 37 Familien in Verpflegung standen und der Ansiedlung harrten. Während nach diesem amtlichen Ausweise im ganzen von 1784 bis 1788 3088 Familien im Komitat Bács untergebracht wurden, gibt Eimann über den Ansiedlungserfolg folgende Übersicht: Auf Prädien wurden neu erbaut: 1784 Torzsa mit 250 Häusern; 1785 Cservenka mit 500 und Neu-Verbász mit 310 H.; 1786 Kiskér mit 230 H., Szeghegy mit 230 H., Bulkész mit 230 H.; 1787 Járek mit 80 H.; zusammen 1830 Häuser mit ebensovielen Familien lutherischer und reformierter Deutschen. An bereits bestehende Dörfer wurden folgende Kolonien zugebaut: 1785 Palánka [1]) mit 200 Häusern; 1786 Neu-Szivácz mit 135, Sóve mit 80, Kula mit 60, Parabuty mit 100, Raczmilitics mit 100, Brzestovácz mit 150, Veprovácz mit 160, Kernyája mit 100, Bezdán mit 85, Csonopla mit 100, Stanisics mit 100 und Almás mit 100 Häusern. Zusammen 1470 Häuser mit ebensovielen Familien, von denen nur die in Neu-Szivácz und Sóve reformiert, alle anderen katholisch waren. Im Ganzen wurden etwa in den genannten Ortschaften 3300 Familien angesiedelt, und da auſserdem noch zerstreut in anderen alten Dörfern etwa 200 untergebracht wurden, so dürften etwa 3500 Familien angesiedelt worden sein.

Die Gesamtkosten für jede Familie sollen nach der Schluſsrechnung des Rentamts von 1789 500 fl. [2]), somit für die 3500 Familien 1 750 000 fl. betragen haben. Mit anderen Unkosten schätzt Eimann den Aufwand für die Besiedlung des Bácser Komitats zur Zeit Josephs II. auf 2 Millionen Gulden.

Hier muſs auch noch erwähnt werden, daſs zu Josephs Zeiten

---

1) Wahrscheinlich entstand so Németpalánka. Vgl. oben S. 198.

2) Dies entspricht dem Voranschlage der Hofkanzlei (507 fl.); vgl. oben S. 230.

wohl auch schon im südöstlichen Winkel des Bácser Komitats, der damals als sogenanntes Tschaikistenbataillon (eine Art Schiffs- und Pioniertruppe) zur ungarischen Militärgrenze gehörte, sich Deutsche niederliefsen. Josephsdorf (Zsablya) mufs schon damals entstanden sein. Im Jahre 1790 wurden dem Tschaikistenbataillone 15 Familien deutsche Einwanderer aus Südwestdeutschland zugewiesen. In Titel begegnet uns wenig später eine deutsche Schule (1803); es wohnten hier wohl vor allem deutsche Offiziere und Beamte.

Weniger glücklich hatte sich die Ansiedlung im Banat entwickelt. Für 1784 war die Erbauung von 243 Häusern in Aussicht genommen; es wurden 315 erbaut und 302 Familien untergebracht. Für 1785 war die Errichtung von 1272 Häusern geplant, aber nur 719 Familien wurden wirklich untergebracht. Bis letzten November 1785 waren zusammen schon 2372 Familien oder 11768 Personen eingewandert, so dafs über 1300 Familien auf die Ansiedlung warteten. Im Jahre 1786 waren 1282 Häuser zu erbauen. Nach dem Berichte des Statthaltereirates Revay wurde wohl fleifsig gearbeitet und für die patentmäfsige Ausstattung der Ansiedler Vorsorge getroffen, aber es wurden 1786 nur 586 Familien dotiert. Im Jahre 1787 wurden sodann 708 untergebracht, während 387 noch weiter warten mufsten. Zusammen waren seit 1784 nach einem Berichte vom Januar 1788 2702 Familien zur Ansiedlung im Banat beantragt. Nach einem früheren Berichte von 1787 waren bis Ende dieses Jahres sogar 2880 Familien unterzubringen, während die Gesamtzahl der Eingewanderten 2988 betrug. Bei Erstattung dieses Berichtes wurde bemerkt, dafs von den Einwanderern jedenfalls „noch viele aussterben oder entweichen würden“. Tatsächlich hat sich, wie eben hervorgehoben wurde, die Zahl bis Anfang 1788 stark vermindert. Im grofsen und ganzen dürfte aber die Verteilung der Ansiedler in der Art erfolgt sein, wie sie der letztzitierte Bericht von 1787 angibt. Darnach wurden 14 Orte neuerbaut und 13 alte vergröfsert.

Neuerbaut wurden 1784 bis 1787 folgende Orte: Orczidorf, Niczkidorf, Bachóvár, Liebling, Rittberg, Traunau, Daruvár, Herrndienst, Rékas, Freudenthal, Margitta (Margitfalva), Moritzfeld, Gladna, Ebendorf. Vergröfsert wurden: Szentandrás, Klein-Becskerek, Szakálháza, Freidorf, Lovrin, Blumenthal, Mercydorf, Csá-

kova, Moravicza, Gyertyámos, Versecz, Facset und Gross-Becskerek. Weitere Ansiedlungen fanden statt in Nagyzsám (1787), Zichydorf (1789) und Vecseháza (1790/1). Im deutschbanater Grenzbezirk wurde aufserdem Brestovac besiedelt (1786).

Der Hauptübelstand bei der Ansiedlung im Banat bestand darin, dafs man „aus Mangel an anderen bequemeren Gründen“ mehrere Dörfer auf unbeurbarten, mit Gestrüpp verwachsenen oder auch wasserarmen Gebieten erbaute. Schon in dem erwähnten Berichte Revays heifst es, dafs die Kolonisten bei der Ansiedlung wenigstens eine ordentlich zubereitete Flur erhalten müfsten; zur Ausstockung und Reinigung der zweiten und dritten Flur sollte ihnen Robothilfe gewährt werden [1]). Die Folge dieser ungenügenden Dotierung war, dafs einzelne Dörfer in gröfste Not gerieten. Dazu kam, dafs auch die Häuser mitunter schlecht gebaut und Brunnen in nicht genügender Zahl hergestellt worden waren. So klagten in den folgenden Jahren die Rittberger Kolonisten wiederholt über Unfruchtbarkeit des Bodens und Wassermangel. Diese Klagen hörten auch nicht auf, als 1791 ein Teil der Ansiedler abgestiftet oder versetzt wurde und andere Kolonisten an ihre Stelle kamen; die Bestiftung von Rittberg liefs tatsächlich viel zu wünschen übrig. Die Felder waren den Kolonisten zumeist mit Gestrüpp bewachsen übergeben und nur allmählich auf Ärarialkosten gereinigt worden; 1794 waren erst zwei Fluren brauchbar; 1798 mufste man ihnen noch vier Brunnen mit Schöpfmaschinen errichten und ihnen neue Freijahre gewähren. Trotzdem konnten sich die Deutschen hier nicht erhalten, da sie fortwährend von Räubern und Brandstiftern heimgesucht wurden. Schliefslich zogen sie in andere Orte fort und die Kolonie ging an die Magyaren verloren, heute heifst sie Végvár [2]). Ähnliche Mifsstände in der Bestiftung beklagten die Ebendorfer. Überdies

1) Da es sich um die Beurbarung von Staatsgütern handelte, konnten die robotpflichtigen Eingeborenen zur Arbeit verhalten werden. Die Erwähnung der drei Fluren hängt mit der damals üblichen Dreifelderwirtschaft zusammen. Vgl. oben S. 132.

2) Das Sengen und Brennen der walachischen Mitwohner bewog übrigens auch die Deutschen und Ungarn von Klopodia zum Verlassen ihrer Siedlungen (1818).

waren hier schon 1792 von den erst 1786 und 1787 errichteten 120 Häusern 90 beschädigt, 15 ganz baufällig; man hatte bei der Gründung der Kolonie „den Bau äufserst betrieben“; die Ziegeln sollen „gröfstenteils von sehr schlechter Qualität gewesen sein“. Dazu kam, dafs die Ebendorfer während des Türkenkrieges (1788) die Flucht ergriffen und die Soldaten die Gebäude zugrunde richteten. Überdies waren hier die Gesundheitsverhältnisse sehr schlecht; von den 115 Familien, die in diesem Orte 1789 wohnten, waren 1796 schon 25 ganz ausgestorben und von 9 nur die Waisen vorhanden. Ebenso stand es um die Kolonie Daruvár. Infolge ihrer häufigen Klagen wollte man 132 von den 202 Wirten wegjagen. Aber die Untersuchung von 1795 zeigte, dafs die Daruvárer Kolonisten „nicht in sehr glücklichen Umständen lebten“, die Äcker waren tatsächlich „nicht die besten“, 42 Häuser mufsten zusammengerissen werden; es herrschte Wassermangel, da selbst die 25 Klafter tiefen Brunnen öfters ganz trocken waren. Schliefslich mufsten 1796 die bisherigen 202 Ansässigkeiten auf 160 herabgesetzt werden; die besseren Gründe wurden ihnen zu Ackerstellen, die anderen aber zur Viehzucht und Waldpflege zugewiesen. Die hier abgestifteten Ansiedler wurden zu Moritzfeld und Freudenthal untergebracht und ihnen allerlei Unterstützungen gewährt. Die Moritzfelder Ansiedler hatten aber auch mit mancherlei Übeln zu kämpfen. Auch ihnen waren nur wenige urbare Gründe übergeben worden; ein Teil ihrer Felder war Überschwemmungen ausgesetzt. Noch 1800 wurden durch die Kameralherrschaft hier Abstockungen bewirkt. Sie besafsen bis 1799 nur einen einzigen brauchbaren Brunnen und hatten daher Wassermangel. Überdies litt die Entwicklung der Ansiedlung „durch das Aussterben vieler Familienhäupter und durch die vielen Krankheiten der an das dortige Klima nicht gewöhnten Kolonisten“. Manches Haus wechselte von 1787 bis 1797 zwei-, drei- bis viermal durch Absterben und durch Verkauf seinen Besitzer. Von den 200 Häusern waren 1797 nur noch 59 von ihren ersten im Jahre 1787 angesiedelten Kolonisten besetzt; 67 ganze und 7 halbe Ansässigkeiten waren infolge der geschilderten Umstände jahrelang unbebaut geblieben; im August 1796 standen 55 Häuser leer. Dazu war die Gemeinde auch noch während

des Türkenkrieges (1788 bis 1791) durch Vorspann sehr hart mitgenommen worden und durch die von den Nationalisten ausgeübten Räubereien in gröfste Armut geraten. Schlecht erging es auch den Ansiedlern in Vecseháza, denn diese besafsen nicht nur schlechte Gründe, sondern hatten auch weder Vieh noch Gerätschaften erhalten. Sie waren nämlich meistens aus anderen Orten Ungarns gekommen und hatten sich blofs unter Gewährung von drei Freijahren selbst angesiedelt. Da sie nicht zu Kräften kommen konnten, wurde 1794 ihre Dotierung mit Vieh und Gerätschaften, sowie die Verlängerung der Freijahre vorgeschlagen.

Schliefslich ist noch ein Mifsstand zu erwähnen. Infolge der Schwierigkeit, die zahlreichen Ansiedler unterzubringen, ging man von dem sonst beobachteten Grundsatze ab, blofs Leute von derselben Religion an einem Orte anzusiedeln. Später mufsten daher einige Übersiedlungen vorgenommen werden, um in einem Orte nicht Prediger und Lehrer für die verschiedenen Glaubensbekenntnisse erhalten zu müssen. So erfolgte 1791 die Übersetzung der katholischen Ansiedler aus Rittberg nach Daruvár, Vecseháza und Moravicza, während 78 evangelische Familien aus Daruvár nach Rittberg geschickt wurden.

Verhältnismäfsig unbedeutend waren auch unter Kaiser Joseph die Besiedlungsergebnisse in den anderen Teilen Ungarns. Im Jahre 1784 fanden überhaupt keine Ansiedlungen aufserhalb des Komitats Bács und des Banates statt. Erst 1785 wurden nach einigen Gegenden des übrigen Ungarns deutsche Ansiedler geschickt; in diesem Jahre sollten 300 Häuser im Arader Bezirk, 142 auf den geistlichen Gütern Czegléd und Taksony im Pester Bezirk, 150 in der Abtei Földvár in der Fünfkirchner Gegend, 40 auf der Herrschaft Sárospatak im Komitat Zemplén und endlich 36 im Mármaroser Komitat errichtet werden. Tatsächlich wurden 1785 im ganzen nur 108 Familien angesiedelt. Dieser geringe Erfolg veranlafste im folgenden Jahre eine Untersuchung durch den Statthaltereirat v. Revay. Dieser traf im Arader Bezirk, wo die gröfsere Anzahl der Ansiedler unterzubringen war, trostlose Verhältnisse. Vor allem war hier nicht für 300, sondern höchstens für 242 Familien Platz; sie sollten in Puszta Panát (Újpanát), Pankota und Paulis (Újpaulis) angesiedelt werden. Aber die

Gründe waren noch nicht eingeteilt, nicht beackert und nicht bebaut. Von den Häusern war bis August 1786 nur etwa ein Viertel erbaut. Die Ansiedler hatten noch nicht ihr Vieh und ihre Gerätschaften erhalten. Im Jahre 1786 wurden nur 89 Familien hier angesiedelt, im folgenden Jahre 117, während 36 weitere erst 1788 untergebracht werden sollten.

Zu den Reichsemigranten gesellte sich auch jetzt eine kleinere Anzahl von Kolonisten aus Preufsen. Da in den Sudetenländern und in Galizien für preufsische Einwanderer kein Platz mehr vorhanden war, wurde 1786 die ungarische Hofkanzlei zu ihrer Aufnahme aufgefordert. Am 9. Juni berichtete sie, dafs noch viele „Deutsche aus dem Reich“ auf die Ansiedlung warteten. Es werde daher nicht möglich sein, die „preufsischen Untertanen als Bauern mit Haus und Grundstücken zu versehen. Es bleibe daher nichts weiter übrig, als dafs sie nach Mafs ihrer Tauglichkeit entweder als blofse Inwohner mit Häusern und einem Grundstück zum Garten oder als Beiwohner in den Kameralgütern mit Zugebung einer Milchkuh untergebracht würden, wie das auch mit den übrigen Emigranten bereits geschehen sei [1]. Die Professionisten, Handwerker und Fabrikanten sollten aber in den königlichen Freistädten oder grofsen Marktflecken als bürgerliche Meister mit den für die deutschen Reichseinwanderer bewilligten Begünstigungen untergebracht werden.“ Kaiser Joseph genehmigte diese Vorschläge. Fast gleichzeitig traf bereits ein Bericht der ungarischen Statthalterei ein, dafs die Kaschauer Kameraladministration 21 aus 74 Köpfen bestehende preufsische Familien auf der Herrschaft Peklén [2]) untergebracht habe.

Im ganzen wurden in Ungarn aufserhalb des Komitates Bács und des Banats im Jahre 1785: 108, 1786: 758 und im folgenden Jahre 723 Familien angesiedelt; 221 sollten 1788 untergebracht werden. Die Gesamtzahl betrug somit blofs 1810 [3]). Angesiedelt wurden diese Kolonisten in folgenden Ortschaften: Altofen, (Czegléd-) Berczel, Taksony (Komitat Pest); Kirva (Kom. Gran);

1) Vgl. oben S. 233. Die Beiwohner oder Inleute erhielten kein eigenes Haus.

2) Jetzt offenbar Keczerpeklén, wo auch gegenwärtig Deutsche wohnen.

3) Im eigentlichen Ungarn blofs 1738, da 72 in Kutjevo (Kom. Požega) in Kroatien angesiedelt wurden.

(Német-) Diószeg, Boleráz (Kom. Preſsburg); Mocsonok, Kolos, (Kom. Neutra); Ungvár (Kom. Ung); Bocskó (Kom. Ugocsa); Huszt (Kom. Mármaros); (Német-) Sóvár, Boroszló, Luzsánka, Peklén (Kom. Sáros), Alsómislye, Regécz, Kaschau (Kom. Abauj-Torna); Lechnicz (Sublechnicz und Ómajor), Lublau (Kom. Zips); Sárospatak und Tokaj (Kom. Zemplén); (Új-) Palota (Kom. Bihar); Arad (Kom. Arad); (Duna-) Földvár (Kom. Tolna); Pécsvárad (Kom. Baranya). Durch neuere Einwanderungen in die letztgenannten zwei Komitate sind die älteren schwäbischen Ansiedlungen [1]) in der sogenannten „schwäbischen Türkei“ gestärkt worden. In den folgenden Jahren breiteten sich die Ansiedlungen auch über andere Orte aus; so in der Zips nach Pudlein, Rauschenbach und „Kaltenberg“, im Komitat Zemplén nach Hosszulasz, im Komitat Abauj-Torna nach Szina, im Komitat Sáros nach Huvész, Kajata und Mochnya, in der Mármaros in Hosszúmezö u. a.

Aber auch diese verhältnismäſsig geringe Anzahl von Kolonisten war zum Teil schlecht untergebracht worden. Dies gilt besonders von den Ansiedlern in verschiedenen Gegenden des nördlichen Ungarns. So hatten die deutschen Ansiedler in Ungvár keine fertigen Häuser bekommen; da ihnen auch keine Scheuern hergestellt worden waren, verdarben ihre Früchte. Darauf wurde befohlen, sie sollten ihr Heu und ihre Früchte unter dem landesüblichen Strohdach verwahren; man bezeichnete sie als träg und gab ihnen zur Überwachung einen Spann. Die Leute baten aber teils um ihre Entlassung, teils um Versetzung an andere Orte, weil sie ungenügend ausgestattet wären. Unglück hatten auch die Ansiedler in der Mármaros. Den 5 deutschen Kolonisten in Hosszúmezö: Ferdinand Eisert, Franz Mühlbacher, Niklas Lauber, Heinrich Konrad und Johann Steinbacher verbrannten schon 1789 ihre Häuser und Geräte. Den Kolonisten zu Huszt in demselben Komitat muſsten die in den „notvollen“ Jahren 1786 und 1787 erhaltenen „Nahrungs- und Samenfrüchte“ im Werte von 526 fl. 48 Kr. nachgesehen werden, weil „die Gegend rauh und dem Miſswachs sehr unterworfen war“. Ebenso klagten die Ansiedler in den tief in den Karpathen liegenden Ortschaften Lublau und

1) Vgl. Bd. II, S. 127 u. 181.

Pudlein (Komitat Zips) über Unfruchtbarkeit und Unzulänglichkeit der Gründe. Man bestellte ihnen zunächst Spanns, die sie zu besserer Wirtschaft anhalten sollten, und stiftete Unverbesserliche ab. Im Jahre 1792 sah man sich aber doch veranlafst, Ansiedler aus den genannten zwei Orten ins Banat zu versetzen [1]). Auch andere Kolonisten aus Nordungarn kamen schliefslich ins Banat. So wurden die Kolonisten aus Huvész (Komitat Sáros), die infolge der Unfruchtbarkeit ihrer Gründe und einer Feuersbrunst verarmt waren, auf 34 Hausstellen in Rittberg untergebracht, von denen die Ansiedler entwichen waren; sie erhielten wie andere inländische Kolonisten drei Freijahre, ferner gegen künftigen Ersatz Kühe und Pferde (1790). Zahlreiche deutsche Kolonisten aus Kajata, Mochnya und Boroszló (Komitat Sáros) verliefsen wegen Mifswachs und Not diese ungünstigen Ansiedlungen eigenmächtig und wanderten ins Banat; sie wurden in Csatád aufgenommen. Da wahrscheinlich auch noch andere in Nordungarn angesiedelte Deutsche wegzogen, so dürfte die Zahl der dort verbliebenen Ansiedler nicht grofs gewesen sein. Aber auch aus anderen Teilen Ungarns fanden Übersiedlungen statt. So zogen 120 Kolonisten aus Czeglédberczel (Komitat Pest) und 27 Familien aus Újlak (Komitat Neutra) ins Banat. Viele von den in Ungarn entstandenen deutschen Siedlungen verschwanden also nach kurzem Bestande. Von mancher taucht nur hie und da eine Kunde auf. So baten 1784 die „Kalviner“ zu Zánka und Szepezd im Komitat Zala um das ihnen „als Ansiedlern aus dem Reich“ zugesicherte „Religionsexerzitium“, und in demselben Jahre beschwerten sich die in Tasnád im mittleren Szolnoker Komitat (jetzt Komitat Szilágy) angesiedelten „Schwaben“ über ihre Grundherren. An allen drei genannten Orten wohnen jetzt nur Magyaren.

Die zuletzt genannten Ansiedler scheinen auf Privatgründen sich angesiedelt zu haben. Die Privatansiedlung hatte überhaupt den geringsten Erfolg; sie mifslang in Ungarn ebenso wie in Galizien. Zwar hatten sich einige Grundherren gemeldet und die Ansiedler waren an sie geschickt worden (vgl. S. 232), aber zu

1) Selbst noch 1817 und 1831 kamen die Ansiedler in der Zips (Neu-Lublau, Pudlein und Ober-Rauschenbach) nicht zur Ruhe. Sie erhielten das Prädium Laczkova, wurden dann von ihm entfernt und darauf wieder eingesetzt.

einem erspriefslichen Fortgang dieser Kolonisation kam es nicht. Der Grundherr Kiss hatte inzwischen seine Gründe an einheimische Ansiedler vergeben und hatte überhaupt keinen Platz mehr für die Deutschen. Die anderen Grundherren boten so wenige Begünstigungen, dafs die Ansiedler bei ihnen nicht bleiben wollten; sie drohten, wieder nach Wien zurückzugehen. Trotzdem die Regierung gegen diese blofs zur Privatansiedlung angenommenen Leute keine Verpflichtungen hatte, sah sie sich doch veranlafst, ihnen zur Hilfe zu kommen und sie in Kameraldörfern zur Not unterzubringen. Auch verschaffte man ihnen nach Möglichkeit Verdienst beim Hausbau und bei der Feldarbeit.

Als ein typisches Beispiel, wie es Ansiedlern auf privaten Grundherrschaften erging, kann das Schicksal der Ansiedler auf der gräflichen Herrschaft Ruma gelten. Graf Pejachevich hatte sich bereit erklärt, mehrere hundert deutscher Ansiedler daselbst aufzunehmen. Vom April 1786 an trafen diese in Ruma ein. Einige Wochen später begannen die Ansiedler herbe Klagen zu führen; insbesondere überreichten sie Kaiser Joseph II., als er sich am 4. Juli 1786 in dem nahe gelegenen Mitrowitz aufhielt, ihre Beschwerden. Sie klagten, dafs die weite Reise viel Geld gekostet hätte; wer noch Geld besafs, habe jene, die nichts mehr hatten, unterstützt. Ihre Lage in Ruma wäre überaus schlecht: „Gott möge sich solchergestalt über alle Ansiedler in Ruma erbarmen“. Sie könnten auf diesem Dominium nicht bestehen, weil sie nichts erhalten hätten als für jede Familie 5¼ Joch Grund, wovon man nicht leben könnte. Vom Komitat wurden ihnen zwar zehn Freijahre zugesichert, von der Grundherrschaft aber nur drei. Zum Häuserbau wollte man ihnen nur das Holz geben, das sie sich selbst zuführen sollten; sie hätten aber zum Bau kein Geld. Sie bäten daher, an einen anderen Ort versetzt zu werden, oder aber um die Begünstigungen, welche andere Ansiedler erhalten hätten. Andere ähnliche Gesuche wurden dem Kaiser in Peterwardein am 6. Juli übergeben. Dreifsig elsäfsische Familien baten nach Fünfkirchen geschickt zu werden; andere wollten ins Bácser Komitat. Daher befahl der Kaiser schon am 8. Juli aus Zombor, dafs die aus Ruma zurückkehrenden Ansiedler nach Möglichkeit untergebracht würden (vgl. oben S. 234). Die Behörden, die zunächst

diese Kolonisten wenig berücksichtigen wollten, sahen sich schliefslich durch die Not der besonders nach dem Komitat Bács zurückkehrenden Leute zu ihrer tatkräftigen Unterstützung genötigt. Ein Bericht vom 31. August 1786 führt aus, dafs die Ansiedler ihren Geldvorrat verzehrt hätten; durch die ausgestandene grofse Not und die infolge derselben eingerissenen Krankheiten wären sie aufs äufserste erschöpft, so dafs man die Kranken in die Spitäler bringen müfste. Der Kaiser habe gestattet, dafs man diese Ansiedler bei behausten Kolonisten unterbringe, ihnen kleine Gründe zu Gärten und Melkkühe gäbe; eine vorläufige Verpflegung wäre jedoch nicht gewährt worden. Infolge der geschilderten traurigen Umstände sahen sich aber die Zomborer Administration, die ungarische Statthalterei und die ungarisch-siebenbürgische Hofkanzlei genötigt, um weitere Aushilfe und um Zuteilung von Gründen anzusuchen. Auch der Statthaltereirat v. Kempelen, der damals den Stand der Ansiedlungen in Ungarn untersuchte, nahm sich dieser Ansiedler warm an. Der Kaiser bewilligte die erbetene Unterstützung, befahl aber gegen den Grafen Pejachevich, „der diese Leute wirklich angeführt hat“, eine Untersuchung einzuleiten. Insbesondere forderte das Staatsärar von diesem Grundherrn 2416 fl. 8 Kr. als Ersatz für die Heilungskosten der erkrankten Rumaer Kolonisten. Pejachevich führte dagegen aus, dafs er den 700 übernommenen Ansiedlern blofs deshalb das freie Bauholz nicht habe zustellen können, weil seine bei Ruma liegenden Wälder inzwischen dem Peterwardeiner Regiment zugesprochen worden wären; zur Herbeiführung des Bauholzes aus entfernten Waldungen oder zum Ankauf desselben hätte er nicht die Mittel gehabt. Daraufhin sprach der Kaiser den Grafen von aller Verantwortung frei. Die Ansiedler wurden bis auf eine geringe Anzahl, die in Ruma verblieben, zur Kameralansiedlung im Bácser Komitat angenommen. Es wurden ihnen aber nur verminderte Ansiedlungsbegünstigungen gewährt; für einen Bauern sollten nur 301 fl. 38 Kreuzer, für einen Kleinhäusler 220 fl. 15 Kr. und für einen Handwerker mit Inbegriff des patentmäfsigen Vorschusses 268 fl. 28 Kr. verwendet werden, also beinahe um die Hälfte weniger als man früher ausgegeben hatte. Der Kaiser genehmigte im Dezember 1786 diese Vorschläge mit dem Zusatze, dafs auf gleiche Weise auch

andere auf eigene Gefahr gekommene Ansiedler behandelt werden sollten. Als die aus Ruma nach Bács eingewanderten Familien nochmals die ganze Kameralbegünstigung forderten, wurden sie abgewiesen.

Wie diesen Privatansiedlern erging es später jenen, die der Reichsnotar v. Leutner zur Ansiedlung auf die Güter der Grafen Batthyany angenommen hatte. Graf Theodor Batthyany nahm sie nicht an, weil sie nicht genügendes Vermögen besafsen. Auf kaiserlichen Befehl wurden sie im Banat untergebracht (1790).

Eine besondere Gruppe von Einwanderern bildeten die Handwerker. Gewerbetreibende, die am Lande nötig waren, wie Zimmerleute, Maurer, Tischler, Schmiede u. dgl. wurden auch auf den Dörfern angesiedelt; in den Ansiedlungsorten fanden sie sofort beim Baue der Kolonistenhäuser Verdienst. Viele Handwerker zogen es wie in Galizien vor, sich als Bauern ansiedeln zu lassen. So erfahren wir aus einem Berichte von 1784, dafs sich verschiedene Handwerker zur Ansiedlung in Temesvár gemeldet hatten; nur drei liefsen sich tatsächlich nieder. Alle anderen behaupteten, dafs die als Unterstützung für Handwerker bestimmten 50 fl. ohne Haus-, Zug- und Melkvieh, ferner ohne Feldgeräte viel zu wenig seien, dafs sie also lieber auf die Dörfer gingen, um Ackerbau zu lernen und zu betreiben. Daher wurde der Antrag auf Erhöhung der Unterstützung für Gewerbetreibende gestellt; man sollte ihnen nach Bedarf noch weitere 50—100 fl., Fabrikanten, insbesondere Tuchmachern, auch 100—200 fl. gegen Rückzahlung in 6 Jahren bewilligen. Tuchmacher nahm man sowohl aus Österreich als auch aus Deutschland an. So sollte der Kommissär Blank den Tuch- und Zeugmacher Christian Müller in Neresheim (Württemberg) zur Ansiedlung in Fünfkirchen gewinnen; er würde die vom Kaiser bewilligten Begünstigungen erhalten; auch wollte man ihm zu einem eigenen Hause verhelfen. Für den Wachsbleicher Ernst, der in Apatin angesiedelt worden war, wurde sogar ein Vorschufs von 500 fl. beantragt.

Aus der vorstehenden Schilderung geht hervor, welche Schwierigkeiten die Unterbringung der nach Ungarn gekommenen Ansiedler bereitete. Nach der Einstellung der Aufnahme neuer Kolonisten (1786/7) währte es noch Jahre lang, bis die nicht

untergebrachten oder an ungeeigneten Ansiedlungsorten angesiedelten zur Ruhe kamen. Diese Arbeiten waren auch beim Tode Kaiser Josephs (1790) nicht abgeschlossen. Was bis 1800 für die Ansiedlungen in Ungarn geschah, kann nur als Fortsetzung und Beendigung der Josephinischen Kolonisation betrachtet werden. Zu neuen gröfseren Unternehmungen liefsen es die inneren Wirren und die durch die französische Revolution heraufbeschworenen äufseren Verhältnisse nicht kommen. Aufser für die schon oben geschilderten Übersiedlungen von Kolonisten wurde vor allem für die Wiederbesetzung jener Ansässigkeiten Sorge getragen, die von deutschen Ansiedlern verlassen wurden. Solche Häuser gab es stets eine gröfsere Zahl, und zwar besonders im Banat und in den deutschbanatischen Grenzgebieten, die durch den letzten Türkenkrieg sehr gelitten hatten. Für diese leeren Ansässigkeiten wurden sowohl Einwanderer aus Südwestdeutschland als auch aus Österreich (z. B. steirische Holzknechte) aufgenommen; doch wurden ihnen aufser einigen Freijahren keine Unterstützungen gewährt. Gröfsere Ansiedlungsanträge wurden geradezu zurückgewiesen. Daher kam es auch 1790 bis 1800 nur zur Begründung einer geringen Zahl von Neuansiedlungen, und zwar nur im Banat. Wie sparsam dabei vorgegangen wurde, lehrt z. B. das Beispiel von Franzfeld im deutschbanatischen Grenzbezirk. Das Ärar hatte hier 100 Ansiedlerhäuser erbaut, doch mufsten die Ansiedler die Baukosten, sowie das Zugvieh und die gelieferten Gerätschaften bezahlen; nur die Grundstücke erhielten sie unentgeltlich. Angesiedelt wurden hier zumeist Württemberger, ferner Baden-Durlacher, dann einige Einwanderer aus der linksrheinischen Pfalz und aus dem Elsafs. Es waren nämlich 1790 aus dem Elsafs, Lothringen, Schwaben, Württemberg, Baden, Nassau, ferner aus Basel und anderen Orten drei deutsche Kolonistentransporte mit zusammen 1920 Seelen gekommen. Von diesen blieben 484 Familien im deutschbanater Gebiet [1]).

Entstanden sind in dieser Zeit im Banat folgende Ansied-

1) Eine Anzahl kam zum Tschaikistenbataillon (s. oben S. 240), andere wurden in der slawonischen Militärgrenze angesiedelt (s. unten). Vielleicht sind diese Ansiedler identisch mit jenen, die Graf Batthyany nicht angenommen hatte (s. oben S. 249).

lungen: Módos, Nákófalva, Josefsdorf (Józseffalva) und Franzdorf (1792), Nemetécska (1793), endlich Katharinenfeld (Katalinfalva 1795). Aufserdem wurden im deutschbanater Regimentsbezirk Deutsche in Orsova (1791) und Franzfeld (1792) angesiedelt. Manche geplante Kolonie ist nicht zustande gekommen. Dies gilt auch von den Ansiedlungen in Pakáczi und Cservena Media (Torontáler Komitat), welche zur Erzielung der öffentlichen Sicherheit hätten angelegt werden sollen (1800).

Die deutschen Ansiedlungen in Ungarn im 19. Jahrhundert.

Eine neue Ansiedlungsperiode begann in Ungarn erst nach dem Frieden von Luneville (9. Februar 1801). Die günstigen Zeitverhältnisse, wie sie schon an einer anderen Stelle dieses Buches geschildert worden sind [1]), wurden sofort vom Hofkriegsrate „zur mehreren Bevölkerung und besseren Anbau der banatischen Militärgrenze“ benützt. Die zahlreichen Kriege hatten nämlich die männliche Bevölkerung der Grenze sehr gelichtet und die Militärbehörden sahen sich daher genötigt, neue Ansiedler ins Land zu ziehen. Um sie herbeizulocken, wurden die Freiheiten den auf den Kameralansiedlungen üblichen angepafst. Schon Ende 1799 war diese Ansiedlungsnorm entworfen worden, und nun begann unter der „stillen Mitwirkung“ der k. k. Gesandtschaft im deutschen Reich die Anwerbung der Ansiedler für das Banat. Als Reisegeld zahlte man jeder Familie, die kinderlos war oder nur ein Kind hatte, 35 fl.; Familien mit 2 bis 4 Kindern erhielten 52 fl.; noch kinderreicheren Familien wurden 70 fl. gezahlt. Der Erfolg dieser Vorkehrungen war so bedeutend, dafs bis Frühjahr 1802 alle verfügbaren Häuser vergeben und nur noch freie Grundstücke vorhanden waren. Im folgenden Jahre wurden aber doch wieder Plätze für 132 Familien in dem deutschbanatischen Regimentsbezirk, und zwar in Franzfeld, Perlas, Oppova, Glogon, Kubin und anderen Orten ermittelt. Die Ansiedlungsbedingungen in dem Militärgrenzgebiete waren recht günstig. Eine „Session“ Grund bestand in 24 Joch Äcker, 10 Joch Wiesen und 8 Joch Hutweide. Je nach der Gröfse seiner Familie erhielt ein Ansiedler eine halbe bis

---

1) Vgl. oben S. 84 ff.

zwei Sessionen. Nach der Abnahme oder Zunahme der Familienmitglieder wurde der Umfang der Session verkleinert oder vergröfsert; dies war möglich, weil hier die Gründe nicht erbeigentümlich verliehen wurden und daher auch nicht willkürlich verkauft werden durften. Nach einer Verordnung vom 17. September 1800 genossen die neuen Ansiedler zehnjährige Freiheit von den Grundabgaben und der „Enroullierung zum Waffenstand". Nach Ablauf der Freijahre zahlten die Grenzer von jedem Joch Acker, Wiese oder Hutweide 26 Kr. und von jedem Joch Weingarten 2 fl. 40 Kr. Ferner wurden sie „mit Rücksicht auf die Bestreitung der Wirtschaft und ihre körperlichen Eigenschaften" im Alter von 17 bis beiläufig 40 Jahren zum Waffenstand „enroulliert", so dafs von drei mannbaren Köpfen einer Familie einer, von vier dagegen zwei zum Waffendienst genommen wurden. Diese erhielten die festgesetzte Löhnung und Waffen. Aufser der „gemeinschaftlichen Robot" (zur Herstellung von Strafsen u. dgl.) gab es in der Militärgrenze keine besondere Robotschuldigkeit des Ansiedlers für das Ärar; waren Arbeitskräfte nötig, so erhielten die Grenzer für jeden Handrobottag 18 Kreuzer, für den Zugrobottag 15 Kreuzer [1]). Jede Familie, die eine Session Grund innehatte, erhielt 2 Zugpferde, 4 Ochsen und 2 Kühe.

Als neue Ansiedlung entstand damals Karlsdorf (1803). Im Jahre 1807 zählte man im deutschbanatischen Regimentsbezirk folgende ganz deutsche Dörfer: Franzfeld, Jabuka, Glogon und Karlsdorf; vermischt mit Serben wohnten Deutsche in Kubin, Homolica, Brestovac, Starčova, Plosicz und Oppova. Die Ansiedlung in der Banater Grenze wurde auch in den folgenden Jahrzehnten fortgesetzt. Die Orte Ruszkabánya (Ruskberg), Oppova, Újfalu (Neudorf im Torontáler Komitat), Szent Helena, Elisabethfeld, Bozovics und Mramorák erhielten zwischen 1810 und 1821 deutsche Zuzüge.

Einige Jahre später wurde auch die deutsche Besiedlung des östlichen Teiles der Banater Militärgrenze angeregt. Während

---

1) Der Umstand, dafs der Arbeitstag mit einem Wagen geringer bewertet wird als der blofse Handrobottag, verdient im Gegensatz zu den sonst üblichen Verhältnissen hervorgehoben zu werden.

nämlich der südwestliche Teil dieser Grenze, also der deutschbanater Regimentsbezirk, der zur Banater Ebene gehört und wie diese fruchtbar ist, schon genügend besiedelt war, wies der östliche gebirgige Teil gegen Siebenbürgen noch eine spärliche Bevölkerung auf. Bisher hatten sich hier nur in Neu-Karánsebes (Komitat Krassó) deutsche Ansiedler niedergelassen (1808). Für diesen romanbanater (walachischen) Regimentsbezirk regten 1826 die Militärbehörden die Ansiedlung von Familien aus Böhmen an, deren durch drückende Not (oben S. 108) veranlafste Auswanderungslust im Banat bekannt geworden war. Der Hofkriegsrat unterstützte diese Bestrebungen und veranlafste durch das böhmische Gubernium die Verkündung von recht verlockenden Ansiedlungsbedingungen. Die Zusicherung von täglichen Unterstützungen, von langjähriger Militär- und Steuerfreiheit, von Gründen, Bauholz und freiem Samen für den ersten Anbau erschien den besitzlosen, bedrückten Deutschböhmen als höchstes Glück. Dazu kam, dafs ihre 1827 ins Banat geschickten Kundschafter offenbar über das Ansiedlungsgebiet getäuscht wurden; sie scheinen die gebirgigen Waldtäler, in denen die Auswanderer später untergebracht wurden, gar nicht gesehen zu haben. Dagegen wurden die Ansiedlungsbedingungen nun noch verlockender gestaltet. Die Ansiedler sollten halbe Grundansässigkeiten im Ausmafse von 9 Joch Acker und 3 Joch Wiesen nebst der erforderlichen Haus- und Hofstelle in der Gröfse eines Jochs erhalten. Die Freiheit von den Grundsteuern war fünf- bis zehnjährig, die Freiheit vom Militärdienste zehnjährig. Neben dem freien Bezug des Bau- und Brennholzes wurde auch unentgeltliche Wald- und Alpenweide zugesichert. Die nach Ablauf der Freijahre zu leistenden Arbeitstage wurden entsprechend bezahlt, die zum Militärstand übernommenen Ansiedler erhielten einen jährlichen „Unterhaltungs- und Bemuntierungsbeitrag“ von 12 fl. Konv.-Münze und weitere Begünstigungen. Das alles machte die armen besitzlosen Leute, aber auch Handwerker, Kleinhäusler und selbst einige Bauernhofbesitzer schwindelig; sie konnten kaum den Tag des Abzuges aus Böhmen erwarten. So kam es, dafs sich trotz des Einspruchs des Guberniums gegen die Auswanderung schon im Herbst 1827 der erste Zug (56 Familien) nach Wien aufmachte, um von hier auf Schiffen ins Banat geschickt zu werden. Sie kamen

dort tief im Spätherbst an, so dafs an ihre Ansiedlung nicht mehr zu denken war und ihre Einquartierung veranlafst werden mufste. Im Frühjahr 1828 kamen weitere 506 Familien (2868 Köpfe), darunter einige Tschechen, die bereits bestehenden tschechischen Ansiedlungen zugeteilt wurden. Alle diese Auswanderer stammten aus dem südwestlichen Böhmen (Böhmerwaldgebiet). Da die Zahl der Auswanderer überaus anwuchs, so wurden bald darauf strengere Mafsnahmen ergriffen, um ihre Zahl zu beschränken. Schon am 13. März 1828 bezeichnete der Hofkriegsrat die Aufnahme so zahlreicher Familien in den Bezirk des walachischen Grenzregiments als einen Mifsgriff, weil sie Unordnung zur Folge habe. Für die Unterbringung der Auswanderer war gar keine Vorsorge getroffen worden; das ganze Unternehmen war überstürzt und planlos ins Werk gesetzt. Die Folge war, dafs schon im Sommer 1828 einige Auswanderer nach Böhmen zurückkehrten und vom Banat die ungünstigsten Nachrichten verbreiteten. So kam es, dafs viele von den bereits angenommenen Familien Böhmen nicht mehr verliefsen.

Die im Banat verbliebenen Familien hatten eine harte Prüfungszeit zu erdulden. Im Ganzen kamen zunächst 1828 vier Kolonien zustande: Weidenthal mit 126 Familien, Wolfsberg mit 98, Wolfswiese mit 99 und Lindenfeld mit 36, zusammen wurden also 359 deutschböhmische Familien oder etwa 2080 Köpfe untergebracht. Eine fünfte Ansiedlung (Weidenheim) wurde nicht verwirklicht, weil die für diese Ansiedlung bereits angenommenen 140 Familien Böhmen nicht mehr verlassen wollten. Die Ansiedlungsgebiete waren fast durchaus mit dichtem Buchenwald bedeckt. Die Einwanderer mufsten zunächst mitten im Walddickicht ihre Nothütten errichten. Das Ärar liefs inzwischen durch Unternehmer die Ansiedlerhäuschen aus Buchenrundholz herstellen; ein solcher Bau, der recht elend ausgeführt wurde, kostete 75 bis 81 Gulden Konv.-Münze. Überall mufsten erst die Bäume gefällt, zersägt und verbrannt werden. Die Baumstümpfe blieben jahrelang stehen; in den Stuben wurden diese Stümpfe als Tische verwendet. Die für die Ansiedlungen gewählten Namen Wolfsberg und Wolfswiese waren daher sicher sehr passend. Die Rodung des Waldes ging sehr langsam vor sich; auch gedieh das Getreide in den kleinen

Waldlichtungen äufserst schlecht, besonders da bis in den Sommer hinein Fröste nicht selten waren. Dazu kam, dafs unter den Ansiedlern viele Handwerker waren, die vom Ackerbau anfangs wenig verstanden. Unter den 36 Bewohnern von Lindenfeld war ein Bauer, ferner ein Kohlenbrenner, ein Schuster und 33 Weber! Die Ansiedler kamen nicht vorwärts; was an Kleidern mitgebracht worden war, wurde verbraucht, das Vermögen aufgezehrt. „Und je schöner und lieblicher sich die Auswanderer das Bild von dem gelobten Lande Banat ausgemalt hatten, desto gröfser und bitterer war die Enttäuschung.“ Als die tägliche Unterstützung eingestellt wurde, wuchs die Unzufriedenheit; bald wurde der Ruf nach Absiedlung und Versetzung an andere Orte allgemein. Eine 1832 durchgeführte Untersuchung ergab die Überzeugung, dafs „hinsichtlich des Mifslingens des Ansiedlungsgeschäftes die Ansiedler selbst keinerlei Schuld treffe, sondern dasselbe dem Klima und den Elementarereignissen zugeschrieben werden müsse.“ Trotzdem versuchte man durch Drohungen und Strafen die Ansiedler festzuhalten; dies trieb sie zur Empörung. Selbst die Frauen gerieten in unbeschreibliche Aufregung; eine wurde wahnsinnig, andere überfielen den Martin Draxler, einen der 1827 auf Kundschaft ins Banat geschickten Männer, und liefsen ihre Wut an dem Verräter aus. Auch grausame Bestrafung der Unzufriedenen half nichts. Im September 1832 mufste die Absiedlung der vier deutschböhmischen Niederlassungen bewilligt werden. Von den Ansiedlern wurden 45 für die Niederlassung in Alt-Szadowa (Militärgrenze) gewonnen, die anderen zogen in das angrenzende Banat und zerstreuten sich in verschiedene Ortschaften. Am leichtesten begründeten ordentliche Handwerker hier ihre neue Existenz; einen schwierigeren Stand hatten die Bauern. Wer noch einiges Geld hatte, kaufte sich eine Wirtschaft; in dieser glücklichen Lage befanden sich aber nur einige wenige. Die meisten kamen auf schlechte Herrschaftsgründe oder erwarben ihren Lebensunterhalt durch Taglohn [1]). Bald kamen

1) Es wird erzählt, dafs die Not unter diesen Leuten im Banat so grofs war, dafs Weiber und Mädchen ihr schönes Kopfhaar für je 20 Kreuzer verkauften, um die Not der Ihrigen zu lindern.

diese armen Leute zur Überzeugung, dafs es ihnen in den „Bergen“, ihrem ursprünglichen Ansiedlungsort, doch noch besser ergangen sei. Und so begannen schon im Sommer 1833 viele der Ausgewanderten die Militärbehörden um Wiederaufnahme in die verlassenen Ansiedlungsorte zu bitten. So wurden die Orte Weidenthal, Wolfsberg und Lindenfeld wieder besiedelt; Wolfswiese wurde nicht mehr bevölkert. Aufserdem blieb die Ansiedlung in Alt-Szadowa bestehen. Da die Ansiedler in stark verminderter Zahl zurückkehrten, so konnten ihnen die besten Gründe zugeteilt werden. Auch erhielten sie wieder Tagegelder, ferner Vieh und Geräte, die ihnen bei der Absiedlung weggenommen worden waren. Fortan entwickelten sich diese vier Ansiedlungen in erfreulicher Weise. Nach und nach kehrten in diese auch noch andere Deutschböhmen aus dem Banat zurück und aus Böhmen zogen neue Ansiedler herbei.

Eine der letzten gröfseren Ansiedlungen in diesem Gebiete veranlafsten 1865 bis 1868 die Militärbehörden. Es wurden an der unteren Donau in den sogenannten Riedbuchtungen (Überschwemmungsgebieten) der Torontáler Gespannschaft einige neue Dörfer angelegt, so Rudolfsgnad, Elisenhain (Torontálerzébetlak), Königsdorf, Albrechtsdorf, Giselahain und Marienfeld. Sie wurden mit Übersiedlern aus den älteren Banater Ansiedlungen bevölkert. Um die Ansiedlung hatten sich viel mehr beworben, als untergebracht werden konnten. Leider wurden einige von diesen Ansiedlungen durch Überschwemmungen der Donau völlig zerstört; Rudolfsgnad, das sich am besten entwickelt hatte, wurde 1907 arg heimgesucht.

Auch in die anderen Teile Ungarns bestrebte man sich seit 1801 neue Ansiedler zu lenken. Hier erboten sich die Komitate, „unter meistens sehr beschränkten Bedingnissen“ Kolonisten aufzunehmen. Aber der Andrang war so grofs, dafs viele Ansässigkeiten bald vergeben waren. Erzherzog Karl versuchte wie das galizische so auch das ungarische Ansiedlungswesen zu fördern. Das auf seine Veranlassung vom Kaiser Franz erlassene Ansiedlungsdekret vom 3. März 1802 (oben S. 87 f.) wurde auch der ungarischen Hofkanzlei mitgeteilt, da es auch für die Ansiedlungen auf den ungarischen Kameralgütern Anwendung finden sollte.

Aus dem März 1803 ist ferner eine Note, die Erzherzog Johann in Vertretung seines Bruders Karl an die ungarische Hofkanzlei gerichtet hat, erhalten. In dieser wird auf Berichte des kurböhmischen Komitialgesandten Kolloredo hingewiesen, dafs 21 Familien aus der Spessartgegend sich bei Fünfkirchen in Ungarn ansiedeln wollten; auch waren 200 Familien in der Schweiz jeden Augenblick bereit, die Reise nach Ungarn anzutreten. Da diese Zahl jene überstieg, zu deren Aufnahme sich die verschiedenen Komitate Ungarns erboten hatten, so schlug der Erzherzog unter Betonung der Vorteile der Ansiedlung vor, man solle in einem unangebauten Distrikt Ungarns eine eigene Kolonie von fremden Ackersleuten anlegen oder einen reichen Grundherrn Ungarns dazu bewegen. Er verwies ferner auf Dalmatien als Ansiedlungsgebiet. Auch betonte er, dafs die Auswanderer sonst nach Amerika und in die preufsischen Staaten wegziehen würden; man sollte doch „auf die Vorteile blicken, die Preufsen mit beträchtlichen Kosten für die Urbarmachung gänzlich unfruchtbarer Distrikte durch Ansiedlung und Anlegung von Kolonien sich verschaffe.“ Auch Bayern wollte die Donaumoose besiedeln. Die k. k. Staaten hätten das gröfste Interesse nach den langen Kriegen ihre inneren Kräfte zu stärken.

Da die Zahl der Ansiedlungswerber sehr bedeutend war, erfolgte schon im Sommer 1802 die Verordnung, dafs auf den leeren Ansässigkeiten nur vermögende und ordnungsliebende Einwanderer aus dem Reiche angesiedelt würden. Man wollte nicht mehr wie früher oft über 500 Gulden für eine Familie opfern, da sich viele Kolonisten zum Schaden des Ärars wieder verliefen. Die Ansiedler sollten daher jetzt weder Schlafkreuzer noch Fruchtvorschüsse oder Geldaushilfen erhalten, sondern sich mit der Überlassung von leeren Ansässigkeiten und der Bewilligung von drei Freijahren begnügen. Trotz dieser Grundsätze erhielten aber Auswanderer, die sich durch Anhänglichkeit an das Kaiserhaus ausgezeichnet oder durch Kriegsereignisse ihre Habe verloren hatten, weitgehende Begünstigungen. Mittellosen gewährte man Vorschüsse, ganz arme Einwanderer wurden als Insassen untergebracht. Dabei wurde nach Möglichkeit der Grundsatz beobachtet, Deutsche nur unter Deutschen anzusiedeln Im Sommer

1803 wurde auch die Aufnahme von vermögenden Ansiedlern eingestellt, weil keine geeigneten leeren Ansässigkeiten vorhanden waren. Ganz hörte aber auch in der Folge die Ansiedlung nicht auf. Es zeigte sich nämlich immer wieder, dafs von Zeit zu Zeit leere Ansässigkeiten in großer Zahl vorhanden waren; so betrug 1809 ihre Zahl in ganz Ungarn 2900, wovon auf das Banat 1380 entfielen. Ferner verblieb infolge des unglücklichen Kampfes von 1809 nicht nur Tirol bei Bayern, sondern es wurden auch die südösterreichischen Provinzen an Frankreich abgetreten; daher bewarben sich Bewohner dieser Länder, denen die Fremdherrschaft verhafst war, um die Ansiedlung in Ungarn. Aber auch aus Südwestdeutschland wandten sich viele Familien, die durch den Krieg verarmt waren, nach dem Osten.

Die meisten Ansiedlungen erfolgten wie in den früheren Perioden auch jetzt im Banat.

Die Einwanderung aus den abgetretenen österreichischen Ländern hierher begann bald nach 1809. Da es im Interesse der österreichischen Regierung lag, aus den verlorenen Ländern Bewohner an sich zu ziehen [1]), wurden vor allem den Tirolern ganz besonders günstige Bedingungen gewährt. Zufolge einer kaiserlichen Entschliefsung vom 9. Juni 1810 wurden „in besonderer Rücksicht der bewiesenen Treue“ ackerbautreibenden Auswanderern aus Tirol Vorschüsse von 1000 bis 2000 fl. bewilligt, die in bequemen Jahresraten zurückzuerstatten waren; Handwerker erhielten kleinere Vorschüsse; Salzarbeiter sollten in der Mármaros bei den Salzwerken unter gleichen Bedingungen wie die 1775 herbeigezogenen Oberösterreicher angesiedelt werden. Als aber die Tiroler trotzdem Bedenken trugen in das ferne Flachland zu ziehen, das sie noch immer als Grab der Deutschen fürchteten, wurde ihnen erklärt, „der Staat suche sie nicht zu seinem Vorteil nach Ungarn zu ziehen, sondern wünsche ihnen nur zur Belohnung ihrer Treue ein gesichertes Unterkommen zu verschaffen“. Sie sollten nicht zerstreut, sondern beisammen angesiedelt werden. Den bekannten Führern Speckbacher und Thalguter wurde Reisegeld bewilligt, um ins Banat

1) Vgl. oben S. 85.

zu reisen und die Ansiedlungsplätze zu besichtigen. Die von ihnen getroffene Auswahl fiel jedoch nicht glücklich aus; sie liefsen sich dazu angeblich „durch den Schein, mehr noch durch die Überredung der Beamten bestimmen“. Zufolge eines kaiserlichen Auftrages wurden hierauf in Füzes 30 Häuser ganz nach Tiroler Art auf einer Anhöhe aus solidem Material erbaut. Reisegeld erhielten die Kolonisten für jeden Familienvater 30 fl., ebensoviel für das Weib, 20 fl. für den Dienstboten, schliefslich 8 bis 15 fl. für jedes Kind. An Gründen erhielt jede Tiroler Familie eine ganze Session, aufserdem auf besonderen Wunsch auch 1 bis 2 Joch Weingärten. Auch wurde ihnen gestattet ihre eigene Kleidung samt Stutzen beizubehalten. Nur ihre in Ungarn geborenen Söhne waren militärpflichtig. Bei Pachtungen von benachbarten leeren Gründen sollten die Tiroler bevorzugt werden. Schliefslich wurde auch der Bau einer Kirche und einer Schule in Aussicht gestellt. Da weder Speckbacher noch Thalguter sich zur Übersiedlung ins Banat entschlossen, wurde Euseb Steck zum Vorsteher dieser Tiroler Kolonie ernannt (1811). Eine andere Kolonie von Tirolern entstand in Königsgnad, zusammen 56 Häuser und ein Schulhaus (1813/14). Hier siedelte sich auch Simon Fiechter, der Scharfschützenhauptmann von Pillersee, an. Infolge verschiedener mifslicher Umstände waren die Tiroler mit ihrer Ansiedlung nicht zufrieden. Da sie deshalb teils zum Militär gingen, teils nach Tirol zurückkehrten, andere endlich in andere Orte übersiedelten, so wurden die leergewordenen Hausstellen in Königsgnad mit anderen Kolonisten besetzt; darunter befanden sich auch einige von jenen 55 württembergischen Familien, welche 1816 durch Ungarn nach Rufsland (Kaukasus) zogen, jedoch im Banat wegen ihrer Mittellosigkeit nicht weiter konnten. Von den jetzigen Bewohnern in Königsgnad stammen nur zwei Familien von den eingewanderten Tirolern ab. Die Kolonie in Füzes ist ganz eingegangen. Die Erbauung der 30 Häuser in Füzes hatte 32153 fl., jene der 56 in Königsgnad 259721 fl. Wiener Währung gekostet.

Aus den an Frankreich abgetretenen südlichen Provinzen Österreichs kamen 56 Gottscheer Familien; sie wurden in Daruvár und anderen Orten angesiedelt (1812), und zwar wohl alle im Banat.

Von den Einwanderern aus Südwestdeutschland erfreuten sich die Falkensteiner ebenso wie in Galizien besonderer Berücksichtigung. Schon 1808 wurden leere Ansässigkeiten im Banat zu Daruvár, Niczkidorf, Bachóvár und Vecseháza, ferner im Bácser Komitat zu Kula an 83 falkensteinische und andere deutsche Familien, die im Krieg verarmt waren, überlassen. Ebenso wurden sechs Jahre später 141 falkensteinische Familien, die im Kriege verunglückt waren, in Daruvár, Prebul, Vályа und Dani angesiedelt. Auch zahlreiche andere Einwanderer aus Südwestdeutschland kamen nach Ungarn. Zu ihnen gehörte eine Anzahl von Baden-Durlachern, die in Liebing und in Szakálháza, später in Perkoszova untergebracht wurden. Um Temesvár lagerten etwa 900 Württemberger, Badener und Hessen, die infolge der Kriegsnot aus Deutschland weggezogen waren, mittellos und hilflos. Man brachte sie schliefslich auf leeren Ansässigkeiten unter, und zwar in Ermangelung passender Orte auch unter Walachen. Vorschüsse und Aushilfen wurden ihnen nicht gewährt, weil sie schon in der Heimat durch die k. k. Gesandtschaften in Stuttgart und Karlsruhe belehrt worden waren, dafs sie keine Unterstützung zu erwarten hätten. Zugleich wurden die Gesandten wieder beauftragt, künftig nur bemittelten Einwanderern Pässe zu erteilen. Diese Mafsregel war um so notwendiger, als die Deutschen, welche zerstreut unter Walachen angesiedelt wurden, verkümmerten, ja ihrer Habe und ihres Lebens nicht sicher waren, in deutschen Orten aber Ansässigkeiten nur in geringer Zahl leer standen. Trotzdem kamen auch in den folgenden Jahren oft Ansiedlungsgesuche aus Baden, Württemberg, Falkenstein und Bayern; doch wurden sie zumeist abgewiesen, da geeignete Ansässigkeiten nicht vorhanden waren. Im Banat standen infolge der fast beständigen Nachsiedlung nur wenige zerstreut liegende Sessionen von schlechter Bodenbeschaffenheit zur Verfügung. Deshalb erging auch 1829 wieder die Weisung, künftig keine Kolonisten aus dem Deutschen Reiche, selbst wenn sie mit Gesandtschaftspässen versehen wären, über die österreichischen Grenzen zu lassen, wenn sie nicht ein Vermögen von 300 fl. vorweisen könnten. Trotzdem tauchen immer wieder neue deutsche Ansiedler auf und zahlreiche Orte erhalten auch noch in den folgenden Jahren deutsche Zuzüge. Zum

Teil sind diese jedenfalls auf Umsiedlung schon im Lande befindlicher Deutschen zurückzuführen.

Aufser den bereits erwähnten Niederlassungen der Tiroler, Gottscheer, Falkensteiner und Baden-Durlacher fanden im Banat zahlreiche andere deutsche Ansiedlungen statt; so in Deutsch-Párdány (1801), Bóka (1802), Deutsch-Sztamora (1803), Szárcsa und Deutsch-Elmér (1805), Offszenica (1807), Deutsch-Czernya und Kisorosz (1808), Sigmundsdorf (Zsigmondfalva), Lukácsfalva, Grofskikinda und Szentpéter (1809), Szanád (1810), Szécsány (1824), Deutsch-Bencsek (1825), Knéz, Ujvár und Jánosföld (1826), Ernesztháza (1828), Maleniczfalva oder Nagygáj (1832), Czösztelek (1835), Dugoszelló oder Nyerö (1837)[1]), Dolácz und Csávos (1839), Deutsch-Szentmihály und Bocsar (1842), Kisszentpéter, Kistelep und Újhely (1843), Deutsch-Ság und Buziás (1845) u. a. Seit 1846 wurden nach der alten Ansiedlung Steierdorf zahlreiche Bergarbeiter zum Betrieb der Kohlengruben aus Oberungarn, Böhmen und Mähren geführt; allein im Jahre 1858 wurden hier 160 sehr gut ausgestattete Kolonistenhäuser erbaut. Von 1846 bis 1859 wuchs die Bevölkerung von Steierdorf von 837 auf 2991 Köpfe. Damit im Zusammenhang stand die Anlegung einer deutschen Kolonie bei der unfern gelegenen Anina-Eisenhütte (1860).

Aufserhalb des Banats fanden in den anderen Teilen Ungarns verhältnismäfsig wenige Ansiedlungen statt. So kamen bald nach 1809 nach Alt-Szivácz (Bács) 137 Einwandererfamilien, darunter vor allem Tiroler. Im Jahre 1810 siedelte der Abt Anton Dréta auf den Rat des Erzherzogs Joseph Deutsche und Magyaren auf der Pusta Újmajor an und nannte das neue Dorf Herczegfalva (Stuhlweifsenburger Komitat). Im Arader Komitat erscheinen Deutsche in Soborsin (1810); auch in Almás und Zimánd wohnten Deutsche (1843), die aber seither von hier verschwunden sind, dagegen in Baumgarten oder Fakert sich niederliefsen. Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen veranlafste die Ansiedlung von Deutschen in Albrechtsdorf (Albertfalu) im

1) Wenigstens vorübergehend hatten sich deutsche Ansiedler hier schon 1785 aufgehalten.

Komitat Baranya und in Sachsenfeld (Albertfalva) im Komitat Pest (1814). Auf Erzherzog Karl geht die deutsche Siedlung in Kasimir (Albertkazimir) im Wieselburger Komitat zurück (1815). In Madarász und Oláhhomorόg (Komitat Bihar) wurden 1817 Tiroler angesiedelt, doch wohnen hier keine Deutschen mehr. Deutsche Holzknechte wurden 1820 in die Kameralwälder bei Visó (Mármaros) geschickt. Die deutsche Siedlung Saida (Wieselburger Komitat) wurde von Erzherzog Karl 1842 begründet und erhielt ihren Namen zur Erinnerung an den Sieg, den Erzherzog Friedrich bei Saida in Syrien erfochten hatte. Im Jahre 1846 hielt sich in Pest eine Anzahl württembergischer Familien auf, die nach Siebenbürgen bestimmt waren, dort aber nicht untergebracht werden konnten; schliefslich wurde verfügt, daß diese Leute auf den Kameralgütern Alt-Ofen und Visegrád angesiedelt werden sollten. Inzwischen waren diese Einwanderer gröfstenteils bei Privaten untergebracht worden

Die Geschichte zahlreicher anderer, besonders jüngerer Ansiedlungen ist nicht erforscht. Die meisten von ihnen haben sich ohne besondere Anstalten unbemerkt vollzogen und noch jetzt finden allmähliche An- und Umsiedlungen statt. Viele von den zerstreuten deutschen Siedlern sind auch schon magyarisiert, so dafs nur eingehende lokalhistorische Untersuchungen, an denen es leider fast gänzlich fehlt, ihre Spuren aufdecken könnten. So haben eingehende Untersuchungen über die Bevölkerung der Ufer des Plattensees gelehrt, dafs hier nicht nur im Mittelalter [1]) Deutsche wohnten, sondern auch seit dem 18. Jahrhundert in vielen Orten sich Deutsche niederliefsen; sie stammten teils aus anderen Teilen Ungarns, teils behaupten sie (in Örvényes und Aszófö), Württemberger zu sein, die vorher vorübergehend in Kis-Löd gewohnt hätten. Jetzt sind alle diese Ansiedler zum gröfsten Teil magyarisiert. In anderen Gebieten breitete sich durch Umsiedlung aus den älteren Kolonien das Deutschtum stetig aus. Die in den schwäbischen Ansiedlungen sich rasch vermehrende Bevölkerung suchte nach neuen Wohnsitzen. Schon ein Menschenalter, also etwa dreifsig Jahre nach der Josephinischen Ansiedlung,

---

1) Vgl. Bd. II, S. 126.

fanden sich in den Dörfern viele Kleinhäusler oder Beisitzer (Mieter), Abkömmlinge der bestifteten Bauern, die in ihrem Geburtsort keine Wirtschaft erlangen konnten, sich daher in anderen Orten ankauften und dahin übersiedelten. Andere liefsen sich in sogenannten „Kontraktualdörfern“ als „Kontraktualisten“ nieder, d. h. sie erhielten von der Regierung oder von Grundherrschaften Gründe blofs kontraktlich zur Benützung. So entstanden besonders im Banat neue deutsche Dörfer. Viele von den Bauernabkömmlingen siedelten hier in andersssprachige (rumänische oder serbische) Dörfer über und bewirkten, dafs diese allmählich in deutschen Besitz übergingen. Ähnlich breiteten sich die Deutschen auch in anderen Gegenden aus.

Deutsche Ansiedler in Siebenbürgen von 1763 bis 1847.

Verhältnismäfsig gering war der Anteil Siebenbürgens an der deutschen Einwanderung in den letzten Jahrzehnten des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Zunächst erhielt Siebenbürgen wie früher [1]) auch in dieser Zeit noch Einwanderer aus Österreich, die wegen ihres Glaubens aus der Heimat verdrängt wurden [2]). Ihre Zahl wurde geringer, seitdem Joseph als Mitregent seiner Mutter Einfluß erhielt. Nur 1774 ist noch ein gröfserer Transport aus Steiermark nach Siebenbürgen gelangt. Es waren Leute aus Stadl, im Murtal oberhalb Murau, wo sich 200 Leute als Protestanten bekannt hatten. Wer von ihnen von seinem Glauben nicht lassen wollte, mufste auswandern, im ganzen 152 Personen. Die Kinder unter 15 Jahren wurden den Eltern genommen und teils bei katholischen Familien, teils im Grazer Waisenhause untergebracht. Nach einem anderen Bericht sollen 198 Personen aus Murau verschickt worden sein; vielleicht werden in dieser Angabe auch kleinere Züge von Protestanten mitgezählt, die aus derselben Gegend schon 1773 und

1) Vgl. Bd. II, S. 193.

2) Von den früher hierher Verbannten wollten 1764 aus Hermannstadt, Grofspold und den benachbarten Dörfern etwa 800 wieder in die Heimat zurückkehren; einzelne von diesen wurden in schwerer Haft gehalten. Auch wurde ihnen gesagt, „dafs aus den österreichischen Landen abermals bis 2000 Mann hereinkommen würden“.

dann 1776 verschickt wurden. Sie wurden in und bei Hermannstadt, in Neppendorf und Grofspold angesiedelt, wo sich schon früher aus Österreich verbannte Protestanten ansässig gemacht hatten. Später gesellten sich zu diesen Einwanderern auch protestantische Kohlenbrenner und Holzhauer aus Oberösterreich und Steiermark, die sich zunächst bei den Bergwerken im Banat angesiedelt hatten. Da aber dort nur Katholiken geduldet wurden, mufsten sie nach ihrer Entdeckung (1778) nach Siebenbürgen ziehen. Ihre noch im unzurechnungsfähigen Alter stehenden Kinder wurden ihnen abgenommen und beim Oraviczer und St. Andreaser Rentamt katholisch erzogen. Im Jahre 1782 baten die in Siebenbürgen angesiedelten Eltern um Rückgabe dieser Kinder, von denen inzwischen schon mehrere gestorben waren. Alle diese Ansiedler aus den österreichischen Ländern nennt man „Landler“; es sind „heitere und lebensfrohe Naturen und haben dem früher etwas schroffen und harten Burgherrncharakter der alten Ansiedler einen wohltuenden Einschlag gegeben.“

Auch schwäbische Ansiedler kamen nach Siebenbürgen. Als eine Fortsetzung der Ansiedlung der Baden-Durlacher [1]) darf man die Zuwanderung seit 1770 auffassen. Damals herrschte im Breisgau und den benachbarten Gebieten grofse Teuerung. Da liefs Maria Theresia durch den General Ried zu Offenburg (im mittleren Baden) verkünden, dafs sie eine Anzahl Ansiedler in Siebenbürgen und Ungarn aufnehmen wolle. Tatsächlich sammelten sich aus den um Offenburg liegenden Gegenden von Altenheim, Lahr (Loor) und Strafsburg, ferner aus dem Schwarzwalde eine Anzahl von Handwerkern und Ackerbauern, die nach Siebenbürgen geführt wurden. Es sollen zusammen etwa 150 Familien gekommen sein, von denen 49 Familien in Mühlbach, die anderen in Petersdorf, Deutsch-Pien, Grofs-Scheuern, Stolzenburg, Burgberg und Birthälm untergebracht wurden. Viele von diesen Ansiedlern werden als „Hanauer“ bezeichnet, weil sie aus dem Hanauerland (Herrschaft Hanau-Lichtenberg) im mittleren Baden herrührten. Die Ansiedler scheinen überall freundliche Aufnahme bei ihren Glaubensgenossen gefunden zu haben. So erfahren wir, dafs in Mühlbach zur Unter-

1) Vgl. Bd. II, S. 102 und 193.

bringung dieser „ehrlichen teutschen Familien“, denen „das grofse Wasser Rein“ ihre Gründe weggenommen hatte, das Gemeindegebiet neu eingeteilt wurde. Die Eingewanderten erhielten genügenden Acker- und Wiesengrund, Hofstellen mit anstofsendem Krautgarten, ferner vorschufsweise zum Lebensunterhalt Getreide. In anderen Orten hat man den Einwanderern auch die Häuser gebaut und ihnen bei der Bestellung ihrer Felder geholfen. Hier und da, insbesondere in Mühlbach, kam es zwischen den Neuansiedlern und der älteren Bevölkerung zu Streitigkeiten, die nur allmählich beigelegt wurden.

Ungefähr gleichzeitig (1770) mit den „Hanauern“ wurden auch 22 hessische Familien in verschiedenen Orten Siebenbürgens angesiedelt. Nach mehr als 30 Jahren liefsen sich 14 Familien aus dem Hauensteinischen (Baden) in Vajdahunyad nieder (1803). Hierauf verflofs aber fast wieder ein Menschenalter, bevor eine Ansiedlung stattfand.

Veranlassung hierzu bot die stetig zunehmende Bevölkerung Württembergs, die die Regierung zwang, für deren Abwanderung zu sorgen. Man schickte sie nicht nur nach Amerika [1]), sondern fragte auch bei der Wiener Regierung an, ob württembergische Landeskinder nicht wieder in Ungarn und Siebenbürgen Aufnahme finden könnten. Zufolge der durch das siebenbürgische Gubernium eingeleiteten Umfrage erklärte sich nur die sächsische Nation bereit, Württemberger aufzunehmen, und zwar sowohl auf den ihr gehörigen adligen Gütern als auch in den freien sächsischen Orten; in letzteren konnten verständige Landwirte und geschickte Handwerker nur in zerstreuten leeren Ansässigkeiten aufgenommen werden, wenn sie sich diese ankaufen würden. Gerade damals war der landwirtschaftliche Verein in Siebenbürgen zur Verbesserung des Landbaues auf sächsischem Boden entstanden; auch dieser förderte die Berufung und Ansiedlung tüchtiger deutscher Landwirte. Stephan Ludwig Roth, der wackere Pfarrer von Nimesch bei Mediasch, begab sich 1845 nach Stuttgart und warb sowohl durch Vorträge als auch durch einen im September, Oktober und November im „Schwäbischen Merkur“ und im „Würt-

1) Scheffel, Reisebilder (Stuttgart 1887), S. 106f.

tembergischen Beobachter“ veröffentlichten Aufruf Ansiedler. Der Aufruf enthält folgende für die Verhältnisse in Siebenbürgen und den Zweck der Ansiedlung bezeichnende Stellen: „Der Unterzeichnete ist aus Siebenbürgen hierher gereist, um Auswanderungslustige in sein Vaterland einzuladen, u. z. ins Sachsenland, wo keine Untertänigkeit herrscht, sondern freies Bürgertum. Das Land hat grofse Ähnlichkeit mit dem guten Schwabenland, und alles, was hier gebaut wird, gerät dort auf das vollkommenste; denn der Boden ist fetter und die Witterung etwas milder. Weizen, Welschkorn und Wein sind Haupterzeugnisse. Grund und Boden sind wohlfeil und der Ankauf leicht zu bewerkstelligen, weil von seinen Gründen jeder Bauer so viel oder wenig verkaufen kann, als er Liebe und Lust hat. Die evangelische Kirche ist eine der vier Landeskirchen. Es gibt kein deutsches Dorf, kein einziges, wo nicht Kirchen und Schulen mit Geistlichen und Schullehrern seien. Holz kaufen die Landleute in den wenigsten Orten. Die Luft ist gesund und auch das Wasser; nur schmeckt der feurige und wohlfeile Wein einwandernden Deutschen gewöhnlich zu gut, woher sich der böse Leumund von Ungesundheit herschreiben mag. Die Abgaben sind mäfsig; die Landeskonstitution ist freisinnig; alle sächsischen Beamten sind Ausdruck des Volkswillens, weil sie, die Geistlichen nicht ausgenommen, vom Volke gewählt werden. Diejenigen nun, die eine neue Heimat suchen, können bei uns mit wenigen Geldkräften ein selbständiges, freies Anwesen sich verschaffen, und ich bin erbötig mit Rat und Tat jedermann hierzu an die Hand zu gehen. ... Wollen wir in der Ökonomie vorwärts schreiten, so müssen wir Theorie und Praxis zugleich aus Deutschland holen, zunächst aus dem Teile Deutschlands, wo Klima und Boden unserem Lande am meisten ähnelt, das heifst mit anderen Worten: es müssen aus Württemberg Einwanderer nach Siebenbürgen gehen, die, im Lande verteilt, ihre Wirtschaft im Hause, Hofe, Stalle, Keller, Garten, Felde, Weingarten so betreiben, wie sie sonst gewohnt gewesen, und wie es sich hier tun läfst, damit meine Landsleute etwas ihnen absehen und von ihnen erlernen können.“

Infolge dieses Aufrufes entschlossen sich zahlreiche württembergische Familien zur Auswanderung. Einer der Auswanderer,

Joh. Georg Haldenwang, hat wertvolle Mitteilungen darüber hinterlassen. Anschaulich beschreibt er die Verhandlungen mit Pfarrer Roth, die Reise in die neue Heimat und die Schicksale daselbst. Auch diese Auswanderer fuhren zu Schiff von Ulm die Donau abwärts nach Wien. Im März 1746 trafen schon viele Familien in Wien ein; 138 Familien (748 Köpfe) brachten allein 58 646 fl. Konv.-M. mit. Nach dem Bericht des siebenbürgisch-sächsischen Landwirtschaftsvereins vom 6. Juni waren bis Ende Mai 1846 mit Einschlufs von 63 verwitweten und ledigen Personen 307 Familien (1460 Köpfe) in Siebenbürgen eingewandert. Sie waren in folgende Stühle eingeteilt worden: Hermannstadt, Mühlbach, Kronstadt, Mediasch, Leschkirch, Reusmarkt, Broos, Schäfsburg, Grofs-Schenk und Reps. Von diesen Familien wiesen 116 ein Vermögen von 57 582 fl. Konv.-M. nach; 33 hatten bereits liegendes Eigentum erworben, 60 Haus und Grund gepachtet, 214 hatten blofs Gründe gepachtet, lebten von Lohndienst oder vom Handwerk. Daraus geht hervor, dafs viele Einwanderer doch wieder kein Vermögen besafsen; andere verstanden nichts von der Landwirtschaft, da sie blofs Gewerbetreibende waren. Auch kamen mehr, als man erwartet hatte und unterbringen konnte [1]). Daher erklärte Roth im „Schwäbischen Merkur“, dafs er vorläufig keine Einwanderer mehr benötige, und die Regierung erschwerte die Erteilung von Einwanderungspässen. Im Juni 1847 wurde im Regierungsblatt für das Königreich Württemberg verkündet, dafs fortan Handwerker für Siebenbürgen überhaupt nicht angenommen würden, weil deren Gedeihen durch die strengen Zunftverhältnisse in Siebenbürgen verhindert würde. Landleute erhielten nur Pässe, wenn sie „über ein gutes Prädikat und den Besitz eines Vermögens von 800 fl. rhein., über die Erwerbung eines bestimmten Grundstückes als Eigentümer oder Pächter und über die Aufnahme in eine bestimmte Gemeinde (nicht blofs über eine Aufnahmszusicherung des Siebenbürger-sächsischen landwirtschaftlichen Vereins) sich auszuweisen vermochten“. Infolge dieser erschwerten Bedingungen hörte die Einwanderung von Württembergern allmählich auf. An dem Mifslingen dieser Ansiedlung hat die Quertreiberei der sieben-

1) Vgl. oben S. 262.

bürgischen Hofkanzlei und des Guberniums, denen die Vermehrung des deutschen Elementes in Siebenbürgen unangenehm war, bedeutenden Anteil. Roth war bei den Magyaren durch seine kurz zuvor erschienene Schrift über den Sprachenkampf verhafst. Auch die magyarischen Zeitungen nahmen in gehässiger Weise gegen ihn und die Einwanderung Partei. Da die Ansiedlung überstürzt und ohne entsprechende Geldmittel unternommen worden war, von der Regierung aber jede Unterstützung unterblieb, so half auch die freundliche Aufnahme vieler Einwanderer in den sächsischen Orten wenig. Zahlreiche von ihnen kehrten, besonders infolge der Unruhen des Jahres 1848, in die Heimat zurück. Andere schwangen sich aber durch redlichen Fleifs zu Wohlhabenheit und Ansehen empor, so auch der oben erwähnte Haldenwang in Deutsch-Pien.

Deutsche Kolonien in Kroatien und Slawonien.

Seitdem Österreich an der unteren Donau, Drau und Save festen Fufs gefafst hatte, kamen in alle gröfseren Orte und in die Festungsstädte Deutsche. Wie schon früher in Karlstadt [1]), so siedelten sich im 18. Jahrhunderte Deutsche in Peterwardein, Semlin, Karlowitz, Esseg, Belovar, Agram u. a. an. Die Ansiedler waren Soldaten, Beamte und Handwerker. Die Niederlassung in Peterwardein hiefs „Schwabendörfl“, jene in Karlowitz „Schwabendorf“ oder „Teutsches Dorf“.

Die erste etwas unsichere Kunde von der Ansiedlung deutscher Dorfbewohner rührt aus dem Jahre 1770 her. Damals entstand in Alt-Pazua im östlichen Slawonien (Sirmien) eine Ansiedlung evangelischer Slowaken, als deren erster Seelsorger ein Samuel Spannagel, also jedenfalls ein Deutscher, erscheint. Ob schon damals auch andere Deutsche sich in diesem Orte niederliefsen, ist unbekannt; allmählich entstand hier eine deutsche Minderheit.

Als 1784 durch Kaiser Joseph die Ansiedlung in Ungarn wieder aufgenommen worden war, wurde auch die Niederlassung von Deutschen in Kroatien und Slawonien ins Auge gefafst. Als Ansiedlungsorte erscheinen zunächst Ruma, Požega und Warasdin

---

1) Vgl. Bd. II, S. 194f.

(vgl. oben S. 222f.). Von diesen Orten liegt nur der letztere in Kroatien, die beiden anderen in Slawonien. Über den Erfolg der Ansiedlung in Warasdin ist nichts bekannt. Im Požeger Komitat wurden in Kutjevo 1786 und 1787 72 Kolonisten angesiedelt; es entstand der Ort Kula [1]) oder Josephsfeld. Nach Ruma sind vom Grafen Pejachevich ursprünglich mehrere hundert Deutsche gezogen worden (1786); doch verblieb schliefslich nur eine kleine Anzahl daselbst [2]). Später zogen aber zahlreiche andere Deutsche herbei, so dafs Ruma eine der bedeutendsten deutschen Ansiedlungen wurde. Damals sind frühestens auch Deutsche nach Neu-Slankamen gekommen.

Zu den zahlreichen deutschen Auswanderern, die nach der Einstellung der Josephinischen Ansiedlung in Ungarn dort keine Unterkunft fanden, zählten auch etwa 100 württembergische Familien, die 1790 auf der Donau in die Semliner Gegend kamen. Da diese Leute auf der Reise ihre Mittel verzehrt hatten, brachte man sie in den Grenzhäusern von Alt-Pazua unter, bis der Hofkriegsrat sie schliefslich zwischen Alt-Pazua und Batajnica (nordwestlich von Semlin) anzusiedeln befahl und „ihnen gegen nachträgliche Bezahlung Häuser baute, Nahrungsmittel und das nötige Hausgerät zur Verfügung stellte, sowie eine zehnjährige Befreiung von Abgaben und militärischen Dienstleistungen gewährte“. So entstand die Gemeinde Neu-Pazua, zu der auch die gleichzeitig begründete Tochtergemeinde Neu-Banovce an der Donau gehört. Beide Ansiedlungen entstanden im Militärgrenzgebiete. Diese und andere Ansiedler im östlichen Slawonien gehörten jedenfalls zu jenen Einwanderern, die 1790 aus Elsafs, Lothringen, Schwaben, Württemberg, Baden, Nassau, ferner aus der Schweiz (Basel) gekommen waren [3]).

Im Militärgrenzgebiete Slawoniens und Kroatiens fand das Deutschtum wie überhaupt in der Militärgrenze mancherlei Förderung. Am Anfang des 19. Jahrhunderts finden wir in Semlin, Karlowitz, Mitrowitz, Vinkovcze und Neu-Gradiska deutsche Nor-

1) Zu unterscheiden von Kula in Bács.

2) Vgl. oben S. 248.

3) Andere von diesen Einwanderern kamen zum Tschaikistenbataillon (im Komitat Bács, s. oben S. 240) und der gröfste Teil ins Banat (s. oben S. 250).

malschulen, ein Beweis, dafs durch die ganze slawonische Militärgrenze Deutsche zerstreut wohnten. Die Festungen und gröfseren Orte erhielten gewifs weitere deutsche Zuzüge. Bei Peterwardein wird 1802 das Dorf Bukowitz (Bukovac) mit 30 deutschen Familien oder 120 Seelen erwähnt; über die Entstehung der Ansiedlung ist jedoch nichts bekannt. Ebenso scheint das Schwabendorf bei Karlowitz damals neue Zuzüge erhalten zu haben (Oberes Schwabendorf). Vielleicht ist die Gründung von Bukowitz und die Vergröfserung von Schwabendorf ebenfalls auf die Einwanderer von 1790 zurückzuführen.

Auch in den folgenden Jahren kamen viele Einwanderer aus Württemberg und den Rheingegenden, so dafs auch später Ansiedlungen entstanden. So hat Bischof Mandić in Diakovár (Djakovo) so viele Deutsche, die angeblich aus Köln stammten, angesiedelt (1809—1811), dafs einige neue Gassen entstanden. Eine derselben heifst noch heute die „Deutsche Gasse“. Als 1818 auch das Broder Grenzkommando im Bereiche seines Regimentes die Ansiedlung gestattete, kamen 1819 etwa 40 deutsche Familien hierher, rodeten den Wald bei Vinkovcze und gründeten die Ansiedlung Neudorf. Jede Familie bekam ein Darlehen, sowie zehnjährige Freiheit von Steuern und Kriegsdiensten.

Andere Ansiedlungen entstanden in Slawonien durch Übersiedlung von Deutschen aus dem Banat und dem Komitat Bács. Aus Lazarfeld im Banat kamen Deutsche und gründeten das Dorf Siegenthal bei Semlin (1816), das im nächsten Jahre anläfslich der Anwesenheit des Kaisers Franz in Franzthal umgetauft wurde.

Die Anfänge der Ansiedlung in India fallen ins Jahr 1828. Nachdem die Grundherren Pejachevich hier mit angesiedelten Serben und Tschechen schlechte Erfahrungen gemacht hatten, beriefen sie Deutsche, die zunächst aus Franzthal, ferner direkt aus dem Banat und der Bačka (Komitat Bács) kamen. Auf dem diesen Ansiedlern von der Herrschaft überlassenen Boden entstand zunächst die Haupt- und die Schulgasse. Später nachkommende Ansiedler kauften Gründe von den Serben. Die Hauptmasse der Ansiedler kam 1828 bis 1840. Für die ihnen zugewiesenen Felder lieferten die Kolonisten der Herrschaft ein Neuntel des Ertrags

ab, ferner waren sie zu Roboten und zu einer je nach der Gröfse der Ansässigkeit bemessenen Geldabgabe (von einer ganzen Session 3 Gulden Konv.-M.) verpflichtet. Die Ansiedler unterstanden der richterlichen Gewalt der Herrschaft. Bis 1836 konnte diese jedem die überlassenen Gründe wieder wegnehmen, der nicht imstande war, die entfallende Robot zu leisten. Wenn eine Familie ausstarb, fiel das Feld der Herrschaft zu, die es weiter verlieh. Bedrückungen fehlten nicht. Trotzdem hat sich der Ort sehr gut entwickelt. Seit 1880 ist India für das südliche Sirmien einer der wichtigsten kolonisierenden Orte geworden.

Unbekannt ist, wann die Deutschen nach Hrtkovci (Kom. Sirmien), Deutsch-Mihaljevici (Kom. Požega), Deutsch-Breznica und Deutsch-Retfala (Kom. Virovitica), endlich noch Petrinja (Kom. Agram) kamen; doch scheinen diese Siedlungen vor der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden zu sein. Im ersten und im letztgenannten Orte wurde um 1850 deutsch gepredigt.

Ein Haupthindernis für die Entwicklung der deutschen Ansiedlung in Kroatien-Slawonien bildete die unsichere Stellung der Protestanten, die die überwiegende Mehrzahl der Kolonisten bildeten. Gegen sie wurde so hart verfahren, dafs viele nach Südrufsland auswanderten. Nach dem Abschlusse des Konkordats (1855) durften diese Ansiedler in der Militärgrenze ihre mühsam und redlich erworbenen Besitzungen gar nicht mehr auf ihren Namen grundbuchlich eintragen lassen; mifsliebige Protestanten wurden von den Grenzkommandanten in ihre Geburtsorte abgeschoben. Erst mit dem Protestantenpatent vom 1. September 1859 wurde die Religionsfreiheit in vollem Umfange auf Kroatien und Slawonien ausgedehnt, wodurch nicht nur die Lage der im Lande bereits befindlichen Protestanten verbessert und die Begründung ihrer kirchlichen Gemeinden ermöglicht wurde, sondern auch zahlreiche deutsche Ansiedler ins Land kamen. Seither wurden viele Deutsche von den Grundbesitzern gegen entsprechende Arbeitsleistung auf ihren Gütern angesiedelt; andere machten sich auf erkauften Gütern sefshaft. Auf diese Weise entstanden in den slawonischen Komitaten Sirmien, Požega und Virovitica seit 1859 an vielen Orten deutsche Ansiedlungen. Die Deutschen kamen dahin zumeist aus den südlichen ungarischen Komitaten; in

jüngerer Zeit ziehen Deutsche aus Sirmien ins westliche Slawonien. Zu den in den letzten Jahrzehnten entstandenen Kolonien gehören im Komitat Sirmien: Beška, Šid, Krčedin, Bežanija, Dobanovce, Obrež, Ašanja, Deč, Semlin, Klenak, Mitrovica, Bingula, Neu-Banovce, Kuzmin, Neu-Banovce a. d. Donau, Njemci, Vukovar, Vinkovci, Tovarnik, Tovarnik bei Ogar, Sotin, Putince, Čalma. Im Komitat Požega: Autunovac, Hrastovac (mit Kapitanovopolje, Bordaji mali und Bordaji weliki), Uljanik, Daruvartrg, Požega, Brod, Garčin, Andrijevci dolnji, Trnjani, „Babinogora“, endlich Darkovac und Milanlug (beide bei Pleternica). Im Komitat Virovitica: Laslovo mit Ernestinovo, Selište (bei Našice), Adolfsdorf (1866), Slatina, Krndija, Grabić (1866), Golinci (1870), Josipovac-Kravice, Jovanovac, Veliškovci, Mrzović, Vučevci, Sarvas (Dravasarvar).

Dieses Verzeichnis ist nicht vollständig; denn einerseits sind über diese privaten Ansiedlungen keine genauen Nachrichten zu erlangen, anderseits finden sie noch in der Gegenwart unausgesetzt statt. So konnte man z. B. im Sommer 1909 in den Zeitungen lesen, dafs ein Grofsgrundbesitzer in Neu-Gradiska (Kom. Požega) einige deutsche Familien für seine Güter suche. Zur deutschen Besiedlung tragen überhaupt deutsche Grundherren viel bei, indem sie deutsche Beamte, Arbeiter und Pächter herbeiziehen. Zu diesen Grundherren gehört auch der Fürst von Schaumburg-Lippe im Viroviticer Komitat, Graf Ernst Schlippenbach in Heiligenkreuz bei Agram u. a. [1]).

1) Seit der Besitzergreifung Bosniens durch Österreich (1878) ist hier nicht nur die deutsche Dienst- und Verkehrssprache in starke Aufnahme gekommen, sondern es entstanden auch deutsche bäuerliche Siedlungen, so Windhorst und Maglay, gegründet von katholischen Reichsdeutschen, Rudolfstal von Tirolern, Franz Josephsfeld von Banater Schwaben aus Franzfeld; in jüngeren Ansiedlungen wohnen zahlreiche Deutsche aus Ungarn, Slawonien, Kroatien, Galizien und der Bukowina. Die älteren Ansiedlungen fanden auf Gründen statt, welche die Kolonisten erkauften; später wurden an die Einwanderer auch Staatsländereien zu billigen Bedingungen überlassen. In den Ansiedlungen entwickelt sich die materielle und geistige Kultur sehr gut. Viele Deutsche wohnen in Serajevo. In neuerer Zeit wird mit Recht dafür eingetreten, dafs die ungarischen Schwaben und Sachsen den Überschufs ihrer Volkskraft, statt in ferne Gebiete, in das benachbarte Bosnien lenken. Es gibt auch schon einen „Verein der Deutschen in Bosnien und der Herzegowina“ (Sitz Serajevo).

Die Herkunft der deutschen Neuansiedler; ihre Anzahl. Auswanderung.

Die deutschen Ansiedler, die in dieser Periode nach Ungarn und dessen Nebenländern kamen, stammten aus denselben Heimatsländern wie die Kolonisten, die sich in Galizien niederliefsen. Die weit überwiegende Mehrzahl kam aus Südwestdeutschland, und zwar vorwiegend aus den rechtsrheinischen Gebieten, doch auch aus Elsafs, Lothringen und der Schweiz. Daher werden diese Ansiedler gewöhnlich Schwaben genannt; nur auf die nach Siebenbürgen und in die Zips eingewanderten wurde diese Bezeichnung nicht ausgedehnt. Von den anderen Ländern Deutschlands erscheint Preufsen als Heimat einer geringen Anzahl von Ansiedlern; ferner werden genannt: Sachsen, Thüringen, Hannover, Westfalen, Niederlande, Luxemburg, Franken, Bayern u. a. Aus den österreichischen Ländern kamen Ansiedler sowohl nach Ungarn als auch nach Siebenbürgen; im letzteren Lande werden sie „Landler“ genannt. Schliefslich ist noch vor allem Böhmen als Heimat der Ansiedler zu nennen [1]).

Über die Verteilung der schwäbischen Ansiedler auf die verschiedenen Gebiete ihrer Heimat gilt das über diese Frage bei Galizien gesagte [2]). In der Liste ihrer Heimatsländer fehlt kaum einer der zahlreichen Gebietsteile des damals so überaus zerstückten Deutschlands. Zur Kennzeichnung dieser bunten Zusammensetzung mögen hier z. B. die Heimatländer der 135 Familien aufgezählt werden, die 1786 in Neu-Szivácz angesiedelt wurden. Sie stammten aus: Herzogtum Zweibrücken, Nassau-Saarbrücken, Rheingrafschaft Grumbach, Kurpfalz, Hessen-Darmstadt, Grafschaft Witgenstein, Baden am Hunsrück [3]), Kurtrier, Herzogtum Kleve, Hessen-Hanau, Hessen-Kassel, Grafschaft Wied-Runkel, Grafschaft Braunfels, Grafschaft Neuwied, Schaumburg und endlich Nassau-Usingen.

---

1) Die Ansiedler der drei benachbart liegenden Orte St. Hubert, Soltur und Charleville im Banat waren Franzosen; sie sind aber seit einigen Jahrzehnten vollständig germanisiert worden.

2) Vgl. oben S. 118f.

3) Zur Markgrafschaft Baden-Baden gehörten Teile der Grafschaft Sponheim im Hunsrückgebiet. Man vgl. übrigens oben S. 118, Anm. 1.

Infolge dieses Zusammenströmens von Deutschen aus verschiedenen Gegenden entwickelten sich besondere Sprachverhältnisse. Der Neu-Sziváczer Kolonist Eimann äufsert sich darüber: „Durch den Zusammenflufs dieser Reichsmitglieder aus verschiedenen Gegenden entstand ein lächerliches Mischmasch in der Sprache. Die Hessen, deren Sprache sich dem Plattdeutschen nähert, waren am schwersten zu verstehen, minderer war dieses der Fall bei denen Nassau-Saarbrückern und Hundsrückern, wie auch bei denen Braunfelsern. Die Sprache zwischen Mosel und Rhein, wie die Pfälzer solche sprachen, behielt dahier den Sieg und wird solche in allen evangelischen Kolonikaldörfern gleichförmig gesprochen.“ Die schwäbischen Mundarten weisen auch heute mit jenen in der Heimat die engste Verwandtschaft auf, und zwar auch im Wortschatz; ihren verschiedenen Ursprung merkt man den ungarländischen „Schwaben“ an ihrer abweichenden Aussprache an. Die Landler in Siebenbürgen haben bis zum heutigen Tage ihren österreichischen Dialekt gewahrt; sie sprechen untereinander landlerisch, mit den Sachsen sächsisch und beherrschen überdies das Schriftdeutsch.

Die Mannigfaltigkeit der Abstammung äufserte sich auch in der Tracht. Darüber bemerkt Eimann folgendes: „Die Verschiedenheit in der Kleidertracht war lächerlich. Die Mannsbilder hatten durchgängig dreieckige spitzaufgestülpte Hüte, lange tuchene und auch leinene Röcke, meistens kurze lederne Hosen, Strümpfe von verschiedenen Farben und dann Schuhe mit Schnallen. Die Weibsbilder hatten wiederum verschiedenartig geformte Hauben, wunderbare Röckel, Kittel von Tuch und von allerhand Zeug, welche auf einer dicken Wulst oder Wurst um die Hüften herumhingen und darnebst ziemlich kurz waren; dann schmale Schürzen, allerhandfarbige Strümpfe und hochbeabsatzte Schnallenschuhe. Viele Jahre verstrichen, bis sich diese alten Moden ausarteten. Jetzt ist die Kleidertracht beim männlichen und weiblichen Geschlecht für Bauersleute sehr geschmackvoll, und die schön geformte Pfälzerhaube ist eine wahre Zierde der Weiber in den evangelischen Orten.“ Erwähnt sei, dafs den Schwäbinnen in Südungarn auch jetzt breite Hüften als besonders schön gelten, und dafs man sie oft künstlich durch Polster und viele brettsteife

rauschende Röcke herstellt. Die schwäbischen Einwanderer haben ihre Sitten treu bewahrt; daher kommt es, dafs sie bei der Hochzeit und Kirchweih ganz ähnliche Bräuche üben wie die Ansiedler in Galizien. Ebenso sind Feiertagssitten, wie etwa das Verspotten des Pfingstlümmels, erhalten. Noch erklingen hier auch die aus der Heimat mitgebrachten Lieder. Kein Wunder, dafs Schwaben, die in die Dörfer Südungarns kommen, „nimmer lang zu fragen brauchen, wen sie vor sich haben“. Übrigens haben auch die altansässigen ungarländischen Deutschen zahlreiche interessante Volksbräuche bewahrt.

Eine genaue Berechnung über die Anzahl der seit 1763 nach Ungarn eingewanderten Deutschen wird sich wohl niemals anstellen lassen. Nur für die Ansiedlung in der Zeit von 1763—1787 liegt ein einigermafsen verläfsliches Material vor. Danach wanderten unter Maria Theresia von der Wiederaufnahme der Kolonisation bis 1768 in den Bácser Komitat 1678 Familien ein. Da in den folgenden Jahren auch noch Ansiedler kamen, so darf man wenigstens 1750 Familien oder jede Familie nur zu 4 Seelen geschätzt [1]), 7000 Seelen annehmen. Ins Banat wanderten bis 1767 zusammen 3314 Familien, in den folgenden Jahren noch 6330 Familien, also 9644 Familien oder etwa 40000 Seelen ein. Unter Kaiser Joseph kamen in die Bačka nach der geringsten Angabe 3088 Familien [2]), also wenigstens 12500 Seelen, ins Banat 2702 Familien oder 11000 Köpfe, ins übrige Ungarn 1810 Familien oder 7500 Seelen [3]). Als gesamte Einwanderungszahl von 1763 bis 1787 ergibt sich die ansehnliche Summe von rund 19000 Familien oder etwa 80000 Ansiedlern [4]). Die Anzahl der später, insbesondere

1) Nach vorhandenen Akten zählten 5159 Einwandererfamilien 21051 Seelen, 2212 Familien 10060 Seelen; jede Familie zählte also über 4 Seelen.

2) Nach anderer Berechnung 3500 Familien; s. oben S. 239.

3) Als Gesamtsumme der unter Kaiser Joseph auf Staatskosten wirklich angesiedelten Familien gibt ein Bericht vom 22. September 1789 7188 Familien an; also etwa um 400 weniger als oben ausgewiesen wurde.

4) Obige Berechnung beruht auf dem Aktenmaterial, das freilich nicht ganz lückenlos ist. Rohrer gibt die Anzahl der eingewanderten Familien mit 17000 an. Schwicker berechnet die Kopfzahl mit 80000, doch scheint die von ihm angenommene Verteilung auf die Zeit Maria Theresias und jene Josephs

im 19. Jahrhundert eingewanderten Deutschen läfst sich nicht einmal annähernd angeben, da nur ganz vereinzelte Angaben bekannt sind.

Nach der Zählung von 1900 lebten in Ungarn 2114423 Deutsche, davon im eigentlichen Ungarn 1750534, in Siebenbürgen 229889 und in Kroatien und Slawonien 134000. Im Komitate Bács-Bodrog wohnten allein 192267 und im Banat (Komitate Temes, Torontál und Krassó) 450517 Deutsche! Seit 1890 hat die Zahl der Deutschen in Ungarn um 27604 zugenommen; während sie aber 1890 12,2 Prozent der Gesamtbevölkerung bildeten, waren sie 1900 nur 11,1 Prozent. Der Rückgang im Hundertsatz ist vor allem in den Städten, ferner in den Komitaten Wieselburg und Zips erfolgt; in letzterem Gebiet leben heute nicht mehr Deutsche als zur Zeit Kaiser Josephs (etwa 42885). Die geringe Zunahme der Deutschen ist vor allem der Magyarisierung in den Städten [1]), ferner auch der Auswanderung zuzuschreiben; auf dem flachen Lande nehmen die Deutschen im allgemeinen stetig, wenn auch langsam zu. Nicht übersehen darf man, dafs bei den Zählungen erwiesenermafsen Beeinflussungen stattfinden. Man treibt in Ungarn seit jeher den Unfug, dafs man jeden, der sich einen Ungarn nennt, als Magyaren ausgibt. Überdies wurde auf den Volkszählungsblättchen nicht schlechtweg die Angabe der Muttersprache verlangt, sondern die „Muttersprache, bezw. die Sprache, die man am häufigsten und liebsten spricht“. Es ist leicht begreiflich, dafs danach Beamte und andere in abhängiger Stellung befindliche Personen ihre Angaben einrichteten. Das Deutschtum ist daher weit stärker als die Ergebnisse der Zählung schliefsen lassen; dies gilt vor allem von den Städten, und ganz besonders von Ofenpest. Besonders erwähnenswert ist noch, dafs in Ungarn 564 Orte mit mehr als 90 Prozent, und 493 Orte mit 50—90 Prozent Deutschen bestehen, also zusammen

---

unrichtig zu sein. Er nimmt für die letztere Periode 9011 Familien an, was zu viel ist.

1) 1890 bekannten sich in Ofenpest 24 Proz., 1900 aber blofs 14 Proz. als Deutsche; ebenso sank der Hundertsatz der Deutschen in Prefsburg von 60 auf 50, in Ödenburg von 64 auf 54, in Kremnitz von 77 auf 65, in Hermannstadt von 61 auf 55 usw.

1057 Orte mit ausgesprochen deutschem Charakter; sie haben 1359860 deutsche Bewohner. Ferner werden 268 Orte mit 20 bis 50 Prozent Deutschen gezählt, von denen infolge des kulturellen Übergewichtes der Deutschen der weitaus gröfste Teil auch noch deutsches Gepräge aufweist. Einen Hundertsatz von 10—20 Deutschen weisen noch 332 Orte auf.

Die Auswanderung hatte in der Zips schon gegen das Ende des 18. Jahrhunderts eingesetzt. Damals zogen Zipser Bergleute in die Bukowina; ebenso wanderten Zipser nach Rumänien, Kroatien, Serbien, ja selbst nach Kleinasien. In den letzten Jahrzehnten setzte die Einwanderung nach Amerika ein. Aus dem Banat wollten sich Schwaben schon vor fünfzig Jahren nach Serbien, Rumänien und nach Rumelien wenden; doch mifsglückten diese Auswanderungsversuche. Gegenwärtig befinden sich 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung der schwäbischen Dörfer des Banats in Amerika. Ebenso wandern aus dem südlichen Ungarn, der „schwäbischen Türkei“, sehr viele Schwaben nach Amerika. Andere Schwaben aus dem Banat und Südungarn wandern nach Slawonien und Bosnien. Aus Siebenbürgen wandern Sachsen nach Rumänien; auch die „Sachsengängerei“ nach Deutschland, um Arbeit und Verdienst zu suchen, ist nicht selten; vor allem hat aber auch hier das Amerikafieber Platz gegriffen. Die Ursachen der Auswanderung sind bei den Schwaben vor allem im grofsen Kinderreichtum zu suchen; infolge der Landnot zieht ein Teil der Bevölkerung fort. Die Erwerbung von Grund und Boden ist in Ungarn durch die vielen Fideikommisse (gebundener Grundbesitz) oft sehr erschwert. Auch Arbeitsnot zwingt zur Auswanderung; Ungarn hat Mangel an Industrien, in denen überschüssige Kräfte Verwendung finden könnten. In Siebenbürgen veranlafste der Niedergang des Kleingewerbes infolge des Zollkriegs mit Rumänien viele Handwerker zur Auswanderung. Siebenbürgische Weinbauer trieb die Phylloxeranot in die Fremde. Auch der Frauenüberschufs und die Verteuerung aller Lebensmittel machen sich geltend. Dazu kommen die unleidlichen politischen Verhältnisse. Viele von den nach Amerika Ausgewanderten kehren zurück. Fast jede gröfsere Gemeinde Südungarns hat ihr „amerikanisches Viertel“ von Feldern und neuerbauten Bauernhöfen, die mit dem in Amerika

erworbenen Gelde angekauft wurden. Ebenso hat die amerikanische Erwerbswanderung die völlige wirtschaftliche Erneuerung mancher Gebiete des siebenbürgischen Sachsenlandes gefördert. Ein Teil der Ausgewanderten bleibt aber drüben und geht seinem Volkstum verloren [1]). Mit Recht wurde daher angeregt, dafs sich überschüssige Deutsche aus Ungarn und Siebenbürgen vor allem nach Bosnien wenden sollten: den Schwaben bietet sich hier genügender Boden zum Anbau, den Sachsen lohnende Aussicht in der Wald- und Bergwerkindustrie. Noch eine andere mifsliche Folge der Auswanderung mufs betont werden. An Stelle der aus deutschen Dörfern ausgewanderten Arbeitskräfte werden von magyarisch gesinnten Faktoren magyarische Knechte aus entfernten Komitaten herbeigezogen, angeblich „um der Arbeitsnot ein Ende zu machen“. Diese setzen sich fest, heiraten in deutsche Wirtschaften ein und gefährden das Deutschtum.

Vergleicht man die Zahl der eingewanderten Schwaben mit der gegenwärtigen, so ergibt sich trotz der bedeutenden Verluste (in alter Zeit durch Seuchen, dann durch Auswanderung und Magyarisierung) ein geradezu erstaunliches Anwachsen. Dies ist ihrer grofsen Fruchtbarkeit zuzuschreiben. Die Zahl der Kinder ist in den schwäbischen Familien sehr grofs. So hinterliefs z. B. die im August 1910 in India verstorbene Frau Marianne Köhl 7 Kinder, 33 Enkel, 56 Urenkel und 4 Ururenkel, also eine Familie von 100 Köpfen. Bei den Sachsen ist leider die Vermehrung nur gering.

1) Vor einigen Jahren richtete der sächsische Bischof Teutsch ein Sendschreiben an die sächsischen Auswanderer in Amerika, in dem er sie zum Festhalten an ihrem Volkstum und ihrer Kirche, ferner zur Rückkehr nach der Heimat aufforderte. Der Verein der Siebenbürger Sachsen in Amerika antwortete in seiner Zeitschrift „Heimatsklänge“ (Erie, Pa.) mit dem Gelöbnis der Anhänglichkeit an die verlassene Heimat. Auch eine Studienreise wurde veranstaltet (1908), um die Verhältnisse der Ausgewanderten in Amerika kennen zu lernen und ihre Verbindung mit der alten Heimat zu festigen. Vgl. O. Wittstock, Unsere Volksgenossen in Amerika (Hermannstadt 1910).

Zweites Kapitel.

1. Die deutschen Kolonistendörfer; ihre Ausstattung und Entwicklung. — 2. Deutsche Arbeit und wirtschaftliche Lage. Förderung der materiellen und geistigen Kultur. — 3. Politische Stellung. Deutschenhafs und deutschvölkische Bewegung.

Die deutschen Kolonistendörfer; ihre Ausstattung und Entwicklung.

Auf die regelmäfsige Anlage der neuen Ansiedlungsdörfer wurde schon frühzeitig grofses Gewicht gelegt. Im Ansiedlungsnormale, das Cothmann 1765 für den Bácser Komitat feststellte [1]), befahl er, die Hauptstrafsen der Ansiedlungen 20 Klafter (fast 40 m) breit herzustellen, „damit bei entstehender Feuersbrunst, die der gütige Gott gnädigst abwenden wolle, die Flammen nicht allsogleich die gegenüberliegende Reihe erreichen und in Brand stecken könnten; ferner, damit die Luft freier durchstreiche und zur Gesundheit der Inwohner vieles beitrage“. Auch erhaltene Pläne der Ansiedlungen beweisen, dafs man auf eine regelmäfsige Anlage der Dörfer und rechtwinklig sich schneidende Gassen bedacht war. So sollte die Ansiedlung Gákova aus zwei sich kreuzförmig schneidenden Strafsen bestehen; in der Mitte des Dorfes hatten die Kirche, das Pfarr- und Schulhaus, die Fleischbank und die Schmiede ihre Stätten zu erhalten. Die „Impopulationshauptinstruktion“ für das Banat von 1772 enthält über die Aussteckung der Gassen und die Anordnung der öffentlichen Gebäude, zu denen auch das Wirtshaus gehörte, besondere Vorschriften. Diese Arbeit hatte ein Ingenieur vor dem Beginn der Ansiedlung zu besorgen; die Hauptgassen waren 18 bis 20, die „Zwerggassen“ (d. h. Quergassen) 6 bis 8 Klafter [2]) breit anzulegen; die öffentlichen Gebäude stets in der

---

1) Vgl. oben S. 199 f.

2) 1 Klafter = 190 cm.

Mitte des Ortes zu errichten; in den Gassen öffentliche Brunnen herzustellen. Die Hausgründe sollten 75 bis 100 Klafter lang und 12 bis 15 Klafter breit sein; alle Häuser waren nur auf einer Seite des Hausgrundes mit der Giebelwand gegen die Strafse zu bauen, so dafs zwischen den Gebäuden zweier Nachbarn stets ein Zwischenraum von wenigstens 9 Klaftern vorhanden war. Hinter dem Hause in gerader Linie gegen den Garten hatten Ställe, Schupfen und Scheunen ihren Platz zu finden; niemals durften sie quer über den Hofgrund gestellt werden, „damit bei Feuersbrünsten die Flammen nicht soweit durch derlei Zwerg- oder Mittelgebäude sich von einem Haus zum anderen verbreiten können“. Gröfsere Ansiedlungen hatten mehrere sich kreuzende Haupt- und Nebengassen; so z. B. Engelsbrunn und Schöndorf im Banat; diese Dörfer bildeten ein Rechteck oder Quadrat. Charlottenburg erhielt dagegen eine kreisförmige Anordnung; Gassen und Hausgründe sind radial angeordnet [1]). Zu den Musterdörfern zählte auch Billéd mit 18 Klafter breiten Gassen.

Das Ausmafs der Grundlose war nicht gleich. Die Instruktion von 1772 schrieb für eine ganze Wirtschaft 37 Joch vor, und zwar 24 Joch Acker, 6 Joch Wiese, 6 Joch Weide und 1 Joch Hausgrund (samt Garten); eine halbe Wirtschaft umfafste 21, eine viertel 13 Joch [2]). Entsprechend der Dreifelderwirtschaft wurden die Äcker in drei Tafeln oder Breiten abgeteilt; in jeder dieser Abteilungen erhielt jeder Ansiedler ein Drittel seiner Äcker. Eine Tafel blieb jedes dritte Jahr brach liegen und wurde als Viehweide verwendet. Für den Pfarrer, den Lehrer, die Distriktsbeamten, ferner für das Wirtshaus, den Fleischhauer und andere Handwerker waren Gründe bei der Verteilung zurückzuhalten. Unter Kaiser Joseph wurden die Lose in der Bačka und im Banat verschieden grofs bemessen, doch hatten die Ackerlose zum Teil die in den früheren Instruktionen bezeichnete Gröfse; sie erhielten nämlich 32 Joch zu 1200 Quadratklaftern oder 24

1) Man vgl. die Anlage von Königsau oben S. 130.

2) Auch nach einer Bestimmung von 1767 wurden im Banat 24 Joch Äcker und 6 Joch Wiesen zugeteilt; aufserdem jedenfalls auch Hutweiden und Hausplätze.

Joch zu 1600 Quadratklaftern [1]). Die späteren Ansiedlungen unter Kaiser Joseph erhielten infolge des Mangels an besseren Gründen oft minderwertigen oder mit Bäumen bestandenen Boden. So bekamen z. B. die 200 Ansiedlerfamilien in Moritzfeld (Banat) folgende Grundbestiftung: Ackerfelder in drei Fluren 4560 Joch, Wiesen in zwei Fluren 1160 Joch, Hutweide 580 Joch und Hausplätze 200 Joch, also zusammen 6500 Joch. Von den Äckern waren aber 1787 blofs 1106 Joch abgestockt, also blofs ein Viertel. Da die Abstockung nur geringe Fortschritte machte und eine der Fluren öfters überschwemmt wurde, geriet die Ansiedlung in arge Not. In der Militärgrenze bestand eine „Session“ Grund aus 24 Joch Äckern, 10 Joch Wiesen und 8 Joch Hutweide. 24 Joch Äcker gehörten also zur fast regelmäfsigen Ausstattung eines ganzen Bauerngutes in Kameralansiedlungen. In den privaten war die Bestiftung in der Regel viel geringer.

Bei Ansiedlungen, welche an ältere bereits bestehende Ortschaften angebaut wurden, bereitete den deutschen Ansiedlern die Lage ihrer Gründe zwischen denen der einheimischen Bevölkerung mancherlei Beschwerden; deshalb wurde die Ausscheidung der „vermischten“ Gründe angestrebt. Darüber berichtet z. B. der in Szivácz angesiedelte Eimann: „Kaum waren die Deutschen angesiedelt, so sahen sie ein, dafs sie durch die Vermischung mit den Raizen (Serben) unmöglich emporkommen können, sondern sicher zugrunde gehen und arme Leute bleiben müssen; dann die angewöhnten Unordnungen, das Herumlaufen des Viehes in allen Früchten [2]) und die innerliche schlechte Ortsverwaltung liefsen daran gar keinen Zweifel übrig“. Daher wurde in Neu-Szivácz schon ein Jahr nach der Ansiedlung die „Separation“ der deutschen Gemeinde von den serbischen angestrebt, und man schickte zu diesem Zwecke „Deputierte“ an Kaiser Joseph (1787); doch wurde die Trennung erst von Kaiser Franz 1796 bewilligt und 1797 durchgeführt. Dadurch wurde der Kaiser, wie Eimann bemerkt, „ein wahrhafter Vater und Erretter der Neu-Sziváczer deutschen Gemeinde“.

---

1) Vgl. oben S. 222.
2) Vgl. oben S. 197 u. 198.

Frühzeitig begannen die Ansiedler ihren Grundbesitz durch Ankauf von Äckern, Weingärten u. dgl. der benachbarten einheimischen Bevölkerung zu vergröfsern. Ebenso wurden benachbarte Felder massenhaft in Pacht genommen. Gegenwärtig sind im Banat Dörfer, die früher von Serben und Rumänen bewohnt wurden, in deutschem Besitz. Ebenso haben in Slawonien die Schwaben schon viele serbische Dörfer ausgekauft. „Manche halten die Zeit nicht mehr fern, wo der gröfste Teil von Sirmium (östliches Slawonien) den Deutschen gehören wird.“ In diesem Sinne äufsert sich der serbische Pfarrer Radoslav Markovič in seiner Schrift über die in Sirmien gelegenen Gemeinden: „Wenn dies auch fürderhin so geht, werden die Serben aus diesen Gegenden ganz verschwinden müssen“. Leider hat der „Landhunger“ der Schwaben eine bedeutende Steigerung der Bodenpreise bewirkt und erschwert dem Überschusse deutscher Volkskraft die Ausbreitung. An Stelle der Preistreiberei des Einzelnen müfste planmäfsiger Aufkauf durch Raiffeisenkassen treten.

Die Häuser erhielten die Ansiedler in der Bačka wenigstens in den ersten Jahren der Ansiedlung nicht umsonst. Nach dem bereits angeführten Ansiedlungsnormale Cothmanns stampften sich die Kolonisten ihre Häuser [1]) in der vorgeschriebenen Reihe und Form; sie mufsten Rauchfänge aus Ziegeln bauen, wozu ihnen die Herrschaft das Tausend Ziegel für 4 fl. verkaufte. Hölzerne Rauchfänge wurden wegen der Feuersgefahr verboten. Zur Dacheindeckung diente in der Regel Rohr; da dieses aber oft fehlte, so wurde der Rat erteilt, Stroh anzuwenden. Aus anderen Mitteilungen geht hervor, dafs aber auch der Staat Häuser errichtete oder dafs er doch den Ansiedlern schon in den ersten Jahren der Ansiedlung Vorschüsse für den Bau gewährte. Die von 1762 bis 1768 im Bácser Komitat angesiedelten Einwanderer bewohnten teils von der „Impopulationskasse“ erbaute Häuser, teils hatten sie sich selbst die Gebäude errichtet und nur die Materialien erhalten; noch andere hatten auch den gröfsten Teil der Baustoffe erkauft und nur einen Teil der Balken, Bretter und des Rohrs oder Türen, Fenster und

---

1) Die Wände dieser Häuser bestanden aus festgestampften Lehm (Ton). Vgl. weiter im Text.

Eisenwerk erhalten. Die für den Hausbau gewährten Vorschüsse sind später zum gröfsten Teile nachgesehen worden. Im Banat scheinen die Ansiedler die Häuser überhaupt frei erhalten zu haben. Nach der Hauptinstruktion von 1772 errichtete der Staat hier alle Ansiedlerhäuser in derselben Gröfse und Gestalt auf eigene Kosten; Kolonisten, welche die Mittel hatten, konnten sich nach Belieben „gröfsere, schönere und bequemere“ Häuser bauen. Für Ställe, Schupfen und Scheuern erhielten die Ansiedler blofs das nötige Bauholz, dafs sie sich überdies aus den Waldungen selbst herbeiführen mufsten. Jedes Haus hatte aus der „Kuchel“ und zwei Zimmern zu bestehen; es konnte entweder „aufgestampft oder von Kothziegeln gesetzt oder auch von Holz mit Flechtwerk dazwischen erbaut werden, wie es nämlich der Grund und die Umstände zulassen und auf welche Art es am wohlfeilsten sein kann“. Nach einer aus dem Jahre 1780 herrührenden Beschreibung der Ansiedlerhäuser im Banat wurde in die Tonerde, die zum Herstellen der Wände diente, Streu gemengt; die Wände wurden aus diesem Ton entweder gestampft oder aus Tonklumpen zusammengesetzt. Andere Häuser wurden aus ungebrannten Ziegeln erbaut. Die aus Flechtwerk bestehenden Wände, die mit zäher Tonerde bekleidet waren, sollen dem festesten Mauerwerk an Härte gleichgekommen sein. Zur Dachbedeckung dienten auch die Stengel (Halme) des Mais (Kukuruz). „Ein Schlafzimmer und die Küche machen die Teile des Hauses; einige haben auch drei Abteilungen. Jedes Haus hat einen Garten, nebst einem Dach für das Ackergeräte und den nötigen Viehställen“. Aus erhaltenen Abbildungen geht hervor, dafs die Häuser in der Mitte der Längsseite die Tür, von dieser rechts und links je ein Fenster aufwiesen. Die Dächer hatten keine senkrechten Giebelwände, sondern bestanden aus vier schief abfallenden Flächen. Ein Josephinisches Ansiedlerhaus mit gestampften Wänden im Bácser Komitate kostete ungefähr 200 fl. Diese Häuser waren elf Klafter lang, drei Klafter breit, acht Schuh hoch und umfafsten ein Zimmer, eine Küche, Kammer und Stall. Jedes erhielt zwei Kachelöfen. Später baute man aber wieder viel billigere Häuser [1]).

1) Von den Josephinischen Häusern waren z. B. in Szeghegy vor 25 Jahren noch einige erhalten.

Aufser den freien Gründen und der Unterstützung beim Hausbau erhielten die Ansiedler auch schon zur Zeit Maria Theresias gegen Ersatz: Vieh, Geräte und Getreide, schliefslich Vorschüsse an Geld. So hatten die 1762 bis 1768 im Bácser Komitat angesiedelten 1678 Familien erhalten: 184 Zugochsen, 1945 Wagenpferde, 1869 Kühe, 1550 Jungvieh, 263 Maulesel, 3464 Schafe, 616 Ziegen, 1279 „subellicos“[1]) und 97 Bienenstöcke. An Bargeld und an Anschaffungen, die für die Ansiedler mit Bargeld bestritten wurden (Häuser, Vieh, Holz, Eisenzeug usw.), waren 47898 fl. 44 $\frac{3}{4}$ Kr. ausgelegt worden; davon zahlten die Ansiedler 2257 fl. 24 Kr. zurück. An Getreide erhielten sie: Weizen 8687 $\frac{1}{8}$, Gerste 4765 $\frac{5}{8}$ und Hafer 2769 $\frac{5}{8}$ Prefsburger Metzen, wovon sie nur ganz unbedeutende Mengen zurückgaben. Es stellte sich bald heraus, dafs die Ansiedler die ihnen gewährten Vorschüsse nicht so bald zurückerstatten konnten; daher wurde 1768 von der Kaiserin zunächst die Hälfte nachgesehen, hierauf befahl sie 1774, „dafs über diese ganze Sache auf einmal ein Strich gemacht und die annoch haftenden Rückstände gänzlich und vollkommen nachgesehen werden“. Dies sei den Ansiedlern „zu ihrer Ermunterung“ kundzumachen.

Diese Erfahrungen trugen dazu bei, dafs den Ansiedlern unter Kaiser Joseph nicht nur die Gründe, sondern auch die Häuser und die gesamte Ausstattung frei zur Verfügung gestellt wurde. Danach betrugen die Kosten für eine angesiedelte Familie im Bácser Komitat: das Reisegeld für eine Familie, zu vier Personen angenommen, jede zu 4 fl., 16 fl.; die Verpflegung bis zur ersten Fechsung an Barem 27 fl., an Frucht 12 fl. 9 kr.; an Schlafkreuzer durch 9 Monate 27 fl., zusammen 66 fl. 9 Kr.; das Haus „nach mittelmäfsigem Plan“ 196 fl.; ein Paar Pferde 44 fl.; ein Paar Ochsen 50 fl.; eine Kuh 18 fl.; Gerätschaften und Utensilien 91 fl. 45 Kr.; für Krankheitsauslagen 10 fl.; für den ersten Anbau, Bearbeitung der Felder, Zufuhr der Gerätschaften, Mahlen der Brotfrüchte usw. durchschnittlich 16 fl.; Summe 507 fl. 54 Kr. Wie weit die Vorsorge der Regierung ging, geht aus dem Verzeichnisse über die den Ansiedlern bewilligten „Requisiten und Wirtschaftsgeräte“ hervor. Danach wurden für die oben ausge-

---

1) Vielleicht Schweine? Ich finde dieses Wort in keinem Wörterbuche.

wiesenen 91 fl. 45 Kr. angeschafft: 2 Bettstätten, 2 Strohsäcke, 4 Kopfpölster, 4 Leintücher, 2 Kotzen (Teppiche, Decken), 1 Egge mit hölzernen Nägeln, 1 Holzhacke, 4 Sicheln mit Zubehör, 1 Wagenseil, 3 Bohrer (grofs, mittel, klein), 2 Sägen, 1 Handhacke mit Stiel, 1 eiserne Schaufel mit Stiel, 2 hölzerne Schaufeln, 1 Milchkübel, 1 Wasserschaf, 1 Butterfassl, 1 Backmolter, 2 Leuchter samt „Lichtbutzen“ [1]), 1 Sieb, 1 Wagen, 1 Sperrkette, 1 Dacken (Bastmatte) [2]), 8 Fruchtsäcke, 1 Reibeisen, 1 Holzaxt, 2 Brotschiefser, 2 Halfter, 4 Strenge, 1 Spitzkrampen, 1 eiserne Mistgabel mit Stiel, 1 Axt, 1 eiserner Kessel, 2 eiserne Pfannen, 2 Heugabeln, 1 Wasseramper (Eimer), 1 Beifszange, 2 Schnitzer, 1 eiserner Hammer, 1 Scheibtruhe samt Beschlägen, 1 Schleifstein, 1 ganzer Pflug, 1 eiserner Rechen, 2 Pferdegeschirre, 1 Beil, 1 Schlitten, 1 Striegel, 2 Spinnräder, 2 Bettladen, 2 Kukuruzhauen, 2 Stockhauen, endlich 1 Reifmesser. Ähnlich lautet der Bericht des Kolonisten Eimann über die Ausstattung der Ansiedler; auch nach seinem Bericht mufsten blofs die Saatfrüchte zurückerstattet werden. Jeder Handwerker erhielt 50 fl. zur Anschaffung seines Werkzeugs. Ein Schriftsteller, der am Anfang des 19. Jahrhunderts das Josephinische Ansiedlungswesen beschreibt, ruft anerkennend aus: „Man vergafs selbst Messerbestecke, Leuchter und Feuerzeuge nicht“.

Die Regierung sorgte aber auch für zahlreiche andere Gegenstände. Die Gemeinden wurden mit Feuerrequisiten ausgestattet; dazu gehörten in der Josephinischen Zeit ein Wagen mit einem 6 Eimer fassenden Wasserfafs, 3 Leitern, 4 Feuerhaken, 12 lederne und 4 hölzerne Eimer. Wo die Brunnen sehr tief waren, versah man sie mit Schöpfmaschinen, so in Rittberg. Ferner wurde im Banat für die Erbauung einer Rofsmühle bei jedem Dorfe Sorge getragen. Apatin erhielt sogar schon unter Maria Theresia eine Uhr auf Kameralkosten. Die Instruktion für das Banat von 1772 befahl die Anstellung von Chirurgen und die Errichtung von Krankenhäusern. Zur Zeit Josephs werden Spitäler sowohl in der Bačka als im Banat erwähnt. Der Ansiedlungschirurg Weber er-

1) Scheere zum Abschneiden des verkohlten Kerzendochtes; Abb. findet man bei Kaindl, Geschichte von Czernowitz (Czernowitz (1908), S. 152.

2) Diese Deutung scheint die richtigste zu sein. Vielleicht ist an eine Wagendecke zu denken, wie sie noch jetzt üblich sind.

hielt im Banat zum Unterhalt für jeden Kranken 5 Kreuzer täglich; die Spitäler wurden durch einen Medicus visitiert. Auch Hebammen wurden angestellt. Gleich in den ersten Jahren der Ansiedlung sorgte man für die Bestellung von Richtern (Dorfvorstehern). Niemand wollte in den ersten Jahren wegen Mangels an Einkünften diese Stellung übernehmen; deshalb wurde dem Richter eine gewisse Getreidemenge zuerkannt. Neben dem Richter wurden Geschworene bestellt. Vor ihnen wurden Käufe und Verkäufe abgeschlossen und zur Sicherheit in ein Grundbuch eingetragen. Auch die Lehrer erhielten von der Kameralherrschaft freie Wohnungen, halbe Bauernsessionen und ein Getreidedeputat. Die fleifsigsten Kinder bekamen als Belohnung Gebetbücher aus der Impopulationskasse. In Apatin wurde schon um 1765 ein Waisenhaus errichtet. Kaiser Joseph setzte zum täglichen Unterhalt unmündiger Kinder verstorbener Ansiedler 3 Kr. aus; dieser Betrag wurde an jene Personen, die die Kinder zur Pflege übernahmen, so lange ausgezahlt, bis diese selbst erwerbsfähig wurden. Die Instruktion von 1772 schrieb die Errichtung von Schulhäusern und Kirchen vor; auch die Ausstattung mit Meſskleidern, Kelch und anderen Kirchengegenständen sollte auf Staatskosten „nicht prächtig, aber doch reinlich und anständig“ erfolgen. Unter Kaiser Joseph erhielten auch die protestantischen Prediger und Schullehrer Besoldungen, und zwar erhielt der Prediger 200 fl. jährlich. Manchen protestantischen Gemeinden liefs der Kaiser auch die Pfarrhäuser erbauen; ebenso wurden für die Schulhäuser Unterstützungen gewährt. Die Obsorge für protestantische Prediger, Schulen und Schulmeister hörte auch nach dem Tode Josephs nicht ganz auf; den jüngeren Kolonien wurden auch unter Kaiser Franz für diese Zwecke Unterstützungen gewährt. Mit unverkennbarer Dankbarkeit schildert der öfters genannte Eimann in seinen Aufzeichnungen die Obsorge der Regierung für die Kolonisten.

Auch den Gemeinden suchte der Staat einige Einkünfte zu verschaffen. Nach Cothmanns Vorschlag sollten die Gemeindeglieder gemeinsam einige Felder bebauen, um aus dem Erträgnisse gemeinsame Auslagen zu tragen, für die einquartierten Soldaten den Hafer zu liefern u. dgl. m. Ferner überliefs man schon damals den Neuansiedlern für ein oder zwei Jahre das herrschaftliche Recht des

Schankes und der Fleischbank, um davon für die Kirche Glocken zu kaufen und andere Gemeindebedürfnisse zu decken. Auch später durften Gemeinden, welche Weingärten besafsen, von St. Michael bis St. Georg, also das Winterhalbjahr hindurch, in eigenen dazu gemieteten Wirtshäusern zu ihrem Vorteile Wein ausschenken. Durch dieses Recht erzielte die Gemeinde Neu-Szivácz in 2 Wirtshäusern innerhalb 23 Jahren 16 537 fl.; im Jahre 1816 betrug dieses Einkommen allein 2110 fl.

Auch auf die wirtschaftliche Entwicklung der Ansiedler war die Regierung bedacht. Besondere Fürsorge entfaltete in dieser Beziehung der tüchtige Cothmann im Bácser Komitat. In seiner Instruktion von 1765 gab er dem damaligen k. k. „Plantagenprovisor“ — schon dieser Name ist bezeichnend für die weitausgreifenden Pläne — ausführliche Belehrungen, wie die Landwirtschaft und die damit zusammenhängende Industrie gehoben werden sollte. Man versuchte Tuch- und Leinenfabrikation, Woll- und Baumwollspinnerei, ja selbst die Seidenmanufaktur einzuführen. Zu diesem Zwecke wurde der Bau von Flachs, Hanf, Baumwolle und Maulbeerbäumen (für die Seidenraupenzucht), ferner der Anbau von Farbkräutern (Waid, Krapp, Röte), endlich die Einführung von persischen Ziegen und mazedonischen Schafen gefördert [1]. Ebenso wurde die Anlegung von Obstbaumschulen anbefohlen. Zur Förderung des Handwerkes sollten „Zunftartikel“ (Zunftordnungen) erteilt werden. Auch die Anstellung von Wirtschaftsinspektoren wurde schon 1767 anbefohlen. Unter Kaiser Joseph wurden nachlässige Wirte durch besondere Aufseher zum besseren Wirtschaftsbetriebe angehalten.

Über die Freijahre und Schuldigkeiten der Ansiedler wurden 1764 folgende Bestimmungen getroffen. Die neuangesiedelten Bauern waren 6 Jahre frei von der Kontribution (landesfürstlichen Abgabe), den Vorspanndiensten und der Militäreinquartierung, ferner 3 Jahre von den herrschaftlichen Roboten und der Abgabe des Zehntels und des Neuntels [2]. Handwerker, die nur von ihrem

---

1) Die Baumwollindustrie gab man bald auf; die Seidenraupenzucht hat sich bis auf die Gegenwart erhalten.

2) Eimann setzt die Schuldigkeit des Neuntels und Zehntels gleich einem

Gewerbe lebten, waren von den landesfürstlichen Leistungen durch 10 Jahre, von den grundherrlichen 5 Jahre lang frei; nach Ablauf der Freijahre leisteten Handwerker nur die Kontribution und die Einquartierung, ferner zur Ablösung der anderen Pflichten eine „Taxe“. Unter Joseph erhielten die Bauern 10, die Handwerker 10 bis 15 Freijahre [1]). Die öffentlichen Häuser wurden überhaupt von Abgaben frei gehalten; solche „Freihäuser“ waren die Kirche, die Pfarre, die Schule, das Gemeindehaus, das Haus des Notars (Gemeindeschreibers) und das Gemeindewirtshaus.

Trotz der mannigfaltigen Unterstützungen durch den Staat war die Lage der Kolonisten anfangs oft sehr schwierig und die Entwicklung der Ansiedlungen gering. Die neuen Verhältnisse, das ungewohnte Klima, Seuchen u. dgl. traten störend dazwischen. Der Absatz landwirtschaftlicher Produkte war äufserst gering und schwer. Dazu kam die grofse Unsicherheit der Gegend; die Ansiedlungen waren zum Teil zum Schutz gegen das geradezu erschrecklich umsichgreifende Räuberwesen errichtet worden und hatten besonders im Banat durch diese Unsicherheit viel zu leiden. Die walachischen Räuberhorden überfielen selbst die Dörfer und erprefsten von ihnen Geld und Lebensmittel. Aus Klopodia (Banat) waren die Deutschen wegen der Gefährdung ihres Gutes und Lebens durch die Walachen weggezogen; an ihre Stelle kamen Ungarn. Aber 1815 klagten auch diese, dafs sie wegen des Sengens und Brenneus der dortigen walachischen Mitbewohner nicht bestehen könnten; 1818 wanderten daher auch sie aus. Schwere Heimsuchungen brachte über viele Ansiedlungen auch der Türkenkrieg von 1788 bis 1791; die Ansiedler wurden in ihrer Arbeit gestört, mufsten Vorspann leisten, ihre Häuser wurden verdorben, ihr Viehstand geschädigt. Dazu kamen Wetterschäden, Mifswachs und Überschwemmungen. Überdies waren manche von den Ansiedlungen mit unfruchtbaren Gründen bestiftet worden. Da unter den Ansiedlern sich auch untaugliche Leute befanden, so fehlte es nicht an Beschwerden und Widerspenstigkeit. Viele Ansiedler verliefsen ihre Siedlungsstätten, manche kehrten in die

Fünftel; diese Abgabe war von allen Bodenerträgnissen, auch den Weinbergen, zu leisten.

1) Vgl. oben S. 222.

Heimat zurück; kranke Ansiedler wurden von der Behörde dahin entlassen. Dazu kam, dafs als Bauern auch viele Handwerker angesiedelt wurden. So betont auch Eimann (1820), selbst ein Kolonist, dafs anfänglich viele kein Geschick zur Landwirtschaft hatten. „Was verstanden Schuster, Schneider, Leineweber und solche Handwerker von Pferden und Wagen, von Ackerbau und Säen. Das Fuhrwesen war demnach sehr lächerlich anzusehen. An einem Acker von 3 Jochen wurde 4 bis 6 Tage geackert. Beim Früchteaustreten ging es noch komischer zu; viele wollten verhüten, dafs der natürliche Abgang der Pferde nicht in die Früchte fallen sollte und hatten ihnen kleine Säcke hintenhin gebunden. Jetzt sehe man aber heutzutage die Neu-Sziváczer Bauersleute, wo wird ihnen in Ungarn vorgetan?“ Und an einer anderen Stelle bemerkt derselbe Gewährsmann: „Es ist merkwürdig, dafs während denen Freijahren in allen Zweigen der Landwirtschaft kein merklicher Fortschritt gemacht wurde, als müfste man bald sagen, dafs zehn Jahre zur Erholung und Angewöhnung fremder Ansiedler erforderlich . . . Jetzt (etwa 35 Jahre nach der Ansiedlung) ist wirklich das Hottar (Gemeindegebiet) für die fleifsig arbeitenden Hände viel zu klein; mehrere tausend Gulden werden jährlich für anderwärts in Arrenda (Pacht) genommene Felder fortgeschleppt. Aber reichlich wird auch diese Arbeitsamkeit belohnt, denn die Wohlhabenheit der Einwohner leuchtet an allem sichtbar hervor. Dieses bestätigen der sehr ansehnliche Viehstand, vornehme Hausmöbeln, die vielen und mannigfaltigen Wirtschaftsgeräte und der überflüssige (massenhafte) Getreidebau. Ferner strotzt auch diese Ortschaft (Neu-Szivácz) mit schönen öffentlichen und privaten Gebäuden, deren viele mit Dachziegeln eingedeckt prangen. Den Anfang zur Erzeugung dieser Ziegeln hat der Neu-Sziváczer Heinrich Schüber gemacht; ihm ahmte die ganze Gegend nach.“ Die rasche Entwicklung des Ortes wird auch durch folgende Zahlen bekräftigt. Bei der Gründung (1786) zählte die Ansiedlung aufser den öffentlichen Gebäuden (Kirche und 5 „Freihäuser“, s. oben S. 288) 130 Bauern, 5 Kleinhäusler und 1 Krämerhaus; im Jahre 1820 waren 141 Bauern und 95 Kleinhäusler, ferner 12 „Landmühlen“ und 3 Ölpressen vorhanden. Die Anzahl der Bewohner

stieg überaus rasch: im Jahre 1786 zählte man 475 Seelen; 1804: 1213, 1819: 1760 und 1820 schon 1800 Köpfe.

Eine ähnliche Entwicklung haben die meisten anderen Ansiedlungen genommen, wie sich dies aus der weiteren Darlegung ergeben wird.

Hier mag noch auf die besonderen Zustände in jenen Teilen des deutschen Siedlungsgebietes hingewiesen werden, welche zur Militärgrenze gehörten und wo die südslawische Hauskommunion auch bei den Ansiedlern Eingang fand[1]). Ein neuerer Reisender berichtet darüber: „Die Familien lebten im sogenannten Hauskommunismus. Die Söhne und Töchter blieben, auch wenn sie sich verheirateten, im Elternhause wohnen. Natürlich war das Haus sehr gross und hatte zahlreiche Anbauten. So wohnten oft 6 bis 7 Familien in einem Hause. Der älteste hatte das Kommando. Die Küche war gemeinsam. Die Frauen wechselten sich in der Küche jede Woche ab. Ich habe auf vielfache Fragen gehört, dafs in der Regel die verschiedenen Familien sich gut vertragen haben. Nur habe ich bei meinen Besichtigungen gefunden, dafs der Platz hier meist etwas beschränkt war. Die erzielten Überschüsse gehörten allen gemeinsam. Nur entspricht der Kommunismus nicht dem modernen Zeitgeiste. Deshalb werden diese gemeinsamen Häuser neuerdings meistens aufgelöst. Für die Serben ist diese Auflösung vielfach verhängnisvoll. Sie sind nicht an Selbständigkeit gewöhnt und gehen dann häufig zugrunde. Die Deutschen aber heben sich."

Deutsche Arbeit und wirtschaftliche Lage. Förderung der materiellen und geistigen Kultur.

Kurz und klar gibt eine Zuschrift der Wiener Zentralregierung an die ungarisch-siebenbürgische Hofkanzlei aus 1784 den Zweck und die Bedeutung der deutschen Ansiedlung an. Die deutschen Ansiedler sollen in Ungarn angesiedelt werden, „allwo das Volk den echten Begriff von ordentlicher Wirtschaftsverfassung nicht hat

1) Vgl. oben S. 204. Nach Demian, Statistische Beschreibung der Militärgrenze I, S. 47 gab es Häuser, in denen 30 bis 60 Personen zusammenwohnten.

und nebstdem in manchen Wirtschaftszweigen der wahre Fleifs nicht angewendet wird, auch von allen Gattungen guter Handwerker ein Abgang ist". Diesen Übelständen sollte durch die Kolonisten abgeholfen werden.

Vor allem handelte es sich um die Hebung der Landwirtschaft und der ländlichen Kultur; denn die ungarischen Städte standen seit jeher unter deutschem Einflufs.

Der grofse Aufschwung, den die Landwirtschaft unter den fleifsigen Händen der Schwaben in Südungarn nahm, machte sich schon kurze Zeit nach ihrer Ansiedlung bemerkbar. Am Anfang des 19. Jahrhunderts stellte ein Schriftsteller fest: „Im Temesvárer Banat sieht man den Äckern von weitem an, ob sie durch Walachen oder Schwaben bearbeitet werden". Und ein anderer bemerkt damals: „Deutsche Landwirtschaft wird (in Ungarn) mit Nutzen angewendet". Ein späterer hebt hervor, dafs die für die Ansiedlung ausgelegten Geldmittel wohl angewendet waren, denn es wurden fleifsige Hände gewonnen, „welche anfingen, die Steppen-, Sumpf- und Sandstellen des Landes in dessen Kornkammern umzuwandeln". Vom Johannisberg bei Budapest sieht man nach Westen die zahlreichen deutschen Ansiedlungen: „Nie werde ich", bemerkt einer der besten deutsch-ungarischen Schriftsteller, „den verblüfften und zugleich aufrichtig bewundernden Ausruf des Magyaren vergessen, dem sich zum erstenmal dies entzückende Bild auftat: ‚Das ist nicht Magyarenland, das ist deutscher Boden!'"

Ebenso stellen neuere Berichte übereinstimmend fest, dafs der deutsche Einflufs auf die einheimischen Bevölkerungselemente sehr wohltätig gewirkt hat. So sind die Serben im Banat infolge dieses Einflusses heute „fast ebenso gute Landwirte wie die Schwaben. Nur der Rumäne des Banats ist rückständig geblieben, weil er allgemein konservativ und Neuerungen schwer zugänglich ist". Ebenso wird über die Verhältnisse Slawoniens berichtet: „Anderseits haben die tüchtigeren unter den Serben schon viel gelernt. Ihre Dörfer sehen heute viel besser aus als vor 30 Jahren". Wenn die Rumänen im Banat von „crumpir" (Grundbirnen, Kartoffeln), „paradais", „petersil", „ruben" u. dgl. sprechen, so sind dies ebensoviele Beweise schwäbischen Kultureinflusses. Ähnliche Beobachtungen kann man selbstverständlich auch in anderen Gebieten

machen; im weiten Umkreise um die deutschen Siedlungsgebiete sind deutlich die Einwirkungen deutscher Kultur bemerkbar.

Von welcher Bedeutung diese Einflüsse sind, geht erst klar hervor, wenn man einen Blick auf die früheren Zustände wirft Zu diesem Zwecke mögen einige Bemerkungen über den einheimischen Kulturzustand in Südungarn, Slawonien und Kroatien um 1800 folgen.

Schon an früherer Stelle (S. 197) ist erwähnt worden, wie elend und schmutzig die Serbenhütten im Bácser Komitat waren. In der Militärgrenze waren die Häuser fast durchaus schlecht und zumeist ohne Schornstein. Statt der Fenster fanden sich oft nur kleine Öffnungen, die mit einem Stück Brett geschlossen wurden; andere Fenster waren überaus klein und ganz eingemauert, weshalb sie nicht geöffnet werden konnten. In den beiden Vorstädten von Peterwardein waren „die meisten Häuser gestampft und mit Rohr gedeckt, so wie in Karlowitz; auch nur mit hölzernen Rauchfängen versehen“. Diese Rauchfänge waren aus Ruten geflochten. Einen Backofen hatte der gröfste Teil der Häuser nicht aufzuweisen. Bei ihren Bewohnern „ist fast durchgehends die sogenannte Pequa im Gebrauch, eine eiserne oder irdene Brotform, die auf den gesäuerten zu einem Laib gebildeten Teig, den man auf den Feuerherd legt, gestürzt, und dann mit Glut zugedeckt wird, bis das Brot ausgebacken ist“. Sonst wurden auch ungesäuerte, in der Asche gebackene Kuchen und Breie gegessen. Im Banat war die Hütte der Rumänen noch zur Zeit der deutschböhmischen Einwanderung (um 1830) ein kleines Blockhäuschen, aus Buchenrundholz nur mittelst der Hacke aufgezimmert; lot- und wagerechte Linien waren daran selten zu entdecken. Der Küchenraum war allenthalben rauchgeschwärzt und erglänzte stellenweise von Rufs, weil der Rauchfang stets ein offener, aus Reisig geflochtener war oder ganz fehlte. „Anstatt des Herdes ist eine Feuerstelle am Fufsboden vorhanden, über welcher ein an einer Kette befestigter eiserner oder hölzerner Haken herabhängt, an dem eiserne oder kupferne Kesselchen über Feuer gehalten werden“. Zu dem erstaunlich armseligen und ursprünglichen Hausrat gehörte auch hier „ein mächtiger gufseiserner Sturz (česestu), unter welchem auf einer erhitzten Steinplatte das Maisbrot (malei) gebacken wurde“. Im

gröfsten Teil der Militärgrenze waren die Stallungen schlecht oder fehlten ganz; infolge dessen ging im Winter sehr viel Vieh zugrunde, der Rest wurde so kraftlos, dafs im Frühjahr 8 bis 12 Tiere vor den Wagen oder Pflug gespannt werden mufsten. Im Banater walachisch-illyrischen Regimentsbezirk gingen infolge der schlechten Futterwirtschaft im Winter 1803 62836 Stück Vieh zugrunde; überdies fielen 4902 Stück noch durch Wölfe. Auch sonst wurde die Viehzucht überaus nachlässig betrieben. Da Scheuern vollständig mangelten, so mufste das Getreide gleich nach der Fechsung unter freiem Himmel durch Pferde oder Ochsen ausgetreten werden; dadurch ging nicht nur viel Frucht verloren, sondern auch das Stroh wurde ganz unbrauchbar [1]. Natürlich stand der Feldbau auch sonst auf sehr niedriger Stufe. Ordentliche Düngung fand nicht statt. Der Pflug war so plump und schwer, dafs das Pflügen eines Joches zwei Tage erforderte, und zwar hatten dabei 6 bis 8 Ochsen und 4 bis 5 Menschen zu tun. Eigentliche Eggen und Walzen waren am Anfang des 19. Jahrhunderts noch eine grofse Seltenheit, „denn nach der Aussaat pflegt hier der Grenzer anstatt zu eggen, nur mit einem Stück Holz, woran ein Bündel Reisig befestigt, über das Feld zu fahren, wodurch aber der Same kaum zur Hälfte mit Erde bedeckt werden kann und daher meist ein Raub der Vögel ist“. Die Rumänen im Banat „pflügen den Acker wenig oder fast gar nicht und denken nicht daran, den Mist der Tiere als Dünger zu verwenden“. „Die Wagen sind so plump und die Räder so schlecht gerundet, dafs einen solchen Wagen zwei Pferde oder Ochsen kaum leer zu ziehen vermögen“. Bei den walachischen Wagen war aufser dem Jochnagel „auch nicht ein Stückchen Eisen zu finden“. Der Gartenbau war ohne Belang; „nur die Deutschen in dem Bezirk des deutsch-banatischen Regimentes bauen einige Gattungen von Gemüse“. Von den Deutsch-Banatern wird auch ausdrück-

---

1) Man konnte daher auch keine Dächer damit decken; statt dessen diente Rohr oder Kukuruzhalm. Erst die österreichische Regierung forderte von den Ansiedlern die Erbauung von „Fruchtstadln“, damit sie „in selben ihre Frucht auf teutsche Art mit Flegeln austreschen und hernach das Stroh in Schab binden“. Dieses könnte dann zum Dachdecken dienen; die reinere Frucht würde aber von gröfserem Werte sein.

lich am Anfang des 19. Jahrhunderts bemerkt, dafs sie Erdäpfel bauten. „Mit dem Kartoffelbau hat Schlesien den ungarischen Norden, den Süden (Ungarns) haben deutsche Kolonisten und Soldaten um die Hälfte des vorigen (18.) Jahrhunderts damit bekannt gemacht.“ Der Obstbau war ebenso gering. Die kroatischen Grenzer verstanden nicht das Pfropfen und Okkulieren der Bäume. „Die Raupen vernichten fast alle Jahre den gröfsten Teil des Obstes“.

So stand es um die Kulturverhältnisse Südungarns, Kroatiens und Slawoniens, bevor deutscher Einflufs sich hier geltend machte [1]. Selbstverständlich betrieben die Eingewanderten zunächst nur Dreifelderwirtschaft [2]; ja sie haben im Drange der ersten Ansiedlungsarbeiten sogar ihr Getreide nach Art der Einheimischen von Pferden austreten lassen. Aber gar bald wurden auch aus den angesiedelten Handwerkern tüchtige Bauern, die sich die Fortschritte der Landwirtschaft zunutze machten. Banater Viehzucht und Banater Weizen haben einen Weltruf erlangt. Der ungeahnte kulturelle Erfolg dieser Siedlungen geht aber am besten hervor aus der Betrachtung der deutschen Ortschaften. Auch auf den verwöhnten Reisenden, der aus Deutschland kommt, machen fast alle Ortschaften im Banat „einen äufserst behäbigen Eindruck“. Einer von ihnen vergifst nicht hervorzuheben, dafs er Dörfer gesehen habe, die in ihrer Mitte Plätze mit Parkanlagen haben. Als Beispiel einer Banater Schwabengemeinde mag hier das 1792 ent-

---

1) Trotzdem versucht eine offizielle Schrift, die, von der ungarischen Regierung veranlafst, 1898 in Berlin erschien, abzuleugnen, dafs die Deutschen „die Pioniere und Kulturapostel Südungarns“ waren. Und den Beweis dafür soll ein Zitat aus einem ungarischen Geschichtswerke erbringen, darin vor allem die glänzenden Hofhaltungen einzelner ungarischer Könige in Temesvár geschildert werden, bei denen die verschwenderischen Gelage manchmal kaum ein Ende fanden! Von den Zuständen im Banat zur Zeit, da Österreich es den Türken entrissen hat (vgl. Bd. II, S. 97), weifs der Verfasser nichts; er möchte am liebsten überhaupt den germanischen Einflufs auf Ungarns Kultur leugnen und im Gegenteil beweisen, dafs in einem grofsen Teile des Landes die alte magyarische Kultur gewaltsam durch deutschen Einflufs unterdrückt worden sei. Vgl. E. v. Egan, Landwirtschaftliche Skizzen aus Ungarn. Berlin 1898.

2) Diese wird übrigens z. B. in der Schwäbischen Türkei (Komitate Tolna und Baranya) auch jetzt noch mit wenigen Ausnahmen gepflegt.

standene Franzfeld, wie es heute ist, mit wenigen Strichen charakterisiert werden. Unter den öffentlichen Gebäuden sind vor allem die schmucke evangelische Kirche, die Schulgebäude und das schöne Rathaus zu nennen. Der Sitzungssaal des letzteren ist geradezu sehenswürdig. „Ein Wiener Kunstmaler hat alle Ereignisse, die mit der Gründung der Gemeinde im Zusammenhang stehen, bildlich dargestellt. Die Decke ziert unter anderen ein Deckengemälde, das die 1792 erfolgte Einwanderung darstellt. Die Seiten- und die Stirnwände sind mit Begebenheiten aus der Grenzzeit und aus dem Wirtschaftsleben geschmückt; man sieht da ein Gemälde „Viehzucht" und „Landwirtschaft", ferner eine Taufe und einen Hochzeitszug aus der Zeit der Einwanderung. Ebenso machen die ungefähr 700 Privathäuser samt Wirtschaftsgebäuden und Wirtschaftshöfen ob ihrer Sauberkeit einen sehr günstigen Eindruck. Die Strafsen haben eine Breite von 17 Meter, die Gehstege sind alle gepflastert und von alten Baumpflanzungen begleitet. Das Trinkwasser liefern sieben Tiefbrunnen, während das Nutzwasser den Hausbrunnen entnommen wird. Und dies alles leistet die Gemeinde nur mit einer verhältnismäfsig geringen Umlage (Gemeindesteuer). Dafür ist aber mit dem Gemeindeamte eine Sparkasse verbunden, die von den Gemeindebeamten geleitet wird. Diese erhalten für ihre Tätigkeit 5 Prozent vom Reingewinn, während der Rest in einen Wirtschaftsfonds fliefst, aus welchem die Erhaltung und Erbauung von Schulgebäuden, die Errichtung von Tiefbrunnen sowie sonstige gemeinnützige Anstalten bestritten werden. Im benachbarten Sirmien ist z. B. India eine ebenso mufsterhafte Gemeinde. Ein süddeutscher Forscher, der sie vor kurzem besucht hat, schreibt darüber: „Ein paar hübsche Häuser, darunter ein gutes Gasthaus mit netten Wirtschaftsgarten, machten schon gleich einen vorteilhaften Eindruck auf den aus dem Orient Kommenden, und die Überraschung wächst beim Wege zum Orte hinein, zur Rechten ein durch Wege mit Bänken zu einem Dorfpark hergerichtetes kleines Gehölz, auch auf der Strafse schattige Baumreihen, wie denn auch die gut gehaltenen, mit Rinnen und gepflasterten Gehwegen eingefafsten Ortsstrafsen solche zeigen. Und an diesen Ortsstrafsen Häuser, zwar meist nur ein- oder anderthalbstöckig, aber stattlich und so schmuck gebaut, dafs sie auch einer Stadt

Ehre machen würden, ich möchte sagen, beinahe zu städtisch für eine Landgemeinde, mit geschmackvollen Stuckverzierungen, hohen Fenstern, grofsen Scheiben. Die Häuser kehren hier meist die Langseite an die Strafse und sind oft aneinander angebaut, höchstens durch einen Torbogen getrennt; die Wirtschaftsbauten schliefsen sich, von der Strafse kaum sichtbar, hinten an, um einen grofsen Hof herum. Im Innern der Häuser selbst paart sich mit dem Bauernstolz der hochaufgeschichteten Prunkbetten, städtische Einrichtung, vom lakierten oder gar gewichsten Boden bis zum Klavier. Tadellos reingehalten waren auch die Höfe und die landwirtschaftlichen Räume, und die Arbeit, bei der wir dort die Besitzer trafen an ihren landwirtschaftlichen Maschinen, in den Ställen, den Gärten, und ihre Arbeitshände zeigten, dafs über dem Wohlstand die deutsche Bauerntüchtigkeit nicht verloren gegangen ist.“ Ähnlich berichtet (1907) ein Reisender aus Berlin über die Ansiedlungen in Slawonien: „Im ganzen geht einem das Herz auf, wenn man durch diese deutschen Ansiedlungen wandert. Sie sind wohl der Teil Ungarns, wo die Deutschen, von Siebenbürgen abgesehen, sich am wohlsten fühlen. Der Boden ist äufserst fruchtbar. Der Wohlstand daher bei den Deutschen ganz allgemein. Es gibt in jedem deutschen Dorfe eine ganze Anzahl deutscher Bauern, die auf 50—60000 Gulden eingeschätzt werden. Manche kommen auf 200000 Gulden. Viele lassen ihre Söhne studieren. Die Ortschaften machen einen äufserst sauberen Eindruck. Einzelne Bauernhöfe gleichen den besten in unseren reichsdeutschen Dörfern. Zu Semlin gehört ein Dorf, Franzthal, rein deutsch. Hier haben bereits manche Bauernhöfe elektrisches Licht, das ihnen die Stadt liefert. Die Ackerwirtschaft ist sehr intensiv. Alle möglichen Maschinen stehen den Bauern zu Gebote. Es gibt nicht wenig Bauern, die für sich eine Dampfdreschmaschine besitzen. Trotzdem die landwirtschaftliche Betriebsweise sehr fortgeschritten ist, ist in der übrigen Wirtschaft manches recht altmodisch: in manchen Dörfern weben die Bauern aus ihrem Hanf noch selbst ihre Unterkleider. Die Wolle ihrer Schafe verspinnen und verweben sie zu Röcken und Hosen. Die Textilerzeugnisse sind natürlich etwas sehr ursprünglich; aber den äufserst bescheidenen Ansprüchen genügen sie. Dieser Konservativismus hält sich nur in äufserst ab-

gelegenen Orten. Die Nahrung der Bauern ist möglichst kräftig. Jeden Tag ifst man zu Mittag Fleisch. In einigen Orten, wie in Franzthal, ist die Ernährung sogar opulent. Da gibt es jeden Mittag Suppe, Fleisch, Gemüse und Mehlspeise. Die Wohnungen sind komfortabel eingerichtet. Die besseren Wohnungen weisen 1 — 2 gute Zimmer auf, die kaum benutzt werden. Man findet Plüschmöbel und Klaviere. Die Speisekammer enthält zahllose Büchsen feinen Kompots. Der Weinkeller liefert aufser dem eigenen Bedarf in der Regel auch noch einiges zum Verkauf. Besonders eine Sitte ist ein Zeichen guten Wohlstandes: die Ausstattungsbetten, die die Frau erhält, werden in der guten Stube als Zierde aufgestapelt und bleiben unberührt. Häufig bekommt sie die Tochter noch unberührt mit.“ Erwähnt sei nur noch, dafs die Deutschen den dritten Teil der Steuern in Kroatien und Slawonien bezahlen sollen, während sie blofs etwa 6 vom Hundert der Bevölkerung zählen. Über die grofsen wirtschaftlichen Fortschritte der Schwaben gegenüber den Serben und Rumänen ist schon (s. oben S. 282) berichtet worden. Erwähnt sei noch, dafs in Südungarn in letzter Zeit auch deutsche Spar- und Darlehnsvereine entstehen. Manche von ihnen sind vom siebenbürgischen Raiffeisenverband ins Leben gerufen worden. In Slawonien ist vor allem die „Deutsche Volksbank“ in Ruma (seit 1905) zu nennen.

Das alles sind Zeichen von bedeutender Kulturkraft und emsiger ehrlicher Arbeit, denn der deutsche Ansiedler verdankt seine Erfolge nur diesen. Es mufs aber betont werden, dafs es nicht wahr ist, alle Ansiedler seien ohne Mittel gekommen. Viele von ihnen haben aufser ihrer Arbeitskraft auch für jene Zeiten beachtenswertes Vermögen mitgebracht oder nachträglich aus der Heimat erhalten. Von den Einwanderern, die 1764 bis 1766 aus Kurköln und Franken kamen, brachten viele 100 bis 300 fl. mit. Bald darauf erfahren wir aus den Akten, dafs sowohl aus Deutschland als auch aus Österreich früher Ausgewanderten Vermögen und Erbschaften ausgefolgt wurden. Im Jahre 1786 wird in einem amtlichen Bericht über die Einwanderer seit 1784 bemerkt: „Es ist verläfslich erhoben worden, dafs die Ansiedler, ob sie gleich nur die Hälfte oder den dritten Teil ihres wahren Vermögens anzugeben und das übrige aus einem Vorurteil zu verschweigen pflegen, ein reines

vorgezeigtes Vermögen von 210815 fl. mit sich nach Ungarn brachten. Und zumal die im Jahre 1784 nach Galizien beförderten Kolonisten ohngleich vermöglicher gewesen, so kann man umsomehr mit Grund schliefsen, dafs ohne die arbeitsamen Hände und den Nachwuchs der Jugend, ohne den künftigen Kontributionsstand überhaupt in Anschlag zu bringen, den k. k. Staaten mehr denn eine halbe Million fremdes Vermögen durch diese Einwanderung zugeflossen ist." Übrigens sind in der Folge unzählige mitunter beträchtliche Geldbeträge den Ansiedlern aus der Heimat nachgeschickt worden. Hier sei nur für die Zeit von 1786 bis 1797 eine kleine Zahl von Geldsendungen aus Deutschland angeführt; in Klammer ist der ungarische Ansiedlungsort genannt: Agnes Steinmetzin (Torzsa, Bács) 810 fl., weitere 100 fl. hat sie zu fordern; Georg Hellstab (Nágocs, Somogy) 456 fl. 40 Kr.; Joh. Schweitzer (Hird, Báranya) 866 fl. 40 Kr.; Magdalena Schmidlin (Ráczpeter, Báranya) 1030 fl. 33¼ Kr.; Joh. Lindner (Ungarn) 500 fl.; zwei Schwestern (Neudorf, Temes) 633 fl.; Katharina Jegglerin (Dugoszelló, Torontál) 1631 fl. 23¼ Kr.; Anton Kind (Hodsák, Bács) 750 fl.; Joh. Metzinger (Apatin, Bács) 1425 fl.; Katharina Marzluffin (Apatin) 975 fl.; Mathias Sutter (Mágocs, Báranya) 1233 fl. 20 Kr.; Barbara Fischer (Hodsák, Bács) 1674 fl. Auch aus Tirol kam z. B. für Andreas Handl (Csadát, Torontál) eine Erbschaft. Ähnliche Mitteilungen enthalten die noch vorhandenen Akten massenhaft aus verschiedenen Jahren. Auch 1798 wurde verkündet, dafs zwar den Ansiedlern, welche im Reiche Forderungen einzutreiben hätten, keine Pässe erteilt würden; dagegen sollten die Behörden nach Vorlage der Urkunden ihre Rechte geltend machen.

Nach dieser Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den jüngeren deutschen Siedlungsgebieten wenden wir unseren Blick auf das alte Kolonisationsland der Sachsen in Siebenbürgen. Für die Tüchtigkeit ihrer Landwirtschaft mögen zunächst einige Zahlen sprechen: Ende 1883 standen in den 227 Landgemeinden Siebenbürgens, in denen Sachsen wohnen, 34 Dampfdreschmaschinen in Verwendung, und zwar waren alle diese Maschinen in sächsischem Besitz. Von 502 Göpeldreschmaschinen gehörten den Sachsen 462, von 546 Handdreschmaschinen entfielen auf sie

495, von 1202 Sortierreutern 1124. Somit waren damals fast alle landwirtschaftlichen Maschinen im deutschen Besitz. Im Jahre 1874 warf ein Joch sächsischen Ackers 33 fl. 87 Kr. Rohertrag ab, während der nichtsächsische Boden nur 25 fl. 59 Kr. vom Joche ergab. Dieses Verhältnis kommt auch in folgenden Zahlen zum Ausdruck: im genannten Jahre ergab ein Joch nach der Berechnung für ganz Siebenbürgen an Weizen 5,9 Hektoliter, an Roggen 7,7, an Gerste 8,0, an Hülsenfrüchten 5,5 Hektoliter; dagegen betrugen diese Erträgnisse in den 149 reinsächsischen Gemeinden: 7,3, 8,7, 9,7 und 7,2 Hektoliter. Daraus geht klar hervor, wie sehr die sächsische Landwirtschaft jene der anderen Mitbewohner des Landes überragt. Damit ist nun freilich nicht gesagt, dafs sie völlig einwandfrei sei. Dies ergibt sich schon daraus, dafs in dem minder fruchtbaren Württemberg ein Joch an Weizen 15,3, an Roggen 10,4, an Gerste 12,9 und an Hülsenfrüchten 11,0 Hektoliter lieferte. Der sächsische Bauer hat in seiner Abgeschiedenheit noch vor dreifsig Jahren durchaus an der Dreifelderwirtschaft festgehalten; der eiserne bessere Pflug hat nur allmählich Eingang gefunden, ja er fehlte 1884 noch in 22 Gemeinden gänzlich. „Der Umstand, dafs in patriarchalischer Weise Sohn und Schwiegersohn seit jeher jahrelang unter dem Szepter der bedächtigen Alten wirtschaften mufsten, und erst nach dem Tode dieser eine eigene selbständige Wirtschaft und Haushaltung gründen konnten“, trugen sehr viel zum Festhalten am Althergebrachten bei.

So hat die Einführung neuerer Wirtschaftsformen einen langen Kampf gekostet. Der siebenbürgisch-sächsische Landwirtschaftsverein hat schon 1845 durch die Ansiedlung tüchtiger Landwirte aus Württemberg eine Verbesserung versucht; das Unternehmen mifslang aber zunächst. „Der Starrsinn unseres Bauern widersetzte sich nicht nur einem Aufgeben der Dreifelderwirtschaft, sondern machte es auch den Eingewanderten unmöglich, Musterwirtschaften anzulegen.“ Die Eingewanderten mufsten sich den alten Verhältnissen anpassen, um nicht zugrunde zu gehen. So blieb die Dreifelderwirtschaft und die freie Weide im Brachfelde weiter bestehen. „Wollte man“, so schreibt der Chronist von Agnetheln, „alle Übelstände dieser Einrichtung aufzählen, wollte man auch nur einen kleinen Teil jener Schäden, die die Vieh-

besitzer durch Nachlässigkeit und Unachtsamkeit der (rumänischen) Hirten erlitten, näher beleuchten, so könnte man hierüber viele, viele Bände schreiben". Jahrzehntelang wirkte der Landwirtschaftsverein, besonders seit den 1860er Jahren, für die Durchführung der „Kommassation", d. h. die Zusammenlegung der jedem Wirte gehörigen zerstreuten Grundstücke in ein Stück, um an Stelle der Dreifelderwirtschaft geregelte Fruchtwechselwirtschaft zu treiben [1]). Dieser Gedanke wurde zunächst fast allgemein bekämpft, fürchtete doch jeder die von den Vätern ererbten Grundstücke zu verlieren. Erst seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts kam die Kommassation in Flufs; 1894 war sie schon in 40 Gemeinden durchgeführt. Seither haben die Sachsen immer mehr die Dreifelderwirtschaft als veraltet aufgegeben, während die Rumänen sie übernahmen. Aber noch immer wird geklagt, dafs viele Sachsen nur dieselben Fruchtgattungen, die schon Grofsvater und Urgrofsvater angebaut haben, pflegen; dafs sie die Fortschritte des Maschinenbaues sich nicht genügend zu Nutzen machen, ja es gibt noch Gemeinden, wo man den eisernen Pflug, die Walze u. a. bis zum heutigen Tage nicht benutzt. Noch hört man zuweilen sagen: „Ich bleibe bei der Wirtschaftsweise meiner Vorfahren; wie sie dabei ausgekommen sind, will ich auch auskommen". Die sächsischen Gemeinden zählen zu den viehreichsten des Landes; doch auch die Viehzucht läfst noch manches zu wünschen übrig. „Nicht an der mangelhaften Rasse, sondern an der mangelhaften Pflege und Wartung der Tiere liegt es, dafs unsere Rindviehzucht in qualitativer Beziehung zu wünschen übrig läfst." Auch die Milchwirtschaft, besonders die Buttererzeugung, wurde stark vernachlässigt. Doch alle diese Rückstände weichen dank der Bestrebungen des Landwirtschaftsvereins und der landwirtschaftlichen Ortsvereine. Auch der Rückgang im Weinbau, den die Phylloxera verursacht hatte, ist zum grofsen Teile überwunden, nachdem die

---

1) Über die Dreifelderwirtschaft s. oben S. 132. Die Fruchtwechselwirtschaft ist bekanntlich jenes Wirtschaftssystem, bei dem das Ackerland in regelmäfsigem Wechsel das eine Jahr mit Halmfrucht, das andere mit Blattfrucht bestellt wird. Durch den Wechsel von flach- und tiefwurzelnden Pflanzen werden verschiedene Bodenschichten zur Nahrung herangezogen und daher läfst sich unter Anwendung von Düngung die Brache vermeiden.

anfängliche Mut- und Ratlosigkeit der Weinbauer gewichen ist. Die neuen Weinberge haben sogar den grofsen Vorteil, dafs so saure Weine, wie sie früher öfters erzeugt wurden, nicht mehr vorkommen; freilich ist in ihnen auch noch kein so feiner Wein erreicht worden, wie ihn die alten berühmten Weinjahre von 1811, 1834, 1862, 1866, 1869, 1876 und 1889 gezeitigt haben. Der Weinhandel Siebenbürgens nimmt in neuerer Zeit einen raschen Aufschwung. Sehr verbreitet ist auch der Obstbau; einzelne Gemeinden, wie z. B. Windau bei Bistritz, erzielen überaus ansehnliche Summen aus dem Erlöse ihrer Obsternten. In Stolzenburg wurden innerhalb zehn Jahren (1897—1907) 13 249 veredelte Obstbäumchen versetzt [1]).

Den Sachsen stehen die neu eingewanderten „Landler“ in ihrer Wirtschaft nicht nach. Ebenso behäbig wie etwa das altsächsische Rosenau bei Kronstadt sieht das landlerische Neppendorf bei Hermannstadt aus. Diese und andere Dörfer haben, besonders wenn man die sonstigen Verhältnisse in den Karpathenländern berücksichtigt, das Aussehen netter kleiner Städte. Der Wohlstand der Deutschen Siebenbürgens kommt auch darin zum Ausdruck, dafs ihnen in den 227 Gemeinden, in denen sie wohnen, im Jahre 1884 vom gesamten Privatbesitz 72 Proz., den Nichtsachsen blofs 28 Proz. gehörten. Auf eine Seele entfielen bei den Sachsen 3,56, bei den Nichtsachsen blofs 1,89 Joch. Der gesamte Wert des in den Händen der sächsischen Bauern befindlichen Grundes betrug etwa 86 Millionen Gulden. Auch die Betrachtung der Abgaben ist interessant. In Kronstadt zahlten 1900 die Deutschen 72,8 Proz. der Grundsteuer und 64,2 Proz. der Hauszinssteuer, obwohl sie nur 29 Proz. der Bevölkerung bilden; dagegen leisteten z. B. die Rumänen in Rosenau, obwohl sie dort 54 Proz. der Gesamteinwohnerschaft ausmachen, nur 15,3 Proz. der Grundsteuern. Ähnlich stehen die Verhältnisse in anderen Gemeinden. Trotzdem fällt es den Sachsen nicht leicht, ihren Grund und Boden überall gegen die Rumänen zu verteidigen. So

---

1) Erwähnt sei, dafs von den Siebenbürger und Zipser Sachsen gerühmt wird, sie seien grofse Blumenfreunde. Ältere Forscher brachten das mit der Annahme ihrer flandrischen Abkunft in Zusammenhang. Vgl. Bd. II, S. 207 ff.

konnte aus den Grundbüchern von Mediasch der Rückgang des sächsischen Grundbesitzes und das Wachstum des rumänischen nachgewiesen werden. In manchem Dorfe sieht man ein seiner Bauart nach sächsisches Haus, das jetzt ein griechisches Kreuz als rumänischen Besitz kennzeichnet. Seit einem viertel Jahrhundert helfen aber die Raiffeisenkassenvereine den verarmten Sachsen ihren Besitz zu erhalten. In der Zeit von 1886 bis 1906 sind bei 40 von den bestehenden Spar- und Vorschufsvereinen 503 Fälle vorgekommen, in denen mit Vereinsmitteln sächsischer Grund und Boden dem Besitzer erhalten blieb, nachdem er ihn mit eigener Kraft nicht zu wahren vermochte. Ferner wurde von 57 Vereinen in 494 Fällen zum Verkauf gelangter sächsischer Besitz erstanden und dafür gesorgt, dafs er wieder in sächsische Hände überging. Die auf diese Weise erhaltenen und verteidigten Gründe und Hofstellen kommen dem Besitzstande von zwei kleineren oder dem eines gröfseren sächsischen Dorfes gleich. Ebenso wurde von diesen Kassen viel Boden zurückerworben oder geradezu erst für sächsischen Besitz aufgekauft; er entspricht dem Gebiete einer der gröfsten Sachsengemeinden. Das Geld, das nach Rumänien, Deutschland und Amerika wandernde Sachsen erwerben und in die Heimat schicken, wird zum gröfsten Teil zur Behauptung der Scholle verwendet. Was ein Raiffeisenkassenverein für den Bodenschutz leisten kann, wenn er unter der Leitung eines tüchtigen selbstlosen Mannes steht, das ersieht man aus der Geschichte dieses Vereins im kleinen Schaas.

Den Sachsen sind ihre nationalen Geldanstalten, seitdem ihre Tore, Türme und Basteien nicht mehr zum Schutze ihrer Rechte genügen, starke Befestigungen geworden, wenn auch nicht von Ziegel und Stein. Diese moderne Burg hat der Kronstädter Peter Lange vor mehr als fünfundsiebzig Jahren zu bauen begonnen, als er die Kronstädter Sparkasse ins Leben rief, die erste derartige Anstalt auf dem weiten Wege von Wien bis an den Karpathensaum (1835). Derselbe Lange ist auch Begründer der Kronstädter allgemeinen Pensionsanstalt, des bürgerlichen Gewerbevereins, des städtischen Versatzamtes und anderer gemeinnütziger Institute. Im Jahre 1841 wurde sodann die Hermannstädter allgemeine Sparkasse eröffnet, und ihr folgten die Bodenkreditanstalt in Hermann-

stadt, der Bistritzer Kredit- und Vorschufsverein, der Hermannstädter Vorschufsverein und andere Delitzschische Vorschufsvereine in Stadt und Land; dann entstanden seit 1885 die Raiffeisenschen Spar- und Vorschufsvereine, die 1886 einen Verband errichteten und deren Zahl sich 1908 schon auf 139 belief. Aufserdem bestehen noch andere ähnliche Institute. Ihre Zahl und Mannigfaltigkeit ist so grofs und sie stehen auf einer solchen Stufe, „wie sie selbst in den westlichen Kulturländern nicht überall erreicht ist“. Unter den Mitbewohnern des Landes nehmen die Sachsen seit jeher durch ihre Geldinstitute eine hervorragende Stellung ein. Erwähnt sei noch, dafs diese Anstalten jährlich sehr bedeutende Summen für deutsche Kultureinrichtungen widmen. Die Hermannstädter Sparkasse hat allein in einem der letzten Jahre 80000, ebenso die Bodenkreditanstalt 86000, die Kronstädter Sparkasse über 53000 Kronen für Kirchen, Schulen, den Landwirtschaftsverein u. dgl. gespendet. Der vor zehn Jahren gegründeten Genossenschaftsbank in Elisabethstadt verdankt die dortige kleine Sachsengemeinde ihren Aufschwung; unter ihrem Schutz fängt die einstige deutsche Siedlung (Epposdorf, Eppeschdorf), die lange Zeit völlig daniederlag, wieder zu erstarken an. In der wirtschaftlichen Überlegenheit liegt hier wie überall im Kampfgebiete die Möglichkeit der Erhaltung für die Zukunft.

Auf eine genauere Darlegung der Verhältnisse in den anderen Teilen Ungarns mufs hier verzichtet werden. Auch hier haben die Deutschen tüchtige Kulturarbeit geleistet: sie haben das „Magyarenland“ in „deutschen Boden“ verwandelt (s. oben S. 291). Dies gilt vor allem von dem Siedlungsgebiete in Mittel- und Westungarn. Aber auch aus Nordungarn wäre neben Betrübendem manches Erfreuliche zu berichten. Selbst in abgelegenen und zerstreuten Ansiedlungen, wie in jenen um Munkács (Bereger Komitat) erblühte frisches deutsches Leben. Ein Forscher, der z. B. die Siedlungen Ober-Schönborn, Unter-Schönborn und die Nachbarkolonien besuchte, rühmt ihre wohlgeordnete Wirtschaft, ihren Fleifs und ihre Ordnungsliebe (1874). „Die deutschen Bauern bei Munkács halten fest zusammen, und dadurch gelingt es ihnen, von Jahr zu Jahr ihre Keile in die anstofsenden Ruthenendörfer tiefer und breiter einzutreiben, sie erwerben dort ein Bauerngut nach dem anderen.

Sie selbst lassen keine Fremden ein, dulden auch aufser Schenkwirten keine Juden. Vor zwei Jahren brannten in Ober-Schönborn fünf Häuser nieder. Der Pfarrer predigte Sonntags: ‚Was tun die Ameisen, wenn ihre Wohnung zerstört wird?‘ Am Montag beschlofs die Gemeinde, mit gesamter Hand die Häuser wieder aufzubauen; in zwei Monaten standen sie wieder fix und fertig mit Ziegeln gedeckt und hübsch geweifst und verziert. Auch die umwohnenden Deutschen hatten geholfen und meist ganz umsonst.

Weniger erfreulich gestaltet sich die Lage des Gewerbes und Fabrikwesens der Deutschen. Der vor Jahrhunderten blühende Handwerkerstand hatte durch die Not der Zeiten überaus gelitten. Der Absatz war geschwunden; die bäuerliche Bevölkerung deckte einen grofsen Teil ihres Bedarfes durch Hausindustrie; die besseren Stände und der ungarische Adel begannen, da infolge der geänderten Verhältnisse die Bekanntschaft mit den besseren Waren des Westens sich verbreitete, seit dem 18. Jahrhundert die einheimischen Erzeugnisse zu verschmähen; die alte Bürgertracht wich in den Städten der neuen Mode, die mit den modernen Sitten hier Einzug hielt [1]). Deshalb sank die Zahl der Handwerker; viele von ihnen betrieben auch Landwirtschaft, andere Bürger wandten sich höheren Berufen zu. Trotzdem blieb noch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der Gewerbestand Siebenbürgens und Ungarns vorwiegend deutsch. Unter den Sachsen Siebenbürgens kam 1833 ein Gewerbetreibender schon auf 11 Köpfe, während unter der anderen Bevölkerung erst auf 38 ein Handwerker entfiel. Kronstadt zählte 1839 zusammen 22 886 Einwohner, davon waren 9116 Deutsche; aus diesen entstammten fast alle Handwerker, deren es im Jahre 1844 zusammen etwa 4450 gab. Wie man sieht, gehörte die deutsche städtische Bevölkerung noch immer zum grofsen Teile dem Gewerbestande an. Aber dieser hatte nur im sicheren Gehege der Zunft und im Alleinbesitz des Bürgerrechtes zu schaffen gelernt. Als diese Schutzwehren zusammenfielen, strömten nicht nur die anderen Volksstämme dem Gewerbe zu, sondern es zeigte sich auch, dafs die

---

1) Erhalten hat sich die alte städtische Tracht teilweise nur noch in den Dörfern.

deutschen Handwerker hier in noch geringerem Maſse als im Westen dem Fabriksbetriebe gewachsen waren. Dazu kam die Vernachlässigung durch die Regierung und die Sperrung der rumänischen Grenze. Trotzdem ist der sächsische Gewerbestand, weil er seinen Nachwuchs vorwiegend der städtischen Bevölkerung entnimmt, noch immer der tüchtigste im Lande. Auch macht sich das Bestreben bemerkbar, ihn durch Gewerbeschulen und Gewerbevereine zu heben. Die sächsische Hausindustrie ist nicht zu unterschätzen; die Tucherzeugung in Heltau hat so sehr an Ausdehnung gewonnen, daſs sie längst den Rahmen der Hausindustrie überschritten hat. Auch in Kronstadt hat die Tuchindustrie einen groſsen Aufschwung genommen. Ebenso war in Ungarn das Gewerbe und die allerdings bescheidene Industrie bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts völlig deutsch [1]. L. Kossuth bezeugt 1842 dies selbst; gerade weil die Gewerbe und der Handel Ungarns damals noch ganz deutsch waren, bekämpfte er den Anschluſs an den deutschen Zollverein, „weil sonst unsere deutschen Städte, unsere deutsche Industrie, unser deutscher Handel nie und nimmer magyarisch würden“. Anderseits befürchtete Kossuth, daſs Massenmagyarisierung der Deutschen den Verfall des Gewerbes herbeiführen würde. Auf der ersten ungarischen Gewerbeausstellung in Pest (1842) hatten von 80 Auszeichnungen die Deutschen 50 erhalten [2]. Noch um 1865 wurde festgestellt, daſs in Ungarn die Gewerbe sich nur dort im entschieden guten oder doch leidlichen Zustand befanden, „wo der Deutsche seinen Fuſs als Städtegründer setzte“. Hinzugefügt muſs werden, daſs auch die Ansiedlungen in Südungarn für den Aufschwung der Gewerbe von gröſster Bedeutung waren. Um zu zeigen, wie viele Gewerbsleute sich in den Neu-

---

1) Ein altes Industriegebiet wie Siebenbürgen war die Zips. Hier wurde noch im 19. Jahrhundert besonders viel Leinwand hergestellt.

2) Zu den früher fast nur von Deutschen betriebenen Gewerben gehörte auch die „Kaffeesiederei“. Erwähnt mag werden, daſs um 1800 Sebastian Tuschl in Pest ein Kaffeehaus mit Restaurationssälen geschaffen hatte, das damals in ganz Mitteleuropa seinesgleichen suchte. Die Reisenden bewunderten es überaus; zu ihnen gehörte auch der Dichter Arndt, der unter anderem berichtet, daſs alles Service aus echtem Silber war und alle Aufwärter in Schuhen und Strümpfen gingen; 30 Zeitschriften lagen auf.

ansiedlungen einfanden, genügt es, jene zu nennen, die an der 1810 von der Gemeinde Neu-Szivácz (Bács) mit einem Kostenaufwand von 17000 Gulden erbauten Kirche mitgearbeitet haben: Maurermeister Franz Gfeller, Kupferschmiedemeister Josef Kargel und der Vergolder Franz Hainisch, sämtlich aus Zombor; Zimmermeister Josef Aigler aus Kula; die Tischlermeister Christian Bartel und Kaspar Schäfer, Schmiedemeister (auch Schlosser) Wilhelm Küffer aus Neu-Szivácz; Tischlermeister (für Kanzel und Altar) Heinrich Häuser aus Apatin; in diesem Orte baute Kaspar Fischer auch die Orgel, die „einzig in ihrer Art“ war; die Glaserarbeit stellte Glasermeister Georg Walther aus Alt-Becse (Óbecse), endlich die Lackierung und Vergoldung Friedrich Birnbaum aus Kissztapár her. Aufserdem erfahren wir, dafs der Apatiner Buchbinder Paul Gottlieb auch den Neudruck des 1784 in Mannheim erschienenen Gesangbuches für die Ansiedler in Neu-Szivácz besorgte, damit sie einen „herzübereinstimmenden“ Gottesdienst halten könnten. Da nämlich die Ansiedler aus verschiedenen Gegenden gekommen waren, hatten sie auch verschiedene Gesangbücher mitgebracht, deren Verwendung beim Gottesdienste sich störend bemerkbar machte. So hatte auch in Südungarn deutsches Gewerbe rasch Eingang gefunden. Erwähnt mag noch werden, dafs der steierische Holzschläger Matthias Hammer in Steierdorf (Banat) 1790 die ersten Steinkohlen hier entdeckte; jetzt ist der Ort ein wichtiger Sitz der Steinkohlengewinnung. Den Bergbau haben überhaupt im Banat, ebenso wie im übrigen Ungarn und Siebenbürgen, besonders die Deutschen gefördert. Bekannt ist, dafs viel reichsdeutsches Kapital im Industrie- und Bergwerksbetrieb in Ungarn angelegt ist. Die Vermehrung wäre zur Hebung des Deutschtums sehr zu wünschen, nur müfsten die Unternehmer auch die völkischen Interessen im Auge behalten. Indessen wagen die deutschen Industriellen kaum, sich zu ihrer Nation zu bekennen. Dies ist auch der Grund, weshalb wir so wenig über diese deutschen Unternehmungen wissen. Die offiziellen Darstellungen vermeiden selbstverständlich alle darauf bezüglichen Angaben.

Von denselben mifslichen Verhältnissen wie das deutsche Gewerbe wurde auch der Handel beeinflufst. Wie sehr der einst blühende Handelsfleifs der siebenbürger Sachsen infolge der ge-

änderten Handelsverhältnisse [1]) und der steten Unruhen gesunken war, ist aus einem Berichte von 1781 zu ersehen. Danach hatten die Sachsen infolge der durch die mifslichen Verhältnisse „entstandenen Feigheit“ den Handel mit der Türkei, Walachei und Moldau fast völlig aufgegeben; Griechen und Walachen kauften um billiges Geld dem sächsischen Handwerker seine Erzeugnisse ab und führten sie aus. Zahlreiche Kaufleute in den alten Handelsstädten Hermannstadt und Kronstadt wurden zahlungsunfähig. Bemerkenswert ist aber, dafs die ersten Versuche, die untere Donau und den Altflufs zu Handelszwecken zu befahren, von Deutschen unternommen wurden. Im Jahre 1784 hat Ignaz Pürkher, Grofskaufmann aus Hermannstadt, von Rothenturmpafs auf der Aluta Waren bis Galatz verschickt. Die untere Donau bis ins Schwarze Meer befuhren damals auch Willeshofen und Taufferer, ferner der Karlstädter Kaufmann Valentin Gollner, der 1786 in Semlin den schönsten Banater Weizen verfrachtete. Diese Versuche blieben zunächst ganz vereinzelt. Grofse Befürchtungen vor der Konkurrenz des Westens erregte in Siebenbürgen die am Anfang der dreifsiger Jahre des 19. Jahrhunderts erfolgte Schiffbarmachung der Donau und die Eröffnung der Donaumündung für den Welthandel; dazu kam, dafs sich in der Walachei und Moldau allmählich Gewerbetätigkeit zu entwickeln begann. Aber gerade diese Umstände wirkten auch anregend. Während der ganze Geldumsatz der siebenbürgischen Einfuhr und Ausfuhr um 1790 blofs etwa 2 100 000 fl. betrug, hatte er 1842 bereits 5 723 000 fl. erreicht und stieg im folgenden Jahre schon auf 6 144 000 fl. Freilich war, wie das Gewerbe, auch der Handel zum Teil in fremde Hände gelangt. So waren in Kronstadt 1844 nur 21 sächsische und 118 rumänische Kaufleute, die aus Bukarest kamen, tätig. Seither hat sich die Zahl der nichtdeutschen Kaufleute, zu denen besonders Armenier und Juden zählen, stark vermehrt. Ihrem Spekulationsgeiste ist der deutsche Kaufmann nicht gewachsen. Ganz ähnlich entwickelten sich die Verhältnisse in Ungarn. Schon oben ist bemerkt worden, dafs noch um 1840 der Handel fast ganz in deutschen Händen lag. Seither hat sich das

1) Vgl. Bd. II, S. 335.

Verhältnis sehr zu ungunsten der Deutschen geändert. Eine genauere Berechnung des heutigen Anteils der Deutschen am ungarischen Handelsbetrieb ist nicht möglich, weil die nötigen statistischen Erhebungen fehlen.

Wie die ungarische Industrie und der ungarische Handel deutschen Ursprungs sind, so verraten sich auch jetzt noch die meisten Städte als deutsche Gründungen. Wo die Häuser eng zusammenstehen, ununterbrochene Häuserreihen bilden, oft auch noch ihre Giebelseite zur Strafse kehren, dort standen in der Regel Niederlassungen deutscher Gäste oder es liegt mindestens Nachahmung deutscher Bauart vor. Die magyarischen Städte haben dorfähnlichen Charakter. Übrigens hat sich das oberdeutsche Haus auch die Dörfer in fast ganz Ungarn erobert.

In der geistigen Kultur waren die Deutschen noch bis vor wenigen Jahrzehnten tonangebend; jetzt haben sie freilich die führende Rolle verloren, doch stehen sie in der allgemeinen Volksbildung noch immer obenan.

Im Schulwesen übertreffen die siebenbürger Sachsen alle anderen deutschen und nichtdeutschen Bewohner Ungarns. Die alte Liebe zu ihren konfessionellen Schulen ist nie erloschen. Ein rührender Beweis dafür ist das Spendenverzeichnis zugunsten ihres evangelischen Gymnasiums in Hermannstadt von 1757 bis 1850. Getreide und Geld, liegende Güter, Münzen, Skelette, Präparate, Bücher, Instrumente u. dgl. wurden geschenkt. Die Spenden wurden für die Erhaltung des Schulhauses, zur Unterstützung armer Studenten, zur Zahlung des Schulgeldes für arme Waisen, zu Geschenken für Lehrer und Schüler, Schulprämien u. dgl. bestimmt. Ein Joh. Jakob Müller schenkte 1790 dem Gymnasium „40 Speziesdukaten aus Erkenntlichkeit für die auf dem Gymnasium genossenen Lehren“. Die Sparkasse in Hermannstadt widmete 1844 bis 1883 für Schulzwecke dieser Stadt 85472 fl. Ebenso förderte die Nationsuniversität das Schulwesen. In allerjüngster Zeit ist der reiche Ertrag der sogenannten „Siebenrichterwälder“ für Schulzwecke gewidmet worden; freilich mufs ein Teil des Einkommens magyarischen und rumänischen Kulturzwecken überlassen werden. Die siebenbürger Sachsen unterhalten gegenwärtig 7 Gymnasien, 2 Realschulen, 1 theologisch-pädagogisches Seminar für Lehrer,

1 Lehrerinnenseminar, 9 Gewerbeschulen, 2 Handelslehrlingsschulen und 3 Ackerbauschulen, ferner 299 Volksschulen und höhere Volkschulen, endlich 7 Bürgerschulen. Wie man sieht, ist die Anzahl im Verhältnis zur Seelenzahl der siebenbürger Sachsen (jetzt etwa 230000) recht stattlich! Dazu kommt, dafs die Schulpflicht bei ihnen sehr ausgedehnt ist, denn sie umfafst bei Knaben das 6. bis 15., bei Mädchen das 6. bis 14. Lebensjahr. Und dies nicht nur so, dafs die Kinder vom vollendeten 12. Lebensjahre blofs etwa eine Wiederholungsschule besuchen, vielmehr müssen sie die ganze Zeit in die Alltagsschule gehen, in der wöchentlich während der Wintermonate 30, während der Sommermonate 12 Stunden Unterricht erteilt werden. Die Fortbildungsschulen haben die konfirmierten Burschen mindestens bis zum 19., die konfirmierten Mädchen bis zum 18. Lebensjahre zu besuchen. In Ungarn legen vor allem die Zipser, entsprechend ihren alten Traditionen, Wert auf höhere Schulbildung; die Leutschauer Mädchenschule galt am Anfang des 19. Jahrhunderts als Musterschule für die Protestanten Ungarns, und das Gymnasium daselbst gehörte zu den besten des Landes. Auch gegenwärtig sind die Zipser sehr bildungsfreundlich; doch ist ihr Schulwesen magyarisiert. In Westungarn waren die deutschen Schulen schon vor einem Jahrhundert schlecht; gegenwärtig sind sie völlig magyarisiert. In Budapest ist das Schulwesen soweit magyarisiert worden, dafs es hier 1910 keine deutsche Volksschule gab; erst in dem genannten Jahre wurde die Errichtung einer deutschen Privatelementarschule unter überaus engherzigen Bedingungen bewilligt. Die Neuansiedler in Südungarn haben entsprechend der heimatlichen Gewohnheit sofort nach der Niederlassung für Errichtung von Schulen gesorgt, wobei sie von der Regierung unterstützt wurden. Zum Lehrer wurde oft ein Ansiedler bestellt. Diese konfessionellen deutschen Gemeindeschulen haben aber die Schwaben zumeist der Regierung ausgeliefert, worauf sie magyarisiert wurden. In Kroatien-Slawonien gibt es über 30 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache; aber in Esseg besteht z. B. keine deutsche Schule, obwohl sich hier im Jahre 1909 von den 2051 Schülern 952 zur deutschen und nur 800 zur kroatischen Muttersprache bekannten. Von deutschen Mittelschulen ist in ganz Ungarn und Kroatien keine einzige vorhanden.

Der durchschnittliche Bildungsgrad ist in Ungarn bei den Deutschen der höchste. Nach der Zählung von 1900 sind unter 1000 im Durchschnitt 629 schriftkundig, in Siebenbürgen sogar 678 [1]); unter den Magyaren können dagegen von 1000 nur 537 schreiben. Ähnliche günstige Ergebnisse förderten auch schon frühere Erhebungen zutage. Auch die „ungarische Staatssprache“ lernen die Deutschen in Siebenbürgen und Ungarn williger als alle anderen Nichtmagyaren. Gelehrte Berufe ergreifen besonders häufig die Siebenbürger und Zipser Deutschen. Ihnen ist vor allem die Förderung der Forschungen über die ungarländische Deutschkunde zu verdanken, wie dies auch die im vorliegenden Werke benutzte und zitierte Literatur beweist; aber auch auf anderen Wissensgebieten haben sie tüchtige Vertreter aufzuweisen. Weniger bedeutend ist die gelehrte Bildung bei den anderen Deutschen Ungarns, doch gingen auch aus ihnen bedeutende Männer hervor. Dichter und Künstler — man denke nur an Lenau und Liszt — fehlen ebenfalls nicht unter den siebenbürgischen und ungarländischen Deutschen; auch namhafte Künstlerinnen entstammen ihnen. Am bedeutendsten ist die Literatur der siebenbürger Sachsen; sie hat sich insbesondere seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts rasch entwickelt; seither ist eine starke Wandlung im Leben des sächsischen Volkes vor sich gegangen, nachdem schon seit dem Ende des 18. Jahrhunderts wenigstens in Hermannstadt ein modernerer Zug sich geltend gemacht hatte. Seit etwa zwei Menschenaltern haben die Sachsen überaus viel geleistet, was um so mehr anerkannt werden mufs, als die Forscher und Schriftsteller zumeist Mittelschulprofessoren, Pfarrer, Lehrer und Beamte sind, also die literarischen Arbeiten im „Nebenamte“ geleistet werden. Überaus wohltuend berührt im Schrifttum der Sachsen der sittliche Ernst und die Liebe zu ihrem Volkstum. Zu den hervorragendsten Förderern der Wissenschaft und Kunst in Siebenbürgen zählte Samuel Freiherr v. Brukenthal (geb. 1721 zu Leschkirch); das von ihm errichtete Museum und die

1) Bei der Berechnung werden die noch nicht schulpflichtigen Kinder mitgezählt; die Verhältnisse stehen also wesentlich günstiger, als es bei flüchtiger Betrachtung aussieht.

damit verbundene Gemäldegalerie und Bibliothek bilden noch gegenwärtig den Stolz der Hermannstädter. Erwähnt sei ferner, dafs das 1896 in der ungarischen Akademie der Wissenschaften eröffnete Goethe-Zimmer, das 4000 auf Goethe bezügliche Stücke enthält, aus der Sammlung des Ofenpester Bürgers Balthasar Elischer hervorging; deshalb hat es nicht geringen Neid der magyarischen Chauvinisten erregt. Unter den Schwaben Südungarns beginnt sich in neuerer Zeit das geistige Leben verheifsungsvoll zu regen; grofse Verdienste erwarb sich darum Adam Müller-Guttenbrunn.

Ebenso kurz mufs hier die Geschichte des deutschen Theaters behandelt werden. In Siebenbürgen wurden um 1750 neben den Jesuitenkomödien Harlekinstücke aufgeführt. Bald darauf machte sich aber bereits die von der Neuberin, der Leipziger Freundin Lessings, ausgehende Richtung bemerkbar: 1761 führte die „Komödiantin" Podenbergerin mit ihren „teutschen Schauspielern" in Hermannstadt „gut gelernte Stücke, wie auch kleine Ballets" auf. Welchen Aufschwung in der nächsten Zeit das Schauspielwesen hier nahm, geht daraus hervor, dafs 1778 (also acht Jahre nach Lessings Hamburger Dramaturgie) ein „Theatralisches Wochenblatt" entstanden ist. Die Schlagworte seiner Mitarbeiter sind: Moral, deutsch-nationale Kunst und Geschmack; sie kämpfen gegen die Hanswurststücke und empfehlen den Schauspielern Nachahmung der Natur und das Studium grofser Meister. Man ersieht schon daraus, dafs es sich um eine Nachahmung der Hamburger Dramaturgie handelte; wie diese ging auch das Wochenblatt wegen des Unverstandes der Leser bald wieder ein. Damals wurden in Hermannstadt Stücke von Lessing, Goldoni, Garrick, Shakespeare, Iffland, Schröder, Schiller, Goethe und Molière aufgeführt; auch eine dramatische Bearbeitung von Goethes „Leiden des jungen Werther" wird erwähnt. Mozarts Oper „Entführung aus dem Serail" wurde in Hermannstadt 1792 gegeben. In Kronstadt führte man gegen das Ende des 18. Jahrhunderts Stücke von Goethe und Schiller auf. Auch Liebhabertheater gab es in Hermannstadt, Klausenburg und Karlsburg. In Ungarn und Kroatien traten im 18. Jahrhundert deutsche Schauspieler in Temesvár, Szegedin, Pest, Raab, Tyrnau, Prefsburg, Ödenburg, Kaschau und

Esseg auf; im 19. Jahrhundert auch in Leutschau, Igló-Neudorf, Oravitza, Eperies, Fünfkirchen, Raab, Grofs-Becskerek, Arad, Lugos, Versecz, Pancsova u. a. In die kleineren Orte kamen „freilich meist verunglückte Schauspielgesellschaften“. Das deutsche Theater in Prefsburg läfst sich bis etwa 1730 zurückverfolgen; 1785 wurden hier aufgeführt: Nathan der Weise, Kabale und Liebe, Die Räuber, Ifflands Mündel und Jäger, Clavigo und Shakespearesche Stücke. Um 1800 erschien als Beilage der „Prefsburger Zeitung“ eine „Allgemeine Theaterzeitung“. In Budapest hatten die deutschen Theater von 1770 bis 1837 die Alleinherrschaft. Sie machten in dieser Zeit die Hauptstadt beinahe mit allen Bühnengröfsen Wiens und Deutschlands bekannt. Um 1800 gab es hier 3 bis 4 deutsche Theater; 1808 bis 1812 wurde von deutschen Bauleuten das neue grofse Theater in Pest erbaut, damals das gröfste der Welt. Die Bühne hatte 90 Fufs (30 m) Tiefe und konnte zu Einzügen mit Pferden und Wagen noch um 114 Fufs nach rückwärts verlängert werden; es hatte für 3000 Zuschauer Raum. Gleich in den ersten Jahren des Bestandes dieser Bühne fanden Körner, Schiller, Goethe, Lessing und Shakespeare auf ihr eine Heimstätte. Neben den deutschen Theatern rang sich das magyarische nur langsam empor; anfangs wollte niemand von ihm etwas wissen, da es ohnehin nur „ein deutsches Theater in ungarischer Sprache war“. Über die Verfolgung der deutschen Theater in Ungarn seit 1880 wird an anderer Stelle berichtet werden. Seit 1889 gibt es in Pest kein deutsches Theater mehr. In Ungarn besitzen nur noch Prefsburg und Ödenburg solche Anstalten. In Esseg soll ein neues Theater gebaut werden, in dem abwechselnd deutsche und kroatische Vorstellungen stattfinden werden. In dem gegenwärtig hier bestehenden kroatischen Nationaltheater, das aber zumeist von deutschem Geld erhalten wird, fand bisher eine deutsche Nachspielzeit statt; in letzter Zeit versuchen kroatische Heifssporne dies zu verhindern. In Siebenbürgen besitzt Hermannstadt ein städtisches deutsches Theater, dessen Truppe während des Sommers auch in Kronstadt, Bistritz, Schäfsburg, Mediasch, Sächsisch-Reen, Mühlbach, Broos, Reps und Agnetheln zeitweilig spielt.

Auch das ältere Zeitungswesen war in Ungarn deutsch. Vor

1780 gab es hier nur lateinische und deutsche Zeitungen. In deutscher Sprache erschien der „Ofnerische Merkurius“ im dritten und vierten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts. Die „Prefsburger Zeitung“ besteht von 1764 bis jetzt. Von grofsem Einflufs war das „Prefsburger Ungar. Magazin“ (1781—1787) und dessen Fortsetzung „Neues Ungar. Magazin“ (1787—1791). Erst seit 1780 entwickelte sich die ungarische Journalistik, und zwar anfangs „langsam und sprunghaft“. Noch um 1860 konnte sich z. B. in Kaschau ein Blatt in magyarischer Sprache nicht erhalten. In Siebenbürgen erschienen gegen Ende des 18. Jahrhunderts aufser der schon genannten Theaterzeitung vor allem 1790 die „Siebenbürgische Quartalschrift“, die erste wissenschaftliche Zeitschrift des Landes, die der tüchtige Buchhändler M. Hochmeister verlegte. Um diese Zeit wird auch der „Hermannstädter Kriegsbote“ oder „Siebenbürger Bote“ erwähnt. Die siebenbürger Sachsen besitzen gegenwärtig eine grofse Anzahl Tagesblätter und wissenschaftliche Zeitschriften; seit einigen Jahren erscheint in Kronstadt sogar eine grofse moderne Halbmonatsschrift „Die Karpathen“. In Ungarn ist die Zahl der deutschgeschriebenen Blätter grofs; aber nur wenige dienen der deutschen Sache. Auch in Kroatien gibt es deutsche Blätter deutschfreundlicher und deutschfeindlicher Richtung. Die Banater Schwaben besitzen seit 1909 eine schöngeistige Monatsschrift „Auf der Heide“. Auch auf die reiche deutsche Kalenderliteratur mufs verwiesen werden. Darin gingen die siebenbürger Sachsen den anderen Deutschen Ungarns stets voran; sie besitzen seit dem 17. Jahrhundert Kalender, die eine Fülle interessanter Aufsätze enthalten.

Ebenso bezeichnend für das rege Interesse der Deutschen an wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bestrebungen wie am gesellschaftlichen Leben ist ihre grofse Anzahl von Vereinen. Für Ungarn steht seit lange fest, dafs in den von Sachsen (und den Deutschen überhaupt) bewohnten Komitaten das Vereinswesen am besten gedeiht, insbesondere blühen daselbst landwirtschaftliche, industrielle und Bildungsvereine und Gesellschaften. Ansätze zur Vereinsbildung bestanden schon im 18. Jahrhundert; infolge der wirtschaftlichen und nationalen Bestrebungen hat sich die Bedeutung und Zahl der Vereine in letzterer Zeit stark vermehrt. Der

älteste sächsische Verein ist der 1841 ins Leben getretene Verein für siebenbürgische Landeskunde, dessen Schriften in diesem Werke oft zitiert werden. Daran schliefst sich eine lange Reihe wissenschaftlicher und wirtschaftlicher, politischer und geselliger Vereine an. In Südungarn blühen gegenwärtig als starke Stütze völkischer Bestrebungen vor allem die Turn- und Gesangsvereine auf. Bemerkt sei noch, dafs die in Wien, Graz und Berlin weilenden ungarländischen Deutschen sich ebenfalls zu Vereinen zusammenschliefsen. Es gilt dies insbesondere von den siebenbürger Sachsen und den südungarischen Schwaben [1]).

Nur kurz kann hier noch erwähnt werden, dafs deutsche Beamte und Militärs sich zahlreiche Verdienste um Ungarn erworben haben. Viele von ihnen wurden daher durch die Verleihung des ungarischen Indigenats ausgezeichnet.

Die hohe Bedeutung der Deutschen für die Kultur in Ungarn wird wenigstens zuweilen auch von den Magyaren anerkannt. So sagt A. v. Szirmay (1804): „Den Deutschen in Ungarn verdanken die meisten adeligen Familien ihre Abkunft, die königl. Städte ihre Begründung, die freien Künste und Gewerbe ihren Fortschritt. Darum heifst der (neuere) Magyare den Deutschen seinen Schwager, weil wir sie schon seit neun Jahrhunderten unter uns haben. Sie kamen nicht mit Gewalt in unsere Mitte, sondern wir beriefen sie und teilten mit ihnen brüderlich unsere Äcker, unsere Weingärten und unser Brod, wir gaben ihnen unsere Töchter und sie uns die ihrigen, und unser Blut ward mit dem ihrigen vermischt. Die Deutschen sind daher unsere Verwandten, Mitbürger und Tischgenossen.“ In einem in der „Ungar. Revue“ 1881 erschienenen Artikel heifst es: „Aber der deutsche Geist zieht wie ein mächtiger Sturm durch das Gefilde unseres intellektuellen Schaffens und Hervorbringens, er dringt durch tausend unsichtbare Kanäle in die Häuser und in die Institutionen, er sickert durch die Fundamente

1) Diese Vereine sind: Vereinigung deutscher Hochschüler aus den Ländern der ungarischen Krone in Wien; Verein der siebenbürgisch-sächsischen Hochschüler in Wien; Verein der Siebenbürger Sachsen in Wien; Sektion Wien des Siebenbürger Karpathenvereins; Verein der Banater Schwaben in Wien; Verein der Bacskaer (Wien); Verein der Siebenbürger Sachsen in Graz; Verein der Deutschen aus Ungarn (früher Verein der Siebenbürger Sachsen) in Berlin.

unseres Staatswesens, er beeinflufst leider nur zu ausschliefslich und zu einseitig alles wissenschaftliche Weben und Walten, seinen Manifestationen begegnen wir auf den Höhen der Volkserziehung und in den Niederungen gesellschaftlicher Verirrungen, auf den Gipfeln der Staatskunst und in den Thälern des Handels und Gewerbefleifses, und solche Macht übt er noch heutigen Tages aus, dafs selbst die krankhaften Zustände des deutschen Volkes sich zu uns herüberpflanzen, wie Epidemien, gegen welche es keinen menschlichen Schutz gibt.“ In einem jüngst erschienenen Werke über den Bács-Bodroger Komitat führt der magyarische Verfasser, S. Borovszky, über die deutsche Bevölkerung des Komitates folgendes wörtlich aus: „Viel Schönes hören wir von den durch Maria Theresia und Joseph II. angesiedelten, aus dem Reiche stammenden Schwaben. Durch eisernen Fleifs haben sie sich Wohlstand errungen; Grofs und Klein liest und schreibt; es gibt kaum ein Haus, wo man im Winter nicht eine Zeitung, eine landwirtschaftliche Zeitschrift hielte. Fast in jedem Hause finden wir eine kleine Bibliothek. Ihr Temperament, ihre Denkweise, ihre Lebensauffassung unterscheidet sich scharf von den sie umgebenden Nationalitäten, und dadurch ist es ihnen gelungen, sich eine geistige Selbständigkeit zu erkämpfen, deren sie sich allezeit lebhaft bewufst sind. Der Schwabe ist überaus praktisch gesinnt; er träumt nicht, politisiert nicht, greift jede nützliche Neuerung auf, prüft aber Alles vorsichtig, ehe er sich in ein Unternehmen einläfst. Doch hat er auch Fehler, die seiner Liebe zum Gelde und zu den weltlichen Freuden entspringen. Auf Ehrenhaftigkeit hält er grofse Stücke; er ist geraden Charakters, gerechtigkeitsliebend, in Gesellschaft jedoch eckig, eintönig. Der religiöse und der Familiensinn ist bei ihm stark entwickelt. Die von den Deutschen bewohnten Ortschaften sind die schönsten, reinsten und wohlhabendsten. Im Übrigen sind sie gute Patrioten, die ihre Kinder ebenso in diesem Sinne erziehen; so manche ihrer Söhne nehmen im Komitate und im Lande hervorragende Stellungen ein.“ In Erinnerung ist noch die Rede, welche der Unterrichtsminister Graf Apponyi am 18. September 1908 beim Friedenskongrefs in Berlin über die Bedeutung deutscher Sprache und Kultur hielt. „Fiele einmal“, sagte er unter anderem, „ein Mann aus dem Monde auf die Erde, und

würde er mich fragen, welche Sprache er lernen soll, um das Kulturleben der Menschen auf unserem Planeten zu begreifen, so würde ich ihm unbedingt das Studium der deutschen Sprache empfehlen."

Deshalb pflegen die magyarischen Mittelschulen auch die deutsche Sprache. Vor 30 Jahren bekannten sich nur 19,60 Prozent der Mittelschüler zur deutschen Muttersprache, aber 45,15 Prozent sprachen deutsch, also unter 1000 Schülern stets 451,5. Gegenwärtig dürfte infolge des Überhandnehmens des „Patriotismus" die Zahl der Deutschsprechenden sich verringert haben; doch kennen die deutsche Sprache gewifs viele, die unter Umständen sie verleugnen oder auch beschimpfen. Erst 1909 ist wieder die Notwendigkeit der deutschen Vermittlungssprache durch den Beschlufs des Ofenpester Magistrates bestätigt worden, der hundert deutsche Lehrkurse für je 25 Schüler errichtet hat. Übrigens werden auch deutsche Gouvernanten und Privatlehrer in Ungarn gesucht. Magyarische Schriftsteller und Gelehrte beherrschen zumeist die deutsche Sprache. Ebenso ist es bekannt, dafs die magyarische Literatur durch zahlreiche Übersetzungen deutscher Werke bereichert wird. Dies verhindert freilich nicht, dafs man aus politischen Absichten den Deutschen die Erlernung ihrer Muttersprache erschwert, um sie zu Magyaren zu machen.

Je wertvoller die Kulturarbeit der Deutschen in Ungarn ist, um so eifriger wird ihre Magyarisierung betrieben; so soll wenigstens der Anschein erweckt werden, dafs die Magyaren die Entwicklung und den Fortschritt fördern.

Politische Stellung der Deutschen in Ungarn. Deutschenhafs und deutschvölkische Bewegung.

Die Deutschen haben seit jeher in Ungarn einen harten Stand gehabt. Abgesehen von anderen verderblichen Umständen, hat vor allem die feindliche Haltung der Magyaren ihnen schweren Schaden zugefügt. In Nord- und Südungarn gesellten sich zu diesen Gegnern die Slawen, in Siebenbürgen die Rumänen. Verhängnisvoll war es, dafs die Reformen jenes Kaisers, der für die deutschen Ansiedlungen so Bedeutendes getan hatte, gleichzeitig den grimmigsten Hafs gegen das Deutschtum erweckten und den nationalen

Widerstand der Ungarn stärker denn je wachriefen. So wurden die besten Absichten Josephs II. auch in dieser Beziehung von schwerem Mifsgeschick verfolgt.

In Nordungarn hatte sich die Lage der Deutschen seit Jahrhunderten überaus traurig gestaltet. Kriegsnot und religiöse Verfolgungen, Uneinigkeit zwischen den Deutschen und das Eindringen fremder Elemente, wachsende Not und infolge dessen sinkende Widerstandskraft des Deutschtums haben hier seit Jahrhunderten vereint den Niedergang des einst blühenden Ansiedlungsgebietes bewirkt. Sein Hauptkern, der grofse Bund der Zipser Städte, war durch die Verpfändung von dreizehn Orten an Polen schon 1412 geschwächt worden. Die bei Ungarn verbliebenen elf Städte gerieten in Abhängigkeit vom Komitat und dessen Adel; so verloren sie ihre Freiheit und ihren Wohlstand. Aus den einstigen reichen Freistädten wurden zumeist arme Dörfer, die Adligen gehörten; Magyarisierung und vor allem Slawisierung griff rasch um sich. Auch die an Polen gelangten Orte hatten manches Mifsgeschick zu erdulden; doch war im allgemeinen ihre Lage besser als jene der bei Ungarn verbliebenen. Sowohl die Wahrung ihrer Freiheiten als auch ihres Glaubens ward ihnen hier leichter; auch ihr Wohlstand war höher als jener der Bruderorte. Es war daher für diese Orte durchaus kein Glück, dafs sie 1772 nach der ersten Teilung Polens von Kaiserin Maria Theresia wieder mit Ungarn verbunden wurden. Zwar erklärte die Kaiserin mit ihrer Resolution vom 4. November 1774 diese dreizehn Städte samt den mit ihnen verbundenen drei Burgherrschaften zu einem besonderen „Körper der sechzehn Städte“ und verlieh ihnen nebst einem Wappen ein ziemlich bedeutendes Mafs von Selbstverwaltung; sie behielten ihren Grafen, ihre Senatoren (engeren Rat) sowie ihren äufseren Rat, unterstanden unmittelbar der königlichen Statthalterei und waren von der Komitatsgewalt unabhängig. Diese Freiheiten kamen aber den anderen Zipser Städten nicht zugute; sie waren unfrei geworden und konnten, wie ein älterer Schriftsteller treffend sagt, „selbst nach der Revindizierung der dreizehn Städte kein Herz fassen und für die Behauptung ihrer alten Freiheiten etwas tun“. In dem damaligen „Gemische“ der Bevölkerung dieser Orte spielten die Nachkommen der alten tüchtigen „Gäste“ nur eine unter-

geordnete Rolle; nur Leutschau und Käsmark hatten noch ihr Deutschtum gewahrt und genossen die Rechte königlicher Freistädte. Das Hauptbestreben des Komitats war es, auch die revindizierten Städte ihrer Freiheiten zu berauben. Der Landtag von 1802 wälzte neue Steuern auf sie und nur mit Mühe wurde damals verhindert, dafs sie nicht unter die Herrschaft des Komitats fielen. Ein warmfühlender Deutscher, der einige Jahre später die Zips bereiste, fafst seine Anschauungen über die Lage daselbst in dem Ratschlage zusammen: „Jetzt mufs die ganze Aufmerksamkeit der Zipser dahin gerichtet sein, zu sorgen, dafs sie der Komitatsjurisdiktion nicht einverleibt werden!" Für die Dauer ist dies aber nicht gelungen. Die durch die österreichische Regierung veranlafste deutsche Zuwanderung war zu gering, als dafs sie das Deutschtum genügend gestärkt hätte. Dazu wanderten infolge der Arbeitsnot viele Bergleute aus [1]). Trotzdem begann in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts das Deutschtum wieder etwas aufzuleben. Es gelang sogar einigen Orten, sich von ihren Grundherrschaften loszukaufen. So hat Gölnitz 1838 beim Familienkonkurse der Csáky das Eigentum seines Gebiets mit Wäldern und Regalien erstanden und ist 1844 zur privilegierten freien Bergstadt mit den Rechten einer Freistadt geworden. Ebenso kauften sich Einsiedel und Wagendrüssel los und andere erleichterten wenigstens ihre Stellung. Der Ausgleich von 1867 lieferte aber die Zips sowie die anderen Deutschen Ungarns den Magyaren aus. Im selbständigen magyarischen Staate gab es für die Sonderorganisationen der Deutschen keinen Raum mehr. Mit dem 1. Oktober 1876 hörte der Körper der sechzehn Städte zu bestehen auf; er wurde dem Komitate einverleibt. Dadurch kam das Bürgertum in volle Abhängigkeit vom Adel, der im Komitate die Übermacht hatte. Auch die bisherigen Freistädte Käsmark und Leutschau verloren ihre Freiheiten und gerieten unter die Komitatsjurisdiktion. Diese Mafsregeln drückten das Zipser Deutschtum überaus nieder.

Ähnlich wie in der Zips entwickelten sich die Verhältnisse in den anderen Teilen Nordungarns, insbesondere in den Bergstädten. Auch hier hat die Slawisierung, zum Teil auch die Magyarisie-

---

1) Vgl. oben S. 277.

rung grofse Fortschritte gemacht. Wie weit es damit schon gegen das Ende des 18. Jahrhunderts gekommen war, geht aus folgenden Bemerkungen Korabinskys in seinem Geographisch-historischen Lexikon von Ungarn (1786) hervor: „Die deutsche Sprache wird hier (in Neusohl) recht rein, aber unter 5000 Einwohnern nur von wenigen der Vornehmeren gesprochen; im täglichen Umgange mufs man sich wegen der Dienstboten aus den benachbarten Ortschaften der slawischen bedienen. Auch die Kinder der Deutschen, besonders das Frauenzimmer, dem doch diese schöne (deutsche) Sprache überaus wohl anstehet, lernen sie erst bei reiferen Jahren.“ Noch düsterer ist die Schilderung, welche zwei Jahrzehnte später der mit den Verhältnissen in Nordungarn gut vertraute Bredetzky entwirft. Er fand das Deutsche in Neusohl schon „voll falscher Akzentuierung und slowakischer Konstruktionen: in zweimal zwanzig Jahren wird man, denk ich, von der deutschen Sprache in Neusohl weder Gutes noch Böses sagen.“ Er führt diese traurige Erscheinung sowohl in den Bergstädten als auch in der Zips auf die zahlreichen slawischen Dienstboten zurück; auch liebe der Deutsche seine Sprache zu wenig. „Dazu kommt sein Streben nach gemeinnützigen Kenntnissen, wozu besonders auch die Sprachen gehören. Wenigen Familien zulieb hält man oft an ganz deutschen Orten slowakischen oder ungarischen Gottesdienst: in kurzem mufs die Muttergemeinde der Tochter weichen.“ Schliefslich betont Bredetzky die Vernachlässigung der deutschen Sprache in den Schulen gegenüber der lateinischen: „Ewig Schande für zum Teil wohlhabende, angesehene Bürger in ungarischen Städten, wenn sie nicht zwei Zeilen richtig schreiben, wenn sie deshalb zu jeder Familienverhandlung sich fremder Hilfe bedienen müssen. Wozu nützt es solchen Menschen, wenn sie etwas Latein plappern?“ Was dieser Forscher scharfsichtig damals beobachtete, bildet noch heute die Krebsschäden des Deutschtums in Oberungarn. Insbesondere betonen auch neuere Berichte die Slawisierung durch die Dienstboten und die Festsetzung von slowakischen Dienstboten, Taglöhnern und Handwerkern in den deutschen Orten. Was Bredetzky über den Rückgang der deutschen Sprache vorausgesagt hat, ist leider zum grofsen Teil in Erfüllung gegangen. Heute stehen die Deutschen nur noch in Kremnitz an erster Stelle, in

anderen Orten (Schemnitz, Neusohl, Briesen) behaupten die Slowaken die erste, die Magyaren die zweite und die Deutschen erst die dritte Stelle; in noch anderen (Libethen, Königsberg, Rosenau u. a.) ist deutsches Leben ganz verschwunden. Die Freiheiten der Städte sind 1876 auch hier beseitigt worden: die Freistädte kamen unter die Gewalt des Komitats; nur Schemnitz behielt seine Selbständigkeit.

Auch im westlichen und mittleren Ungarn ist die Schwächung der deutschen Stellung stetig vor sich gegangen. Was 1730 der Geograph Bel über die Zuneigung der Prefsburger und anderer Deutschen zum Magyarentum bemerkt hat, verlor auch für die Folgezeit nicht seine Geltung; ohne Führer, ohne engere Verbindung miteinander waren diese Deutschen der Entnationalisierung ausgesetzt. Wenn das Deutschtum sich trotzdem hier besser als in Nordungarn erhalten hat, so ist dies teils auf den Einflufs der benachbarten deutsch-österreichischen Gebiete, teils auf die Einwanderung von neuen deutschen Ansiedlern zurückzuführen; doch sind auch von diesen viele schon magyarisiert [1]). Die Gründe für die geringe Widerstandskraft der westungarischen Deutschen hat schon Bredetzky, der unter ihnen gelebt hat, charakterisiert: „Übrigens findet man unter ihnen die nämliche Geschäftigkeit im Wein- und Ackerbau, das nämliche sorglose Hingeben in Rücksicht eines behaglichen Genusses, die nämliche Unbehilflichkeit und Schwerfälligkeit, über welche sich die Ausländer lustig machen. Zufrieden mit demjenigen Grade von Geistesbildung, den sie entweder ihren Eltern oder irgend jemand anderem zu verdanken haben, streben sie eben nicht so ungestüm nach den höheren Geistesgütern. Und läfst man ihnen ihr Gläschen Wein und ihr gut Stückchen Rindfleisch, so tun sie, was in ihren Kräften ist, um zusammenzuhalten, was ihre Vorfahren eingerichtet und Gott und ihre Obrigkeit angeordnet haben. Ein gutmütiges Volk, unter welchem man nur einige Zeit leben darf, um es recht lieb zu gewinnen.“ Auch die Schulverhältnisse liefsen viel zu wünschen übrig. Unter diesen Umständen konnte von völkischem Selbstgefühl keine Rede sein. Und so haben auch hier ohne allen

1) Vgl. oben S. 262.

Widerstand im Jahre 1876 die Freistädte Eisenstadt, Güns und Rust ihre alten Rechte verloren und wurden dem Komitate untergeordnet.

Die Deutschen in Südungarn spielten bis vor kurzem im politischen Leben Ungarns keine Rolle. Zum gröfsten Teile Neuansiedler, waren sie vor allem bedacht, ihre wirtschaftliche Stellung zu stärken; das gelang ihnen auch trefflich, denn sie wurden darin von den Magyaren nicht gestört. Politische Rechte und Freiheiten besafsen und beanspruchten diese Deutschen nicht, deshalb hatte ihre Entwicklung für das herrschende Volk kein Interesse. Die benachbarten Serben und Rumänen vermochten aber mit diesem lebenstrotzenden Bauernvolke weder auf wirtschaftlichem Gebiete in den Wettkampf zu treten, noch dessen völkische Stellung zu gefährden. Eine Vermischung der Deutschen mit diesen einheimischen Elementen verhinderte schon der verschiedene Glaube. So retteten die Schwaben ohne grofse Anstrengung ihre Vollkraft in die Stürme der Gegenwart hinüber.

Unter den geschilderten Umständen ist es begreiflich, dafs die Deutschen Ungarns an der politischen Entwicklung des Landes keinen Anteil nahmen. Im Landtag des vormärzlichen Ungarns hatten alle Städte nur eine Stimme; die Bürger wurden von den Ständen als „Fremdlinge“ gebrandmarkt. Dem andringenden Magyarentum boten sie höchstens passiven Widerstand; von einem zielbewufsten Auftreten war keine Rede. Vielmehr suchten viele Deutsche im magyarischen Lager ihr Heil, wozu die Abneigung gegen den Absolutismus der österreichischen Regierung und ihren Protestantenhafs nicht wenig beitrug. So kam es, dafs sich 1848/9 zahlreiche Deutsche der Revolution anschlossen; erst als der Gedanke der Trennung von Österreich aufkam, verlor die Bewegung ihre Sympathie. Man mochte doch das Gefühl haben, dafs sich in einem selbständigen Ungarn die Lage der Deutschen noch verschlechtern würde. Einige Erfahrungen mit der magyarischen Herrschaft hatten die Deutschen schon gemacht. Der alte Hafs bezeichnete sie oft genug als Bettler, hergelaufenes Volk, Eindringlinge, die vom Fette Ungarns zehren; selbst in der deutsch-ungarischen Grammatik von Táncsics konnte man unter den Übungssätzen lesen: „Wer ist Landsverräter? — der Deutsche, er nährt sich von den Einkünften

Ungarns." Die Landtagsgesetze von 1839/40 und 1843/4 proklamierten bereits das Magyarische als allgemeine Amts- und Unterrichtssprache. Selbst klugen Ungarn erschienen diese Maſsregeln als überstürzt und ungerecht; vor allem hat Graf Stefan Széchenyi, der „gröſste Ungar", schon 1842 seine Landsleute eindringend davor gewarnt.

Während sich die Deutschen Ungarns fast willenlos ihrem Schicksal ergaben, haben die Sachsen Siebenbürgens um ihre alten Rechte einen langen Kampf geführt. Ihre Schicksale nehmen daher unsere Aufmerksamkeit im besonderen Grade in Anspruch.

Zur Zeit Maria Theresias machte sich in Siebenbürgen die religiöse Unduldsamkeit und die einseitige Förderung der Katholiken gegenüber den Protestanten überaus fühlbar. Aus dem Gutachten des römisch-katholischen Bischofs von Siebenbürgen, Freiherrn Josef Bajtay, das er 1766 über die Mittel zur Förderung der katholischen Kirche erstattet hat, geht hervor, daſs man zu diesem Zwecke Konvertiten unter die Beamten, Hundertmänner usw. brachte; dabei fanden auch solche Männer Berücksichtigung, die zur Bekleidung gewisser Ämter „öfters die nötigen Fähigkeiten in der Tat nicht besitzen". Da die Sachsen zur Fernhaltung fremder Elemente eine hohe Bürgertaxe von 30 Dukaten eingeführt hatten, so sollte diese beseitigt werden, damit sich Katholiken unter ihnen niederlassen könnten. Auch wurde vorgeschlagen, die Amtsdauer der Königsrichter und Bürgermeister auf zwei Jahre zu beschränken, damit Katholiken leichter an ihre Stelle treten könnten; selbst der Königsrichter von Hermannstadt, der Nationalgraf, sollte durch einen Katholiken ersetzt werden. Ebenso bekämpfte man die geplante Hochschule in Hermannstadt, damit sie der katholischen Kirche nicht Schaden zufüge. Die Konvertiten wurden so bevorzugt, daſs die Bezeichnung „Konvertit" neben den Eigennamen „gleichsam zur Bezeichnung einer höheren Würde, die besondere Beachtung erheische", gesetzt wurde. Dazu kamen die verfehlten Experimente des kaiserlichen Kommissärs Seeberg zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Sachsen; der Prozeſs des Fiskus wegen Nachzahlung des Martinszinses, den die Sachsen seit 1705 nicht mehr entrichteten, da andere Steuerleistungen an seine Stelle getreten waren; ebenso Prozesse des

Fiskus wegen Eigentumsrechten an Gebieten, die zum Sachsenboden gehörten u. dgl. m. Doch wurden auch überaus wohltätige Reformen, wie das neue Steuersystem und die neue Schulordnung durchgeführt. Grofse Verdienste um die Sachsen erwarb sich damals ihr Volksgenosse Samuel von Brukenthal, der als vielvermögender Fürsprecher bei der Kaiserin für die sächsischen Interessen überaus glücklich eintrat. Vor allem gelang es ihm, die schon unter Maria Theresia geplante Beseitigung des ausschliefslichen Eigentums der Sachsen an ihrem Boden, also die Gewährung der sogenannten „Konzivilität" an die anderen Nationen [1]), schon im Keime zu ersticken. Näheres soll darüber weiter unten gesagt werden. Wie gewogen Maria Theresia dem Sachsenvolke war, zeigt schon der Umstand, dafs sie Brukenthal zum Gouverneur von Siebenbürgen ernannte; weder vor noch nach ihm hat ein Sachse eine solch hohe Stellung erreicht! Der sächsischen Nation verlieh die Kaiserin den Titel „inclyta" (berühmt), den die beiden Mitnationen (Magyaren und Szekler) schon lange führten. Auch in ihrem Testamente hat sie der Sachsen gedacht, indem sie unter die mit eigener Hand niedergeschriebenen 32 österreichischen Städte, in denen Seelenandachten für sie gehalten werden sollten, auch Kronstadt und Hermannstadt aufnahm und in jeder 500 Rhein. Gulden zu verteilen befahl.

Schweren Zeiten gingen die Sachsen unter Kaiser Joseph II. entgegen. Zu den Verordnungen, welche ihnen schädlich waren, zählte die Verbindung der siebenbürgischen Hofkanzlei mit der ungarischen, ohne dafs für eine Vertretung der Sachsen in dieser neuen ungarisch-siebenbürgischen Hofkanzlei gesorgt worden wäre. Der seit 1705 rückständige Martinszins wurde jetzt wirklich eingefordert; bis 1823 hatten die Sachsen daran zu zahlen. Auch sonst wurden neben manchen wohltätigen Neuerungen viele ausgeführt, die für das Sachsenland nicht pafsten. In der Folgezeit wurde besonders die Periode von 1795 bis 1805 durch ihre zahlreichen, oft widersinnigen Verwaltungsreformen (die „Regulationen") berüchtigt. Unstreitig gab es manches im Gemeinwesen der Sachsen zu bessern; die Schuldenlast vieler Orte war er-

1) Vgl. Bd. II, S. 75 u. 82.

drückend, die Beamten zum grofsen Teil ungeeignet, der alte Widerstreit zwischen Kommunitäten [1]) und Magistraten nahm im 18. Jahrhundert zu. Bei den Neuerungen, wie sie um 1800 durchgeführt wurden, waren aber weniger die sachlichen Bedürfnisse mafsgebend, vielmehr wurden sie von Gegnern der Sachsen zu deren Schaden veranlafst. „Die Feinde der Sachsen in der Hofkanzlei sahen in der Regulation ein Mittel, ihrem Hafs und ihrer Rachsucht freien Lauf zu lassen, und es ist nicht zum ersten und leider auch nicht zum letztenmal gewesen, dafs die Regierung ihre Autorität und ihre Macht zur Befriedigung persönlicher Gelüste lieh.“ Gegen die Härte der Regulationen haben die Sachsen vergebens Widerspruch erhoben; ihrem Beschützer, Grafen Brukenthal, wurde 1799 Amt und Gehalt genommen. Das Hauptergebnis der Regulationen war, dafs sich die wirtschaftlichen Verhältnisse zwar besserten, die alte sächsische Verfassung aber vernichtet wurde und die Nation in völlige Abhängigkeit von der Regierung gelangte. Es begannen die Bollwerke zu sinken, denen die Sachsen inmitten fremder Völker ihren völkischen Bestand zu verdanken hatten. Wäre die Regierung deutsch geblieben, so hätten selbstverständlich diese Verluste der Sonderrechte zugunsten einer starken deutschen Zentralregierung den Sachsen geringeren Schaden zugefügt. Leider wurde aber diese Schutzwehr zugunsten der nachfolgenden magyarischen Herrschaft zerstört.

Zu den die alte feste Stellung der Sachsen erschütternden Neuerungen gesellten sich noch drei andere: die Gewährung der Konzivilität am Sachsenboden an die zwei anderen Nationen des Landes; die neue Verwaltungsorganisation Siebenbürgens; endlich die Union des Landes mit Ungarn.

Zufolge ihrer alten Rechte besafsen die Sachsen an dem ihnen von den ungarischen Königen eingeräumten Gebiete das ausschliefsliche Eigentumsrecht; „fremden Nationsverwandten war die Niederlassung auf sächsischem Boden, der Erwerb von Grund- und Hauseigentum, womit nach der alten Auffassung auch die Ausübung der politischen Bürgerrechte hätte verknüpft sein müssen, nicht gestattet“. Die Sachsen erblickten in diesem Rechte stets ihren

1) Vgl. Bd. II, S. 90 u. 295.

sichersten Schutz; sie haben daher die von den anderen Nationen angestrebte Konzivilität stets mit gröfster Entschiedenheit bekämpft. Wenn ungarische Historiker darin einen Beweis sächsischer Engherzigkeit und Selbstsucht erblicken, so vergessen sie, dafs jene Bürgerrechte ein notwendiges Gegengewicht gegen die Adelsvorrechte waren. Sehr treffend bemerkt der sächsische Historiker Herrmann schon 1793 darüber: „Das Recht der Sachsen, ein eigenes Volk für sich auszumachen, und also andere Nationsverwandte auszuschliefsen, ist ein Beweis, dafs die alten ungarischen Könige die vorteilhafte Bevölkerung ihrer Staaten, die Anpflanzung industriöser Völkerschaften besser verstanden haben, als man sie vielleicht selbst in neueren Zeiten verstanden hat. Auf keine andere Art und unter keiner anderen Bedingung hätten sich je diese Fremdlinge in den Wüsteneien am Ende der ungarischen Staaten zu einem blühenden Volke hervorbilden und unter den Stürmen ungünstiger Schicksale erhalten können als durch die Freiheit, selbständige Gemeinschaften aus sich selbst zu machen, in welchen sie die Sitten, Gewohnheiten, Rechte ihrer Väter üben, sich nach eigener Weise bilden, in freiem Genufs ihres Bodens und in freiem durch keine Leibeigenschaft gestörten Verkehr sich Kräfte sammeln und den durch öftere feindliche Störungen von aufsen erlittenen Verlust durch die Energie der eigenen Selbständigkeit ersetzen konnten. Lange wäre das Andenken der Sachsen vertilgt und schmutzige Erdhütten und Strohdächer, das traurige Denkmal der Leibeigenschaft, stünden auf dem platten Lande statt der gemauerten Häuser, wenn die Sachsen nicht ein eigenes, so viel als möglich unvermischtes freies Volk geblieben wären.“ Deshalb hatten also die Sachsen die Forderung der Adligen, Häuser und Güter auf Sachsenboden kaufen zu dürfen, stets bekämpft. Auf dem Landtag von 1653 war die Entscheidung zu ihren Ungunsten ausgefallen; die gesetzlichen Bestimmungen von 1692 und 1693 wahrten dagegen wieder das alte Recht der Sachsen. Nach dem Wortlaute der betreffenden Urkunde des Kaisers Leopold I. sollte die zugunsten der Sachsen getroffene Bestimmung ein für alle Zeiten geltendes Gesetz sein. Aber die Verhältnisse waren stärker als solche Zusagen. Zu den Adligen, welche Bürgerrecht auf Sachsenboden forderten, gesellten sich die zahlreich eingeführten

Beamten und viele andere Einwanderer, deren Ziel die Ansiedlung in den sächsischen Städten und Dörfern war. Auch lag es im Interesse der Gegenreformation, dafs Katholiken das Bürgerrecht erwarben, um sie in die Magistrate zu bringen. So kam es, dafs der magyarische Adel gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts seine Bestrebungen wieder aufnahm, sich in sächsische Orte einzudrängen und einige ihm verpfändete Besitzungen der Sachsen in sein Eigentum zu bringen. Auf dem Landtag von 1751 wurden die Sachsen aufgefordert, ihre Privilegien vorzulegen, auf Grund deren sie den Adligen die Konzivilität verweigerten. Die Sachsen wiesen ihre Urkunden vor und erhielten wieder die Bestätigung ihres Rechtes (1753). Aber damit hörten die Gegenbestrebungen nicht auf. Am 19. Oktober 1766 legte der damalige Präsident der siebenbürgischen Hofkanzlei, Graf Kornis, der Kaiserin Maria Theresia einen Vorschlag vor, „wie durch eine Konzivilität oder einzuführende Gemeinschaft der Rechte und Vorzüge den zwischen den verschiedenen Nationen Siebenbürgens öfters entstehenden Uneinigkeiten zu steuern sei“. In seiner Denkschrift nimmt der Graf keinen Anstand, falsche Angaben zu machen; insbesondere behauptet er, dafs über die Ausschliefsung der anderen Nationen vom Sachsenboden kein gültiges Gesetz bestehe und dafs der Sachsenboden „pures Fiskalgut“ oder „fundus regius“ sei. Er verweist ferner auf die Vorteile für die katholische Religion, „wenn die sächsischen Stühle und Magistrate, so nunmehr meistenteils aus Lutheranern bestehen, mit Katholiken untermengt würden“. Schliefslich rät er, eine Bürgerrechtstaxe für die sächsischen Städte festzustellen, damit die Sachsen „durch die Erhöhung der Taxe die Erreichung der heilsamsten Absicht“ nicht zu hintertreiben vermöchten. Die Kaiserin übergab dieses Schriftstück dem Freiherrn von Brukenthal, der damals Vorsitzender des Guberniums war, zur Begutachtung. In überaus gründlicher und sachlicher Weise widerlegte dieser die Ausführungen des Grafen Kornis und verwies auf die rechtsgültigen Vereinbarungen von 1692 und die kaiserlichen Bestätigungen von 1693 und 1753; auch sprach er sich dahin aus, dafs durch die Konzivilität „die abgezweckte heilsame Absicht schwerlich erwirkt“, vielmehr „die Uneinigkeit wahrscheinlicher Weise vervielfältigt“ würde. Zum Beweise verwies er auf die

ungünstige Entwicklung von Klausenburg infolge der Aufnahme der anderen Nationen und auf den Niedergang derjenigen Sachsen, unter denen Walachen überhandnahmen. Diese Darlegungen überzeugten die Kaiserin von dem Rechte der Sachsen; die Konzivilität wurde den anderen Nationen nicht erteilt. Aber neue Angriffe folgten auf dem Fufs. Streitigkeiten der Sachsen mit eingewanderten Rumänen gaben Kornis bald darauf Gelegenheit, seine Anschauungen nochmals zu vertreten, und die Kaiserin selbst hätte gern die Niederlassung handeltreibender Armenier in Hermannstadt gesehen. Aber auch diesmal gelang es Brukenthal, die Kaiserin zugunsten der Sachsen umzustimmen (1767). Als aber Kaiser Joseph II. zur Regierung kam, mufsten dem deutschen Einheitsstaate zulieb, den der Kaiser zu errichten strebte, auch die Freiheiten und besonderen Rechte der Sachsen weichen. Durch die Entschliefsung vom 4. Juli 1781 gestattete Joseph den rezipierten Nationen auf Sachsenboden Besitz zu erwerben und verlieh ihnen damit den Vollgenufs der politischen Rechte, die Konzivilität. „Den Zeitgenossen erschien damit der Untergang der (sächsischen) Nation besiegelt.“ „Nun wünsche ich nicht mehr zu leben!“ rief der Gubernialrat v. Hannenheim, und Johann Herrmann, der Sekretär des Gubernators, gab seiner Verzweiflung mit den Worten Ausdruck: „Wahrscheinlicherweis werden in 40—50 Jahren kaum noch Spuren der alten sächsischen Nation angetroffen werden.“ Als der Kaiser 1783 nach Siebenbürgen kam, bestand die Absicht, ihn um Aufhebung seiner Verfügung zu bitten; doch man kam davon ab: „denn der Kaiser wollte den Unterschied der Nationen aufheben“. Das Restitutionsedikt Leopolds II. vom 28. Januar 1790 hob die Neuerungen Josephs auf; doch der Klausenburger Landtag von 1790/1, der sonst mit allen Josephinischen Gesetzen aufräumte, sprach den Adligen das Bürgerrecht im ganzen Lande zu. Die Sachsen führten einen hartnäckigen Kampf um ihr Recht; sie wollten sogar zum äufsersten Mittel greifen und gaben einer Deputation, die nach Wien ging, den Auftrag, die Aufhebung der Union, also die Lösung der sächsischen Nation aus dem politischen und administrativen Verbande mit den beiden anderen Nationen zu betreiben. Komes Brukenthal sah dagegen in weiser Mäfsigung ein, dafs die Konzivilität in irgendeiner Form doch

zugestanden werden müfste; er vertrat daher den Gedanken, „es solle jeder, der das Bürgerrecht auf Sachsenboden erlange, dem Munizipalgesetz sich fügen, den Ortsbehörden sich unterwerfen, die Steuern zahlen und kein Vorrecht beanspruchen, das die gesetzliche Ordnung stören könne“. Dadurch wurden die Gefahren, die die Konzivilität in sich schlofs, bedeutend verringert. Im Sinne Brukenthals erfolgte am 10. April 1793 die Entscheidung der Krone, der die Adligen (Ungarn) und Szekler in der Landtagssitzung vom 2. Februar 1795 beistimmten. Dabei blieb es trotz einer erneuerten Verwahrung der Sachsen. Glücklicherweise hat die neue Ordnung der Dinge, die seither in ununterbrochener Geltung blieb, die gefürchtete verderbliche Wirkung auf das Sachsenvolk nicht geübt. Die Adligen hatten in den seither herrschenden ruhigen Zeiten kein Interesse, sich in den Städten anzukaufen, um wie früher in ihnen in Fällen der Not Zuflucht zu suchen. Auch hatten die Sachsen ihre Widerstandskraft unterschätzt [1]).

Gerade dieser Kampf hatte nämlich das nationale Empfinden gestärkt und überdies die Aufmerksamkeit der Stammesgenossen in Deutschland auf die Sachsen gelenkt. Anfangs der 1790er Jahre wurden von Sachsen mehrere Schriften herausgegeben, die nicht nur die Rechte ihres Volkes historisch darlegten, sondern auch das nationale Bewufstsein betonten. „Die siebenbürger Sachsen sind Deutsche; ihre Sprache, Sitten und Gebräuche lassen daran nicht zweifeln“, so beginnt eine dieser Kampfschriften. Diese Arbeiten haben zum erstenmal reiches historisches Material zur sächsischen Geschichte mitgeteilt und erweckten die Aufmerksamkeit des Göttinger Professors A. L. Schlözer; er begann sich nun selbst mit der bisher unbekannten Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen zu beschäftigen und erweckte durch seine Arbeiten das Interesse Deutschlands an den Geschicken des fernen Sachsenvolkes. So wuchs in diesem durch den ihm aufgedrungenen Kampf

---

1) Interessant ist, dafs sich schon wenige Jahre später unter den Sachsen selbst philanthropische Stimmen dahin geltend machten, die Konzivilität sei „in der gemeinen Menschenliebe und in der patriotischen Bruderliebe aller Vaterlandskinder“ gegründet. Auch das anfangs sehr herbe Urteil über Josephs Reformen machte einer gerechteren Würdigung des Kaisers Platz.

ums Recht die Kenntnis seiner Vergangenheit; die innere Teilnahme an den nationalen Interessen gewann an Stärke; und dazu begannen die vergessenen Beziehungen zum Mutterlande aufzukeimen, die seither sich glücklich weiter entwickelt haben.

Aus denselben Verwaltungsrücksichten, welche zur Gewährung der Konzivilität geführt hatten, verfügte Kaiser Joseph am 4. Juli 1784 noch eine andere Mafsregel. Die alte Landesverfassung Siebenbürgens wurde aufgehoben, die drei ständischen Nationen aufgelöst und das Land in elf Komitate eingeteilt. Selbstverständlich war dadurch die alte Einteilung des Sachsenbodens in Stühle zerstört, da auch diese der Komitatseinteilung unterworfen wurden. An die Spitze der Komitate traten Obergespane; in der Komitatsverwaltung machte sich jetzt wie überall in Ungarn das Übergewicht des Adels geltend, der sein altes ausschliefsliches Recht der politischen Alleingeltung in Anspruch nahm. „Der freie sächsische Bauer, der freie Bürger, der bisher gleichberechtigt die Angelegenheiten in Stadt und Stuhl geordnet hatte, war im neuen Komitat rechtlos und den Untertänigen, den Hörigen, gleichgestellt.“ Vergebens waren alle Einwendungen der Sachsen; die Bestürzung darüber war nicht geringer als jene nach der Verleihung der Konzivilität, denn die neue Organisation lieferte die Deutschen den feindlich gesinnten nichtdeutschen Majoritäten aus. Durch das Restitutionsedikt von 1790 wurde zwar der alte Zustand wieder hergestellt, aber fortan warteten die Magyaren nur auf eine passende Gelegenheit, die für ihre Herrschaft günstige Einrichtung wieder zu beleben.

Vollendet wurde die Schwächung der sächsischen Stellung durch die Verbindung (Union) Siebenbürgens mit Ungarn und durch die ungarische Gesetzgebung seit 1867.

Siebenbürgen hatte bekanntlich bis 1526 zu Ungarn gehört; seither war es selbständig geworden. Die Wiedervereinigung war schon auf dem Landtage von 1741 von den Magyaren angestrebt worden; dann war sie wieder am Landtage von 1790/1 zur Verhandlung gekommen. Die Sachsen sprachen sich dagegen aus: „Ein Gutachten der Kronstädter Kommunität und des dortigen Magistrats vom 6. März 1791 erwog eingehend die Vorteile und Nachteile der Union und kam zu dem Schlusse, dafs die höchst nachteilige

Union abgewehrt werden müsse, denn die Nation hätte jedenfalls nur Nachteile von ihr; von hundert Punkten, die Ungarn beträfen, würde kaum einer für Siebenbürgen und noch weniger für die Sachsen passen." Wieder aufgerollt wurde die Frage auf dem siebenbürgischen Landtag von 1834/5. Aber auch jetzt kam es zu keiner Lösung; die Sachsen verhielten sich ablehnend. Zu einer in Wien erschienenen sächsischen Gesandschaft sagte Kaiser Franz: „Die Sachsen sind brav, ich bin mit ihnen zufrieden; ihre Deputierten waren auf dem Landtage standhaft. Glauben Sie mir, wenn ein kleiner Körper mit einem gröfseren vereinigt wird, so verliert der kleinere dabei gemeiniglich. In eine Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn werde ich nie einwilligen." Wie richtig der Kaiser geurteilt hatte, sollte die Folgezeit lehren. Kaum war die Bewegung von 1848 ausgebrochen, so forderten die Magyaren die Verbindung des Grofsfürstentums mit Ungarn. Am 2. Mai erklärte bereits der siebenbürgische Gouverneur Graf Teleki dem Magistrat und der Nationsuniversität in Hermannstadt: „Die Frage der Union müsse von vornherein als entschieden betrachtet werden; bei der Deputation, die über die Durchführung zu beraten haben werde, könnten die Sachsen ihre Wünsche vorbringen. Die Geschäftssprache im Land müsse die magyarische sein und eine neue Gebietseinteilung in Siebenbürgen zu Verwaltungszwecken (also die Zerreifsung des Sachsenlandes) sei notwendig. Bei prinzipiellem Widerspruch gegen die Union dürfte für die Widersprechenden in Klausenburg aufserhalb des Landtags kaum Sicherheit zu finden sein."

Die Folge dieser Drohung war, dafs Hermannstadt sich sofort gegen die Union mit Ungarn und für das Zusammengehen mit Österreich entschied; überall zeigten sich schwarzgelbe Kokarden und Fahnen. Aber die wichtige Frage fand die Sachsen ungeeint. Wie schon in früheren Zeiten [1]), so zeigte sich insbesondere auch jetzt Zwiespalt zwischen Kronstadt und Hermannstadt: die Kronstädter hatten sich schon am 19. April 1848 für die Union erklärt; hier trug ein grofser Teil der Bürger Kokarden in den ungarischen Farben und berauschte sich im Singen von Freiheits-

1) Vgl. Bd. II, S. 91.

liedern. „Der Streit der Meinungen wuchs zu tiefgehender Erbitterung zwischen den stets rivalisierenden Städten Hermannstadt und Kronstadt an, zu einer Erbitterung, die noch lange die Gemüter hüben und drüben beherrschte und die für das sächsische Volk so sehr notwendige Einigkeit immer und immer wieder gefährdete.“ Schliefslich gaben die sächsischen Deputierten unter dem Drucke der magyarischen Drohungen auf dem Landtage die Zustimmung zur Union (30. Mai): die Masse hatte auf der Strafse ihnen „Union oder Tod!“ zugerufen. In der Verwirrung hatten die Abgeordneten selbst die Festlegung der Bedingungen, unter denen sie der Union beistimmten, unterlassen. Im sächsischen Volke nahm man den Beschlufs über die Union und die Haltung der eigenen Abgeordneten mit Bestürzung auf: man wufste, dafs nun die Magyarisierung kommen würde. Aus Hermannstadt wandten sich schon nach wenigen Tagen 1240 Frauen an die Kaiserin, „weil durch die mit List und Trug, auf scheinbar gesetzlichem Weg durchgeführte Union Siebenbürgens mit Ungarn unseren Vätern, Brüdern, Gatten und Söhnen das ererbte Gut der teueren deutschen Muttersprache und Gesittung, seit Jahrhunderten in den gröfsten Stürmen treu bewahrt von unseren Vorfahren, plötzlich gewaltsam entrissen wird“.

Bald zeigte es sich, wie die Magyaren gegen die Sachsen gesinnt waren. Der ungarische Reichstag, in dem nun auch sächsische Abgeordnete erschienen, wollte nichts zugestehen, was die Sachsen als Bedingung der Union betrachteten. Schon im August 1848 sandte der sächsische Abgeordnete Karl Goofs in die Heimat die Nachricht, man solle Pulver und Gewehre kaufen und sich rüsten, „denn man hintergeht uns“. Im Gesetzentwurfe, der zur Durchführung der Union nötig war, fand sich keine Spur einer Gewährleistung irgendwelcher Rechte für die Sachsen. Da dieses Gesetz trotz des Einspruches des Abgeordneten Goofs geradezu in betrügerischer Weise angenommen wurde, legten sechs Sachsen ihre Mandate nieder, „weil das Haus den Boden des Gesetzes verlassen hätte“. Nun drohten die Magyaren „mit Hilfe der kriegerischen Szeklernation die Reaktion der Sachsen in der Wiege zu erwürgen“. Als bald darauf der Revolutionskampf losbrach, fielen tatsächlich die Szekler in das Sachsenland ein; die Sachsen stellten

sich aber für den Kaiser ins Feld, und zwar sowohl die Unionisten als auch die Gegner der Union. Mit begeisterten Worten pries der junge Kaiser Franz Joseph kurz nach seiner Thronbesteigung die Tapferkeit, Ausdauer und Treue der Sachsen. Der Krieg brachte über die sächsischen Gebiete viel Unglück; Sächsisch-Reen wurde vollständig niedergebrannt. Zu den gröfsten Verlusten der Sachsen zählte aber die standrechtliche Erschiefsung des trefflichen Pfarrers Stephan Ludwig Roth. Da er im Brennpunkte der literarischen, nationalen und wirtschaftlichen Bestrebungen seines Volkes gestanden, eine Streitschrift über den Sprachenkampf veröffentlicht und die Herbeiziehung neuer deutscher Elemente versucht hatte [1]), wurde er von den Rebellen erschossen (11. Mai 1849). Jüngere Freunde hatten ihm zur Flucht verhelfen wollen, er verschmähte sie im Gefühle seiner Unschuld. So mutig starb dieser schlichte Pfarrer, dafs der kommandierende Offizier bebend vor die Front trat und seinen Soldaten zurief: „Soldaten, lernt von diesem Manne, wie man für sein Volk stirbt!“

Mit der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes kam das Jahrzehnt der österreichischen absoluten Herrschaft. Durch diese ist zunächst die Durchführung der Union von 1848 verhindert worden. Zugunsten der einheitlichen Verwaltung wurde aber die besondere Verfassung der Sachsen neuerdings aufgelöst; ihre „Nation“ hörte also wieder zu bestehen auf. Siebenbürgen wurde in zehn Kreise geteilt und dadurch das sächsische Verwaltungsgebiet zerrissen; unter den zehn Kreisvorständen war kein einziger Sachse. „So waren wir tot, mausetot. Ohne vorhergehendes Urteil hatte man uns totgeschlagen und sine cruce et luce (ohne Kreuz und Licht) zu Grabe getragen. Das war der Lohn für alles, was wir in den Jahren der Gefahr geleistet und gelitten hatten.“ Trotzdem war aber die Zeit der österreichischen Herrschaft vielfach fruchtbar. Strafsen wurden durch österreichische Ingenieure hergestellt und durch das Standrecht von Räubern gesäubert, das Post- und Telegraphenwesen eingeführt, auch die Erbauung einer Eisenbahn in Aussicht genommen; für bessere Justizpflege und Verwaltung wurde gesorgt: „ein freierer Luftzug be-

---

1) Vgl. oben S. 265 ff.

gann den Moderduft aus den Gerichtsstuben hinwegzufegen". Um die durch den Krieg geschlagenen Wunden zu heilen, gewährte die Regierung den Sachsen ein unverzinsliches Darlehen von 1½ Millionen Gulden auf zehn Jahre und verteilte unentgeltlich Saatgut; auch wurden nach der Überschwemmung von 1851 den Notleidenden Entschädigungen bewilligt. Das deutsche Hermannstadt wurde in dieser Zeit die wirkliche Landeshauptstadt.

Trotz dieses erspriefslichen Wirkens der österreichischen Regierung fühlten doch auch die siebenbürger Deutschen die Härte des absolutistischen Regiments. Es war aber ein schwerer Irrtum, wenn sie trotz der bisherigen Erfahrungen hofften, durch engen Anschlufs an die Magyaren ihre Lage zu verbessern. Anläfslich der Versammlung des siebenbürgischen Vereins für Landeskunde, die 1860 in Bistritz stattfand, wurde ein Verbrüderungsfest zwischen Sachsen und Magyaren gefeiert, bei dem sich die biederen Deutschen von den schönen Worten der magyarischen Wortführer über „Bruderliebe" und „Eintracht" umgarnen liefsen. Wohl ist es richtig, dafs dieser Umschwung der Stimmung der Sachsen seit 1848 ein vernichtendes Urteil über den österreichischen Absolutismus war, aber er ist ebenso ein Beweis, dafs die Sachsen ihren Hauptfeind auch damals noch nicht erkannt hatten!

Einig waren die Sachsen zwar auch jetzt nicht in ihren Anschauungen. Als mit dem Oktoberdiplom von 1860 und dem Februarpatent von 1861 eine konstitutionelle österreichische Gesamtmonarchie geschaffen wurde, schlofs sich ein Teil der Sachsen (besonders die Hermannstädter) völlig dieser Idee an: Siebenbürgen sollte ein selbständiger von jedem anderen Lande unabhängiger Bestandteil des österreichischen Reiches sein, das Ungarn mit umfafste. Die Kronstädter Zeitung verkündete aber schon im Sommer 1861: „Wir sind zur Überzeugung gekommen, dafs die Sachsen ihre Angelegenheiten nicht auf einem siebenbürgischen Landtage, sondern in Pest ins Reine bringen müssen. Die Ungarn verlangen Vertrauen und verbürgen sich mit ihrer Ehre, dafs sie den Nationen Siebenbürgens gebührende Rechnung tragen würden, von einem siebenbürgischen Landtage aber wollen sie nichts wissen und erklären jeden für einen Feind des Vaterlandes, der einem solchen das Wort redet." Die Kronstädter bekannten sich also schon da-

mals als Anhänger der Union mit Ungarn und ebenso erklärte sich später der Kronstädter Abgeordnete bei den Beratungen der Nationsuniversität für die Union von 1848. Die Mehrzahl der Sachsen war aber für den Anschlufs an das österreichische Reich und schickte seine Abgeordneten ins Zentralparlament nach Wien. In offener Sitzung begrüfste diese der Staatsminister Schmerling mit den Worten: „Das schöne Land Siebenbürgen wird es erfahren, was es heifst, zum Reiche zu halten. So Gott will, wird in kürzester Zeit das geflügelte Dampfrofs von Wien nach Hermannstadt eilen.“ Aber gerade dieser Eisenbahnbau war der Zankapfel der Sachsen. Wie schon öfters trennte auch jetzt die Rücksicht auf Sonderinteressen die zwei sächsischen Vororte. Damit die Bahn nicht über Hermannstadt zum Rotenturmpasse, sondern über Klausenburg und Kronstadt geführt werde, suchten die Kronstädter den Anschlufs an Budapest.

So kam die Katastrophe. Als der Gedanke des österreichischen Einheitsstaates zusammenbrach, beschlofs der Klausenburger Landtag von 1865 die Union Siebenbürgens mit Ungarn; auch eine Anzahl sächsischer Abgeordneter hatte dafür gestimmt. Vergebens war der Widerspruch der überwiegenden Mehrzahl der sächsischen Landtagsboten, vergebens alle anderen Anstrengungen der Wohlgesinnten, die in der Durchführung der Union für die sächsische Nation die gröfste Gefährdung erkannten. Und dieses Unglück kam nicht allein. Der unglückliche Bruderkrieg von 1866 schwächte die Stellung aller Deutschen in Österreich und lieferte die ungarländischen völlig den Magyaren aus. Durch den infolge der Niederlage Österreichs notwendigen Ausgleich mit Ungarn von 1867 wurden auch die Sachsen dem in seiner inneren Verwaltung völlig selbständigen Staate Ungarn preisgegeben. Noch immer erkannten aber nicht alle Sachsen die Gefahr; die Zahl der magyarenfreundlichen Abgeordneten wuchs sogar, und manche Belohnung wurde ihnen zuteil. Bald aber ist die Freude dieser Verblendeten über die hergestellte Verfassung getrübt worden; das ungarische Parlament und die ungarische Regierung zeigten bald ihr wahres Gesicht. Angriff auf Angriff erfolgte, und zwar nicht nur auf die Verfassung, sondern auch auf das Nationalvermögen der Sachsen. Da erst einigten sich die streitenden Brüder (1872). Aber es war

zu spät. Als die sächsischen Abgeordneten das Recht ihres Volkes vom Reichstag in Budapest forderten, hiefs es: „Sie sollen kommen und es sich holen!“ Und so kam das Jahr 1876, das auch im anderen Ungarn viele alte Rechte zerstört und die Freistädte zu Komitatsorten herabgedrückt hat. Aus dem alten Sachsenlande wurden vier Komitate gebildet und mit anderen Komitatsteilen in so ausgeklügelter Weise zusammengeschweifst, dafs die Sachsen überall nur Minderheiten bildeten. Die sächsische Nation wurde innerhalb eines Jahrhunderts zum drittenmal aufgelöst und die Nationsuniversität, früher die oberste politische und richterliche Behörde der Sachsen, zu einer blofsen Verwaltungsbehörde des sächsischen Nationalvermögens herabgedrückt.

Seitdem 1876 das siebenbürgische Sachsenland durch diese Mafsregeln völlig dem Organismus des ungarischen Staates einverleibt worden ist, werden alle ungarländischen Deutschen vereint von den Segnungen magyarischer Gesetzgebung und Herrschaft getroffen.

Von den Mafsregeln, welche zur Unterdrückung des Deutschtums von der ungarischen Regierung angewendet oder doch von ihr gefördert werden, können hier nur einige ausführlicher besprochen werden.

Durch das Nationalitätengesetz von 1868 ist zwar eine entsprechende Berücksichtigung der nichtmagyarischen Völker, also auch der Deutschen, festgestellt; durch neuere Gesetze und Gewaltmafsregeln erfolgt aber in Wirklichkeit eine Vergewaltigung dieser Völker auf allen Gebieten.

Eine der drückendsten Mafsregeln ist die durch das Gesetz von 1879 eingeführte zwangsmäfsige Erlernung der magyarischen Sprache in den Volksschulen. Da nach einem weiteren Gesetze jeder Lehrer entfernt werden kann, wenn seine Schüler nach Beendigung des 4. Jahrganges der magyarischen Sprache in Wort und Schrift nicht mächtig sind, so werden selbstverständlich die anderen Gegenstände als etwas Nebensächliches behandelt. Obwohl die Kinder selbst magyarisch beten müssen und in den Zwischenstunden untereinander deutsch nicht sprechen dürfen, erlernen sie das Magyarische nicht [1]), können schliefslich aber auch

1) „Ich kann nicht Ungarisch, ich bin a Schwab“, lautete die Antwort

nicht ordentlich deutsch. Da das Gesetz dem Unterrichtsminister Handhaben bietet, die bisherigen deutschen Gemeinde- oder konfessionellen Schulen völlig seinem Machtgebote zu unterwerfen, ist Gefahr vorhanden, dafs sie allmählich völlig magyarisiert werden. „Ungarn mufs durch die magyarischen Schullehrer zum zweitenmal erobert werden.“ Deshalb ist es in Ungarn auch schwer, die Erlaubnis zur Errichtung einer deutschen Privatschule zu erhalten (oben S. 309). Um den Elementarschulen vorzuarbeiten, errichtet man seit 1891 Kinderbewahranstalten und Kindergärten, die die Kinder an das Magyarische gewöhnen sollen.

Ebenso verderblich ist für die Deutschen das Mittelschulgesetz von 1883. Durch dieses wird auch den Gymnasien und Realschulen der Betrieb der magyarischen Sprache in solchem Umfange aufgenötigt, dafs der Unterricht in anderen Gegenständen zurücktreten mufs. Die Lehramtskandidaten müssen ihre Prüfungen in magyarischer Sprache ablegen und werden daher vielfach abgehalten, deutsche Universitäten zu besuchen [1]). Durch dieses Gesetz ist es nahezu unmöglich gemacht worden, Mittelschulen mit anderer als magyarischer Unterrichtssprache zu gründen. Es richtet sich vor allem gegen die sächsischen höheren Schulen. In den magyarisierten Bildungsanstalten werden viele deutsche Jünglinge ihrer Familie und ihrem Volke entfremdet. So war der hervorragende ungarische Schriftsteller Adolf Falkenburg (gestorben 1884) zu Deutsch-Kreuz im Ödenburger Komitat geboren, wo er nur deutsche Rede hörte. Der Universitätsprofessor St. Horvath schrieb dem Vater des jungen Studenten: „Der Junge hat eine

---

eines deutschen Knaben in der Umgegend von Grofs-Kanisza, den der Erzherzog-Thronfolger magyarisch ansprach (1910).

1) Bis 1907 besuchten jene sächsischen Jünglinge, welche sich zu „akademischen“ Pfarrern und Professoren heranbilden wollten, drei Jahre lang deutsche Universitäten; seither begnügt man sich infolge der übermäfsigen staatlichen Forderungen auf dem Gebiete des magyarischen Unterrichtes mit zwei Jahren für die deutsche Studienzeit. Ebenso besuchen aber auch sächsische Juristen und Mediziner aufser den durch den Prüfungszwang vorgeschriebenen ungarischen Hochschulen deutsche Universitäten in Österreich und im Deutschen Reich.

journalistische Ader, er soll aber ungarisch schreiben!" Das geschah auch; Falkenburg bediente sich später fast nur der magyarischen Sprache; „doch wenn er auch deutsch schrieb, tat er es stets in der Absicht, einem ungarischen Interesse zu dienen". Die Herausgabe einer Sammlung seiner deutschen Gedichte unterblieb aus „politischen Gründen". Dieses Beispiel für viele!

Die Magyarisierung der Schulen bedeutet aber stets einen Rückschritt, denn es ist bekannt, dafs das magyarische Schulwesen minderwertig ist. Das hat nicht nur der sächsische Abgeordnete Lindner im ungarischen Abgeordnetenhause bei einer Schuldebatte 1908 gesagt, sondern es klagen auch führende Rumänen über den Niedergang der sittlichen und geistigen Bildung ihrer Jugend, seit sie statt in den „ernsten, soliden deutschen Schulen" in den magyarischen Anstalten ihre Bildung geniefsen. Dazu kommt, dafs nach den gesetzlichen Bestimmungen die in der Volksschule verwendeten Lehrmittel „keine Beziehung auf fremde Geschichte und Geographie enthalten und nur vaterländische Erzeugnisse sein dürfen". Auf Lehrbücher, die den chauvinistischen Auffassungen und Bestrebungen irgendwie widerstreben, wird geradezu Jagd gemacht.

Ebenso durchbrechen neuere Bestimmungen über das Gerichtswesen das Nationalitätengesetz. Während dieses den Gerichten die Berücksichtigung der nichtmagyarischen Sprachen vorschreibt, wurde später den Gerichtspräsidenten freigestellt, aus eigener Machtvollkommenheit den ausschliefslichen Gebrauch des Magyarischen einzuführen. Ferner wurde die Eignung zum Geschworenen an die Beherrschung der magyarischen Sprache in Wort und Schrift geknüpft; die magyarischen Richter betonen dagegen mit einem gewissen Stolze, dafs sie der anderen Sprachen nicht mächtig sind. Bei politischen Prefsprozessen dürfen die beanstandeten Aufsätze den Geschworenen nicht im Urtexte vorgelesen werden; in Handelsprozessen müssen die Kaufleute selbst die Rechnungen in notariell beglaubigter magyarischer Übersetzung vorlegen. Die Arader Advokatenkammer machte es ihren Mitgliedern zur Pflicht, nur magyarische Firmentafeln zu führen, da fremdsprachige Schilder mit der Ehre des Standes unvereinbar seien; diese Verfügung bestätigte der oberste Gerichtshof.

Wie bei den Wahlen alle Nichtmagyaren, also auch die Deutschen, vergewaltigt werden, ist allgemein bekannt. Ebenso werden unleugbar durch entsprechende Maſsregeln die Volkszählungen zu ihrem Ungunsten durchgeführt. Der Staat unterläſst es, auch in vollständig nichtmagyarischen Gegenden auf Ämtern u. dgl. Aufschriften in den dort üblichen Sprachen anzubringen; dagegen muſs z. B. auf allen deutschen Schulen neben der deutschen Aufschrift die magyarische gesetzt werden. Miſsachtungen des Versammlungsrechtes Deutschen gegenüber sind an der Tagesordnung. Deutschen Bewohnern wird die Aufnahme in den Gemeindeverband mit ungesetzlichen Begründungen verweigert; dadurch werden sie um alle damit verbundenen Rechte gebracht. Auch das Briefgeheimnis wird nicht gewahrt.

Die Meinungsäuſserungen in deutschen Zeitungen werden durch Preſsprozesse nach Möglichkeit unterdrückt. „Aufreizungen zum Haſs gegen eine Nationalität“ (gemeint ist natürlich immer nur die magyarische) sind bei den ungarischen Geschworenen leicht nachgewiesen und haben empfindliche Freiheits- und Geldstrafen zur Folge. Um „gefährlichen“ Schriftstellern beizukommen, scheut man sich vor Rechtsbeugungen nicht; auf diese Weise wurde z. B. 1903 der bekannte Sachsenführer und Schriftsteller Lutz Korodi zu einem Jahre Staatsgefängnis und 2000 Kronen Geldstrafe verurteilt. Miſsliebige Schriftleiter werden unter Anwendung unwürdiger Kunstgriffe ausgewiesen. Eine der willkürlichsten Verurteilungen widerfuhr dem Redakteur und Schriftsteller Orendi-Hommenau in Temesvár Ende 1909 [1]). Ebenso leicht kann es einem Versammlungsredner widerfahren, daſs er der Aufreizung gegen die magyarische Nation und Staatsidee schuldig gesprochen wird, ohne daſs er bei seiner Rede auch nur daran gedacht hätte. Als vor einigen Jahren die Bistritzer Advokaten Karl Lang und Gustav Kel beim Besuche des Erzherzogs Josef ihre Häuser mit siebenbürgisch-sächsischen Farben beflaggten, wurden sie nicht nur vom Oberstadthauptmann, sondern auch von der Advokatenkammer hart bestraft. Gegenwärtig wird der Gutsbesitzer Karl Wollinger in

1) Anfangs 1911 wurde Orendi durch einen königlichen Gnadenakt die Gefängnisstrafe nachgesehen.

Heiligenkreuz bei St. Gotthard a. d. Raab wegen seiner deutschen Gesinnung und der Förderung der ungarländischen deutschen Volkspartei von den ungarischen Behörden vergewaltigt.

Ebenso wird die Kirche in schändlichster Weise zur chauvinistischen Propaganda ausgenutzt. Magyarisch gesinnte Männer werden bei der Besetzung von Kirchenämtern begünstigt. Diese mifsbrauchen ihr Amt zu Magyarisierungszwecken. Dies gilt nicht nur von der katholischen, sondern auch von der protestantischen Geistlichkeit; deutsch gesinnt sind zumeist nur die Pfarrer der siebenbürger Sachsen. Ein protestantischer Prediger in Prefsburg, der den deutschen Namen Hering führt, liefs sich in einer magyarischen Predigt folgendermafsen vernehmen: „Man wird es einst einsehen, dafs das magyarische Volk im höheren Grade auserwählt war als Israel, und dafs Arpad dieselbe Verheifsung empfangen hat wie Abraham.“ Magyarische Predigt und magyarischer Religionsunterricht wird zuungunsten der Deutschen häufig eingeführt. Sowohl die katholischen als auch die protestantischen Priester in Ungarn und Kroatien sind an den magyarischen theologischen Fakultäten herangebildet; weit glücklicher sind in dieser Beziehung die siebenbürger Sachsen. Hier verdient noch bemerkt zu werden, dafs in neuester Zeit den Deutschen in Budapest verwehrt wird, auf die Grabsteine ihrer Angehörigen deutsche Inschriften zu setzen [1]).

Eine wichtige Episode im Kampfe gegen das Deutschtum bildet die Verfolgung der deutschen Theater in Ungarn. Dem alten deutschen Theater der Hauptstadt wurde 1880 die abgelaufene Konzession verweigert; dieser Beschlufs war mit 77 gegen 76 Stimmen vom Stadtrat gefafst und vom Ministerium des Innern bestätigt worden. Dagegen begann aber ein tieferregter Kampf, der auch in den auswärtigen deutschen Zeitungen einen gewaltigen Widerhall fand. Auch Kaiser Wilhelm nahm sich der Sache an. Nun wurde die Konzession wieder erteilt. Aber 1889 brannte das deutsche Theater in Pest „mit Gottes Hilfe“ ab, wie ein Abgeordneter in einer Sitzung des ungarischen Parlamentes sagte. Seither werden alle Gesuche um Wiedererrichtung eines deutschen

1) Die Aufnahme der Grabschriften auf den älteren städtischen Friedhöfen Ungarns wäre sehr wichtig; sie sind sicher zum gröfsten Teil deutsch, so z. B. auch in Arad.

Theaters in Pest vom Stadtrat abgelehnt. Deutsche Schauspielgesellschaften, welche vorübergehend in Budapest auftraten, wurden beschimpft und die Vorstellungen gestört. Auch den deutschen Singspielhallen werden Schwierigkeiten in den Weg gelegt. An die Leitungen der verschiedenen ungarischen Badeorte erging 1896 ein Erlafs, an deutsche Gesellschaften kein Theater mehr zu vermieten. In Prefsburg und Ödenburg wurde versucht, durch eine ministerielle Verordnung die deutschen Theatervorstellungen kurzweg abzuschaffen; aber der Widerstand war so grofs, dafs es bei den früheren Verhältnissen blieb. Die ständigen deutschen Theater in Südungarn wurden dagegen beseitigt; man behilft sich vielerorten mit Liebhabervorstellungen.

Angeblich zum Schutze der Magyaren gegen die Angriffe der anderen Nationen werden zahlreiche „Kulturvereine“ gegründet. Zugunsten eines solchen Vereines in Prefsburg erliefs Graf Albert Apponyi, damals Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, einen Aufruf, in dem er sich folgende patriotisch klingende Sophismen leistete: „Unter unseren nichtmagyarischen Brüdern wütet eine verwegene Agitation, vergiftet ihre frommen Seelen und schürt unter dem Vorwande der Anhänglichkeit an die Muttersprache den Hafs gegen das Magyarentum, erschüttert die Treue zum Vaterlande, verdunkelt den Glanz der von den Widerwärtigkeiten der Jahrhunderte geheiligten gemeinsamen Traditionen, lockert das Gefühl der gesetzlichen und geschichtlichen ungarischen nationalen Einheit, ja predigt den Zerfall des tausendjährigen Reiches in Rassengruppen.“ In Wirklichkeit sind die Kulturvereine ausgesprochene Magyarisierungsanstalten, denen die gesamte Beamtenschaft, der Klerus und die staatlichen Schullehrer freiwillig oder unfreiwillig als Mitarbeiter dienen.

Zu diesen Vereinen gehört auch die „Gesellschaft für Namensmagyarisierung“. Die Gebühr für Namensänderungen betrug früher 5 Gulden; 1881 wurde sie auf Wunsch der Magyarisierungsvereine, deren Bestreben der Schriftsteller Jokai unterstützte, auf 50 Kreuzer herabgesetzt. Seither fanden Namensänderungen schwunghaft statt; allein im Jahre 1896 wurden an 2000 gezählt. Es ist bekannt, dafs vorgesetzte Beamte auf ihre Untergebenen entsprechenden Druck ausüben, damit diese ihre Namen ändern. Der sächsische Ab-

geordnete Oskar Meltzl hat diesen Amtsmifsbrauch schon 1897 im Reichstag als niedrigen Seelenschacher gerügt, worauf ihm ein magyarischer Abgeordneter zurief: „Schämen Sie sich, ein solcher Sachse zu sein und kein Magyar, gehen Sie nach Dresden!“ [1]) Eine magyarische Zeitung schrieb einmal: Gerade die Namen der Gelehrten und Künstler müssen wir magyarisieren, sonst bleibt der Ausländer bei dem Glauben, dafs die magyarische Nation alles den unter ihr lebenden fremden Stämmen verdankt [2]).

Diese Magyarisierung der Personennamen überbietet bei weitem noch die infolge des Gesetzes von 1898 planmäfsig betriebene Verdrängung der alten deutschen Ortsnamen und ihr Ersatz durch magyarische. Mit welcher Willkür dabei vorgegangen wird, ergibt sich z. B. daraus, dafs selbst so ehrwürdige Namen wie Hermannstadt und Kronstadt trotz der Gegenbemühungen der Stadtvertretungen aus dem amtlichen Gebrauche verschwinden mufsten. Sie dürfen höchstens neben dem magyarischen an zweiter Stelle gesetzt werden; es heifst also z. B.: „Jahresbericht der Nagyszebener (Hermannstädter) städtischen Gewerbeschule“. Welche Schwierigkeiten diese Namensänderungen dem Verkehre bieten, weifs jeder Reisende, der den offiziellen Eisenbahnfahrplan benutzt. Kein Wunder, wenn in einer Zeitung zu lesen war, dafs in Hermannstadt und Nagyszeben ein Erdbeben verspürt wurde! In welcher Weise die magyarischen Namen fabriziert werden, mögen folgende Beispiele lehren. Bei Kronstadt gibt es einen „Hungrigen Stein“; daraus machten die magyarischen Beamten einen „hungrischen oder ungrischen Stein“ und deshalb heifst die Eisenbahnhaltestelle am Abhange des Berges „Magyarkö“ (Magyarenstein). Nufsbach im Burzenland heifst jetzt offiziell Magyaros (das magyarische); dazu kam man auf folgendem Umweg: Nufs heifst magyarisch mogyoró, daraus wurde Magyaros gemacht und ein echt magyarischer Ortsname war fertig! Wie rücksichtslos Heifssporne

---

1) Nebenbei bemerkt, beweist dieser Zuruf eine unglaubliche Unkenntnis; die ungarländischen „Sachsen“ haben nichts gemein mit dem Königreich Sachsen.

2) Jedenfalls werden die Magyaren auch aus ihrem Wortschatz jene zahlreichen deutschen Ausdrücke entfernen müssen, die den deutschen Kultureinflufs beweisen (Bd. II, S. 348 ff.). Bei den Polen wurde der Vorschlag schon gemacht (vgl. oben S. 164).

in Ungarn für die Anwendung der magyarischen Namen eintreten, lehrt der Fall, dafs vor einigen Jahren die Klausenburger Universität eine Zuschrift der Giefsener nicht annahm, weil diese nicht den magyarischen Namen Koloszvár angewendet hat. In einer Schule beanstandete der Schulinspektor, wenn der deutsche Lehrer und Schüler sagte, „die Donau fliefst vor Prefsburg nach Ungarn“; es mufs nach des Beamten Auffassung heifsen: „Die Duna fliefst vor Pozsony nach Magyarország“. In den offiziellen neuesten Ortschaftsverzeichnissen sucht man die Namen Hermannstadt, Kronstadt, Bistritz, Prefsburg, Neusohl u. dgl. vergebens; wie störend dies für den mit den magyarischen Namen Unvertrauten ist, ergibt sich von selbst. Von magyarischer Seite wird freilich behauptet, dafs das Gesetz von 1898 nur gröfsere Sicherheit im Verkehr bezwecke. Die deutschen Namen unbekannterer Orte werden zunächst noch neben den magyarischen geduldet.

Eine der krassesten Verletzungen des Nationalitätengesetzes ist es, dafs in Ungarn Beschimpfungen der Deutschen an der Tagesordnung sind, ohne dafs dagegen ernstlich eingeschritten würde. Die Deutschen sind den Ungarn „Bettler“, „zusammengelaufenes Volk“, „Einwanderer, die sich von den Einkünften des Landes nähren [1]), „hundsgeworfene Deutsche“ u. dgl. Es gibt ein magyarisches Volkslied mit dem Kehrreim „Der Deutsche ist ein Hundsfott“; darin wird auch gewünscht, dafs aus dem Fell des Deutschen ein Dudelsack gemacht wird und dafs der Krebs ihm Lunge, Leber und Rippen zerfressen soll. In den magyarischen Zeitungen der letzten Jahre konnte man über die Deutschen Bemerkungen wie folgende lesen: „Man soll sie niederschlagen wie einen tollen Hund oder an den ersten besten Baum knüpfen“, „tollkühne, impertinente Kreaturen“, „lumpige Bestien“ u. dgl. Ein Kossuthblatt beginnt und schliefst am 10. Februar 1903 einen Artikel mit den Worten: „Das alte magyarische Sprichwort sagt: jeder Hund ist ein Deutscher“. In der Budapester „Reform“ konnte man lesen, dafs die Deutschen „nach Schmarotzerart sich mästen an unserem (magyarischen) Leibe und saugen an unserem Blute, und keine Ahnung davon haben, wie verabscheuungswürdig

1) Vgl. oben S. 321.

sie sind“. Ahnliche Auslassungen findet man auch in tonangebenden Zeitschriften. In der „Ungarischen Revue“ charakterisiert Paul Hunfalvy den Kampf der siebenbürger Sachsen gegen die Reformen Kaiser Josephs „als ein gar klägliches Gejammer“, und L. Hoffmann spricht die Hoffnung aus, die Magyaren würden die Sachsennot wie die Türkennot überstehen: „Nicht die magyarischen Peiniger werden sie (die Sachsen) tödten, ihre eigenen Fehler, ihr Blödsinn, ihr Übermut, ihr Grofsdeutschtum, ihr Zweikindersystem werden sie langsam aber sicher vom Erdboden vertilgen.“

Ebenso wird die deutsche Sprache als Hundesprache bezeichnet. Im ungarischen Parlamente wurde vom „unverschämten Eindringen der deutschen Sprache“ gesprochen; ein Abgeordneter leistete sich das Kraftwort: „der deutschen Sprache die Hundepeitsche!“ Man wählt jetzt oft besonders zu den fürs Ausland bestimmten Kundgebungen ostentativ die französische Sprache, um die Geringschätzung der deutschen zum Ausdruck zu bringen. Die Ofenpester Universität versuchte ihre Korrespondenz mit reichsdeutschen Universitäten mit Ausschlufs der deutschen Sprache zu besorgen; erst als einige Universitäten dagegen Stellung nahmen, erinnerte sich die magyarische Universitätsbehörde, dafs sie auch der deutschen Sprache mächtig sei (1910). Schon an früherer Stelle ist bemerkt worden, dafs sich die Magyaren trotz ihres Deutschenhasses aus Nützlichkeitsgründen die deutsche Sprache aneignen.

Aus dem Mitgeteilten läfst sich ersehen, wie sehr die Interessen der Deutschen in Ungarn zugunsten der Nationalpolitik, die aus allen Nichtmagyaren Magyaren machen will, geschädigt werden [1]). Die Härte dieser Mafsregeln erfährt jedoch noch durch andere Umstände eine ganz besondere Verschärfung.

Széchenyi, einer der bedeutendsten Männer Ungarns, sagte einst: „Gegen die Willkür als solche fühlen die Menschen keine Antipathie. Aber was ihnen nicht behagt, sie empört, sie anekelt, sie erbittert, wissen Sie, was das ist? Das ist jene Gleisnerei, welcher zufolge man den Völkern etwas weifs machen will; wenn

---

1) Man vergleiche die Definition der „einheitlichen magyarischen Nation“, welche Graf Apponyi in seinem politischen Katechismus für Schulkinder bietet (Grofs-Österreich, Wien 1911, Nr. 16).

man ihnen zum Beispiel sagt: ihr habt eine Prefsfreiheit und es ist nicht wahr; über euch entscheidet nur das Gesetz und es ist nicht so; man will euere Freiheit nicht schmälern und es geschieht das Gegenteil; euere Nationalität wird nicht gefährdet und es ist eine Lüge."

Diese Bemerkung des grofsen Magyaren pafst auf kein Verhältnis besser, als auf jenes der Deutschen in Ungarn.

So ist das Nationalitätengesetz mit allen seinen billigen Vorschriften über die Berücksichtigung der nichtmagyarischen Nationalitäten eine der bittersten Ironien. Während insbesondere der Deutsche auf Schritt und Tritt Zurücksetzung und Hafs erfährt, nehmen führende Männer der Magyaren keinen Anstand, das rundweg abzuleugnen. So läfst sich in der 1880 zur Verteidigung der magyarischen Gewaltherrschaft vor dem Deutsch lesenden Europa gegründeten Zeitschrift „Ungarische Revue" der bekannte Gelehrte Paul Hunfalvy folgendermafsen vernehmen: „In unserem öffentlichen und Privatleben gibt es gar Vieles, das Tadel verdient, und wir selbst sind gar nicht in die eigenen Fehler verliebt. Aber einen Hafs gegen das Deutschtum, gegen deutsche Wissenschaft, deutsche Tüchtigkeit dürfte doch niemand als Charakterzug weder dem öffentlichen noch dem Privatleben in Ungarn vorwerfen." In derselben Zeitschrift behauptet Johann Hunfalvy, der Präsident der ungarischen geographischen Gesellschaft, folgendes: „Aber nur blinder Hafs oder krasse Unwissenheit kann es behaupten, dafs die Magyaren alles Deutsche feindselig verwerfen und dafs sie die geistige Brücke, die deutsche Sprache, abbrechen wollen. In allen Mittelschulen des Landes, ohne Ausnahme, ist die deutsche Sprache und Literatur ein obligater Lehrgegenstand, in keinem nichtdeutschen Lande finden die deutschen Bücher einen verhältnismäfsig gröfseren Absatz als in Ungarn. Und selbst die Torheiten des Deutschen Schulvereins werden es nicht dahin bringen, dafs man die deutsche Sprache aus den Mittelschulen entferne." Und in einer ganz neuen Kampfschrift des Grafen Mailáth lesen wir: „Mit Ausnahme der Schweiz gibt es vielleicht keinen zweiten Staat in der Welt, der seinen fremdsprachigen Bürgern so viel Freiheiten sichern würde, als Ungarn."

Derartige Erklärungen (zu ihnen zählt auch die oben S. 315f.

erwähnte Berliner Rede Apponyis) gehören zur Taktik der Magyaren, die bekanntlich schon bei ihrem ersten Auftreten in Europa verstellte Flucht und Hinterhalt bei ihrer Kriegführung anwandten. Zur Charakteristik dieser auch jetzt angewendeten Kampfmethode möge noch folgendes dienen.

Schon vor Jahrzehnten merkte man, dafs in Ungarn die deutsche Sprache bedrängt werde. Als dagegen Stimmen laut wurden und der Deutsche Schulverein für die Deutschen in Ungarn eintrat, verwiesen die magyarischen Schriftsteller unermüdlich darauf, dafs an ungarischen Mittelschulen die deutsche Sprache gelehrt werde. Joh. Hunfalvy rief in einem seiner Aufsätze aus: „Dafs die deutsche Sprache aus dem Volksleben beseitigt wäre, das kann nur ein Mitglied des Deutschen Schulvereins behaupten.“ Die Unaufrichtigkeit in dieser Beweisführung liegt klar zutage. Die Magyaren lernen freilich Deutsch, weil sie dessen Wert kennen; aber ebenso wahr ist es, dafs sie der Masse der Deutschen den Unterricht und den Gebrauch ihrer Sprache zu verwehren suchen, um sie zu Magyaren zu machen. Das Höchste in dieser Beziehung hat Franz Kossuth vor einigen Jahren in Temesvár geleistet. Da sagte er zu den dortigen Deutschen in einer öffentlichen Versammlung wörtlich: „Ein jeder halte fest an seiner Muttersprache. So wie wir (Magyaren) an unserer Muttersprache festhalten, so achten wir nur diejenigen hoch, die ihre angestammte Muttersprache lieben und sie nicht aussterben lassen.“ Sprachs und verlangte flugs die Verdrängung der deutschen Befehls-, Regiments-, Unterrichts- und Verkehrssprache beim Heer.

Als das Interesse Deutschlands für die bedrängten Deutschen in Ungarn erwachte, hiefs es in einer offiziellen ungarischen Zeitschrift: „Wem wollen die Herren also in Ungarn zuhilfe eilen? Die Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen besitzen eine Presse, welche sich einer so vollständigen Freiheit erfreut, wie man sie in keinem Lande Europas vollständiger kennt, und wahrlich, sie weifs von dieser Freiheit gehörig Gebrauch zu machen!“ Jede weitere Bemerkung über diese und ähnliche Ausführungen ist überflüssig.

Als zufolge des allgemeinen Entrüstungssturmes die Magyaren dem Budapester deutschen Theater 1880 die Konzession wieder

erteilten, konnte man in verschiedenen Artikeln der „Ungarischen Revue“ Bemerkungen wie die folgenden lesen: „Rasch genug ist also der Fehler gutgemacht worden, den die Minorität der Stadtvertretung an einem dies nefastus verübt hat. ... Wir hier in Budapest betrachteten diesen Beschlufs der Repräsentanz als eine bêtise, die früher oder später aus dem Wege geschafft werden mufs und werden wird.“ In einem Artikel wurde die Sperrung gar auf die Feuergefährlichkeit und Baufälligkeit des Gebäudes zurückgeführt. Wie diese für das Ausland bestimmten Ausführungen gedacht waren, ergibt sich zur Genüge aus dem weiteren Schicksal des deutschen Theaters (oben S. 339 f.).

Übrigens ist es in Ungarn nichts ungewöhnliches, dafs man in Schriften, die für das Ausland bestimmt sind, andere Töne anschlägt, als in der Heimat. Dieses Verfahren wird selbst bei wissenschaftlichen magyarischen Werken in ihren deutschen Ausgaben angewendet. Dies hat beispielsweise der Historiker Marczali-Morgenstern nachweislich in zwei seiner Arbeiten getan, indem er in den deutschen Ausgaben „diejenigen Stellen fortliefs, milderte oder umgestaltete, in denen er in magyarischer Sprache zur Freude seines Leserkreises auf deutsche Wissenschaft und Gelehrte Seitenhiebe führte“.

In einer Kampfschrift gegen Professor Kiepert, der infolge eines ehrenrührigen Ausfalles gegen die deutschen Kartographen in den Mitteilungen der ungarischen geographischen Gesellschaft deren Ehrenmitgliedschaft niederlegte, gab der Präsident der Gesellschaft Joh. Hunfalvy zu: „In Spezialwerken, besonders in enzyklopädischen Werken und Ortslexikons ist es nützlich, ja notwendig, neben den offiziellen und allgemein gültigen Ortsnamen auch diejenigen anzuführen, die als Nebennamen bei einem oder dem anderen Volksstamm faktisch im Gebrauch sind und eine lokale Bedeutung haben.“ Wie sehr verschieden von dieser für die deutsche Lesewelt abgegebenen Erklärung ist aber die Praxis in Ungarn!

Schliefslich sei nur noch zur Charakteristik der ungarischen Kampfweise erwähnt, dafs man das beliebte Schimpfwort „Deutscher Hundsfott“ damit vor den Reichsdeutschen zu beschönigen sucht, dafs darunter immer nur der deutsche Österreicher gemeint

sei. Und S. Radó behauptet in seiner in Berlin erschienenen Schrift, die trotz der Versicherung im Vorwort jedenfalls von der ungarischen Regierung veranlafst ist, dafs das magyarische Lehnwort hunczut nicht die schimpfliche Bedeutung von Hundsfott habe. Mit solchen Mitteln glaubt man die Reichsdeutschen für sich zu gewinnen!

So viel über die Bedrängnis der Deutschen in Ungarn. Etwas besser steht es in dieser Beziehung in Kroatien-Slawonien. Die deutsche Sprache wird hier mehr geduldet, und die Rechte der Deutschen werden weniger geschädigt. Doch ist dies nicht so sehr der Zuneigung zum Deutschtum zuzuschreiben, als der verhältnismäfsig stärkeren Position der Deutschen, die hier im Kampfe gegen die Slawen auch von den Magyaren unterstützt werden. Deutsche und Magyaren gelten den Kroaten in gleicher Weise als „Fremdlinge“.

Die Gründe des Hasses gegen die Deutschen sind mancherlei Art und liegen weit zurück. Die älteren ungarischen Könige riefen Deutsche ins Land, um sich auf sie gegen ihre zu Aufruhr geneigten Untertanen zu stützen; sie verliehen ihnen Land und Freiheiten; durch ihr Wissen und ihren Fleifs gewannen die „Gäste“ Ansehen, Einflufs und Vermögen. Das alles erregte die Abneigung und den Hafs gegen sie. Dieser Gegensatz wuchs, als die deutschen Habsburger sich in den Besitz Ungarns setzten, er hat durch die Germanisationsbestrebungen Josephs II. und schliefslich durch den Versuch der Errichtung einer österreichischen Gesamtmonarchie, in der Ungarn anderen Provinzen gleichgestellt werden sollte, neue Nahrung erhalten. Da die Träger der habsburgischen Gesamtstaatsidee überwiegend deutsche Beamte und Soldaten waren, so kehrte sich der Hafs gegen die Deutschen. Wie ungemessen der Hafs gegen die österreichische Herrschaft ist, geht daraus hervor, dafs z. B. Szentkláray, Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften, in einer vor einigen Jahren erschienenen Schrift behauptet, dafs die 164 jährige türkische Herrschaft im Banat nicht so verhängnisvoll war, wie die österreichische Herrschaft von 1716 bis 1779! Man traut seinen Augen nicht, wenn man in wissenschaftlichen Arbeiten derartige Behauptungen liest.

Ein weiterer Grund der Abneigung gegen das Deutschtum ist die Furcht vor demselben. „Der tiefste Grund des Hasses gegen das Deutschtum liegt in der Kulturmacht des deutschen Geistes.“ Die oben erwähnte ungerechte Verurteilung des Temesvárer Schriftstellers Orendi-Hommenau erfolgte blofs, weil er in ruhiger Weise die Vorzüge des deutschen Charakters geschildert hatte. Der Staatsanwalt mufste selbst zugeben, dafs der Artikel keine Aufreizung gegen die Magyaren enthielt; aber er fühlte doch durch die Schilderung der Deutschen sein Volk zurückgesetzt und bat die Geschworenen, „im Namen der als minderwertig hingestellten Magyaren den Angeklagten schuldig zu sprechen“. Und die Geschworenen kamen dieser Bitte willfährig nach.

Verwandt mit dieser Scheu vor deutscher Tatkraft ist die Anklage, dafs die ungarländischen Deutschen pangermanischen Bestrebungen huldigen und eine Zerschlagung Ungarns planen. Die Magyaren sind sich dessen bewufst, dafs ihre Unduldsamkeit gegen die anderen ungarländischen Nationalitäten geeignet ist, diese in die Arme ihrer Stammesgenossen jenseits der Grenzen zu treiben. Bezüglich der Deutschen traut diese Annahme ihnen geradezu unglaubliches zu, denn für eine Anlehnung an das Deutsche Reich fehlt die geographische Vorbedingung. Aber nicht einmal eine Verbindung Westungarns mit Österreich kann anstrebenswert erscheinen, weil dadurch das übrige Deutschtum in Ungarn geschwächt würde. Die Deutschen Ungarns erklärten übrigens feierlich, dafs pangermanische Ideen ihnen völlig fremd seien; sie wollen gute ungarische Staatsbürger sein, aber ebenso auch deutsch bleiben [1]). In neuerer Zeit bezeichnen die Magyaren freilich auch die „Konsolidierung des eigenen (deutschen) Volkes gegen die herrschende magyarische Nation“ als „Gefühls-Pangermanismus“. Da ist ihnen freilich nicht zu helfen!

Dazu kommt der grundverschiedene Charakter beider Nationen. Dem Magyaren, vor allem dem Adeligen, ist der deutsche Bauer

1) Leider scheint die Erkenntnis, dafs man guter ungarischer Staatsbürger sein kann, ohne Magyare zu werden, noch immer nicht Gemeingut aller Deutschen in Ungarn geworden zu sein. Die Magyaren geben sich eben alle Mühe, den politischen Begriff der ungarischen Nation (= alle Staatsbürger Ungarns) mit dem ethnographischen der magyarischen Nation zu verwirren.

und Bürger durch seinen Fleifs, der deutsche Gelehrte durch seine Pedanterie, der deutsche Beamte durch seinen Diensteifer und seine Unparteilichkeit verhafst. Der Magyare besitzt ungemessenen Stolz und setzt sich und sein Volkstum über alles; er verachtet deshalb nicht nur den Deutschen, sondern ebenso die anderen Mitwohner.

Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, dafs die Deutschen zum Teil selbst an der Mifsachtung durch die Magyaren Schuld tragen. Einem selbstbewufsten Volke flöfsen nur Gleichgeartete Achtung ein. Nun ist es leider wahr, dafs ein Teil der ungarländischen Deutschen sich an der Ehre seines Volkstums schwer versündigt hat und dem Magyaren daher Anlafs zur Minderbewertung gab. Unter den deutschen Bürgern ist schon frühzeitig starkes Anschmiegen ans Magyarentum nachweisbar, wobei freilich zu berücksichtigen ist, dafs der Handwerker und Kaufmann seiner Kundschaft entgegenkommen mufs. Auch darf man nicht vergessen, dafs viele Deutsche der Hafs gegen die absolute Herrschaft ins Lager der Magyaren trieb, die die freiheitlichen Ideen zu vertreten schienen. Davon liefs sich vor allem die Jugend blenden, auf die die Schule, die Tagesliteratur, die Gesellschaft, das ungewohnte Pathos und der Glanz der Reden in Vereinen und Versammlungen stark einwirkte. In ihrer politischen Zerfahrenheit hat der Grofsteil der ungarländischen Deutschen, besonders in neuerer Zeit, eine klägliche Rolle gespielt; auch deutsche Stimmen urteilen darüber sehr abfällig. So erzählt Max Schlesinger im Jahre 1850: „Der Prefsburger Bürger war seit einer Reihe von Jahren ultramagyarisch, mochte es nicht leiden, dafs seine Kinder anders als magyarisch sprachen, trug einen Rock mit Schnüren vorn und hinten. ... Deutsche Bürger setzten magyarische Schilder über ihre Kramläden, klebten magyarische Namen an die Strafsenecken. ... Der deutsche Städtebürger wufste nichts besseres zu tun als Eljen zu schreien, wenn der Schatten von Kossuths Kalpak (Mütze) um die Ecke bog, und schwarzgelbe Fahnen aufzustecken, wenn ein österreichischer Korporal mit sechs Mann am Horizont seines Weichbildes erschien.“ Ein trauriges Zeichen des geringen völkischen Bewufstseins sind ferner die seit Jahrzehnten erfolgenden Namensänderungen. Einzelnen genügt es, die magyarische Schreibweise an-

zunehmen; so wurde aus Henselmann ein Henszelman, aus Sonntag ein Szontágh, aus Schulz ein Sulcz u. dgl. Die meisten übersetzten ihren Namen ins Magyarische oder änderten ihn so, dafs er nicht mehr erkenntlich ist. So hiefs, um zunächst einige Politiker zu nennen, der einstige Präsident der Kossuthpartei Iranyi ursprünglich Halbschuh; der Präsident der Ugronpartei Szederkenyi hiefs Schönnagel und der gröfste Schreier dieser Partei Csatar hatte den gut deutschen Namen Löffelholer; der gewesene Ackerbauminister Daranyi nannte sich früher Grieskorn, der Abgeordnete Endrei — Engel, der Abgeordnete Gajari — Bettelheim. Ebenso finden sich solche magyarisierte Deutsche unter den Schriftstellern und Künstlern: die bekannten Gelehrten Paul und Johann Hunfalvy waren Zipser Deutsche und hiefsen Hundsdorfer, der Kulturhistoriker Ipolyi — Stummer, der Literaturhistoriker Toldy — Schedel, der Maler Munkacsy — Lieb, die Malerin Vilma Parlaghy — Brachfeld usw. Bekannt ist, dafs der Ministerpräsident Wekerle ein Sohn schwäbischer Eltern ist. Die Kossuthistische Partei zählte 1906 zu ihren Mitgliedern unter anderen folgende Abgeordnete: Beck, Ebner, Eitner, Fernbach, Günther, Hammersberg, Hentaller, Hermann, Hilbert, Hinleder, Hirtenstein, Keller, Mahler, Pleininger, Rath, Steiner, Weber, Ziegler. Dazu kommen die feilen deutschen Pfarrer und Lehrer, die sich des deutschen Vaternamens schämen und willige Werkzeuge der Magyarisierung sind. Überläufer werden geduldet, aber nicht geachtet. Die neu einwandernden Reichsdeutschen sind nach ihrem eigenen Geständnisse an den nationalen Kampf nicht gewöhnt; sie sind in diesem Sinne nicht genügend völkisch erzogen und in der Selbsthilfe unerfahren. Daher stehen sie ratlos da. Aufserdem scheuen sie sich ihre Geschäfte zu schädigen. Sie machen daher leider im allgemeinen keinen guten Eindruck.

Die Bedrückung des Deutschtums hat glücklicherweise das völkische Bewufstsein wachgerufen und gestärkt. Den wirtschaftlichen und sozialen Kampf führten die Deutschen in Ungarn seit Jahrhunderten; die nationale Bewegung konnte erst entstehen, als die Angriffe gegen das Volkstum und die Sprache eintraten. Die völkische Bewegung ist überhaupt nicht alt und die deutschnationale wohl die jüngste.

Von einem völkischen Bewufstsein findet man bei den Deutschen des eigentlichen Ungarns im 18. Jahrhundert nur geringe Spuren. Vereinzelt begegnen uns aber Männer von hervorragend deutscher Gesinnung. Zu diesen zählt vor allem der 1772 im Sároser Komitate geborene und in der Zips erzogene Samuel Bredetzky, der spätere evangelische Superintendent Galiziens, dessen Schriften warme Liebe für sein Volk und dessen Sprache dartun.

Vor allem war das deutsche Volksbewufstsein aber bei den Sachsen Siebenbürgens nicht erstorben. „Fidem genusque servabo" (ich will meinem Glauben und meinem Volkstum treu bleiben) war der Wahlspruch Samuel von Brukenthals, des bedeutendsten Sachsen im 18. Jahrhundert. Als infolge der übereilten Germanisationsbestrebungen Kaiser Josephs das Nationalgefühl bei den Magyaren auflebte, wirkte dies auch auf die Sachsen ein. Die Zurückweisung der Union Siebenbürgens mit Ungarn (1790/91) geschah unter starker Betonung des sächsischen Standpunktes. Als sich nämlich die Magyaren wegen eines in deutscher Sprache abgefafsten Hofreskriptes beschwerten, erhoben die Sachsen dagegen kräftigen Widerspruch und zwar mit der Begründung, „weil sie ansonsten ihrer eigenen Muttersprache widersprechen müfsten". Darauf rief ihnen ein magyarischer Deputierter zu: „So gehen Sie nach Deutschland!"[1]) Auch in den folgenden „stillen Jahren", einer sonst wenig regsamen Zeit, ging dieses Gefühl nicht verloren. Die Sorge um das Sein und Nichtsein des deutschen Volkes in der Zeit der Befreiungskriege, der Jubel über den endlichen Sieg hat auch das deutsche Gefühl der Sachsen gestärkt. Seit 1830 begann dieses sich stärker zu regen, so dafs überall „neues Leben" sich kundtat. Auf dem Landtage von 1841 vertraten die sächsischen Abgeordneten mutig das Recht ihrer deutschen Sprache im öffentlichen Leben. In dem damals entbrannten Sprachenkampfe forderten sie völlige Gleichberechtigung für die deutsche Sprache unter den Magyaren. Der Pfarrer Roth trat damals mit einer Schrift „Der Sprachenkampf in Siebenbürgen" (1842) für sein Volk in die Schranken; die prächtige Abhandlung ist noch jetzt

---

1) Wie man sieht, ist dieses auch jetzt vorkommende Manöver (s. oben S. 341) nicht neu.

lesenswert. Wie kräftig der Verfasser das Wort führte, dafür spricht der Umstand, dafs diese Schrift zunächst jenen Hafs der Magyaren hervorrief, der ihrem Verfasser 1849 sein Todesurteil sprach. Das war die Zeit, wo Geltchs „Liederbuch der Siebenbürger Sachsen“ erschien, in dem es „von Zweig zu Zweig vom Deutschtum und immer wieder vom Deutschtum hallte“. Hier ruft der Dichter den Sachsen schon die Worte zu: „Ja auch ihr seid Hermanns Söhne!“ Dieser Geist führte 1848 zur Gründung des Jugendbundes der sächsischen Jünglinge, dessen Zweck die Belebung und Kräftigung einer zeitgemäfsen volkstümlichen Entwicklung der Sachsen war. Welche Begeisterung in vielen dieser Jünglinge aufflammte, das zeigt das Beispiel eines Theodor Fabini, der später anfangs 1849 den Heldentod für seinen Kaiser starb. Die Äufserung der nationalen Idee fand ihren Ausdruck aber auch in der Schöpfung des landeskundlichen Vereins (1841) und in der Pflege des deutschen Schulwesens. Am 22. August 1850 widmete z. B. die Nationaluniversität aus den Erträgnissen ihres Vermögens jährlich 50000 Gulden für Schulzwecke, davon 25000 für die fünf vollständigen Gymnasien, 7000 für Seminarien und 8000 für Hauptvolksschulen. Die folgende kurze österreichische Herrschaft gefährdete nicht das Deutschtum und deshalb tritt die nationale Idee wieder zurück. Erst die Gefahr der magyarischen Verwaltung hat sie von neuem stärker aufleben lassen. Die Debatten über die Zertrümmerung des Königsbodens (1876), über die Einführung des Magyarischen in alle Volksschulen (1879) und über das Mittelschulgesetz (1883) zeigen wieder das Aufflammen nationaler Begeisterung.

Die Gewaltherrschaft seit 1867 hat auch allmählich im eigentlichen Ungarn und in Kroatien die nationale Bewegung hervorgerufen; sie ist freilich nicht in allen Landesteilen gleich stark.

Am geringsten ist das nationale Bewufstsein in Nordungarn. Das Deutschtum ist hier infolge der langen ungünstigen Entwicklung zu schwach und völlig willenlos. Von einem Widerstande, einem nationalen Verein u. dgl. ist hier keine Spur zu finden; kaum dafs die Magyarisierung der Ortsnamen als überflüssig bezeichnet wurde. Infolge des magyarisierten Schulwesens spricht die Jugend oft schon magyarisch, während Eltern und Grofseltern

sich noch der deutschen Sprache bedienen. Man spricht aber noch weit mehr deutsch, als der Fremde etwa aus den magyarischen Strafsennamen, Ankündigungen, Ladenschildern u. dgl. einer Zipser Stadt schliefsen würde. Horcht er auf das Gespräch der Vorübergehenden, tritt er in die Läden, ins Gasthaus, fährt er im Eisenbahnwagen, so hört er stets den deutschen Laut. Man wird auch noch die Auskunft erhalten: „Käsmark ist eine deutsche Stadt", „in Igló (Neudorf) und hier überall wird viel deutsch gesprochen"; wenn man aber die Frage stellt: „Warum denn die magyarischen Aufschriften?" so heifst es: „Das ist in Ungarn schon so." Aus dieser Bemerkung spricht eine ganz hoffnungslose Ergebung ins Schicksal. Deshalb nennen sich die Deutschen hier: Krausz Istvan, Arpad Gretzmacher, Gésa Payer u. dgl. Darum kann man in einem der wenigen deutschen Blätter der Zips Bemerkungen wie folgende lesen: „Den edlen Leitern des Festes, die auch im Dienste der Magyarisierung vieles tun, den besten Erfolg!"[1]) So hat auch Dr. Béla Forberger dem anfangs August 1909 in Käsmark stattgefundenen Kongresse der Zipser in einer magyarisch geschriebenen Schrift den Vorschlag gemacht, blofs für die Erhaltung des Deutschtums in den Dörfern zu sorgen, dagegen die Städte zum Schutze gegen das Slawentum zu magyarisieren. Die Zipser Deutschen sind eben nicht imstande, der magyarischen Gewalt und der slawischen Masse zu widerstehen; deshalb schliefsen sie sich an die Magyaren an. Betont mufs werden, dafs den Zipser Deutschen Arbeitstüchtigkeit und Bildungsfreudigkeit nicht abgeht. Wie in früherer Zeit zeichnen sich die Zipser auch gegenwärtig durch ihre Vorliebe zum Studium aus; da sie aber dann auf dem engen Raume ihres Komitats keine Anstellung finden, verlassen sie die Heimat; so sinkt nicht nur das Zipser Deutschtum der Zahl nach, sondern es gehen dem Volke auch tüchtige Köpfe verloren: dafs die beiden Hundsdorfer-Hunfalvy geschätzte ungarische Gelehrte wurden, brachte ihren Stammesgenossen keine Förderung. Da ferner viele Zipser des Erwerbs halber nach Amerika auswan-

1) An deutschen Zeitungen erscheinen gegenwärtig in der Zips nur die „Karpathenpost" (Käsmark) und „Evangelischer Glaubensbote" (Strázsa). Der „Zipser Bote" ist magyarisch geworden.

dern, so rücken an ihre Stelle Slawen. Die Bemühungen der Zipser um die Geschichte ihrer Heimat sind sehr anerkennenswert; aber auch in ihren historischen Schriften kommt keine nationale Begeisterung zum Ausdruck. So preist z. B. der verdienstvolle S. Weber in seinen „Zipser Geschichts- und Zeitbildern“ alle bürgerlichen Tugenden seines Volkes, aber den völkischen Standpunkt betont er kaum. Dafür werden die Zipser Deutschen von den Magyaren als „wackere Ungarn deutscher Abstammung“ gepriesen. Ob das im übrigen Ungarn und im benachbarten Galizien erwachte nationale Leben schliefslich auch die Zips erfassen wird, ist abzuwarten. Der „Verein der christlichen Deutschen in Galizien“ versucht in diesem Sinne zu wirken [1]).

Neben den nordungarischen Deutschen leisten jene in West- und Mittelungarn der Magyarisierung den geringsten Widerstand, und zwar gilt dies wie übrigens überall unter ähnlichen Verhältnissen vor allem von der städtischen Bevölkerung. Aber auch in den westungarischen Städten ist das Deutschtum noch stärker eingewurzelt, als es die zur Schau getragene Magyarentümelei vermuten läfst. So ist Prefsburg trotz allem noch immer eine „Vorstadt Wiens“, ein „deutsches Nest“. Vor einigen Jahren war darüber in einem Kossuthblatte eine bewegliche Klage zu lesen: „Seit etwa zehn Jahren lieben es die Prefsburger von sich zu verkünden, dafs sie sich im Sturm magyarisieren. Weifs Gott, in einzelnen Äufserlichkeiten ist auch ein Fortschritt auf diesem Gebiete geschehen. Dank dafür jener Handvoll begeisterter Patrioten, die für die heilige Sache des Magyarentums einen Titanenkampf führen. Aber im Innern ihrer Seele sind die Prefsburger Kraxelhuber auch heute noch verstockte Deutsche, die ihr Herz

1) Im Jahre 1910 meldete „Die Karpathenpost“ (Käsmark), dafs Herr Johann Kobialka den Gymnasien in Käsmark und Igló (Neudorf) Stiftungen von je 1000 Kronen zukommen liefs, deren Zinsen jährlich einem braven fleifsigen Schüler zufallen sollen, „der in der deutschen Sprache vorzügliche Fortschritte aufweist“. Ob die Beweggründe dieser schönen Tat völkisch waren, ist nicht bekannt; jedenfalls ist die Stiftung für das Deutschtum höchst wertvoll. Als traurige Folge der Entdeutschung der Zipser Städte meldeten die Zeitungen anfangs 1911, dafs die bisherige Stadt Lublau zu einer einfachen Gemeinde herabgesetzt wurde.

nicht nach Ofenpest, sondern nach Wien zieht." Erwähnt wurde schon früher, dafs die Prefsburger und Ödenburger sich für ihr deutsches Theater mit grofser Entschiedenheit einsetzten. Es schlummert also doch noch in diesen Deutschen das Bewufstsein nationaler Pflicht. In ihrer Geschlossenheit, besonders auf dem Lande, kommen sie mit magyarischen Elementen so wenig in Berührung, dafs der Gegensatz völkischen Bewufstseins noch nicht zur vollen Geltung kommen konnte: sie empfinden noch zu wenig die Gefahr der Magyarisierungspolitik. Argen Schaden richten die magyarisierten Schulen an. Aber es regt sich auch hier der bessere Geist. So hat 1908 Heiligenkreuz bei St. Gotthard an der Raab die Wiedereinführung der deutschen Verhandlungssprache nach dem Nationalitätengesetze von 1868 beschlossen; es ist die erste Gemeinde im Eisenburger Komitat, in der der Kampf um die deutsche Verhandlungssprache aufgenommen wurde. Gegen die Magyarisierung der ungarländischen Deutschen erhob im Sommer 1909 der Prefsburger „Westungarische Grenzbote", ein sonst nicht national gesinntes Blatt, scharfen Protest; vor allem wird die Schulpolitik verdammt: „Das macht böses Blut! Das peitscht die Leute auf! Von überall vernimmt man Klagen." Schon fafst die ungarländische deutsche Volkspartei in Westungarn Boden. Auch in Mittelungarn beginnt sich die Liebe zur deutschen Muttersprache zu regen; die Schulgesetze haben, wenn man einzelnen Berichten glauben darf, auch hier viel Mifsmut erweckt. In Budapest ist bisher nichts von einer nationalen Bewegung zu merken. Selbst den hier zahlreich angesiedelten Reichsdeutschen sagt man nach, dafs sie sich geschäftlich zu schädigen fürchten, wenn sie nicht ihre Kinder über Nacht zu Stockmagyaren erzögen.

Sehr erfreulich hat sich die völkische Bewegung bei den Schwaben in Südungarn entwickelt. Lang schienen sie den Magyaren ungefährlich und wurden von diesen wie die Zipser deshalb gelobt; aber sie hatten sich in den „braven" Leuten getäuscht. Aus Schwabenmund soll man oft die Worte hören: „Wir erwachen langsam, man kann uns lang reizen; aber wo wir dann einmal drein haun, da wächst kein Gras." Tatsächlich hat sich die Bewegung in Südungarn sturmartig entwickelt. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hörte man nichts von einer

politischen Betätigung der Schwaben; sie liefsen sich ihre deutschen Schulen nehmen, duldeten den Druck, entzogen sich ihm höchstens durch Auswanderung. Dann aber wurde 1900 in Temesvár das „Deutsche Tagblatt für Ungarn" begründet, das als „Deutsch-ungarischer Volksfreund" weiter fortbesteht. Hierauf wurde 1904 in Ruma das „Deutsche Volksblatt für Syrmien" gegründet; und im Oktober desselben Jahres versammelten sich im genannten Orte, den man mit Recht als eine Hochburg des Deutschtums in Slawonien bezeichnen kann, deutsche Hochschüler, Bürger und Bauern und hielten eine vertrauliche Versammlung, die die Polizei vergebens zu verhindern gesucht hatte. Man beriet über die Erhaltung der deutschen Schule, Gründung von Volksbüchereien, Schaffung und Unterstützung einer nationalen Presse, sowie über gemeinsame politische und wirtschaftliche Organisation. Darauf wurde anfangs 1907 die „Ungarländische deutsche Volkspartei" zur Wahrung der bedrohten materiellen und geistigen Interessen geschaffen, die in kurzer Zeit 8000 Mitglieder zählte und die man schon im Entstehen so fürchtete, dafs man ihr jede Versammlung unmöglich machte. Und diese Entwicklung vollzog sich trotz alles Geschreies über die „pangermanische" Bewegung, trotz der Deutschenhetze, an der Politiker, Parlamentarier und Journalisten Anteil hatten, und trotz der unerhörtesten Vergewaltigung der deutschen Redakteure. Dem Herausgeber der Grofs-Kikindaer Zeitung, Arthur Korn, ist sein Gedicht „Gedenke, dafs du ein Deutscher bist" mit Ausweisung auf ewige Zeiten belohnt worden. Übrigens mufste Ministerpräsident Wekerle in Beantwortung einer Interpellation im ungarischen Parlament feststellen, „dafs die pangermanischen Bestrebungen Phantasien seien, vor denen man sich nicht zu fürchten brauche". Da sich trotz aller Hindernisse die deutschvölkische Bewegung in Südungarn ausbreitete, griff man zu einem anderen Mittel. Wie seinerzeit gegen den Schulverein [1]), so veranstaltete man jetzt Versammlungen, in denen sich zusammengetrommelte Deutsche gegen die Bewegung aussprechen sollten. Graf Apponyi, der damals Unterrichtsminister war, suchte die Leute durch seine glänzende Beredsamkeit irre zu führen. Ein Mit-

---

1) Vgl. unten S. 363.

glied der Volkspartei, das den Mut besafs, dem mächtigen Manne auf seine Anwürfe antworten zu wollen, erhielt das Wort nicht. Trotzdem liefsen sich die Schwaben nicht zu einer flammenden Verurteilung der Deutschen Volkspartei herbei, die bezweckt wurde, sondern sie antworteten mit einem einstimmig angenommenen Antrage, der die wesentlichen Punkte des Programms der Partei enthielt. Entsprechend diesem neu erwachten Leben begann ein lebhafter Kampf gegen die weitere Magyarisierung der Schulen; in verschiedenen Gemeinden will man deshalb von weiterer Verstaatlichung der Gemeindeschulen nichts wissen. Der Ruf nach deutscher Unterrichtssprache in den Schulen und deutscher Verhandlungs- sowie Protokollsprache in den Gemeinden wird immer lauter; auch der Geistlichkeit gegenüber wird die billige Forderung nach deutscher Predigt und deutschem Kirchenlied allmählich zur Geltung gebracht. Da sich die schwäbischen Hochschüler national zu regen beginnen, darf man hoffen, dafs die Schwaben Südungarns fortan nicht mehr ihre Intelligenz an die Magyaren verlieren werden. Dies war hier wie in anderen Teilen Ungarns ein Krebsschaden; während der bäuerliche Grundstock der Schwaben gegenüber den umwohnenden Serben und Rumänen an Zahl und Boden gewann, mufsten sie den Schmerz beklagen, dafs ihre eigenen Kinder, soweit sie höhere Schulen besuchten, sich oft gegen sie wandten. Erfolgreich vertreten jetzt diese Deutschen auch ihre Interessen bei den Gemeindewahlen; ebenso schicken sie sich an, den ihnen gebührenden Platz im ungarischen Reichstag und im kroatischen Landtage zu erringen. Echt deutsches Leben beweisen ferner die an Zahl zunehmenden Gesangs- und Turnvereine; aus den Berichten über die Turnfeste sprüht echt deutscher Geist, und man merkt es, dafs man es mit einer Bewegung zu tun hat, die aus dem Herzen des deutschen Volkes kommt. „Heil Jünger Jahns, deutsche Art in Ewigkeit stets treu gewahrt“ ruft ein einheimischer Sänger den Turnern von Semlin und Ruma zu. Überaus warm und kräftig sind auch die Töne, welche das „Deutsche Volksblatt für Syrmien“ und „Der deutschungarische Volksfreund“ anschlagen. Hier als Probe einige Sätze aus dem Leitartikel des ersteren Blattes vom 24. Juli 1909: „Und trotz alledem und alledem bleibt der Deutschenhafs und die Deutschen-

verfolgung in Ungarn auf der Tagesordnung, man will diesem anerkannt tüchtigen Volke, diesen guten Patrioten ihr Heiligstes mit Gewalt entreifsen, man will ihnen ihre teuere Muttersprache, ihre deutschen Schulen und ihre völkische Eigenart rauben, man will sie einfach von der Bildfläche verschwinden machen. In Ungarn soll es fortan keine Deutschen mehr geben, man will einfach dasjenige vernichten, was zur Kräftigung und Stärkung dieses Staates am meisten beigetragen hat. Aber dieser Vernichtungsdrang wird für alle Zukunft nur ein Hirngespinst bleiben, denn fest ist des Deutschen Faust und fest und unerschüttert ist des Deutschen Glaube an sein Volkstum. Die Chauvinisten in Ungarn mögen noch so viel vergewaltigen, drangsalieren und unterdrücken, das deutsche Wesen werden sie nicht imstande sein gänzlich zu verwischen, es wird und mufs für die bedrängten Deutschen — ungeachtet der ,mächtigen' Vizegespane — auch ein Morgenrot dämmern, und zwar vielleicht gar bald!"

So entwickelt sich in Ungarn eine verheifsungsvolle deutsche Bewegung, von der man hoffen darf, dafs sie sich stets weiter ausbreiten wird. Zu bedauern ist nur, dafs bisher die Sachsen Siebenbürgens noch eine Sonderstellung einnehmen. Sie hoffen noch immer, die Reste ihrer alten Rechte durch Anschlufs an die Regierung zu bewahren; auch ist ihre Stellung zwischen Magyaren und Rumänen so schwierig, dafs sie wohl den Kampf nach zwei Seiten nicht aufnehmen können. Dazu kommt, dafs die Sachsen erst seit 1876, da ihr Gebiet vollständig der allgemeinen ungarischen Verwaltung angeglichen wurde, aus ihrer Isolierung heraustraten; bis dahin schieden sie ihre Sonderrechte völlig von anderen Deutschen Ungarns. Vergessen darf man nicht, dafs die ungarische Regierung seit dem Beginne der konstitutionellen Ära die Sachsen stets mit besonderer Aufmerksamkeit für die ungarische Staatsidee zu gewinnen suchte. Ihnen wurden kluge Obergespane geschickt, die durch ihr persönlich konziliantes Wesen auf die führenden Männer unter den Sachsen Eindruck machten. Auch an schönen Versprechungen liefs man es nicht fehlen. „Einmal war der Kaufpreis für den Anschlufs an die Regierungspartei Staatshilfe für die autonome sächsische Schule und Kirche — ein Regierungswechsel liefs dann alle Hoffnungen zuschanden werden

ein andermal, viele Jahre lang, war es wieder die Aussicht auf Zuerkennung des Verfügungsrechtes über das Nationalvermögen der sächsischen Universität, womit man sich das Schweigen der sächsischen Abgeordneten zu erkaufen suchte. Und so kam es, dafs Männer, denen es an Mut nicht gebrach, trotzdem einer weitgehenden parlamentarischen Opportunitätspolitik das Wort redeten, weil sie in lauterster Absicht und zugleich im wohlverstandenen Staatsinteresse handelnd den kulturellen Besitz erhalten und mehren wollten.“ Am 31. März 1911 hielt der frühere Sekretär des ungarischen Handelsministeriums, Josef Szterenyi, eine überaus sachsenfreundliche Rede: Die deutschen Zeitungen bemerken dazu sehr treffend, dafs die Magyaren dadurch nur solange die Sachsen an sich zu fesseln suchen, bis die Bauern in Süd- und Westungarn entdeutscht sein würden; die Sachsen allein könnten dann der magyarischen Vorherrschaft in Ungarn nicht mehr widerstehen. Aber es mehren sich die Anzeichen, dafs sich zwischen Sachsen und Schwaben nähere Beziehungen entwickeln. So wurde z. B. 1907 ein Hilfgesuch um Gaben für die durch Überschwemmung heimgesuchte Gemeinde Rudolfsgnad im Banat auch von den siebenbürgischen Vereinen in Wien unterschrieben. Der „Verein der Siebenbürger Sachsen in Berlin“ änderte 1909 seinen Namen in „Verein der Deutschen aus Ungarn“. An der Aussprache darüber nahmen Deutsche aus Südungarn Anteil, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, „dafs auch zu Hause in unserem Vaterlande die Deutschen verschiedener Gegend zusammenstehen zur Wahrung ihrer Kultur“. Ebenso verschmolz 1909/10 der „Verein der siebenbürgisch-sächsischen Hochschüler in Wien“ mit der „Vereinigung deutscher Hochschüler aus den Ländern der ungarischen Krone in Wien“. Und gleichzeitig fordert in der Siebenbürger Zeitschrift „Die Karpathen“ der banater Bauer, Dichter und Schriftsteller Josef Gabriel Schwaben und Sachsen auf, Hand in Hand zu gehen und gemeinsam Bosnien zu kolonisieren. Erwähnt wurde schon (S. 297), dafs einzelne deutsche Sparvereine in Südungarn vom siebenbürgischen Raiffeisenverband gegründet wurden. Ende 1908 ist in Hermannstadt die „Deutsche Bürgerzeitung“ ins Leben gerufen worden, welche es sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Verbindung zwischen Sachsen und Schwaben zu pflegen. Im Sommer

1909 veröffentlichte sie einen bemerkenswerten Artikel, der gegen das von den sächsischen Abgeordneten bisher geforderte Pluralitätswahlrecht sich wendet und für das von den Schwaben Ungarns gewünschte allgemeine gleiche Wahlrecht eintritt: „um ein paar Abgeordnetenmandate würden wir Verrat begehen an den Hunderttausenden von Deutschen Ungarns“. Auch sonst gehen durch die Blätter in letzter Zeit Aufrufe und Artikel, die einen festen Zusammenschlufs besonders der ungarischen Schwaben mit den Siebenbürgern vorbereiten. An der Spitze der Kämpen für diese Idee steht der banater Schwabensohn Adam Müller-Guttenbrunn, der nicht nur in zündenden Vorträgen, sondern auch in seinen völkischen Romanen mit eindringlicher Stimme dafür eintritt. Vor allem erhofft man von dem Besuche der sächsischen Mittelschulen durch ungarländische Deutsche die Schaffung einer national gesinnten Intelligenz. Dazu kommt, dafs dieses Zusammengehen aller Deutschen in Ungarn, wiederholt von den befreundeten Kreisen im Ausland angeregt, dem ungarländischen Deutschtum grofse Sympathien verschaffen würde.

Die erstarkenden Beziehungen der Deutschen Ungarns zu ihren Stammesgenossen in Österreich und im Deutschen Reiche sind überaus erfreulich. In früheren Jahrhunderten waren diese sehr spärlich; sie waren nur durch die Reformation und die zeitweilige Neueinwanderung Deutscher aufgefrischt worden. Bei der Erwerbung Siebenbürgens durch Österreich am Ende des 17. Jahrhunderts wird das Deutschtum der Sachsen bedeutungsvoll hervorgehoben. Zu derselben Zeit lenkte Leibniz die Aufmerksamkeit der deutschen Wissenschaft auf die Sachsen. Erwähnt wurde auch schon das Interesse, das z. B. Schlözer dem Kampfe der Sachsen um ihre Rechte am Ende des 18. Jahrhunderts entgegenbrachte. In der Napoleonischen Zeit bewiesen dagegen wieder diese ihren Anteil an dem Mifsgeschicke Deutschlands. Der Sachse Georg Paul Binder betrauert in seinen Gedichten Preufsens Fall und erhofft dessen Wiedererhebung. Als Österreich 1809 den Kampf gegen Napoleon aufnahm und die sächsische Nation ein Jägerbataillon ins Feld stellte, veröffentlichte der junge Sänger begeisterte Lieder. Schon 1810 sieht er prophetisch voraus, dafs Sachs und Bayer, Preufse und Österreicher als Deutsche zusammen-

stehen, und „hehr und herrlich winkt das Banner des Einen Volkes“. Und als vollends Napoleon besiegt war, da jubelte er in die Welt hinaus:

Triumph, Triumph, ihr deutschen Waffenbrüder,
Gerettet ist das teuere Vaterland,
Mit Hohn und Schimpf trat uns der Fremdling nieder,
Wir haben Hohn und Schimpf ihm heimgesandt,
Wir sind erlöst; die Fessel ist gebrochen,
Der Herr hat uns und unsere Schmach gerochen.

Der deutsche Rhein, auf deutscher Alp entquollen,
Ergiefset wieder sich ins deutsche Meer,
Und seine freigeborenen Fluten zollen,
Nun keinem fränkischen Despoten mehr,
Nur Fug und Recht kann ewiglich bestehen,
Der Zwingherr und sein Dienst mufs untergehen.

Die folgende Zeit, die stillen Jahre (bis 1830), war nicht für eine Verinnigung dieser Beziehungen geeignet. Kaum regte sich aber neues Leben, so geht Pfarrer Roth nach Württemberg, um von dort Ansiedler herbeizuführen, die die rückständige Landwirtschaft in Siebenbürgen beleben sollen. Joh. Fried. Geltch dichtet sein Gedicht „Die Siebenbürger Sachsen und ihre Stammesgenossen in Deutschland“, in dem er die „heifsgeliebten Brüder“ erinnert, dafs „euer schönes Land auch uns gebar“. Das Jahr 1848 schlang das Band noch enger. Auf eine Eingabe der Sachsen „um Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“ hatte der Fünfzigerausschufs des Frankfurter Parlaments schon am 5. Mai 1848 beschlossen, der Nationalversammlung zu empfehlen, an den ungarischen Reichstag das freundnachbarliche Ersuchen zu stellen, „Ungarn, durch die wichtigsten politischen Interessen mit Deutschland verbunden, wolle die Sachsen in ihrer Nationalität und Verfassung nicht beeinträchtigen“. Und als bald darauf die sächsische Nation vier Jünglinge, darunter die uns schon bekannten Theodor Fabini und Joh. Fried. Geltch, nach Deutschland schickte, um die Sympathien der Frankfurter Nationalversammlung für die Sachsen zu gewinnen, wurden diese auf ihrer Reise mit Freundschaftskundgebungen überhäuft. Am höchsten stieg die Begeisterung in Leipzig und beim Wartburgfeste: es waren herrliche Huldigungen für das sächsische Volk. Als die Abgeordneten am 1. Juli 1848 der

Nationsuniversität Bericht erstatteten, wurde manches Auge tränenfeucht. Zweifellos haben die Sympathiekundgebungen Deutschlands und des „Vereins der Deutschen in Österreich zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“ in dieser bangen Zeit die Zuversicht und die Ausdauer des sächsischen Volkes gestärkt, obschon wirkliche Hilfe ganz ausblieb und wohl auch nicht zu erwarten war.

Als dann durch die Vorgänge von 1866 und 1870/1 das Deutsche Reich mächtig emporstieg, dagegen die Schwächung des Deutschtums in Österreich erfolgte, wurden die ungarischen Deutschen durch den Ausgleich von 1867 völlig den Magyaren preisgegeben. Und da bald darauf aus Ungarn die Kunde von der Unterdrückung des Deutschtums erscholl, begann eine regere Teilnahme für dasselbe. Seit den siebziger Jahren erschien eine Fülle von Publikationen, welche für die Deutschen in Ungarn Partei ergriffen. Wichtige Fragen, wie die Zertrümmerung des Sachsenbodens und die Sperrung des deutschen Theaters in Budapest riefen besonderen Anteil hervor. Der 1881 begründete Allgemeine deutsche Schulverein (Verein für das Deutschtum im Ausland in Berlin) bezeichnete sofort die Hilfeleistung für die Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen als seine erste Aufgabe. Wie sehr dieses Auftreten der deutschen Gelehrten, Schriftsteller, Zeitungen und Vereine den Magyaren ungelegen kam, beweisen die Gegenschriften, die Gründung der zur Abwehr bestimmten „Ungarischen Revue“ (seit 1881) und vor allem der Ton der versuchten Abwehr. Hier einige Proben aus der „Revue“. Die deutschen Zeitschriften werden als „literarischer Janhagel im Reich“ bezeichnet und ihnen „Pöbelhaftigkeit“ vorgeworfen. In einem anderen Artikel heifst es: „Denn wo waren die deutschen Gelehrten, als man die hohe Dynastie (der Habsburger) trotz ihrer uralten Rechte aus Deutschland verdrängte“. Die „germanische Wissenschaftlichkeit“ und „Gründlichkeit“ wird recht oft spöttisch zitiert. Dann ist wieder die Rede von „verblüffender Fülle bajuvarischer Wut und Grobheit“. Am ärgsten kommt der Allg. Deutsche Schulverein davon. Ihm werden blinder Magyarenhafs vorgeworfen, dann wird von Torheiten des Deutschen Schulvereins gesprochen; sein Vorgehen wird als „politische Bauernfängerei“, „Lächerlichkeit“ und „Aufdring-

lichkeit" bezeichnet. Ein Aufsatz gegen den Schulverein sucht dessen Aufrufe durch die Bemerkung lächerlich zu machen, dafs sie von den „Blättern im Reiche weise verborgen werden zwischen den Ankündigungen über verlaufene Hunde und neue Methoden der Schokoladefabrikation". Natürlich fehlte nicht die Frage: „Wer berechtigt die Herren vom Deutschen Schulverein im Namen der Deutschen in Ungarn zu sprechen?" Ebenso nahmen die Magyaren durch bestellte Artikel in der „deutschen" Presse Ungarns und in zu diesem Zwecke besonders zusammengerufenen Versammlungen gegen den Schulverein Stellung. Diese „Schulvereinsdemonstrationen" in Ungarn hatten aber zur Folge, dafs Tausende und aber Tausende besonders in Siebenbürgen erklärten, sie seien deutsch und wollten deutsch bleiben (1882). Und dann suchte man wieder durch andere Mittel die wachsenden Beziehungen zu unterbinden. Am 8. September 1902 brachte es Graf Apponyi zustande, den Schwaben in Werschetz (Versecz) zu verkünden: „Sie gehören nicht zu dem westlichen deutschen Kulturvolk, das sich nicht um sie kümmert. ... Sie kennen Schillers ‚Ritter Toggenburg', der an sich ein schönes Thema für ein Gedicht ist; wenn aber zwei Millionen Toggenburger nichts anderes tun, als nach dem deutschen Kulturvolke schielen, so ist das schon ein Gegenstand der Lächerlichkeit." Ebenso preist Radó in seiner schon oben genannten Schrift die Zipser und Banater Schwaben, die sich den Magyaren anschlossen, „denn das eherne Band der ungarischen Staatsgenossenschaft werde ihnen mehr Schutz und Schirm gewähren, als die Gunst der hochvermögenden Vettern im Reich, von denen sie durch eine Welt von Gegensätzen getrennt sind". Aber auch das verfing nicht; immer neue Beweise des Mitgefühls gelangten nach Ungarn und da glaubte Graf Josef Mailáth (1908) mit folgendem Ton kommen zu müssen: „Das ungarische Publikum lacht ja über die ungarfeindlichen Auslassungen der alldeutschen Presse, aber endlich kann es den fortgesetzten Verleumdungen der Herren Lügewacker doch überdrüssig werden und Antwort auf die Frage fordern: Warum duldet das offizielle Deutschland dieses Geschimpfe?"

Inzwischen wächst das Interesse für das ungarländische Deutschtum stetig. In Wien ist 1907 der rührige „Verein zur Erhal-

tung des Deutschtums in Ungarn“ begründet worden [1]). Auch in Berlin sollen die Absichten bestehen, einen ähnlichen Verein zu errichten. Aber auch andere Vereine veranstalten Vorträge und andere Veranstaltungen zu demselben Zwecke. Für die Stärkung der Beziehungen des österreichischen und reichsdeutschen Deutschtums zu den ungarländischen Deutschen sorgen auch die Vereinigungen letzterer in Wien, Graz und Berlin (oben S. 314). Ebenso werden deutsche Arbeiter, die aus Ungarn für einige Zeit ins Deutsche Reich ziehen, manche Verbindungen anregen. In Büchern und Zeitschriften ertönt immer häufiger die Mahnung, das seit 1867 mächtige Deutsche Reich müsse den seit jenem Zeitpunkte den Magyaren ausgelieferten ungarländischen Deutschen Hilfe leisten. Auch mehren sich die Nachrichten, dafs reichsdeutsches Kapital in industriellen und wirtschaftlichen Unternehmungen in Ungarn angelegt wird. Erfreulicherweise wächst auch jährlich die Zahl der deutschen Reisenden, die ihre Volksgenossen in Ungarn und Siebenbürgen aufsuchen. Die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen den Deutschen in Ungarn, der Bukowina und Galizien erstarken. Deutsche Sänger aus der Bukowina unternehmen nach Siebenbürgen eine Fahrt und werden dort jubelnd begrüfst. Die Sachsen erwidern diesen Besuch. Für eine verunglückte Gemeinde im Banat sammeln die bukowiner Deutschen Liebesgaben. Kaum sind die galizischen Deutschen zu frischerem Leben erwacht, so suchen sie das schlummernde Deutschtum in der Zips zu erwecken. Auch mit den Deutschen Rumäniens knüpfen die anderen Karpathendeutschen Beziehungen an. Für den Sommer 1911 ist eine völkische Tagung von Vertretern aller Karpathendeutschen in Czernowitz geplant.

Aus allem Mitgeteilten ist zu ersehen, dafs die Stellung der Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen sich derart gestärkt hat, dafs die Magyaren sie niemals zu unterdrücken und aufzusaugen vermögen werden. Dazu kommt ihre ansehnliche Anzahl und die starke Vermehrung der Schwaben. Vor 45 Jahren hat noch ein deutscher Schriftsteller die Hoffnung, „dafs die ungarländischen

---

1) Diesem Vereine wurde 1910 in Ungarn der Postdebit entzogen und die Konfiskation aller Postsachen des Vereins angeordnet.

Deutschen sich zu einem deutsch-nationalen Gefühle aufraffen werden“, als „Utopie“ bezeichnet. Wie er, so haben sich auch die magyarischen Politiker über die Lebenskraft dieser Deutschen getäuscht; die magyarische Gewaltherrschaft hat sie aus ihrem Schlafe erweckt. Freilich bleibt noch viel zu tun übrig. Bei den letzten Reichstagswahlen im Sommer 1910 ist aufser den 13 sächsischen Abgeordneten kein Deutscher gewählt worden [1]); nur einem, dem Kandidaten der Ungarländischen deutschen Volkspartei, Ingenieur Reinhold Heegn in Werschetz ist es gelungen, in eine Stichwahl zu kommen. Anfangs 1911 ist aber der einzige deutsche Abgeordnete des kroatischen Landtages, Ferdinand Riester, als Delegierter in den ungarischen Reichstag gewählt worden; mit ihm zieht der erste Schwabe ins ungarische Abgeordnetenhaus. Bedauernswert ist es, dafs es bisher den ungarländischen Deutschen nicht gelungen ist, mit einem der anderen unterdrückten Völker gegen die Magyaren ein festes Bündnis zu schliefsen; dabei kämen vor allem die Rumänen in Betracht. Die stetig anwachsende Bewegung der nichtmagyarischen Völker in Ungarn wird sich nicht aufhalten lassen; ihr werden die Magyaren allein nicht standhalten, zumal da die zahlreichen Juden ihre Reihen verlassen werden, sobald es ihr Vorteil erheischt. Der Slawenflut könnten die Magyaren nur im Bunde mit den Deutschen und Rumänen Widerstand leisten.

---

1) Sehr bemerkenswert ist, dafs zu den sächsischen Abgeordneten der Volksschuldirektor Brandsch gehört, der der eifrigste Verfechter des Anschlusses der Sachsen an die anderen Deutschen Ungarns ist. Brandsch wurde in Hermannstadt einstimmig gewählt.

Sechstes Buch.

Geschichte der Deutschen in der Bukowina

von 1774 bis zur Gegenwart.

Erstes Kapitel.

1. Die Erwerbung der Bukowina durch Österreich. Die ersten Kolonisationspläne. Ansiedlung deutscher Bürger, Bergleute und Glasarbeiter. — 2. Die schwäbischen Bauernansiedlungen. — 3. Die Ansiedlung im 19. Jahrhundert. Deutsch-böhmische Bauernkolonien. Privatansiedlungen. — 4. Abstammung und Anzahl der Deutschen in der Bukowina.

Die Erwerbung der Bukowina durch Österreich. Die ersten Kolonisationspläne. Ansiedlung deutscher Bürger, Bergleute und Glasarbeiter.

Im Herbst des Jahres 1774 wurde der nördliche Teil des Fürstentums Moldau von österreichischen Truppen besetzt; im folgenden Jahre sah sich die Pforte genötigt, dieses Gebiet an Österreich abzutreten. Damit begann für das Deutschtum in diesem Lande, das fortan unter dem Namen Bukowina (d. i. Buchenwald) erscheint, eine neue Periode der Entwicklung. Hatten sich schon vor 1400 Deutsche in einigen Orten, vor allem in Sereth und Suczawa, angesiedelt, hatten sie schon damals die materielle und geistige Kultur wirksam gefördert [1]), so sollten nun unter Österreichs Schutz deutsche Ansiedler in diesem Lande eine an Erfolgen überaus reiche Tätigkeit entwickeln. Mitten zwischen anderssprachigen Völkern wurde zu deren Heil eine deutsche Kulturinsel geschaffen, auf welche benachbarte Gebiete mit Neid blicken können.

Als die Bukowina an Österreich fiel, glich sie einer grofsen Öde. Im ganzen Lande wohnten nur 11421 Familien oder etwa 57000 Seelen; da das Land 10441 qkm mifst, wohnten auf jedem qkm wenig mehr als eine Familie (6 Seelen). Daher hat schon der erste österreichische Landesverweser, General v. Spléný, die Ansiedlung der Deutschen angeregt. Auch in diesem Lande waren also die Militärbehörden Förderer der Kolonisation. Schon in

1) Vgl. Bd. II, S. 367 ff.

seinem Berichte vom 10. Dezember 1774 riet Spleny die Herbeiziehung guter Handwerksleute aus auswärtigen Ländern unter Gewährung gewisser Freiheiten an; angeregt wurde er offenbar zu diesem Vorschlag durch das kurz zuvor für Galizien ergangene Ansiedlungspatent [1]). In seiner Denkschrift von 1775 führt Spleny aus, dafs man sich die besten Hoffnungen machen könnte, auch aus den „entferntesten nordischen Ländern“ „namhafte“ und die „nützlichsten“ Kolonisten herbeizuziehen, wenn man „die gänzliche Freiheit der tolerierten protestantischen Religion“ gewähren würde. Dafs Spleny unter den protestantischen Kolonisten aus den nordischen Ländern Deutsche verstanden hat, ist unzweifelhaft. Noch nachdrücklicher weist auf die Nützlichkeit der Ansiedlung deutscher Bauern wenige Jahre später der damals in der Bukowina tätige Mappierungsdirektor Budinszky hin, wenn er sagt, dafs diese „der Landwirtschaft sehr wohl kundig seien und den anderen Einwohnern zu einem guten Beispiel dienen könnten“.

Vor allem erhielt zunächst die städtische Bevölkerung viele deutsche Elemente. Mit der neuen Regierung kamen deutsche Beamte, die hier ihren Wohnsitz nahmen; deutsche Soldaten blieben nach Vollendung ihrer Dienstzeit im Lande, und zu ihnen gesellten sich Handwerker und Kaufleute. Um die Ansiedlung von Bürgern zu fördern, wurden ihnen öde Gründe unentgeltlich überlassen. Einzelne Handwerker, die in die Bukowina ziehen wollten, erhielten in Wien auch Reisegeld. In der Bukowiner Städteordnung von 1786 wurde bestimmt, „dafs deutsche, gelernte und gute Handwerker herangezogen und die Vermehrung der deutschen Bürger so viel wie möglich befördert werde“. Handwerker, Künstler und Manufakturisten erhielten zehnjährige Freiheit von allen landesfürstlichen Abgaben und „immerwährende“ Befreiung von Frondiensten, Rekrutenstellung, Militäreinquartierung und Vorspann. Auch beim Häuserbau wurden sie unterstützt; Neubauten waren 30 Jahre frei von der landesfürstlichen Steuer und 10 Jahre vom städtischen Grundzins. Man gewährte also den deutschen Handwerkern ähnliche Freiheiten wie in Galizien. Infolge dieser Begünstigungen siedelten sich schon seit den ersten Jahren der öster-

1) Vgl. oben S. 8.

reichischen Herrschaft in dem zur Landeshauptstadt erwählten Czernowitz, dann aber auch in Sereth und Suczawa deutsche Bürger und Hausbesitzer an, welche sich zum Teil durch besonderen Fleifs und Unternehmungslust auszeichneten, und deren Nachkommen auch gegenwärtig noch oft zu den angeseheneren Bürgerfamilien gehören. Aber auch in anderen Städten und gröfseren Orten bilden die Deutschen keinen geringen Teil der Bevölkerung. Besonders ist noch Radautz zu nennen, das man oft die „deutscheste“ Stadt der Bukowina zu nennen pflegte.

Mit der Ansiedlung der Deutschen hingen auch die Eröffnung von Bergwerken und die Errichtung von Glashütten zusammen.

Bei den in den achtziger und neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts bei Solka und in Kaczika errichteten Salzsiedereien waren zahlreiche deutsche Beamte und Arbeiter beschäftigt, die sich in diesen Orten niederliefsen. Sie kamen zumeist aus Deutschböhmen und Österreich. Die um dieselbe Zeit erfolgte Entdeckung der Eisenlager von Jokobeny gab Veranlassung zur Herbeiziehung und Niederlassung von deutschen Bergleuten (1784). Sie wurden aus Siebenbürgen und der Zips in Oberungarn herbeigerufen und durch Nachschübe vermehrt. Auch die Beamten des Bergwerks waren Deutsche. Weitere Schürfungen führten zur Entdeckung der silberhaltigen Bleiglanzlager von Kirlibaba, zu deren Ausbeute ebenfalls Zipser angesiedelt wurden: 1797 entstand die Kolonie Mariensee-Kirlibaba. Ebenso wurden Gründner aus der Zips bei den 1805 erschlossenen Kupfergruben bei Požoritta angesiedelt, und es entstand die nach der Prinzessin Luise, der nachmaligen Gattin Napoleons, benannte deutsche Ortschaft Luisenthal. In ähnlicher Weise wurde 1808 Eisenau und 1809 Freudenthal begründet. Alle diese Bergwerksansiedlungen liegen im südwestlichen Gebirgsanteile der Bukowina. Auch in andere Orte dieses Gebietes haben sich Deutsche gezogen, ohne dafs eine besondere Koloniserung erfolgt wäre, so nach Bukschoja und Stulpikany.

Frühzeitig waren auch Pläne aufgetaucht, Glashütten zu errichten; denn man erhoffte einen bedeutenden Absatz nach der Moldau und Walachei, die sich im 18. Jahrhundert aus Polen oder gar aus Venedig mit Glaswaren versorgten. Im Jahre 1782

dachte man an die Herbeiziehung von Glasarbeitern aus Nienover in Hannover, die sich durch den aus Waldheim in Böhmen stammenden Glasmacher Johann Kamm zur Ansiedlung in Galizien gemeldet hatten [1]); doch dieser Plan kam nicht zur Ausführung. Ein Jahrzehnt später (1793) wurde aber von einem Pächter der Religionsfondsgüter eine Glashütte bei Krasna errichtet, die Althütte. Zu ihrem Betriebe wurden deutsch-böhmische Glasarbeiter gegen mündliche Zusage von Lohn und Unterkunft berufen und auf den für die Hütte nach und nach abgetriebenen Waldstrecken angesiedelt. Nachdem das Holz um Althütte allmählich verbraucht worden war, so dafs seine Zufuhr beschwerlich wurde, ging die Glasmacherei hier ein, und eine halbe Stunde weiter im Walde wurde im Bereiche von Czudin die Neuhütte errichtet (um 1815). Da die Insassen von Althütte, zumeist schon die Nachkommen der erstberufenen Arbeiter, zu anderen Beschäftigungen gegriffen hatten, mufsten abermals Glasarbeiter aus Böhmen berufen werden. Diese siedelten sich auch bei den später entstandenen Glashütten in Krasna Ilski und Lunka Frumosa (bei Krasna) an. Inzwischen war 1797 in der Nähe des altberühmten Klosters Putna eine Glashütte errichtet worden, zu der ebenfalls Deutschböhmen berufen wurden Sie kamen aus der galizischen Glashütte Lubaczow [2]). Nachdem die Putnerhütte im Jahre 1827 aufgelassen worden war, wurden die einundzwanzig beschäftigungslosen Familien unter Zuweisung von Grundstücken als Bauern angesiedelt; so entstand die Kolonie Karlsberg. Im Jahre 1803 ist ferner ebenfalls als eine Ansiedlung deutschböhmischer Glasmacher Fürstenthal entstanden. Sowohl in Karlsberg und Fürstenthal als auch an anderen Orten sind am Ende des 18. und am Anfange des 19. Jahrhunderts deutsch-böhmische Holzhauer angesiedelt und mit Gründen bestiftet worden, so in Frassin an der Moldawa und in Paltinossa-Kapukodrului (1817).

Die schwäbischen Bauernansiedlungen.

Wie in Galizien kam es auch in der Bukowina während der Regierungszeit Maria Theresias zu keiner Ansiedlung von Land-

1) Vgl. oben S. 20.
2) Vgl. oben S. 21.

leuten. Auch hier ist sie erst unter Kaiser Joseph aufgenommen worden und steht im Zusammenhange mit den Kolonisationsbestrebungen in Ungarn (Banat) und in Galizien.

Das erste Eintreffen von deutschen Bauern in der Bukowina erfolgte ohne besondere Veranlassung der Regierung. Infolge einer „widersinnigen Äufserung“ eines Beamten waren aus dem Banate schwäbische Ansiedler aufgebrochen und langten im Juni 1782 in Czernowitz an. Zunächst erschienen nur zwei Familien, allmählich mehrte sich aber ihre Zahl auf 22. Sie stammten aus der Main- und Rheingegend. Die Bukowiner Landesverwaltung war von dem Eintreffen dieser Ansiedler nicht verständigt und daher völlig unvorbereitet. Da erst die verschiedenen Oberbehörden befragt werden mufsten, so waren die Ankömmlinge teilweise selbst auf milde Gaben angewiesen, bevor sie vom Staate genügende Unterstützung erhielten und angesiedelt wurden. Man brachte sie in Czernowitz und in den nahe gelegenen Ortschaften Rosch, Molodia und Zuczka, ferner in Mitoka-Dragomirna auf herrschaftlichen Gründen unter. Infolge der eigentümlichen Agrarverhältnisse der Bukowina [1]) hatten sie bei der alljährlich im Frühjahr erfolgenden Ackerverteilung manches Ungemach zu erleiden. Manche von ihnen kauften sich auch selbst Gründe. Aufserdem erhielten sie bis Ende Juni 1783, also bis zu ihrer ersten Ernte, unentgeltlich Mehl und Getreide, sowie auch tägliche Unterstützungsbeiträge. Pflüge und andere Wirtschaftsgeräte, wie auch Beträge für den Ankauf von Vieh bekamen sie gegen Rückzahlung. Aufserdem genossen sie eine mehrjährige Befreiung von der landesfürstlichen Steuer (Kontribution); die herrschaftlichen Abgaben mufsten sie jedoch an ihre Grundherren gleich von ihrer Ansiedlung an entrichten. Ihre Anzahl vermehrte sich durch spätere Ankömmlinge, in Rosch z. B. auch durch verabschiedete Soldaten, sehr bedeutend.

In besonders engem Zusammenhange steht die deutsche Kolonisation der Bukowina mit jener in Galizien. Schon an früherer Stelle wurde erzählt, dafs infolge der Ansiedlungskundmachungen für Galizien sich einzelne Ansiedlungswerber auch für die Buko-

1) Vgl. dazu Kaindl, Das Ansiedlungswesen in der Bukowina (1902), S. 518f. und „Das Untertanswesen in der Bukowina“ (1899).

wina meldeten, so der Glasmacher Kamm und der Amtmann Rühle von Lilienstern aus Nassau (vgl. oben S. 20f.); keiner von ihnen kam aber in die Bukowina. Da aber infolge der regen Werbung für die Kolonisation in Galizien die Zahl der dahin gelangten deutschen Ansiedler so grofs war, dafs sie nicht sofort angesiedelt werden konnten, vielmehr auf Kosten des Staates in aufgehobenen Klöstern u. dgl. erhalten werden mufsten, so wurde die Ableitung dieser Überfülle in die Bukowina schon im August und September 1782 anbefohlen. Leider brachte die damalige Militärverwaltung der Bukowina unter General Enzenberg der deutschen Kolonisation keine Zuneigung entgegen. Die Schwierigkeiten, welche die Unterbringung der Kolonisten aus dem Banate bereitet hatte, die Abhängigkeit von den verschiedenen Oberbehörden, endlich die Absichten Enzenbergs, aus der Bukowina eine Fortsetzung der Militärgrenze [1]) zu bilden, scheinen den General gegen die deutsche Ansiedlung gestimmt zu haben; dagegen hat er z. B. die Ansiedlung von Szekler-Ungarn, weil diese seinen militärischen Absichten mehr entsprach, eifrig betrieben. Auch der persönliche Wunsch Kaiser Josephs, der im Jahre 1783 die Bukowina besucht hat, vermochte die Ansiedlung der Deutschen nicht zu fördern. Über weitläufige Pläne kam man infolge des Widerstreites der Landesverwaltung jahrelang nicht hinaus. So hat man um Kotzman in der nördlichen Bukowina zunächst 4000, dann 400, schliefslich nur 40 deutsche Ansiedler unterbringen wollen; aber auch in der beschränkten Zahl kam die Ansiedlung nicht zustande. Die Verhandlungen darüber bieten ein überaus betrübendes Bild des schleppenden Geschäftsganges und der fruchtlosen Vielschreiberei. Auch nach der Übernahme der überaus ausgedehnten griechisch-orientalischen Religionsfondsgüter in die Verwaltung des Staates gab es angeblich keinen Platz für deutsche Ansiedlungsdörfer. Durch diese Mifserfolge verstimmt verfügte Kaiser Joseph nach einem zweiten Besuche der Bukowina 1786 die Einstellung der Kolonisation des Landes; nur eine Anzahl der in Galizien auf ihre Bestiftung harrenden Ansiedler sollte in der Bukowina, und zwar in jenen Häusern und auf jenen Grundstücken,

---

1) Vgl. oben S. 193.

welche durch die häufigen Auswanderungen leer standen, sogleich untergebracht werden (6. August 1786).

Da gleichzeitig die Bukowina mit Galizien vereinigt wurde, so erleichterte die fortan zur Geltung kommende einheitlichere Behördenorganisation die Durchführung des kaiserlichen Befehles. Doch wurden die Deutschen nicht in selbständigen, neu errichteten Ortschaften (für die angeblich kein Platz war), sondern im Anschlusse an schon bestehende Dörfer untergebracht, also in ähnlicher Weise, wie dies schon mit den Übersiedlern aus dem Banate geschehen war. Zu diesem Zwecke wurden Verzeichnisse der leeren Hofstellen in der Bukowina angelegt. Besonderes Verdienst hat sich um die nun folgende deutsche Ansiedlung der Vorstand der Staatsgüter-Administration in Lemberg, Regierungsrat Ainser, erworben, der im August 1787 selbst die Bukowiner Religionsfonds-Güter bereiste. Schon zuvor waren die nötigen Vorbereitungen getroffen worden, und so erfolgte bereits während der Anwesenheit Ainsers in der Bukowina die Absendung von 50 deutschen Familien in dieses Land. Aus dem uns erhaltenen Verzeichnisse der „aus der galizischen Einquartierung in die Bukowina zur Ansiedlung abgeschickten Kolonisten“ ersehen wir, dafs diese Familien 93 männliche und 89 weibliche Mitglieder zählten. Sie stammten aus verschiedenen Gegenden des westlichen Deutschland. Die meisten gehörten der evangelischen, einige der reformierten und katholischen Religion an. Alle waren Bauern, doch verstanden zwei Schuhflickerei, einer wird geradezu als „Bauer und Schuster“ bezeichnet; ferner verstanden zwei Zimmermannsarbeit, einer Maurerei, einer Brettschneiderei und zwei Tischlerei. Die meisten waren nach Galizien zur Privatansiedlung eingewandert, wenige zur unbegünstigten Kameralansiedlung. Nachdem sie in Galizien oft jahrelang von Herrschaft zu Herrschaft geschoben worden waren, wurden sie nun mittels Vorspann, für die „per Meil und Pferd“ 10 Kreuzer zu zahlen waren, nach der Bukowina geschickt. Dem ersten bereits erwähnten Transporte folgten andere nach. Wie schon in Galizien, so wurde auch in der Bukowina diesen Ansiedlern vielfache Hilfe zuteil, insbesondere bis zu ihrer ersten Ernte im Jahre 1788, doch auch darüber hinaus. Freilich stockte wiederholt das Ansiedlungsgeschäft, besonders da Österreich dem

1787 zwischen Rufsland und der Türkei ausgebrochenen Kriege beitrat und daher die Befürchtung um sich griff, dafs die Bukowina von den Kriegsereignissen heimgesucht werden könnte. Die Folge war, dafs die Ansiedlung stark beschränkt wurde: im ganzen sind schliefslich nur 74 Familien bestiftet worden, und zwar in Fratautz 16, in Satulmare, Milleschoutz-Badeutz, St. Onufry und Itzkany je 8, in Arbora und Tereblestie je 7, endlich in Ilischestie 12 [1]. Da die Anzahl der in den einzelnen Orten angesiedelten Deutschen gering war, so bildeten sie ursprünglich keine selbständigen Gemeinden, doch erhielten sie ihre eigenen Schulzen.

Die Ansiedler bekamen Holzhäuser, welche zumeist aus Stube, Kammer und Vorhaus bestanden; daneben die notwendigsten Wirtschaftsgebäude, vor allem Stall und Scheuer mit der Dreschtenne. Diese Bauten erhielten die Ansiedler zumeist nicht ganz fertiggestellt. Ferner wurden ihnen genügende Felder überlassen, und zwar samt der für das Jahr 1788 gemachten Aussaat. Dazu an Vieh zwei Ochsen, sowie gewöhnlich eine Kuh und ein Kalb. Unentgeltlich, wie alles bereits Aufgezählte, erhielten die Ansiedler auch die Ackergeräte; dagegen war für die Hausgeräte und Werkzeuge Ersatz zu leisten. Gegen Rückzahlung wurden in Notfällen auch Geldvorschüsse gewährt, ebenso Vorschüsse an Getreide gegen Rückstellung einer etwas gröfseren Menge nach der Ernte. Überdies erhielt auch jede Gemeinde Gründe für die Schule, den Gemeindestier u. dgl., ferner auch Feuereimer und Feuerhaken. Da zu allen diesen Ausgaben für die Ansiedler noch deren Reisegelder, die Verpflegung und die Medikamente hinzukamen, so betrugen die baren, nicht zu ersetzenden Kosten für manchen über tausend Gulden. Alle Ansiedler waren Erbzinsler; sie erhielten also ihre Gründe gegen gewisse Abgaben in erblichen Besitz, vorausgesetzt, dafs sie sich deren nicht durch irgendwelche Vergehen verlustig machten. Die Erbzinsler leisteten ihrer Herrschaft (dem Religionsfonds) weder Robot noch Naturalgiebigkeiten, sie zahlten blofs einen Grund- und Hauszins. Auf der Fratautzer Herrschaft

1) In Itzkany wurden am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts noch einige Ansiedler vom Religionsfonds angesiedelt.

betrug der erstere 15 bis 18 fl., der letztere 1 fl. Von diesen Leistungen hatten die Kolonisten einige Freijahre erhalten.

Die Ansiedlungen im 19. Jahrhundert. Deutschböhmische Bauernkolonien. Privatansiedlungen.

In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kam man über ziemlich fruchtlose Pläne zur Herbeiziehung ländlicher Kolonisten nicht hinaus. Der gute Fortgang der Bergwerks- und Glashüttenansiedlung mag den das Militärgestüt in Radautz leitenden Obersten Cavallar veranlafst haben, die Herbeiziehung weiterer Ansiedler auf die Herrschaft Radautz zu versuchen. Cavallar hatte auch die Ansiedlung von deutschböhmischen Glasarbeitern und Holzhauern in Karlsberg (s. S. 372) gefördert; er liefs nun durch Privatpersonen in Mähren, Böhmen und Oberösterreich eine Einladung zur Ansiedlung unter Gewährung von Begünstigungen verkünden. Als die Hofkanzlei davon Kenntnis erhielt, bestand sie darauf (1803), dafs vor allem die sich damals meldenden fremden Ansiedler aus Deutschland aufgenommen würden [1]). Dieser Plan wurde jedoch nicht ausgeführt. Als nach den erschütternden Ereignissen von 1809 die Ansiedlung jener Bewohner angeregt wurde, die aus den an fremde Mächte abgetretenen Gebieten übersiedeln wollten, wurde neben Ungarn auch die Ansiedlung in der Bukowina in Aussicht genommen. Es wurden Gründe für 891 Familien ausfindig gemacht und entsprechende Unterstützungen zugesichert; aber auch jetzt scheinen keine Ansiedler gekommen zu sein. Anfangs der zwanziger Jahre verbreitete sich in mehreren Kreisen Galiziens das Gerücht, dafs in der Bukowina Ansiedlungen stattfinden sollten. Sofort meldeten sich viele Ansiedlungswerber; man liefs aber durch die Kreisämter und Seelsorger verkünden, dafs in der Bukowina keine Ansiedlungen beabsichtigt würden. Erst nachdem im Jahre 1826 zur „Hintanhaltung von Verbrechen die Ansiedlung einer betriebsamen Bevölkerung in den menschenleeren Gegenden“ des südöstlichen Galiziens und der Bukowina angeregt worden war und anfangs der dreifsiger Jahre sich die Kunde hiervon verbreitet hatte, trafen neue Zuzüge von Deutschen, und zwar von Deutschböhmen, ein.

1) Vgl. oben S. 96 ff.

Deutschböhmen waren, wie bereits oben erwähnt wurde, schon im 18. Jahrhundert in die Bukowina gekommen; insbesondere hängt die Errichtung aller Glashütten in der Bukowina und der Holzhauerkolonien mit der Ansiedlung von Deutschböhmen zusammen. In den dreifsiger Jahren des 19. Jahrhunderts begann das Zuströmen von Bauern dieses Stammes. Auch diese ländlichen Kolonisten hatten, wie fünfzig Jahre früher die „Schwaben“, mit bedeutenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihr Los war in der Bukowina ebenso wie in Galizien und Ungarn in mancher Beziehung sogar noch härter als jenes der im 18. Jahrhundert angesiedelten Ackerbauer. Abgesehen davon, dafs auch sie erst oft nach jahrelangem Herumirren und Darben ihre Ansiedlung erreichten, ist ihnen bei weitem nicht jene weitgehende Unterstützung zuteil geworden. Sie erhielten weder Reisegelder noch andere Geldaushilfen; für die Anschaffung von Wirtschaftsgeräten, Vieh u. dgl. mufsten sie selbst Sorge tragen. Für den Hausbau erhielten sie nur das rohe Material unentgeltlich. Vor allem sind ihnen nicht urbare Acker- und Wiesengründe zugeteilt worden, sondern zum guten Teile Urwald, der erst mühsam urbar gemacht werden mufste. Während die Schwaben im Hügellande ihre Ansiedlungen erhalten hatten, wurden die Deutschböhmen im rauheren Vorgebirge untergebracht. Überdies erhielten sie die ihnen zugesicherte Dotation in den seltensten Fällen vollständig, vielmehr mufsten sie sich die längste Zeit oder auch für immer nur mit einem Bruchteil davon begnügen. Schuld daran trug vor allem der Umstand, dafs die höheren Behörden, die Gefällenverwaltung in Lemberg und die Hofkammer, die von den Bukowiner Lokalbehörden mit den Ansiedlern geschlossenen Verträge nicht anerkennen wollten. Die Zuteilung der Gründe und die vollständige Ansiedlung wurden von der Durchführung weitgehender Beratungen abhängig gemacht; da diese nie ein erspriefsliches Ende fanden, vielmehr jede werktätige Reform in einem Wuste von Schreiberei begraben wurde, so griffen die traurigsten Mifsstände um sich. Nur durch die Not der Ansiedlungswerber und ihr dringendes Bitten, die auch das Bukowiner Kreisamt unterstützte, sind die Behörden gezwungen worden, jene Ansiedlungen wenigstens provisorisch zu vollziehen.

Oben ist von einem „Zuströmen“ von Deutschböhmen in den

1830er Jahren nach der Bukowina gesprochen worden. Dieser Ausdruck ist tatsächlich berechtigt, denn die Zahl dieser Ansiedlungswerber war sehr bedeutend. So meldeten sich am 16. Juni 1835 beim Solker Wirtschaftsamte zuerst 19, dann 54 Familien Deutschböhmen zur Ansiedlung auf Staatsgründen. Ein höchst interessantes Verzeichnis dieser 54 Ansiedlungswerber belehrt uns sehr eingehend über sie und ihre Angehörigen. Die Einwanderer kamen zumeist aus dem Böhmerwaldgebiete, dem früheren Prachiner Kreise, vor allem aus der Bezirkshauptmannschaft Schüttenhofen, ferner aus jener von Klattau und Prachatitz. Als ihre Heimatsorte werden genannt Sattelberg, Seewiesen, Unterkörnsalz, Hurkenthal, Unterreichenstein, Stadln, Zwoischen, Langendorf, Rehberg, Liedlhöfen, Neubrunn, Lukau, Nuserau, Eisenstrafs, Hammern, Winterberg u. a. Einzelne Familien stammten aus Bayern und Mähren. Nur 5 von den Einwanderern standen allein da, 49 kamen mit ihren Angehörigen, zumeist Ehefrau und Kindern. 50 Ansiedlungswerber waren männlichen Geschlechtes, darunter jene 5 alleinstehenden Männer und 45 Familienväter. Nur 4 Frauen hatten sich ohne männliche Begleitung eingefunden, hiervon 2 mit je 1 Tochter und 2 mit je 1 unehelichem Sohne. Die meisten brachten recht zahlreiche Familien mit sich; Georg Schafhauser kam mit 14 Personen im Alter von 3 bis 48 Jahren. Auch Kinder unter 1 Jahr befanden sich unter den Eingewanderten. Zusammen waren 252 Personen, und zwar 124 männliche und 128 weibliche gekommen, wobei jedoch Josef Stingl seine Familie nicht näher nachgewiesen hatte, daher diese nicht mitgezählt erscheint. Die Familienvorstände und selbständigen Ansiedlungswerber standen meist im besten Alter: von den Männern waren 5 unter 30 Jahren, 35 im Alter von 30 bis 45 Jahren, 10 endlich im Alter von über 45 Jahren, davon je einer 65, 68 und 72 Jahre alt; die 4 selbständigen weiblichen Ansiedlungswerber standen im Alter von 32 bis 48 Jahren. Viele von den Ansiedlungswerbern verstanden, wiewohl sie um ländliche Ansiedlungen sich bewarben, irgendein Gewerbe, und zwar zählte man 1 Zimmermann, 2 Fleischhauer, 1 Schmied, 1 Binder, 1 Tischler, 1 Schuhmacher, 1 Bäcker, 4 Weber, 2 Maurer, 1 Schmelzer, 1 Wagner, 1 Schneider, 2 Handarbeiter und 5 Holzhauer; 26 werden als Taglöhner bezeichnet und 4 ohne besonders bezeichnete

Beschäftigung aufgeführt. Als Abgeordnete der Ansiedlungswerber erschienen Christof Reichardt, Georg Hellinger und Johann Schaffhauser. Nur mit grofser Mühe gelang es den Lokalbehörden, diese Ansiedler im Vorgebirge der Bukowina am Humorabache unterzubringen; es entstand die erste deutschböhmische Bauernkolonie Bori (1835). In demselben Jahre wurde auch an der Kaiserstrafse zwischen Mardzina und Glitt, einer durch Räubereien berüchtigten Gegend, eine zweite deutschböhmische Kolonie, Lichtenberg, errichtet. Hier wurden die meisten Ansiedlungswerber untergebracht, welche in dem oben näher besprochenen Verzeichnisse namhaft gemacht sind und in Bori kein Unterkommen gefunden hatten. Hierauf stellte aber auch die Bukowiner Bezirksverwaltung an das Kreisamt das Ersuchen, es möge dahin wirken, dafs zunächst keine Deutschböhmen einwandern, weil man sie im Winter nicht unterbringen konnte. Trotzdem haben z. B. am 28. Dezember 1835 wieder eine Anzahl von Deutschen, darunter Mühlner Josef, Zimmer Jakob, Schwertel Martin, Hammer Jakob, Schwarz Franz Anton, um Ansiedlung in der Bukowina gebeten, und am 3. April 1836 teilte das böhmische Landesgubernium dem galizischen mit, dafs Lang Andreas, Göschler Mathias, Klement Josef und Johann, Kollars Kaspar und Waldmann Josef mit 30 Ansiedlern in die Bukowina übersiedeln wollen; es möge eröffnet werden, ob dort wirklich Gelegenheit für Ansiedlungen vorhanden wäre, und unter welchen Bedingungen die Ansiedler unterkommen könnten. Da noch immer bedeutende Schwierigkeiten vorhanden waren und die bereits Eingewanderten kaum untergebracht werden konnten, so mufste sich am 3. Oktober 1836 die Bezirksverwaltung wieder an das Kreisamt mit der Erinnerung wenden, dafs die Ansiedlungsanträge der Gefällenverwaltung an die Hofkammer noch nicht bestätigt seien und dafs bis zu dieser Entscheidung neue Ansiedlungen nicht begonnen werden könnten; das Kreisamt sollte daher beim Gubernium beantragen, dafs die Einwanderung der „Böhmen“ in die Bukowina einzustellen wäre, weil sie kein Geld und Arbeitsvieh hätten: die Waldungen müfsten aber mit Kraft- und Zeitaufwand erst gerodet werden, was sie nicht durchführen könnten. Auch hätte die Bukowina an arbeitslosen Leuten Überflufs. Trotz dieser Schritte liefen immer wieder Bittgesuche von Deutschböhmen

aus dem Piseker Kreise ein, welche in ihrem Namen von Andreas Lang, Franz Kraus und Josef Bauer überreicht wurden. Anfangs hatten sich 20, dann sogar 50 Familien gemeldet. Auf ihr vom 9. März 1837 datiertes Gesuch gab am 21. desselben Monats die Gefällenverwaltung der Bezirksverwaltung den Auftrag, die Bittsteller nach Tunlichkeit auf bäuerlichen Ackergründen gegen Leistung der Giebigkeiten unterzubringen oder aber zu berichten, ob sie auf herrschaftlichen entbehrlichen Grundstücken untergebracht werden könnten. Die Bezirksverwaltung erklärte sodann, dafs urbare Ansiedlungsgründe für so viele Familien nicht vorhanden wären; dagegen könnten mehrere 100 Familien in den öde liegenden Waldabschnitten bei Stulpikany und im oberen Humoratale untergebracht werden. Mit diesem Antrage erfolgte gleichzeitig auch der Vorschlag, slowakische Ansiedlungswerber in diesen Gebieten zu bestiften. Im September 1837 meldeten sich 61 Ansiedlungswerber, denen die Ansiedlung im Humoratale oberhalb der schon bestehenden Kolonie Bori zugesagt wurde. Da aber nichts Entscheidendes geschah, richteten am 11. Juli 1838 Andreas Lang, Johann Schaller und Wenzel Schöllbauer an den Kreishauptmann ein Bittgesuch, in welchem die vor drei Jahren eingewanderten Familien um endliche Ansiedlung baten. Endlich wurde im August desselben Jahres eine Kommission in die zur Ansiedlung bestimmten Gebiete entsandt; gleichzeitig wurden sowohl die deutschen als slowakischen Ansiedlungswerber zur Besichtigung der Plätze aufgefordert. Da in Schwarzthal bei Stulpikany die Slowaken gar nicht erschienen, im oberen Humoratale aber auch nur ein Teil von ihnen sich ansiedeln wollte, so konnten zwei deutschböhmische Kolonien errichtet werden: S c h w a r z t h a l und B u c h e n h a i n oder Deutsch-Pojana Mikuli. Bis diese Ansiedlungen zustande kamen, waren aber nach Einsetzung der erwähnten Kommission noch drei Jahre vergangen. Erst 1841 kamen die Deutschböhmen in den Besitz ihrer Lose oder vielmehr nur geringer Teile davon. Sowohl in Schwarzthal als auch in Buchenhain waren je 40 Familien angesiedelt worden. Am letzteren Orte wurden neben den deutschen Familien auch ebensoviele Slowaken untergebracht.

Trotz der schlechten Erfahrungen, welche die deutschböhmischen

Ansiedlungswerber in der Bukowina gemacht hatten und obwohl über die nach vielen Mühen errichteten Kolonien und ihre Rechte und Pflichten noch immer nicht endgültige Beschlüsse gefafst waren, kamen doch immer wieder Deutschböhmen in die Bukowina in der Hoffnung, hier angesiedelt zu werden. Wie grofs der Zuflufs von Ansiedlungswerbern anfangs der vierziger Jahre war, ergibt sich aus folgender Zuschrift der Bezirksverwaltung an die Gefällenverwaltung vom 18. Oktober 1843: Im Sommer 1843 seien 200 Deutschböhmen zur Ansiedlung in die Bukowina eingewandert, weil sie erfahren hätten, dafs auf Bukowiner Fondsgütern Ansiedlungsplätze zu vergeben wären. Diese Leute hatten kein Geld und zerstreuten sich in der Bukowina, um Verdienst zu finden und einen Ansiedlungsplatz auf der Herrschaft Solka oder Ilischestie zu erhalten. Da noch immer Ansiedler aus Böhmen und selbst aus Bayern kämen, so sollte die Gefällenverwaltung das Landesgubernium in Böhmen angehen, Ansiedlungswerbern keine Pässe zu verabfolgen und den Leuten zu berichten, dafs keine Ansiedlungsplätze zu vergeben wären. Die Gefällenverwaltung schritt im Sinne dieser Zuschrift am 31. Oktober 1843 bei der böhmischen Landesregierung ein. Im Dezember meldeten sich sodann aus der Herrschaft Kauth im Klattauer Kreise [1]) sogar 1000 Familien zur Ansiedlung in der Bukowina und baten um Bekanntgabe der Bedingungen und sonstiger Verhältnisse. Daher richtete die Bezirksverwaltung am 18. Dezember 1843 an die Gefällenverwaltung eine Zuschrift, dafs ohnehin schon aus dem Prachiner Kreise eine bedeutende Zahl von Ansiedlungswerbern sich eingefunden hätte. Da keine Ansiedlungsplätze vorhanden wären, so sollten die politischen Behörden ernstlich einwirken, dafs die Leute von der Reise abgehalten und darüber durch ihre Seelsorger belehrt würden.

Ein kleiner Teil dieser Ansiedlungswerber kam ohne Dazwischenkunft der Wirtschaftsbehörden in Glitt, in der Nachbarschaft von Lichtenberg, unter. Diese Kolonisten gaben Veranlassung, dafs das Bukowiner Ansiedlungswesen auch im ersten österreichischen Reichstage (1848) zur Rede kam, was auch Erörterungen über die innere Kolonisation in Österreich überhaupt

1) Jetzt im Gerichtsbezirk Neugedein, Bezirkshauptmannschaft Taus.

zur Folge hatte. Diese Verhandlungen sind überaus interessant; sie bieten nicht nur ein Zeugnis für den aufkeimenden Hafs gegen die Deutschen, sondern zugleich auch einen Beweis für das selbstlose, aber auch recht kurzsichtige Verhalten der liberalen Vertreter des deutschen Volkes.

Veranlassung zur Besprechung des Ansiedlungswesens im Reichstag gaben zwei aus der Bukowina eingelangte Gesuche um Ansiedlung. Schon unter den ersten Petitionen, welche im Vorstandsbureau des Reichstages gleich nach dessen Zusammentritt (10. Juli) einliefen, ist unter Nr. 14 die Eingabe „mehrerer aus Böhmen in die Bukowina eingewanderter Inwohner zu Glitt nächst Solka“ eingetragen, vermöge welcher sie „um die Zuteilungsgenehmigung von Ansiedlungsplätzen und Grundstücken“ baten. Und unter Nr. 15 bittet „Mathias Newdona, ausgedienter Kapitulant, um Zuteilung eines Ansiedlungsplatzes und eines Grundstückes“. Zur Beratung kamen diese Petitionen in der 26. Sitzung am 21. August. Hier teilte der Berichterstatter des Petitionsausschusses mit, dafs 16 Ansiedlungsväter im Jahre 1843 auf die Sage, dafs im Jahre 1833 eine Ansiedlung in der Bukowina verlautbart war, ihre Heimat in Böhmen verlassen und sich in der Ortschaft Glitt, Kameralherrschaft Solka im Bukowiner Kreise, ansässig gemacht hatten. Auf ihre Bitte um Ansiedlung erhielten sie zur Antwort, dafs „keine Genehmigung (der Ansiedlungsgrundsätze) bei Sr. Majestät erfolgt ist“. Dieses Gesuch hatte der bereits genannte Newdona mitunterzeichnet, aufserdem aber das an zweiter Stelle angeführte überreicht, in welchem er auch noch besonders seine Bitte „um Anweisung eines Grundstückes gegen Zins in der Kameralherrschaft Solka“ vortrug und diese durch den Hinweis auf den Umstand, „dafs er sechszehn Jahre als Unteroffizier beim Militär gedient habe“ unterstützte. Der Ausschufs trug an, diese Petitionen dem Ministerium befürwortend vorzulegen, obwohl die Bittsteller auf keine Ansiedlungsannahme der Herrschaft Solka hinweisen konnten. Aus einer weiteren Mitteilung des Berichterstatters geht noch hervor, dafs diese Leute an der Strafse (Glitt liegt neben Lichtenberg an der „verdeckten“ Strafse) schon Wohnungen besafsen und sich kleine Ausrodungen gemacht hatten, dafs aber dieses nicht zu ihrer vollen Erhaltung hinreichte und

sie den Wunsch hegten, gröfsere und ansehnlichere Grundstücke zu besitzen. Über den Antrag des Petitionsausschusses entspann sich eine längere Debatte, wobei sowohl der Widerspruch solcher Ansiedlungsverträge mit der künftigen Gemeindeverfassung und mit dem Kudlichschen Antrag auf Aufhebung des Untertansverhältnisses, als auch die vorläufige Schwierigkeit, im Prinzipe sich über die Kolonisation auszusprechen, betont wurde. Schwierigkeiten bereitete dem Antrage der Bukowiner Abgeordnete Czuperkowicz, indem er darauf hinwies, dafs den (National-)Gemeinden Hutweiden und Waldabschnitte weggenommen und den Ansiedlungen zugeteilt worden seien; das sei nicht recht, denn die Gemeinden hätten selbst nichts; „alles wurde abgenommen und den Ansiedlungen zugeteilt“. Daher stellte dieser Abgeordnete den Antrag, auf die Bitten der Ansiedler keine Rücksicht zu nehmen, weil dadurch die Eingeborenen gefährdet würden, indem Untertansgründe eingezogen und unter die Ansiedler verteilt würden. Diese übertriebenen Äufserungen veranlafsten z. B. selbst den deutschböhmischen Abgeordneten Brauner, wiewohl er das Schicksal seiner Landsleute beklagte, sich gegen die Unterstützung der Petitionen auszusprechen, damit man nicht „in die Rechte der Nationen“ eingreife, „wie eine absolutistische Regierung es tat“. Schliefslich wurde doch der Antrag der Kommission, nachdem auch der Justizminister Bach sich dafür erklärt hatte, von der Mehrheit angenommen. Gefruchtet hat dies freilich den Bittstellern nichts; denn die staatliche Ansiedlung in der Bukowina ist nicht mehr in Flufs gekommen.

Die übrigen in die Bukowina eingewanderten Deutschböhmen haben in verschiedenen Orten des Landes Unterkunft gefunden; viele von ihnen liefsen sich neben den Schwaben in Rosch (bei Czernowitz) nieder. Im Jahre 1850 entstand auf einem Privatgute die deutschböhmische Ansiedlung Augustendorf bei Moldauisch-Banilla. Den Namen führt dieselbe nach ihrer Stifterin, der Gutseigentümerin Augusta Petrunella Theodorowicz, welche 20 Familien aus Deutschböhmen daselbst unterbrachte. Die Ansiedler waren durchaus Handwerker: Tischler, Schuster, Weber, Schneider, Wagner, Schmiede und Kohlenbrenner. Jeder der Ansiedler erhielt vertragsmäfsig 24 Joch Gründe unentgeltlich in ewigen Besitz; dagegen waren sie ver-

pflichtet, die Waldung auszuroden und daraus Ackerfelder und Wiesen herzustellen, ferner den einheimischen Bauernstand mit dem Handwerk bekannt zu machen. Da ferner die geringe Anzahl der Ansiedler einen Lehrer nicht selbst erhalten konnte, schenkte die Gutsbesitzerin denselben 8 Joch Feld unter der Bedingung, daſs darauf eine Schule erbaut und das Feld zur Bestiftung des Lehrers verwendet werde.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sind auch noch andere deutsche Ansiedlungen ohne Dazwischenkunft des Staates entstanden. Aus den übervölkerten Kolonien der Bukowina wandten sich Deutsche in andere Orte, um sich hier anzukaufen. Zu ihnen gesellten sich Auswanderer aus einigen galizischen Ansiedlungen. So entstanden in bereits bestehenden Ortschaften allmählich deutsche Niederlassungen, z. B. in Balaczana (seit 1848), in Storożynetz (seit 1851), in Hliboka (seit 1857/58), in Unter-Stanestie (seit 1860) u. a. Aber auch einige neue deutsche Ortschaften wurden von diesen Übersiedlern begründet. So pachteten 1863 zwanzig teils einheimische, teils aus Brigidau in Galizien eingewanderte Deutsche von Alexander Freiherrn von Wassilko-Serecki einen öden 311 Joch messenden Grundkomplex und begründeten auf demselben noch in demselben Jahre die Ortschaft Alexandersdorf. Ebenfalls auf Wassilkoschem Grunde wurde 1869 von 30 Familien Katharinendorf erbaut. Auf ähnliche Weise ist in dieser Gegend auch Neu-Żadowa am Sereth (1885) und Nikolausdorf (1893) entstanden. Aber auch in andere Ortschaften der Bukowina haben sich allmählich deutsche Ansiedler gezogen, so daſs sie auch in denselben ansehnliche Teile der Bevölkerung bilden. Genannt seien hier Kotzman, Zastawna, Waschkoutz am Czeremosz, Berhometh am Sereth, Terescheny, Solka, Gurahumora, Kimpolung, Dorna Watra und viele andere. In letzter Zeit wird vom Verband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften in der Bukowina die Innerkolonisation in Angriff genommen; man hat zu diesem Zweck bereits Gründe in Żadowa und dem benachbarten Slobodzia Komarestie gekauft.

Abstammung und Anzahl der Deutschen in der Bukowina.

Die bunte Zusammensetzung des Bukowiner Deutschtums ergibt sich schon aus der vorangegangenen Darstellung. Unter den Vertretern der gelehrten und bürgerlichen Berufe finden sich Deutsche aus allen deutschösterreichischen Ländern, in geringerer Zahl auch aus dem Deutschen Reich. Die deutsche Landbevölkerung weist neben Elementen aus den altösterreichischen Ländern vor allem reichsdeutsche Einwanderer auf. Über ihre Abstammung gilt das über die gleichzeitig nach Galizien und Ungarn Eingewanderten Gesagte (S. 118 u. 273). Auch sie stammen zumeist aus Südwestdeutschland und werden daher allgemein „Schwaben“ genannt; Württemberg und Pfalz zählen auch hier zu den am häufigsten genannten Heimatländern dieser Ansiedler. Die kurzen glockenförmig aufgebauschten Röcke der schwäbischen Frauen, die z. B. in Rosch bei Czernowitz getragen werden, erinnern noch jetzt lebhaft an die Beschreibung der Kittel der nach Südungarn eingewanderten Ansiedlerinnen [1]. Auch alte Sitten und Bräuche haben sich erhalten; sie gleichen überaus jenen der galizischen Schwaben. Ebenso klingt auch in den schwäbischen Dörfern manches Lied, das man nicht nur in der alten Heimat am Rhein, sondern auch bei den Deutschen in Galizien und Südungarn wiederfindet, so z. B. „Es stand eine Linde im tiefen Tal“ u. a. Beziehungen zur Heimat haben die Auswanderer noch längere Zeit erhalten. So besuchte 1817 der Gerbergeselle Joh. Georg Zachmann aus Illischestie auf seiner Wanderschaft den Heimatsort seines Vaters Kieselbronn bei Pforzheim; er berichtete darüber seinen Eltern in der Bukowina und forderte sie auf, zur Erlangung einer grofsväterlichen Erbschaft die nötigen Schritte zu tun. Einen bedeutenden Teil des Bukowiner Deutschtums bilden ferner die Deutschböhmen, die zumeist aus dem Böhmerwaldgebiete stammen. Auch sie haben heimische Art bewahrt. Ein deutscher Forscher aus den Sudetenländern, der vor etwa 30 Jahren seine Landsleute in Bori besuchte, schreibt darüber: „An den meisten Häusern fand ich das Wahrzeichen der heimischen Dörfer: St. Johann von Nepomuk, geschnitzt oder gemalt. An

1) Vgl. oben S. 274.

ihn erinnerte mich der erste Flachskopf, den ich sah: er hiefs Johann. Sein Bruder nannte sich Wenzel, wie die Mutter hinzufügte, nach dem Vater genannt. Kein Zweifel mehr, dafs ich mich in einem echt deutschböhmischen Dorfe befand.“ Und ein ebenfalls mit den Verhältnissen Deutschböhmens vertrauter Schriftsteller urteilte vor kurzem (1910) folgendermafsen: „Wunderbar ist es, wie sich hier (in der Siedlung Schwarzthal) die Wäldler Kleidung, Sitten, Gebräuche, Wohnweise und Sprache vollständig erhielten. Der Bursche, mit dem ich den weiten holperigen Weg zurücklegte, trug seinen Havelock, seine Strümpfe und seinen grünen Hut wie einer aus den böhmischen Wäldern, und wenn man mit den Leuten bei Tisch sitzt, und sie ihre Pfeifen dampfen, da denkt man keinen Augenblick, dafs man fern im Osten im fremden Lande ist.“ Ferner verweist der Berichterstatter auf das in diesen deutschböhmischen Kolonien allgemein übliche Tragen von Holzschuhen, die im Osten sonst unbekannt sind; man hat für die Böhmerwäldler geradezu den Spitznamen der „Holzpantoffeln“ geprägt. „In Schwarztal kann man auch den Böhmerwäldler Webstuhl und den ausgesprochen Böhmerwäldler Ofen finden. Die Unmenge von Heiligenbildern, die aufgetürmten Betten, der hl. Geist im Fenster, die Ofenbänke vervollständigen den stilgerechten Ausschnitt Böhmerwäldler Lebens.“ Schliefslich wohnen im Gebirgsanteil der südwestlichen Bukowina Nachkommen der eingewanderten Zipser, die man auch stets mit diesem Namen bezeichnet.

Die Zahl der eingewanderten deutschen Handwerker, Kaufeute, Beamten, Lehrer usw. auch nur annähernd zu bestimmen, ist unmöglich. An deutschen Bauern, Glashütten- und Bergarbeitern sind jedenfalls nur einige hundert Familien eingewandert; seither hat ihre Zahl infolge der starken natürlichen Vermehrung überaus zugenommen. Die gegenwärtige Kopfzahl der christlichen (arischen) Deutschen in der Bukowina wird auf etwa 76 000 berechnet. Die Zahl der Juden, welche sich zur deutschen Umgangssprache bekennen, dürfte etwa 100 000 betragen.

Zweites Kapitel.

1. Deutsche Arbeit in der Bukowina. Schaffung städtischer Kultur. Förderung der materiellen und geistigen Verhältnisse. — 2. Wirtschaftliche Lage der Bukowiner Deutschen. Politische Stellung. Deutschvölkische Schutzarbeit.

Deutsche Arbeit in der Bukowina. Schaffung städtischer Kultur. Förderung der materiellen und geistigen Verhältnisse.

Als die Bukowina an Österreich kam, war sie ein armes, ödes Land. Zum gröfsten Teil von Wäldern und Sümpfen bedeckt, durch die türkische Mifswirtschaft ausgesogen, durch zahlreiche Kriege verwüstet und entvölkert, mufs sie nach den verläfslichsten Berichten geradezu einer Wildnis geglichen haben. Der deutschen Regierung, ihren deutschen Beamten und den deutschen Bürgern und Bauern verdankte das Land allein seinen raschen Aufschwung. Schon einige Jahrzehnte später machte es gegenüber den Nachbarländern den Eindruck einer Kulturoase. Der bekannte Forscher J. Rohrer jubelt förmlich in seinen Reisebriefen auf, als er 1802 aus der Moldau in die Bukowina kam und in Suczawa eine ordentliche Bettstelle fand. Der Reisende Kohl, der vor 1840 aus Rufsland kommend, die Bukowina betrat, schildert Czernowitz als eine ganz nach deutscher Art gebaute Stadt und bemerkt dazu: „Wir glaubten, aus den Niederungen Bessarabiens und von den gestalt- und ordnungslosen Ortschaften Podoliens kommend, bei diesem Anblick uns in eine andere Welt versetzt, und allerdings war es auch wirklich so. Bei dem Anblicke von Czernowitz schien uns der ganze europäische Westen nahe vor die Augen gestellt zu sein und wir glaubten Deutschland deutlich durchzufühlen. Die Stadt kam uns nicht anders als eine Vorstadt von Wien vor, freilich 150 Meilen von der Hauptstadt entfernt."

So rasch hatte sich durch deutsche Arbeit und unter deutschem Einflufs das städtische Leben in der Bukowina gegenüber ihren

Nachbarländern gehoben! Auch Czernowitz war bei der österreichischen Besitzergreifung nur ein elendes Dorf von zweihundert Lehmhütten. Kein einziges bemerkenswertes Gebäude war vorhanden; keine Brücke, keine ordentliche Strafse, ja nicht einmal die nötigen Brunnen. Für die Wohlfahrt der Bevölkerung waren nicht die einfachsten Mafsregeln getroffen; von Gesundheitsfürsorge, Feuerlöschwesen u. dgl. fand sich keine Spur. Ebenso traurig waren Handel und Gewerbe bestellt; an die Pflege geistiger Bedürfnisse dachte niemand. Nicht anders waren die Verhältnisse in den zwei anderen gröfseren Orten des Landes, in Sereth und Suczawa, bestellt. Von städtischem Wesen war auch hier kaum etwas zu bemerken: die städtische Kultur ist erst durch die Deutschen geschaffen worden. Die neuen Stadtordnungen wurden ganz nach deutschem Muster gegeben, und Deutsche hatten an der Neugestaltung und Verwaltung der Städte bedeutenden Anteil. Daher haben auch die Städte vorwiegend deutschen Charakter, wie schon einmal im Mittelalter, angenommen und trotz der mehr als sechzigjährigen Verbindung mit Galizien (1786 bis 1849) bewahrt. Eine Prüfung der Anschläge, Firmenschilder u. dgl., der Besuch öffentlicher Orte, der Verkehr in der Gesellschaft genügt für den Beweis, dafs die Städte und gröfseren Märkte der Bukowina zunächst auf deutscher Grundlage beruhen und dafs diese überall hervortritt [1]). Der Einflufs des deutschen Wesens hat sich hier überhaupt umfassender und kräftiger als z. B. in Galizien entwickeln können, weil der Boden fast jungfräulich war und die einheimische Bevölkerung, die bisher nur Not und Elend erfahren hatte, sich gern leiten und lehren liefs. Auch waren hier zu Lande jene scharfen Gegensätze zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Deutschen nicht vorhanden, wie sie in Ungarn und Galizien seit Jahrhunderten fortbestanden.

Wie in der moldauischen Zeit, so haben auch seit 1774 die Deutschen vor allem zum Aufschwunge der Gewerbe und des Handels beigetragen. Zur Zeit der österreichischen Besitzergreifung

1) Am 20. Dezember 1910 erklärte der Wortführer der Juden im Czernowitzer Gemeinderate unter lebhafter Zustimmung, „dafs Czernowitz eine moderne deutsche Stadt ist und dafs in dieser Beziehung österreichische Verwaltung und deutsche Kultur vieles geleistet haben.“

herrschte gänzlicher Mangel an ordentlichen Handwerkern, denn das Landvolk deckte und deckt zum Teil auch jetzt noch seine Bedürfnisse durch die Hausindustrie. Als 1785 für die Verwalterei Onufry an Stelle der vier kleinen papierenen Fenster solche mit Glasscheiben bewilligt wurden, zweifelte man daran, ob diese Arbeit in der „Stadt“ Sereth vollführt werden könnte. Nur allmählich veranlafste die deutsche Einwanderung einen Wandel dieser traurigen Verhältnisse. Der erste Apotheker in Czernowitz hiefs Mathias Winkler, der erste Uhrmacher Eisenbart, der erste Buchdrucker Eckhart [1]), der erste Bierbrauer Josef Weineck. Die neue Bauordnung, welche Schornsteine vorschrieb, führte die ersten Rauchfangkehrer nach Czernowitz; sie hiefsen Teinert und Neunteufel. Ebenso wurden zahlreiche andere Gewerbe erst durch Deutsche eingeführt, nachdem sie seit dem Rückgang der früher deutschen Städte eingegangen waren [2]). Auch die ersten ordentlichen Gasthäuser wurden von ihnen errichtet. Viele von diesen Gewerbetreibenden waren durch ihre Tüchtigkeit bekannt, und einzelne der alten Bürgerfamilien erfreuen sich noch heute bedeutenden Ansehens. Über die Förderung der Glasfabrikation und des Bergwerksbetriebes durch Deutsche ist schon oben gesprochen worden. Bemerkt sei nur, dafs die erste Glashütte durch Ritter von Kriegshaber ins Leben gerufen wurde; das Bergwesen fand aber durch die steiermärkische Familie Manz hervorragende Förderung.

Erst unter dem Einflusse der deutschen Bauern hat sich in der Bukowina ein ordentlicher Ackerbau entwickelt. Um diesen Einflufs richtig zu beurteilen, mufs man wissen, dafs bei der Besitzergreifung der Bukowina die Landleute insgesamt ihre Äcker sehr schlecht bestellten, dafs vom Düngen derselben gar keine Rede war, ja dafs statt des Dreschens zum Teil noch das Austreten der Körnerfrüchte durch Ochsen üblich war! Der gute deutsche Pflug, mit Pferden bespannt, galt noch in späterer Zeit der einheimischen Bevölkerung für ein Wunderwerkzeug, welches die „Schwaben“ aus der Werkstatt des Teufels erhielten; freilich ackerte auch der

---

1) Diese Firma errichtete auch in Radautz die erste Papiermühle in der Bukowina.

2) Vgl. Bd. II, S. 402.

Deutsche mit seinem Gaul in einem Tage viel mehr, als drei bis vier eingeborene Bauern mit vier Paar Ochsen vor ihrem landesüblichen Pflugungetüm. Welcher gewaltige Fortschritt durch das Beispiel der deutschen Kolonisten unter diesen Verhältnissen herbeigeführt wurde, wird im Lande auch allgemein anerkannt. Ebenso haben die Deutschen in der Viehzucht und der Milchwirtschaft manche Verbesserung eingeführt; denn wiewohl diese früher die Hauptbeschäftigung der Bukowiner Bevölkerung war, so ist sie doch auch nur sehr nachlässig betrieben worden. Weder auf die gute Rasse der Tiere noch deren Pflege wurde Gewicht gelegt. Stallungen fehlten fast gänzlich: das Vieh überwinterte im Freien, so dafs jährlich viele Tiere durch Kälte und Raubtiere zugrunde gingen. Auch in dieser Beziehung wurden die deutschen Ansiedler die Lehrmeister der einheimischen Bevölkerung. Ordentlich gebaute Bauerngehöfte lernten sie überhaupt erst von ihnen herzustellen. In der moldauischen Zeit hatte der Bauer nur „kleine, hin und her zerstreute Hütten, mehrenteils ohne Garten, ohne Hof, ohne Brunnen“. Die „elenden Hütten“ waren „schlecht von Kot, Strauchwerk und Holz zusammengesetzt“. Hinzu kommt noch, dafs die deutschen Ansiedler, und zwar vor allem die Deutschböhmen, auch zur Urbarmachung des Landes ihren redlichen Teil beitrugen. Es gilt dies sowohl von den deutschböhmischen Glasarbeitern und Holzschlägern, die bedeutende Urwaldstätten rodeten, als auch von den in Bori, Lichtenberg, vor allem aber in Schwarzthal und Buchenhain angesiedelten deutschböhmischen Bauern. Als in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts die bei Krasna ansässigen Slowaken die Behörden übermäfsig mit Bitten um bessere Ansiedlungsplätze bestürmten, wurde darauf hingewiesen, dafs dort auch Deutschböhmen (Althütte, Neuhütte) sefshaft wären, denen es nicht einfiele, um andere Gründe zu bitten, da sie wüfsten, dafs sie sich nur durch Anstrengung ihrer Kräfte ernähren könnten. Von einer Ansiedlung im wilden und rauhen Gebirgstale der Sucha (Schwarzthal) wollten die Slowaken nichts wissen, während die deutschen Kolonisten die Ansiedlung dort annahmen und im wildesten Urwald eine neue Heimstätte begründeten. Eine leichte Arbeit war das freilich nicht; die Behörden hatten selbst gezweifelt, ob die vermögenslosen Ansiedler das schwierige Werk

vollbringen würden. Aus einem Schreiben des Solker Wirtschaftsamtes erfahren wir, dafs sich in Schwarzthal und Buchenhain keine freien und unbestockten Plätze zur Unterbringung der Ansiedler fanden, deshalb waren in beiden Gegenden an der für den künftigen Verkehrsweg geeignetsten Stelle möglichst grade Auslichtungen in der Breite von 15 bis 20 Klaftern durch die Ansiedler anzulegen. Diese Auslichtung wurde in so viele gleiche Strecken abgeteilt, als Ansiedler beantragt wurden. Möglichst in der Mitte jeder dieser Abteilungen nächst der zur Strafse bestimmten Linie sollten die Hausplätze abgesteckt werden. Es handelte sich also tatsächlich hier um Ansiedlungen mitten im Urwald, und zur Rodung eines Loses waren nach einer Berechnung aus jener Zeit zehn Jahre nötig, was aber gewifs noch nicht langte. Die gröfste Schwierigkeit bestand darin, dafs in diesen Gebirgsgegenden kein Verdienst zu finden war, von dem die Kolonisten, während sie ihre Gründe rodeten, hätten leben können. Erst als Pottaschehütten errichtet worden waren, konnten sie auf ihren Ansiedlungsstätten ausharren. Mit dem Roden wurde z. B. in Schwarzthal in der Regel der Anfang in der Weise gemacht, dafs man von einem starken Ahornbaum einen 1½ Klafter (3 m) hohen Stumpf stehen liefs und in seiner Nähe alle Bäume bis auf weitere vier entsprechend hohe Stümpfe niederhieb. Diese Stümpfe bildeten die Pfeiler des Hauses, dessen Seitenwände aus Bretterverschlägen bestanden und dessen Dach aus Brettern hergestellt wurde, die man mit Steinen beschwerte. Solch eine Hütte sah noch vor etwa 30 Jahren der bekannte Historiker Loserth, der, selbst ein Deutscher aus den Sudetenländern, hierher gekommen war, um seine Landsleute zu besuchen, und dem wir manche wissenswerte Mitteilung über sie verdanken. Nachdem sich die wackeren Leute so eingerichtet hatten, begann dann das Lichten der Wälder. Gegenwärtig sind dieselben nur allzusehr niedergehauen; an ihrer Stelle finden sich saftige Wiesen und in tieferen Lagen auch Korn- und Gerstenfelder oder Kleewiesen. Die Häuser stammen meist aus jüngerer Zeit und sind recht schön. Da aber für die anwachsende Bevölkerung — man zählte 1900 in Schwarzthal 508 Deutsche — das schmale Tal zu eng wurde, so zogen sie sich abwärts nach Negrilassa, wo sie bedeutende Grunderwer-

bungen machten, indem sie von der einheimischen, meist rumänischen Bevölkerung die an der Talsohle liegenden Gründe erstanden. Hier erbauten Deutschböhmen auch einige Sägewerke, wozu zu bemerken ist, dafs schon 1843 Schwarzthaler Bauern aus wertvollem Holze (Eschen und Ahorn) Bretter schnitten und sich dadurch mehrere hundert Gulden verdienten. Aber auch noch weiter, nach Ostra, zogen die Ansiedler aus Schwarzthal, ebenso verbreiteten sie sich über andere Orte. Das Gesagte möge genügen, um uns von der von diesen Kolonien geleisteten Arbeit ein Bild zu machen. Erwähnt sei nur noch, dafs auch viele deutsche Wirtschaftsbeamte sich Verdienste um die Kultivierung des Landes erworben haben.

Wie schon angedeutet wurde, begann unter deutschem Einflufs auch die Ausnützung der grofsen und reichen Wälder des Landes. Als die Bukowina an Österreich kam, hatte der Wald keinen Wert. Holzhandel wurde nicht betrieben. Im ganzen Lande gab es keine Brettsäge: jedes Brett mufste mit der Axt zurechtgehauen werden; Deutsche errichteten die ersten Brettsägen. Ein Deutscher war es auch, der den ersten gröfseren Holztransport aus den schönen bukowiner Wäldern versuchte. Im Jahre 1816 unternahm Michael Steurer auf der Goldenen Bistritz die erste Holzflöfsung nach Konstantinopel, nachdem er am Bache Kolbu in der südlichen Bukowina eine Brettmühle hergestellt hatte. Steurer kam aber mit den mühsam zusammengestellten Holzflöfsen nur kaum zwanzig Meilen weit in die Moldau; dort wurde ihm das ganze Material abgenommen und blieb trotz mancher Versuche verloren. Später hat Steurer, dem sich auch Gottlieb Hügel beigesellte, ähnliche Versuche gemacht. Aber erst dem energischen Kameralmandatar Peter Strohmeyer ist im Jahre 1843 ein bedeutender Transport von Schiffsbauholz nach Galatz gelungen. Im folgenden Jahre brachte derselbe schon 120 Flöfse bis ebendahin, von wo er sich nach einem günstigen Verkaufe des dahingeschafften Schiffsbaumaterials bis Konstantinopel verfügte und daselbst günstige Beziehungen für die Entwicklung des bukowiner Holzhandels abschlofs. Seither hat sich der Holzhandel und die Holzindustrie der Bukowina sehr erspriefslich entwickelt; sie werden auch gegenwärtig zum grofsen Teile von Deutschen betrieben.

Aber nicht nur die materielle Kultur haben die eingewanderten Deutschen gefördert; es gilt dies in gleichem, wenn nicht noch in bedeutenderem Mafse von der geistigen. Zur Zeit der Besitzergreifung der Bukowina durch Österreich war hier die Bildung gleich Null. „Der Edelmann sowohl als der geistliche Stand hat fast gar keine Studien oder sonstige Edukation, und der Bauernstand ist folglich um so roher“, lautet ein Bericht des ersten Landesverwesers Spléný (1775). Von den Adligen war nach den Angaben seines Nachfolgers im Amte, des Generals Enzenberg, Basil von Balsch „der einzige sowohl vom geistlichen als weltlichen Stand, der eine andere als die walachische Sprache erlernt hatte und auf die Rechte und Wissenschaften sich verlegte“. Viele von den anderen Adligen konnten auch nicht lesen und schreiben. Die Geistlichen sind gegen das Ende der moldauischen Regierung durch Drohungen zum Lesenlernen gezwungen worden; konnte doch selbst der Vikar des moldauischen Erzbischofs, welcher zur Zeit der Okkupation die Bukowina pastorierte, weder lesen noch schreiben! Von allen bukowiner Geistlichen und Mönchen hatte keiner die Eignung, an den von der österreichischen Regierung begründeten Schulen als Lehrer angestellt zu werden. In den bukowiner Dörfern waren nur wenige Leute zu finden, welche auch nur das Vaterunser zu beten wufsten. Schulen waren so gut wie gar keine vorhanden. So standen die Verhältnisse, als die Bukowina an Österreich gelangte. Welch ungeahnten Aufschwung hat die Volksbildung, das höhere Unterrichtswesen und die Wissenschaft seither genommen! Über 500 Volksschulen, an denen neben Rumänisch, Ruthenisch und Polnisch auch Deutsch gelehrt wird, sorgen für die niedere Volksbildung; an vielen dieser Schulen ist Deutsch geradezu die Unterrichtssprache [1]). Die zahlreichen Mittel- und Fachschulen sind vorwiegend deutsch. Und vollends die östlichste deutsche Hochschule, welche dem Lande zur Feier der 100jährigen Verbindung mit dem Kaiserstaate im Jahre 1875 geschenkt wurde und die sich allgemeiner Sympathien in allen Kreisen und bei

1) Am 31. Dezember 1909 war an 76 Volksschulen Deutsch die ausschliefsliche Unterrichtssprache; an 33 Schulen wurde Deutsch neben anderen Landessprachen als Unterrichtssprache gebraucht.

allen Nationen des Landes erfreut! Welch gewaltiges Stück deutscher Kulturarbeit bedeutet der Umstand, daſs in dem Lande, wo im Jahre 1775 nur wenige die Landessprachen lesen konnten, nach nur hundert Jahren die Begründung einer deutschen Universität möglich wurde, welche einem allgemeinen Bedürfnisse entgegenkommt! Kaum bedarf es einer näheren Erörterung, von welcher Bedeutung diese Hochschule für die Erweiterung und Vertiefung der Bildung in der Bukowina geworden ist. Ein bedeutender Gewinn war schon der durch sie veranlaſste Zuzug zahlreicher deutscher Gelehrten. Näher darauf einzugehen, müssen wir uns versagen; es dürfte genügen, auf die im Jahre 1900 zur Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestandes der Universität erschienenen Festschriften zu verweisen. Ausdrücklich möge nur erwähnt werden, daſs Professoren, Beamte und Schüler der Universität an der in der jüngsten Zeit sich entfaltenden landeskundlichen Forschung lebhaften Anteil nehmen. Die Pflege der Landeskunde ist überhaupt vorzüglich durch Deutsche gefördert worden.

Deutschen vor allem verdankt auch das Landesmuseum sein Bestehen und seine Entwicklung; in den Jahrbüchern desselben begegnet man fast ausschlieſslich deutschen Mitarbeitern. Ebenso ist das Bukowiner Gewerbemuseum eine deutsche Gründung. Deutsch ist das einzige ständige Theater des Landes, Deutsche nehmen regen Anteil an dem Verschönerungsvereine von Czernowitz und an ähnlichen gemeinnützigen Unternehmungen. In deutscher Sprache finden die zahlreichen Vorträge in Czernowitz statt, darunter seit einigen Jahren vor allem die von den Professoren und Dozenten der Universität veranstalteten volkstümlichen Kurse.

Doch es würde zu weit führen, wollten wir hier ausführlich alle Seiten der Tätigkeit der Deutschen in der Bukowina beleuchten. Was die Bukowina heute ist, verdankt sie vor allem deutschen Kultureinflüssen und zum groſsen Teile deutscher Arbeit.

Wirtschaftliche Lage der bukowiner Deutschen. Politische Stellung. Deutschvölkische Schutzarbeit.

Die wirtschaftliche Lage der Mehrzahl der Deutschen in der Bukowina beweist, daſs sie rührig zu schaffen verstehen.

Dies gilt vor allem von den deutschen Bauern. Wie nach Galizien und Ungarn haben auch die bukowiner Ansiedler zwar manchen Gulden aus der alten Heimat mitgebracht, auch sind allerlei Reichsforderungen für sie nachträglich eingetrieben worden, im grofsen und ganzen aber haben sie sich erst hier zu Wohlstand emporgeschwungen. Am besten erging es den im Hügel- und Flachland angesiedelten „Schwaben“. Fruchtbringend erweisen sich vor allem die Wirtschaften der Deutschen in der Nähe von Czernowitz, welche Stadt sie zum grofsen Teile mit den Bedürfnissen des täglichen Lebens versehen. Frühmorgens sieht man die reinlich in ihren überaus weiten gesteiften bunten Röcken einherschreitenden Frauen mit den Milchgefäfsen in die Stadt und von Haus zu Haus eilen. Grofse Wagen, hochbeladen mit Körben, in denen allerlei Gemüse, Obst u. dgl. enthalten sind, führen die Männer zum Marktplatz, wo dann die Frauen den Verkauf besorgen. Sind doch die Schwaben als besonders eifrige und geschickte Gemüsebauer bekannt, wie sie nicht minder zum grofsen Teile das bessere Obst feilbieten, und nicht wenige Hausfrauen wollen auch nur von den deutschen Wirtinnen Butter, Rahm u. dgl. kaufen, weil diese reinlicher damit umgehen. So ist die „Schwäbin“ stets ihres guten Erlöses sicher und bringt manches schöne Stück Geld heim. Natürlich wirft auch der Getreidebau, ferner die Vieh- und besonders die Pferdezucht guten Nutzen ab. Hierzu kommt noch, dafs die Männer als Handwerker, und zwar insbesondere als tüchtige Maurer und Zimmerleute, einen guten Erwerb finden. Sowohl in der Bukowina als auch in Rumänien, wohin diese Leute sich für die Sommermonate in grofser Zahl begeben, finden sie bei allen Bauten leicht reichliche Arbeit. Insbesondere in Rumänien, wo an tüchtigen Bauleuten Mangel herrschte, war der Verdienst früher so lohnend, dafs die bukowiner Deutschen von dort erkleckliche Summen Geldes mitbrachten. So sind auch z. B. in Glitt und im benachbarten Lichtenberg die im Vergleich mit den örtlichen Verhältnissen geradezu stattlichen Häuser mit Geldmitteln erbaut worden, welche in der Moldau erworben wurden. Hierzu möge ausdrücklich bemerkt werden, dafs diese Handwerker in der Regel nicht auf diesen Verdienst allein angewiesen sind; denn während sie ihrer Beschäftigung nachgehen, werden von den Frauen und

männlichen Anverwandten die Wirtschaften bestellt. Die deutschen Wirtschaften erkennt man auch heute noch leicht auf den ersten Blick; so vorteilhaft zeichnen sie sich vor jenen der einheimischen Bauern aus. Viele von den deutschen Landwirten sind Grofsbauern im besten Sinne des Wortes. Die Gemeinde Deutsch-Tereblestie ist in der seltenen glücklichen Lage, keine Gemeindeumlagen ausschreiben zu müssen. Sie besitzt eine grofse Hutweide, die parzellenweise an Ortsinsassen verpachtet wird und von deren Pachtschilling alle Umlagen bestritten werden.

Anders verhält es sich mit jenen Kolonien, deren Insassen als Bergleute, Werkarbeiter und Glasmacher angesiedelt worden sind. Durch das Einstellen fast aller dieser Betriebe, welches in den letzten Jahrzehnten infolge Mangels an Unternehmungslust eintrat, ist diesen Ansiedlungen der Lebensnerv abgeschnitten worden, und diese, zumeist in gebirgiger, wenig fruchtbarer Gegend und ohne hinreichende Gründe angesiedelten Menschen sind bitterer Not ausgesetzt. Dies ist z. B. in den früheren Glashüttenansiedlungen Alt- und Neuhütte, ferner in Karlsberg der Fall; nur die Anlage von Holzindustriewerken hat am letzteren Orte jetzt wieder das Elend gemildert. Vor allem begegnet man aber in den früheren Bergwerks- und Gewerksorten den bittersten Klagen; insbesondere wird von den Leuten die Verwaltung des griechisch-orientalischen Religionsfonds, welche die vom früheren Besitzer Manz übernommenen Werke brach und kalt liegen läfst, mit Vorwürfen überhäuft. Schon Loserth stellte dies fest. „Im Jahre 1881, schreibt er, fand ich noch ein altes Mütterchen, das mir von ihrer Einwanderung anno 1806 erzählte und von Kaiser Franz, der es besser mit ihnen gemeint habe, als es ihnen nunmehr ergehe.“ Ähnliche Klagen kann man in allen diesen Ansiedlungen hören. Die als Berg- und Hüttenleute herbeigerufenen Ansiedler müssen ihr Brot als Holzknechte, Flöfser u. dgl. verdienen oder in die Fremde ziehen. Mit Sehnsucht wünschen sie daher die Wiederaufnahme des Betriebes in den verlassenen Werken. Diesem Wunsche ist tatsächlich einigermafsen entsprochen worden, indem besonders die Manganwerke in Jakobeny erweitert wurden; dagegen werden über den Betrieb der Schwefelkiesgruben in Luisental wieder laute Klagen geführt. Auch mit anderen Schwierigkeiten hatten die Bergwerks-

kolonien zu kämpfen. Den Ansiedlern war der Boden, auf dem sie sich niederliefsen und ihre Häuschen erbauten, niemals rechtsgültig in erblichen Besitz übergeben worden. Als die Bergwerke in den Besitz des griechisch-orientalischen Religionsfonds kamen, betrachtete dieser sein Verhältnis zu den Ansiedlern stets als Pachtvertrag. Dies hatte zur Folge, dafs den Kolonisten, mit denen die Bergverwaltung aus irgendeinem Grunde unzufrieden war, gekündigt wurde, so dafs sie den nach ihrer Meinung erbgesessenen Boden verlassen mufsten. Nach langjährigen Bitten und Vorstellungen wurden endlich 1898 bis 1909 in den Kolonien Eisenau, Freudental, Jakobeny, Kirlibaba, Požoritta und Luisental allen Ansiedlern Haus- und Gartengründe gegen mäfsiges in Raten abzustattendes Entgelt verkauft; auch Familien, die bisher keinen Grundbesitz hatten, wurde Gelegenheit zur Erwerbung geboten. Weniger günstig wurde eine zweite Forderung dieser Ansiedlungen gelöst. Wiewohl einzelne von ihnen, z. B. Eisenau, früher selbständige Gemeinden waren, sind sie in den letzten Jahrzehnten als sogenannte Gutsgebiete behandelt worden, in denen die Vertreter des Religionsfonds die Gemeindegeschäfte besorgten. Ähnlich verhält es sich mit anderen deutschen Siedlungen auf privaten Gutsgebieten, z. B. in Neu-Żadowa. Das Streben dieser Ansiedlungen ging dahin, in selbständige Gemeinden umgewandelt zu werden. Indessen sind sie durch eine Verordnung von 1909 den benachbarten anderssprachigen Gemeinden einverleibt worden und werden von deren Majoritäten bedrückt. Ähnliches ist in jenen Ansiedlungen der Fall, die auf dem Boden anderssprachiger Ortsgemeinden entstanden sind und bisher von ihnen politisch noch nicht getrennt wurden[1]); sie werden in ihren wirtschaftlichen und völkischen Interessen schwer geschädigt.

Die politische Lage der Deutschen in der Bukowina hat sich leider in der letzten Zeit bedeutend verschlechtert. Ungefähr ein Jahrhundert lang hat die einheimische Bevölkerung, vor allem die Rumänen und Ruthenen, die deutschen Verdienste gern anerkannt

1) Von den bereits von den Stammgemeinden abgesonderten Kolonien ist Deutsch-Arbora vor etwa 45 Jahren wieder mit Rumänisch-Arbora vereinigt worden; dagegen bestehen nebeneinander z. B. Deutsch- und Rumänisch-Fratautz, Deutsch- und Rumänisch-Satulmare, Deutsch- und Rumänisch-Tereblestie.

und den Deutschen die ihrer Arbeit und ihrem Wissen entsprechende Stellung eingeräumt. Diese günstige Entwicklung ist dem Umstande zuzuschreiben, dafs die Deutschen, von altösterreichischer liberaler Gesinnung erfüllt, eifrig sich der Kulturarbeit widmeten, ohne dafs sie eine überragende Stellung oder auch nur die Sicherung ihrer Positionen angestrebt hätten. So wurde alles vermieden, was einen Gegensatz zur einheimischen Bevölkerung verursachen konnte. Anderseits war die Lage in der Moldau vor dem Anfalle der Bukowina an Österreich so zerrüttet, dafs von einem staatlichen oder nationalen Gefühle bei der armen Bevölkerung kaum die Rede sein konnte. Sie nahm daher die Wohltaten der deutschen Regierung und der deutschen Kulturarbeit willig und dankbar entgegen. Dazu stand die Masse der bukowiner Bevölkerung in ihrer weltfremden Zurückgezogenheit den modernen Geistesströmungen fern. So kam es, dafs die Deutschen ihre Arbeit ruhig fortsetzen konnten, ihr Kultureinfluss stetig um sich griff. Es ist noch nicht lange her, dafs einer der hervorragendsten Führer der bukowiner Rumänen, Baron Nikolaus v. Mustazza, zum König von Rumänien sagte: „Wir (bukowiner Rumänen) sind deutsch erzogen.“ Und noch vor einigen Jahren, am 2. September 1905, enthielt die rumänische Zeitung „Voinţa Poporului“ einen Aufsatz, der folgenden Wortlaut hatte: „Brüder, lebet gut mit den Deutschen. Die deutschen Kolonisten sind fast ausschliefslich in den von den Rumänen bewohnten Teilen des Landes ansässig. Sie sind gute Wirte, bearbeiten den Boden gut, wissen schönes Vieh aufzuziehen und sind häufig auch Handwerker. Jeder Bauer weifs, dafs die schönsten Pferde und auch das schönste Hornvieh von den Deutschen aufgezogen wird. Die Deutschen sind sehr häufig Schmiede, Krämer, Schneider, Wagner usw. Sie sind sehr arbeitsame Menschen, anständig und friedliebend. Betrachtet nur die deutschen Wirtschaften: sie haben schöne Häuser, grofse Scheuern und Stallungen und zeichnen sich durch eine augenfällige Reinlichkeit aus. Von den deutschen Kolonisten haben unsere Rumänen viele gute Dinge gelernt und lernen sie noch heute. Die Deutschen lieben die Schule, schicken mit Vorliebe ihre Kinder in die Schule, so dafs es keinen Deutschen gibt, der nicht lesen und schreiben könnte. Das ist sehr gut, denn dadurch wird das

Volk erleuchtet, und nur ein erleuchtetes Volk kann sich vor Betrügereien aller Art schützen. Wir wünschen von Herzen, dafs diese Art der Deutschen tief auch in das rumänische Volk eindringe, weil dann unsere Bauernschaft nicht mehr die Beute schlauer Geschäftsleute würde." Bemerkt sei nur noch, dafs z. B. die ruthenischen Bewohner von Kotzman 1903 die stärkere Berücksichtigung der deutschen Unterrichtssprache in ihrer Volksschule forderten; dagegen den Unterricht der polnischen Sprache, der in der alten Schulerrichtungsurkunde als obligater Gegenstand für alle Kinder festgestellt war, auf die polnischen Kinder einschränkten. Aber diese der gerechten Würdigung deutscher Kulturarbeit entsprungenen Anschauungen haben allmählich einer weniger freundlichen Stimmung Platz gemacht. Obwohl die Deutschen stets gegenüber den anderen Volksstämmen des Landes eine ruhige, anspruchslose Stellung einnahmen, niemals Entnationalisierungspläne hegten und den nationalen Bedürfnissen ihrer Mitbewohner sich nie verschlossen, wird seit einer Reihe von Jahren eine feindliche Stimmung gegen sie genährt. Die sicheren Anzeichen dafür mehren sich in den letzten Jahren überaus. Die deutschen Minoritäten in einzelnen Gemeinden werden bedrückt; die bisherige deutsche Verhandlungssprache der Gemeindevertretung in Kimpolung wurde durch die rumänische und in jener von Nepolokoutz durch die ruthenische ersetzt. Führende Männer der Ruthenen und Rumänen erklären die Landeshauptstadt blofs deshalb, weil sie deutschen Charakter hat, als „einen Fremdkörper in unserem Fleische"; sie bekämpfen die Stadt im Landtage, ja sie verweigern dem deutschen Stadttheater in Czernowitz, dem einzigen des Landes, die bisher gewährten Geldunterstützungen. Besonders feindlich treten auch einzelne polnische Führer gegen die Deutschen auf.

Bei dieser Stimmung ist es leicht erklärlich, dafs gerechte Wünsche der Deutschen des Landes keine Berücksichtigung finden.

Berechtigte schwere Klagen führen die Deutschen vor allem über die Zurücksetzung im Schulwesen. Wohl ist Deutsch die Vortrags- und Amtssprache der Universität Czernowitz und an mehreren Mittelschulen des Landes; an den anderen Mittelschulen wird es wenigstens in ausreichendem Mafse berücksichtigt und auch an

den Volksschulen ist es teils Unterrichtssprache, teils Unterrichtsgegenstand. Trotzdem sind die deutschen Kinder in einer grofsen Anzahl Gemeinden, in denen die Deutschen die Minderheit bilden, im grofsen Nachteile. In solchen Gemeinden ist nämlich die Unterrichtssprache rumänisch oder ruthenisch; das Deutsche wird dann nur nebenbei als Unterrichtsgegenstand, und überdies in der Regel von nichtdeutschen Lehrern gelehrt. Die Folge ist ein Zurückbleiben in den Kenntnissen der Muttersprache, im weiteren Verlaufe der Verlust des deutschen Volkstums. So gibt es in Korlata Rumänen mit Namen Rumpel, Seibert und Radmacher; in Woronetz rumänische Familien mit Namen Lommer, Friedel und Aschenbrenner; in Gurahumora Eib und Aschenbrenner, in Dragojestie und Mazanajestie Stolz, Kipper, Kristel, Nunweiler, in Stupka Melzer. Da in den Dörfern, in welchen deutsche Landleute zerstreut wohnen, keine katholischen und protestantischen Priester vorhanden sind, so werden Deutsche oft von den orientalischen getauft und widerrechtlich als Angehörige ihrer Kirche eingetragen. Mit dem Glaubenswechsel ist auch die Entnationalisierung erleichtert. Leider wird das berechtigte Verlangen der Deutschen nach deutschen Minoritätsschulen nicht entsprechend gewürdigt. Wie in Galizien müssen daher die Gemeinden zur Errichtung von Privatschulen schreiten; die grofsen Kosten dafür sind armen Orten unerschwinglich. Der Wiener Deutsche Schulverein unterstützt diese Bestrebungen schon seit dem Jahre 1882, also fast seit der Zeit seiner Gründung (1880), doch wäre unbedingt eine stärkere Berücksichtigung nötig. Für die Deutschen in der Bukowina ist es um so schmerzlicher, dafs ihr Ruf nach öffentlichen deutschen Schulen für deutsche Kinder nicht berücksichtigt wird, als sie ähnlichen Forderungen der anderen Nationalitäten bereitwillig zustimmen. So haben die deutschen Gemeinderäte von Czernowitz, die hier in der Gemeinderatsstube über ein Drittel aller Stimmen verfügen, die Errichtung rumänischer, ruthenischer und polnischer Volksschulen in der Landeshauptstadt bereitwillig zugestanden; früher waren daselbst alle öffentlichen Volksschulen deutsch, die anderen Sprachen wurden nur als Unterrichtsgegenstände gelehrt. Die Erklärung über das Zugeständnis der „nationalen“ Schulen schlofs der Obmann des Verbandes der deutschen Gemeinderäte unter grofsem Beifall mit

dem Wunsche: „Kommen Sie uns im Lande gerade so entgegen, wie wir Ihnen in der Stadt entgegenkommen; lassen Sie unseren Kindern den vollen Unterricht in ihrer Muttersprache zuteil werden“ (1909).

Nicht ganz befriedigend sind auch die kirchlichen Verhältnisse unter den katholischen Deutschen. Die bukowiner katholische Kirche untersteht dem Lemberger Erzbistum, das den Bedürfnissen der Deutschen nicht Rechnung trägt. An deutschen Priestern herrscht wie in Galizien so auch in der Bukowina Mangel; in deutschen Gemeinden werden zumeist polnische Priester angestellt, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und durch deren fehlerhaften, mitunter sinnstörenden Gebrauch Anstofs beim Gottesdienste erregen. Dazu kommt, dafs sie vollständig im polnischen Lager stehen und ihre Stellung zu nationalen Umtrieben mifsbrauchen. Sie beschimpfen die Deutschen, eifern gegen ihre nationalen Vereine und veranlassen sie, polnischen Vereinen beizutreten. Soll doch sogar vorgekommen sein, dafs einem Deutschen sein polnischer Pfarrer die Trauung verweigerte, weil er Mitglied des Deutschen Schulvereins war! Auch Polonisierungen deutscher Namen in den kirchlichen Matrikelbüchern (wie Schwarz in Szwarz, Schuster in Szuster, Pscheid in Pszeid) kommen vor. Bei der Anlegung der nationalen Wahllisten und der Durchführung von Volkszählungen sind die Umtriebe einzelner dieser Seelsorger für das Deutschtum überaus gefährlich. Glücklicherweise ist es bisher nicht gelungen, die katholischen und evangelischen Deutschen zu entzweien, wiewohl leider auch von deutscher Seite Versuche dazu gemacht wurden. Die Bukowina ist infolge der mannigfaltigen hier verbreiteten Religionsbekenntnisse ein Gebiet, in dem religiöse Unduldsamkeit nicht leicht um sich greifen kann.

Weit günstiger als in Galizien und in Ungarn ist in der Bukowina die Lage der Deutschen infolge des Vorherrschens der deutschen Sprache als eines allgemeinen Verständigungsmittels und als Amtssprache. Den Westländer, der durch Galizien mittelst Bahn in die Bukowina fährt, berührt es stets überaus angenehm, wenn er statt des polnischen „gotów!“ an der bukowiner Grenzstation das deutsche „fertig!“ hört. Und denselben Eindruck erhält man im ganzen Lande. Das Deutsche hat sich ohne Zwang

hier verbreitet und hat auch für die Zukunft gute Aussichten als allgemeine Vermittlungssprache benutzt zu werden. Ohne das Deutsche würde in dem vielsprachigen Ländchen der Verkehr stocken und jeder Fortschritt unterbunden sein. Die entwicklungsfähige und entwicklungsfreudige Bevölkerung des Landes weifs dies ganz genau und legt daher auch in ihren nationalen Schulen Gewicht auf die Erlernung der deutschen Sprache. Die Bukowina ist viel zu klein, als dafs sie etwa in ein rumänisches und ruthe-niches Verwaltungsgebiet getrennt werden könnte. In den letzten Jahren erheben aber auch die Polen Ansprüche auf Anerkennung als vierte gleichberechtigte Nation des Landes. Man ersieht daraus, dafs ohne die deutsche Vermittlungssprache unhaltbare Verhältnisse entstehen würden. Dazu kommt, dafs die grofse Anzahl der Juden den hohen Wert der deutschen Sprache im Verkehr und Handel, sowie für die Beziehungen zum Westen wohl zu schätzen weifs.

Glücklicher als die Deutschen in Galizien und in Ungarn sind jene in der Bukowina auch deshalb daran, weil sie sowohl in den Reichsrat als in den Landtag Abgeordnete entsenden. Die neue Reichsratswahlordnung von 1907 und die Landtagswahlordnung von 1910 haben zu mindestens einen Teil der berechtigten Wünsche der Deutschen verwirklicht. Leider hat das sogenannte Landgemeindenmandat für den Reichsrat arge Zwietracht zwischen den Deutschen in der Bukowina hervorgerufen, und ebenso birgt die Einführung des nationalen Katasters in die Landtagswahlordnung für die Deutschen eine Gefahr, weil sie mit den Juden in einem Kataster vereinigt sind und von diesen überstimmt werden können [1]).

Zu den für die Deutschen günstigen Umständen zählt ferner ihre auch noch gegenwärtig höhere Volksbildung. Während in rumänischen und ruthenischen Dörfern den zu „Bürgermeistern“ gewählten Männern auch noch jetzt häufig die Nachsicht von der Kenntnis des Lesens und Schreibens gewährt werden mufs, ist ein ähnlicher Fall in deutschen Ansiedlungen kaum jemals vorgekommen. Ebenso ist der grofse Kinderreichtum in den ländlichen Familien von grofser Bedeutung; dazu kommt infolge der besseren Pflege

1) Tatsächlich ist dies schon bei der ersten nach der neuen Wahlordnung vorgenommenen Landtagswahl (Mai 1911) geschehen.

die geringere Kindersterblichkeit. Die Folge dieser Faktoren ist ein verhältnismäfsig rasches Anwachsen der Deutschen. Unterstützt durch ihren Fleifs und ihre Betriebsamkeit breiten sich die Deutschen von den ursprünglichen Kolonien in die benachbarten Ortschaften aus und kaufen sich hier an.

Leider hat auch unter den bukowiner Deutschen am Anfang des 20. Jahrhunderts die Auswanderungslust zugenommen. Veranlafst wurde sie teils durch die in Galizien hervorgerufene Bewegung, teils durch Agenten, die sich im Lande umhertrieben und in deren Interesse es lag, ihren Firmen möglichst viele Auswanderer zuzuführen. Von der in der ganzen Bukowina erregten Auswanderungsbewegung wurden die Deutschen besonders in den Jahren 1904 bis 1906 ergriffen; doch waren auch schon früher Deutsche aus der Bukowina in geringerer Zahl ausgewandert. Die Auswanderung erfolgte nach Amerika (Kanada), ferner nach Posen, Ungarn und Bosnien, endlich nach Rumänien. Die Anzahl der Ausgewanderten läfst sich nicht feststellen.

Gefährlich war für die Deutschen der Umstand, dafs ihnen „die ungestörte nationale Entwicklung lange Zeit gleichermafsen als goldene Frucht des Schicksals mühelos in den Schofs fiel“. Die Deutschen wurden dadurch eingeschläfert; sie fühlten sich allzu sicher und rechneten zu sehr auf Dankbarkeit für ihre Kulturarbeit und den von ihnen stets eingenommenen „liberalen“ Standpunkt. Während die Deutschen so fortgesetzt nur das allgemeine Interesse im Auge behielten, während sie noch immer nur allgemein nützliche Vereine gründeten, in denen ihnen doch wieder die Führung entrissen wurde, begannen die anderen Bewohner sich völkisch zu organisieren. So sehr war man in der Bukowina daran gewöhnt, dafs die Deutschen nur für die Allgemeinheit zu sorgen hätten, dafs ihnen es arg verübelt wurde, als sie erwachten und ihre eigenen Interessen zu wahren begannen. Man betrachtete nationale Organisation geradezu als ein Vorrecht der Nichtdeutschen

Glücklicherweise haben sich die bukowiner Deutschen noch rechtzeitig aufgerafft. Im Frühjahr 1897 wurde der „Verein der christlichen Deutschen in der Bukowina“ begründet, der sich überaus glücklich entwickelte und mit einer grofsen Anzahl von

Ortsgruppen das ganze Land umspannte. Viele von den Ortsgruppen, Czernowitz voran, erbauten oder erkauften sich zum Heim „deutsche Häuser“ oder „Volksheime“. Der Verein setzte sich die Aufgabe, alle Interessen der Deutschen in wirtschaftlichen und völkischen Beziehungen mit Ausnahme der politischen zu pflegen. Zur Bewältigung dieser Arbeit trat eine Reihe von Ausschüssen ins Leben. Auch die Herausgabe einer Zeitung (Bukowiner Bote) und eines Deutschen Kalenders für die Bukowina, ferner die Errichtung zahlreicher Büchereien ging von diesem Vereine aus. Allmählich übernahmen einzelne Zweige der Tätigkeit besondere Vereine, so vor allem der Verein „Deutsches Schülerheim“ (seit 1900), der 1907 ein geradezu mustergültiges Schülerheim in Czernowitz erbaut hat. Andere Schülerheime entstanden in Sereth, Radautz und Gurahumora. Von geradezu bahnbrechender Bedeutung für die wirtschaftliche Erstarkung und die Befreiung vom Wucher wurden die seit 1898 errichteten Spar- und Darlehnskassenvereine (Raiffeisenkassen), die sich zum „Verband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften in der Bukowina“ zusammengeschlossen haben. Gegenwärtig gehören diesem Verband achtzig Kassen und ähnliche Vereine (darunter auch die Czernowitzer Buchdruckereigesellschaft) an; kaum ein Ort, in welchem eine gröfsere Anzahl Deutscher wohnt, entbehrt dieser segensreichen Einrichtung, die in stetem Aufblühen begriffen ist. Seit 1904 wurden auch deutsche Warenhäuser (Konsumvereine) begründet. Von den anderen deutschen Vereinen mögen genannt werden: die zahlreichen Ortsgruppen des Deutschen Schulvereins [1]), die Ortsgruppe Czernowitz des Salzburger Hochschulvereins, der Verein deutscher Lehrer in der Bukowina, die akademischen Burschenschaften Arminia und Teutonia, das deutsche Gesangskränzchen, der deutsche Turnverein Jahn u. a. Ferner sei bemerkt, dafs sich das rege deutsche Volksgefühl der bukowiner Deutschen auch bei zahlreichen anderen Gelegenheiten, geselligen Veranstaltungen, Sonnwend- und Julfeiern kundgibt.

So bestellten die bukowiner Deutschen in ruhiger, zielbewufster Arbeit ihr Haus, sich zum Schutz, niemandem zum Trutz. Die

---

1) Sie sind seit 1910 zum Gauverband „Buchenland“ vereinigt.

Anfeindung der deutschen Organisation schwächte sich allmählich ab. Noch kostete es aber viele Mühe, die Stammesbrüder im Westen für den vergessenen Vorposten zu gewinnen. Wohl hatten sich diese in früherer Zeit zuweilen an das „Buchenland“ [1]) erinnert, so als 1875 die deutsche Universität in Czernowitz errichtet wurde. Überall in deutschen Gauen jubelte man damals über diesen ungeahnten Erfolg deutscher Kulturarbeit; hervorragende deutsche Dichter gaben dieser Stimmung in schwungvollen Worten Ausdruck. Aber später vergafs man diese Deutschen; man vergafs sie, obwohl in den letzten zwei Jahrzehnten verschiedene Arbeiten über die bukowiner Deutschen erschienen, obwohl seit 1897 sich hier ein reges völkisches Leben entwickelte. So kam es, dafs im Linzer Programm (1882) der alldeutschen Partei die Deutschen der Bukowina aufgegeben wurden; so konnte es geschehen, dafs von deutscher Seite wiederholt Anträge auf die Ausscheidung Galiziens und der Bukowina aus Österreich gestellt wurden. Gelegentlich einer Verhandlung darüber im Dezember 1905 leugneten die „Schönerianer“ im Abgeordnetenhause geradezu den Bestand eines lebenskräftigen Deutschtums in der Bukowina und bezeichneten neun Zehntel der bukowiner Deutschen als Juden. Der Unkenntnis der Verhältnisse entsprangen auch die Angriffe im Reichsrate auf die deutsche Universität Czernowitz von deutscher Seite. Es ist selbstverständlich, dafs bukowiner Deutsche sofort gegen diese gefährlichen Vorstöfse in entsprechender Weise antworteten, unbeirrt durch Beschimpfungen ihrer Gegner.

Gerade damals hatten bereits die deutschen Schutzvereine des Westens mit jenem der Bukowina nähere Fühlung gefunden. So kam kaum einen Monat nach den gegen das bukowiner Deutschtum im Reichsrate gerichteten Angriffen der Wanderlehrer des Bundes der Deutschen Nordmährens, Hoyer, in die Bukowina (Januar 1906). Die Erfahrungen, welche er hier sammelte, veranlafsten ihn, mit begeisterten Worten für die bukowiner Deutschen einzutreten: „Auch die Deutschen in der Bukowina haben ein tüchtiges Stück Kulturarbeit geleistet und dem Deutschtum hier im Lande Ehre gemacht. Sie sind für uns kein verwehtes Blatt der deutschen Eiche, kein

1) Bukowina = Buchenland.

abgerissener Ast. Nein! Sie sind ein Stück von uns, sie sind Blut von unserem Blute, Fleisch von unserem Fleisch. Wir dürfen und können nicht zugeben, dafs man sie jemals von uns losreifst." Diese Worte Hoyers aus seinem am 6. Januar 1906 im Rathaussaale zu Czernowitz gehaltenen Vortrag waren eine kräftige Antwort auf die entstellende Darstellung im Reichsrate. Wenige Monate später kam in die Bukowina der Schriftleiter Seidl aus Troppau. In einem längeren Bericht des Wiener „Deutschen Volksblattes" gesteht er, dafs er selbst bisher von dem bukowiner Deutschtum nicht viel gehalten habe; was er aber im Lande selbst sah, „wird wohl in unseren Gegenden einigermafsen überraschen". Er verweist sodann auf die Erfolge der völkischen Organisation der bukowiner Deutschen und betont insbesondere, dafs diese sich prozentual an ihren nationalen Vereinen besser beteiligen als Deutsche anderer Kronländer. Die schönste Genugtuung gewährte es aber den bukowiner Deutschen, als sich anläfslich der Einweihung des neuen deutschen Hauses in Czernowitz, eines Prachtbaues in edlem deutschen Stil, einige der bedeutendsten deutschnationalen Führer Österreichs einfanden (1910). „Wir sind gekommen", sagte einer der Redner, „Ihnen Mut zu bringen, auszuharren im Kampfe, aber wir, die wir aus dem Westen kommen, haben hier ein Stahlbad genommen. Bewunderung müssen wir aussprechen für das, was sie in kurzer Zeit geleistet haben. Sie haben die völkische Bewegung förmlich aus dem Boden gestampft. Wie herrlich steht ihre Organisation da!" Daran schlofs sich die Verheifsung, für das bukowiner Deutschtum stets einzutreten „und keinen Fufs breit deutschen Bodens aufzugeben".

So bedeutend diese Erfolge der Bukowiner sind, so kann leider nicht verschwiegen werden, dafs ihre Stellung und ihr Einflufs im politischen Leben durch unliebsame Vorgänge in den letzten Jahren gelitten hat. Die politische Festigung der bukowiner Deutschen hatte mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden. Zunächst entstand begreiflicherweise eine Spannung zwischen der früheren liberalen Richtung und der neuen völkischen. Viele Deutsche der älteren Gesinnungsart hielten sich fern; nur allmählich wurde diese Schwierigkeit überwunden. Dann entstanden Meinungsverschiedenheiten zwischen den neuen Führern; dazu kam,

dafs die christlich-soziale Richtung ihren Weg in die Bukowina fand. So entstanden wieder Spaltungen im deutschen Lager, die für die deutschen Vorposten doppelt gefährlich sind. Die Spuren dieses Bruderkampfes in den „Bukowiner Nachrichten", der „Bukowiner deutschen Zeitung" und im „Bukowiner Volksblatt" seit 1906 zu verfolgen, gehört unstreitig zu den traurigsten Seiten der Geschichte des Deutschtums in der Bukowina. Den wechselnden Stimmungen entsprach auch die seit 1905 rasch aufeinander folgende Gründung der deutschen politischen Vereine: „Deutscher Volksverein", „Bund der Deutschen" und „Deutscher Volksbund". Bisher unternommene Versuche, die Deutschen der Bukowina wieder zu einigen, mifslangen.

Ebenso wie in Ungarn und in Galizien ist es den Deutschen in der Bukowina nicht gelungen, ein dauerndes und festes Bundesverhältnis mit einem der anderen Volksstämme herzustellen. Auch das Einvernehmen mit den Juden, das für die Erhaltung des Deutschtums in der Bukowina von Bedeutung ist, wird durch manche Vorgänge im jüdischen Lager gestört. Schon kam es vor, dafs Juden, die sich früher stets zur deutschen Muttersprache bekannten, eine der anderen Landessprachen als ihre Umgangssprache bezeichneten. Doch bekennen sich die Juden in der Bukowina in so überwiegender Majorität zur deutschen Umgangssprache, dafs hier die Unterscheidung von christlichen und jüdischen Deutschen allgemein üblich ist. Daher führt auch der deutschvölkische Verein in der Bukowina (ebenso wie in Galizien) die Bezeichnung „christlich-deutscher".

Siebentes Buch.

Geschichte der deutschen Ansiedlung in Rumänien

von etwa 1775 bis zur Gegenwart.

Erstes Kapitel.

1. Charakteristik der deutschen Einwanderung und Ansiedlung in Rumänien seit etwa 1775. — 2. Die deutschen Siedlungen. Herkunft und Anzahl der Deutschen.

Charakteristik der deutschen Einwanderung und Ansiedlung in Rumänien seit etwa 1775.

Nicht nur die älteren bis ins Mittelalter zurückreichenden deutschen Siedlungen in der Moldau und Walachei, sondern auch die im 18. Jahrhundert neubegründeten verschwanden um 1775 bis auf ganz unbedeutende Reste. Nur in Bukarest entwickelte sich die seit einigen Jahrzehnten bestehende deutschevangelische Gemeinde glücklicher. Dazu hat vor allem die Nähe der sächsischen Hauptorte in Siebenbürgen (Kronstadt und Hermannstadt) viel beigetragen. Da Bukarest überdies damals schon ein bedeutender Handelsplatz und die Residenz der walachischen Fürsten war, erhielt es immer wieder neue Zuzüge, wenn Pest und Krieg die Reihen der deutschen Ansiedler gelichtet hatte. Sonst aber war infolge der beständigen Unruhen und Mifsstände das Deutschtum in der Walachei und Moldau immer mehr geschwunden. Trotzdem geht der österreichische Hauptmann Sulzer, der um 1780 sich eingehend mit den Verhältnissen dieser Länder beschäftigte, zu weit, wenn er sagt, dafs man in der Moldau keinen einzigen „Sachsen“ mehr antreffe. Er selbst führt an anderen Stellen Tatsachen an, welche dem widersprechen. So weifs er z. B. zu erzählen, dafs der neue Fürst Alexander Murusi „den deutschen Protestanten in Jassy, die sich seit kurzem in ziemlicher Anzahl dahin zu ziehen angefangen haben [1]), einen Grund zu einer evangelischen Kirche geschenkt habe, und dafs es nun noch darauf an-

1) Damit hängt es zusammen, dafs 1783 den Kaufleuten von Jassy ein besonderes Handelsprivileg erteilt wurde.

komme, wie man die Unkosten zum Baue derselben aufbringe“. Ihr neuer Pfarrer, Scharsius aus Mediasch in Siebenbürgen, „ein geschickter Theolog“, hoffte sie mit Beihilfe des in Jassy sich aufhaltenden Arztes Wolf und des lateinischen Sprachlehrers König aufzubringen. Aus einem Berichte Wolfs erfahren wir, dafs der damalige Metropolit (Erzbischof) von Jassy deutsche Ärzte „vorzüglich liebte“; die Zahl der evangelischen Glaubensgenossen in Jassy betrug um 1780 schon 80 Seelen, darunter nennt er als die vornehmsten den schon erwähnten Joh. König aus Breslau und einen Kursachsen Herlitz. Schon bemerkt wurde, dafs auch in der Walachei, wenigstens in Bukarest, damals Deutsche wohnten. Eine stärkere Zuwanderung fand freilich nicht statt. Infolge der Unsicherheit der Verhältnisse lag der Handel der siebenbürgischen Sachsen in den rumänischen Fürstentümern ganz darnieder, und „ein gewisser Geist der Furchtsamkeit“ hatte sich ihrer bemächtigt, dafs sie lieber ihre Erzeugnisse in der Heimat an unternehmende Griechen und Walachen um den halben Preis weggaben, als sie selbst über das Gebirge zu führen. „Viel lieber“, bemerkt Sulzer, „habe ich manchen Ausländer in der Walachei sagen hören, will ich in Siebenbürgen nur trockenes Brot essen und den ganzen Tag von früh bis in die Nacht arbeiten, als hier von den Bojaren mit Schlägen bezahlt, von dem Ungeziefer gefressen oder von der Pest elendiglich hingerafft werden.“

Allmählich gestalteten sich gegen das Ende des 18. Jahrhunderts die Verhältnisse günstiger. Ein amtlicher Bericht von 1796 stellt fest, dafs seit einiger Zeit die Auswanderung einheimischer Handwerker und Fabrikanten aus Siebenbürgen nach der Walachei und Moldau überhand genommen habe. „Dadurch werde die Erzeugung der inländischen Produkte erschwert, anderseits aber die Herstellung solcher Kunstprodukte in jenen Provinzen zum Nachteile und auf Kosten des Handelsverkehrs und der Fabriken unserer angrenzenden Länder unwiderbringlich vermehrt.“ Das siebenbürgische Gubernium und die siebenbürgische Hofkanzlei beschränkten daher die Ausfolgung von Pässen nur an solche Künstler und Handwerker, die in Siebenbürgen Vermögen besafsen und daher mit dem auswärts erworbenen Gelde dahin zurückkehren mufsten. Auch im Banat, in Galizien und der

Bukowina wurden ähnliche Vorsichtsmafsregeln angeregt. Daraus ist zu ersehen, dafs damals bereits eine zahlreiche Auswanderung von siebenbürger Deutschen in die rumänischen Fürstentümer stattfand. Schon am Anfang des 19. Jahrhunderts soll die Zahl der Deutschen daselbst an 10000 betragen haben, die zum grofsen Teil in Bukarest wohnten. Seither nahm die Einwanderung von Deutschen in die Walachei und Moldau stetig zu; später zogen sie auch nach Serbien und Nordbulgarien. „Ärzte und Apotheker, Ingenieure und Baumeister, Fabrikanten und Maschinisten, Kaufleute und Handwerker, Erzieher und Dienstboten kamen zunächst aus Siebenbürgen, später auch aus den anderen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie und aus Deutschland.“ Neben manchen hemmenden Momenten, insbesondere Seuchen, Kriegen und andauernder Unsicherheit, machten sich seit dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts mancherlei fördernde Umstände geltend. So hat der Fürst Alexander Ipsilanti (1774 bis 1782), der Bukarest mit prächtigen Bauten schmücken wollte, zahlreiche deutsche Handwerker ins Land gezogen [1]). Zu den fördernden Momenten gehörte ferner die Zulassung österreichischer und später preufsischer Konsuln, unter deren Schutze sich Deutsche ansiedeln konnten; die Ausländer genossen auch die Freiheit, dafs sie blofs an ihren Konsul jährlich etwa einen Dukaten zahlten, sonst aber keine Steuer entrichteten. Ebenso war die Besetzung des Landes durch die Russen (1828) von günstigem Einflusse. Die Russen brachten Geld ins Land; Handwerker und Kaufleute fanden lohnenden Verdienst, daher kamen zahlreiche Deutsche. Die Verhältnisse wurden für sie um so günstiger, als die damals von Rufsland den Fürstentümern aufgenötigte Konstitution für das Gedeihen der Städte und insbesondere für glimpfliche Behandlung der Kaufleute sorgte. Auch war der mit der Verwaltung der Fürstentümer betraute General Kisselef ein wohlgesinnter Mann. Ebenso bewog die ungarische Revolution von 1848/49 viele siebenbürger Sachsen zur Auswanderung nach den rumänischen Fürstentümern. Dazu

1) Freilich kehrten viele von ihnen wieder in die Heimat zurück, „weil sie die Gewohnheit dieser walachischen Griechen, die Fremden sowie die Einheimischen niemals oder wohl gar mit Gefängnis und Schlägen auf die Fufssohlen zu bezahlen“, nicht über sich ergehen lassen wollten.

kam, dafs 1839 Österreich und Preufsen den Schutz über die deutschevangelische Gemeinde in Bukarest übernahmen. Bis dahin hatte die schwedische Gesandtschaft in Konstantinopel deren Interessen vertreten [1]); da aber die deutschen Ansiedler meist aus österreichischen und preufsischen Untertanen bestanden, wurde von der schwedischen Gesandtschaft die Übertragung des Schutzverhältnisses an Österreich und Preufsen veranlafst. So kam es, dafs unter den Förderern der Bukarester deutschevangelischen Gemeinde Kaiser Franz Joseph, König Friedrich Wilhelm IV. und Kaiser Wilhelm I. erscheinen. Ebenso haben sich andere deutschevangelische Gemeinden unter preufsischen Schutz gestellt, so Craiova (1843) und Jassy (1844) Sie schlossen sich ferner an die preufsische Landeskirche an und werden daher vom Berliner Oberkirchenrat und vom Gustav Adolf-Verein gefördert. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Zunahme des Deutschtums war ferner die 1866 erfolgte Wahl des deutschen Prinzen Karl von Hohenzollern zum Fürsten der sieben Jahre zuvor zum Fürstentum Rumänien vereinigten Länder. Seit seiner Thronbesteigung wurde eine überaus segensreiche Tätigkeit für die wirtschaftliche Hebung des Reiches entfaltet. Er war es, der sofort nach seinem Regierungsantritte für die Erbauung von Eisenbahnen in Rumänien eintrat; dadurch kamen zahlreiche deutsche Beamte, Ingenieure und Handwerker ins Land. Ebenso wichtig war das Industriebeförderungsgesetz von 1887, das fremdes Kapital und fremde Unternehmer, darunter vor allem Deutsche, ins Land zog. Da gerade ein Jahr zuvor der Zollkrieg zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien ausgebrochen war, der den Absatz der in Österreich-Ungarn hergestellten Industrie-Erzeugnisse in Rumänien vereitelte, so zogen viele Österreicher und siebenbürger Sachsen in dieses Land und errichteten hier ihre Fabriken, die oft Mittelpunkte deutscher Siedlungen wurden. So rief der Zollkrieg, der in Siebenbürgen und in der Bukowina einen argen Niedergang des deutschen Gewerbes veranlafst hatte, eine bedeutende Steigerung deutschen Lebens in Rumänien hervor. Auch die Handelsbeziehungen, die sich besonders seit 1886 zwischen Rumänien und

---

1) Vgl. Bd. II, S. 390.

Deutschland entwickelten, veranlafsten weitere Einwanderungen deutscher Elemente. Ebenso wurden zahlreiche Deutsche durch die in den letzten Jahrzehnten erschlossenen reichen Petroleumquellen, ferner auch durch die Holzindustrie ins Land gezogen. Mit den deutschen Geldmännern, Kaufleuten, Beamten, Ingenieuren und Handwerkern kamen aber auch deutsche Priester, Lehrer, Erzieherinnen, Diener u. dgl. So entstanden in vielen Orten Rumäniens bürgerliche Niederlassungen Deutscher.

Weniger günstig lagen die Verhältnisse für bäuerliche Ansiedlungen. Einige Versuche hierzu sollen zwar schon am Ende des 18. Jahrhunderts gemacht worden sein. In einem Berichte der bukowiner Landesverwaltung vom 15. Oktober 1782 wird bemerkt, dafs man in der Bukowina angelangte arme deutsche Ansiedlungswerber genügend unterstützen müsse, „weil sie sonst gezwungen wären, in die Moldau auszuwandern, wo sie als Arbeiter gerne und unter Begünstigungen aufgenommen werden und woselbst schon die Errichtung einiger deutscher Gemeinden begonnen haben soll“. Wie es bei der Errichtung dieser Kolonien zuging, erfahren wir aus einem Bericht vom 2. November desselben Jahres: „Eine Ansiedlung in der Moldau ist ganz einfach, auf den ersten Blick und in den ersten Jahren ganz schmeichlerisch und reizend. Wenn Ansiedler in die Moldau kommen, so werden sie von jedem Grundherrn ganz gut angenommen und ihnen von Ausgewanderten verlassene Hausstellen ohne alle Schwierigkeit eingeräumt. Sie erhalten eine sechsjährige Freiheit von allen landesfürstlichen Steuern; der Grundherr gibt ihnen Vieh: Pferde, Ochsen, Kühe, Schafe und Schweine, schafft ihnen auch Schilfhütten und Geschirr nach Landesart und gibt ihnen auch Getreide, um einige Zeit leben zu können. Kommt aber der Ansiedler nur etwas zu Kräften, so sucht der Grundherr gemeiniglich mit Verdoppelung den Vorschufs einzubringen. Da in der Moldau die meisten Güter verpachtet sind, so werden die vermöglicheren Untertanen von den Pächtern geprefst und entfliehen. Dies, und weil in der Moldau keine Ordnung besteht, ist die Ursache, dafs von dortaus so sehr ausgewandert wird. Gewifs ist aber, dafs in der Moldau, besonders in den Gebirgsanteilen, viele Dorfschaften von vielen Deutschen und Ungarn bestehen, die sich sehr gut befinden. Alle diese Dorf-

schaften haben gewöhnlich mit dem Grundherrn über ihre Leistungen Verträge gemacht oder das grundherrliche Gut selbst in Pacht genommen.“ Nähere Nachrichten über diese Ansiedlungen fehlen. Es scheint, dafs sie sich nicht entwickelt haben, weil ihnen wahrscheinlich keine Gründe als Erbeigentum überlassen wurden. Auch noch Jahrzehnte später bot sich in Rumänien für deutsche Bauern keine günstige Ansiedlungsgelegenheit dar. Die Grundherren waren nicht geneigt, Teile von ihren Gütern in bäuerlichen Besitz abzutreten [1]); sie wollten nur Äcker gegen Abgabe des Zehnten, mitunter auch noch einer kleinen Geldabgabe, in Pacht überlassen. Als banater Schwaben vor einem halben Jahrhundert nach Rumänien auswanderten, stellten die Bojaren ganz unannehmbare Bedingungen. Ebensowenig gelang es deutschen Auswanderern aus Rufsland, die sich seit 1842 nach Rumänien wandten, hier festen Fufs zu fassen. Ein Teil von ihnen zog nach der Moldau; über ihr Schicksal erfahren wir nichts näheres. Ein anderer zog in die Walachei und hielt sich vorübergehend in Ploești auf; von da zogen sie nach Silistria [2]) und sodann nach Jacobsonthal bei Braila. Nur am letztgenannten Orte war eine Ansiedlung erfolgt, die der damalige Stadtpräfekt von Braila, ein Deutscher aus den Ostseeprovinzen, ermöglicht hatte. Da aber die Ansiedler auch hier Land nur pachtweise, nicht aber als Eigentum erwerben konnten, überdies das Siedlungsgebiet Überschwemmungen der Donau ausgesetzt war, zogen die Deutschen auch von hier zum grofsen Teile fort, so dafs diese Kolonie wiederholt einzugehen drohte.

1) Auch die Masse der einheimischen Bauern hatte keinen Bodenbesitz; sie waren nur Zins- oder Pachtbauern. Das Agrargesetz des Fürsten Cuza von 1864, das den Grundbesitzern einen Teil ihres Bodens nahm, um damit die Bauern auszustatten, konnte nur durch einen Staatsstreich durchgeführt werden. In der Bukowina hat Kaiser Joseph II. schon 1786 die Ausscheidung des bäuerlichen Besitzes veranlafst.

2) Also jenseits der Donau auf bulgarischem (damals türkischem) Boden; die Auswanderer sollen dort recht beklagenswerte Schicksale erlitten haben. Wegen dieses Umherirrens wurden den Bauern harte Vorwürfe gemacht; wie es scheint aber mit Unrecht. Sobald sie in der Dobrudscha Boden erbeigentümlich erwerben konnten, siedelten sie sich an und harrten trotz aller Schwierigkeiten wacker aus.

Die Deutschen, welche 1846 aus Jacobsonthal fortzogen, wählten unter der Führung des „Vaters“ Kühn, der noch in Deutschland geboren war [1]), die Dobrudscha zur neuen Heimat. Dieses südlich der Donau am Schwarzen Meer gelegene Gebiet war damals noch türkischer Besitz. Die deutschen Einwanderer liefsen sich zunächst in Acpunar, einem von Türken bewohnten Dörfchen nieder. Anfangs waren etwa 20 Familien dahin gekommen, aber allmählich stiefsen auch andere der umherziehenden deutschen Familien zu ihnen. Später kamen Nachschübe, und so entstanden in der Dobrudscha zunächst unter türkischer Oberhoheit einige deutsche Kolonien. Auch als nach dem türkisch-russischen Kriege die Dobrudscha an Rumänien kam (1878), wanderten sowohl deutsche Bauern aus Rufsland als auch aus Galizien ein. Bei der Erwerbung von Ländereien hatten auch hier die Einwanderer mit grofsen Schwierigkeiten zu kämpfen; denn nur anfangs überliefsen ihnen die Türken Ländereien ohne Zahlung. Seit der Besitzergreifung durch Rumänien wurde die Grunderwerbung noch schwieriger; immerhin fanden die Deutschen in der Dobrudscha gröfsere Berücksichtigung als in den altrumänischen Ländern, weil in dem völlig öden unkultivierten Gebiete Ansiedler dringend nötig waren.

Die deutschen Siedlungen. Herkunft und Anzahl der Deutschen.

Obwohl eine planmäfsig geförderte Ansiedlung Deutscher in Rumänien im Gegensatze zu den anderen Karpathenländern nicht stattfand, sind daselbst doch eine Reihe deutscher Niederlassungen entstanden.

In der Walachei steht an erster Stelle Bukarest. Der Umfang der deutschen Ansiedlung, die hier schon seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts besteht, hat besonders im 19. Jahrhundert rasch zugenommen. Gegenwärtig dürften hier an 18000 Deutsche wohnen. Ferner ist das weiter gegen Westen gelegene Craiova zu nennen, wo zum mindesten seit etwa 1830 eine gröfsere Anzahl Deutscher sich niedergelassen hat. Im Südwesten des Landes wohnen Deutsche in Caracal, Corabia und in Ca-

1) 1807 zu Deichholländer bei Gnesen.

lafat. In Turnu-Severin beim Eisernen Tore siedelten sich seit den 1850er Jahren Deutsche an, weil die österreichische Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft hier eine grofse Schiffswerft errichtet hatte. Auch Verciorova und Gruia Patulele weisen Deutsche auf. Im Nordwesten der Walachei ist zunächst Piteşti zu nennen, wo schon 1855 eine kleine deutsch-evangelische Gemeinde bestand. Ferner wohnen hier Deutsche in Tîrgovişte, Curtea de Argeş, Câmpolung, Rimnic-Vâlcea (schon vor 1860 sind hier Sachsen nachweisbar) und Târgu-Jiu (Tîrgul-Iiuluĭ). In Ploeşti, dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkte nördlich von Bukarest, leben ebenfalls schon seit den 1840er Jahren zahlreiche Deutsche. Südlich von diesem Orte gibt es Deutsche in Buftea. Weiter nordwärts liegt die durch die Petroleumindustrie in den letzten Jahrzehnten hervorgerufene Ansiedlung Câmpina. Gegen die siebenbürgische Grenze findet man Deutsche in Sinaia, Buşteni (königliches Gut) und Azuga. Südlich von Bukarest haben sich Deutsche in Giurgiu an der Donau niedergelassen. In dem weiter stromabwärts gelegenen Handelsorte Braila machte sich die deutsche Ansiedlung seit etwa 1850 bemerkbar; doch haben einzelne Deutsche auch schon früher hier gewohnt. Zu ihnen gehörte der bereits genannte Jacobson, der etwa 1845 die aus Rufsland eingewanderten Deutschen in der Nähe von Braila ansiedelte und so die Grundlage zu der ersten uns bekannten deutschen Bauernkolonie in der Walachei gelegt hat; doch entwickelte sich Jacobsonsthal bisher nur wenig. Schliefslich ist noch die kleine deutsche Ansiedlung von Handwerkern und Geschäftstreibenden in Buzău, westlich von Braila, zu nennen. In kleinerer Zahl wohnen Deutsche auch in anderen Orten.

Wenden wir uns weiter südwärts in die Dobrudscha. Hier ist als älteste Bauernkolonie Atmagea im nördlichen Teile des Landes zu nennen. Dahin waren jene Deutschen, welche sich 1846 in Acpunar niedergelassen hatten (oben S. 417), von Aga Reschit von Babadag, einem in Berlin ausgebildeten Griechen, gezogen worden. In einem Waldtale schlugen sie unter Führung des „Vaters“ Kühn nach vielem Umherirren endlich bleibende Wohnsitze auf (1848). Zehn Jahre nach ihrer Gründung schlofs sich die Ansiedlung an die preufsische Landeskirche an. Die

zweitälteste Kolonie ist Catalui (1853). Eine dritte Bauernansiedlung ist Ciucurova, die teils aus Atmagea, teils aus Jacobsonsthal bei Braila besiedelt wurde (1859). Zu diesen aus Rufsland eingewanderten Ansiedlern gesellten sich 1866 Deutsche aus der Umgebung von Lemberg (Galizien). Am 4. Juli 1866 waren 120 Seelen aufgebrochen; sie führten gute Pferde, Wagen und Ackergeräte mit; auch mit Geld waren sie reichlich versehen. Kaum hatten sie aber die Grenze der Moldau überschritten, da brach in ihrer Schar die Cholera aus. Schrecklich wütete die Krankheit; die Wanderer mufsten trotzdem unausgesetzt ihren Zug fortsetzen; fremde Hilfe fürchteten sie in Anspruch zu nehmen, weil sie sonst an der Weiterreise verhindert und in Quarantäne gehalten worden wären. So mufsten sie bei Tag ihre Reise fortsetzen, als stünde alles wohl, bei Nacht aber wurden die Verstorbenen abseits von der Strafse verscharrt. Ein erschütterndes Bild aus dem Wanderleben dieser deutschen Ansiedler! Der Zug war nach Ismail, der alten Festung am Nordarm des Donaudeltas, gerichtet; dort hatte ihnen die rumänische Regierung Wohnsitze versprochen. Als sie an ihrem Bestimmungsorte ankamen, waren von den 120, die Galizien verlassen hatten, nur noch 79 am Leben. Aber auch jetzt nahm ihre Not kein Ende, weil die Ortsbehörden sich weigerten, die versprochenen Ländereien zuzumessen. Es bedurfte erst einer Weisung des Fürsten Karl, bis den Ansiedlern ihr Recht zuteil wurde. Die Ansiedlung hat sich übrigens nicht entwickelt; seit 1878 gehört der Ort zu Rufsland. Anfangs der siebziger Jahre (1872 bis 1875) siedelten sich ferner aus Bessarabien ausgewanderte Deutsche in Cogealac an. Ebenso entstand 1878/79 die deutsche Kolonie in Tariverdi. Auch in Macin, Orthakioi, Sulina, Tulcea, Malcocĭ und Culelia wohnen Deutsche. Seit den siebziger Jahren dehnte sich die deutsche Einwanderung auch in die südliche Dobrudscha aus. Zunächst siedelten sich Deutsche aus Bessarabien in Fachri an (1874). Unmittelbar nach dem türkisch-russischen Kriege (1878) führten die Bahn- und Hotelbauten deutsche Handwerker und Beamte nach Constanza; diese legten die Grundlagen zum Aufblühen des bis zu jenem Zeitpunkte ganz unbedeutenden Ortes. Auch Bauern der nördlichen Dobrudscha (aus Atmagea und Ciucu-

rova) siedelten sich hierauf in dem benachbarten Anatolchioi an. Im Jahre 1881 kamen aus dem südrussischen Gouvernement Cherson 4 deutsche Familien nach Koschali; 17 andere folgten 1882 und dazu kamen noch einige Familien aus den älteren Siedlungen Atmagea und Ciucurova. Deutsche aus Bessarabien siedelten sich 1890 in Copadin an; während gleichzeitig nach Sarighiol deutsche Einwanderer aus Kaukasien kamen. Im nächsten Jahre machten sich Familien aus Bessarabien, Kaukasien und Wolhynien [1]) in Caraschcula ansässig. In das Jahr 1891 fällt auch die Ansiedlung von Deutschen aus Bessarabien in Osmanschi, doch ist diese Ansiedlung schon 1896 eingegangen. Ebenfalls 1891 siedelten sich sieben deutsche Familien aus Galizien und eine aus Bessarabien in Elekoë an. Noch bunter ist die Zusammensetzung der deutschen Ansiedlung in Osmanfak; es wohnen hier evangelische Deutsche aus Galizien, Bessarabien, Wolhynien und Cherson, schliefslich deutsch-katholische Familien unbekannter Herkunft. Katholische Deutsche, die aus Elsafs, Baden und Würtemberg nach Rufsland gewandert waren, kamen von dort 1876 nach Cara-Murat; evangelische Deutsche wohnen auch in Cogeali, Horoslar, Sofular, Alacap, Mangeapunar u. a. Endlich sei die Kolonie Mamuslia genannt, die aus Atmagea und Ciucurova gegründet wurde (1894).

Schliefslich erübrigt sich noch, die Ansiedlungen in der Moldau zu betrachten. Schon oben wurde darauf verwiesen, dafs mindestens seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Jassy, der damaligen Hauptstadt der Moldau, Deutsche wohnten. Zwischen 1780 und 1803 werden unter den deutschen Bewohnern Ärzte, Sprachlehrer, Apotheker, ferner Wagner, Tischler, Riemer und Gärtner genannt. Vom Fürsten Konstantin Moruzi erhielt die deutsch-evangelische Gemeinde 1803 einen Platz für einen Friedhof und eine Kirche; unter den Mitgliedern dieser Gemeinde erscheinen Preufsen, Österreicher und Schweden. Von anderen Orten mit deutschen Bewohnern sei zunächst Bacău (Bakau) im mittleren Teile des Landes genannt. Hier wohnen zum mindesten seit 60 Jahren Deutsche. Ebenso gibt es auf dem benachbarten Gute Fontaneli,

---

1) Russische Provinz nordöstlich von Galizien.

einem Besitze der Erbprinzessin von Schönburg-Waldenburg, deutsche Beamte. Auch in den Fabriken, welche in den letzten Jahrzehnten bei Bacău entstanden, insbesondere in der Tuchfabrik zu Buhuşi[1]), sind deutsche Beamte, Meister und Arbeiter beschäftigt. Ebenso ist um das Sägewerk in Comăneşti eine deutsche Siedlung entstanden. Weiter nordwärts sind in Piatra und in Neamţu Deutsche ansässig. Auch in Roman wohnten seit der Erbauung der Eisenbahn Czernowitz-Roman-Jassy (um 1870) viele deutsche Beamte; doch hat ihre Zahl, seitdem die Bahn in rumänische Verwaltung übergegangen ist, sehr abgenommen. Ebenso nahm in Paşcani die Zahl der Deutschen ab, weil viele der Arbeiter der Eisenbahn-Reparaturwerkstätte infolge der Entlassung der „fremden“ Angestellten wegziehen mufsten. Eine Fabriksniederlassung befindet sich auch in Săscut bei Neamţu. In den in der Nachbarschaft der Bukowina liegenden Ortschaften: Fălticeni, Răşca (bei Fălticeni), Găineşti (bei Malini, Fabriksansiedlung), Botoşanĭ und Dorohoiŭ wohnen Deutsche, die zumeist aus der Bukowina kamen: Handwerker, Arbeiter oder auch Bauern; letztere haben sich auf einem Gute in der Nähe von Dorohoiŭ ansässig gemacht. In der südlichen Moldau seien noch die Ansiedlungen in Mărăşeşti und Focşanĭ erwähnt. Schliefslich sind im bekannten Donauhafen Galatz Deutsche schon am Anfang des 19. Jahrhunderts nachweisbar. Aufserdem wohnen Deutsche auch noch in anderen Orten der Moldau, doch ist über sie wenig bekannt.

Die Abstammung der in Rumänien angesiedelten Deutschen ist ebenso mannigfaltig wie in den anderen Karpathenländern. Unter den Vertretern der bürgerlichen und gelehrten Berufe gibt es Deutsche aus Österreich-Ungarn, dem Deutschen Reiche und der Schweiz; grofs ist unter ihnen vor allem die Zahl der siebenbürger Sachsen. Von den deutschen Bauern in der Dobrudscha rührt ein kleiner Teil aus den schwäbischen Ansiedlungen in Galizien her; die Mehrzahl ist aus den deutschen Kolonien Rufslands eingewandert.

---

1) 1891 berief der Chef dieser Fabrik, Namens Wolf, Weberfamilien (zusammen 85 Personen) aus Krimmitschau im Königreich Sachsen. Viele zogen später weg, dafür kamen siebenbürger Sachsen und andere Deutsche. Um Bacău gibt es ferner deutsche Papier-, Glas- und Fafsfabriken.

Ihrer Abstammung nach sind diese Deutschen teils Norddeutsche, teils Schwaben. Sie waren aus Ostpreufsen und Posen, ferner aus Südwestdeutschland am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts nach Südrufsland gewandert und hatten von Kaiserin Katharina II. und dem Kaiser Alexander I. mancherlei Freiheiten erhalten. Obwohl die Ansiedlungen aufblühten, griffen viele von ihren Insassen wieder zum Wanderstab, teils weil ihre Vorrechte allmählich geschmälert wurden, teils aus Wanderlust; viele beseelte der Wunsch, ihre Verhältnisse noch günstiger zu gestalten. Adam Kühn, der schon oben genannte Patriarch der deutschen Bauern in der Dobrudscha, sagte einst zu seinem Pastor: „Herr Pastor, wenn der deutsche Mensch einmal gewandert ist, so hat er nirgends mehr lange Ruhe. Wir Deutschen sind so: wenn wir Brot haben, dann wollen wir Semmel haben.“ So waren diese Deutschen nach mancher Irrfahrt in ihre jetzigen Ansiedlungen in der Dobrudscha gekommen. Ihre heimatliche Sprache haben sie bisher bewahrt. Die Bewohner von Atmagea und Anatolchioi sprechen z. B. plattdeutsch, während jene in Tariverdi sich der schwäbischen Mundart bedienen. Und wenn man hört, dafs der einzige Luxus, den sich die Hausfrau im Kolonistenhause gestattet, ihre hochaufgetürmten Betten mit vielen grofsen und kleinen Kissen und weifsen Gardinen sind, so genügt dies allein schon, die deutsche Herkunft zu bestätigen.

Die Zahl der Deutschen in Rumänien läfst sich nicht ganz genau feststellen. In den Städten dürften 45000 bis 50000 wohnen; die Zahl der Landbevölkerung in der Dobrudscha soll 6500 betragen. Aufserdem wohnt aber noch zerstreut im Lande eine gewifs ansehnliche Zahl deutscher Müller, Maschinisten, Gutsverwalter u. dgl. Die Anzahl der evangelischen Deutschen wird auf etwa 25000 Köpfe geschätzt; jene der katholischen würde also etwas gröfser anzunehmen sein. Nach einer anderen Berechnung würde jedoch die Kopfzahl der Deutschen in ganz Rumänien nur wenig über 32000 betragen, davon etwa 17500 katholisch und 14500 evangelisch sein würden. Zur Verbreitung der deutschen Sprache tragen viel die Juden bei.

Zweites Kapitel.

1. Die Kulturarbeit der Deutschen in Rumänien auf materiellem und geistigem Gebiete. Ablösung des französischen Einflusses durch den deutschen. — 2. Die völkische Lage der Deutschen in Rumänien. Interesse des deutschen Volkes an der Erhaltung der Karpathendeutschen.

Die Kulturarbeit der Deutschen in Rumänien auf materiellem und geistigem Gebiete. Ablösung des französischen Einflusses durch den deutschen.

Der deutsche Kultureinflufs und die deutsche Arbeit war für die Kulturentwicklung Rumäniens von grundlegender Bedeutung. Nur durch den Einflufs deutscher Kultur sind die alten Fürstentümer aus ihrem beklagenswerten Zustande vor hundert Jahren zu ihrem heutigen Stande gelangt. „Ohne den Einflufs der germanischen Kultur hätten wir fast nichts von einer Nationalkultur“, sagt Professor Aurel Popovici, der bekannte Verfasser des Buches „Grofsösterreich“.

Auf die ländlichen Verhältnisse kann zwar dieser Einflufs kein bedeutender sein, weil deutsche Bauernansiedlungen nur in der Dobrudscha in beachtenswertem Umfange stattfanden und auch hier erst seit wenigen Jahrzehnten bestehen. Und doch wären deutsche Musterdörfer für Rumänien überaus nötig. Denn noch heute ist das rumänische Bauernhaus sehr primitiv; die rumänische Bäuerin bäckt noch immer gewisse Fladen unter der primitiven Backglocke oder auf vorher erhitzten Steinen [1]); Ställe für den Winteraufenthalt des Viehes fehlen, so dafs das Kleinvieh im Hause selbst gegen das rauhe Wetter Unterschlupf suchen mufs; das Düngen der Felder ist dem Bauern so gut wie unbekannt, seine Ernte verdankt er vor allem der Fruchtbarkeit des Bodens, der

---

1) Vgl. oben S. 292.

er höchstens durch Brache nachhilft; von Klee- und Gemüsebau ist kaum eine Spur zu finden. Auch die Viehzucht läfst viel zu wünschen übrig; Pferde und Rinder von gutem Schlag sind selten, die Wartung ist schlecht, die Milchwirtschaft unentwickelt. Auf die Hebung der Landwirtschaft auf den Gutshöfen haben deutsche Verwalter unstreitig Einflufs genommen; die ersten Göpel- und Dampfdreschmaschinen wurden um 1860 von Deutschen in Verwendung gebracht. Ein fördernder Einflufs der deutschen Bauern in der Dobrudscha auf die aus Bulgaren, Rumänen, Türken und Tataren bestehende Bevölkerung wird schon jetzt festgestellt. Die deutschen Häuser zeichnen sich durch gröfsere Sauberkeit aus; trotz ihrer einfachen Bauart und schlichten inneren Einrichtung müssen sie gegenüber den erbärmlichen Hütten und Erdhöhlen der einheimischen Bevölkerung als anstrebenswerte Muster erscheinen. In Catalui fand ein Reisender (1885) zu beiden Seiten der einzigen Strafse „höchst saubere, blendend weifs getünchte Häuschen mit blanken, wenn auch engen Fensterchen und freundlichen grünen oder blauen Läden liegen. Die Gebäude sind mit der Giebelseite an die Gasse gerückt. In den reinlichen Höfen tummeln sich Rinder und Ziegen oder werden allerlei Ackergeräte sichtbar". Das Ganze bot einen „anheimelnden traulichen Eindruck"; es war ein „warmes wohltuendes Leben atmendes Bild" gegenüber der „Öde und Liederlichkeit" in den einheimischen Dörfern. In den Stuben der deutschen Häuser sah man ungeschlachte Kachelöfen, Regale mit blanken Krügen und Tellern, plumpe Bettstellen mit hochaufgetürmten Federbetten; auch fromme Sprüche in goldenen Rahmen an den getünchten Wänden. Ähnlich schildert Dr. Schwarz die Ansiedlung Atmagea; sie bildet „den Mittel- und Glanzpunkt in dem grofsartigen Naturgemälde seiner Umgebung". Die rührige deutsche Hausfrau deckte ihm den Tisch mit einem sauberen Linnentuch; dem Gaste werden auf blanken Porzellantellern Schinken, frische Butter, kräftiges Schwarzbrot und Tee vorgesetzt. Welchen wohltuenden Gegensatz bilden diese deutschen Stuben gegenüber der Zelle des Abtes im Kloster Lossowa, wo der Reisende mit Abscheu vor dem Ungeziefer auf dem „durch unsaubere Lappen und ein grofses Schaffell als Bett kenntlich gemachten Gestelle" Platz nehmen mufste. Auch die Kolonie Ciucorova zeichnet sich

durch ihre „sauberen Häuschen“ aus. Der Fleifs und die bessere Wirtschaft der deutschen Ansiedler findet schon darin ihren Ausdruck, dafs viele von ihnen als arme Knechte und Mägde einwanderten, nach zwei Jahrzehnten aber schon trotz der rechtlosen Zustände, der Bedrückung durch die türkischen Beamten und der räuberischen Überfälle wohlhabend waren.

Ganz hervorragend ist der deutsche Einflufs auf die Entwicklung der städtischen Kultur in Rumänien.

Die moderne Entwicklung der rumänischen Städte ist zum grofsen Teil ein Werk der Deutschen. Nach übereinstimmenden Nachrichten boten diese Städte, Bukarest und Jassy nicht ausgenommen, noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein jämmerliches Bild; es waren orientalische Orte mit engen krummen Gassen; Erdhütten standen inmitten der Häuser; auf den Wegen erstickte man entweder im Staub oder man blieb im Schmutz stecken. Von Jassy wird ausdrücklich berichtet (1848), dafs die „Deutschen und Juden erst vor kurzem angefangen haben, einige städtische und mehr zusammenhängende Häuser zu bauen, wodurch manche Strafsen endlich zeigen, dafs vielleicht aus diesem Chaos einst eine Stadt werden könnte“. In Bukarest stellte der Österreicher Freywald 1824 bis 1826 die Strafsenpflasterung her; Ernst Meyer aus Sachsen entwarf 1824 den ersten Plan zur Rohrwasserleitung; der Wiener Brenner errichtete 1828/29 das erste Hotel mit einer Gartenanlage und der Major v. Brotzin, ein Deutscher, vermafs etwas später wohl zum erstenmal die Ausdehnung der Stadt, als es sich um die Ausgestaltung des Strafsennetzes und der Wasserleitung handelte. Erwähnt sei auch, dafs in Bukarest eine Reihe der hervorragendsten Bauten von deutschen Meistern, wie Gotterau, Heft, Sperl, Dombaumeister Schmidt aus Wien u. a. errichtet wurden.

Die ordentlichen Handwerker und bedeutenderen Gewerbetreibenden waren fast ausschliefslich deutsch. In Bukarest werden schon 1784 deutsche Handwerker erwähnt. Am Anfang des 19. Jahrhunderts zählten die deutschen Handwerker schon zu den „vorzüglichsten Klassen“ der Bewohner von Bukarest; ebenso war es in Jassy und wohl auch in den anderen gröfseren Orten. Anfangs kamen die deutschen Handwerker wie in früherer Zeit vor

allem aus Siebenbürgen, dann aber auch aus entfernteren deutschen Ländern. Zu den in den Städten seither vertretenen Gewerbetreibenden zählten Uhrmacher, Goldarbeiter, Baumeister und Bauleute, Tischler, Schlosser, Schmiede, Kupferschmiede, Stellmacher, Hutmacher, Gastwirte u. dgl. Viele von diesen Handwerkern verfielen, besonders in früherer Zeit, infolge des leichten Verdienstes und des billigen Weines der Trägheit und Trunksucht; andere mögen nur Stümper gewesen sein. Im allgemeinen haben aber diese deutschen Gewerbetreibenden überaus viel zur Hebung der Kultur beigetragen; dies kommt schon in den überaus zahlreichen damit zusammenhängenden deutschen Lehnwörtern im Rumänischen zum Ausdruck [1]). Bezeichnend ist, dafs die bessere städtische Tracht „deutsche Kleidung (îmbrăcăminte nemțéscă) heifst. Ein verläfslicher Bericht stellt fest, dafs die prächtigen öffentlichen Gebäude und die kostspieligen Parkanlagen in Bukarest verfielen und verkamen, bis in neuerer Zeit deutsche Hausbesorger und Gärtner angestellt wurden. Von den gewerblichen Grofsbetrieben wurde, wie schon in früheren Jahrhunderten in der Moldau, auch in neuerer Zeit die Bierbrauerei von Deutschen gefördert. Der Arzt Herlitz errichtete 1793 eine Bierbrauerei in Jassy, Johann Timpel aus Gotha in Verbindung mit anderen Deutschen 1809 die erste Bierbrauerei in Bukarest, und der Österreicher Alexander Dos 1816 eine in Roman; ebenso entstanden in der Folge bis in die Gegenwart deutsche Brauereien. Es sei auch erwähnt, dafs in Bukarest schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Deutsche fabriksmäfsig Hüte und Musikinstrumente erzeugten; die Tuchfabrik eines Bojaren in Trunov bei Bukarest wurde von deutschen Arbeitern betrieben. Auch gab es schon damals in Bukarest die Badeanstalt eines Warmberg. Zu den Buchhändlern in Bukarest zählten viele Deutsche: Winderhalder, Walbaum, Gräve, Stork, Müller, Degenmann; zu jenen in Jassy: Hemschieg und Hennig. Sie führten schon um 1830 zahlreiche deutsche Werke ein; es seien nur genannt: Rottecks Weltgeschichte, Schillers Werke, Vofs' Luise, Bürgers Gedichte, Nibelungenlied, Herders Werke, Hammers Geschichte des osmanischen Reiches, Eichhorns Geschichte der

---

1) Vgl. Bd. II, S. 405.

Kultur, Anastasius Grüns Spaziergänge eines Wiener Poeten u. dgl. Auch deutsche Schulbücher, ferner Zeitungen (besonders Wiener und Frankfurter) wurden bezogen. Ebenso zählten Deutsche zu den bedeutenderen Buchdruckern und Verlegern. Bis 1838 gab es in Bukarest nur eine Buchdruckerei; seither entstanden mehrere, darunter die der Österreicher Kopeinig und Fr. Walbaum. Letzterer besafs zwei Pressen und Lettern aller lebenden Sprachen. Seine Druckwerke waren mit solcher „Nettigkeit“ ausgeführt, dafs sie französischen und englischen nicht nachstanden. Seit 1827 besafs Walbaum neben seiner Buchhandlung auch eine lithographische Anstalt. In dieser Druckerei erschien auch die vom Berliner Karl Schneider redigierte „Bukarester Deutsche Zeitung“ (zweimal wöchentlich), die vom Fürsten Bibescu unterstützt wurde. Die bedeutendste Buchdruckerei in Jassy, die dem Major v. Kogolnitschan gehörte, leitete der kunsterfahrene Pyrmonter Buchdrucker Bärmann, welcher früher in Serbien die Buchdruckerei des Fürsten Milosch eingerichtet hatte. Erwähnenswert ist ferner, dafs der deutsche Arzt Dr. J. H. Zucker etwa 1840 in Bukarest eine gute Gewerbeschule errichtet hat, in der vorzügliche Tischler, Schlosser und selbst Maschinenarbeiter ausgebildet wurden [1]).

In neuerer Zeit hat, wie schon oben bemerkt wurde, die Grenzsperre gegen Österreich-Ungarn von 1886 und das Industriebeförderungsgesetz von 1887 zahlreiche deutsche Gewerbetreibende und Industrielle nach Rumänien gelockt. Rasch wurden zum grofsen Teil von Deutschen Fabriken für Glas, Papier, Tuch, Zement, Möbel, Salami, Zündhölzchen u. dgl. in allen Teilen des Landes begründet. Unzählige andere Unternehmungen, staatliche und private, werden von Deutschen geleitet und besitzen einen Grundstock deutscher Arbeiter. In deutschen Händen befindet sich ein grofser Teil der Holzgewinnung und der Sägeindustrie, ferner vor allem die überaus wichtige Petroleumindustrie. Um die Hebung der letzteren haben sich nach mehrfachen finanziellen Niederlagen anderer Nationen besonders die Deutschen verdient gemacht. Ihnen ist zu verdanken, dafs Rumäniens Petroleum-

1) Zucker hat auch ein wertvolles Buch über Bessarabien geschrieben (Frankfurt 1834).

gebiet heute mit derselben Intensität ausgebeutet wird, wie die russischen und amerikanischen. Die Deutschen haben in die rumänische Petroleumindustrie über 100 Millionen Lei (Frank) angelegt; die deutsche Gesellschaft „Steaua Română“, zu der die Deutsche Bank in Berlin und der Wiener Bankverein gehören, besitzt allein ein Betriebskapital von 50 Millionen Lei. Mehr als die Hälfte der Erdölindustrie Rumäniens ist in deutschen Händen. Das deutsche Grofskapital beherrscht den rumänischen Geldmarkt; etwa eine Milliarde rumänischer Werte befindet sich in deutschem Besitz. Die Rumänen nehmen an industriellen Unternehmungen erst in den letzten Jahrzehnten regeren Anteil, seit sie durch besondere Gesetze aufserordentlich begünstigt werden. Erwähnt sei noch, dafs die Zahl der deutschen Kaufleute in Rumänien seit dem 18. Jahrhundert keine grofse ist; sie haben in neuerer Zeit niemals jene Bedeutung erlangt, die sie in früheren Jahrhunderten hier besessen hatten. Der Handelsverkehr mit Deutschland ist dagegen überaus gestiegen; mit Leipzig entwickelte er sich so bedeutend, dafs lipscan Warenhändler und lipscănie Warenniederlage bedeutet. Zu erwähnen ist ferner, dafs die erste regelmäfsige Dampfschiffahrt auf der unteren Donau die Wiener Donau-Dampfschiffahrtgesellschaft (seit 1830) eingeleitet hat. Der Telegraph wurde während der österreichischen Okkupation (1854/56) eingeführt. Ende der 1860er Jahre baute Strousberg die erste rumänische Eisenbahn und Karl Schneider organisierte das Postwesen.

Überaus grofs war auch der Einflufs der Deutschen auf die geistige Kultur und ihre Vertreter. Vor allem mufs der deutsche Fürst genannt werden, der für die kulturelle Entwicklung Rumäniens in den letzten Jahrzehnten mafsgebend war. Auch unter den rumänischen höheren Beamten gab es Männer deutscher Herkunft, wie den Finanzminister A. Steege. Deutsch waren und sind eine Reihe hervorragender Ärzte; ähnliches gilt von den Apothekern. Aus der grofsen Zahl dieser Männer sei nur Andreas Wolf genannt, der 1805 ein wertvolles Werk über die Moldau schrieb; ferner die Ärzte Hesse und Fröhlich, die um 1800 die Kuhpockenimpfung in der Moldau einführten; Dr. E. Fischer in Bukarest ist der Verfasser zahlreicher wertvoller historischer und ethnographischer Arbeiten. Der 1833 in Bukarest errichteten Naturforschenden

Gesellschaft gehörten vor allem Deutsche an. In ihrem Auftrage hat der Botaniker Edel die Moldau bereist und ein Herbarium von 1400 Pflanzen zustande gebracht. Eine Mineraliensammlung aus der Moldau liefs General v. Kisselef durch den Bergbeamten Lisel anlegen. Die astronomische Gradmessung hat erst vor kurzem Geheimrat Albrecht aus Potsdam durchgeführt. Die rumänische Geschichte ist vielfach von Deutschen gefördert worden. Zu den rumänischen Dichtern zählen mehrere Deutsche; allen voran die Königin selbst, die unter dem Dichternamen Carmen Silva allgemein bekannt ist. Ebenso wurde die Musik, Malerei, Bildhauerei und Baukunst in Rumänien durch Deutsche gepflegt. Unzählige Namen müfsten hier angeführt werden. Auch die Anfänge des Theaters waren deutsch. Um 1790 kam infolge einer Einladung eine kleine Schauspielgesellschaft aus Kronstadt (Siebenbürgen) ins Hauptquartier des Prinzen von Coburg, das er während des türkischen Krieges in Bukarest aufgeschlagen hatte. Diese Truppe spielte dort in einem „ganz artigen, schnell zugerichteten Schauspielhause“ wohl zum erstenmal deutsche Komödie. Auch in den 1840er Jahren des 19. Jahrhunderts wurden in Bukarest und in Jassy deutsche Opern und Schauspiele aufgeführt. In Bukarest bildet sich von Zeit zu Zeit ein deutsches Liebhabertheater. Auch jetzt kommen nach Bukarest deutsche Operetten- und Schauspieltruppen, meist aus Wien. Die Zahl der ins Rumänische übersetzten deutschen Schauspiele und Operetten ist sehr grofs; auch einige Opern (Lohengrin, Tannhäuser, Don Juan) finden sich unter den Übersetzungen.

Deutsche Bildung machte aber ihren Einflufs auch sonst geltend. Vor 1848 durften die rumänischen Zeitungen nach den Zensurvorschriften ihre Nachrichten nur russischen und österreichischen Blättern entnehmen; unter letzteren kamen selbstverständlich zumeist deutsche in Betracht. Auf die Einfuhr deutscher Zeitungen und Bücher ist schon oben hingewiesen worden. Deutsche Bücher wurden schon um 1830 ins Rumänische übersetzt, und zwar sowohl Dichtungen (z. B. von Müllner, Kotzebue und Goethe) als auch Schulbücher und gemeinnützige Schriften, wie die Priesnitzsche Kurmethode mit kaltem Wasser. Die Übersetzungeu besorgten teils Deutsche, teils Rumänen. Auch walachisch-deutsche

Briefsteller und Gesprächsbücher wurden schon damals ausgegeben. Das Festspiel zur Thronbesteigung des walachischen Fürsten Bibescu erschien in deutscher und rumänischer Sprache; gedichtet hat es C. Schweder, in Musik setzte es J. Wachmann, verlegt wurde es bei Walbaum (Bukarest 1843). Für das Gymnasium in Bukarest wurden schon vor 1848 Lehrer an der Berliner Universität ausgebildet; das Gymnasium in Craiova stand damals unter einem in Deutschland gebildeten Lehrer. Junge Männer, die höhere Bildung erlangen wollten, zogen überhaupt an deutsche Schulen des Auslandes. Schon im 18. Jahrhundert hatte der Bojar Basil v. Balsch in Wien und Skarlat Sturdza in Leipzig studiert; beide wurden wegen der ihre Landsleute überragenden Bildung gepriesen. In Rumänien wurde früher deutsch nur an wenigen Schulen unterrichtet, so am Gymnasium in Jassy und an mehreren armenischen Schulen; doch verstanden nicht nur viele gebildete Männer deutsch, sondern auch zahlreiche Damen konnten neben griechischen und französischen auch deutsche Schriften lesen, nicht aber rumänische. Dem Bojaren Demeter v. Ghika lieferte 1833 der Buchhändler Heinrich Hemschieg in Jassy eine grofse Anzahl deutscher Bücher aus der schönen und wissenschaftlichen Literatur. Doch überwog in jener Zeit noch das französische Wesen [1]). Aber schon 1838 trat J. Majorescu gegen die „Gallomanie“ der Rumänen auf, die ihnen nur rohen Materialismus, eine schlüpfrige Literatur, Leichtfertigkeit und Hang zum Luxus gebracht habe; er empfahl seinen Landsleuten daher die deutsche Kultur. Dieselben Ideen verfocht später sein Sohn Titus. Seither hat der deutsche Einflufs wie auf wirtschaftlichem so auch auf geistigem Gebiete stark überhand genommen. An vielen Schulen wird deutsch gelehrt; die Erziehung der Kinder durch deutsche Lehrer und Lehrerinnen ist in den wohlhabenden Familien sehr häufig [2]); in Bukarest werden die Kinder der höheren Gesellschaft

1) 1843 wurde den Gymnasiasten in Jassy die Wahl zwischen Französisch und Deutsch freigestellt; 1845 schrieben sich 29 Hörer für die deutsche und 56 für die französische Sprache ein.

2) Wie häufig deutsche Gouvernanten und Kindermädchen angenommen werden, ergibt sich schon aus dem rumänischen Sprachgebrauch, das Kindermädchen geradezu „nemţoică“ (eine Deutsche) zu nennen.

in die deutschevangelische Schule geschickt; die Zahl der an auswärtigen deutschen Schulen studierenden jungen Leute steigt von Jahr zu Jahr. Eine Reihe der hervorragendsten Gelehrten Rumäniens, darunter die Gründer des zoologischen und ethnographischen Museums in Bukarest, sind Schüler deutscher Universitäten. Die Nachfrage nach deutschen Büchern ist lebhafter geworden; ebenso wächst die Zahl der Übersetzungen aus dem Deutschen rasch an. Vor einiger Zeit verbreitete sich die Nachricht, dafs S. Mândrescu in Bukarest die Herausgabe einer Revue „Cultura germana“ vorbereite, um deutsche Kultur in Rumänien zu verbreiten. Mândrescu hat schon 1904 durch Nachweis zahlreicher deutscher Lehnwörter im Rumänischen die Bedeutung des deutschen Kultureinflusses beleuchtet. Eine ähnliche Arbeit lieferte gleichzeitig J. Borcia [1]). An der Bukarester Universität wurde 1906 eine Lehrkanzel für deutsche Sprache errichtet und dem oben genannten Mândrescu verliehen.

Aus dem Gesagten geht hervor, dafs die Deutschen an der Kultivierung Rumäniens den Löwenanteil haben; überall tritt der Einflufs deutscher Arbeit und deutscher Bildung zutage.

Die völkische Lage der Deutschen in Rumänien. Interesse des deutschen Volkes an der Erhaltung der Karpathendeutschen.

Ein verläfslicher Gewährsmann, der preufsische Generalkonsul der Moldau und Walachei Neigebaur, hebt 1848 hervor, dafs die deutsche Nationalität in diesen Ländern sich sehr gut erhält: „Unter den jetzt Lebenden gibt es Individuen, die in der dritten, auch wohl in der vierten Generation von Eingewanderten abstammen und noch ebenso deutsch sind, als ob sie jetzt erst aus dem Mutterland kämen, wenngleich sie die Landessprache vollkommen fertig sprechen.“ Als Ursache für diese Erscheinung bezeichnet Neigebaur die höhere Bildung der Deutschen und ihr verschiedenes Glaubensbekenntnis. Die Deutschen bildeten untereinander „Gesellschaften, die mit den Walachen beinahe in gar keiner Beziehung standen und die Verheiratungen mit Individuen griechischer Konfession hatten religiöse Schwierigkeiten“. Die Deutschen besuchten im Sommer öffentliche Gärten, wo Deutsche

1) Vgl. Bd. II, S. 421.

die Wirtschaft führten; im Winter veranstalteten sie deutsche Bälle, zu denen selbst Bojaren nur ausnahmsweise Zutritt erhielten. Die Deutschen wahrten also ihr Volkstum vor allem durch Abschlufs gegen die Rumänen, ganz ähnlich wie es die siebenbürger Sachsen allezeit getan haben. In neuerer Zeit haben sich aber die Verhältnisse geändert. Jene Schranken sind zum Teil gefallen, Mischehen sind nicht selten und der kosmopolitische Zug führt die Deutschen häufig zur Entnationalisierung. Nach der Beobachtung des Bukarester Pfarrers Honigberger gehen die Deutschen gegenwärtig in vielen Fällen schon in der zweiten und dritten Generation im Rumänentum auf. Besonders rasch erfolgt die Entnationalisierung der ärmeren Bevölkerung deutschen Ursprungs. Bei eingewanderten Arbeitern, Dienern, die zumeist aus Siebenbürgen stammen, kommt es häufig vor, dafs ihre Kinder die Muttersprache kaum erlernen und in kurzer Zeit ganz romanisiert werden.

Wie ist es nun mit den Schutzmitteln der Deutschen in Rumänien gegen die Entnationalisierung bestellt? Vor allem haben sie zu allen Zeiten ihr eigenes Schulwesen gepflegt. In Bukarest kann man deutsche Lehrer schon seit etwa 1760 nachweisen. Gegenwärtig bestehen in Rumänien etwa 40 teils von der evangelischen, teils von der katholischen Kirche erhaltene deutsche Schulen. In Bukarest besitzt die evangelischdeutsche Gemeinde auch eine Oberrealschule, eine Handelsschule und eine höhere Mädchenschule mit Handelsklassen. Die Organisation der beiden erstgenannten ist derart, dafs ihre Zeugnisse in Österreich und Deutschland volle Anerkennung finden. Früher sorgten für die deutsche Bildung gute Privatschulen. Auch die „englischen Fräulein“ (katholische Schwestern aus Bayern) haben seit 1852 einige Schulen begründet, die von deutschen und rumänischen Kindern besucht werden; sie haben zur Verbreitung der deutschen Sprache in Rumänien viel beigetragen. Die Deutschen in Rumänien besitzen ferner seit 1845 deutsche Zeitungen. Die älteste war die bereits oben erwähnte „Bukarester deutsche Zeitung“, von der 20 Jahrgänge erschienen sind. Heute bestehen das „Bukarester Tagblatt“, der „Rumänische Loyd“ und das „Bukarester Gemeindeblatt“. Schon seit 1840 sind auch in Bukarest gedruckte deutsche Kalender nachweisbar. Das deutsche Vereinswesen entwickelte sich besonders in Bukarest

sehr rege. Genannt seien vor allem die „Vereinigung der Reichsdeutschen“ und der „Verein der siebenbürger Sachsen“. In der „Österreichisch-ungarischen Landmannschaft“ kommt das deutsche Element weniger zur Geltung. Auch ein „Schweizer Verein“ besteht. Sehr bedeutend ist die 1852 gegründete „Bukarester deutsche Liedertafel“. Der „Deutsche Turnverein“ hat schon 1867 die erste Turnschule in Bukarest errichtet. Der „Deutsche Volksbildungsverein“ wurde 1904 gegründet und errichtete die „Schiller-Bibliothek“, die den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung steht; aufserhalb Bukarest werden „Wanderbüchereien“ errichtet. Ebenso sorgt der Verein für Vorträge, Veranstaltung nationaler Feste und deutsche Theateraufführungen. Sehr verdienstvoll ist der von diesem Verein herausgegebene deutsche „Hauskalender“, der sich auch die Pflege der Geschichte der Deutschen in Rumänien zur Aufgabe gemacht hat. Der Krankenunterstützungs- und Begräbniskassenverein „Germania“ besteht schon seit zwanzig Jahren; ähnliche Zwecke verfolgt der „Deutsche Unterstützungsverein“, der Verein „Anker“ und der „Österreichisch-ungarische Hilfsverein“, doch ist letzterer nicht rein deutsch. Auch aufserhalb Bukarest sind in vielen Orten deutsche Vereine entstanden, so in Azuga, Sinaia, Câmpina, Craiova, Pitești, Ploiești, Constanza, Galatz, Bacău, Buhuși, Fontanelli und Jassy. Sie dienen der Förderung des deutschen Liedes, deutscher Sitten und Gesinnung, deutscher Geselligkeit und deutscher Schule; andere verfolgen humanitäre Zwecke.

Der Zusammenschlufs aller Deutschen Rumäniens zu einem allgemeinen deutschen Schutzvereine ist noch nicht erfolgt. Es mag dies seine Erklärung darin finden, dafs die deutsche Kulturarbeit sich lange Zeit ungestört entwickeln konnte und es an wohlwollender Anerkennung ihres Nutzens bei einsichtigen Rumänen auch gegenwärtig nicht fehlt. Es mehren sich aber die Zeichen, dafs auch in Rumänien diese günstigen Verhältnisse schwinden. Die Fremden in Rumänien sind vom öffentlichen Leben ganz ausgeschlossen; der staatsbürgerliche Anschlufs wird ihnen sehr schwer gemacht; sie können sich weder am politischen Leben beteiligen noch in der städtischen Verwaltung betätigen. Fremde Kaufleute sind sogar von der Beteiligung an den Handelskammern

ausgeschlossen, obwohl sie alle Steuern entrichten müssen. Durch besondere gesetzliche Bestimmungen von 1902 werden die Rumänen vor fremden Handwerkern bei allen Lieferungen an den Staat und die Gemeinden bevorzugt, sogar wenn ihre Offerten 5 Prozent teurer sind als die der anderen Mitbieter. Rumänische Handwerkergesellschaften, die gesetzlich konstituiert sind, brauchen blofs die Hälfte der bei öffentlichen Lizitationen geforderten Kautionen zu erlegen. Zu Beginn 1910 brachte der neue Industrieminister Orleanu ein Gewerbegesetz ein, wonach das von Fabrikanten verwendete fremde Personal nicht mehr als 25 Prozent von der Gesamtzahl der Angestellten betragen durfte. Wäre dieses Gesetz angenommen worden, so hätten die Ausländer in Rumänien nichts mehr zu tun, und alle von den Deutschen errichteten Unternehmungen wären in rumänische Hände gelangt. Zunächst ist aber der Minister veranlafst worden, seinen Entwurf zurückzuziehen. Aber auch zufolge der schon bestehenden Bestimmungen werden deutsche Gewerbetreibende allmählich zurückgedrängt. Dazu kommt die Konkurrenz der Juden, die z. B. in Jassy die deutschen Handwerker und Kaufleute fast gänzlich beseitigt hat. Den bäuerlichen Ansiedlern in der Dobrudscha wurden manche Besitztitel aus der Zeit der türkischen Herrschaft nicht anerkannt und die Erwerbung von Grundbesitz erschwert, so dafs grofse Erbitterung herrscht und zahlreiche Auswanderungen nach Amerika stattfinden. Die deutschen Privatschulen in der Dobrudscha sind durch rumänische Staatsschulen ersetzt worden, in denen der deutsche Unterricht auf ein völlig unzureichendes Mindestmafs eingeschränkt wurde; in einzelnen Fällen mag dies durch die unzureichende Obsorge der Gemeinden für den Unterricht veranlafst worden sein, doch sind andere Gemeinden selbst durch Drohungen gezwungen worden, ihre Schulgebäude auszuliefern. Der neue Unterrichtsminister Haret suchte in neuerer Zeit den Besuch der evangelischen deutschen Schule in Bukarest und anderer Privatschulen durch Ausnahmebestimmungen zu stören. Ende 1910 wurde bestimmt, dafs alle Lehrpersonen an Privatschulen unter Vorlage eines von der Obrigkeit ausgestellten Sittenzeugnisses sich beim Unterrichtsministerium um die „Autorisation“ bewerben müfsten; diese wird aber allen, die der rumänischen Sprache nicht mächtig

sind, nicht erteilt. Dazu erschallt in den letzten Jahren der Alarm, dafs Bukarest germanisiert werde. Ein Professor der dortigen Universität, der seine deutsch geschriebenen historischen Werke in Deutschland erscheinen läfst, steht an der Spitze dieser Bewegung. Nicht nur in seinen Schriften beweist er seine deutschfeindliche Gesinnung, sondern er trägt die Agitation auch auf die Strafse, indem er z. B. Vorträge der deutschen Liedertafel durch Lärmen stört.

Alle diese Erscheinungen beweisen, dafs die Stellung des Deutschtums in Rumänien von nationalen Heifsspornen gefährdet wird. Noch darf man aber hoffen, dafs die Überzeugung den Sieg davontragen wird, Rumänien sei nicht so weit, dafs es der deutschen Kulturarbeit entbehren könnte. Ohne Anschlufs an die Deutschen wird Rumänien überhaupt der slawischen Hochflut nicht widerstehen können. Und anderseits hat das Deutschtum an Rumänien Interesse, weil es eine Bastion gegen den anschwellenden Panslawismus ist. Weil Felix Dahn dieser Überzeugung war, verteidigte er die Rechte Rumäniens 1883 in seiner Schrift „Eine Lanze für Rumänien“. Die Interessen sind also gegenseitig; das sollte zu ihrer Stärkung beitragen. Für jeden Fall müssen die Deutschen Rumäniens sich einigen und Anschlufs an die anderen Karpathendeutschen suchen; das grofse deutsche Volk mufs aber mehr als bisher die Schicksale seiner Vorposten im Karpathenland ins Auge fassen.

Quellennachweise und Literatur
zum vierten Buch.

Bisher hat eine quellenmäfsige Darstellung der Ansiedlung der Deutschen in Galizien vollständig gefehlt. Die vorliegende ist fast ausschliefslich nach den Akten gearbeitet. Dabei kamen vor allem in Betracht: Von den Akten des Ministeriums des Innern: II A 6 (Einrichtung der neu akquirierten Provinzen, Landesbereisungen zur Feststellung der Gebrechen der Staatsverwaltung und Verbesserung) Fasz. 320—327. — III A 5 (Kreisämter, Kreisbeschreibungen, Kreisbereisungen), Karton 202—206. — IV A (Bevölkerung), davon besonders wichtig IV A 1 (Ansiedlung Galizien), Karton 379 (bis 1791), 380 (1792 bis 1827) und Fasz. 93 (1828 bis 1848). — IV D 5 (Belohnungen und Verdienste. Medaillen für ausgezeichnete Handlungen), Karton 479 und Fasz. 103. — IV F (Gewerbe und Handwerk), Fasz. 59 und 60 — IV G 2 (Landwirtschaft, Ackerbau), Karton 1826 und Fasz. 138. — IV G 11 (Waldordnung und Waldkultur), Karton 1885 bis 1888 und Fasz. 149 und 150. — Schliefslich einzelne auf Galizien bezügliche Akten in IV J (Städtische Sachen) und IV K (Untertanssachen). Dazu kommen die galizischen Protokollbücher von 1772 ff. Ferner liegt eine Fülle von Material im Hofkammerarchiv, Galizische Domänenakten, Fasz. 8, Aufstellungsnummern 6915 bis 6927 und 6828* bis 6833*. Diese Aktenstöfse enthalten das Material aus den Jahren 1782—1800 zeitlich geordnet; 6918 enthält insbesondere noch ein alphabetisches Ansiedlerverzeichnis aus 1784. Dazu im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Staatsratsakten, die aus dem Index ersichtlich sind (für Galizien, Ungarn und die Bukowina); von anderen Akten dieses Archivs insbesondere: Polen, Fasz. 71 a. Ferner einzelne Akten aus dem Kriegsarchiv. — In Lemberg bietet das evangelische Seniorats- und Superintendenturarchiv bei der evangelischen Pfarre viel wertvolles Aktenmaterial; dazu besteht ein guter neuer Index. — Von den Beständen des Ossolinskischen Instituts in Lemberg enthält die Handschrift Nr. 525 (2 Bände) wertvolles Material. — Auch aus dem evangelischen Pfarrarchiv in Stanislau erhielt ich manches wichtige Material. — Aufser-

dem wurden eingesehen: Kirchenbücher (z. B. in Brigidau, Josephsberg, Dornfeld, Hohenbach, Machliniec und Mariahilf); Gedenkbücher der Kirchen und Gemeinden (Baginsberg, Mariahilf, Horocholina, Machliniec, Stryj, Wiesenberg); Gerichtsbücher, Grundbücher, Urkunden (Bedrykowce, Horocholina, Kaiserdorf, Brigidau, Josephsberg, Falkenstein, Dornfeld, Burgthal); schliefslich Familienpapiere, Pässe, Briefe u. dgl. Manches von diesem wichtigen Material werde ich später veröffentlichen. — Material aus den Archiven von Karlsruhe und Speier benutzt D. Häberle, Auswanderung und Koloniegründungen der Pfälzer im 18. Jahrhundert (Kaiserslautern 1909).

Eine umfassende Arbeit über die Deutschen in Galizien und ihre Kulturarbeit ist bisher überhaupt nicht vorhanden. Auch im Band „Galizien" der „Österreichisch-ungarischen Monarchie in Wort und Bild" (Wien 1898) hat L. German die Deutschen überaus stiefmütterlich behandelt. Die im folgenden genannten Schriften bieten nur einzelne Beiträge.

S. 3—12. L. Finkel, Memoryał Antoniego Pergena, pierwszego gubernatora Galicyi o stanie kraju (Kwartalnik hist. XIV [1900], S. 24 ff. 54 ff.). A. J. Brawer, Galizien, wie es an Österreich kam (Leipzig 1910). „Edicta et mandata universalia regni Galiciae et Lodomeriae" (Pillersche Gesetzsammlung für Galizien, Lemberg 1772 ff.). Besonders wertvoll ist: S. Bredetzky, Hist.-statistischer Beitrag zum deutschen Kolonialwesen in Europa nebst einer kurzen Beschreibung der deutschen Ansiedlungen in Galizien in alphabetischer Ordnung. Mit 2 Plänen und 1 Karte (Brünn 1812). R. F. Kaindl, Schweizer in Polen und Galizien (St. Gallner Tagblatt 1910, Sonntagsbeilage Nr. 25).

S. 12—83. Aufser Bredetzkys Schrift noch: J. Polek, Josephs II. Reisen nach Galizien und der Bukowina (Jahrb. d. Bukowiner Landesmuseums III [1895], S. 25 ff.). W. Tokarz, Galicya w początkach ery Józefińskiej w świetle ankiety urzędowej w r. 1783 (Krakau 1909). Über die Bialer Sprachinsel s. vorliegende Geschichte I, S. 36, 125 u. 158; ferner meine Beiträge zur Gesch. d. deutschen Rechtes in Galizien VII u. IX (Archiv f. österr. Gesch. XCVI u. C [1907 u. 1910]). Über Wilmesau-Wilomowice vgl. nachträglich L. Młynek, Wilhelmsauer Dialekt, Progr. der Realschule in Tarnów, 1907. Das Ergebnis, dafs der Dialekt ein schwäbischer sei, scheint sehr zweifelhaft zu sein. Nach „Deutschtum im Ausland", 1910, Nr. 10, sollen die Wilhelmsauer rhein-fränkischen Ursprungs sein. Vgl. Gesch. d. Deutschen, Bd. I, S. 99. J. Bukowski, Gedichte in der Mundart der deutschen schlesisch-galizischen Grenzbewohner von Bielitz-Biala (Bielitz 1860). Bemerkungen über den Dialekt dieser Sprachinsel auch in den unten zitierten Arbeiten von Smólski. Hanslik, Die Entwicklung von Bielitz-Biała, 2. Aufl. (Bielitz 1904). Derselbe, Biała, eine deutsche Stadt in Galizien (Wien 1909). J. A. Kolatschek, Geschichte der evangel.

Gemeinde zu Biala in Galizien (Teschen 1860). Aufserdem noch: F. A. Wickenhauser, Die deutschen Siedlungen in der Bukowina (Molda II, Czernowitz 1885 ff.). Bąkowski, Dawne kierunki rzek pod Krakowem (Rocznik Krak. V [1902], S. 138. Notiz über Josephstadt bei Krakau). In Schlözers Staatsanzeigen III (1783), S. 128 u. 511 ff. findet man Ansiedlungspatente mitgeteilt. Vgl. auch VI, S. 211 ff. K. v. Czoernig, Ethnographie d. österr. Monarchie III (Wien 1853; bietet in den Beilagen das Ansiedlungsnormale von 1787). R. F. Kaindl, Preufsische Ansiedler in Österreich im 18. Jahrhundert (Die Grenzboten LXIX [1910], Nr. 30). Derselbe, Kaiser Joseph und die deutsche Ansiedlung in Galizien (Wiener Zeitung, 1911, Nr. 108). J. Rohrer, Statistische Skizze des Samborer Kreises im östlichen Galizien (mit Nachrichten über die deutschen Kolonien. Vaterl. Blätter f. d. österr. Kaiserstaat I [1808], S. 313 u. 393). J. Roland, Aus der Geschichte Hohenbachs (Kalender d. Bundes der christl. Deutschen in Galizien f. 1909, S. 139 ff.). Rüdiger, Die deutschen Siedlungen im Sandecer Gebiete (ebenda f. 1910, S. 125 ff.). Das Deutschtum in den ostgalizischen Bezirken Dolina und Kalusz (ebenda f. 1911, S. 129 ff.). J. Schmidt, Das Werden und Gedeihen der Stryjer deutschen Gemeinde (ebenda S. 111 ff.).

S. 83—108. R. F. Kaindl, Erzherzog Karl als Förderer des Ansiedlungswesens in Österreich (Wiener Zeitung, 1910, Nr. 115 und 118). J. Schmidt, Die deutsch-böhmischen Siedlungen in Galizien (Bundeskalender d. Deutschen in Böhmen f. 1910, S. 109 ff.). J. Stark, Die Egerländer Kolonien in Galizien (Unser Egerland, XIII, 1909, Nr. 6 u. 11). Derselbe, Deutsch-böhmische Ansiedlungen in Ostösterreich (Leipzig 1910). F. St. Machek, Ansiedlungsgeschichte sowie alte Bräuche und Sitten von Ludwikówka (Kalender d. Bundes d. christl. Deutschen in Galizien f. 1909, S. 144 ff.).

S. 108—117. Für die Übersicht und Geschichte der einzelnen Ansiedlungen: Bredetzky, Hist.-statist. Beitrag (mit Karte und Übersicht der Ansiedlungen alphabetisch und nach Konfessionen). Derselbe, Reisebemerkungen über Ungarn und Galizien II (Wien 1809). Derselbe, Reise im Zloczower Kreis 1809 (über die Ansiedlungen des Grafen Mier. Vaterl. Blätter f. d. österr. Kaiserstaat, 1810, Nr. 35/36). J. Liesganigs Karte von Galizien (Regna Galiciae et Lodomeriae) und der dazu gehörige „Index locorum omnium Galiciae, Lodomeriae atque ad huius calcem adjectus Bucovinae“ (Lemberg 1794). R. Temple, Die deutschen Kolonien im Kronland Galizien (Mitt. d. geogr. Gesellschaft in Wien IV [1860], S. 196 ff. Nicht ganz zuverlässig; einige Kolonien scheinen irrig genannt zu sein). J. Schmidt, Übersicht der deutschen Siedlungen in Galizien (Kalender d. Bundes d. christl. Deutschen in Galizien f. 1909, S. 97 ff.). J. A. Kolatschek, Die evangel. Kirche Österreichs in den deutsch-slaw. Ländern (Wien 1869). Sche-

matismus der evangel. Kirche augsb. u. helvet. Bekenntnisses in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern, hrgb. vom k. k. evangel. Oberkirchenrate (Wien 1875). H. Fritsche, Die deutsch-evangelischen Gemeinden in Galizien (Festschriften f. Gustav-Adolf-Vereine [1902], Nr. 29. Mit Abb.). J. Buzek, Proces wynadorowienia w świetle nowszyj statystyki (Przegl. prawa i administ. XXVIII [1903], S. 519 ff. u. 612). K. Harlos, Ist das Deutschtum in Galizien lebensfähig? (Deutsche Erde II [1903], S. 104 f.). G. Smólski, Niemcy w Galicyi (Bibl. Warszawska CCLXIX [1908, Bd. I], S. 17 ff. u. 340 ff.). Derselbe, Kolonie i stosunki niemieckie w Galicyi (Krakau 1910). Wickenhauser, a. a. O. (über Zaleszczyki). K. Völker, Die Anfänge der evangel. Gemeinde zu Zaleszczyki in Galizien (Jahrb. d. Gesell. f. d. Gesch. d. Protest. in Österreich XXX [1909], S. 156 ff.); dazu auch Kaindl, Deutsche Ansiedlungen in der Moldau im 18. Jahrh. (Deutsche Erde II [1903], S. 105 ff.). Gemeindelexikon von Galizien auf Grund der Volkszählung vom 31. Dez. 1900 (Wien 1907). Kummerbergs Administrativkarte von Galizien u. der Bukowina (Wien). J. Schmidt, Karte der deutschen Siedlungen in Galizien, 2. Aufl. (Wien 1908). Eine polnische Ausgabe davon: „Niemieckie osady w Galicyi" von J. Pepłowski (Lemberg 1909). Übersichtskarte der evang. Kirche augsb. u. helvet. Bekenntnisses in Österreich, hrgb. vom k. k. evang. Oberkirchenrate (Wien 1908). Schliefslich sei genannt H. Roland, Verzeichnis der deutsch-galizischen Siedlungen mit Gegenüberstellung der Einwohnerzahlen v. 1890 u. 1900 (Zweiter Jahresb. d. Bundes d. christl. Deutschen in Galizien, 1908). Zur Bemerk. oben S. 110, Anm. 1, dafs Deutsche vorübergehend auch an anderen Orten angesiedelt wurden, als im Verzeichnis S. 110 ff. ersichtlich ist, sei nachträglich auf den Akt 30 aus 1788 der Lemberger Superintendentialakten hingewiesen. Über die Mennoniten in Galizien vgl. man vorläufig Bredetzky, Hist.-stat. Beitrag, S. 150; Rohrer, Versuch über die deutschen Bewohner II, S. 147 ff.; Chr. Hege, Kurze Geschichte der Mennoniten (Frankfurt 1909); Joh. Müller, Glaubensbekenntnis für Taufgesinnte der galizischen Mennoniten (Lemberg 1904); M. Janik, Menonici w Galicyi (Lud XV [1909], S. 224 ff.); H. Pauls, Die Mennoniten (Deutsches Volksblatt f. Galizien, 1911, Nr. 109). Ausführlich werde ich über diese Ansiedler in einer besonderen Studie handeln. Zahlreiche Aufsätze und Nachrichten zur deutschen Siedlungsgeschichte bringt fortlaufend das Deutsche Volksblatt f. Galizien und der Kalender des Bundes d. Deutschen in Galizien.

S. 117—127. J. Schmidt, Deutsche Grabstätten in Brzeżany-Ostgalizien (Deutsches Volksbl. f. Galizien, 1910, Nr. 84). Ähnliche Studien auf dem Friedhof in Stanislau hat der Verf. betrieben. W. Z. Ciesielsky, Pomnikowe rysy z cmentarzy lwowskich I (Lemberg 1890). Über deutsche Grabsteine in Zwierzyniec (Krakau) s. Teka konser. Galicyi zachod. II, S. 285 f. R. F. Kaindl, Reich u. Rhein in Sage u.

Sang der Deutschen in Galizien (Kölnische Volkszeitung, 1910, 3. Juli). Weitere volkskundliche Beiträge werde ich veröffentlichen in der Österr. Rundschau und in der Berliner Zeitschr. f. Volksk.; auch eine Sammlung deutscher Lieder aus Galizien werde ich in Blümmels Quellen u. Forschungen herausgeben. Zur Volkskunde von Biala u. Umgegend vgl. die oben zitierten Schriften von Młynek, Bukowski u. Smólski. Ferner L. Rzeszowski, Die deutschen Kolonien an der Westgrenze Galiziens (Zeitschr. f. öster. Volkskunde XIV [1908], S. 178 ff.); Berichtigungen dazu bringt der Artikel „Wie deutsche Volkskunde gemacht wird" im Deutschen Volksbl. f. Galizien III (1909, Nr. 43, Beilage). Einiges Volkskundl. bietet Fritsche, Die deutsch-evangel. Gemeinden Galiziens. Auch Bredetzky, Hist.-statist. Beitrag, S. 93 ff. J. Franko, Neue Beiträge zur Geschichte des ukrainischen Krippenspiels (Zapyski der Ševčenko-Gesellsch. LXXXII [Lemberg 1908], S. 30 ff). Viele Trachtenbilder, Lieder, mundartliche Mitteilungen bietet der Kalender des Bundes der Deutschen in Galizien für 1909, 1910 u. 1911. Beim Studium der Trachten wird K. Spiefs, Trachtenkunde (Deutsche Geschichtsblätter VIII [1907], S. 145 ff.) gute Dienste leisten. Berechnungen der Zahl der galizischen Deutschen im ebengenannten Kalender f. 1909, S. 97—120; zu niedrig (zusammen 60 000) ist die Berechnung bei Harlos a. a. O. und bei Buzek a. a. O. (63 000); dagegen gibt G. Smólski (Kolonie i stosunki niemieckie) die Zahl der Deutschen mit 80 000 an. Über Betrügereien bei der Volkszählung vgl. man Deutsche Erde VI, S. 143 u. die ersten Nummern des Deutschen Volksblattes f. Galizien f. 1911. Die sonst interessanten Berechnungen von Buzek über die Verteilung der Deutschen und ihre Verluste sind hinfällig, weil er heute gut deutsche Ansiedlungen als polonisiert betrachtet, so z. B. S 520 Hohenbach.

S. 128—144. Fast durchaus nach Akten.

S. 144—166. Bredetzky, Hist.-statist. Beitrag (mit Plänen von Ansiedlungen, Bildern von Häusern und Brunnen). Derselbe, Reisebemerkungen über Ungarn u. Galizien II (Wien 1809). J. Rohrer, Versuch über die deutschen Bewohner der österr. Monarchie (Wien 1804). Derselbe, Bemerkungen auf einer Reise von d türk. Grenze durch Ost- u. Westgalizien (Wien 1804). F. Kratter, Briefe über den jetzigen Zustand Galiziens (Leipzig 1786). Hacquets neueste physik.-politische Reisen in den J. 1788 u. 1789 I (Nürnberg 1790). J. G. Kohl, Reisen im Inneren von Rufsland u. Polen III (Dresden 1841). Fr. Bujak, Galicya I (Lemberg 1808). B. Łoziński, Z czasów nowicyatu administracyjnego Galicyi (Kwart. Hist. XXI [1907], S. 105 ff. u. 411 ff.). R. F. Kaindl, Das deutsche Ansiedlerhaus in Galizien und sein Einflufs auf die einheimischen Bauernhäuser. Mit 21 Abbild. (Globus XCVII [1910], Nr. 7 u. 8; s. auch dazu die Mitteilungen und Tafeln bei Bredetzky, Hist.-statist. Beitrag; Rohrer, Bemerkungen, S. 182; Kratter, Briefe I, S. 150 ff.). Viele Abbildungen

zur Deutschkunde im Kalender des Bundes der Deutschen in Galizien f. 1909, 1910 u. 1911. J. Schmidt, Bilder aus dem Leben u. Treiben der Deutschen in Galizien (ebenda 1911, S. 128ff.). Ebenda Berichte über den „Bund der Deutschen in Galizien", die deutschen Raiffeisenkassen und den Verein der deutschen Lehrer in Galizien. Über Preschel vgl. man Bredetzky, Hist.-statist. Beitrag; Mnemosyne, Galiz. Abendbl. f. gebildete Leser 1839, Nr. 77, S. 308; Wurzbachs Biogr. Lexikon XXIII; E. Grafl, Die Begründung der evangel. Gemeinde in Lemberg 1778—1808 (Lemberg 1878). Viele Nachrichten über den Besitzstand, die Unternehmungen und Steuerleistungen der Deutschen in Galizien findet man im Werke „Das Deutschtum im Wirtschaftshaushalte Österreichs", 3. Bd. (Reichenberg 1905/07), doch müfsten die Angaben nachgeprüft werden. K. Bąkowski, Kronika krakowska 1796—1848, drei Bände (Bibl. Krakowska XXVII, XXX u. XLII), Krakau 1906ff. St. Kutrzeba u. J. Ptaśnik, Dzieje handlu i kupiectwa krakowskiego (Rocznik Krakow. XIV [1910]). Über das S. 161 erwähnte Pränumerantenverzeichnis der Gedichte von Ratschky vgl. man J. Franko in Zapyski der Lemberger Ševčenko-Gesellschaft XCV (1910), S. 210f. St. Estreicher, Wiktor Kopff. Wspomienia z ostatnich lat. rzeczp. Krakowskiej (Bibl. Krakowska XXXIV, Krakau 1906). A. Fischel, Das österr. Sprachenrecht, 2. Aufl. (Brünn 1910; enthält die für Galizien erlassenen Sprachgesetze). J. de Luca, Geographisches Handbuch von dem österr. Staate V, 1 (Wien 1791). G. Smólski, Niemcy w Galicyi (Biblioteka Warszawska CCLXIX [1908, Bd. I], S. 17ff.). L. Finkel u. St. Starzyński, Historya universitetu Lwowskiego (Lemberg 1894). St. Schnür-Peplowski, Galiciana 1778—1812 (Lemberg 1896; handelt über F. Kratter, H. G. Bretschneider, J. Rohrer, S. Bredetzky). Derselbe, Cudzoziemcy w Galicyi 1787—1841 (Lemberg 1898; über E. G. Kortum, M. F. Stöger u. a.). K. Bąkowski, Dziennikarstwo krakowskie do roku 1848 (Rocznik Krak. VIII [1906], S. 147f.). Derselbe, Teatr krakowski 1780—1815 (Bibl. Krak. XXXVII, Krakau 1908). E. Kubalski, Z dziejów krakowskiej muzyki (ebenda XXXII, Krakau 1906).

S. 166—184. Aufser Hacquet, Bredetzky, Rohrer und Kohl noch: Kazmierza Brodzińskiego „Wspomniena mojej młodości", hrgb. von J. Tretiak (Krakau 1901). B. Zaklinski, Ein polnischer Nationalrat in Stanislau 1809 (Zapyski d. Ševčenko-Gesellschaft LXXIII [1906]). J. Leniek, Andrzej Wilhelm o wypadkach galicyjskich w r. 1846 (Kwart. hist. XVII [1903], S. 44ff.). J. Krevečkyj, Aus d. Wahlbewegung in Ostgalizien 1848 (Zapyski d. Ševčenko-Gesellschaft LXX [1906], S. 73ff.). F. Korolewskyj, Ein ruthenisches Hetzlied eines polnischen Agitators (Zapyski d. Ševčenko-Gesellsch. XLVI [1902]). J. Grosse, Wspomienia legionisty gwardyi akad. lwowkiej z r. 1848 (Krakau 1908). J. Wawel-Louis, Kronika rewolucyi krakow. w r. 1846 (Krakau

1898). Smólskis oben S. 439 zitierte Arbeiten. H. Fritsche, Kirche u. Schule in Galizien. Festschriften d. Gustav-Adolf-Vereins, Nr. 30. Mit Abbild. (Leipzig 1902). G. Lenz, Die deutschen evangelischen Schulen in Galizien. Aufzählung der im Jahre 1903 bestandenen 96 Schulen (Deutsche Erde II [1903], S. 114f.). A. v. Wotawa, Der deutsche Schulverein 1880—1905 (Wien 1905). Kolatschek, Die evangel. Kirche Österreichs. Schematismus d. evangel. Kirche usw. (Wien 1875). H. Cervenzl, Die evangel. Kirche Galiziens u. der Bukowina nach ihrer geschichtlichen Entwicklung u. ihrem gegenwärtigen Stande (Manuskript, 1908). Die Polonisierung der Deutschen in Galizien durch die polnische Geistlichkeit (Alldeutsche Blätter XVIII [1908], Nr. 16). H. v. Criegern, Geschichte d. Gustav-Adolf-Vereins (Hamburg 1903), bietet leider über Galizien u. die Bukowina fast nichts. J. Schmidt, Denkschrift über die 1910 neuerrichtete deutsch-kath. Roseggerschule in Mariahilf (Mariahilf 1911). „Festschrift z. Einweihung der evangel. Kirche in Solotwina am 7. Aug. 1910" (Hannover 1910). K. Harlos, Ist das Deutschtum in Galizien lebensfähig? (Deutsche Erde II [1903], S. 104f.). Harlos verneint die Lebensfähigkeit. Dagegen: R. Weil, Deutsches evangel. Volkstum in Galizien (Die Christliche Welt XV [Marburg 1901], Nr. 16); Zur Lage des Deutschtums in Galizien (Deutschtum im Auslande XXII [1903], Nr. 12); W. Groos, Brigidau, eine stramme deutsche Bauerngemeinde in Galizien (ebenda XXVII [1908], Nr. 11); R. F. Kaindl, Die Lage des Deutschtums in Galizien (Die Grenzboten LXIX [1910], Nr. 37 u. 38); J. Stark, Die Zukunft u. die Bedeutung des Deutschtums in Galizien u. der Bukowina (Alldeutsche Blätter XX [1910], Nr. 19). Zur Auswanderung vgl. man P. Langhans, Deutscher Kolonialatlas Karte Nr. 6 (Gotha 1900). Aufserdem zahlreiche Aufsätze und Notizen in Deutsches Volksbl. f. Galizien, Bukow. Nachrichten, Evangel. Gemeindebl. f. Galizien u. die Bukowina, Sammlung der allgem. kirchl. Verordnungen des k. k. evangelischen Kirchenrates, Kalender d. Bundes d. christl. Deutschen in Galizien, Deutsche Erde, Getreue Eckart, Alldeutsche Blätter, Die Ostmark u. a. Zahlreiche Jahresberichte, die Berichte der galizischen Superintendenten an die Superintendentialversammlungen u. dgl. Viele hierher gehörige Aufsätze, die nicht angeführt werden können, verzeichnet der „Geographische Anzeiger" (Gotha 1900) und seither die „Deutsche Erde", ebenso Kaindl in den Jahresberichten der Geschichtswissenschaft, Abt. Österreich (Galizien).

Quellennachweise und Literatur
zum fünften Buch.

Das wichtigste Aktenmaterial liegt im Hofkammerarchiv (Wien): Ungarn Kamerale Fasc. 32, Aufstellungsnummern 12763—12769. — Hier sind die Akten von 1763—1782 und 1791—1800 enthalten. Für die Zeit von 1783—1790 mufs das Material nach dem Index der ungarischen Hofkanzlei aus den ungarischen Hofkanzleiakten gesucht werden, da in dieser Zeit die ungarische Hofkammer mit der Hofkanzlei verbunden war, und daher Fasz. 32 der Hofkammer nichts aus dieser Periode enthält (man vgl. dazu auch das unten zitierte Werk von Czoernig III, S. 33 Anm.). Dazu kommen für das Banat noch die besonderen Akten: Banat Fasz. 35 Aufstellungsnummern 13479—13488, enthaltend die Akten von 1757—1778. Diese Akten wurden zum grofsen Teile durchgearbeitet und daraus die Darstellung von Czoernig ergänzt und berichtigt. Für die folgende minder wichtige Ansiedlungsperiode wurden die bei Czoernig verzeichneten Akten nicht nachgeprüft. — Aufserdem wurden Akten im Ministerium des Innern, Staatsarchiv und Kriegsarchiv eingesehen. Eine systematische Durchforschung des ganzen Aktenmaterials wird noch lange ein ungestillter Wunsch bleiben. Von den neuen Spezialarbeiten beruht kaum die eine oder andere auf umfassenderer Aktenforschung. Es gibt in dieser Hinsicht noch unendlich viel zu tun. Material aus reichsdeutschen Archiven verwendet Häberle, Auswanderung und Koloniegründung der Pfälzer im 18. Jahrhundert (Kaiserslautern 1909).

S. 185—263. Das Hauptwerk über die Ansiedlung in Ungarn ist noch immer Czoernig, Ethnographie der österr. Monarchie III (1855), das auf umfassenden Aktenstudien beruht. Daraus separat: Deutsches Kolonialwesen in Ungarn u. Siebenbürgen im 18. u. 19. Jahrhundert (Wien 1849). Das Werk ist trotz mancher Lücken und Fehler, die sich bei der Nachprüfung des Aktenmaterials ergaben, wertvoll. Czoernig und Grisilini (s. unten!) bilden die Grundlage fast aller späteren Darstellungen. J. Rohrer, Versuch über die deutschen Bewohner der österr. Monarchie (Wien 1804). J. H. Schwicker, Die

Deutschen in Ungarn u. Siebenbürgen (Die Völker Österreich-Ungarns III, Wien u. Teschen 1881). E. Jung, Deutsche Kolonien (Leipzig u. Prag 1884). Markwart, Aus der Geschichte der schwäbischen Ansiedlungen Sublechnicz und Ómajor in der Zips (Deutsches Volksbl. f. Galizien vom 2. Dez. 1910). Resultate der wissenschaftlichen Erforschung des Balaton-(Platten-)sees. III. 2. Ethnographie der Umwohner des Balatongestades von J. Jankó u. W. Semayer (Wien 1906). E. Triebnigg, Von der schwäbischen Türkei (Die Kultur IX [Wien 1910], S. 342 ff.). E. Szentkláray, Die Deutschen in Südungarn (Österr.-ungar. Monarchie, Ungarn II, S. 545 ff.). E. Milner, Schwäbische Kolonisten in Ungarn (Deutsche Zeit- u. Streitfragen Nr. 142, Berlin 1880). W. Köhl, Die deutschen Sprachinseln in Ungarn und Slawonien (Innsbruck 1902). M. Reihlen, Von den Schwaben in Südungarn (Die Grenzboten LXIX [1910], Nr. 9). R. Csallner, Unsere deutschen Brüder in der Bačka und im Banat (Kalender d. siebenb. Volksfreundes f. 1910. Mit Abbild.).

Zur Ansiedlung im Komitat Bács (Bačka) vgl. man ferner Eimann, Der deutsche Kolonist (s. oben S. 236). Auf dieser Schrift beruhen zumeist die Ausführungen von Czoernig a. a. O. und folgende drei Arbeiten: G. A. Famler, Torzsa und seine Ansiedlung. Aus Veranlassung des am 5. Mai 1784 abgehaltenen 100jähr. Jubelfestes (Neusatz 1884); L. Kármán, Geschichte der Torzsaer Ortsgemeinde und reformierten Kirchengemeinde von der Ansiedlung 1784 bis zur Gegenwart (Neu-Verbász 1897); J. Jaufs, Szeghegy im ersten Jahrh. seines Bestandes (Kula 1886. Mit wertvollen Plänen, darunter jenem von 1786).

Zur Ansiedlungsgeschichte des Banats. F. Griselini, Versuch einer politischen u. natürlichen Gesch. d. Temeswarer Banats (Wien 1780). J. H. Schwicker, Gesch. d. Temeser Banats (Pest 1872). L. Böhm, Geschichte d. Temeser Banats, 2 Bde. (Leipzig 1861). Dazu die unten genannten Werke zur Geschichte der Militärgrenze. Ferner: G. Schultheifs, Die Banater Schwaben (Deutsche Erde II [1903], S. 133 ff. Mit guter Karte. Zum Pafsschein, der S. 134 mitgeteilt ist, vgl. Deutsche Erde III, S. 153. Derartige Scheine sind in den Wiener Archiven zahlreich erhalten). Über die französischen (jetzt deutsch gewordenen) Ansiedler handelt R. Recouly, Le Pays Magyar (Paris 1903. Vgl. Deutsche Erde VI, S. 26), ferner W. Groos, Lothringer u. Elsässer in Ungarn u. Siebenb. (Strafsburger Post vom 20. Nov. 1904. Vgl. Deutsche Erde VIII, S. 118). W. Groos, Auswanderer aus den Ämtern Emmendingen und Karlsruhe in der südungarischen Gemeinde Franzfeld („Alemannia“, Neue Folge, Bd. VI, Heft 2). Derselbe, Die Schwabengemeinde Franzfeld in Südungarn (besondere Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg vom 19. Juli 1905). M. Braefs, Die Schwaben im Banat (Deutsche Geographische Blätter d. Geogr.

Gesellsch. Bremen XXI [1898], S. 65ff). J. Gabriel, Die Schwaben im Banat (Die Karpathen III [1910], S. 385ff.). Derselbe, Die Auswanderung von nahezu 2000 Schwaben (aus dem Banat) nach Rumelien im J. 1864 (ebenda II [1909], S. 603ff.). P. Grafsl, Geschichte der deutsch-böhmischen Ansiedlungen im Banat (Bd. V, Heft 2 der Beiträge zur deutsch-böhm. Volkskunde, von A. Hauffen. 8 Lichtdrucktafeln [Prag 1904]). Über die Ansiedlung der Tiroler vgl. man Czoernig III, S. 76f. u. 79f. J. Rapp, Tirol im J. 1809 (Innsbruck 1852), S. 834ff. u. 858. J. Egger, Gesch. Tirols III (Innsbruck 1880), S. 804f. A. Troger, Simon Fiechter (im Progr. d. Gym. d. Franziskaner in Hall 1909 und als 27. Bändchen von „Anno Neun" [Innsbruck 1910]). Nachträglich sei als Ergänzung zu den Bd. II, S. 179 gebotenen Nachrichten über das Deutschtum in Temesvár am Ende des Mittelalters genannt: F. Wettel, Biographische Skizzen. Beiträge zur Gesch. d. Temeser Banats (Temesvár 1908), S. 87ff. (Biographie des Oswald Pelbart von Temesvár). Ebenso vgl. man zur Geschichte des Bd. II, S. 180 genannten Weifskirchen: L. Böhm, Gesch. d. Stadt Weifskirchen, 3. Aufl. (Weifskirchen 1910). Die in Kaysers, Bücherlexikon V, 331 verzeichneten Schriften von Jh. Ksp. Steube, Briefe über den Banat (Eisenach 1793) und: Wanderschaften und Schicksale (Gotha 1791) blieben mir unzugänglich.

Für jene Teile Ungarns (Südosten des Komitats Bács), des Banats, von Kroatien und Slawonien, die zur Militärgrenze gehörten, vgl. man: J. A. Demian, Statistische Beschreibung der Militärgrenze (Darstellung der österr. Monarchie, IV. Teil), 2 Bde. (Wien 1806f.). F. v. Vaniček, Spezialgeschichte der Militärgrenze II u. III (Wien 1875). H. Schwicker, Geschichte der österreichischen Militärgrenze (Wien 1883). A. Lutz, Über die Entstehung einiger deutsch-evangelischer Ansiedlungen in den Gebieten der ehemaligen k. k. Militärgrenze, 2. Aufl. (38. Jahresb. d. Staatsgymnas. Landskron 1910).

S. 263—268. Zur Ansiedlung der „Landler" in Siebenbürgen aufser Akten vor allem: K. Reifsenberger, Zur Gesch. der evangel. Transmigration aus Ober- u. Innerösterreich nach Siebenbürgen (Jahrb. d. Gesellsch. f. Gesch. d. Protest. in Österreich VII (1886), S. 84ff.). Derselbe, Die deutschen Besiedlungen Siebenbürgens in älterer u. neuerer Zeit (Zeitschr. d. hist. Vereins f. Steiermark IV [1906], S. 60). Derselbe, Steirische Transmigranten in Siebenbürgen (Korrespondenzbl. f. siebenb. Landesk. XXIX [1906], S. 149ff.). G. E. Waldau, Geschichte der Protestanten in Österreich, Steiermark, Kärnten u. Krain II (Ansbach 1784), S. 430ff. Zur früheren Einwanderung von Landlern nach Siebenbürgen vgl. man auch: „Kurze Geschichte der ersten Einwanderung oberösterr. evangel. Glaubensbrüder nach Siebenbürgen", Hermannstadt 1835 (im Besitz d. Budapester Univ.-Biblioth.). Fr. Teutsch, Zur Einwanderung im 18. Jahrh. (Korrespondenzbl. f. siebenb. Landes-

kunde XXV [1902], S. 77 ff.). Derselbe, Bilder aus der vaterländischen Geschichte I (Hermannstadt 1895), S. 241 ff. J. Plattner, Stolzenburg. Skizzen aus s. Vergangenheit (Hermannstadt 1907), S. 55 ff. R. Wolkan, Österr. Wiedertäufer in Amerika (Österr. Rundschau XIV [1908], S. 216 ff.).

Über die „Hanauer" und Baden-Durlacher in Siebenbürgen: Czoernig III, S. 88 f. H. Wittstock, Die Einwanderung von Baden-Durlachern (und Hanauern) in Siebenb. während d. 18. Jahrh. (Korrespondenzbl. f. siebenb. Landesk. XI [1888], S. 60 f. u. S. 101 ff.; vgl. ebenda XII, S. 41). Teutsch im oben angeführten Artikel im Korrespondenzbl. XXV, S. 79 u. 80. Reifsenberger in Zeitschr. d. hist. Vereins f. Steiermark IV, S. 64. Chr. Möckel, Die Durlacher und Hanauer Transmigranten in Mühlbach (Mühlbacher Gymnasialprogramm f. 1883/84). J. Plattner, Stolzenburg. Skizzen aus seiner Vergangenheit. S. 55 ff. Nachträglich sei zur älteren Einwanderung der Baden-Durlacher noch genannt: [M. Möckel], Die Baden-Durlacher Deutschen in Mühlbach. Ein Andenken an ihre am 6. Januar 1843 begangene 100jähr. Einwanderungsfeier (Kronstadt 1843; zur Frage der Autorschaft vgl. Archiv f. siebenb. Landesk. XXII, S. 21). A. Amlacher, Heimatsorte der nach Mühlbach und Umgebung eingewanderten Baden-Durlacher (Korrespondenzbl. f. siebenb. Landesk. XI, S. 125 ff.). Fr. Teutsch, Bilder aus der vaterländischen Geschichte I, S. 249 ff.

Ansiedlung der Württemberger in Siebenbürgen: Czoernig III, S. 89 ff. Reifsenberger in Zeitschr. d. hist. Vereins f. Steiermark IV, S. 64 ff. Kalender f. d. gemeine Jahr 1847 (Hermannstadt bei Samuel Filtsch); Abschnitt: Chronik. Entstehung, Umgestaltung und Entwicklung des siebenb.-sächs. Landwirtschaftsvereins u. dessen Wirksamkeit in d. J. 1845—1895 (Hermannstadt 1895). O. Wittstock, Stephan Ludwig Roth (in Teutsch, Bilder aus d. vaterl. Gesch. I, S. 286 ff.). F. Obert, St. L. Roth. Sein Leben u. seine Schriften (Wien 1896). E. v. Friedenfels, Joseph Bedeus v. Scharberg, Beiträge zur Zeitgeschichte Siebenbürgens im 19. Jahrh. (Wien 1876 f.) I, S. 395 ff. (Die Schwabeneinwanderung) u. II, S. 413 ff. (Stephan Ludwig Roth). J. Martini, Aus den Lebenserinnerungen des Würtemberger Einwanderers Joh. G. Haldenwang 1846 (Hermannstadt 1906). F. Obert bietet in seinen „Sächsischen Lebensbildern" (Wien 1896), S. 158 ff. unter dem Titel „Die Magranten" (Emigranten) eine Schilderung der Schicksale dieser Einwanderer.

S. 268—272. Zur Geschichte der Deutschen in Kroatien und Slawonien: N. Alt, Wie alt ist die deutsche Bewegung in Slawonien? Pfingstbeilage des Deutschen Volksblattes für Syrmien (Ruma 1907). W. Groos, India, eine deutsche Mustergemeinde in Slawonien (Deutsche Erde XII [1908], S. 170 ff.). J. Pindor, Die evangelische Kirche Kroatien-Slawoniens in Vergangenheit und Gegenwart. 2. Aufl.

Essek 1902. Köhl, Die deutschen Sprachinseln (s. oben), S. 84 ff. Die Deutschen in Syrmien (Deutsche Erde IX [1910], S. 90—91). Dazu die oben genannten Werke über die Militärgrenze. Zur älteren Ansiedlungsgeschichte Kroatiens vgl. man Forsch. u. Mitt. z. Gesch. Tirols u. Vorarlbergs VII [1910], S. 47 f.

S. 272. Über die Deutschen in Bosnien: Die österr.-ungar. Monarchie in Wort und Bild. Band Bosnien und Herzegowina (Wien 1901). P. Dehn, Deutsche Kolonisten in Bosnien (Alldeutsche Blätter XI [1901], S. 321, ferner ebenda XII, S. 155 f.). B. Geifsler, Deutsche Kolonisation in Bosnien (Akad. Blätter, XVIII [1903], Nr. 14). Deutsche Kolonisation in Bosnien (Der deutsche Auswanderer, hrgb. vom Ev. Hauptverein f. deutsche Auswanderer V [1906], Nr. 1/2). E. Blumgrund, Deutsche Kolonien in Bosnien (Das Deutschtum im Auslande XXVIII [1909], Nr. 2). Einige Notizen auch bei Pindor (s. oben), S. 82. G. Lenz, Deutsche Schulen in Bosnien u. Herzegowina. Mit Kärtchen (Deutsche Erde II [1903], S. 51). F. G. Schultheifs, Reisebilder aus Bosnien und der Herzegowina (Hermannstadt 1902). B. Wieman, Bosnisches Tagebuch (Kempten 1908). Landkauf in Bosnien [durch Schwaben] (Deutsches Volksblatt f. Syrmien 1909, Nr. 33 u. 1911, Nr. 17; vgl. den oben zitierten Artikel von Gabriel, Die Auswanderung). Jetzt vor allem J. Heimfelsen, Die deutschen Kolonien in Bosnien [Wien 1911]. — Nachträglich mag zu Bd. II, S. 195 bemerkt werden, dafs der langandauernde deutsche Einflufs in Bosnien sich auch in dem oberdeutschen Charakter der einheimischen Hausform zeigt. Vgl. R. Meringer, Die Stellung des bosnischen Hauses (Sitzungsbericht d. kais. Akad. Wien. Hist.-philos. Kl. CXLIV [1901]).

S. 273—275. Aufser den Akten, ferner Czoernig und Eimann, noch J. Rohrer, Versuch über die deutschen Bewohner der österr. Monarchie I u. II (Wien 1804). Über die germanisierten französischen Ansiedler im Banat vgl. Deutsche Erde VI, S. 26. Schilderungen des Volkes, seiner Sitten, Bräuche usw.: Schwicker, Die Deutschen (mit Literaturangaben!). M. Braunschweiger, Das Deutschtum in Ungarn. Politisches u. Unpolitisches (Wien 1905). Interessante Beiträge zur Volkskunde der Zipser bietet die in Käsmark erscheinende „Karpathenpost“. Ferner Weber, Zipser Gechichtsbilder. Deutsche Sprachinseln im Bakonyer Wald (Das Deutschtum im Auslande, XXVII, Nr. 11). J. W. Nagl, Die „Hienzen“. Eine ethnogr.-etymolog. Studie (Zeitschr. f. österr. Volkskunde VIII [1902], S. 161—165). A. Hermann, Die Hienzen (Österr.-Ungar. Monarchie in Wort u. Bild, Ungarn Bd. IV, S. 392 ff.). J. R. Bünker, Schwänke, Sagen und Märchen in heanzischer Mundart (Leipzig 1907). B. v. Németh, Illustr. Geschichte d. Grofsgemeinde Németbóly im Komitat Baranya (Fünfkirchen 1900. Interessant ist in der Vorrede die Entschuldigung wegen des Gebrauchs

der deutschen Sprache!). E. Szentkláray, Die Deutschen in Südungarn (Österr.-Ungar. Monarchie in W. u. B., Ungarn Bd. II, S. 549 ff.). A. Müller-Guttenbrunn, Deutsche Kulturbilder aus Ungarn u. Banat (München 1904). W. Köhl, Die deutschen Sprachinseln in Südungarn u. Slawonien (Innsbruck 1902). J. Gabriel, Die Hochzeit bei den Banater Schwaben (Die Karpathen III [1910], S. 451 ff.). Derselbe, Das Kirchweihfest bei den Banater Schwaben (ebenda S. 636 ff.). M. Braefs, Die Schwaben im Banat (Deutsche Geogr. Blätter XXI [1898], S. 65 ff.). Grafsl, Gesch. d. deutschböhm. Ansiedlung im Banat. K. Sebestyén, Todtenbretter in den deutschböhm. Gemeinden Weidenthal, Wolfsberg u. Lindenfeld (Anzeiger d. ethnogr. Abt. d. ung. Nationalmuseums II, S. 171 ff.). O. Wittstock, Volkstümliches der Siebenbürger Sachsen (Forsch. z. deutschen Landes- u. Volkskunde IX [1896], S. 60 ff. Mit reichem Literaturverzeichnis). A. Scheiner, Die Mundart der Siebenbürger Sachsen (ebenda S. 131 ff.). Siebenbürgisch-sächsisches Wörterbuch. Mit Benutzung der Sammlungen Joh. Wolfs bearbeitet von A. Schullerus, 1.—3. Lief. (Strafsburg 1909). J. Teutsch, Die Sachsen (Österr.-Ungar. Monarchie in Wort u. Bild, Ungarn VI, S. 450 ff.). R. Bergner, Siebenbürgen. Eine Darstellung des Landes und der Leute (Leipzig 1884). A. Schullerus, Siebenbürgisch-sächsische Volkskunde (Korresp.-Blatt des Gesamtvereins der d. Geschichtsvereine LV, 3. März 1907, S. 112). H. v. Egloffstein, Wanderungen. Mit 10 Vollbildern (Berlin 1902; behandelt Kroatien u. Siebenbürgen). Fr. Teutsch, Bilder aus d. vaterländischen Geschichte II (enthält: O. Wittstock, Sitte u. Brauch; A. Schuller, Zunftleben; A. Scheiner, Über die Sprache d. sächs. Volkes; A. Schullerus, Unsere Volksdichtung). Fr. Fr. Fronius, Bilder aus dem sächsischen Bauernleben (Wien 1879). G. A. Schuller, Dorfheimat. Lebensbilder aus d. Jüngstvergangenheit eines siebenb. Sachsendorfes. Erinnerungen eines ehemaligen Pfarrersjungen (Hermannstadt 1908). R. Ziegler, Die „Austage“ im Sachsendorf (Die Karpathen III [1909], S. 301 ff.). M. Teutsch, Wie die Schirkanyer sächsischen Burschen nach Marosvasárhely ziehen, um die ungarische Sprache zu erlernen (ebenda S. 278 ff.). C. Korodi, Siebenbürgen. Land u. Leute (Berlin 1906). M. Fleischer, Muster von Leinenstickereien sächsischer Bäuerinnen aus dem Nösner Gau. 12 Tafeln in Lichtdruck nach Photographien (Beilage zum Progr. d. ev. Obergymn. in Bistritz 1903/04). J. M. Gafsner, Aus Sitte und Brauch der Mettersdorfer. Ein Beitrag zur siebenbürgisch-sächsischen Volkskunde (Beil. zum Progr. d. ev. Obergymn. in Bistritz. 8°. 96 S. Bistritz 1902). Aus der Vergangenheit u. Gegenwart des k. freien Marktes Agnetheln (Hermannstadt 1900). E. Sigerus, Trachtenstudien (Siebenb.-deutsches Tageblatt 1909, 15. Sept.). H. Ungar, Sächsische Bauerntracht (Die Karpathen II [1909], S. 118 ff.). G. Brandsch, Der Volksgesang bei den Siebenbürger Sachsen (Deutsche

Erde VII, S. 28). Derselbe, Zur Metrik der siebenbürgisch-deutschen Volksweisen (Beil. zum Progr. des Theol.-pädag. Landeskirchenseminars in Hermannstadt für 1904/05). Siebenbürgisch-sächsische Kinderreime u. Kinderspiele. Gesammelt u. erläutert von Prof. A. Höhr. Beil. zum Progr. des Gymn. Schäfsburg 1902/03. (Die grofse Mehrheit weist nach der alten moselfränkischen Heimat der Sachsen.) F. Obert, Sächsische Lebensbilder (Wien 1896). A. Jekelius, In Dolman und Ampel. Ein sächsisches Lehrer- und Predigerleben. Zeidners sächs. Volks- und Jugendbibliothek (Kronstadt 1906). Fr. Fr. Fronius, Unser Herr der Hann. Ein Bild aus dem sächsischen Bauernleben in Siebenbürgen (Hermannstadt 1882). M. Zikeli, Streiflichter aus dem siebenbürgisch-deutschen Dorfschulleben um die Mitte des 19. Jahrh. (Reps 1903). „Satzungen f. d. Bruder- u. Schwesterschaften der Gemeinden des Bistritzer Kirchenbezirks d. evangel. Landeskirche" (Bistritz 1904). Manches Interessante bieten die Ortsgeschichten, z. B.: Aus der Vergangenheit u. Gegenwart d. königl. freien Marktes Agnetheln (Hermannstadt 1900).

S. 275—278. Zur Statistik der Deutschen in Ungarn vgl. man für die frühere Zeit vor allem Schwicker, Die Deutschen. Das amtliche Material für die Zählung von 1900 in den Ungar. statist. Mitteilungen. Neue Serie I (Allgemeine Beschreibung der Bevölkerung nach Gemeinden [Budapest 1902]) und XXVII (Zusammenstellung der Endergebnisse, mit Karten) [Budapest 1909]. Ferner G. Schultheifs, Deutsche Gewinn- und Verlustliste f. Ungarn 1901 (Deutsche Erde I, S. 48f.). L. Korodi, Das Deutschtum in Ungarn nach der Zählung von 1900 (ebenda I, S. 76ff., mit Karte in Buntdruck). P. Langhans, Die Deutschen in den ungarischen Landesteilen seit 1846 (ebenda I, S. 84), Deutsche Stadtbevölkerung in Ungarn (ebenda I, S. 117) und: Die gröfsten deutschen Landgemeinden in Ungarn (ebenda I, S. 174). Sehr wertvoll ist R. Brandsch, Das Deutschtum in Ungarn, seine Verteilung und Bedeutung. (2. Bericht d. Vereins z. Erhaltung d. Deutschtums in Ungarn f. 1908, S. 29ff.) S. Weber, Die Zahl der Deutschen in Zipsen in Gegenwart und Vergangenheit (Deutsche Erde I, S. 163f. Dazu Bredetzky, Reisebemerkungen I, S. 314f.). R. Pfaundler, Das Verbreitungsgebiet der deutschen Sprache in Westungarn (Deutsche Erde IX [1910], S. 14—18. Mit farbiger Karte). E. Steinacker, Das Deutschtum in Ofenpest (ebenda VII, S. 28). L. Korodi, Das Deutschtum in Ofenpest (ebenda VIII, S. 252 mit weiteren Literaturangaben). G. Schultheifs, Die Banater Schwaben (Deutsche Erde II, S. 132ff. mit bunter Karte). Für Siebenbürgen noch: Fr. Schuller, Volksstatistik der Siebenbürger Sachsen (Forschungen z. deutschen Landes- u. Volkskunde IX [1896], S. 25ff. mit Karte). A. Iekelius, Die Bevölkerungs- u. Berufsstatistik d. ehemaligen Königsboden (Hermannstadt 1908). Über die Fälschungen zuungunsten der Deutschen: J. Vargha,

Die ungar. Statistik in Kolbs neuestem Werke (Ungar. Revue III [1885], S. 785 f.); ferner Deutsche Erde I, S. 78, und: L. Korodi, Vorposten, S. 9 ff. Über die Auswanderung: H. Bidermann, Gesch. d. österr. Gesamtstaatsidee II [Innsbruck 1889], S. 159; die eben zitierten Arbeiten von Weber u. Iekelius; Gabriel, Die Auswanderung (s. o. S. 445). Die allgemeinen Gesichtspunkte erörtert E. F. Weisl, Die ungar. Auswanderung (Österr. Rundschau XII [1907], S. 161 ff.). Über das Sendschreiben des Bischofs Teutsch Deutsche Erde VI, S. 144. Dazu die oben S. 278 zitierte Arbeit von Wittstock über die Sachsen in Amerika. Die ethnographischen Karten Ungarns verzeichnet W. Pefsler in Deutsche Erde VIII, S. 201. Dazu noch K. Czoernig, Ethnographische Karte der österr.-ungar. Monarchie (Wien 1868).

S. 279—304. Aufser den Akten: die Schriften von Czoernig, Griselini, Eimann u. Schwicker, Die Deutschen; Rohrer, Versuch über die deutschen Bewohner; Demian, Statist. Beschreibung d. Militärgrenze; H. Kötschke, Reisebriefe aus Ungarn. Studien zur Erforschung der Lage des dortigen Deutschtums (Berlin 1907); M. Schwartner, Statistik des Königreichs Ungarn (Ofen 1809); L. Korodi, Deutsche Vorposten im Karpathenland (Berlin 1908); O. Alscher, Der Banat u. seine Deutschen (Die Karpathen II [1909], S. 26 ff.); Grafsl, Gesch. der deutsch-böhm. Ansiedlungen im Banat; Die Gemeinde Franzfeld in der Batschka (Deutsches Volksblatt f. Syrmien, 1909, 14. August); W. Groos, India, eine deutsche Mustergemeinde in Slawonien (Deutsche Erde VII [1908], S. 170 ff.); derselbe, Eindrücke einer Reise durch Südungarn (Ostdeutsche Rundschau [Wien], 1910, Nr. 296 f.). Die Deutschen in Syrmien nach der Monographie des Pfarrers Markovič (Deutsche Erde IX, S. 90 f.). Über den deutschen Einflufs im Banat auf die Sprache der Rumänen vgl. J. Borcia im 10. Jahrbuch des Instituts für rumänische Sprache zu Leipzig, S. 169 ff. (Leipzig 1904). O. v. Meltzl, Statistik der sächsischen Landbevölkerung in Siebenbürgen II. Wirtschaftliche Verhältnisse (Archiv f. siebenbürg. Landeskunde XX [1885], S. 321 ff.). Entstehung, Umgestaltung u. Entwicklung d. siebenb.-sächs. Landwirtschaftsvereins u. dessen Wirksamkeit 1845 bis 1895 (Hermannstadt 1895). Aus der Vergangenheit und Gegenwart des königl. freien Marktes Agnetheln (Hermannstadt 1900). J. K. Stephani, Der landwirtschaftliche Betrieb in Draas (Hermannstadt 1909). L. E. Achim, Volkswirtschaftliche Streiflichter (Die Karpathen II [1909], S. 385 ff.). M. Ambrosi, Mittel u. Wege zur Hebung unseres Bauernstandes (Vortrag, gehalten in Hermannstadt am 18. Verbandstag der Raiffeisengenossenschaften). Hermannstadt 1904. Über den Weinbau in Siebenbürgen handelt der bekannte Schäfsburger Weinhändler J. B. Teutsch in Blüher und Petermanns Meisterwerk d. Speisen u. Getränke II, S. 1783 ff. (Leipzig 1892). Zur Kenntnis der älteren sächsischen Wirtschaftsgeschichte ist nach-

träglich zu nennen: G. A. Schuller, Aus d. Vergangenheit d. siebenb.-sächsischen Landwirtschaft (Hermannstadt 1895). H. Siegmund, Änderung der Grundbesitzverteilung in Mediasch in der Zeitschr. „Volksgesundheit, Monatsschr. f. d. ungar. Kulturpolitik" (Mediasch 1905). F. Obert, Die Behauptung der Scholle durch die Siebenb. Sachsen (Deutsche Erde VI [1907], S. 130 ff.). G. A. Schuller, Der Grunderwerb durch die Raiffeisenkassen (Hermannstadt 1906). Derselbe, Innerkolonisation u. Raiffeisenvereine (ebenda 1909). Jahresberichte über die ländlichen Spar- u. Vorschufsvereine [Siebenbürgens]; später unter dem Titel: Verbandstag der ländl. Spar- u. Vorschufsvereine u. Wirtschaftsgenossenschaften (Hermannstadt 1887 ff.). M. Schuller, Schaas u. sein Raiffeisenverein. Vortrag auf d. 22. Verbandstag d. Raiffeisenschen Genossenschaften (Hermannstadt 1908). G. Eichmann, Entwicklung u. Stand des Kredit- u. Genossenschaftswesens d. Siebenbürger Sachsen (Berlin 1903). G. A. Schuller, Die Raiffeisenschen Genossenschaften der Siebenbürger Sachsen (Deutsche Erde VII [1908], S. 61; dazu ebenda VI, S. 145 u. 146). Seit 1910 gibt G. A. Schuller in Hermannstadt den „Siebenbürgischen Raiffeisenboten" heraus. Nachträglich sei auch auf die „Festschrift des Verbandes Raiffeisenscher Genossenschaften" (Hermannstadt 1910) verwiesen. Von den Berichten einzelner Institute sei nur genannt: Fest- u. Jahresbericht anläfslich d. 75jähr. Bestandes d. Kronstädter allg. Sparkasse 1835—1909 (Kronstadt 1910). G. A. Schuller, Elisabethstadt (Hermannstadt 1906). „Schlufssteinlegungsurkunde f. d. Bankgebäude d. Genossenschaftsbank in Elisabethstadt" (Wien 1905).

S. 304—308. Zur Gesch. d. siebenb. Handels von 972—1845 (Archiv f. siebenb. Landesk. 1. Serie III [1848], S. 277 ff.). Fr. Hann, Statistische Beiträge zur siebenb. Urgewerbskunde (ebenda S. 1 ff.). J. Hintz, Bevölkerungsverhältnisse im Kronstädter Distrikt nach der 1839er Zählung (ebenda S. 92 ff.). Meltzl, Statistik der sächsischen Landbevölkerung, S. 389 ff. A. Jekelius, Die Bevölkerungs- u. Berufsstatistik des ehemaligen Königsbodens (Hermannstadt 1908). E. F. Tandler, Die industrielle Entwicklung Siebenbürgens (Kronstadt 1909). Schwab, Land u. Leute in Ungarn [besonders das Kapitel „Studien über d. gewerbl. u. industriellen Verhältnisse im östl. Oberungarn"] (Leipzig 1865). Man vgl. auch Bredetzky, Reisebemerkungen I, Rohrer, Versuch über d. deutschen Bewohner, Schwicker, Die Deutschen, Schwartner, Statistik des Königreichs Ungarn u. a. Kulturgeschichtliche Abbildungen, besonders Städteansichten findet man in der Österr.-ungar. Monarchie in Wort u. Bild. E. Sigerus, Aus alter Zeit. 50 Bilder aus siebenb.-sächs. Städten mit e. Vorwort u. erläuterndem Text (Hermannstadt 1904). Bielz-Sigerus, Siebenbürgen. Ein Handbuch f. Reisende (Hermannstadt 1903). Führer durch Hermannstadt u. Umgebung. Hrgb. von d. Sektion Hermannstadt d. siebenb. Kar-

pathenvereins (Hermannstadt 1902). W. Bruckner, Hermannstadt in Siebenbürgen. Mit Abbild. (= Stätten der Kultur XXIII, Leipzig). J. Schuller, Kronstadt (Kronstadt 1898). „Zur Gesch. v. Sächsisch-Regen“ (Archiv f. siebenb. Landesk. III [1858]). „Unsere sächsischen Gemeinden“ (Die Karpathen [Kronstadt] I u. II). Ferner die an anderen Stellen angeführten Stadtgeschichten (s. auch Bd. II). Über die Verbreitung des oberdeutschen Haustypus besonders Jankó-Semayer, Resultate der wissenschaftl. Erforschung des Balatonsees III, 2, S. 237 f.

S. 308—316. F. Teutsch, Gesch. d. evang. Gymn. A. B. in Hermannstadt (Archiv f. siebenb. Landesk. XIX [1884], S. 491 ff.). Joh. Hintz, Zur Statistik der höheren Lehranstalten, der Latein-, Volks- u Privatschulen unter den Glaubensgenossen A. B. im siebenb. Sachsenland (ebenda 1. Serie III [1846], S. 209 ff.). G. Lenz, Die deutsche Schule in Siebenbürgen (Deutsche Erde II [1903], S. 18). Deutsches Schulwesen im Kronstädter Bezirk (ebenda VI, S. 146). Über die Förderung des Schulwesens durch den Ertrag der Siebenrichterwaldungen vgl. ebenda V, S. 57, VI, S. 145 u. VII, S. 235, sowie Zeitungsnotizen. Statistisches Jahrb. der evang. Landeskirche Augsb. Bek. in d. siebenb. Landesteilen Ungarns, Jahrgang X (Hermannstadt 1906). Über die ungarischen Schulverhältnisse vgl. Bredetzky, Reisebemerkungen I; ferner die sonst zitierte Literatur und Zeitungsnachrichten. K. Keleti, Die Volkszählung vom Jahre 1880 und deren Ergebnisse in Ungarn (Ungar. Revue I [1881], S. 277 ff.). Derselbe, Ungarns Nationalitäten auf Grund der Volkszählung des Jahres 1880 (Ungar. Revue II [1882], S. 113 ff.). F. Teutsch, Unsere Geschichtsforschung in den letzten 20 Jahren 1869—1889 (Archiv f. siebenb. Landesk. XXII [1887], S. 619 ff). G. Teutsch, Eine Rückschau über das geistige Leben u. Literatur der Siebenb. Sachsen (ebenda X [1872], S. 1 ff.). O. Wittstock, Das liter. Leben d. vierziger Jahre (in „Hundert Jahre sächs. Kämpfe“ [s. unten], S. 99 ff.). A. Schullerus, Unsere geistige Entwicklung seit den fünfziger Jahren (ebenda S. 265 ff.). Derselbe, Die sächs. Literatur der Gegenwart (in „Bilder aus d. vaterl. Gesch.“ II, S. 454 ff.). F. Teutsch, Wandlungen im geistigen Leben des sächsischen Volkes (Archiv f. siebenb. Landesk. XXXIII [1905]). E. Wertheimer, Hermannstadt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrh. (Ungar. Revue I [1881], S. 825 ff.). J. Trausch u. Fr. Schuller, Schriftstellerlexikon der Siebenbürger Deutschen, 4 Bde (Kronstadt u. Hermannstadt 1868—1902). Zahlreiche Biographien von hervorragenden Sachsen auch im Archiv f. siebenb. Landesk. u. anderen Zeitschr. Fr. Teutsch, Georg Daniel Teutsch, Geschichte s. Lebens (Hermannstadt 1909). Derselbe, Samuel v. Brukenthal (Hermannstadt 1903). E. Sigerus, Ein deutscher Kunstfreund im fernen Osten (Ztschr. f. bildende Kunst XXXIX [1904], S. 157 ff.). M. Csaki, Führer durch die Gemäldegalerie des Baron Brukenthalschen Museums in Hermannstadt, 6. Aufl.

(Hermannstadt 1909). V. Roth, Aufgabe und Ziel der siebenbürgisch-sächsischen Kunstgeschichtsforschung (Archiv f. siebenb. Landesk. XXXII [1903], S. 631 ff.). W. Krafft, Literaturbericht für das sächsische Haus in Stadt u. Land (Hermannstadt 1908) Bedeutende Persönlichkeiten aller Deutschen in Ungarn zählt Schwicker, Die Deutschen, auf. S. Weber, Ehrenhalle verdienstvoller Zipser d. 19. Jahrh. (Neudorf-Igló 1901). F. Wettel, Biographische Skizzen. Beiträge zur Geschichte des Temeser Banates (Temesvár 1908). Mit Abbildungen. A. Müller-Guttenbrunn, Schwaben im Osten. Ein deutsches Dichterbuch aus Ungarn (Heilbronn 1911). E. Flitsch, Gesch. d. deutschen Theaters in Siebenbürgen (Archiv f. siebenb. Landesk. XXI [1887], S. 529 ff.). K. M. Kertbeny, Zur Theatergesch. v. Budapest (Ungar. Revue I [1881], S. 636 ff., 845 ff.; II [1882], S. 404 ff.; vgl. VII, S. 83 f. u. 664 ff.). Das alte u. neue Theater in Preſsburg (ebenda VII [1887], S. 85 ff.). Die ungarische Journalistik 1780—1880 (Ungar. Revue IV [1884], S. 361 ff.). A. v. Hochmeister, Leben u. Wirken des Martin Edlen v. Hochmeister (Hermannstadt 1873). „Das Zeitschriftentum d. Siebenbürger Sachsen" (Deutsche Erde I, S. 64). Deutsche Zeitungen u. Zeitschriften in Ungarn (ebenda VII, S. 75). Interessante Mitteilungen über die periodische Presse Ungarns in deutscher Sprache bei Schwicker, Die Deutschen, S. 497 ff. J. v. Roll, Vaterländische Literatur in unseren Kronstädter Kalendern (Deutscher Volkskalender f. 1909 v. A. Jekelius, Kronstadt; vgl. Deutsche Erde I, S. 64 und VIII, S. 218). J. H. Schwicker, Die Vereine in Ungarn (Ungar. Revue I [1881], S. 318 ff.). R. Brienbrecher, Unsere (siebenb.-sächs.) Vereine (Bilder aus d. vaterl. Gesch. II, S. 480 ff.). Jahrbuch der deutschsprachigen gesellschaftl. u. genossenschaftl. Verbände in den siebenb. Landesteilen Ungarns (in Deutscher Volkskalender 1908, Hg. Aug. Jekelius. IV [Kronstadt]). Liste der Deutschen, die bis 1840 das ungarische Indigenat erhielten, bei Czoernig III, S. 96 ff. A. v. Szirmay, Hungaria in Parabolis (Buda 1804). Die Rede Apponyis über den Wert der deutschen Sprache ist abgedruckt in „Das Deutschtum im Ausland" XXVII [1908], Nr. 11. Über die Kenntnis des Magyarischen bei den Deutschen: „Die ungarischen Mittelschulen im Studienjahre 1881/82" (Ungar. Revue III [1883], S. 67 ff.); ferner auch den oben S. 448 zitierten Artikel von M. Teutsch, Wie die Syrkanier sächsischen Burschen usw.

S. 316—335. Czoernig III. In Schwickers „Die Deutschen" kommen besonders die Kapitel „Das Deutschtum und der Josephinismus" „Das Deutschtum u. die mag.-nationale Bewegung", „Die heutige Stellung der Deutschen" in Betracht. S. Bredetzky, Reisebemerkungen über Ungarn u. Siebenbürgen I (Wien 1809). Derselbe, Beiträge zur Topographie Ungarns IV (Wien 1805). E. Schwab, Hist. Skizze der Gründner Städte (Progr. d. Staatsgym. Brünn 1864). S. Weber,

Zipser Geschichts- u. Zeitbilder (Leutschau 1880). Derselbe, Die Ursachen der Verslawung Zipsens (Deutsche Erde III [1904], S. 166f.) [1]. E. Schwab, Land u. Leute in Ungarn I (Leipzig 1865, behandelt S. 342ff. die Frage: „Wie wurden die deutschen Ansiedlungen in Ungarn slowakisiert u. magyarisiert?"). F. Löher, Die Magyaren und andere Ungarn (Leipzig 1874). Kötschke, Reisebericht. Fr. Teutsch, Geschichte der Siebenbürger Sachsen II: 1700—1815 (Hermannstadt 1907; der inzwischen erschienene III. Band konnte nicht mehr benutzt werden). Hundert Jahre sächsischer Kämpfe. Zehn Vorträge aus d. Gesch. d. Siebenbürger Sachsen im letzten Jahrhundert (Hermannstadt 1896). Fr. Schuller, Aus sieben Jahrhunderten. Acht Vorträge zur siebenb.-sächsischen Geschichte [bis 1790] (Hermannstadt 1895). R. Csallner, Quellenbuch zur vaterländischen Geschichte (Hermannstadt 1905). J. H. Schwicker, Die Deutschen. L. Korodi, Siebenbürgen. Land und Leute (Berlin 1906). G. M. G. v. Hermann, Das alte u. das neue Kronstadt. Bearbeitet von O. v. Meltzl. I u. II (Hermannstadt 1883). Fr. Teutsch, Bilder aus der vaterländischen Geschichte I u. II (Hermannstadt 1895 u. 1899). G. D. Teutsch, Aktenmäſsige Beiträge zur Geschichte Siebenbürgens im 18. Jahrh. (Archiv f. siebenb. Landesk. XI [1873], S. 169ff.). K. Fabritius, Namen u. Verwendung der Jesuiten, welche v. 1770—1773 in den siebenb. Ordenshäusern wirkten (ebenda XI, S. 167ff.). W. Schmidt, Zur Geschichte der Jesuiten in Hermannstadt (ebenda VI [1863], S. 232ff.; vgl. auch XXX, S. 371). Über die Frage der Konzivilität vgl. besonders Teutsch, Geschichte d. Sachsen II (s. Index!). G. D. Teutsch, Graf Kornis und Freiherr Samuel v. Brukenthal über die Konzivilität auf dem Sachsenboden (Archiv f. siebenb. Landesk. XXIV [1892], S. 385ff.). Derselbe handelt ebenda XXIII, S. 259ff. über die Erschütterung d. siebenb. Landesverfassung im Jahrzehnt Kaiser Josephs II., XXIV, S. 9ff., über den Versuch der Herstellung der siebenb. Verfassung durch den Klausenburger Landtag von 1790/91, endlich ebenda XXIV, S. 413ff. über den literarischen Kampf für die Rechte der Sachsen. Ferner handelt über die Konzivilität auch J. Höchsmann ebenda XXX, S. 28ff. u. 309ff. Dazu noch Hermann, Das alte Kronstadt I u. II; endlich O. v. Meltzl, Die Gravaminalvorstellung der siebenb. Sachsen und des siebenb. Adels an Kaiser Joseph II. v. 1787 (Archiv f. siebenb. Landesk. XXI [1887], S. 367). Zum Folgenden vor allem noch: Hundert Jahre sächsischer Kämpfe (Hermannstadt 1896). A. Jekelius, In Dolman u. Ampel (Kronstadt 1906). J. H. Schwicker, Das Haus Habsburg u. die Siebenbürger Sachsen (Österr. Jahrb. XXII [1898], S. 23). F. v. Löher, Die

1) Zu unseren Ausführungen über das ältere Deutschtum in der Zips in Bd. II, S. 158ff. sei nachträglich auf S. Weber, Deutsche Spuren in der Zips (Deutsche Erde II [1903], S. 72ff.) verwiesen.

Erwürgung der deutschen Nationalität in Ungarn (München 1874). Derselbe, Die Magyaren. „Die Zertrümmerung des siebenb. Sachsenlandes. Nach den Debatten des ungar. Landtags vom 22. bis 27. März 1876" (München 1876). M. Kifs, Das Rechtsgutachten der Münchener Juristenfakultät in der Rechtsfrage der sächsischen Nationsuniversität [über das Gesetz von 1876] (Ungar. Revue III [1883], S. 611ff.). Einen Abdruck des Nationalitätengesetzes von 1868 findet man bei Csallner, Quellenbuch, S. 291ff.

S. 335—350. H. Connert, Das neue magyarische Volksschulgesetz (Deutsche Erde VI [1907], S. 97). Wichtige Bemerkungen dazu im Handbuch des Deutschtums im Ausland, 2. Aufl. (Berlin 1906), S. 86f. Anm.[1]). Adolf Falkenburg † (Ung. Revue IV [1884], S. 178ff.). G. Schultheifs, Deutschtum u. Magyarisierung (München 1898). Derselbe, Das Deutschtum im Donaureiche (Berlin 1895). L. Korodi, Ungarische Rhapsodien, politische u. minder politische (München 1905). Derselbe, Siebenbürgen. Land und Leute (Sammlung belehrender Unterhaltungsschriften XX, Berlin 1906). Derselbe, Deutsche Vorposten im Karpathenland (Hermann Paetels Bücherei II, Berlin 1908). W. Dibelius, Die Unterdrückung der Deutschen in Ungarn (Preufs. Jahrbücher CXII [1903], S. 1ff.). A. Korn, Die Deutschenverfolgung in Ungarn (München 1903). Derselbe, Aufreizung. Gedichte aus dem Banat (München 1905). Hungaricus, Das magyarische Ungarn u. der Dreibund (München 1899). R. Heinze, Hungarica. Eine Anklageschrift (Freiburg 1882). S. J. Arz, Die deutsche Bewegung in Siebenbürgen (Der getreue Eckart III [1905], Nr. 3—6). H. Wastian, Ungarns Tausendjährung in deutschem Lichte (München 1896; hier am Schlusse reiche Literaturzusammenstellung ähnlicher Schriften). Erklärung der Stadtvertretung der königl. freien Stadt Hermannstadt, betreffend weitere Beibehaltung des bisherigen amtlichen Namens der Stadt Hermannstadt (Hermannstadt 1900). Zum Namen von Klausenburg vgl. man Deutsche Erde IV (1905), S. 109. M. Schlesinger, Aus Ungarn (Berlin 1850). J. A. Helfert, Gesch. d. österr. Revolution I (Freiburg 1907). A. v. Schwarzleitner, Die geogr. Namen in Ungarn (Zeitschr. f. Schulgeographie XXX [Wien 1908], S. 112ff. und 129ff.). L. Hoffmann, Siebenbürgen in sächsischer Beleuchtung (Ungar. Revue IV [1884], S. 541ff.). P. Dehn, Verdrängung der deutschen Sprache aus dem Verkehre in und mit Ungarn durch die französische Sprache (Alldeutsche Blätter XVII, Nr. 1). P. Hunfalvy, Woher der Hafs gegen Ungarn? (Ung. Revue II [1882], S. 344ff.). J. Hunfalvy, Die magyar. Ortsnamen u. Herr Prof. Kie-

1) Nachträglich sei darauf verwiesen, dafs nach den Ausführungen des Abgeordneten Brandsch im ungar. Reichstag die Deutschen 14% der Bevölkerung Ungarns bilden, aber nur in 2,7% der Schulen ist deutsch die Unterrichtssprache. Vgl. „Grofsösterreich" Wien 10. Juni 1911.

pert (ebenda III, S. 405 ff.). J. Graf Majláth, Hungaricae res (Berlin 1908). G. Heinrich, Herr Prof. Sepp über Ungarn (Ungar. Revue IV [1884], S. 701 ff.). A. Neményi, Der „Allgem. deutsche Schulverein“ u. Ungarn (Ungar. Revue II [1882], S. 37 ff.). L. Veigelsberg, Zur „Deutschenhetze“ in Ungarn (Ungar. Revue I [1881], S. 3 ff.). F. v. Zieglauer, Nachwort. Gegen Herrn H. Marczali früher Morgenstern (Sonderabdruck aus der 2. Aufl. „Die politische Reformbewegung in Siebenbürgen“, Wien 1889). Aufserdem zahlreiche Zeitungsartikel. Bemerkt sei noch, dafs in der Deutschen Erde fortlaufend Mitteilungen über die Lage des Deutschtums in Ungarn erscheinen (man vgl. I, S. 48; II, S. 20 u. 53; IV, S. 185).

S. 350—365. Über Bredetzky vgl. besonders dessen „Reisebemerkungen“ I, ferner St. Schnür-Peplowski, Galiciana 1778 bis 1812 (Lemberg 1896). Fr. Teutsch, Die Entwicklung unseres nationalen Bewufstseins (in Fr. Teutsch, Bilder aus d. vaterländ. Gesch. II, S. 373 ff.). F. Obert, Sächsische Lebensbilder (darunter Joh. Friedr. Geltch, Wien 1896), und derselbe, St. L. Roth (Wien 1896). Hundert Jahre sächsischer Kämpfe. Fr. Teutsch, Der siebenbürgisch-deutsche Jugendbund (in „Bilder“ II, S. 345 ff.). R. Schuller, Theodor Fabini, ein sächs. Heldenjüngling aus grofser Zeit (Hermannstadt 1900). Über die Verhältnisse in der Zips persönliche Erhebungen an Ort u. Stelle. Ferner: S. Weber, Die Zahl der Deutschen in Zipsen in Gegenwart u. Vergangenheit (Deutsche Erde I [1902], S. 163 ff.). Derselbe, Die Ursache der Verslawung Zipsens (Deutsche Erde III [1904], S. 166 f.). Aus der Zips (Bukowiner Nachrichten 1905, 4. Febr.). Die Magyarisierung der Deutschen in der Zips (ebenda 1909, 19. Aug.). W. Groos, Vergessenes u. versunkenes Deutschtum in Oberungarn (Der getreue Eckart 1909, Juni- u. Oktoberheft). Fr. König, Die deutsche Sprachinsel Proben in Oberungarn (ebenda 1909 Juniheft). Für das übrige Ungarn und Siebenbürgen vgl. man aufser den schon genannten Schriften von Schultheifs, Korodi, Kötschke, Löher noch besonders: E. Treumund, Deutscher Nationalismus in Ungarn (Österr. Rundschau XII [1907], S. 84 ff.). L. Korodi, Die Erfolge der deutschen Bewegung in Ungarn (Alldeutsche Blätter XI [1900], Nr. 26). Derselbe, Die deutsche Frage in Ungarn (ebenda XVIII, Nr. 20). Derselbe, Die Siebenbürger Sachsen und das Magyarentum (ebenda XVIII, Nr. 17). G. D. Teutsch, Georg Paul Binder (Archiv f. siebenbürg. Landesk. XXII [1889], S. 519 ff.). E. Lassel, Eine sächsische Deputation in Deutschland (Die Karpathen II [1909], S. 208 ff.). L. Veigelsberg, Zur Deutschenhetze in Ungarn (Ungar. Revue I [1881], S. 3 ff.). P. Hunfalvy, Woher der Hafs gegen Ungarn? (ebenda II [1882], S. 344). H. Marczali, Zur sächsischen Frage in Siebenbürgen (ebenda III [1883], S. 31 ff.). L. Hoffmann, Siebenbürgen in sächsischer Beleuchtung (ebenda IV [1884], S. 540 ff.). G. Heinrich, Herr Prof.

Sepp über Ungarn (ebenda IV, S. 701 ff.). A. Neményi, Der allgem. deutsche Schulverein u. Ungarn (ebenda II [1882], S. 37 ff.). Berichte des Vereins f. Erhaltung des Deutschtums in Ungarn (Wien 1908 u. 1909). Von hervorragender Bedeutung ist schliefslich A. Müller-Guttenbrunn, Götzendämmerung. Ein Kulturbild aus Ungarn (Leipzig 1900). Vgl. auch desselben Schriften „Der kleine Schwab“ und „Glocken der Heimat“ (ebenda) und den wichtigen Vortrag über den Zusammenschlufs der Sachsen und ungarländischen Deutschen im Getreuen Eckart (1910), Grofsösterreich (Wien 1910) Nr. 32, Bukow. Nachrichten 1910, Juli. Einen interessanten Aufruf eines Sachsen an die Banater Schwaben findet man in „Grofsösterreich“ 1910, Nr. 38. Dazu kommen zahlreiche andere Zeitungsnachrichten.

Literatur zum sechsten Buch.

S. 369—385. R. F. Kaindl, Das Ansiedlungswesen in der Bukowina seit der Besitzergreifung durch Österreich, mit besonderer Berücksichtigung der Ansiedlung der Deutschen (Innsbruck 1902). Hier findet man die ältere Literatur, insbesondere die Arbeiten von F. A. Wickenhauser und J. Polek verzeichnet. Die vorliegende Darstellung ist durch einzelne neu aufgefundene Akten der Wiener Archive ergänzt. Man vgl. noch: J. Polek, Deutsch-böhmische Ansiedlungen in der Bukowina (Bohemia 1901, 31. Dez., Nr. 360). J. Polek, Die Ausbreitung des Protestantismus in d. Bukowina (Jahrb. d. Gesellsch. f. Gesch. d. Protest. XXV [1904], S. 364 ff.). Ferner J. Stark, Deutsch-böhmische Ansiedlungen in Ostösterreich (Leipzig 1910. Mit einer Karte der deutschböhmischen Ansiedlungen in der Bukowina). Derselbe, Deutschtumskarte der Bukowina (Czernowitz 1909). Zahlreiche kleinere Arbeiten von Kaindl, die in verschiedenen österr. u. reichsdeutschen Zeitungen erschienen sind, werden hier nicht besonders angeführt, da ihre Ergebnisse in dem an erster Stelle genannten Buche und in vorliegendem Werk zusammengefafst erscheinen.

S. 386—387. Über deutsche Sitten und Bräuche vgl. man: R. F. Kaindl, Die Deutschen in d. Bukowina (Deutsche Arbeit X [1911], 6. u. 7. Heft). L. A. Staufe-Simiginowicz, Die Völkergruppen der Bukowina (Czernowitz 1889). J. Polek in Österr.-Ungar. Monarchie in Wort u. Bild, Bd. Bukowina. Derselbe bietet in den ersten Jahrgängen des „Bukowiner Boten" (Czernowitz 1897 ff.) zahlreiche Aufsätze zur Geschichte u. Volkskunde der Bukowiner Deutschen. H. Kipper, Volksbräuche der Schwaben im Buchenlande (Alldeutsches Tagblatt 1908, Nr. 255/7). Derselbe, Deutsche Volksbräuche in der Bukowina (Deutscher Kalender f. d. Bukowina 1909). Dialektproben der Schwaben hat Kipper veröffentlicht: Bukow. Nachrichten 1909, 8. Aug.; Bukow. Bote 1910, Nr. 103 f. u. 105. R. F. Kaindl, Die Volksdichtung der deutschen Ansiedler der Bukowina in ihrer Beziehung zur deutschen Dichtung des Westens (Wissenschaftl. Beilage der Leipziger Zeitung 1896, Nr. 15. Vgl. auch Deutscher Volkskalender f. d. Bukowina

1910). Derselbe, Liebeslieder der Deutschen in der Bukowina (Wissenschaftl. Beilage d. Leipziger Zeitung 1896, Nr. 76). Derselbe, Deutsche Volkslieder aus d. Bukowina (Czernowitz 1909. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift des Vereins für Volkskunde" u. der „Zeitschrift für österr. Volkskunde"). J. Loserth, Deutsch-böhmische Kolonien (Mitt. d. Vereins f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen XXIII [1885], S. 373 ff.). Zur Statistik der Bukowiner Deutschen: J. Stark, Das Deutschtum in der Bukowina (Deutsche Erde VIII [1909], S. 105 f. Berechnung der gegenwärtigen Anzahl. Vgl. auch den Text zur oben zitierten Karte von Stark). Gemeindelexikon der Bukowina. Nach der Volkszählung von 1900 (Wien 1907).

S. 388—395. R. F. Kaindl, Geschichte der Bukowina von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. 3 Teile. 2. Aufl. (Czernowitz 1904). Derselbe, Geschichte von Czernowitz von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart (Czernowitz 1908). J. Rohrer, Bemerkungen auf einer Reise von der türkischen Grenze über die Bukowina durch Ost- und Westgalizien (Wien 1804). J. G. Kohl, Reisen im Inneren von Rufsland u. Polen III (Dresden u. Leipzig 1841). R. F. Kaindl, Deutsche Arbeit in der Bukowina (Deutsche Arbeit III [1902]). Aufschlüsse über die früheren Wirtschaftsverhältnisse in der Bukowina und den Anteil der Deutschen an ihrer Hebung bieten besonders die Hauptberichte der Bukowiner Handels- u. Gewerbekammer von 1852, 1862 u. 1872.

S. 395—408. Neben früher zitierten Arbeiten und zahlreichen Zeitungsartikeln noch: V. Prelicz, Geschichte des Bukowiner Bergbaues (Deutscher Kalender für die Bukowina für 1904). Eckehardt, Zur wirtschaftlichen Lage der buchenländischen Zipserkolonien (Bukow. Nachrichten 1910, 16. Okt.). Die Montanwerke in Luisental (ebenda 1910, 30. Dez.). Über die Grunddotierung der Bergkolonien aufser zahlreichen Zeitungsartikeln die von der k. k. Güterdirektion in Czernowitz zur Verfügung gestellten Aktenauszüge. Über die Stellung der Gutsgebiete und der unausgeschiedenen Kolonien viele Artikel der Bukow. Nachrichten aus den letzten Jahren und das Bukow. Landesgesetzblatt 1909, S. 25 ff. Die für die Bukowina geltenden Wahlgesetze in der Reichsratswahlordnung von 1907 (Staatsgrundgesetze, Menzsche Taschenausgabe von 1909) und die Landtagswahlordnung (Bukow. Landesgesetzblatt 1910, S. 97 ff.). „Deutschtum in der Bukowina" (Deutsche Zeitung, Wien 1898, 11. u. 12. Mai). Über die deutsche Schutzarbeit in der Bukowina bieten die „Bukowiner Nachrichten", der „Bukowiner Bote", ferner der „Deutsche Kalender für die Bukowina" reiches Material. J. Stark, Ein Jahr deutscher Schutzarbeit in der Bukowina (Czernowitz 1909). Derselbe, Die deutschbäuerliche wirtschaftliche Organisation in der Bukowina (Das Deutschtum im Ausland XXVIII [1909], Nr. 4). Über die deutsche Begeisterung bei der Gründung der Czernowitzer Universität vgl. man „Die Landesfeier der 100jähr. Vereinigung

des Herzogtums Bukowina u. die Eröffnung der k. k. Franz-Josefs-Universität am 4. Okt. 1875" (Czernowitz 1876). Über die Angriffe auf das Deutschtum der Bukowina von deutscher Seite vgl. man Stenograph. Protokolle d. Hauses d. Abgeordneten d. österr. Reichsrates, XVII. Session, Bd. 36, S. 32 859 ff., wieder abgedruckt „Bukow. Nachrichten" 1905, 14. Dez. Als Antwort darauf: Kaindl, Die Deutschen in der Bukowina (Die Zeit 1905, 28. Dez., und 1906, 16. Januar); dazu „Bukow. Nachrichten" 1906, 8. Juli. Über den Angriff auf die Czernowitzer Universität s. Protokolle des Abgeordnetenhauses, XVII. Session, Bd. 46, S. 42 071 ff. u. 42 160 ff. Dazu S. Herzberg-Fränkel, Der Abgeordnete Dr. Steinwender und die philosoph. Fakultäten in Österreich (Hochschulnachrichten XVII [1907], Nr. 197). R. F. Kaindl, Die Universität in Czernowitz. Ein Wort zur Aufklärung (Österr. Rundschau XI [1907], S. 61 ff.). Seidl, Das Deutschtum in der Bukowina (Bukow. Nachrichten 1906, 13. Sept.). Die Festberichte über die Eröffnung des Deutschen Hauses in Czernowitz, Bukow. Nachrichten 1910, 5. Juni ff., u. Bukow. Bote, Nr. 103. F. Riede, Die Bedrohung d. Deutschtums in der Bukowina (Deutsche Zeitschrift XV [Berlin 1902], S. 388 ff. Dazu Deutsche Erde I, S. 154 f.). „Erfolge des Deutschtums in der Bukowina" (Deutsche Erde IX [1910], S. 149 f.).

Literatur zum siebenten Buch.

S. 411—417. An Akten standen mir nur einige aus den Wiener Archiven zur Verfügung. Die wichtigsten Arbeiten zur Geschichte der Deutschen in Rumänien sind: W. St. Teutschländer, Geschichte der evangelischen Gemeinden in Rumänien (Bukarest 1891). H. Meyer, Die Diaspora der deutschen evangel. Kirche in Rumänien, Serbien u. Bulgarien. Mit Karte (Potsdam 1901). R. Honigberger, Zur Geschichte des Deutschtums in Rumänien (Sonderabdruck aus „Die Karpathen“ II, Kronstadt 1909). Alle diese Arbeiten berücksichtigen leider fast ausschliefslich die evangelischen Deutschen. Um so dankenswerter sind die zahlreichen Mitteilungen im Hauskalender des deutschen Volksbildungsvereins in Rumänien für 1910 u. 1911: Die evangelische Kirche in Rumänien, Die katholische Kirche in Rumänien, Mitteilungen aus den deutschen Gemeinden Rumäniens (mit Abbild.), Erster Versuch einer Statistik des Deutschtums an der unteren Donau u. dgl. Ergänzungen hierzu gingen mir aus der erzbischöflichen Kanzlei in Bukarest durch Herrn Karl Auner zu, wofür ich bestens danke. Dazu „Handbuch des Deutschtums im Ausland“, hrgb. vom Allgem. deutschen Schulverein, 2. Aufl. (Berlin 1906). B. Schwarz, Vom deutschen Exil im Skythenland (Deutsche in der Dobrudscha. Leipzig 1886). F. Schmidt, Ein Stück untergehenden Deutschtums in der Dobrudscha (Die deutsche Schule im Ausland I, S. 603—610, Antwerpen 1902). Von älteren Arbeiten seien genannt: E. J. Sulzer, Geschichte des transalpinen Daciens, 3 Bde. (Wien 1781). Dazu ein Nachtrag noch in N. Jorga, Documente privitoare la familia Callimachi I, S. 393f. (Bukarest 1902). A. Wolf, Beiträge zu einer hist.-statist. Beschreibung des Fürstentums Moldau I u. II (Hermannstadt 1805). F. A. Wickenhauser, Molda II (Czernowitz 1888). Zur Orientierung über die neue rumänische Geschichte vgl. man N. Jorga, Geschichte des rumänischen Volkes II (Gotha 1905). P. Lindenberg, König Karl von Rumänien, 2. Aufl. (Berlin 1908). A. Lüttge, Die Lebensarbeit eines Hohenzollern im Osten (Erfurt 1904).

S. 417—422. Aufser der zitierten Literatur noch: Marele dic-

ționar geografic al Romînei, 5 Bde. (Bukarest 1898). Schematismus archidioecesis latinae Bucarestiensis a. 1907 (Bukarest 1907). A. Abt, Die kathol. Kirche in Rumänien (Würzburg 1879).

S. 423—435. Zur Kenntnis der deutschen Kulturarbeit: J. F. Neigebauer, Beschreibung der Moldau u. Walachei (Leipzig 1848). E. Fischer, Aus Alt-Bukarest (Bukarest 1906). Derselbe, Über den Ursprung der rumänischen Bojarenfamilien (Zeitschrift f. Ethnologie 1908, Heft 3). Zahlreiche frühere Arbeiten Fischers werden jetzt in seinem Buche „Die Kulturarbeit d. Deutschtums in Rumänien" (Hermannstadt 1911) zusammengefafst. H. Grothe, Zur Landeskunde von Rumänien (Angewandte Geographie III, 1. Halle 1907). L. Metzler, Rumänien, seine Handelspolitik und sein Handel 1890—1900 (Altenburg 1902). Brackel, Rumäniens Staatskredit in deutscher Beleuchtung (München 1902). F. Schmidt, Zur Gesch. d. Petroleumindustrie in Rumänien (Die Karpathen II [1909], S. 565 ff. u. 597 ff.). P. Langhans, Der deutsche Anteil an der rumänischen Erdölindustrie (Deutsche Erde VII [1908], S. 150). J. G. Vulturescu, Über die rumänische Handwerkerpolitik von 1873 bis 1902. Dissertation (Göttingen 1908). Aus dem Kalender des Deutschen Volksbildungsvereins für 1910 u. 1911 seien noch folgende Artikel genannt: Fialla, Berühmte Ärzte aus d. jüngeren Vergangenheit Bukarests; C. Storck, Ein Beitrag zur Gesch. deutscher Arbeit in Rumänien (Künstlerbiographien); F. Bennewitz, Aus alten Kirchenbüchern; R. Honigberger, Aus den Erinnerungen eines alten Bukaresters. Die Arbeiten von Mândrescu und Borcia über die deutschen Sprach- und Kultureinflüsse sind zitiert Bd. II, S. 421. N. Jorga, Istoria literaturiĭ Romîne în secolul al XVIII-lea (1688 bis 1821), Bukarest 1901. R. Rosetti, Despre censura în Moldova (mit Verzeichnissen der eingeführten Bücher. Analele Academiei Române. Serie II, XXIX [1907], S. 297 ff.). M. Hârsu bietet daraus einen Auszug: Zur Gesch. der Zensur in der Moldau (Rumänischer Lloyd, Bukarest; Festnummer 1. Juli 1908). Fr. Hhl, Französischer und deutscher Einflufs in Rumänien (Bukow. Nachrichten 1906, 5. Juli). Deutsche Schulanstalten der evangel. Gemeinde in Bukarest (Bukarest 1909). G. Lenz, Die deutschen Schulanstalten in Bukarest (Deutsche Erde III [1904], S. 23). Zahlreiche Nachrichten über das Schulwesen findet man bei Fischer (Kulturarbeit); Honigberger, Zur Geschichte usw., in den Jahresberichten der Anstalten, in der Zeitschr. „Die deutsche Schule im Ausland", im Schematismus archidioecesis latinae, endlich im Kalender des Volksbildungsvereins. Hier auch über das Vereinswesen. F. Dahn, Eine Lanze für Rumänien (Leipzig 1883).

Sachverzeichnis [1]).

---

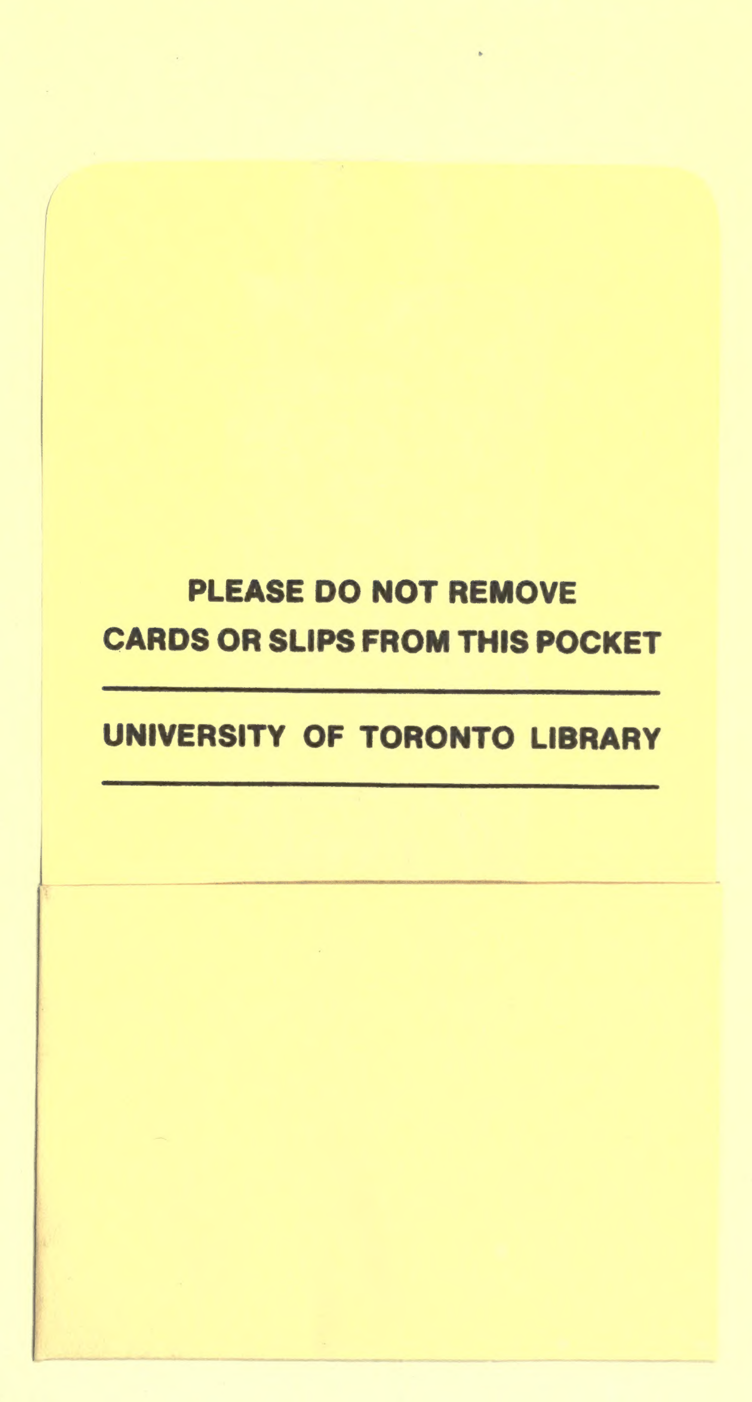
1) Bei den einzelnen Schlagworten konnten nur die wichtigsten Stellen angeführt werden. Dagegen wurde bei vielen Schlagworten der ganze dazugehörige Stoff systematisch geordnet (vgl. z. B. Abstammung, Ansiedlungsorte, Ansiedlungspatent usw.) oder auch die nötigen Verweise auf andere Schlagworte hinzugefügt (vgl. Industrie, Landwirtschaft); einzelnen wurden auch neue Literaturverweise beigesetzt (vgl. Aachenfahrt, Hauensteiner, Recht Deutsches).

1) Hier ist statt Fischtisch zu lesen: Fischteich.

Orts- und Personenverzeichnis[1]).

1) Das Verzeichnis enthält vor allem jene Orte der Karpathenländer, die deutsche Bevölkerung oder deutsches Recht aufwiesen. Von anderen Orten (besonders aufserhalb der Karpathenländer) wurden nur die wichtigsten aufgenommen. Unmöglich war es, bei jedem Orte alle Stellen, an denen er erscheint, zu zitieren; es mufste eine Auswahl getroffen werden, um den Umfang des Verzeichnisses nicht überaus zu vergröfsern. Das Verzeichnis wird auch bei Identifizierungen der älteren Namenformen gute Dienste leisten; doch wird man immer die betreffende Stelle des Werkes nachschlagen müssen. Bei gleichlautenden Namen wurde ein näherer bestimmender Zusatz in Klammern (Land, Bezirk, Komitat) beigefügt. Von den Personennamen erscheinen nur die wichtigsten; unzählige Namen deutscher Ansiedler wurden übergangen, da man sie wohl auch im Register nicht suchen würde. Behilflich war mir bei der Herstellung des Registers meine Nichte Lili Kaindl.

Druck von Friedrich Andreas Perthes, Aktiengesellschaft, Gotha.


PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET
UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

